

Geburtenentwicklung und gesellschaftliche Struktur

**Zur Reichweite von Rational Choice-Ansätzen am Beispiel des
generativen Verhaltens**

Inauguraldissertation

zur Erlangung des Akademischen Grades

eines Dr. phil.,

vorgelegt dem Fachbereich 12 Sozialwissenschaften

der Johannes Gutenberg-Universität

Mainz

von

Evelyn Leip

aus Frankfurt am Main

Mainz

2004

Tag des Prüfungskolloquiums: 31. Juli 2003

Inhalt

1	Einleitung	8
2	Überblick über Gegenstand und Konzeption der Arbeit	11
2.1	Zur demografischen Lage in der Bundesrepublik Deutschland	11
2.2	Offene Fragen zur Geburtenentwicklung	16
2.3	Konzeption	17
2.4	Zusammenfassung: Erkenntnisziele	21
3.	Theoretisches Modell	23
3.1	Hartmut Essers Modell der „Drei Logiken“	23
3.1.1	Ziel und Methode	23
3.1.2	Logik der Situation.....	25
3.1.3	Handlungstheoretischer Kern	29
3.1.4	Logik der Aggregation	34
3.1.5	Zusammenfassende Diskussion einiger Voraussetzungen des Modells.....	38
3.2	Kritische Diskussion.....	39
3.2.1	Rationalität als Tautologie	40
3.2.2	Wie rational ist der Mensch?.....	41
3.2.3	Wieviel „Wahl“ hat der Mensch?.....	43
3.2.4	Emergenz sozialer Ordnung.....	45
3.2.5	Empirische Anwendbarkeit	47
3.3	Modifiziertes Modell	49
3.3.1	Nutzenmaximierung als Tautologie	49
3.3.2	Zwischengüter als „Revealed Preferences“	50
3.3.3	Filter	51
3.3.4	Identitätswahrung als drittes Grundbedürfnis	52
3.3.5	Vergleichsgruppen: Aspirationsniveaus.....	54
3.3.6	Zusammenfassung.....	55
3.4	Modell generativen Verhaltens.....	55
3.4.1	Grundgesamtheit in der Entscheidung zum Kind.....	56
3.4.2	Untersuchungsgegenstand: Kinderzahl versus Kinderwunsch.....	57
3.4.3	„Entscheidung“ zum Kind als „Nutzenmaximierung“?	58
3.4.4	Entscheidungsträger: ein 1-Personen-Modell	62
3.4.5	Kinder als „Primäre Zwischengüter“	63
3.4.6	Brückenhypothesen und Transformationsregeln.....	64
4.	Generatives Verhalten: Daten und Theorien	68
4.1	Logik der Situation	68

4.1.1. Materielle Bedingungen	68
4.1.1.1 Gesundheit und Lebenserwartung der Frau: Kinder als „Teil“ des Lebens	68
4.1.1.2 Produktionsweise: Kinder als „Produktionsgut“	69
4.1.1.3 Ressource Einkommen: Kinder als „Konsumgut“	72
4.1.1.4 „Perfect contraceptive society“ = Verhütung ohne Kosten?	75
4.1.1.5 Die „Konkurrenz der Genüsse“: Kinder als „inferior good“	79
4.1.1.6 Opportunitätskosten: „Schattenpreis“ eines Kindes	84
4.1.1.7 Human Capital: Investitionen in Kinder versus Investitionen in Karriere?	88
4.1.1.8 Wohnraum: Platz für Kinder?	92
4.1.1.9 Zusammenfassung: ökonomische Faktoren in der Entscheidung zum Kind	93
4.1.2 Institutionelle Regeln	96
4.1.2.1 Wandel der Bevölkerungsstruktur	96
4.1.2.2 Diffusionsprozesse	97
4.1.2.3 „Einkommen“ als soziale Wirklichkeit	98
4.1.2.4 Die Norm Kinder zu haben: Kinder als „Selbstverständlichkeit“ I	102
4.1.2.5 Status Elternschaft: Kinder als Investitionsgut	104
4.1.2.6 Verantwortete Elternschaft und „Qualität“ als Norm	106
4.1.2.7 Struktur der Betreuungseinrichtungen	110
4.1.2.8 Rollen der Frau: Mutterschaft versus Beruf?	114
4.1.2.9 Postmoderne Strukturen versus Industriegesellschaft?	120
4.1.2.10 Zusammenfassung	123
4.1.3 Kultureller Sinn	125
4.1.3.1 Der kulturelle Sinn der Zeit	125
4.1.3.2 Partnerschaft: Qualität und Stabilität	127
4.1.3.3 Wertewandel: Postmaterialismus und Individualisierung?	131
4.1.3.4 Zusammenfassung	134
4.1.4 Logik der Situation generativer Entscheidungen	136
4.2 Handlungstheoretischer Kern	136
4.2.1 Logik der Kognition	136
4.2.1.1 Normkonformität: Kinder als „Selbstverständlichkeit“ II	136
4.2.1.2 Einstellungen und Lebenslauf: Kinder als „Sinn“	138
4.2.1.3 Antizipierte Aufgaben: Kinder als Verantwortung	139
4.2.1.4 Zusammenfassung	141
4.2.2 Logik der Evaluation	142
4.2.2.1 Unsicherheitstoleranz: Kinder als „Risiko“	142
4.2.2.2 Systematische Verzerrungen: Discounting und Sunk Costs	146
4.2.2.3 Soziales Lernen: Das erste Kind	147
4.2.2.4 Zusammenfassung	149
4.2.3 Logik der Selektion	150
4.2.3.1 Entscheidungstyp I: Kind als „Nebenprodukt“	150
4.2.3.2 Entscheidungstyp II: Kind als „Selbstverständlichkeit“	151
4.2.3.3 Entscheidungstyp III: Kind als „Sinn“	151
4.2.3.4 Entscheidungstyp IV: Kind als „Option“	151
4.2.3.5 Zusammenfassung	151
4.2.4 Zusammenfassung: der intrinsische Wert von Kindern	152
4.3 Logik der Aggregation	157
4.3.1 Soziale Ordnung: Das „Fertilitätsregime“ der Postmoderne?	158
4.3.1.1 Generationenvertrag in Gefahr? Ein n-Personen-Prisoners-Dilemma	159
4.3.1.2 Verschwinden der „Kindheit“	161
4.3.1.3 Zusammenfassung:	164
4.3.2 Soziale Differenzierung: Funktionale Arbeitsteilung der Reproduktion?	164
4.3.2.1 Kinderlose versus Familien: Kinder als Öffentliches Gut?	165
4.3.2.2 Kinderlose Frauen versus Mütter	169
4.3.2.3 Stadt versus Land	172
4.3.2.4 Zusammenfassung	174

4.3.3 Soziale Ungleichheit: Luxusgut Kind?.....	174
4.3.3.1 Frauen versus Männer.....	175
4.3.3.2 „Reiche“ versus „arme“ Kinder.....	177
4.3.3.3 Osten versus Westen.....	184
4.3.3.4 Zusammenfassung.....	188
4.3.4 Sozialer Wandel: Neue Lebensformen und Neue Zwänge	188
4.3.4.1 Der Wandel des Zusammenhangs von Familie und Gesellschaft.....	189
4.3.4.2 Wandel der Familie	191
4.3.4.3 Wandel der Gesellschaft.....	194
4.3.4.4 Zusammenfassung.....	198
5. Ergebnisse	200
5.1 Was können wir wissen?	200
5.2 Was sollen wir tun?	209
5.3 Was dürfen wir hoffen?	231
5.4 Zur Reichweite des Rational Choice-Ansatzes	240
6. Ausblick.....	245
7. Literaturverzeichnis	247

Abbildungen

Abbildung 1: Alter der Mütter bei Geburt ihrer Kinder 1960-1998.....	15
Abbildung 2: Makro-Mikro-Makro-Verbindungen: Das Mehrebenenmodell	18
Abbildung 3: Elternschaft und Kinderwunsch: eine Vier-Felder-Tabelle	19
Abbildung 4: Erkenntnisziele.....	22
Abbildung 5: Persönlichkeit und Mehrebenenansatz bei Esser	24
Abbildung 6: Allgemeine Nutzenfunktion bei Esser	26
Abbildung 7: Indifferenzkurven: Konsumgüter	27
Abbildung 8: Indifferenzkurven: nutzlose Güter und Güter mit negativem Nutzen.....	28
Abbildung 9: Indifferenzkurven: inferiore Güter.....	28
Abbildung 10: Die drei Teile der Logik der Selektion bei Esser	29
Abbildung 11: Matrix Prisoner´s Dilemma.....	32
Abbildung 12: Matrix Assurance Game.....	33
Abbildung 13: Matrix: Game of Chicken	34
Abbildung 14: Klassifikation öffentlicher Güter.....	34
Abbildung 15: Aspekte der Aggregation.....	37
Abbildung 16: Klassifikation der RC-Ansätze nach der Stellung der Präferenzen.....	40
Abbildung 17: Emergenzproblem und sozialer Wandel	46
Abbildung 18: Hierarchie der Präferenzen.....	50
Abbildung 19: Idiosynkrasien und sozialer Wandel	51
Abbildung 20: Drei Grundbedürfnisse.....	52
Abbildung 21: Differenzierung und Konflikt.....	53
Abbildung 22: Matrix Prisoner´s Dilemma mit inhärenten Koop.-Gewinn.....	53
Abbildung 23: Matrix: Game of Chicken mit inhärentem Koop.-Gewinn	54
Abbildung 24: Die drei Produktionsfunktionen	55
Abbildung 25: Entscheidungen im Fertilitätsverhalten.....	59
Abbildung 26: Entscheidungstypen nach Burkart.....	60
Abbildung 27: 4 Entscheidungstypen und die Weberschen Handlungstypen.....	62
Abbildung 28: Die drei Produktionsfunktionen in der Entscheidung zum „Kind“	65
Abbildung 29: Faktoren der Situationslogik „Entscheidung zum Kind“	66
Abbildung 30: Faktoren der Selektionslogik „Entscheidung zum Kind“	66
Abbildung 31: Differenzierung und Konflikt: Familie und Arbeitswelt.....	66
Abbildung 32: Aggregationslogik in der „Entscheidung zum Kind“.....	67
Abbildung 33: Lebenserwartung und Kinderzahl	68
Abbildung 34: Kinder als Produktionsgut und als „nutzloses“ Gut.....	70
Abbildung 35: Kinderzahl und Einkommen	73

Abbildung 36: Historischer Wandel von Demand und Supply	76
Abbildung 37: Kinder als „Inferior Good“	80
Abbildung 38: „Quantität“ und „Qualität“ von Kindern	82
Abbildung 39: Einkommensstabile „Nachfrage“ nach Kindern	86
Abbildung 40: Materielle Faktoren des Geburtenrückgangs	94
Abbildung 41: Materielle Faktoren der differentiellen Fertilität	95
Abbildung 42: Materielle Faktoren einer Prognose der Fertilität	96
Abbildung 43: Institutionelle Faktoren des Geburtenrückgangs	123
Abbildung 44: Institutionelle Faktoren der differentiellen Fertilität	124
Abbildung 45: Institutionelle Faktoren einer Prognose der Fertilität	125
Abbildung 46: Kulturelle Faktoren des Geburtenrückgangs	134
Abbildung 47: Kulturelle Faktoren der differentiellen Fertilität	135
Abbildung 48: Kulturelle Faktoren einer Prognose der Fertilität	135
Abbildung 49: Kognition und Geburtenrückgang	141
Abbildung 50: Kognition und differentielle Fertilität	142
Abbildung 51: Kognition und Prognose der Fertilität	142
Abbildung 52: Evaluation und Geburtenrückgang	149
Abbildung 53: Evaluation und differentielle Fertilität	150
Abbildung 54: Evaluation und Prognose der Fertilität	150
Abbildung 55: Logik der Selektion und Geburtenrückgang	152
Abbildung 56: Logik der Selektion und differentielle Fertilität	152
Abbildung 57: Logik der Selektion und Prognose der Fertilität	152
Abbildung 58: Widersprüche in den Rahmenbedingungen generativer Entscheidungen	206
Abbildung 59: Problemfelder der generativen Entwicklung	209
Abbildung 60: Zur Lösung der durch generatives Verhalten entstandenen Probleme	230

1 Einleitung

In Deutschland wird seit langem über sinkende Geburtenzahlen diskutiert. Während in den 70er Jahren der Geburtenrückgang als „Aussterben der Deutschen“ dramatisiert wurde (vgl. Nullmeier und Rüb 1993: 363); hat sich das öffentliche Interesse im letzten Jahrzehnt auf den sogenannten „Generationenvertrag“ verlagert. Die geringere Stärke der „nachwachsenden Generation“ wird als Bedrohung der Rente thematisiert, gleichzeitig wird ein „Pflegenotstand“ prognostiziert. Jede Rentenreform ist dem Nachrichtenmagazin Spiegel – durchaus zu Recht! – ein Titelblatt wert¹ und die Durchsetzung der sogenannten „Riester“-Rente hat die Reformdiskussionen nicht beenden können.

Damit stehen die Folgen der geringen Geburtenzahlen für die Altersstruktur der Gesellschaft und vor allem die sozialen Sicherungssysteme im Mittelpunkt des Interesses. Diese erscheinen unter den heute bestehenden demografischen Bedingungen nicht mehr in ihrer alten Form haltbar.

Am 03.04.2001 hat deshalb das Verfassungsgericht entschieden, dass Kinderlose zur gesetzlichen Pflegeversicherung höhere Beiträge entrichten müssen als Eltern. Damit soll der Tatsache Rechnung getragen werden, dass Eltern für die nachwachsende Generation sorgen und damit schon einen Beitrag zum „Generationenvertrag“ leisten; Kinderlosigkeit interpretiert das Gericht als Bedrohung des Systems der sozialen Sicherung. Die Rentenreform dagegen ist ein erster Versuch, die Situation durch den teilweisen Ausstieg aus dem traditionellen Sicherungssystem zu entschärfen. Nicht klar ist, ob insgesamt angestrebt wird, das Sozialversicherungssystem familienverträglicher oder nur familienunabhängiger zu gestalten. „Schuld“ an der Misere aber scheinen für Politiker und Richter die geringen Geburtenzahlen zu sein.

Bei diesen immer wiederkehrenden Diskussionen kommt es regelmässig zu Klagen über „die Familie“, die ihre Funktionen nur ungenügend erfülle. Eine differenzierte Diskussion des Strukturwandels moderner Gesellschaften findet nicht statt. Auf der einen Seite wird die mangelnde Bindungswilligkeit der Betroffenen als Ursache der auftretenden Probleme und damit als Bedrohung der Gesellschaft gesehen. Andererseits werden konstatierte Auflösungserscheinungen von Familie als Symptom einer allgemeineren gesellschaftlichen Krise interpretiert.

¹ So 1997 mit dem Titel „Die Rentenreform oder Wie die Alten die Jungen ausplündern (Spiegel 06/97), 1999 mit dem Titel „Die Baby-Lücke“ (Spiegel 35/99) und 2001 mit dem Titel „Die grosse Rentenreform. Schlamassel ohne Ende“ (Spiegel 07/01).

Im ersten Fall kann dies als Desorganisationsprozess auf der Familienebene beschrieben werden, im zweiten führt die gesellschaftliche Krise zu einer Desintegration des Subsystems Familie, die ihrerseits die Krise der Familie auslöst. Vertreter der ersten Position prangern Kinderlose als „egoistisch“ an. Die Anhänger der zweiten These sehen die Gesellschaft als „familienfeindlich“. Beide sehen die Familie in einer Krise. Beide fordern ein Eingreifen durch staatliche Reformen.

Diese Form der Krisendiskussion ist so alt wie die Familiensoziologie. Tatsächlich ist davon auszugehen, daß für einen großen Teil der Bevölkerung erst die moderne Wohlstandsgesellschaft Möglichkeiten schafft, ein Familienleben zu entwickeln, das Ansprüche an emotionale Bindungen erfüllt. Frühere Generationen waren mit der Existenzsicherung so beschäftigt, daß hierfür kaum Raum blieb. Familien waren Zweck- und Zwangsgemeinschaften. Die Übernahme familiärer Funktionen durch das moderne Sozialversicherungssystem (vor allem der Renten- und Krankenversicherung) führt zu einer Entlastung der Familien und vermindert das Konfliktpotential zwischen den Generationen. Soziale Absicherung und finanzielle Unabhängigkeit gibt auch immer mehr Frauen die Möglichkeit, unbefriedigende Beziehungen zu verlassen. Da Familienmitglieder wirtschaftlich nicht mehr so stark aufeinander angewiesen sind, werden Gefühle zur Voraussetzung für familialen Zusammenhalt. Gerade der hohe Anspruch aber, der heute an familiäre Bindungen gestellt wird, macht sie so brüchig.

Beide Seiten argumentieren somit ahistorisch und pauschal. Die Autonomie der Individuen hat sich erhöht, aber auch die Risiken haben zugenommen. Biographien werden immer wählbarer und immer weniger planbar. Diese Spannung zwischen Freiheit und Risiko wird mit dem Begriff „Bastelbiographien“² umschrieben, für die Familie wird von „Wahlverwandtschaften“ gesprochen (Beck-Gernsheim 1994: 115ff). Dazu gehört allerdings auch die Wahl, gar keine Familie zu gründen.

Entstand in der Vormoderne die Pluralität der Lebensformen durch Zuweisung von Positionen und durch schicksalhafte Einflüsse, unterliegt sie in der Moderne zumindest teilweise der Entscheidung der Individuen. Diese sind allerdings nicht frei von strukturellen Einflüssen. Für bestimmte Gruppen gelten dabei mehr Zwänge als für andere. Neu in der postmodernen Gesellschaft ist, daß Individualismus selbst zur Norm wird, die den Individuen die prinzipielle Gestaltbarkeit der eigenen Biographie unterstellt und damit auch Verantwortung für das eigene Leben zuweist. Wegen der unterschiedlichen Betroffenheit durch strukturelle Zwänge wird die Analyse der Entscheidungen und ihrer gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu einer vorrangigen Aufgabe der Sozialforschung. Die für die Postmoderne typische Revidierbarkeit von Entscheidungen stößt bei der Familiengründung an eine Grenze: Die Entscheidung zum

Kind ist kaum revidierbar und in ihren Folgen nur schwer abschätzbar. Neue Pluralität der Lebensformen ist auch als Bemühen der Betroffenen zu sehen, aus diesen neue Unsicherheiten Sinn zu machen. Dabei ist nicht von einer „Krise“ der Familie auszugehen. Hier werden zwei Problembereiche vermischt:

1. Die Zunahme nicht-traditionaler Lebensformen löst nur die „bürgerliche Kleinfamilie“ ab, es kommt zu einem Nebeneinander unterschiedlicher Familienformen, die defizitär nur gemessen an alten Leitbildern erscheinen.
2. Die geringen Kinderzahlen dagegen führen zu tiefgreifenden Veränderungen in der Gesellschaft. Im Zuge der Modernisierung kommt es nicht nur zu einem Geburtenrückgang, sondern auch zur Differenzierung in einen Familien- und einen Nicht-Familien-Sektor, deren Folgen nur ungenügend erfasst sind.

Um die Folgen der Fertilität für die Struktur der Gesellschaft angemessen erfassen zu können, ist es nötig, generatives Verhalten im Hinblick auf bestehende Rahmenbedingungen zu untersuchen und Pauschalisierungen wie die beschriebenen Krisendiskussionen zu vermeiden. Hierzu ist eine differenzierte Analyse nötig, in der faktisches Verhalten nicht an Mythen und Leitbildern der Vergangenheit gemessen wird, sondern in seiner Ausrichtung an Strukturen und Normen und seinen Auswirkungen auf Differenzierung und Wandel unserer Gesellschaft gesehen wird. Nur so sind die strukturellen Probleme, die der demografische Wandel aufwirft, zu lösen.

² Der Begriff „Bastelbiographie“ geht auf Gross zurück, vgl. Beck 1986: 217.

2 Überblick über Gegenstand und Konzeption der Arbeit

Nach einem kurzen Überblick über die demografische Situation in der Bundesrepublik Deutschland werden Aufbau und Konzeption der Arbeit dargestellt und am Ende des Kapitels die Erkenntnisziele kurz zusammengefasst.

Zur demografischen Lage in der Bundesrepublik Deutschland

Seit 1975 werden in der Bundesrepublik Deutschland weniger Kinder geboren als Menschen sterben. Zuwanderungen gleichen dies bis vor wenigen Jahren aber mehr als aus. Die Bevölkerung wuchs und erreichte 1997 mit 82 Millionen einen Höchststand (Statistisches Bundesamt 1999: 44). In den letzten Jahren begann die Bevölkerung langsam zu schrumpfen und sank 2001 um 94 Tausend (Statistisches Bundesamt 2003: 67f). Probleme entstehen allerdings nicht in erster Linie, weil die Bevölkerung schrumpft, sondern weil sich die Altersstruktur der Bevölkerung verändert. Diese hat großen Einfluß auf die Soziallasten. Insgesamt berechnet sich der Sozialquotient aus den Ausgaben, die die erwerbstätige Bevölkerung für den Unterhalt der Nicht-Erwerbstätigen aufbringen muß. Hierzu zählen Kinder, Rentner, arbeitsunfähig Kranke und Arbeitslose. Der Geburtenrückgang verringert die Kinderkosten, führt allerdings auch in der nahen Zukunft zu einem Rückgang der Erwerbsbevölkerung. Die hohe Zahl der Rentner ist im Moment noch auf die gestiegene Lebenserwartung zurückzuführen. Mit einem Altersquotienten (über 60jährige pro 20-60jährige) von 0,4 ist heute keineswegs von „Überalterung“ zu sprechen. 2030, wenn die geburtenstarken Jahrgänge das Rentenalter erreichen, wird der Altersquotient auf über 0,7 steigen (Riester 2000: 4). Diese wirklich dramatische Entwicklung ist bedingt durch die niedrigen Geburtenzahlen seit Beginn der 70er Jahre. Selbst wenn die Zahlen der Geburten in den nächsten Jahren steigen sollten, bleibt die Problematik bestehen.

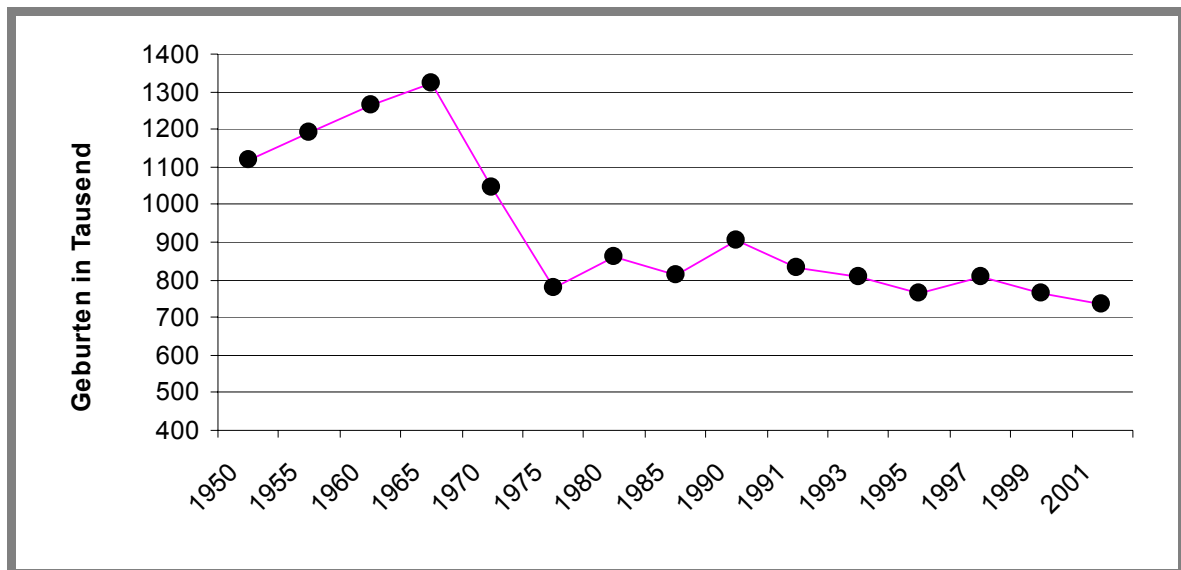


Abbildung 1: Geburtenentwicklung in Deutschland 1950 - 2001

Graphik 1 zeigt die Entwicklung der absoluten Geburtenzahlen für die Jahre 1960 bis 2002. Dem starken Rückgang der Geburten zu Beginn der 70er Jahre folgte von 1975 bis 1995 eine weitgehend stabile Phase mit Geburtenzahlen um 750 Tausend pro Jahr. Ein leichter Anstieg in den Jahren 1995 bis 1997 war weitgehend auf die Altersstruktur der Bevölkerung zurückzuführen: Die geburtenstarken Jahrgänge der während des Baby-Booms geborenen Frauen waren nun im gebärfähigen Alter. Dadurch stiegen die Zahlen im Jahr 1997 auf über 800 Tausend. Diese Phase ist beendet und 2002 sank die absolute Geburtenzahl auf 719 Tausend.

Absolute Geburtenzahlen berücksichtigen allerdings nicht die Bevölkerungsgröße: Bezogen auf die Zahl der Einwohner berechnet sich die sog. „einfache Geburtenrate“ als Geburten je tausend Einwohner. Aber auch diese Zahlen werden ohne Bezug auf die Altersverteilung in der Bevölkerung berechnet. Damit sind sie aufgrund der ungleichen Besetzung einzelner Jahrgänge starken Schwankungen unterworfen. Eine Bereinigung von den Einflüssen der Altersstruktur bietet die sogenannte „zusammengefaßte Geburtenziffer“. Bei ihrer Berechnung wird unterstellt, dass eine fiktive Frauengeneration über ihr gesamtes Leben genau die Fruchtbarkeit zeigt, die alle Frauenjahrgänge im zugrundegelegten Jahr für ihr jeweiliges Alter aufweisen.³ Dieser

„[...] Index der Gesamtfruchtbarkeit (IGF, engl. 'total fertility rate') kann allerdings irreführend sein, da es sich um eine Querschnittsbetrachtung handelt, die durch Tempoverschiebungen der Fertilität beeinflusst wird.“ (Höpflinger 1997a: 52)

Das liegt daran, dass die Periodenfertilität (Geburten pro Zeitraum) größeren Schwankungen ausgesetzt ist. Damit zeigt auch die zusammengefaßte Geburtenziffer größere Schwankungen als die Kohortenfertilität (endgültige Kinderzahl pro Frauen bestimmter Jahrgänge).

³ Zu Berechnungsformen siehe Mackenroth 1953: 55ff; Klein 1990a: 11ff; Schwarz 1989: 132.

2001 ergab sich für die Bundesrepublik Deutschland eine zusammengefaßte Geburtenziffer von 1,3. Für eine Erhaltung des Bevölkerungsbestands wäre eine Zahl von 2,1 nötig.

Die Nettoerproduktionsrate drückt unter Berücksichtigung der Sterblichkeit aus, inwieweit die Müttergeneration durch eine Töchtergeneration ersetzt wird (vgl. Klein 1990a: 10ff, Schwarz 1989: 132f) und beruht auf dem gleichen Prinzip wie die zusammengefaßte Geburtenziffer. Sie kann daher bei starken periodischen Schwankungen keinen sinnvollen Anhalt für die Bevölkerungsentwicklung bieten. Eine Lösung dieser Probleme bietet nur die Betrachtung der Kohortenfertilität.

„The adoption of cohort analysis is probably the most important analytical advance in post-war demography.“ (Hawthorn 1970: 8)

Für Frauenjahrgänge, die ihre fruchtbare Phase noch nicht abgeschlossen haben, sind Voraussagen damit schwierig. Sollte die Zahl der im Schnitt geborenen Kinder weiter zurückgehen, führt die zusammengefasste Geburtenziffer zu einer systematischen Überschätzung, da sie Konstanz unterstellt:

„Die bislang beschriebenen Ergebnisse der amtlichen Statistik zeigen jedoch, daß gerade dies seit 1950 nicht der Fall war. [...] Die im 45. oder 50. Lebensjahr erreichte Kinderzahl der derzeit 20jährigen Frauen mag noch deutlich niedriger liegen als zusammengefaßte Geburtenziffern oder Nettoerproduktionsrate heute auf Periodenbasis vermuten lassen.“ (Klein 1990a: 14)

Als Beispiel für die Fehlinterpretationen zu denen das alleinige Betrachten der Nettoerproduktionsrate führt, werden die neuesten Entwicklungen in den neuen Bundesländern kurz diskutiert:

Nachdem die DDR in den ersten Nachkriegsjahrzehnten eine ähnliche Geburtenentwicklung wie die Bundesrepublik aufwies, zeigte sie in den letzten fünfzehn Jahren vor der Wiedervereinigung deutliche höhere Zahlen:

„Die starke Abnahme der Fertilität um fast 40% zwischen 1966 und 1974 verlief trotz Mauer und eingegrenzter sozialer Kontakte zwischen den beiden Staaten überraschend synchron. Nach 1976 jedoch öffnete sich eine Schere durch eine weitere Abnahme der Fertilität in der Bundesrepublik und einen Anstieg in der DDR.“ (Büttner und Lutz 1990: 28)⁴

Seit der Wiedervereinigung aber sind die Geburtenzahlen in den neuen Bundesländern stark zurückgegangen: 1991 hat sich die Zahl der Geburten im Vergleich zu den letzten Jahren vor der Wende halbiert (Witte und Wagner 1995: 388). Das Durchschnittsalter der Mütter im Osten ist seit der Wende angestiegen und hat sich dem West-Niveau genähert. Die Graphik zeigt jeweils die fünf Jahrgänge, die die höchste Geburtenrate aufwiesen und damit etwa 1/3 der Kinder des entsprechenden Jahrgangs zur Welt brachten. Im Westen scheint sich das Alter auf dem Niveau 27 – 31 Jahre stabilisiert zu haben; für die östlichen Bundesländer ist nicht klar, ob es zu einer weiteren Annäherung kommen wird. Somit kann der starke Geburtenrückgang in den

neuen Bundesländern durchaus als Timing-Effekt gesehen werden. Frauen, die in den Jahren nach der Wende im Alter waren, in dem in den westlichen Bundesländern Kinder geboren wurden, waren bereits Mütter. Die Frauen, die in den östlichen Ländern vor der Wende wahrscheinlich Mütter geworden wären, waren noch sehr jung.

In den 10 Jahren von 1989 bis 1998 haben die 1989 24jährigen Frauen 940 Kinder pro Tausend Frauen dieses Alters geboren, die im Osten 24jährigen nur 640. Allerdings hatten diese Frauen zu einem weit größeren Teil bereits vor der Wende Kinder. Für die Frauen, die zur Zeit der Wende noch am Anfang ihrer Familiengründung standen, errechnen sich folgende Zahlen: die damals 21jährigen haben bis 1998 820 Kinder pro Tausend Frauen geboren; die damals 19jährigen immerhin 630 Kinder. Da diese Frauen ihre fruchtbare Phase noch gar nicht abgeschlossen haben, kann eine Angleichung an das Westniveau durchaus noch erreicht werden. Die alleinige Betrachtung der Nettoerproduktionsraten führt hier zu einer deutlichen Überschätzung.

„Seen from the perspective of completed fertility by age, the decline of period fertility rates in the former GDR does not look dramatic at all.“ (Conrad et al. 1996: 346)⁵

So hat der Anpassungsprozess an die Altersstruktur des Eintritts in die Mutterschaft zu einer „Geburtenlücke“ geführt. Eine Halbierung der absoluten Geburtenzahlen ist damit durchaus vereinbar. Inwieweit es sich nur um solche Timing-Effekte handelt, ist noch nicht absehbar. Die jüngsten Zahlen bestätigen allerdings, dass von einer langfristigen „Halbierung“ keine Rede sein kann. Die neuen Bundesländer erreichten 1997 zum erstenmal seit der Wiedervereinigung wieder eine zusammengefaßte Geburtenziffer über 1. 2001 lag sie mit 1,2 nur noch knapp unter Westniveau.

Ob dies wirklich bedeutet, dass eine Angleichung des generativen Verhaltens stattgefunden hat, kann nicht beantwortet werden. Ebenso gut ist möglich, dass ein „Nachholen“ aufgeschobener Geburten zeitgleich mit Geburten junger Frauen zu einer kurzfristigen Steigerung der Nettoerproduktionsrate geführt hat, die genauso irreführend ist, wie das starke Absinken nach der Wende. Ähnliche Prozesse waren bereits für den Baby-Boom im Westen verantwortlich.

⁴ vgl. auch Wendt 1991: 255. Für Wendt markiert 1974 das Jahr, in dem sich die Schere öffnet.

⁵ Ähnlich argumentieren Schultz et al. in ihrem Artikel „Gegenwärtiger Geburtenrückgang in Ostdeutschland läßt mittelfristig einen ‚Baby-Boom‘ erwarten.“ (Schultz et al. 1993: 1ff). Allerdings führt ein Anpassen an das Timing der Frauen in den westlichen Ländern nicht zu einem „Baby-Boom“, sondern nur dazu, dass eben nach einem „Geburtenausfall“ die Geburtenrate sich auf dem Westniveau stabilisiert.

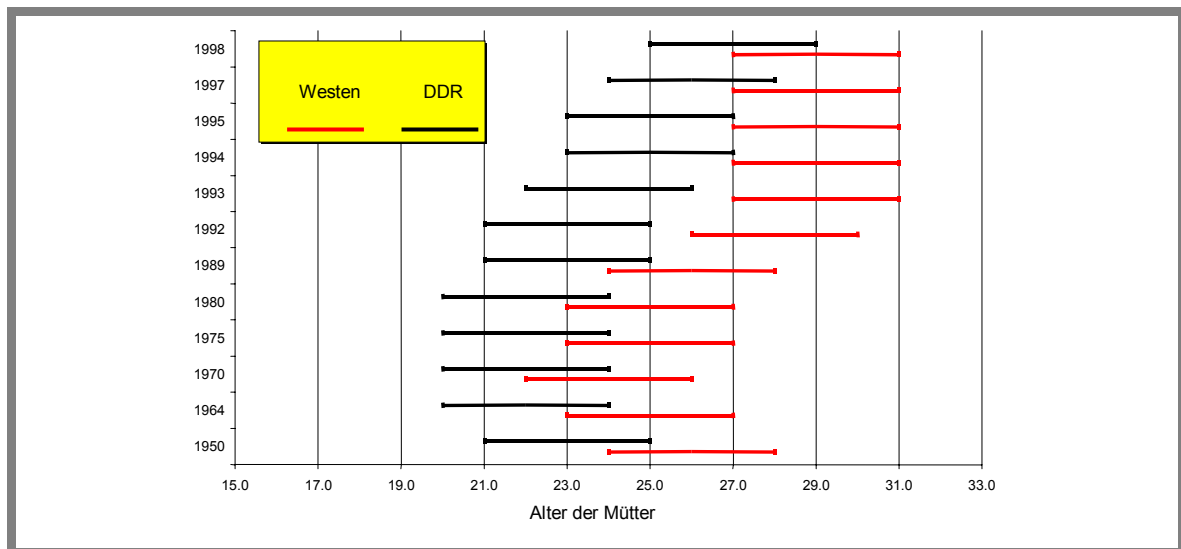


Abbildung 2: Alter der Mütter bei Geburt ihrer Kinder 1960-1998

Insgesamt ist die Kohortenfertilität also besser zur Untersuchung der Geburtenentwicklung geeignet. Schwankungen der Geburtenraten allerdings können damit gerade nicht erfasst werden (vgl. Hirshman 1994: 206). Da aber auch diese strukturell bedeutsam sind, sind sowohl Daten zur Kohorten- als auch Periodenfertilität wichtig.

„Offen ist allerdings, ob das beschriebene Zusammenspiel von Querschnitts- und kohortenbezogenen Veränderungen durch Kohorten- oder Periodeneinflüsse bedingt ist. Haben die kohortenbezogenen Vor- und Rückverlagerungen zum Aufbau des Geburtenbergs und zum Geburtenrückgang geführt oder haben umgekehrt periodenspezifische Einflüsse die einzelnen Kohorten im unterschiedlichen Lebensalter erfaßt?“ (Klein 1993: 288)

Auffällig ist, dass im Ersten Geburtenrückgang (19. Jahrhundert und erste Hälfte des 20. Jahrhunderts) vor allem die durchschnittliche Kinderzahl in den Familien zurückging, im neueren Zweiten Geburtenrückgang (70er Jahre) aber weit mehr Frauen überhaupt keine Kinder bekommen. Genaue Daten zur Kinderlosigkeit stehen nicht zur Verfügung⁶, es wird aber von einer deutlichen Steigerung ausgegangen (vgl. Dorbritz und Schwarz 1996: 234).

Neuere Schätzungen erwarten, dass die Frauen des Geburtsjahrgangs 1965 zu einem Drittel kinderlos bleiben werden. Zwar hatten schon die Geburtsjahrgänge 1896/1900 zu 23% keine Kinder und damit einen ähnlichen Anteil wie die 1961/65 geborenen Frauen (Höpflinger 1997a: 54), doch war diese Kinderlosigkeit auf Kriegsausfälle zurückzuführen (Schwarz 1999: 241). Die durchschnittliche Kinderzahl der 1941/45 geborenen Mütter (bei einer Kinderlosigkeit von 12%) lag bei 2,29, die der 1956/60 geborenen bei 2,14. D.h. die Müttergeneration des Baby-

⁶ Da aus der Haushaltsstatistik nicht ersichtlich ist, ob Ehepaare ohne Kinder noch *vor* oder eventuell auch schon *nach* einer Kinderphase sind oder tatsächlich „kinderlos“ sind. Daten über Paritäten sind ansonsten als „Kinder in einer bestehenden Ehe“ ausgewiesen und überschätzen somit systematisch den Anteil erster Kinder (vgl. Birg et al. 1991: 329ff).

Boom unterscheidet sich von der jetzigen weniger durch die durchschnittliche Anzahl der Kinder, als dadurch, dass es zu dieser Zeit wenig Kinderlosigkeit gab.

„Dieser hohe Anteil von Paaren, die sich grundsätzlich gegen Kinder entscheiden, ist ein historisch völlig neues Phänomen [...]“ (Mitterauer 1997: 19)

Die Zahl der Kinder, die nicht in einer bestehenden Ehe geboren wurden, betrug 2001 25%. Demgegenüber lag die Nichteheleichen-Quote 1970 bei gerade 7 % (Statistisches Bundesamt 2003: 67). Damit macht es für demografische Überlegungen keinen Sinn mehr, nur die eheliche Fruchtbarkeit zu untersuchen.

Offene Fragen zur Geburtenentwicklung

Die Geburtenentwicklung hat nicht nur für die Bevölkerungsentwicklung einer Gesellschaft große Bedeutung. Veränderungen der Altersstruktur wirken sich auf allen gesellschaftlichen Ebenen aus. Damit kommt der Untersuchung der Fertilität für soziologischen Forschungsbereiche hohe Bedeutung zu.

„Die Entwicklung der Fertilität ist – meist sogar die entscheidende – Komponente der Bevölkerungsentwicklung und ein zentrales Thema der Demografie. Auch in der Öffentlichkeit wird von demografischen Fragen die Fruchtbarkeitsentwicklung oft am heftigsten diskutiert. [...] Zugleich ist dieser Problemkreis in seinen Ursachen und (nicht nur demografischen) Implikationen durchaus nicht voll verstanden.“ (Büttner und Lutz 1990: 27)

Zwar hat sich Demografie traditionell als deskriptive Wissenschaft verstanden, die im Geburtenrückgang inhärente Problematik schafft aber sowohl auf der politischen Ebene als auch in der Öffentlichkeit ein Bedürfnis nach differenzierten Analysen und verlässlichen Prognosen. Speziell für die Familiensoziologie stellt die Geburt eines Kindes einen der wichtigsten Forschungsgegenstände dar: durch sie werden Familien konstituiert. Die optionale Gestaltung von Lebensläufen wird durch generative Entscheidungen maßgeblich geprägt.

„Der Geburt von Kindern sollte innerhalb der familiensoziologischen Forschung eine zentrale und kaum zu überschätzende Rolle zukommen. [...] Um so erstaunlicher mutet es daher an, daß theoretische Erklärungen des Fertilitätsverhaltens in der Familiensoziologie eher zu den seltener bearbeiteten Gebieten gehören.“ (Kohlmann und Kopp 1997: 258)

Bisher haben die vorhandenen Studien weder den Geburtenrückgang noch die differentielle Fertilität zufriedenstellend erklären können. Verschiedene Ansätze stehen unverbunden nebeneinander. Ziel der Arbeit ist deshalb, diese Ansätze innerhalb eines zu erarbeitenden theoretischen Rahmens in einen Zusammenhang zu stellen und die vorhandenen Ergebnisse differenziert zu diskutieren. Dabei ist sowohl die Anzahl der Kinder als auch das Timing der

Geburten wichtig. Neben dem Zusammenhang mit den mit den üblichen Strukturdaten ist auch jeweils die Entwicklung in den alten und neuen Bundesländern zu untersuchen.⁷

Konzeption

Ziel der Arbeit ist die Untersuchung der Gründe und Folgen der demografischen Entwicklung in Deutschland mit Hilfe der vorhandenen Daten und Untersuchungen. Über dieses Thema ist in vielen Disziplinen empirisch und theoretisch gearbeitet worden. Um die Ergebnisse der vorliegenden Studien und Ansätze sinnvoll diskutieren zu können, muss zuerst ein theoretischer Rahmen erstellt werden. Nur so kann eine Diskussion bisher unverbundener Ansätze vorgenommen werden, die über eine rein deskriptive Zusammenfassung hinausgeht.

Die Zusammenhänge zwischen Fertilität und gesellschaftlicher Struktur sind sehr komplex. Um sie untersuchen zu können, ist es nötig, sowohl die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen generativer Entscheidungen detailliert zu untersuchen als auch die gesellschaftlichen Folgen jener Entscheidungen zu betrachten. Insofern liegt es nahe, das Thema im Rahmen des Methodologischen Individualismus zu bearbeiten.⁸ So kann sowohl die Wirkung der gesellschaftlichen Situation auf die Handelnden als auch die Auswirkungen ihrer Entscheidungen auf die Gesellschaft modelliert werden. Damit wird für die Untersuchung der Fertilität ein Mehrebenenansatz erforderlich (vgl. z.B. Klein 1990a: 35). Es muss in Kauf genommen werden, dass eine Verbindung der Systemebenen aus erkenntnislogischen Gründen problematisch ist (vgl. Luhmann 1992: 28ff).

Folgende theoretische Zusatzannahmen sind somit nötig:

- 1.) Brückenhypothesen, die situative Bedingungen mit der Akteursebene verbinden;
- 2.) Entscheidungsregeln, die die Wahl der Handlung modellieren; und
- 3.) Transformationsregeln, die Struktur als aggregierte Handlungsfolgen ableiten.

⁷ Wobei es hier nur um eine Gegenüberstellung der *nach* der Wende auftretenden Fertilitätsmuster geht. Die Vorstellung die Entwicklung in der DDR könne mit der in der BRD verglichen werden als „Quasi-Experiment“ (z.B. Witte und Wagner 1995: 387) wird aufgrund der Komplexität der Unterschiede abgelehnt. Eine differenzierte Gegenüberstellung der Entwicklungen vor der Wende aber sprengt den Rahmen der vorliegenden Arbeit.

⁸ Zur Auseinandersetzung Strukturtheorie und Methodologischer Individualismus siehe Giddens (1995: 263ff).

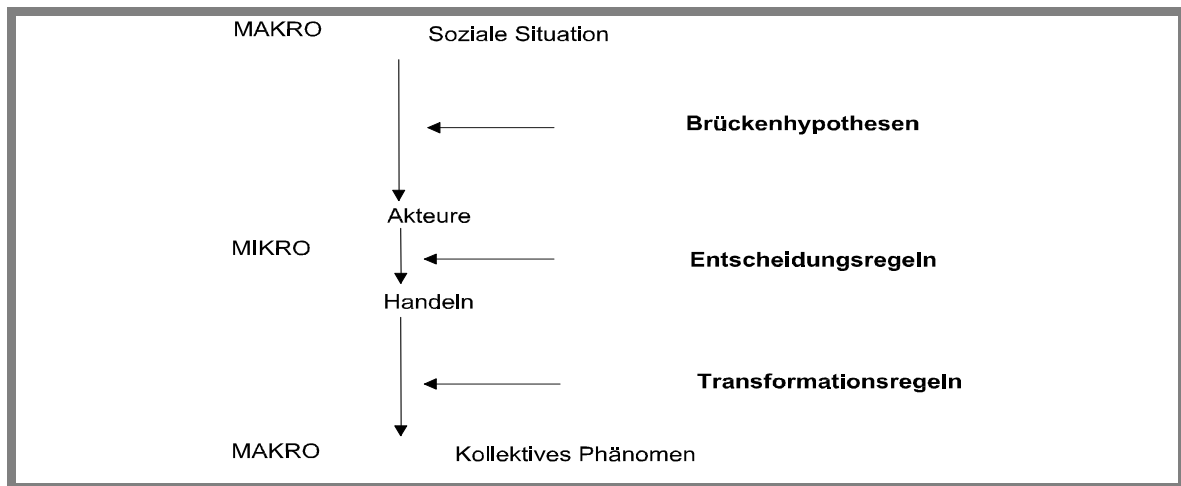


Abbildung 3: Makro-Mikro-Makro-Verbindungen: Das Mehrebenenmodell

Eine Modellierung dieser Form setzt voraus, dass die Handelnden Entscheidungen treffen. Um das Modell nicht bereits von Anfang an zu stark einzuschränken wird in dieser Arbeit ein sehr weiter Entscheidungsbegriff zugrundegelegt. Dabei werden als minimale Voraussetzungen einer Entscheidung angenommen, dass

- 1.) verschiedene Optionen angebar sind,
- 2.) ein Vergleich der Optionen nach ebenfalls angebbaren Kriterien stattfindet, und
- 3.) die Wahl einer Handlung nach ebenfalls angebbaren Regeln stattfindet.⁹

Selbst bei einem so weiten Entscheidungsbegriff muss allerdings gefragt werden, ob der Untersuchungsgegenstand diese Bedingungen erfüllt. Voraussetzung für die Anwendung der Entscheidungstheorie auf Fertilität ist, dass überhaupt von einer „Entscheidung zum Kind“ ausgegangen werden kann. Kinderwunsch (demand) und tatsächlich geborene Kinder entsprechen sich allerdings nicht:

⁹ Gerade für die Familiensoziologie sehen auch Hill und Kopp als wichtigste Aufgabe die Erforschung typischer Entscheidungsprozesse. Sie sprechen von einer „Trendwende“ in der Familienforschung (Hill und Kopp 1995: 5). Damit kommt es zu einer Abwendung vom Funktionalismus, es werden mehr austauschtheoretische und familienökonomische Ansätze verwandt (Hill und Kopp 1995: 67ff).

	wollen Kind	wollen kein Kind
Eltern	Entscheidung (geplantes Kind)	Überschuß ("ungeplantes" Kind)
nicht Eltern	demand- Überschuß ("ungeplante" Kinderlosigkeit)	Entscheidung (geplante Kinderlosigkeit)

Abbildung 4: Elternschaft und Kinderwunsch: eine Vier-Felder-Tabelle

Ein „Überschuß“ entsteht, weil Kinder nicht nur Ziel, sondern auch Nebenprodukt einer Handlung sein können, die ein anderes Ziel bedient, nämlich sexuelle Befriedigung. Dabei haben nicht nur Eltern, die prinzipiell keinen Kinderwunsch haben, „ungeplante Kinder“, es kommt auch bei prinzipiell bestehendem Kinderwunsch zu Geburten, die unter den vorliegenden situativen Bedingungen nicht „geplant“ waren.

„Ungeplante“ Kinderlosigkeit ist in vielen Fällen nicht auf Sterilität zurückzuführen, sondern ebenfalls auf situative Bedingungen, die die Verwirklichung eines prinzipiellen Kinderwunsches zumindest subjektiv verhindern und darüber langfristig erst zu Sterilität führen.

Damit läßt sich Fertilität sicher nicht auf Planungsverhalten in bezug auf Kinder reduzieren. Die Ergebnisse „ungeplantes Kind“ und „ungeplante Kinderlosigkeit“ sind aber nur in den Fällen Verhütungsmittelversagen bzw. Sterilität nicht Folge von Entscheidungen. Selbst in diesen Fällen spielen Entscheidungen über die Inanspruchnahme von Abtreibung bspw. Reproduktionsmedizin eine Rolle. Generatives Verhalten stellt sich als Sequenz von Entscheidungen zu Sexualität, Verhütungsmitteln, Abtreibung und Reproduktionsmedizin dar. Bei der „Entscheidung zum Kind“ kommt dabei nicht nur der Frage, *ob* ein Kind gewünscht wird, sondern auch der zeitlichen Verortung im Lebenslauf große Bedeutung zu. Insofern können Entscheidungstheorien auf die Thematik angewandt werden, allerdings muss beachtet werden, dass es sich nicht um eine punktuelle Einzelentscheidung handelt.

Mit dem Rational-Choice Ansatz (vgl. hierzu Mikl-Horke 1997: 326ff) liegt ein Versuch vor, Entscheidungen zu modellieren. Die Diskussion über Möglichkeiten und Grenzen des Ansatzes ist nicht abgeschlossen. Es bestehen zur Zeit unterschiedliche Ausarbeitungen des Ansatzes, die mit verschieden starken Rationalitätsannahmen und Randbedingungen arbeiten. Am stringentesten ist das Modell bei Esser ausgearbeitet, der mit seiner „Soziologie. Spezielle

Grundlagen“ eine sechsbändige Fassung geliefert hat.¹⁰ Deshalb wird Essers Modell als Ausgangspunkt der weiteren Diskussion gewählt. Nach einer Darstellung der Grundannahmen der Esserschen Theorie (Kapitel 3.1.) schließt sich eine kritische Auseinandersetzung mit ihren Problemen an (Kapitel 3.2.). Dabei werden andere Ansätze herangezogen. Aufbauend auf dieser Kritik wird ein eigenes Modell erarbeitet, in dem Essers Modell an einigen Stellen durch Modellteile anderer Theoretiker ersetzt bzw. Aufbauend auf eigenen Überlegungen verändert wird (Kapitel 3.3).

Anhand dieser modifizierten Fassung wird ein Modell der generativen Entscheidungssequenzen entwickelt (Kapitel 3.4.). Dieses Modell dient im weiteren dazu, die vorhandenen Erklärungsansätze zur Fertilität nach den berücksichtigten Faktoren zu ordnen. Damit wird eine Aufarbeitung vorhandener Fertilitätstheorien und eine Konfrontation mit bekannten Daten möglich (Kapitel 4.1. und Kapitel 4.2.).¹¹

Aus einer ausführlichen Diskussion der Faktoren, die als entscheidungsrelevant in Frage kommen, können dann in der Aggregation Aussagen über Strukturellen Wandel gewonnen werden (Kapitel 4.3).

Die gewonnen Ergebnisse werden anschließend in Anlehnung an die drei Kantischen Fragen diskutiert: Welcher Erkenntnisgewinn ergibt sich bezüglich Gründen und Folgen der Geburtenentwicklung (Kapitel 5.1.), welche Handlungsoptionen der politischen Entscheidungsträger lassen sich daraus ableiten (Kapitel 5.2.) und welche weiteren Entwicklungsszenarien sind denkbar (Kapitel 5.3.)

¹⁰ Empirische Anwendungen finden sich zu Kriminalität (Mühlenfeld 1999), Wahlverhalten (Fröchling 1998), Armut (Annen 1998), Umweltverhalten (Lüdemann 1997), Wohnortwechsel (Kalter 1997), Bildungsentscheidungen (Becker 2000). Esser selbst hat sein Modell u.a. auch auf Scheidung angewandt (Esser 2000c: 320ff und Esser 1993).

¹¹ Neben den Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (Statistische Jahrbücher, Volkszählungsdaten, Mikrozensus) stehen Datensätze großer sozialwissenschaftlicher Erhebungen zur Verfügung. Seit 1988 beteiligt sich das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung am „Fertility and Family Survey“. Das Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin erhebt seit 1980 das Sozioökonomische Panel, seit 1984 finden jährliche Erhebungen statt und im Jahre 1990 wurden auch die neuen Bundesländer einbezogen. Das Deutsche Jugendinstitut (Familiensurvey 1988 und 1990/91 West, 1994 Ost), das Staatsinstitut für Familienforschung (Optionen der Lebensgestaltung junger Ehen) sowie die Untersuchungsgruppe um Lutz von Rosenstiel haben zur Entscheidung zum Kind große Panel-Untersuchungen durchgeführt. Wichtig für die Bundesrepublik sind auch der Family and Fertility Survey und Population Acceptance Survey und die 8. konsolidierte Bevölkerungsvorausschätzung 1994. International hat die Fertilitätsforschung Anregungen vor allem aus der „bahnbrechenden Studie“ von Pascal K. Whelpton und Clyde Kiser, die unter dem Namen Indianapolis Study bekannt wurde, gewonnen. Sie wurde bereits 1938 begonnen und nach dem 2. Weltkrieg publiziert (Fux 1994: 136, vgl. Oppitz 1985: 33f). Aufbauend auf deren Ergebnissen folgte dann in den 50er Jahren die „Princeton“-Studie. In den letzten Jahrzehnten wurden dann viele sogenannte VOC („values of children“) Studien in verschiedenen Ländern durchgeführt.

An Statistiken ist vor allem zu bemängeln, dass Daten aus der Sicht des Kinds völlig fehlen (Höhn 1993: 60f; vgl. Nauck 1993b: 144ff). So kann es auch zu Fehlinterpretationen kommen wie der, in der Bundesrepublik seien „mehr als die Hälfte“ der Kinder Einzelkinder (Tietze und Patrak 1993: 289). Tatsächlich bekommt die Hälfte der Frauen, die Mütter werden, nur ein Kind. Es wachsen aber dennoch natürlich weit mehr Kinder mit Geschwistern auf. Ganz andere Probleme finden sich bei inhaltlichen Fragen. Neben den allgemeinen Problemen der Retrospektivbefragung (vgl. hierzu Babka von Gostomski und Horstmann 1997: 113ff) und Operationalisierung finden sich besonders sensible Forschungsbereiche, in denen nicht immer mit wahrheitsgemäßen Angaben zu rechnen ist.

Zusammenfassung: Erkenntnisziele

Bei der Erforschung des generativen Verhaltens stehen zwei Komplexe im Mittelpunkt: Die Suche nach Gründen für den historischen Geburtenrückgang und Erklärungen zur differentiellen Fertilität.

1. Historischer Geburtenrückgang

Aussagen zum historischen Geburtenrückgang bleiben immer spekulativ. Damit kann eine Analyse nur narrativ vorgehen. Sie kann keinen unabhängigen Tests unterzogen werden. Dennoch ist das „Sinn machen“ aus der Vergangenheit für eine Analyse der Gegenwart wichtig. Wie schwierig selbst dies ist, zeigt, dass zum Baby-Boom bis heute keine allgemein anerkannte Interpretation gefunden wurde.

2. Differentielle Fertilität

Das öffentliche Interesse richtet sich meist auf Geburtenraten und damit den allgemeinen Geburtenrückgang. Viel interessanter für die Sozialforschung ist aber die Klärung der differentiellen Fertilität. Wie unterscheiden sich Menschen, die keine Kinder bekommen von solchen, die welche bekommen? Warum haben manche Menschen ein Kind, andere drei oder vier? Lässt sich dies auf soziale Merkmale zurückführen?

Dabei kann allerdings nicht stehengeblieben werden. Die soziologische Analyse der demografischen Entwicklung muss generatives Verhalten auch im Hinblick auf seine gesellschaftlichen Auswirkungen sehen:

3. Fertilität und Strukturwandel

Wissenschaftliche Analysen der Fertilität sollten sich aber nicht nur mit der Suche nach ihren Determinanten beschäftigen, sondern sie auch in ihren Auswirkungen untersuchen. Sowohl der Geburtenrückgang als auch die Ausdifferenzierung der Fertilität in den modernen Gesellschaften führt zu tiefgreifenden Veränderungen der gesellschaftlichen Struktur, die Auswirkungen in allen Lebensbereichen haben. Diese Veränderungen bedürfen einer soziologischen Analyse, die sich nicht mit oberflächlichen Aussagen über Raten etc. zufriedengibt. In bezug auf strukturelle Widersprüche kommt der Soziologie hier auch eine „Aufklärungs“-Funktion zu.

Daraus ergibt sich die Möglichkeit, den Entscheidungsträgern einer Gesellschaft Informationen zum besseren Umgang mit demografischen Entwicklungen zu liefern:

4. Fertilitätsanalyse und Politikberatung

Interventionsmöglichkeiten erschöpfen sich nicht in Versuchen die Geburtenrate zu erhöhen, sondern sind eine Möglichkeit, die demografischen Veränderungen sozialverträglich zu verarbeiten. Hier hat die Soziologie ein wichtiges Aufgabenfeld, das

zwar zunehmend Beachtung findet, sich aber im Vergleich zum Aufwand, der bei der Suche nach Gründen betrieben wird, doch recht dürftig ausnimmt.

Dagegen ist der Versuch, Prognosen für demografische Entwicklungen der Zukunft nur schwer möglich:

5. *Prognose der Fruchtbarkeit*

Prognosen sind bei komplexen Verhaltensmustern kaum möglich. Wenn überhaupt, machen sie nur als probalistische Aussagen Sinn. Dennoch ist die wissenschaftlich fundierte Diskussion möglicher Szenarien wichtig.

Neben den inhaltlichen Fragen der demografischen Entwicklung ist ein weiteres Erkenntnisziel der Arbeit rein theoretisch. Die Bearbeitung der Fragestellungen im gewählten Paradigma soll auch etwas über die Reichweite des Rational Choice-Ansatzes aussagen.

6. *Reichweite des Rational Choice (RC)-Ansatzes*

Für die aktuelle Diskussion über die Anwendbarkeit des RC-Paradigmas auf familiensoziologische Fragestellungen ist die Fertilitätsanalyse ein guter Test. Sie ist allerdings auch ein sehr strenger Test, da es sich um einen komplexen, schwer erfassbaren, da hochemotionalen, Bereich handelt, in dem sich mehrere Entscheidungen überlagern. Wenn Rational Choice für diese Frage kein geeignetes Paradigma ist, heisst das nicht, dass es für die Soziologie allgemein so aussehen muss.

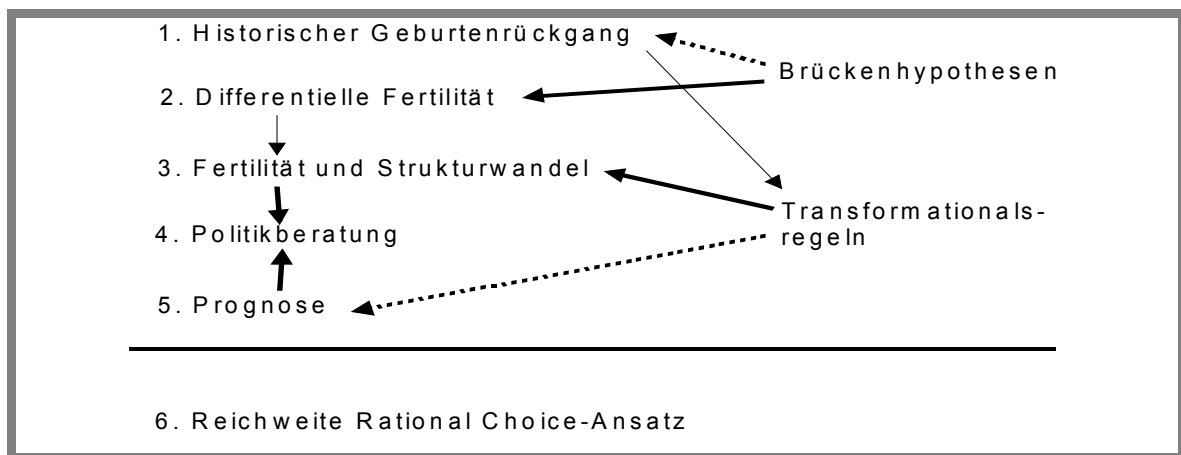


Abbildung 5: Erkenntnisziele

Die Analyse der Situation mit Hilfe von Brückenhypothesen kann also vielleicht die differentielle Fertilität erklären, sowie plausible Erklärungen für den historischen Geburtenrückgang liefern. Die Transformationsregeln bieten die Möglichkeit, strukturellen Wandel abzuleiten und eventuell eine Prognose zu wagen. Aus diesen Ergebnissen lässt sich dann auch eine Abschätzung zu den Möglichkeiten des Rational Choice-Ansatzes wagen.

3. Theoretisches Modell

Wie oben erwähnt hat Hartmut Esser mit seinem sechsbändigen Werk zu den „Speziellen Grundlagen“ der Soziologie eine sehr stringente und detaillierte Fassung des Rational-Choice Ansatzes geliefert. Deshalb wird sein Modell hier als Ausgangspunkt der theoretischen Diskussion gewählt. Nach Darstellung der grundlegenden Überlegungen von Esser schließt sich eine kritische Diskussion an, in der auch auf mögliche Ergänzungen durch andere Modelle hingewiesen wird. Darauf aufbauend wird ein eigenes Modell entwickelt, in dem diese kritischen Überlegungen einbezogen werden.

3.1 Hartmut Essers Modell der „Drei Logiken“

3.1.1 Ziel und Methode

Aufgabe der Soziologie ist für Esser Aufklärung. In Anlehnung an Marx formuliert er als Ziel einer Wissenschaft von der Gesellschaft:

„[...] ihre materiellen und damit zusammenhängenden institutionellen und kulturellen Strukturen und Prozesse ursächlich zu *erklären* und sie dann mit Hilfe des so gewonnenen Wissens – unter Umständen – im Interesse einer vielleicht besseren gesellschaftlichen Ordnung – schrittweise – zu *verändern*.“ (Esser 1999a: 11)

Da das über eine direkte Strukturanalyse nur in den seltensten Fällen möglich ist (vgl. Esser 1991b: 232 und Esser 1999b: 436ff), muss die soziologische Erklärung den Akteur berücksichtigen. Anders als in der Psychologie aber wird mit dem Menschen kein Erklärungsinteresse verbunden (Esser 2000c: 347). Denn Aufgabe der Soziologie

„[...] ist *nicht* die Motivanalyse oder etwa die Erklärung komplexer Vorgänge der Wahrnehmung, sondern die Erklärung der sozialen Prozesse.“ (Esser 2000c: 348)

„Individuelle Idiosynkrasien“ erscheinen als soziologisch „irrelevante“ Varianz (Esser 2000c: 349, vgl. Esser 1997: 30).

„Der Akteur ist in dieser Sicht nichts anderes als eine Art von Platzhalter für seine gesellschaftliche Lage [...]“ (Esser 1999b: 399; vgl. Esser 2000c: 348)

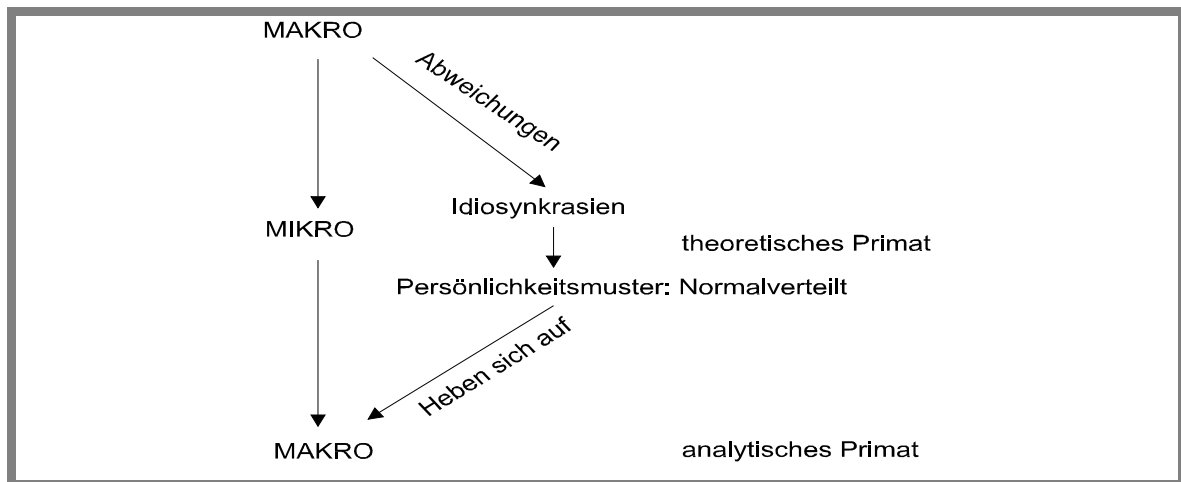


Abbildung 6: Persönlichkeit und Mehrebenenansatz bei Esser

Eine Erfassung der Bedingtheit des Handelns sieht Esser am erfolgversprechendsten als Modellierung der „Situationslogik“, wie von Popper bereits gefordert (Esser 1999b: 24 und 387ff). Die grössere „Tiefe“ der Erklärung im Mehrebenenmodell hat ihren Preis. Die einzelnen Ebenen müssen durch Hypothesen miteinander verbunden werden. Um überhaupt mit einem solchen Modell arbeiten zu können, ist es nötig, den handlungstheoretischen Kern so einfach wie möglich zu halten (ähnlich Coleman 1990: 14). Esser sieht in Lindenberg's Modell des RREEMM (=„resourceful, restricted, expecting, evaluating, maximizing man“) (Lindenberg 1983b: 10f; vgl. Lindenberg 1991b: 54ff) die beste Möglichkeit (Esser 1991b: 238).

Brückenhypothesen verbinden die strukturellen Bedingungen mit den Entscheidungen des Akteurs. Es sollen nicht für jeden Akteur Brückenhypothesen gesucht werden, dies wäre Psychologismus, sondern für Gruppen, für die die gleiche „Logik der Situation“ gilt (Esser 1998: 101ff). Als Entscheidung wird Nutzenmaximierung unterstellt. Handlungen erscheinen nur deshalb oft irrational, weil der „point of view“ des Akteurs nicht entdeckt wurde (Coleman 1990: 17f). Von Lindenberg übernimmt Esser das Prinzip der „abnehmenden Abstraktion“ (Esser 2000c: 337).

„[...] so wenig Nutzenargumente wie möglich, und unter Umständen explizit falsche Annahmen mit der Absicht, diese wieder durch bessere Approximationen zu ersetzen.“
(Lindenberg 1981: 30)

Durch Abnehmende Abstraktion kann das Modell stringent logisch gehalten und schrittweise zu komplexeren Formen übergegangen werden. Esser spricht von einem „Payoff zwischen Einfachheit und Realitätsnähe des Modells“ (Esser 1999b: 22). Die schrittweise Aufhebung der Abstraktion bezieht sich auf die Situationslogik. Dagegen wird für die Logik der Selektion Konstanz unterstellt. Denn

„[...] human nature can reasonably be assumed to be much more stable than social conditions.“ (Lindenberg 1983b: 28)¹²

Bei der Analyse der Situation und ihrer Wirkung auf das Handeln darf nicht stehengeblieben werden. Da das analytische Primat der Soziologie auf der Makro-Ebene liegt, muss eine Aggregation der Handlungen folgen. Hierfür ist eine differenzierte Analyse der Situation unabdingbar:

„Social theory has too often taken the easy path of creating, conceptually, exactly the kind of creature at the micro level that by simple aggregation will produce the observed systemic behavior [...] the correct path for social theory is a more difficult one: to maintain a single conception of what individuals are like and to generate the varying systemic functioning not from different kinds of creatures, but from different structures of relations within these creatures find themselves.“ (Coleman 1990: 197)

Mit einfachen „Summierungen“ ist es nicht getan, es müssen die geltenden Transformationsregeln erforscht werden. Die soziologische Erklärung besteht somit aus „drei Logiken“: Die der Situation, d.h. der Bedingungen, unter denen gehandelt wird. Die der Selektion, d.h. der Entscheidungsregeln, die dem Handeln zugrunde liegen. Und drittens, die der Aggregation, in der Struktur aus Einzelentscheidungen abgeleitet und damit der Kreis geschlossen wird.

3.1.2 Logik der Situation

Akteure entscheiden nicht im luftleeren Raum. Die Logik der Situation modelliert die Randbedingungen des Handelns. Esser teilt diese in drei Bereiche, die jeweils in einem Band der „Speziellen Soziologie“ ausführlich abgehandelt werden:

- Materielle Bedingungen (Esser 2000c);
- Institutionelle Regeln (Esser 2000d); und
- Kultureller Bezugsrahmen (Esser 2001).

Somit wird der klassische mikroökonomische Ansatz, der Handeln als Optimierung knapper Ressourcen innerhalb eines gegebenen Preisgefüges beschreibt, durch soziale Randbedingungen ergänzt. Normen, Institutionen und Strukturen sind ebenfalls Einschränkungen der Wahl (Frey 1990: 2f, vgl. Kirchgässner 1993: 185). Diese Bedingungen bilden die „objektive Definition der Situation“, die für Esser den Rang „sozialer Tatbestände“ hat, die der Theorie exogen sind, d.h. im Ansatz nicht geklärt werden müssen (Esser 1997: 320f). In Anlehnung an Lindenberg (und Adam Smith) geht Esser von zwei Grundbedürfnissen aus, die für alle Menschen gelten:

- Physisches Wohlbefinden und
- Soziale Anerkennung (vgl. Lindenberg 1983b: 11 und Esser 1996: 6ff).

¹² Damit sind Entscheidungen natürlich auch leichter zu modellieren, weil der leidige „Verstehens“-Anteil entfällt.

Unter den Randbedingungen werden von den Akteuren sogenannte „primäre Zwischengüter“ produziert, die zur Befriedigung dieser beiden Grundbedürfnisse nötig sind (Esser 1999b: 98). Die Handlungen der Menschen unterscheiden sich nur dadurch, dass je nach sozialer Position andere Kosten-Nutzen-Relationen zur Befriedigung dieser Grundbedürfnisse bestehen und damit auch andere „Zwischengüter“ produziert werden. Die „primären Zwischengüter“ selbst werden mit Hilfe von „indirekten Zwischengütern“ hergestellt (Esser 1999b: 105).

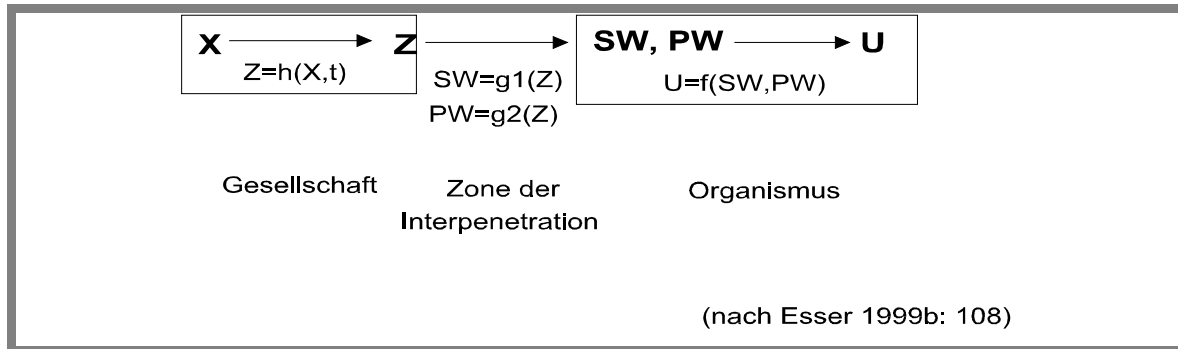


Abbildung 7: Allgemeine Nutzenfunktion bei Esser

Der Organismus erzeugt Nutzen (U) über Befriedigung der beiden Grundbedürfnisse Soziale Anerkennung (SW) und Physisches Wohlbefinden (PW).¹³ Diese werden befriedigt durch die Produktion der Zwischengüter (Z). Jene wiederum werden mit am Markt nachfragbaren Konsumgütern (X) unter Aufwendung von Zeit (t) hergestellt.

„Auf diese Weise werden Präferenzen aus dem Reich des Geschmacks in das Reich der (objektiv beschreibbaren) sozialen Produktion gerückt.“ (Lindenberg 1991b: 58)¹⁴

Der Produktionspreis und damit die Nachfrage bestimmter Güter ist durch die Position des Akteurs in der Gesellschaft bestimmt („soziale“ Produktionsfunktion).¹⁵ Damit können über Veränderungen von Ressourcen und Preisen bereits spezifische Handlungsmuster abgeleitet werden. In der Ökonomie werden diese Zusammenhänge über Indifferenzkurven dargestellt (vgl. Esser 2000c: 74ff).¹⁶ Maßgeblich ist, daß von einer gemeinsamen Währung auszugehen ist. In der klassischen Form ist dies Geld, in der neueren Mikroökonomie wird einfach von Nutzen gesprochen. Für Indifferenzkurven ist erforderlich, daß Präferenzen transitiv sind.

¹³ Dabei geht Esser davon aus, das die Frage nach der Beziehung zwischen den beiden Grundbedürfnissen nicht gestellt werden muß (Esser 1997: 319).

¹⁴ Dieser Versuch, Präferenzen zu endogenisieren findet sich bereits bei Becker 1976: 145ff.

„For economists to rest a large part of their theory of choice on different tastes is disturbing since they admittedly have no useful theory of the formation of tastes, nor can they rely on a well-developed theory of tastes from any other discipline in the social sciences, since non exists.“ (Becker 1976: 133)

¹⁵ Die sozialen Produktionsfunktionen bauen auf der Entwicklung der Haushaltsproduktionsfunktion auf, die von den sogenannten New Home Economics in Anlehnung an Reid und Kyrk entwickelt wurde (vgl. hierzu Folbre 1994a: 25 und Nerlove 1974: S201). Dass hier der Haushalt für die Nutzenproduktion als produktiv und nicht konsumptiv verstanden wird, da er Nutzen erst mit Zwischengütern und Zeit und Energie herstellt, ist gerade für die Familiensoziologen eine interessante Weiterentwicklung der mikroökonomischen Theorie (vgl. Seccombe 1993: 7).

Gegenbeispiele sind nicht denkbar (vgl. Edwards 1954: 404ff). Aus Transitivität folgt, daß Indifferenzkurven sich nicht schneiden (Stigler 1987: 52). Nimmt man noch das Gesetz vom Ausgleich des Grenznutzens hinzu, das besagt, daß der Nutzen jeder zusätzlichen Einheit im Vergleich zur vorhergegangenen abnimmt und der Kauf weiterer Einheiten genau dann ausbleibt, wenn die Kosten einer weiteren Einheit ihrem Nutzen entsprechen, so müssen Indifferenzkurven konvex zum Nullpunkt verlaufen (Stigler 1987: 57). Indifferenzkurven zeigen an, zwischen welchen Kombinationen der Güter x und y die Person indifferent ist. D.h. anders ausgedrückt, der erzielte Nutzen ist jeweils auf einer Indifferenzkurve an jedem Punkt gleich. Höhere Indifferenzkurven stellen mehr Nutzen dar. Die Diagonalen repräsentieren das Budget der Person und eine optimale Allokation der Ressourcen findet statt, wenn der Punkt gewählt wird, an dem die Diagonale die höchste erreichbare Indifferenzkurve tangiert. Damit drückt die Linie T aus, welche Kombination der Güter bei steigendem Einkommen gewählt wird.

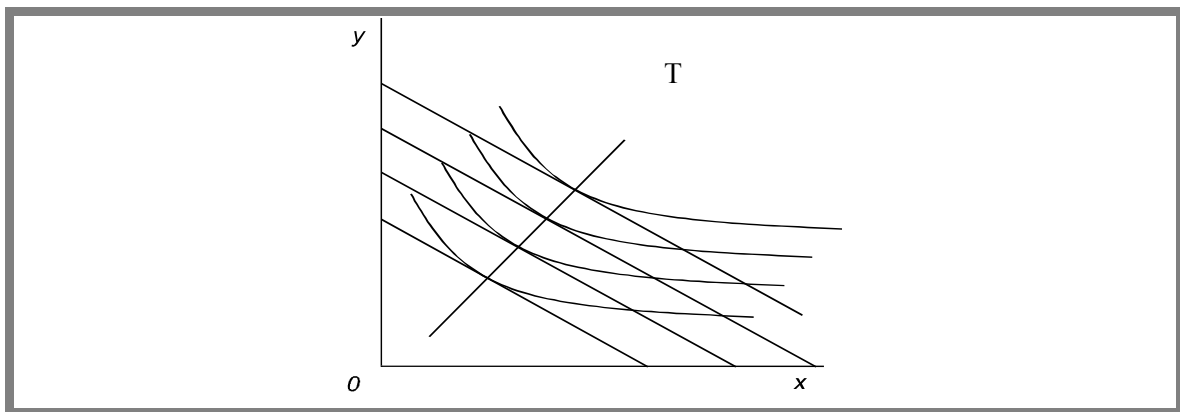


Abbildung 8: Indifferenzkurven: Konsumgüter

Problematisch ist, dass die Annahme vom Grenznutzen nicht für jedes Gut zutrifft. Ob dies der Fall ist, muss jeweils empirisch geprüft werden. Es kommt vor, dass ein Gut nutzlos ist oder sogar einen negativen Nutzen hat. Dann sehen die Kurven so aus (Stigler 1987: 47):

¹⁶ Nachdem Ökonomen zuerst von kardinalen (d.h. intervallskaliert meßbaren) Präferenzen ausgegangen waren, führte Paretos Kritik zur realistischeren Annahme ordinaler Präferenzen. Seitdem sind ökonomische Gesetze nur noch aus sogenannten Indifferenzkurven ableitbar (vgl. Edwards 1954: 384).

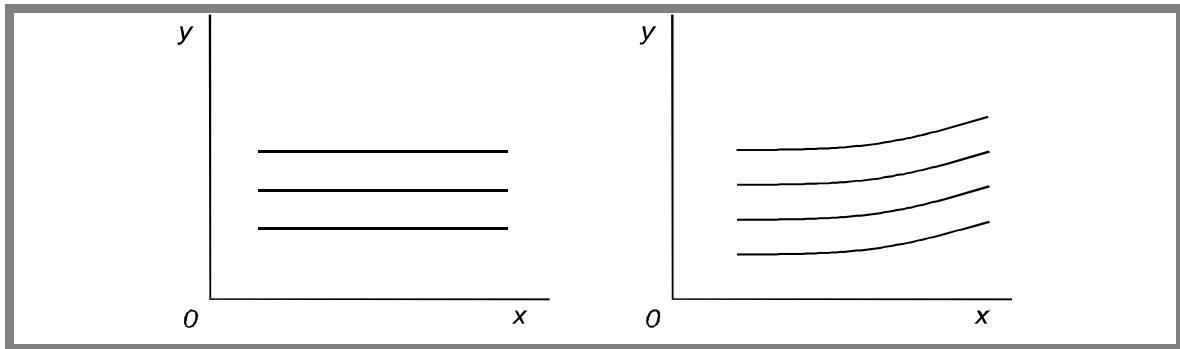


Abbildung 9: Indifferenzkurven: nutzlose Güter und Güter mit negativem Nutzen

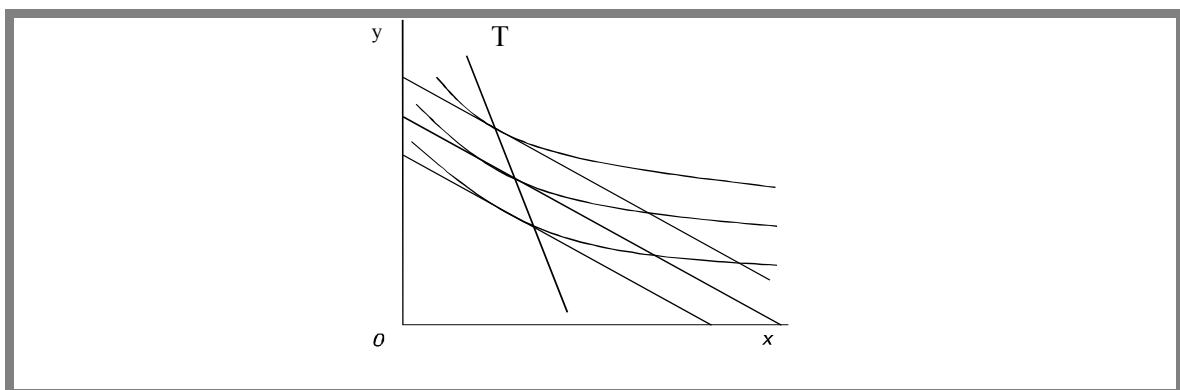


Abbildung 10: Indifferenzkurven: inferiore Güter

Ein anderes Problem ist, dass Güter oft nicht unabhängig voneinander sind. Güter können sich ergänzen oder Substitute darstellen. Im letzteren Fall führt steigendes Einkommen eventuell zu einer geringeren Nachfrage. Es handelt sich um ein „inferior good“. Ob ein Gut ein „inferior good“ ist, lässt sich ebenfalls nur empirisch feststellen (Lindenberg und Frey 1993: 193).

Als Ressourcen kommen für eine soziologische Analyse nicht nur Zeit und Geld in Frage. Esser nennt neben ökonomischem Kapital und Humankapital (Esser 2000c: 213ff)¹⁷ auch kulturelles (Esser 2000c: 225ff), institutionelles (Esser 2000c: 232f) und soziales Kapital (Esser 2000c: 235ff)¹⁸. Dabei kommt den Institutionen eine besondere Bedeutung zu:¹⁹

„Bei einer soziologischen Erklärung ist die Beschreibung der geltenden institutionellen Regeln der wohl wichtigste und meist auch der anspruchsvollste und schwierigste Teil

¹⁷ Bereits 1776 erwähnte Adam Smith die Bedeutung des Humanvermögens (Schilp 1984: 24ff). Dieses Konzept wurde von der klassischen Ökonomie allerdings nicht weiter aufgegriffen. Erst in den 50er Jahren führte Schultz das Human Capital als Ressource in die Ökonomie ein (Becker 1993b: 392; vgl. auch Coleman 1990: 304ff).

¹⁸ Besonders im Werk von James Coleman spielt der Begriff des Sozialen Kapitals eine tragende Rolle (Coleman 1988: 95ff, der Begriff geht auf Loury 1977 zurück; vgl. Coleman 1990: 300).

¹⁹ Normen sind für Esser ein Sonderfall von Institutionen. Sie sind mit negativen Sanktionen verbundene Institutionen (Esser 2000d: 10). Bei Rollen kommt noch die Bindung an Positionen hinzu (Esser 2000d: 10 und 141). Da soziale Produktionsfunktionen gerade über die Positionierung des Akteurs herleitbar sind, kommt damit dem Konzept der Rolle eine zentrale Bedeutung zu (Esser 2000d: 142).

der Arbeit. Die Analyse der institutionellen Regeln und ihrer Beziehungen zueinander ist das zentrale Element in der Logik der Situation der Akteure.“ (Esser 2000d: 45)

Damit ist auch nach Widersprüchen zu fragen, nach „Konfliktaustragung und Vermittlung“ zwischen „institutionellen Leitideen“ (Esser 2000d: 147). Auch an Rollenkonflikte ist hier zu denken (Esser 2000d: 166ff).

3.1.3 Handlungstheoretischer Kern

Die Logik der Selektion bildet den sogenannten „Handlungstheoretischen Kern“ des Rational-Choice-Ansatzes. Dieser wird als „universaler nomologischer Kern“ formuliert (Esser 1999b). Damit ist eben nicht gemeint, dass alle Menschen „gleich“ sind, sondern dass das Handeln bei allen nach gleichen Kriterien abläuft (vgl. z.B. Raub und Voss 1981: 23). Handeln wird als „Produktion von Nutzen“ (Esser 1995: 83) verstanden. Esser teilt den Bereich der Handlung noch einmal in drei Logiken ein:

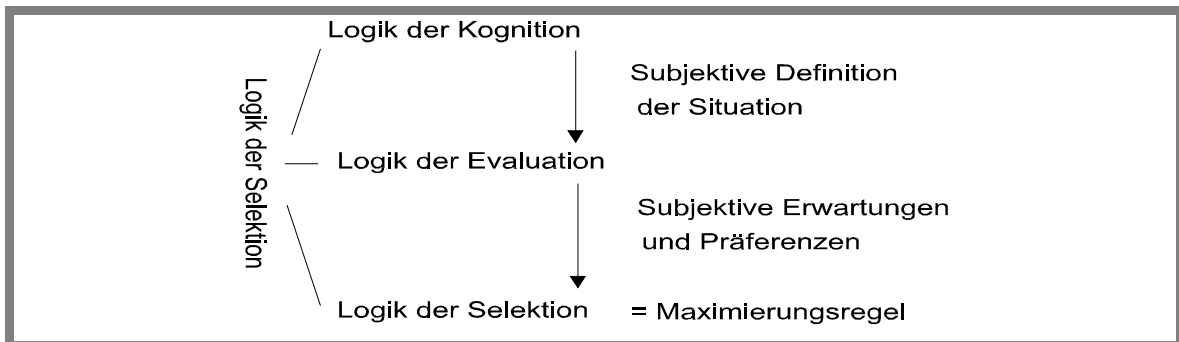


Abbildung 11: Die drei Teile der Logik der Selektion bei Esser

In der Kognition kommt es zu einer subjektiven Definition der Situation, die selbst von den objektiven Randbedingungen abhängt. Der in der Situation herrschende „kulturelle Sinn“ erzeugt eine „automatisch aktivierte Einstellung über einen typischen Code der Situation“ (Esser 2000b: 300). Hieraus ergibt sich die „situationsspezifische Effizienz der sozialen Produktionsfunktionen“ (Esser 1999b: 101). Menschen sind nach Esser in der Lage, Situationen angemessen zu erfassen und den Produktionsfunktionen entsprechend nutzenmaximierend zu entscheiden:

„Es gibt eine 'objektive', sozial 'gültige' Definition der Situation [...]“ (Esser 1999b: 102, vgl. 136)

Diese „Muster“ (Esser 2001: IX) sind nötig, weil der Mensch nicht in der Lage ist, alle Aspekte einer Situation zu erfassen. Schon um Informationskosten zu sparen, muß deshalb Kognition unter einem maßgeblichen frame stattfinden. Dieser wird mit Hilfe „einer Art von

kurzgeschlossener Kalkulation“ gewählt (Esser 2000d: 95f)²⁰, vor dem Handeln findet eine „Selektion der dann handlungsleitenden normativen Strukturen“ statt (Esser 2001: 77).

„Die Anwendung der Theorie des rationalen Handelns auf sich selbst ist kein Widerspruch oder der Beginn eines unendlichen Regresses immer höher geschraubter Meta-Selektionen. Die Selektionen *finden* unter Umständen ein interaktives Gleichgewicht.“ (Esser 1996: 30f)

In der Evaluation werden Präferenzen für Zwischengüter aufgrund der sozialen Randbedingungen gebildet. Diese Präferenzen sind damit dem Modell endogen. Sie sind nicht stabil, sondern verändern sich in Abhängigkeit von der Situation. Problematisch für die Modellierung ist, dass nicht alle Handlungen mit Sicherheit zu einem Nutzen führen. Bei manchen kann noch nicht einmal eine objektive Wahrscheinlichkeit hierfür angegeben werden. Unter solchen Bedingungen sieht die klassische Nutzentheorie verschiedene rationale Strategien vor: eine Minimierung des möglichen Schaden, eine Maximierung des möglichen Nutzen. Esser geht davon aus, dass unter Unsicherheit „second-order-probabilities“, d.h. Erwartungen über Wahrscheinlichkeiten zugrundegelegt werden können (Esser 1999b: 290). Damit kann die „Wert-Erwartungstheorie“ angewandt werden.²¹ Hierfür muss vorausgesetzt werden:

- 1.) eine Entscheidung, die
- 2.) Folgen hat, die
- 3.) positiv oder negativ sind und mit
- 4.) einer gewissen Wahrscheinlichkeit (Erwartung) auftreten und
- 5.) eine gewisse Gewichtung (Evaluation) erfahren, wonach
- 6.) eine Selektion im Sinne der Nutzenmaximierung stattfindet (Esser 1999b: 248ff)²²

Die vergebenen Werte (der Nutzen) und die Erwartungen (d.h. die subjektiven Wahrscheinlichkeiten) werden selbst durch die institutionellen Bedingungen strukturiert (Esser 2000d: 46). Auch diese hängen nicht mit Persönlichkeitsmerkmalen zusammen, die nach Esser normalverteilt sind (Esser 2000a: 91), bzw. in früheren Fassungen nicht auftauchen (z.B. Esser 1996: 8). In der Evaluation wird jeweils das Produkt aus Nutzen und Wahrscheinlichkeit für alle Optionen gebildet (Esser 1999b: 256f).

²⁰ Es handelt sich bei Essers Vorstellungen vom framing um eine vereinfachte Variante des Diskriminations-Modells von Lindenberg

²¹ Die Wert-Erwartungstheorie in ihrer klassischen Form geht auf den Mathematiker Savage zurück. Der entscheidende Unterschied zur ökonomischen Theorie besteht darin, daß hier mit subjektiven Wahrscheinlichkeiten gerechnet wird. Deshalb wird die Theorie auch als SEU-Theorie (subjective expected utility) bezeichnet. Schon Savage wies darauf hin, dass subjektive Wahrscheinlichkeiten von den objektiven oft abweichen und dadurch diverse Paradoxe entstehen (Savage 1954: 21ff; genauere Analysen hierzu finden sich Kahneman et al. 1982; vgl. auch Rapoport 1989: 98)

²² Damit wird hier ein wesentlicher strengerer Entscheidungsbegriff vorgelegt als in der vorliegenden Arbeit (vgl. Kapitel 2.3.).

Die Selektion besteht dann nur darin, dass die Handlung mit dem höchsten erwarteten Nutzen ausgeführt wird. Damit wird für alle Handelnden in allen Situationen eine Entscheidungsregel unterstellt: rationale Nutzenmaximierung. Die Annahme unterschiedlicher Handlungstypen – wie beispielsweise bei Max Weber – wird von Esser abgelehnt (Esser 1999b: 224ff). Er kritisiert, dass hierbei angegeben werden müsste, unter welchen Bedingungen welcher Typ gilt (Esser 2000d: 94) und das sei auch nur unter Rückgriff auf die Situationslogik und rationale Entscheidungen möglich. Die Argumentation würde in einen infiniten Regress geraten. Affektuelles und traditionales Handeln sind für ihn Selektionen innerhalb eines „unbedingten“ frames (Esser 2001: 310), bei wertrationalem Handeln dagegen kann der Entscheidende „gute Gründe“ angeben (Esser 2001: 313). Normen tauchen wie Gewohnheiten damit nur als Spezialfälle der Nutzenmaximierung auf (Esser 2000d: 63). Dennoch spricht auch Esser von Internalisierung:

„Die Internalisierung sorgt in der Tat dafür, daß die Befolgung einer Norm weitgehend 'unabhängig' von äußerlichem Erfolg ist. Aber, so sei Jon Elster entgegengehalten, das ist sie nicht vollständig, denn sonst gäbe es ja nur konformes Handeln oder nur Gewissenlosigkeit bei einer Abweichung.“ (Esser 2000d: 118)

Ist die Entscheidung einmal gefallen, sind Akteure an bestimmte Handlungsmuster gebunden:

„Bindung bedeutet: Ein einmal nach einer sozialen Regel begonnenes Handeln zwingt die Akteure psychisch und sozial an die Abläufe der Regel – zuweilen auch gegen ihre 'Interessen'. Sie fühlen sich moralisch oder sonstwie emotional an die Regel gebunden und ihren Imperativen verpflichtet.“ (Esser 2000d: 35)

Dieser moralischen Verpflichtung kommt auch bei Esser ein Zwangscharakter zu:

„Es liegt nicht in der Macht des einzelnen, einen Beschluß darüber zu fassen, wann er ein bestimmtes moralisches Gefühl hat und wann nicht.“ (Esser 2000b: 151)

Dennoch soll auch hier Nutzenmaximierung unterstellt werden. Es muss dann die Schwelle gefunden werden, an der das Übertreten der Norm lohnend genug wird (Esser 1999b: 134).

Auch Gewohnheiten werden nur aufgegeben, wenn sich der Preis für ihr Befolgen ändert:

„Der Nutzen aus einer reflektierenden Abweichung von der Routine besteht aus dem Nutzen einer eventuell neuen Modell-Wahl, die sich aus der Reflexion ergeben würde.“ (Esser 1996: 21)

Esser findet den Einwand, man wisse nicht, was zu erwarten sei, „leicht auszuräumen“: es genüge, daß „irgendeine Verbesserung“ eintrete (Esser 1996: 22). Insofern gibt es nicht verschiedene Entscheidungsregeln, sondern die Wahl des Handlungstyps erfolgt selbst als rationale Wahl und damit Nutzenmaximierung (Esser 1999b: 284). Andere Akteure lassen sich ohne Problem ins Modell integrieren. Auch sie bilden nur Randbedingungen menschlicher Handlungen:

„Anders gesagt: Die Menschen beachten sich häufig gegenseitig auch nicht als 'Subjekte', sondern als bloße 'Objekte' ihrer individuellen und einsamen Entscheidungen.“ (Esser 2000b: 2)

Zwar führt die Interdependenz menschlicher Handlungen zu doppelter Kontingenz (Esser 2000b: 6), ihr Interesse aneinander läßt sich aber auf die Kontrolle von Ressourcen reduzieren (Esser 2000b: 4). Und diese Zusammenhänge lassen sich austauschtheoretisch modellieren (so auch Coleman 1990: 119ff).²³ Zwischen Akteuren können drei Formen struktureller Verbundenheit herrschen: Autonomie, Dependenz oder Interdependenz – je nachdem, wie Ressourcen und Interessen verteilt sind (Esser 2000b: 8ff). Daraus ergeben sich Ausgleichzahlungen (Esser 2000c: 112ff) oder Drohpunkte (Esser 2000c: 102ff), die für die Modellierung von Macht in Paarbeziehungen eine interessante Möglichkeit bieten (Esser 2000c: 325). Mit der Spieltheorie kann dies gut dargestellt werden (Esser 2000b: 26ff).²⁴

Ein Spiel ist definiert durch eine Spieler-payoff-matrix (Elster 1978: 150f), die angibt, was der jeweilige Spieler bei welcher Kombination von Handlungen der Beteiligten erhält. Die meisten Varianten sind für zwei Spieler konzipiert, können aber prinzipiell bis zu n-Personen erweitert werden. Die Spieltheorie untersucht, ob sich für Matrizen dominante Spielstrategien (beste Antwort des Spielers auf alle Möglichkeiten des/der anderen), Gleichgewichtspunkte (keiner der Spieler hat ein Interesse seine Strategie zu verändern) und Pareto-optimale Zustände (keiner kann besser gestellt werden, ohne dass ein anderer schlechter gestellt wird) ergeben (Rapoport 1989: 296; Voss 1985: 137). Das bekannteste Spiel ist das sogenannte „Prisoner’s Dilemma“ (vgl. bspw.: Leibenstein 1976c: 148ff; Kirchgässner 1991. 51ff und Elster 1978: 153ff):

A,B		A	
		COOP.	NON-COOP.
B	COOP.	3,3	1,4
	NON-COOP.	4,1	2,2

Abbildung 12: Matrix Prisoner’s Dilemma

Die grauen Felder zeigen alle Pareto-optimale Zustände und das umrandete Feld den Gleichgewichtspunkt. Das „Dilemma“ liegt darin, daß der Gleichgewichtspunkt, der sich einstellt, wenn beide die individuell rationale Lösung wählen, der einzige suboptimale Punkt ist.

²³ Die Austauschtheorie geht ebenfalls von Nutzenmaximierung aus, richtet sich aber auf den Tausch zwischen Personen. Durch Indifferenzkurven ist Tausch gut darstellbar. Aus den Indifferenzkurven der beiden am Tausch Beteiligten ergibt sich die sogenannte „Edgeworth Box“ (zu Edgeworth vgl. Stigler 1987: 42 und Hicks 1939: 12ff; zur Edgeworth Box: Stigler 1987: 73).

²⁴ Die klassische Version der Spieltheorie geht auf von Neumann und Morgenstern 1947 zurück, die ihren Vorteil in der Möglichkeit sahen, Interaktionen mathematisch exakt zu fassen (von Neumann and Morgenstern 1947:6)

Zwar ist für die „individual rationality“ Nicht-Kooperation immer die strategisch günstigste Antwort, beide Beteiligten wären aber besser mit einer „collective rationality“, die Kooperation vorschreibt, bedient (Rapoport and Chammah 1965: 831). Eine Lösung ist Wiederholung. Es zeigt sich, dass bei reiterativen Spielen in langen Sequenzen der Anteil an beiderseitiger Kooperation hoch ist (Rapoport and Chammah 1965:832, Elster 1978:127ff). In einer Computersimulation hat sich als ‚beste Strategie‘ für lange Sequenzen das sogenannte „tit-for-tat“ von Rapoport ergeben (Kirchgässner 1991: FN 58), im ersten Zug wird kooperiert, dann wird immer mit dem Zug reagiert, den der andere vorher ausgeführt hat. Dies zeigt, wo die Lösung des Paradoxes zu suchen ist. Es kann nur überwunden werden, wenn einer der beiden bereit ist, einen Vertrauensvorschuß zu geben. Aber dieser Vertrauensvorschuß zahlt sich aus, denn dies war im Spiel aller Strategien gegen alle diejenige, die die höchste Gesamtpunktzahl erreichen konnte.

Für die Soziologie ist dies besonders wichtig, da das bekannte Problem der Bereitstellung öffentlicher Güter (Olson 1965)²⁵ in seiner Struktur genau einem „n-Personen-Gefangenendilemma“ entspricht (Voss 1985: 178; Leipold 1997 235). Das „Hobbessche“ Ordnungsproblem taucht aber nicht nur auf Staats-, sondern auf allen Ebenen auf:

„I believe that for modern societies this is the main obstacle to successful organization [...]“ (Elster 1978: 141)

Eine Lösung ist durch Änderung der Auszahlungsmatrix möglich, indem zum Beispiel normative Vorstellungen, Ehre, Disziplin etc. integriert werden (Esser 2000b: 79). Dann kann sich aus einem Prisoner’s Dilemma ein Assurance Game ergeben (vgl. Elster 1978: 153):

A,B		A	
		COOP.	NON-COOP.
B	COOP.	4,4	1,3
	NON-COOP.	3,1	2,2

Abbildung 13: Matrix Assurance Game

²⁵ „Öffentliche Güter“ sind nach Samuelson 1954 definiert durch „Nichtausschließbarkeit und Nichtrivalität“ (Meyer 1997: 8). Die klassische Arbeit zum Problem der öffentlichen Güter stammt von Mancur Olson (vgl. Turner 1991: 86). Entgegen der Annahme, öffentliche Güter existierten, wenn sie für die Allgemeinheit von Nutzen seien, weist Olson nach, daß außer bei sehr kleinen Gruppen gemeinsames Interesse noch nicht zur Bereitstellung führt (Olson 1965). Daß öffentliche Güter überhaupt existieren, wird damit begründet, daß Gruppen meist außerdem einen anderen ‚purpose‘ verfolgen, der nicht durch „Nichtausschließbarkeit“ gekennzeichnet ist: Öffentliche Güter entstehen dann quasi als „by-product“ (Olson 1965: 132). Diese Verbindung öffentlicher mit privaten Gütern aber ist selbst ein öffentliches Gut und führt somit zu einem „Problem kollektiven Handelns zweiter Ordnung“ (Willems 1996: 137).

Hier ist der Gleichgewichtspunkt identisch mit dem einzigen pareto-optimalen Feld. Ein wichtiges Beispiel für ein Spiel ohne eindeutige Lösung ist das „Game of chicken“ (Arnold 1992: 148f; Leibenstein 1976c: 148ff und Elster 1978: 153ff). Die sich ergebenden Gleichgewichtspunkte sind „unfair“. Das Spiel entspricht der Bereitstellung eines öffentlichen Gutes, bei dem jeder Beteiligte allein genug Interesse hat um für die Existenz zu sorgen. Da es aber für jeden kostengünstiger ist, wenn der andere das Gut bereitstellt, kommt es evtl. gar nicht zustande. (Arnold 1992: 146f).

A,B		A	
		COOP.	NON-COOP.
B	COOP.	3,3	2,4
	NON-COOP.	4,2	1,1

Abbildung 14: Matrix: Game of Chicken

Für das soziologisch interessante Problem der öffentlichen Güter bietet die Spieltheorie somit eine Klassifikationsmöglichkeit:

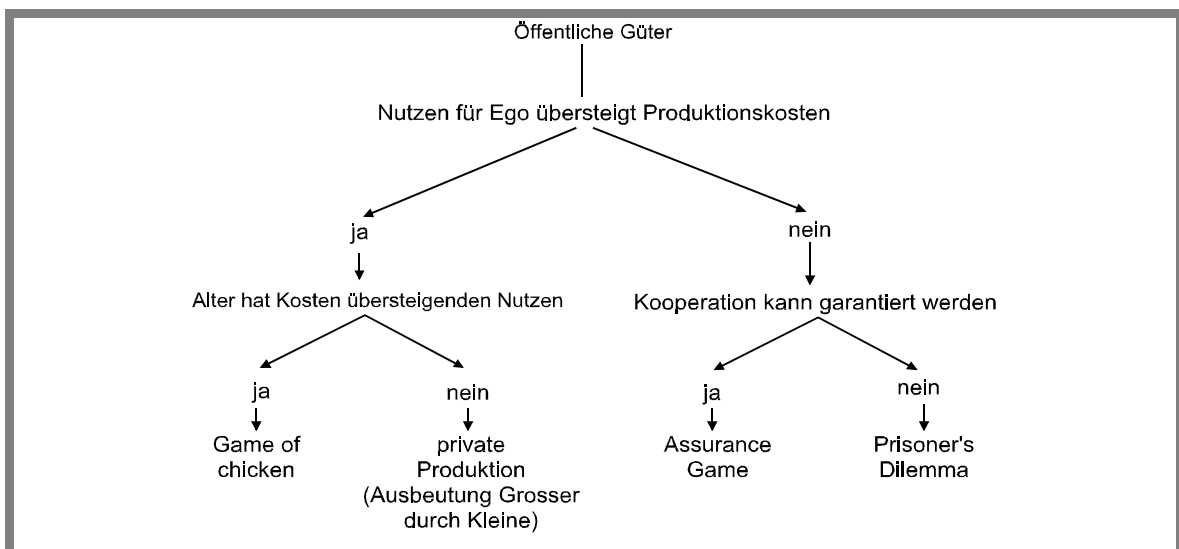


Abbildung 15: Klassifikation öffentlicher Güter

3.1.4 Logik der Aggregation

In der Logik der Aggregation wird der Schritt von der Mikro- zurück zur Marko-Ebene vollzogen. Nötig ist eine Analyse der Logik der Situation, die differenziert genug ist, um die

interessierenden kollektiven Phänomene ableiten zu können. Die nötigen Transformationsregeln können in verschiedener Form vorliegen:

- Partielle Definitionen (Esser 2000a: 20f);
- Statistische Aggregation (Esser 2000a: 21),
- Institutionelle Regeln (Esser 2000a: 21f) oder
- Formale Modelle (Esser 2000a: 23f).

Dabei handelt es sich bei den beiden letzteren um komplexe Regeln: Institutionelle Regeln basieren auf einer „Regelmäßigkeit empirischer sozialer Abläufe, die sich an die individuellen Effekte erwartbar anschließen [...]“ (Esser 2000a: 21); formale Modelle arbeiten beispielsweise mit Schwellenwerten oder spieltheoretischen Simulationen (Esser 2000a: 23). Welche Transformationsregeln Anwendung finden, hängt vom Untersuchungsgegenstand ab.

„Selten gibt es ein soziologische Erklärungsproblem, das sich schon mit einer Sorte von Transformationsregeln lösen ließe. [...] Die Kunst der erklärenden Modellierung besteht dann vor allem darin, das jeweilige inhaltliche Problem so zu zerlegen, daß an den verschiedenen kritischen Stellen des Erklärungsargumentes jeweils das ‘passende’ Modell der Transformation steht.“ (Esser 2000a: 26)

Bereits bewährte Modelle können als „Module“ kombiniert werden. Ist die Erklärung vollständig, sind die kollektiven Phänomene auf die Einzelhandlungen reduzierbar:

„Es sind kollektive Sachverhalte, die sich in gewisser, wenngleich in oft durchaus kompliziert zu berechnender, Weise tatsächlich ‘nur’ als ‘Summe’ der Teile, der individuellen Effekte nämlich, ergeben.“ (Esser 2000a: 21)

Damit kann aber die Emergenz sozialer Ordnung nicht erklärt werden. Da diese ein öffentliches Gut ist, dürfte sie zwischen rationalen Akteuren gar nicht zustande kommen. Empirisch aber kommen öffentliche Güter durchaus vor.²⁶

„Die Frage, ob eine spontane soziale Ordnung, d.h. allseitige Kooperation der Akteure ohne äußere Sanktionsinstanz und ohne andere externe oder interne Anreize, zustande kommen kann, muß beim gegenwärtigen Stand der Forschung bejaht werden.“ (Opp 1991: 373)

Noch ist damit nicht gesagt, daß Olsons Analyse wertlos ist. Die Entdeckung, daß unter der Voraussetzung allgemeiner Nutzenmaximierung rationalerweise immer eine Unterversorgung mit öffentlichen Gütern resultiert, ist wichtig. Die Frage, wie es dennoch zur Existenz dieser öffentlichen Güter kommt, ist mit einem rationalen Kalkül allein nicht beantwortbar.²⁷ Früher hielt Esser den Versuch, die Emergenz zu erklären, für den „grundlegenden Irrtum aller

²⁶ Empirische Untersuchungen kommen zu einem Versorgungsgrad von 40-60% der optimalen Allokation (Etzioni 1994: 121). Kooperation bleibt damit zwar im Suboptimalen Bereich, der RC-Ansatz hat aber Probleme, überhaupt das Vorkommen von Kooperation zu erklären.

²⁷ Sie ist auch vertragstheoretisch nicht lösbar, da nicht garantiert werden kann, daß andere sich an den Vertrag halten (Münch 1988: 35ff). Sanktionen zur Einhaltung aber sind selbst wieder öffentliche Güter zweiter Ordnung (Weiß 1998: 45). Eine Lösung des sozialen Ordnungsproblems bietet weder die Vorstellung vom Markt noch die soziologische Erklärung durch Normen (Esser 2000b: 161ff). Beide setzen bereits eine Ordnung voraus.

soziologischen Handlungstheorien“ (Esser 1998: 325). Inzwischen liegt auch von ihm eine Erklärung vor (Esser 2001: 36ff). Esser geht davon aus, daß wiederholte Spiele Kooperation erzeugen (Esser 2000b: 135ff). Nach einer strengen Rationalitätsvorstellung dürfte dies nur bei endlosen Spielen funktionieren (Esser 2000b: 138f). Dies hält Esser aber für

„[...] etwas weltfremd: Manchmal lohnt sich eine Kooperation auch dann, wenn man weiß, daß sie nicht ewig dauert.“ (Esser 2000b: 139)

Wenn der Kooperationsgewinn groß genug sei, komme es zu Kooperation (Esser 2000b: 139). Um Kooperation der anderen garantieren zu können, muss der einzelne als „moralisch“ gelten, d.h. sich auch dementsprechend verhalten (Esser 2000b: 140).

„Bei wiederholten Spielen *kann* es aus dem Gefangenendilemma also einen Ausweg geben: Die Wiederholung überführt die Dilemma-Situation tendenziell in ein – relativ einfach lösbares – Koordinationsproblem vom Typ eines Assurance Game. Auch solche sind aber manchmal durchaus vertrackt. Deshalb wird gelegentlich auch ein Fokuspunkt oder eine andere Form der Koordination hilfreich sein, wenn das PD zu einem AG geworden ist. Aber das sind nur peanuts gegenüber dem Problem der Dominanz der Defektion im einfachen PD. Kurz: Kooperation ist möglich. Und zwar: *Gerade* unter rationalen Egoisten – ohne jede Moral, ohne jeden Zwang, ohne Staat und ohne Leviathan und ohne jede Sonderprämie etwa einer internalisierten Norm. Das hatte die Soziologie immer bestritten. Hier ist der (Existenz-)Beweis dafür, daß es doch geht.“ (Esser 2000b: 147f)

Anders ausgedrückt: Es ist das Interesse am Ertrag, das ein Interesse am Erhalt der Regeln erzeugt und damit Kooperation ermöglicht (Esser 2000b: 149). Wer sich nicht an die Regeln hält, wird bestraft: keiner vertraut ihm mehr, d.h. er kann keine Kooperationsgewinne mehr verzeichnen (Esser 2000b: 134). Bei größeren Gruppen reicht dies nicht aus, sie benötigen eine „moralische Bindung“ (Esser 2000b: 151).

„Spätestens nun aber ‘muß’ die Regel auf eine andere Grundlage gestellt werden als alleine die des Interesses und des Wissens: Die Regelbeachtung muß mit einem ‘unbedingten’ Gefühl beim Akteur verbunden werden, das der Akteur nicht mehr unter seiner Kontrolle hat. Kurz: Zum Interesse muß eine *moralische* Bindung hinzutreten.“ (Esser 2000b: 151)

D.h. es kommt zur Internalisierung. Normen entstehen quasi evolutionär mit „zaghaften Anfängen einer einfachen Koordination des Handelns“ oder per Vertrag oder Dekret (Esser 2000d: 38). Bei manchen Kommunalgütern stellt sich die Produktion besonders einfach dar: so sei bspw. im Familienleben die Kooperation selbst schon der „Ertrag“ (Esser 2000b: 167ff). *Soziale Ordnung* ergibt sich als Nebenprodukt rationaler Entscheidungen:

„Die Stabilität der modernen Gesellschaft ist die unintendierte Folge eines Geschehens, bei dem die Menschen nur ihre privaten Ziele verfolgen[...]“ (Esser 2000d: 366)

Dabei kommt es auch zu *sozialer Differenzierung* (Esser 2000a: 63ff). Diese führt nicht nur zu Effizienz, sondern verursacht auch Probleme:

„Die Differenzierung einer Gesellschaft trägt ihre Integration eben *nicht* schon gewissermaßen logisch in sich.“ (Esser 2000a: 67)

Aus der unterschiedlichen gesellschaftlichen Lage der Handelnden ergibt sich die *soziale Ungleichheit* (Esser 2000a: 113ff). Esser spricht von der „Doppelnatur der sozialen Ungleichheit“ (Esser 2000a: 221): Diese ergibt sich daraus, dass diejenigen, die mehr Macht haben auch dann am Status quo festhalten wollen, wenn die Differenzierung nicht mehr funktional ist (Esser 2000b: 106):

„Und so gibt es stets Tendenzen, daß sich die funktionalen Seiten der sozialen Ungleichheit immer wieder in dysfunktionale Verknöcherungen verwandeln.“ (Esser 2000a: 224)

Esser schließt sich hier der Auffassung Dahrendorfs an, dass Gesellschaften immer zwangsläufig in Konflikte geraten (Esser 2000b: 107f). Je heterogener eine Gesellschaft, desto eher geschieht dies (Esser 2000c: 273ff). Eine Hauptquelle sind Institutionen, die nie allen gerecht werden können und damit ist die Voraussetzung „ihres Wandels oder gar Verfalls gewissermaßen logisch schon eingebaut.“ (Esser 2000d: 37). Ähnlich sind Normen stetigem Wandel unterworfen, denn bestimmte Rollen kann der Akteur nur spielen, wenn er gegen andere Normen verstößt (Esser 2000d: 133). Damit kommt es zu *sozialem Wandel*.

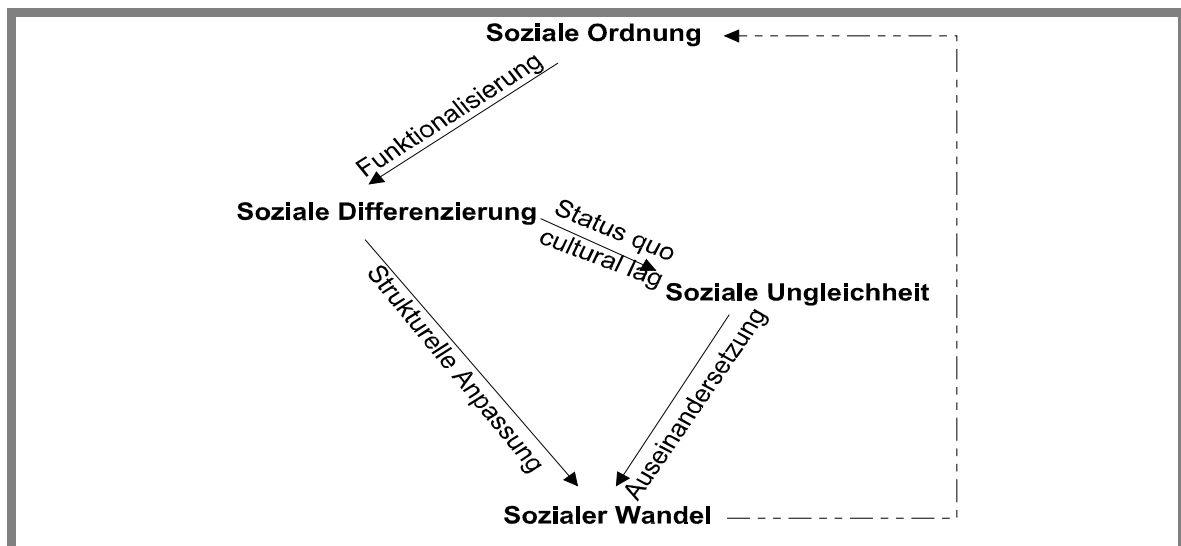


Abbildung 16: Aspekte der Aggregation

In der neuesten Fassung nähert sich Esser jedoch funktionalistischen Argumentationsmustern, die Konflikte und Wandel weitgehend ausblenden. Moderne Gesellschaften „funktionieren“ für ihn jetzt „ohne moralisches Bewußtsein“:

„Die modernen, funktional differenzierten Gesellschaften sind *Funktionssysteme* und eben *keine* 'Gemeinschaften' mehr, [...] Sie sind systemisch integriert und eben nicht sozial.“ (Esser 2001: 369)

3.1.5 Zusammenfassende Diskussion einiger Voraussetzungen des Modells

Nach der Darstellung sollen einige zentrale Gedanken der Modellbildung bei Esser noch einmal hervorgehoben werden.

- *Hat der Handelnde in Essers Modell rationaler Wahl eine „Wahl“?*

Essers Modell setzt soziale Determiniertheit voraus: Intra- und interpersonell stabile Grundbedürfnisse werden über Zwischengüter bedient. Unterschiede in der Vorliebe für Zwischengüter sind nicht auf persönliche Merkmale rückführbar. Es wandeln sich nicht die Bedürfnisse der Menschen, „nur die *äußeren* Bedingungen, unter denen die Bedürfnisse *gesellschaftlich* erfüllt werden können.“ (Esser 1999b: 127). Damit reduziert sich der sogenannte „Wertewandel“ zu einem Wandel der Situationslogik.²⁸ Auch intrinsischer Nutzen ist für Esser letztlich über soziale Bedingungen definiert und nicht vom Akteur wählbar (Esser 1997: 319). Esser spricht deshalb auch von „Strukturtheoretischem Individualismus“ (Esser 1999b: IX).

- *Ist mit diesem Modell der rationalen Wahl eine Beschreibung der Wirklichkeit beabsichtigt oder nur eine Möglichkeit der Analyse?*

Bei Lindenberg kann Nutzenmaximierung als Tautologie verstanden werden (Lindenberg 1991b: 54 und Lindenberg 1996a: 129). Im Gegensatz dazu beabsichtigt Esser mit seinem Modell rationalen Handelns eine Deskription der Wirklichkeit. Zwar beansprucht er nicht, die gesamte Komplexität der Wirklichkeit erfassen zu können:

„Die sog. Wirklichkeit folgt ihrer speziellen Situationslogik nie so ganz. Das ist aber auch gar nicht ihr erster Zweck. Alle diese Modelle dienen zunächst „nur“ als formaler Bezugsrahmen für das, was „wirklich“ geschieht.“ (Esser 2000c: 337)

Esser sieht aber in der Nutzenmaximierung kein „Prinzip des Registrativ“²⁹, sondern eine Hypothese, die tatsächliches Handeln beschreibt und empirisch testbar ist (Esser 1999b: 314ff).

- *Gibt es dann so etwas wie „Identität“?*

Wenn im Modell soziale Determiniertheit als adäquate Beschreibung der Realität unterstellt ist, wo bleibt dann die „Identität“ der Handelnden? Esser schliesst sich zwar der Lindenbergischen Vorstellungen zweier Grundbedürfnisse an, spricht aber an anderer Stelle von „Nutzenproduktion, zur Erzeugung von physischem Wohlbefinden und sozialer Wertschätzung bzw. eines positiven Selbstbildes.“ (Esser 2000d: 165) Dieses erscheint aber nur als Aspekt sozialer Anerkennung (Esser 1999b: 94f).

²⁸ Zu Maslow und Inglehart und dem Thema „Wertewandel“ vgl. Esser 1999b: 128ff.

²⁹ Zur Diskussion um RC als „Registrativ“ siehe Hollis 1995: 84f.

„Weil sich die Akteure im Prinzip in *verschiedenen* funktionalen Sphären gleichzeitig aufhalten (müssen!), entwickeln sie *keine* einheitlichen und gleichgerichteten, sondern immer nur *situationspezifische* Interessen und Identitäten [...]“ (Esser 2000a: 69f)

Dennoch scheint es wohl irgendwo ein „Ich“ zu geben:

„Gleichwohl *bleibt* immer eine Differenz zwischen den 'inneren' Bedürfnissen und den 'äußerlichen' Interessen. Diese *Differenz* zwischen den *sozial* definierten Interessen und den *individuellen* Idiosynkrasien und allgemeinen Be/dürfnissen macht den dynamischen Kern des Selbst, das Ich des Menschen aus.“ (Esser 2000d: 165f)

Dieses „Ich“ spielt aber für die sozialwissenschaftliche Forschung (zumindest stochastisch) keine Rolle. Da es damit keine Notwendigkeit gibt, innere Motivation – soweit sie sich nicht über die soziale Position endogenisieren lässt – zu integrieren, löst sich Verstehen in der passenden Modellierung auf:

„Verstehen ist [...] nichts anders als die RC-Erklärung von Handeln [...]“ (Esser 1991: 241)

3.2 Kritische Diskussion

Esser glaubt, mit seinem Modell keinem bestimmten Paradigma verpflichtet zu sein. Vielmehr handele es sich um einen „Versuch dem Programm der Einheit der Soziologie“ näher zu kommen (Esser 1999b: XVI). Dabei sollen die

„[...] beachtenswerten Einzelheiten der diversen Paradigmen der Soziologie und einiger Einzelheiten der Ökonomie und der (Sozial-)Psychologie in ihn [den RC-Ansatz] *integriert* werden, und zwar, wie man hoffentlich erkennen kann: mühelos.“ (Esser 1999b: XVII)

Es wird also *in* den RC-Ansatz integriert, von einer Synthese ist keine Rede. Welche „Einzelheiten“ „beachtenswert“ sind, entscheidet Esser; und daran liegt wohl auch, dass das „mühelos“ geht. Es handelt sich also durchaus um einen Rational Choice-Ansatz. Über diesen ist in den Sozialwissenschaften viel und heftig diskutiert worden. Die Auseinandersetzung ist noch nicht abgeschlossen. Hauptkritikpunkte sind:

- 1.) Der Rational Choice-Ansatz sei tautologisch;
- 2.) Rationalität sei eine unrealistische Annahme;
- 3.) Die Modelle seien deterministisch;
- 4.) Rationalität könne soziale Ordnung nicht erklären;
- 5.) Die Modelle seien nicht empirisch überprüfbar.

Da es nicht „den“ Rational Choice-Ansatz gibt, treffen diese Vorwürfe auf die einzelnen Modelle in unterschiedlichen Zusammensetzungen zu. Die Kritik ist hier leider oft undifferenziert. Welche Punkte überhaupt zum Tragen kommen, bestimmt sich durch die Stellung der Präferenzen im jeweiligen Modell und die Logik der Rationalitätsannahme, die damit korrespondiert.

Modelle, die Präferenzen endogenisieren, gehen von vollständiger Determiniertheit aus. Der Rationalitätsannahme kommt hier der Status eines „Gesetzes“ zu. Die Vertreter gehen dabei meist davon aus, dass ihr Modell zwar die Wirklichkeit beschreibt, es sich aber nur um eine mehr oder weniger genaue Annäherung handelt. Inwieweit die Rationalitätsannahme widerlegbar sein kann, wird nicht klar. Hier sind auch die Ansätze von Lindenberg und Esser einzuordnen. Modelle, die Präferenzen als exogen annehmen, sind nicht determiniert. Bildet die Rationalitätsannahme in ihnen einen analytischen Satz, können aus den Randbedingungen die Präferenzen abgeleitet werden („revealed preferences“). Ist sie ein synthetischer Satz, kann Rationalität selbst empirisch widerlegt werden.

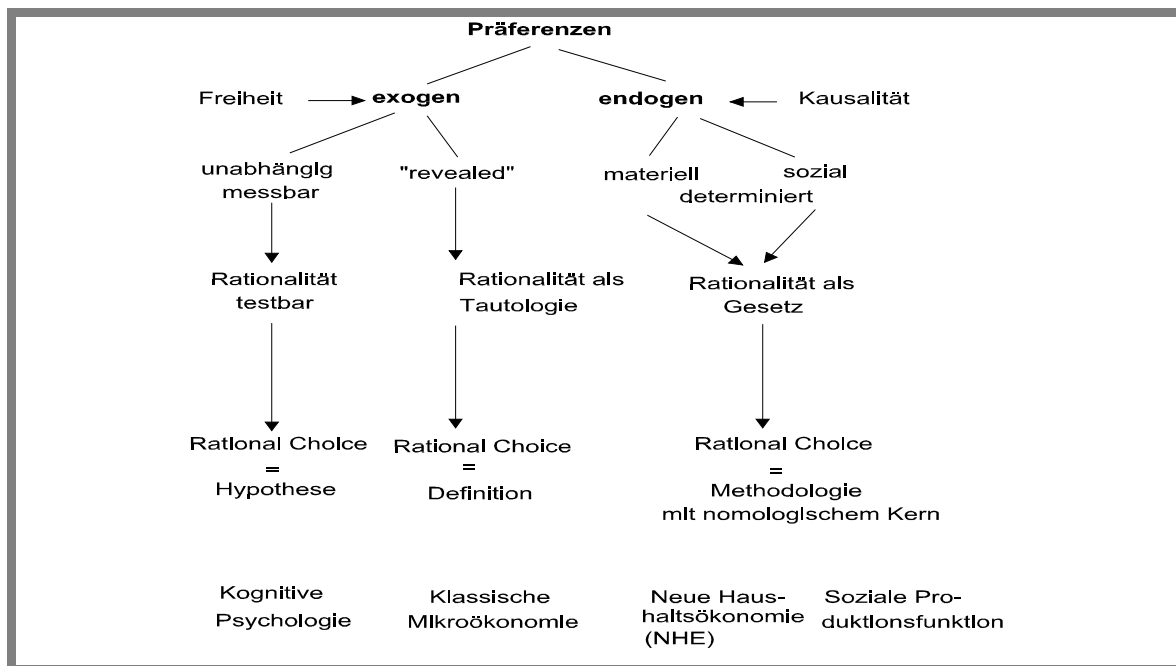


Abbildung 17: Klassifikation der RC-Ansätze nach der Stellung der Präferenzen

3.2.1 Rationalität als Tautologie

Der Hauptvorwurf gegen den Rational Choice-Ansatz ist, er sei tautologisch. Diese Kritik kann Ansätze, die bewusst tautologisch konstruiert sind, nicht treffen. Rationalität als Tautologie ist bei den Begründern der Spieltheorie am stringentesten formuliert. Von Neumann und Morgenstern führen den Gedanken in die Ökonomie ein, daß nicht das Verhalten erklärt werden kann, sondern umgekehrt die Wahl bekannt sein muss, um die Nutzenfunktion bilden zu können.

Damit wird der Nutzenbegriff bewusst tautologisch, d.h. leer. Er entspricht dem der Masse in der Physik, er ist eine Definition (von Neumann und Morgenstern 1947: 8f). Da aus beobachtetem Verhalten die Nutzenfunktion berechnet werden kann, ist zukünftiges Verhalten unter Veränderungen der Parameter ableitbar.

„That is, while they are in their immediate form merely definitions, they become subject to empirical control through the theories which are built upon them – and in no other way.“ (von Neumann and Morgenstern 1947: 9)

Präferenzen bleiben exogen und treten in der Nutzenfunktion als „revealed preferences“ auf, der Wandel von Präferenzen kann bei bekannter Nutzenfunktion dann allerdings endogenisiert werden. Wird die Theorie tautologisch aufgebaut, müssen die Brückenhypothesen so formuliert werden, dass sie empirisch getestet werden können. Und sollten sie falsifiziert werden, ist es nicht damit getan, post-hoc Erklärungen nachzuschieben, warum es jetzt so nicht gepasst hat. Eine Neuformulierung der strukturellen Bedingungen per se ist allerdings nicht zu kritisieren (wie z.B. bei Meeker 1980: 31). Diese müssen nur einer Konfrontation mit unabhängigen Daten unterworfen werden. Dass dies nicht immer korrekt geschieht, liegt daran, dass es häufig zu einer ungünstigen Vermischung methodologischer Annahmen, testbarer Hypothesen und inhaltlicher Ableitungen aus theoretischen Annahmen kommt.³⁰ Diese Zwitterstellung zwischen methodologischer und inhaltlicher Theorie trifft auch auf Essers Modell zu. Egger und deCampo weisen darauf hin, dass die Unterstellung zweier sehr allgemeiner Grundbedürfnisse die Theorie tautologisch macht (Egger und deCampo 1997: 307). Für eine Beschreibung der Wirklichkeit ist die Annahme tatsächlich zu weit gefasst. Es wird eine Messung instrumenteller Ziele nötig, die selbst problematisch bleibt (Opp und Friedrichs 1996: 552). Bei der theoretischen Ableitung dieser Ziele findet sich Lindenberg, der dies sonst kritisiert, wieder im ad-hoc-Theoretisieren.

3.2.2 Wie rational ist der Mensch?

Ein anderer Kritikpunkt ist, dass Handeln gar nicht nach Rationalitätskriterien verlaufe. Dieser Vorwurf kann die methodologischen Ansätze nur insofern treffen, als eine zu weite Entfernung von der Realität die Modelle sicher unbrauchbar machen würde. Bei den übrigen Ansätzen setzt Rationalität an verschiedenen Stufen des Modells an: Werden nur die Ziele rational bedient (klassische Zweckrationalität) oder werden diese Ziele selbst rational gewählt? Die rationale Wahl von Zielen ist identisch mit Determinismus. Aber auch Zweckrationalität als nutzenmaximierende Bedienung vorgegebener Ziele (egal, ob die nun aus der Persönlichkeitsstruktur, der Biographie, der Natur oder selbst der Rationalität entspringen) erfährt Kritik: Der Mensch sei unter komplexen Bedingungen nicht in der Lage rationale Entscheidungen zu treffen und außerdem herrsche in den meisten Entscheidungsbereichen Unsicherheit und unter Unsicherheit gibt es keine rationale Wahl.

³⁰ So sieht Rosenberg in Beckers Theorie nicht nur keine ökonomische Theorie, sondern „not even a theory at all.“, weil sie nicht falsifizierbar sei (Rosenberg 1979: 526f; ähnlich später Etzioni 1994: 66). Becker weist zwar darauf hin, daß es sich eben nicht um einen Versuch der Beschreibung der Wirklichkeit, sondern ein Analyseinstrument handelt (z.B. Becker 19993: 385), leitet aber dann aus der Theorie inhaltliche Ergebnisse ab, die nicht empirisch überprüft werden (vgl. auch Frey 1990: 126f).

Versuche, der Komplexität der Wirklichkeit in ökonomischen Modellen gerecht zu werden, sind schon alt. 1961 führt Stiglers „search theory“ einen Informationskostenfaktor ein (Stigler 1961: 246). Interessant ist, dass Informationen nicht für alle gleich teuer sind (Stigler 1961: 216). Die unterstellte rationale Wahl von Informationskosten führt allerdings in einen infiniten Regress (Elster 1978: 162f, vgl. auch bereits Savage 1954: 30). Eine Lösung bietet Simons „bounded rationality“. Die Suche wird abgebrochen, wenn eine befriedigende Möglichkeit entdeckt wurde (Simon 1955: 106).³¹

Problematisch ist somit schon eine Entscheidung unter Sicherheit oder Risiko, vielmehr jedoch die unter Unsicherheit. Allerdings ist eine Aufteilung in Risiko und Unsicherheit arbiträr. Jegliche Entscheidung unter Unsicherheit würde sich bei Kenntnis aller Randbedingungen und genügend großer Zahl statistisch vorhersagen lassen, also eine Entscheidung unter Risiko sein. Dass wir oft keine Wahrscheinlichkeiten angeben können, ist selbst nur mangelnde Information. In der SEU(=“subjective expected utility)-Theorie wird dieses Problem durch die Vergabe subjektiver Wahrscheinlichkeiten gelöst. Die Frage ist, wie diese zu modellieren sind. Hierzu gibt es sozialpsychologische Studien (z.B. eine Monographie von Kahneman et al. 1982; Machina 1987: 121ff), die hilfreich sein können. Sie bieten allerdings keine allgemeingültigen Regeln:

„There is little evidence that people adopt any one of those principles and consistently apply it to decision situations.“ (Rapoport 1989: 63)

Da prinzipiell bei verschiedenen Fragen andere Probleme und Anomalien auftreten, kann die Integration dieser Probleme nur im Forschungsprozeß geleistet werden. Die von den Sozialpsychologen erforschten Diskrepanzen im menschlichen Entscheidungsverhalten sieht zwar Lindenberg nur für psychologische Theorien als relevant an, soziologische Forschung beziehe ihr Erkenntnisinteresse auf aggregierte Handlungsfolgen und muss seiner Ansicht nach deshalb diese Abweichungen nicht beachten (Lindenberg 1991b: 56). Allerdings haben Kahneman und Tversky systematische Verzerrungen nachgewiesen, die damit Wirkungen auf der Aggregationsebene haben und Berücksichtigung finden müssen.³²

Es gibt aber auch Autoren, die der Ansicht sind, dass Rationalität nicht nur aus kognitiven Gründen Handeln nur unzureichend beschreibt. So kritisiert die feministische Theorie das

³¹ Andere Entscheidungsregeln, die eingeschränkte kognitive Fähigkeiten unter hoher Komplexität berücksichtigen sind Etzioni's „mixed scanning“ (Etzioni 1967: 388ff; vgl. Etzioni 1994: 105), Herrnsteins „meliorating“ (Herrnstein 1990: 358) oder Steinbruners „cybernetics“ (Steinbruner 1974: 68f). Da diese Entscheidungsregeln jeweils nicht für alle Entscheidungssituationen Geltung beanspruchen können, haben sie keinen Eingang in die größeren Ansätze gefunden. Auch der Versuch, Rationalität auf Hochkosten-Situationen zu beschränken (z.B. Mensch 2000), führt zu diesem Problem: es ist schwierig anzugeben, wann die Entscheidungsregel nun greifen soll.

³² Hierzu gehört das „discounting“, d.h. die Tatsache, dass die Gegenwart höher als die Zukunft bewertet wird (Elster 1993: 184); die selektive Informationswahrnehmung, die aber in beide Richtungen funktioniert, so als „saure Trauben“, aber auch „süße verbotene Früchte“ (Frey 1990:136); die Dissonanz-Vermeidung nach Festinger (Elster

unterstellte „separative self“ (z.B. England und Kilbourne 1990: 157). In eine ähnliche Richtung gehen Ansätze, die von normativem Handeln ausgehen. Normen werden als nicht kalkulierbar, ihre Befolgung als nicht zur Disposition stehend angesehen. Der am weitesten entwickelte Vorschlag geht auf Elster zurück, der Normen als Filter einer rationalen Wahl vorgeschaltet sieht (Elster 1989b: 15 und 1991: 113ff; vgl. hierzu Mikl-Horke 1997: 330f und Burkart 1994a: 40ff).

„I have come to believe that social norms provide an important kind of motivation for action that is irreducible to rationality or indeed to any other form of optimizing mechanism.“ (Elster 1989b: 15)

Bei Etzioni ist dieser Filter so dominant, dass kaum noch Optionen bleiben und damit kein Entscheidungsbedarf (Etzioni 1994: 183ff). Ähnliche Filterfunktion könnte auch Werten oder Affekten zukommen. Filter allerdings sind in den klassischen RC-Ansätzen nicht vorgesehen:

„Dies ist ein gravierender Mangel, denn die Frage, ob bzw. warum eine bestimmte Alternative in der Wahlmenge vorkommt, ist meist interessanter und wichtiger als die Ermittlung der optimalen Entscheidung auf der Grundlage einer gegebenen Menge an Alternativen.“ (Birg 1992: 198)

Bei Schimank tauchen Normen nicht als Filter auf, sondern als eigentliche Motivation: Rationales Handeln ist für ihn nur ein Spezialfall: die Befolgung der Norm, rational zu handeln (Schimank 2000: 86ff). Ein anderes nicht-rationales Handlungsmuster sind Gewohnheiten (habits). Bei Esser unterliegen sie genau wie Normen selbst einer Nutzenkalkulation. Dies wird von vielen Autoren kritisiert. Der Akteur muss hier entweder entscheiden „nicht zu entscheiden“ oder eine „unreflektierte Wahl“ treffen. Das erste führt in Widersprüche, das zweite entspricht nicht der Nutzenmaximierung (Srubar 1992: 163f). Ähnliche Probleme hat Burkart mit der Esserschen Idee, der Akteur „wähle“ einen frame. Dass dies allerdings „merkwürdig“ ist, da muß man Burkart recht geben (Burkart 1994b: 460; zu Burkarts Kritik siehe Esser 1994: 458).

3.2.3 Wieviel „Wahl“ hat der Mensch?

„I used to tell my students that the difference between economics and sociology is very simple. Economics is all about how people make choices. Sociology is all about why they don't have any choices to make.“ (Duesenbery 1960: 233).

Dieses oft zitierte Diktum reduziert sich darauf, daß in der Ökonomie Verhalten aus Preisen und Ressourcen ableitbar ist und in der Soziologie das Verhalten durch Struktur determiniert ist.³³

Homo oeconomicus ist über die unterstellte Maximierung seines Nutzens nicht weniger determiniert als Homo sociologicus durch die Rollen, die er spielt oder den habitus, der ihn

1978: 87), die durch Verdrängung, verändertes Anspruchsniveau oder auch veränderte Bezugsgruppen erreicht werden kann (Messelken 1993: 182) oder der „sunk-costs“-Effekt.

³³ Zu Duesenbery vgl. Schimank 2000: 72f. Zum Problem der Vereinbarkeit von Willensfreiheit und Utilitarismus siehe schon Kant [1787] 1989: 9/10 und 212.

festlegt.³⁴ Die wissenschaftliche Annahme, Handeln sei unter vollständig erfaßten Randbedingungen vorhersagbar, ist rein heuristisch. Ob fehlende Informationen letztendlich auf unerforschte Struktureffekte oder Persönlichkeitsmerkmale rückführbar sind (und die dann eventuell doch wieder auf unerforschte Struktureffekte) bleibt für die wissenschaftliche Arbeit irrelevant.

„The similarity between neoclassical economic and structural sociological approaches to fertility is sometimes obscured by economists' use of language emphasizing 'choice' (assuming that different choices will be taken if constraints change), whereas structuralist sociologists emphasize the constraints themselves (also assuming that different choices will be taken when the constraints change).“ (England and Farkas 1986: 76)

Während manche RC-Ansätze Rationalität nur für Bedienung der Ziele annehmen, sind die Ziele selbst bei Esser entweder qua Natur vorgegeben (die Grundbedürfnisse) oder strukturell festgelegt (die Zwischengüter). Damit ist das Modell vollständig deterministisch. Esser folgt hier der Vorstellung von Marx, dass das „Sein das Bewußtsein prägt“. Soziologische Ansätze, die nicht sozialen Determinismus unterstellen, müssen mit inneren Motivationen arbeiten und damit auch psychologische Theorien einbeziehen.³⁵ Damit geraten Verstehensanteile in die Modellbildung, die RC-Theoretiker gering halten wollen. Eine Möglichkeit strukturelle Determiniertheit zu durchbrechen bildet die Einbeziehung persönlicher Wertstrukturen. Damit werden Möglichkeiten eventuell mehrfach gefiltert: zuerst durch die Umstände, dann die Normen, dann durch die persönliche Wertstruktur. Frey spricht von objektiven, subjektiven und ipsativen Möglichkeitsräumen (Frey 1990: 135ff; vgl. Frey 1989: 91). Wertewandel ist hierbei nur eine andere Bezeichnung für Präferenzänderung (Frey 1990: 5). Und zwar eine Präferenzänderung, die exogen ist. Allerdings sind Werte sicher nicht unabhängig von strukturellen Entwicklungen (z.B. Schimank 2000: 103). Ramb unterstellt bei den Handelnden sogar

„verschieden starke Empfänglichkeit für soziale und individuelle Einflüsse bei der Gestaltung der persönlichen Wertskala.“ (Ramb 1993: 3)

Wenn damit exogene und endogene Effekte vermischt werden, wird die Modellierung nicht einfacher. Die klassische Arbeit zum Wertewandel in modernen Gesellschaften stammt von Inglehart und beschreibt den Wandel von „materialistischer“ zu „postmaterialistischer“ Orientierung:

³⁴ So ist das Paradox, das Turner in den RC-Theorien zu beobachten glaubt, daß zwar das Individuum im Mittelpunkt steht, aber verschwindet, da sein Verhalten bei vollständig bekannten Randbedingungen voraussagbar wird (Turner 1991: 92) kein Paradox: das Individuum steht ja schließlich nur aus methodologischen Gründen im Mittelpunkt. Für diesen Ansatz gilt (wie für alle wissenschaftliche Arbeit) die „beunruhigende Problematik der Willensfreiheit und des Determinismus“ (Hollis 1995: 26) – dass dieses Dilemma nicht lösbar ist wissen wir seit Kant (vgl. auch England and Farkas 1986: 76).

³⁵ Dies trifft beispielsweise auf Giddens Motive zu, die von den strukturell geprägten Gründen unterschieden werden (Giddens 1995: 56f) oder auch auf Schütz (auf den sich Esser bezieht) der um-zu- und weil-Motive unterscheidet (Schütz [1932] 1993: 115ff).

„Bevor der Postmaterialismus in Erscheinung trat, mußte man über diesen Aspekt der Kultur nicht weiter nachdenken – es war klar, daß der Mensch sich als homo oeconomicus verhält, also in erster Linie von materialistischen Zielen motiviert wird.“ (Inglehart 1995: 497)³⁶

Damit wäre die ökonomische Theorie heute weniger anwendbar als früher. Das liegt daran, dass Inglehart Rationale Wahl nur auf materialistischen Nutzen bezieht. Umgekehrt kann gerade für die heutige Zeit von einem größeren Entscheidungsspielraum und damit erst der Ermöglichung einer Wahl ausgegangen werden. Der Widerspruch löst sich auf, wenn man bedenkt, daß früher die meisten Menschen einen Großteil ihrer Energie auf die Bereitstellung existentieller Güter konzentrieren mußten. Freiräume, die individuelle Entscheidungen ermöglichen, führen diese gleichzeitig weg von rein materiellen Gütern zur Befriedigung anderer Bedürfnisse, die aber einer ökonomischen Analyse durchaus zugänglich sind. Die Frage ist dann, ob dieser Wertwandel in Abhängigkeit von sozialen Bedingungen modellierbar oder diesen exogen ist (vgl. zu dieser Diskussion Kunz 1996: 160ff).

Für Burkart ist Essers Sozialdeterminismus kein Ansatzpunkt für Kritik. Im Gegenteil: er sieht Esser „auf dem Weg zur Strukturtheorie“, da er Normen, Frames und Habits einbezieht (Burkart 1994b: 460). Diese werden aber bei Esser nur als Randbedingungen der rationalen Wahl modelliert, d.h. sie ändern überhaupt nichts am nomologischen Kern der Nutzenmaximierung. Insofern ist auch klar, warum das ganze noch „RC“ heißt, auch wenn Burkart sich darüber wundert (Burkart 1994b: 460).³⁷

Für Autoren wie Esser ist die Freiheit des Individuums nur stochastisch zu retten. Die Unterscheidung deterministischer Aussagen in „deterministisch-sukzessive“ und „deterministisch-statistische“ (Dreier 1996: 66) ist hier hilfreich. Während deterministisch-sukzessive Aussagen ein Aufeinanderfolgen bestimmter Merkmale als kausal determiniert unterstellen, sagen deterministisch-statistische Thesen nur etwas darüber aus, welcher Anteil einer bestimmten Subpopulation unter bestimmten Bedingungen welches Verhalten zeigt. Wie der einzelne sich entscheidet, ist damit nicht geklärt.

3.2.4 Emergenz sozialer Ordnung

Die Emergenz sozialer Ordnung ist ein ungelöstes Problem aller soziologischen Ansätze. Lösungsversuche berufen sich meist auf Normen. Versuche deren Emergenz zu erklären arbeiten meist mit Externalitäten (z.B. bei Opp 1983 und Coleman 1990). So geht Opp von der „Entlastungsthese“ aus, da Normen bei Unsicherheit zu kostensparenden Entscheidungen führen

³⁶ Zu Inglehart vgl. Maag 1991: 45ff.

³⁷ Dieses Missverständnis beruht auf einer Vermischung von Individualisierungstheorie und RC bei Burkart (Burkart 1994a: 1ff; vgl. kritisch hierzu Esser 1994: 458f). Burkart ist der Ansicht, der Rational Choice-Ansatz sei nur anwendbar, wenn keine strukturellen Zwänge vorlägen und kritisiert hiermit beispielsweise auch Gerson (Burkart 1994a: 165f). Gerson beschreibt ihren Ansatz allerdings wie im folgenden völlig im Sinne des Rational-Choice

(Opp 1983: 129f). Dies erklärt aber nur, warum die Existenz einer Norm nützlich ist, nicht jedoch, wie es zu ihrer Existenz gekommen ist. Sanktionen und Verträge helfen hier nicht weiter, diese bedürfen zu ihrer Durchsetzung bereits einer sozialen Ordnung.³⁸ Den RC-Ansatz trifft der Vorwurf allerdings besonders, weil klar ist, dass rationales Verhalten eben gerade nicht zu sozialer Ordnung führt. So

„[...] sollte man sich klarmachen, daß dieses chronische Rationalitätsdefizit eigennutzorientierten Handelns in der modernen Gesellschaft eine unverzichtbare Voraussetzung nicht nur für die soziale Ordnung, sondern damit auch – so paradox das klingt – für überhaupt realisierbare Rationalitätsansprüche ist. Eine Welt, in der nur entscheidungsförmig eigennutzorientiert gehandelt würde, wäre eine Welt ohne Erwartungssicherheit.“ (Schimank 2000: 165)

Insofern kann auch Kliemt nicht zugestimmt werden, der von einer evolutionären Durchsetzung rationalen Verhaltens ausgeht (Kliemt 1996: 88f): Rationalität führt zu Verhalten, das sich evolutionär gar nicht durchsetzen kann, weil soziale Ordnung und Kooperation unter diesen Bedingungen nicht zustande kommen (vgl. Frey 1989: 78ff). Dies führt für das Modell zu Problemen, weil das Ziel ja die Ableitung sozialer Strukturen ist. Wenn aber soziale Ordnung und Kooperation mit diesem Ansatz nicht zu klären sind, empirisch aber existieren, besteht natürlich ein Faktor, der Einfluß auf Struktur hat, im Modell aber nicht vorkommt. Diese Leerstelle macht dann die Voraussage sozialen Wandels unmöglich:

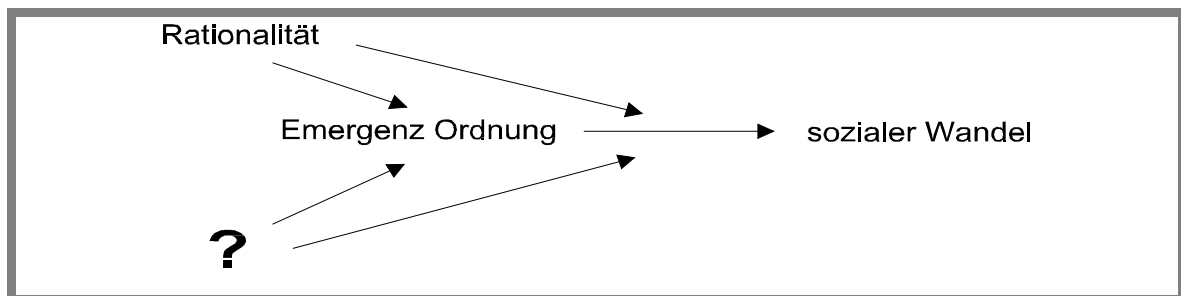


Abbildung 18: Emergenzproblem und sozialer Wandel

Das Emergenzproblem entspricht einem n-Personen- Prisoner’s Dilemma. Dabei können zwei verschiedene Entscheidungsüberlegungen zu diesem Dilemma führen:

„In a Prisoner’s Dilemma, for example, counterfinality is generated when everyone does x in the hope of being the only one to do x, and suboptimality when everyone does x out of fear of being the only one not to do x.“ (Elster 1978: 122)³⁹

Ersteres ist dabei ein überwindbares Problem, letzteres kaum. Im zweiten Falle nämlich möchte der Betroffene eigentlich „moralisch“ handeln.⁴⁰ Dafür müssen aber andere Handlungsorientierungen als reine Nutzenmaximierung vorausgesetzt werden:

Ansatzes als „[...] an interaction between socially structured opportunities and constraints and active attempts to make sense of and respond to these structures.“ (Gerson 1985: 192)

³⁸ Im Funktionalismus wird die Existenz von Normen und Institutionen mit ihrer Funktion erklärt, ihre Funktion aber abgeleitet aus ihrer Existenz. Evolution unterstellt Effizienz und schließt auf Effizienz wegen Existenz. Was vorhanden ist, scheint notwendig vorhanden (zu dieser Diskussion vgl. Giddens 1995: 288ff).

„Soweit ein Akteur sein Verhalten hieran ausrichtet, verfährt er nicht konsequentialistisch, sondern eher „konsistenzialistisch“. Diesen Konsistenzbedarf kann man natürlich nun selbst konsequentialistisch reformulieren (welche „Konsequenzen“ hat mein Verhalten für mich als „Person“, die so etwas wie „Identität“ bewahren will...), aber das ist nicht das, was man gewöhnlich unter Konsequentialismus versteht.“ (Zintl 1994: 246)

Tatsächlich scheint aber gerade die Inkorporation des Ziels „Wahrung der Identität“ uns der Lösung nahezubringen.⁴¹ Spieltheoretisch ausgedrückt muß davon ausgegangen werden, daß die Auszahlungsmatrix selbst sich verändert, indem „unfares“ Verhalten innere Kosten verursacht. Da diese aber anscheinend je nach Situation und Akteur recht unterschiedlich ausfallen, muß von einer problemspezifisch vorzunehmenden Korrektur ausgegangen werden. Die Spieltheorie zeigt gerade durch empirische Ergebnisse, die wesentlich mehr Kooperation aufweisen als erwartet, dass das, was als Matrix angegeben wird, sich in der Definition der Betroffenen anders darstellt. In diesem sozialpsychologischen Bereich herrscht Forschungsbedarf.

3.2.5 Empirische Anwendbarkeit

„Die Rational-Choice-Bewegung ist von einer Aura des Erfolgs umgeben [...] Merkwürdigerweise kann sich jedoch das Ansehen der Rational-Choice-Forschung nicht auf eine ohne weiteres angebbare Menge empirischer Erfolge stützen.“ (Green und Shapiro 1999: 15)

Was Green und Shapiro für die Politikwissenschaft konstatieren, gilt auch für die Soziologie.⁴² Empirische Ergebnisse, die auf Operationalisierungen der Rational-Choice-Modelle beruhen, sind rar. Zumindest wird man sich von der Vorstellung, Entscheidungen einfach „ausrechnen“ zu können, verabschieden müssen. Dies wäre nur für sehr einfache Zusammenhänge möglich. Man wird wohl davon ausgehen müssen, dass die Theorie rationaler Wahl sich vor allem zu Vorzeichenanalysen bei ceteris paribus-Bedingungen eignet (z.B. Mensch 2000: 252) – und genau so gehen die MikroökonomInnen, die mit Indifferenz-Kurven arbeiten, mit dem Ansatz um. Dabei muss allerdings auf eine operationalisierbare Entwicklung von Brückenhypothesen geachtet werden. Dass diese je nach Kenntnisstand verändert und neu überprüft werden, kann als Vorteil einer „dynamischen, d.h. lernenden Theorieentwicklung“ gesehen werden (Gilleßen und Mühlau 1994: 37). Die Produktionsfunktionen helfen bei der Generierung von Forschungshypothesen. Allerdings bieten auch sie

„[...] keine informativen Regeln an, die eine solche Rekonstruktion von Brückenannahmen für den konkreten Fall anleiten können.“ (Kelle und Lüdemann 1995: 255)

³⁹ Analog nennt Sennett zwei Kooperationsprobleme: mangelndes Vertrauen und Mißtrauen (Sennett 1998: 194f).

⁴⁰ Was Nida-Rümelin als „strukturelle Rationalität“ bezeichnet (Nida-Rümlin 1995: 23f), wobei hier allerdings funktionalistische Erklärungsmuster anklingen.

⁴¹ vgl. bei Weiss das sogenannte „Moralspiel“: er geht von einem internen Präferenzwandel aus, weil der Betroffene kooperieren will (Weiß 1998: 51). Wenn Weiss dann aber später darauf hinweist, dass dies nur funktionieren kann, wenn der Betroffene weiß, daß der andere ebenfalls diese Präferenzen hat, hält er die Modellierung nicht durch (Weiß 1998: 53). Dann wäre das ganze ja wieder gar kein „Moralspiel“ mehr, sondern durchaus von der Erfolgsabsicht abhängig – also genau das, was bei Esser auch vorgegeben ist.

⁴² Eine empirische Anwendung hat Esser unter anderem zur Scheidung versucht (Esser 1993: 253ff; kritisch hierzu Witt 1993: 284ff und Opp 1993: 280ff).

Dass diese Probleme nicht geklärt sind, sieht Lindenberg selbst (Lindenberg 1996a: 136). Es ist aber in der empirischen Forschung immer so, dass gewisse Vorkenntnisse über die Thematik nötig sind, um überhaupt Hypothesen bilden zu können. Das Rational-Choice-Modell hat den Vorteil, dass die Verbundenheit der Hypothesen untereinander und ihre logische Stellung im Modell leicht zu konkretisieren sind. Kritisch gefragt wird, was passieren soll, wenn Gruppen so heterogen sind, daß sie keine gemeinsame Produktionsfunktion aufweisen (Kelle und Lüdemann 1995: 257). Die Beantwortung dieser Frage ist recht einfach: Wenn keine gemeinsame Produktionsfunktion der Gruppe vorhanden ist, d.h. bezüglich der untersuchten Verhaltensweisen sich nur idiosynkratische Produktionsfunktionen finden lassen, können keine strukturbedingten Handlungsgründe gefunden werden.

Die Verbindung zurück von der Mikro- zur Makroebene wird durch Transformationsregeln geleistet. Diese leiten aus den individuellen Entscheidungen den aggregierten Effekt ab. Es muß beachtet werden, dass es sich nicht um falsifizierbare Hypothesen handelt (Raub und Voss 1981: 96). Somit können historische Ereignisse immer nur spekulativ erklärt werden und Prognosen immer nur probalistischer Natur sein.⁴³

Sozialwissenschaften begreifen sich oft auch als Politikberatung: Wenn schon die mangelnde Prognostizierbarkeit sozialer Verhältnisse die Beratung erschwert, so wird das Problem noch dadurch verschärft, dass hier gar keine klaren Entscheidungsregeln vorgegeben werden können. Mehrheitsentscheidungen sind problematisch, da hier Intransitivität vorkommen kann. Da außerdem Nutzen nicht interpersonell vergleichbar ist, ergibt sich das Dilemma des nicht abschätzbaren Gesamtnutzens, das zum „impossibility theorem“ von Arrow führt.⁴⁴

„Pareto, who first abandoned cardinal utility, provided a partial solution. He suggested that a change should be considered desirable if it left everyone at least as well off as he was before, and made at least one person better off. [...] Pareto's principle is fine as far as it goes, but it obviously does not go very far.“ (Edwards 1954: 389; vgl. auch Tollison 1972: 5)

Da ökonomische Theorien damit prinzipiell den status quo stützen, harmonisieren sie oft recht gut mit konservativen politischen Ansätzen (vgl. England and Kilbourne 1990: 162). Dies gilt auch für den Ansatz von Coleman, der Aufklärung über die Verteilung der Rechte und damit das Aufzeigen von Suboptimalität anstrebt. Etzioni hat sicher Recht, dass dies problematisch ist, da die bestehenden Machtverhältnisse in die Analyse eingehen (Etzioni 1994: 439f).

Die Auffassung von Mikl-Horke, es handele sich „um eine normative Theorie“ (Mikl-Horke 1997: 327), die zeigt, wie zu handeln ist, kann zumindest für politische Entscheidungen nicht übernommen werden. Eine Orientierung an einer „besten“ Lösung ist im Hinblick auf eine

⁴³ Insofern ist der der Soziologie oft gemachte Vorwurf, sie habe den Mauerfall nicht vorhergesehen (z.B. Schwinn 1999: 423), unsinnig. Man hätte dieses Ereignis nur mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit prognostizieren können. Damit sind aber solche Voraussagen eben auch nicht falsifizierbar.

nicht-perfekte Rationalität eventuell eine schlechte Lösung. Ein wichtiger Versuch zur Überwindung des Dilemmas ist Rawls Theorie der „Gerechtigkeit als Fairness“ (vgl. hierzu Nida-Rümelin 1999: 45ff). Rawls sucht nach „reiner Verfahrensgerechtigkeit“, d.h. aus allen sozialen Zuständen muß nach einem abstrakten Kriterium eine Auswahl ohne Rücksicht auf die Folgen getroffen werden (vgl. Schmidt 1994: 133ff).

„Die Theorie der Gerechtigkeit ist – vielleicht der wichtigste – Teil der Theorie der rationalen Entscheidung.“ (Rawls 1979: 33)

In Anlehnung an Kant (Rawls 1979: 12; vgl. Nida-Rümelin 1999: 44) entwickelt Rawls Grundsätze, die „freie und vernünftige Menschen in ihrem eigenen Interesse“ annehmen würden. Er geht dabei von einem „Schleier des Nichtwissens“ aus (Rawls 1979: 28f; vgl. Elster 1989a: 210): Eine Gesellschaft ist gerecht, deren Ordnung alle zustimmen würden, wenn sie nicht wüßten welche Position sie später in dieser Gesellschaft innehaben werden und mit welchen Ressourcen sie ausgestattet sein werden.

„Die Wahl im Urzustand unter einem Schleier des Nicht-Wissens wäre demnach zu verstehen als eine Operationalisierung des ‘moralischen Standpunktes’.“ (Nida-Rümelin 1999: 53)

Die praktische Durchsetzung dieses Standpunktes wäre aber selbst ein öffentliches Gut.

3.3 Modifiziertes Modell

Insgesamt eignet sich der von Esser weiterentwickelte RC-Ansatz sehr gut zur Modellierung von Entscheidungen. An einigen Stellen aber soll das Modell geändert werden: Vor die Nutzenmaximierung wird in Anlehnung an Elster ein Filter geschaltet. Die Grundbedürfnisse werden durch ein drittes ergänzt, es wird mehr Wert auf Vergleich und Aspirationsniveaus gelegt und die Logik der Argumentation wird umgedreht, indem Nutzenmaximierung als Tautologie verstanden wird und damit Präferenzen nicht endogenisiert werden, sondern den Rang von „revealed preferences“ einnehmen.

3.3.1 Nutzenmaximierung als Tautologie

„Ein empirisch-wissenschaftliches System muß an der Erfahrung scheitern können.“ (Popper 1971: 15)

Eine Theorie kann aber methodologische Teile enthalten, die nicht empirisch überprüfbar sind. Dann müssen allerdings Randbedingungen mit diesem Kern verknüpft werden, und diese müssen falsifizierbar sein (Popper 1971: 32). Im weiteren werden sowohl Nutzenmaximierung als Entscheidungsregel als auch die Grundbedürfnisse als letzte Zwecke ganz bewußt als Tautologie aufgefaßt. Da implizit die Theoriebildung bei den RC-Anhängern immer wieder in

⁴⁴ vgl. Rapoport 1989: 146ff; Wiesenthal 1987: 439 und Sen 1986: 215f; eine kritische Diskussion findet sich bei Raub und Voss 1981: 165f

Tautologienähe gerät, ist es besser, dies explizit so zu gestalten und deshalb auch einen weiter gefaßten Entscheidungsbegriff zugrunde zu legen (vgl. Kapitel 2.3.)

„Remarkably, none of the main exchange theorists seem willing to follow the economists in making utility maximization a tautology.“ (Heath 1976: 82)

3.3.2 Zwischengüter als „Revealed Preferences“

Folgt man den Mikroökonomern in der tautologischen Konstruktion der Nutzenmaximierung sind Präferenzen „revealed preferences“. Dabei muss angegeben werden, auf welcher Stufe dies angenommen wird. Hier wird davon ausgegangen, dass primäre Zwischengüter nicht allein durch die Situationslogik determiniert sind, sondern hier tatsächlich „Wahlfreiheit“ herrscht.

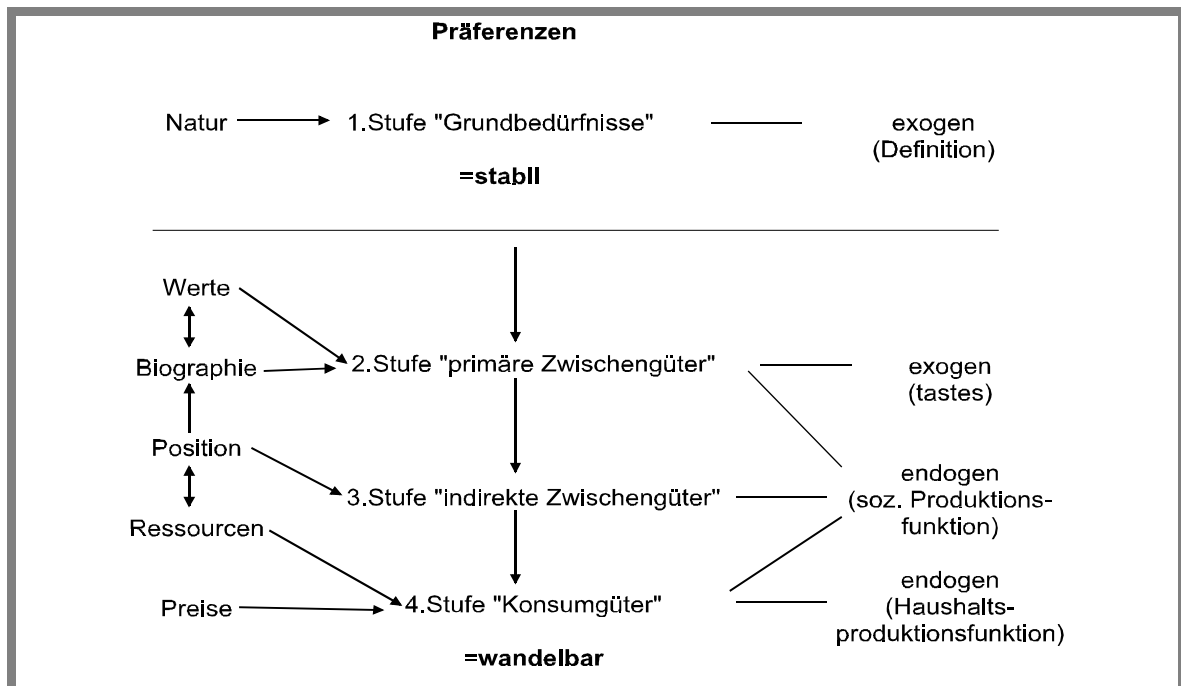


Abbildung 19: Hierarchie der Präferenzen

Dabei ist theoretisch nicht zu entscheiden, ob es sich bei dem nicht geklärten Anteil doch wieder um soziale Effekte handelt, die nur noch nicht erkannt sind, oder tatsächliche Idiosynkrasien (vgl. Kap. 3.2.2.). Es kann aber m.E. durchaus davon ausgegangen werden, dass Handeln auch biographischen und wertspezifischen Bedingungen unterliegt, die nicht vollständig durch die gesellschaftliche Position determiniert sind. Diese Faktoren wären als solche für die Soziologie irrelevant. Da aber Entscheidungen selbst wieder auf die Struktur wirken, müssen diese Anteile zumindest zur Kenntnis genommen werden.

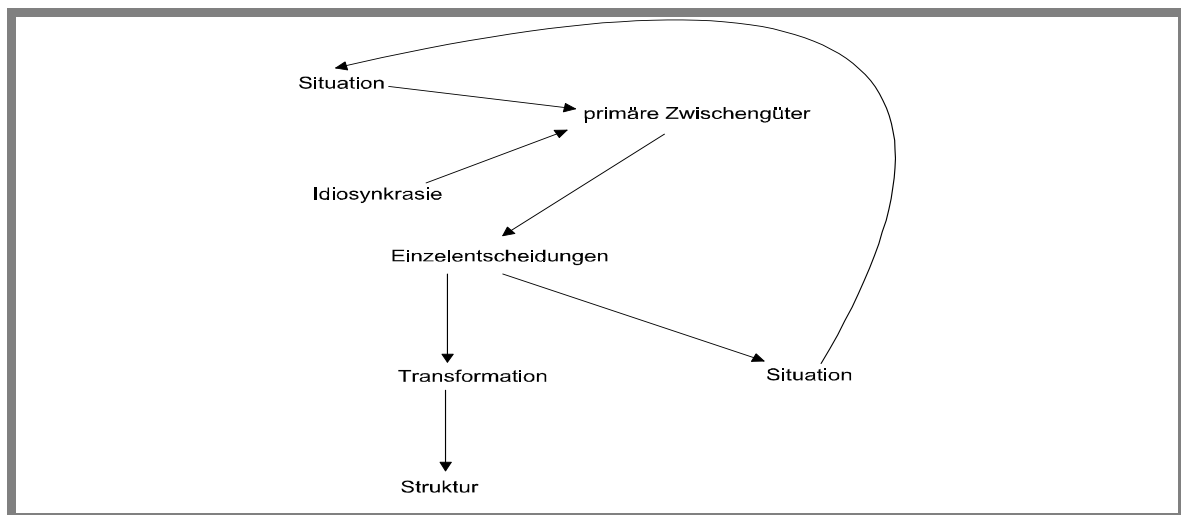


Abbildung 20: Idiosynkrasien und sozialer Wandel

Diese persönlichen Anteile können keinen empirischen Tests unterworfen, sondern nur analytisch abgeleitet werden. Wenn die Untersuchung von Sozialfaktoren Differenzen in den Entscheidungen nicht erklären kann, muss nach dem Stand der Forschung von solchen Einflüssen ausgegangen werden. Damit ist eine vollständige Endogenisierung von Präferenzen nicht mehr möglich. Dies reduziert natürlich die Aussagekraft des Ansatzes.

„In the absence of a theory of goals, values, or preferences – [...] the theory of rational action is little more than a methodology.“ (Friedman 1990: 50)

Bei einer inhaltlichen Theorie wäre es nötig, Präferenzen unabhängig zu messen und das scheint kaum möglich.⁴⁵ Insofern ist die Sozialforschung mit dem bescheideneren tautologischen Ansatz, der Raum für einen Black-Box-Effekt exogener Präferenzen lässt, besser bedient. Dabei muss diese Leerstelle innerer Motivation im Ergebnis auch so stehenbleiben. Die Theorie kann hierfür keine Erklärungen liefern und darf hier keine post-hoc Spekulationen nachschieben und dafür den Anspruch wissenschaftlicher Klärung erheben:

„We can always *postulate* preferences which, if true, would account for the behaviour under discussion, but postulations are not the same as explanations.“ (Heath 1976: 101)

3.3.3 Filter

Für die Wahl der indirekten Zwischen- und Konsumgüter gilt also das Prinzip der Nutzenmaximierung qua definitionem. Da aber methodische Vorstellungen der rationalen Wahl von Norm, Bindung etc. zu Zirkelschlüssen führen (vgl. Kapitel 3.2.2.), wird hier Elster gefolgt, der die Notwendigkeit sieht, vor die Nutzenmaximierung einen Filter zu schalten, der bestimmte Handlungsoptionen ausschaltet. Dabei ist nicht von einer allgemeinen „Geltung“ von Normen

⁴⁵ Eine unabhängige Messung von Präferenzen und Verhalten fordern z.B. Blossfeld und Müller (1996: 398ff). Eine neuere Auseinandersetzung zu diesem Thema bietet auch Becker 1996 „Accounting for Tastes“.

auszugehen, sondern von einer subjektiven Einschätzung dieser Geltung, die sowohl von Position als auch Persönlichkeit abhängig ist. Außerdem ist unabhängig von der vermuteten Geltung der Norm eine unterschiedliche Bereitschaft der Betroffenen, der Norm zu folgen, anzunehmen. Dies entspricht den Esserschen Vorstellungen von framing und skripten nur bedingt, da nicht davon ausgegangen werden kann, dass diese Auswahl in (sei es auch unbewußtem) Rückgriff auf rationale Erwägungen erfolgt. Es werden also in der Logik der Kognition Optionen durch Normen oder umfassende Werte ausgefiltert. Davon hängt ab, welche Alternativen überhaupt in die Evaluation geraten.

3.3.4 Identitätswahrung als drittes Grundbedürfnis

„Der einfachen Nutzentheorie fehlt ein Identitätsbegriff“ (Burkart 1994a: 63)

Damit hat Burkart recht. Es scheint auch ein Weg zu sein, das Problem der öffentlichen Güter zu lösen. Sinnvoll ist, den Identitätsbegriff bereits auf der Ebene der Grundbedürfnisse einzuführen. Damit werden nun drei Grundbedürfnisse zugrundegelegt: physisches Wohlbefinden und psychisches, wobei letzteres in soziale Anerkennung und Identität gesplittet wird.

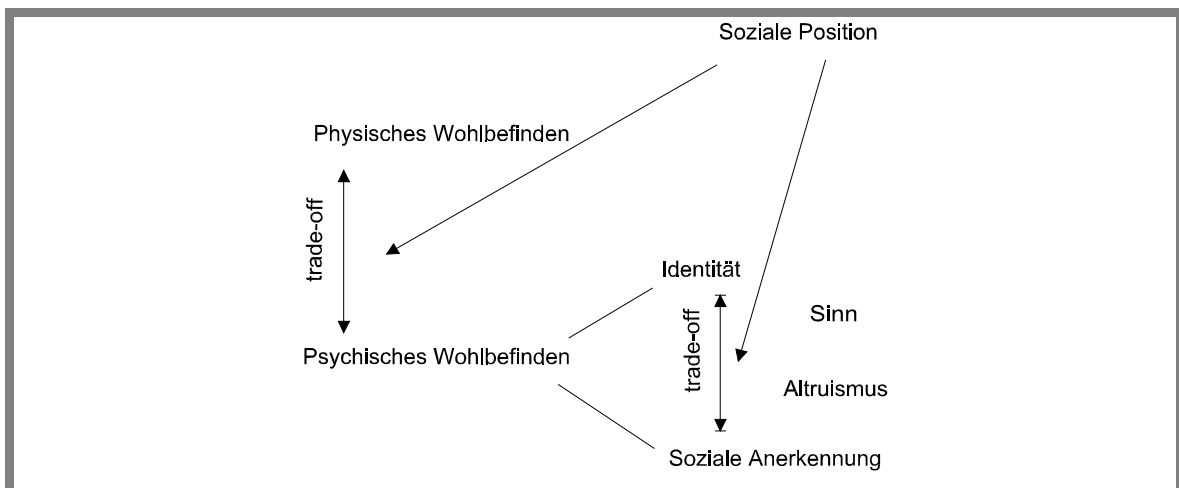


Abbildung 21: Drei Grundbedürfnisse

Es wird davon ausgegangen, dass die Interaktion zwischen den Grundbedürfnissen (auch) durch die soziale Position bestimmt wird und sich auf die primären Zwischengüter auswirkt. Damit lassen sich über Sozialisierung und Internalisierung auch Altruismus und Lebenssinn ins Modell integrieren. Es wird also nicht Esser gefolgt, der davon ausgeht, dass Menschen nur je situationsspezifische Identitäten ausbilden (vgl. Kap. 3.1.4.). Im Gegenteil dazu wird angenommen, dass über alle Situationen und Optionen u.a. auch eine einheitliche Identität angestrebt wird. Wie bei Esser wird der Soziale Wandel auf die technologische Entwicklung zurückgeführt, allerdings davon ausgegangen, dass dies zu einer Entwicklung von Subsystemen führt, die zwar funktional passend sind, aber auch zu Wertsystemen, die nicht immer kompatibel sind. Da hier nicht die Essersche Vorstellung vom problemlosen Wechsel zwischen

Rollen vertreten wird, wird angenommen, dass Rollenkonflikte zu Identitätsproblemen führen und damit interne Kosten verursachen.

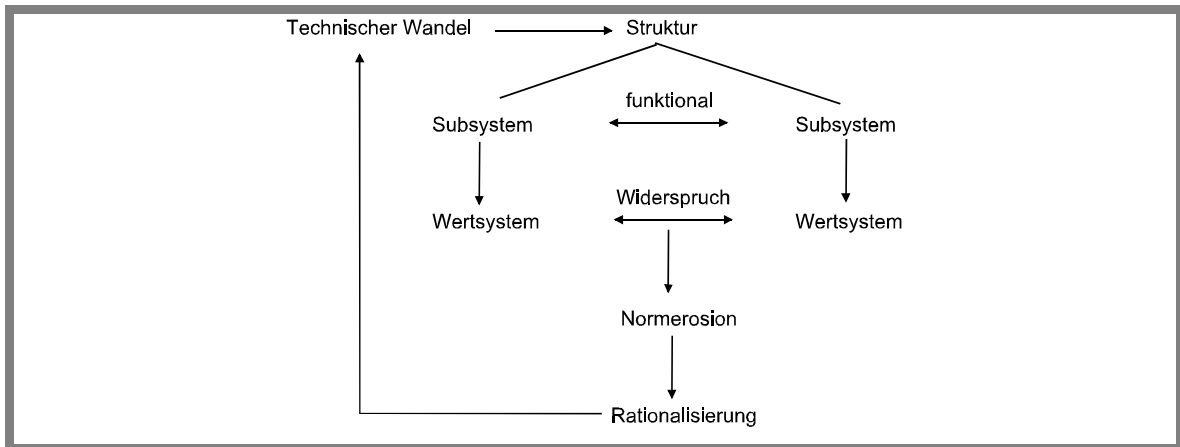


Abbildung 22: Differenzierung und Konflikt

Über diese Kosten können so auch die sozialpsychologischen Ergebnisse der Kognitionsforschung zu Dissonanzvermeidung oder sunk-costs integriert werden, ohne das Prinzip der Nutzenmaximierung aufgeben zu müssen. Wichtiger ist, dass damit auch die Widersprüche in der Bereitstellung öffentlicher Güter beseitigt werden (vgl. Kap. 3.2.4.). Wie bereits dargestellt, lässt sich ein Prisoner's Dilemma lösen, wenn von Kontrafinalität ausgegangen wird. Wird davon ausgegangen, dass die Überlegung ist, nicht zu kooperieren, aus Angst sonst der einzige zu sein, der kooperiert, so kann dies durch Verlässlichkeit beseitigt werden. Wenn Ego davon ausgehen kann, dass auch Alter eigentlich kooperieren möchte und dass Alter Grund hat, auf Egos Kooperation zu vertrauen, dann kann auch Ego vertrauen. Bei einer über Sozialisation erfolgten Identitätsbildung kann angenommen werden, dass Kooperation an sich einen Wert für den einzelnen darstellt. Nichtbefolgen der Kooperationsnorm schlägt als negativer Nutzen zu Buche und reduziert die Auszahlung. Geht man davon aus, dass der Preis eine Halbierung des durch Nicht-Kooperation erzielten Nutzens ist, sieht die Auszahlungsmatrix folgendermaßen aus:

		A	
		COOP.	NON-COOP.
B	COOP.	3,3	1,2
	NON-COOP.	2,1	1,1

Abbildung 23: Matrix Prisoner's Dilemma mit inhärenten Koop.-Gewinn

Damit wird es zur dominanten Strategie zu kooperieren. Tut der andere dies auch, ist viel gewonnen, tut er es nicht, immerhin nichts verloren. Natürlich ist die Veränderung der Matrix hier sehr willkürlich, geringerer innerer Verlust bei Nicht-Kooperation würde zu anderen Ergebnissen führen. Es ist aber zu sehen, dass bei Inkorporierung einer inneren Matrixveränderung aufgrund identitätsbedingter Schadenspunkte für Nicht-Kooperation Kooperation zumindest möglich ist.⁴⁶ Ähnlich sieht es bei einem Game of Chicken aus, das bei der Bereitstellung öffentlicher Güter ebenfalls häufig ist. Wird der Gewinn bei Nicht-Kooperation halbiert, ergibt sich folgende Matrix:

A,B		A	
		COOP.	NON-COOP.
B	COOP.	3,3	2,2
	NON-COOP.	2,2	0,5;0,5

Abbildung 24: Matrix: Game of Chicken mit inhärentem Koop.-Gewinn

Jetzt ist die Matrix völlig symmetrisch und die dominante Strategie ist auf einen Blick zu erkennen. Damit kann über Normen und Identität Kooperation zwar erklärt werden, woher diese Normen aber kommen, ist letztlich offen und die Emergenz sozialer Ordnung bleibt ungeklärt, da sie bereits vorausgesetzt werden muss.

3.3.5 Vergleichsgruppen: Aspirationsniveaus

In der klassischen Austauschtheorie wird ähnlich argumentiert wie in der Grenznutzentheorie. Soziologisch interessant ist der Gedanke der „distributive justice“. Die ‚rankorder costs‘ der Handlung sollen den ‚rankorder rewards‘ entsprechen, ansonsten fühlen die Subjekte sich unfair behandelt. Problematisch ist, dass diese Einschätzung subjektiv ist (Homans 1961: 242). Ähnlich verhält es sich mit dem „comparison level“:

„The comparison level is a standard against which a person evaluates the rewards and costs of a relationship in terms of what he/she feels he/she deserves, and cannot be directly measured but rather inferred from the perceived satisfaction or dissatisfaction with the relationship.“ (Beckman 1979: 148)

⁴⁶ Dass hier nicht einfach von Altruismus ausgegangen wird und ein Teil des Gewinns von Alter Ego zugeschlagen wird, hat seinen Grund: Nutzen ist nicht interpersonell vergleichbar: „Utility functions are typically assumed independent. That is, one person’s utility cannot enter as an argument into another’s utility function. This assumption cannot be suspended without undermining one of the most important neoclassical concepts, the downward sloping demand curve.“ (Folbre 1994a: 263)

Hier ist der logische Status der Aspirationsniveaus entsprechend dem der „revealed preferences“: er lässt sich aus den empirischen Ergebnissen ableiten, aber ist nicht direkt erfassbar. Im folgenden wird einfach davon ausgegangen, dass Menschen dazu neigen, sich mit anderen in ihrer unmittelbaren sozialen Umgebung (Nachbarn, Kollegen) zu vergleichen. Dies kommt wie Neid in ökonomischen Theorien nicht vor.⁴⁷

3.3.6 Zusammenfassung

Die Ergänzungen und Änderungen zu Essers Modell lassen sich so zusammenfassen: Einer wert- und lebenslaufgebundenen Entscheidung für bestimmte primäre Zwischengüter folgt eine positionsgebundene Entscheidung für indirekte Zwischengüter sowie eine an Ressourcen und Preise gebundene Entscheidung für Konsumgüter:

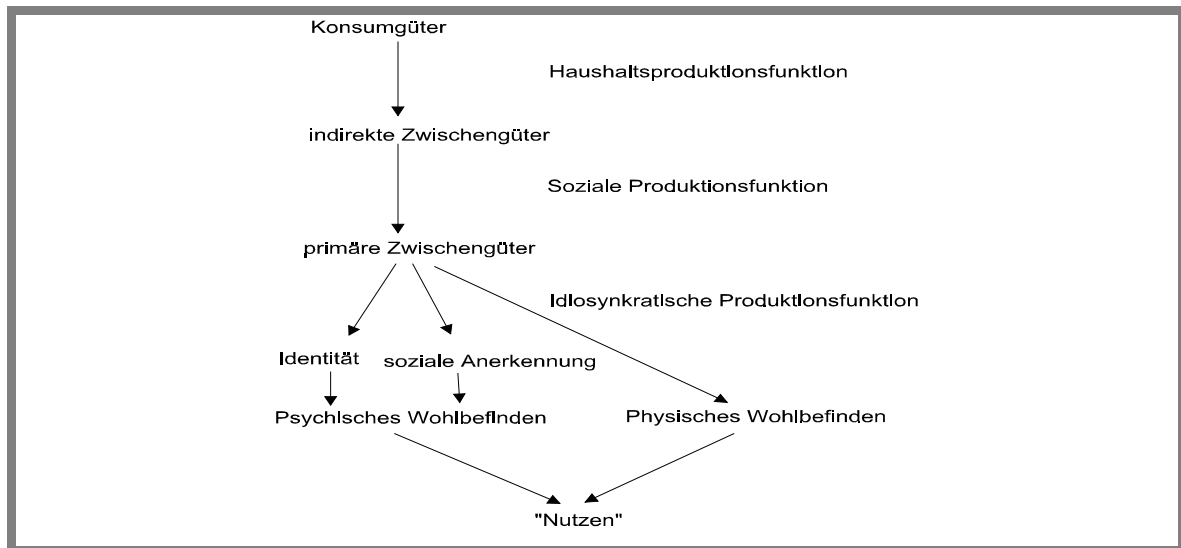


Abbildung 25: Die drei Produktionsfunktionen

3.4 Modell generativen Verhaltens

Rational Choice-Modelle sind in der Familiensoziologie auf massive Kritik gestoßen. Familie scheint sich einer rationalen Modellierung am ehesten zu entziehen. Das Konzept der Nutzenmaximierung wird als reduktionistisch abgelehnt. Bspw. führt Mühlfeld Daten aus dem Familiensurvey an, nach dem Personen glauben, in ihrer Familie seien Geben und Nehmen „ausbalanciert“, während dies „objektiv“ nicht so sei (Mühlfeld 1996: 102). In den meisten austauschtheoretischen Ansätzen wäre dies unproblematisch. Es gibt kein „objektives“ Urteil darüber, ob ein Tausch „fair“ ist. Die Erweiterung des RC-Ansatzes um Identität bietet aber

⁴⁷ Auch Blau erweitert den ökonomischen Nutzenbegriff. Er sieht einen 'strain toward reciprocity' und 'maintaining a balance between inputs and outputs and staying out of debt' (Blau 1964: 26). Blau geht also davon aus, daß das Einhalten bestimmter Verhaltensregeln wie Fairness nicht reduzierbar auf materielle Nutzenmaximierung ist.

auch die Möglichkeit, Bindungen zu integrieren, ohne von der prinzipiellen Vorstellung der Nutzenmaximierung abzuweichen.

Insgesamt stehen Theoriebildung und empirische Forschung in der Familiensoziologie leider oft unverbunden nebeneinander. Coleman sieht auch aus diesem Grund Beckers Werk über die Familie so wenig durch die Forschung aufgenommen (Coleman 1993a: 173). Es gibt zwar von ökonomischer Seite einige Versuche, Modelle mit Daten zu konfrontieren, oft werden dann aber post-hoc Erklärungen nachgeschoben. Theoriegeleitete empirische Forschung, die zur Weiterentwicklung der Modelle führen könnte, ist rar. Doch hat Becker den Ansatz auf viele Familienfragen ausgeweitet (Becker 1988, 1993). Fertilität bildet einen Schwerpunkt. Einen ersten Höhepunkt markieren die Konferenzen zur Familienökonomik 1972 und 1973 (Schultz 1974). Besonders wichtig für die Familiensoziologie ist die Haushaltsproduktionsfunktion (vgl. Ott 1993: 26 und Berk and Berk 1983: 378), die allerdings für soziologische Fragen zu einfach bleibt⁴⁸:

„Die vielfache Kritik an dem Konzept der Haushaltsnutzenfunktion hat dann zu einer neuen Entwicklung in der mikroökonomischen Haushaltstheorie geführt [...]. Zunehmend werden Modellansätze entwickelt, die auch die Entscheidungsstruktur im Haushalt berücksichtigen und mit spieltheoretischen Konzepten den Interaktionsprozeß endogen modellieren.“ (Ott 1993: 29f; Galler und Ott 1993: 10)

Bevor im Folgenden Faktoren genannt werden, die für generative Entscheidungen eine Rolle spielen könnten, müssen einige Fragen beantwortet werden:

1. Was ist die Grundgesamtheit?
2. Welches ist der Gegenstand der Fragestellung?
3. Welche „Entscheidungsregeln“ liegen vor?
4. Wer ist Entscheidungsträger? und
5. Auf welcher Ebene sind die Entscheidungen im Modell einzuordnen?

3.4.1 Grundgesamtheit in der Entscheidung zum Kind

Grundgesamtheit ist die erwachsene weibliche Bevölkerung. Zwar muss in vielen Fällen (leider) auf ehespezifische Fruchtbarkeitsdaten zurückgegriffen werden, es macht aber keinen Sinn, Fragen nach der strukturellen Entwicklung über die Untersuchung von Ehen beantworten zu

⁴⁸ Beckers Ausführungen zur Arbeitsteilung in der Ehe bleiben ebenfalls zu stark simplifizierend: Ökonomische Effizienz erfordert Spezialisierung, d.h. dass höchstens einer der Partner beide Tätigkeiten ausübt (Becker 1991: 33ff). Da Frauen wegen Schwangerschaften einen geringen Vorteil für die Haushaltstätigkeit haben, kommt es zu einer Arbeitsteilung, die die Hausarbeit den Frauen zuweist (Becker 1991: 39ff und Becker 1993b: 397). Dieser geringe Vorteil transformiert im ökonomischen Prozeß „into large observed differences“ (Becker 1985: S42; Kritisch hierzu Folbre 1994a: 4; Hill und Kopp 1995: 109 und Nauck und Kohlmann 1999: 56). Becker argumentiert hier ganz ähnlich wie Parsons, für den Arbeitsteilung in der Ehe hochfunktional ist (Parsons 1964: 12ff; vgl. zu dieser Ähnlichkeit England and Farkas 1986: 63).

wollen (vgl. Kapitel 2.1.4.). Heiratsregeln hatten in vergangenen Zeiten massiven Einfluß auf die Geburtenzahlen. Durch Ausschluß bestimmter Personen von der Ehe wurden Geburten zwar nie völlig verhindert, aber doch vermindert. Auch das Eheschließungsalter spielte gerade in Europa (European fertility pattern) eine entscheidende Rolle. Auch wenn heute die durchschnittliche Kinderzahl in nichtehelichen Lebensgemeinschaften deutlich geringer ausfällt als in Ehen, ist von einer kausalen Richtung dieser Art nicht mehr auszugehen:

„[...] the decline of nuptiality in Europe may be the result of the fertility decline and not the reverse as is often argued.“ (Bourgeois-Pichat 1986: 3)

Es ist allerdings zu vermuten, dass der Rückgang der Eheneigung über die Ausprägung dieses Verhaltensmusters auch Einfluß auf die Geburtenrate nimmt (vgl. Engstler et al. 1992: 60; Lühr 1991: 464). Ähnliche Fragen wirft das Heiratsalter auf. Nachdem es zwischenzeitlich deutlich gesunken war, ist es heute wieder hoch. Der Rückgang der Geburten ist hiermit nicht erklärt. Da Sexualität nicht an die Ehe gekoppelt ist, kann eine Erhöhung des Heiratsalter nicht als eine Form von Verhütung begriffen werden kann.

„Nicht das Heiratsalter beeinflusst die Wahrscheinlichkeit der freiwilligen Kinderlosigkeit, sondern die Entscheidung zur Kinderlosigkeit beeinflusst das Heiratsalter.“ (Rost und Schneider 1996: 253)

Dennoch schafft auch das gestiegene Heiratsalter Muster, die neue Normen setzen, und damit eventuell auch bei anderen zu einer Reduzierung der Kinderzahl führen.⁴⁹ Dass steigende Scheidungsraten vor allem junger Ehen zum Geburtenrückgang beitragen, ist klar. Bedeutung kommt hier aber auch der Wiederverheiratung oder dem Eingehen neuer Partnerschaften zu. Problematisch ist, dass dies kaum untersucht ist. Die vermutete Stabilität von Partnerschaft (unabhängig von ihrem gesetzlichen Status) ist vermutlich der entscheidende Faktor.

3.4.2 Untersuchungsgegenstand: Kinderzahl versus Kinderwunsch

Untersuchungen zur Fruchtbarkeit sprechen oft vom „Kinderwunsch“. Dabei wird in vielen Fällen nicht klar, ob das Fruchtbarkeitsverhalten, die Motivation hierzu oder einfach der Wunsch nach einem Kind, unabhängig vom Verhalten, im Mittelpunkt des Erkenntnisinteresses steht. Wenn allerdings eine Analyse der Strukturen Ziel ist, muss die Kinderzahl untersucht werden. Problematisch ist, dass diese für Kohorten, die noch im gebärfähigen Alter sind, nur geschätzt werden kann (vgl. Kapitel 2.1.2). Zu einzelnen Faktoren können auch Daten über „ideale Kinderzahl“ (sowohl gesellschaftlich-normativ als auch individuell, d.h. Kinderwunsch ohne Restriktionen), persönlichen „Kinderwunsch“ und „intendierte“ Kinderzahl hinzugezogen werden.⁵⁰ Vielen Untersuchungen zeigen, dass die intendierte Kinderzahl im Lebenslauf nicht konstant ist. Schon im berühmten Princeton-Projekt wurde festgestellt, dass 2/3 der Frauen ihre

⁴⁹ Zu einer Typologie von Zeitmustern bez. Eheschließung und Geburt siehe Lüscher und Engstler 1991: 8ff, vgl. hierzu auch Engstler et al. 1992: 3ff; eine ähnliche Typologie findet sich bei Papastefanou 1990: 31.

generativen Vorstellungen änderten (vgl. Fux 1994: 138).⁵¹ Ähnliches ergab sich in der Bamberger Panel-Studie:

„Es ist also auffällig, daß viele Ehepaare innerhalb einer relativ kurzen Phase der Ehe ihre Kinderwünsche verändern, sei es in Form des Aufschubs, zeitlicher Konkretisierung oder zeitlicher Vorverlagerung der Realisierung der Elternschaft oder Veränderung der gewünschten Kinderzahl. Die Ausprägung des Kinderwunsches ist in den meisten Fällen kein Ergebnis einer endgültig feststehenden und punktuellen Entscheidung, sondern eine veränderliche Option.“ (Schneewind et al. 1992: 346)

Änderungen der persönlichen Lebensumstände können natürlich zu einer Veränderung auch der Familienplanung führen, auch die Geburt des ersten Kindes kann sich auf den Wunsch nach weiteren Kindern auswirken. Für die Untersuchung des Kinderwunsches ist deshalb ein statisches Modell nicht geeignet, es müssen Sequenzmodelle zugrundegelegt werden (vgl. Turchi 1991: 241ff).

3.4.3 „Entscheidung“ zum Kind als „Nutzenmaximierung“?

Auch eine RC-Modellierung kann nicht einfach von einer nutzenmaximierenden Entscheidung für Kinder ausgehen. Produktion von Kindern fällt in nahezu allen Fällen mit der Produktion von Sexualität zusammen. Die ökonomische Modellierung hat mit „joint production“ jeglicher Form Schwierigkeiten. Hier handelt es sich verschärfend nicht um eine punktuelle Entscheidung für „joint production“, sondern um sukzessive Entscheidungen bezüglich Sexualität, Verhütung, Abtreibung und der Inanspruchnahme von Reproduktionsmedizin (vgl. Kapitel 2.3).

⁵⁰ Zu einer Diskussion über diverse Maße siehe Namboodiri 1972: 194ff.

⁵¹ Vgl. für die USA: Heaton and Jacobsen (1999) finden: „surprising number of shifts in childbearing decisions“: 538

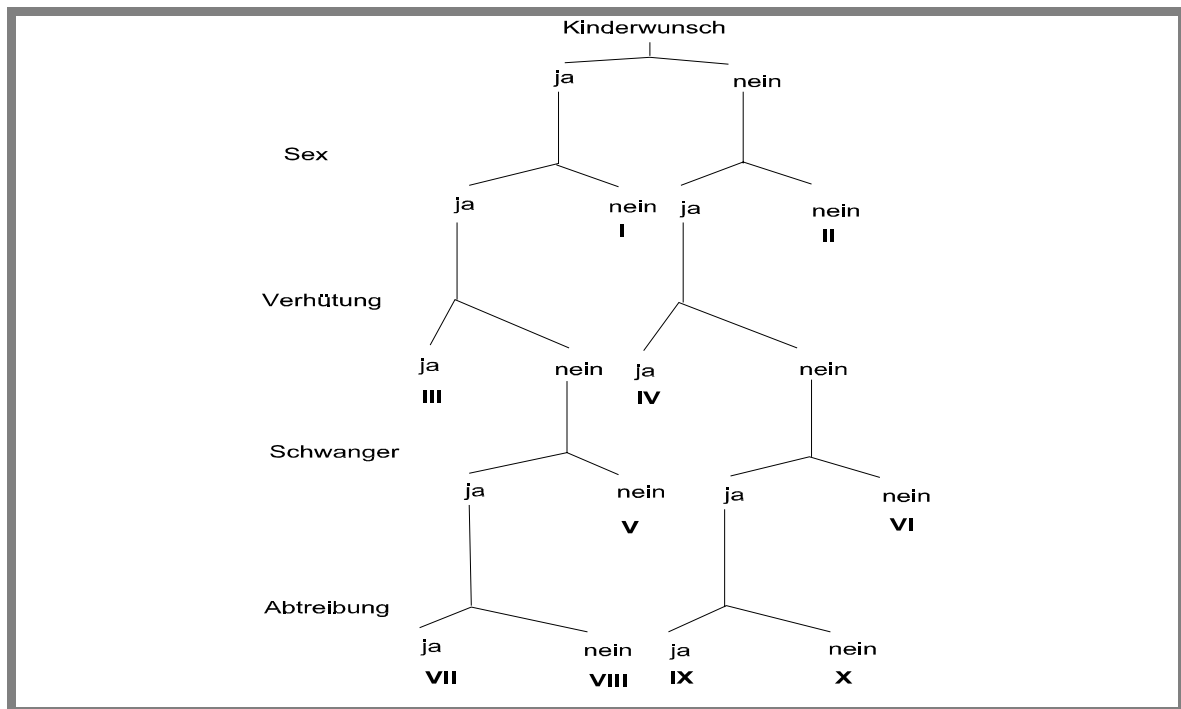


Abbildung 26: Entscheidungen im Fertilitätsverhalten

„Fertilitätsverhalten“ ist also eine Entscheidungssequenz. Auf allen Ebenen außer dem Eintreten einer Schwangerschaft muss eine Entscheidung getroffen werden. Ein Problem bildet das Versagen von Verhütungsmitteln. Damit würde die rationale Entscheidung für Verhütungsmittel zu einem nichtintendierten Ergebnis führen. Bei den heutigen Möglichkeiten kann dies allerdings in vielen Fällen als Entscheidung für mehr oder weniger sichere Mittel eingeordnet werden. Die dichotomische Darstellung verkürzt damit die tatsächliche Entscheidung. Ergänzt werden könnte das Modell noch um den Fall der Zeugung ohne Sex, der in Zukunft eventuell an Bedeutung gewinnen kann.

Unproblematisch für eine RC-Modellierung sind die Typen II; IV; VI, VIII und IX. Typ I kann sehr leicht ebenfalls als rationale Entscheidung interpretiert werden: hier wünscht eine Frau ein Kind, hat aber keinen Partner. Typ III hat sich für einen Aufschub des Kinderwunsches entschieden, was eventuell bei der späteren Umsetzung zu Problemen führen kann, aber auch als rationales Entscheidungsverhalten einzuordnen ist. Typ VII dürfte selten sein: Abtreibung trotz bestehendem Kinderwunsch. Hier ist aber dennoch davon auszugehen, dass Gründe vorliegen: Behinderung des werdenden Kindes, gravierende Änderung der Lebensumstände der Mutter durch eigene Krankheit, Arbeitslosigkeit, Verlust des Partners o.ä.

Die eigentlichen Probleme für die Modellierung bilden die Typen V und X. Bei V handelt es sich um Frauen, die entweder selbst unfruchtbar sind oder einen sterilen Partner haben und bei denen reproduktionsmedizinische Möglichkeiten nicht greifen oder nicht gewünscht werden. Bei Typ X dagegen um jene Frauen, die aufgrund keiner oder unsicherer Verhütung ungewollt

schwanger werden und sich entschließen, das Kind auszutragen. Bei Typ V handelt es sich um „ungewollte Kinderlosigkeit“, bei Typ X um ein „ungeplantes Kind“ (vgl. Kapitel 2.3.). Diese beiden Abweichungen in der Deckung von Demand und Kinderzahl stellen eine entscheidungstheoretische Analyse, die Kinderwunsch und Kinderzahl als gleich unterstellt, in Frage. Vermutungen mancher Autoren, dies hebe sich in etwa auf, sind unsinnig. Damit ergibt sich

Entscheidungstyp I: Kind als Nebenprodukt

Bei diesem Entscheidungstyp findet keine rationale Entscheidung für ein Kind statt. Das Kind entsteht quasi als „Nebenprodukt“ sexueller Handlungen ohne selbst Ziel einer Handlung zu sein. Bei diesem Typ ist allerdings im Anschluß eine Entscheidung über eine etwaige Abtreibung zu treffen.

Nach welchen Regeln Eltern, bei denen es sich um ein „gewünschtes“ Kind handelt, ihre Entscheidung zur Elternschaft treffen, wird ebenfalls kontrovers diskutiert. Ein entschiedener Gegner eines Nutzenmodells ist Burkart, der in seiner Habilitation Entscheidungen folgendermaßen typisiert:

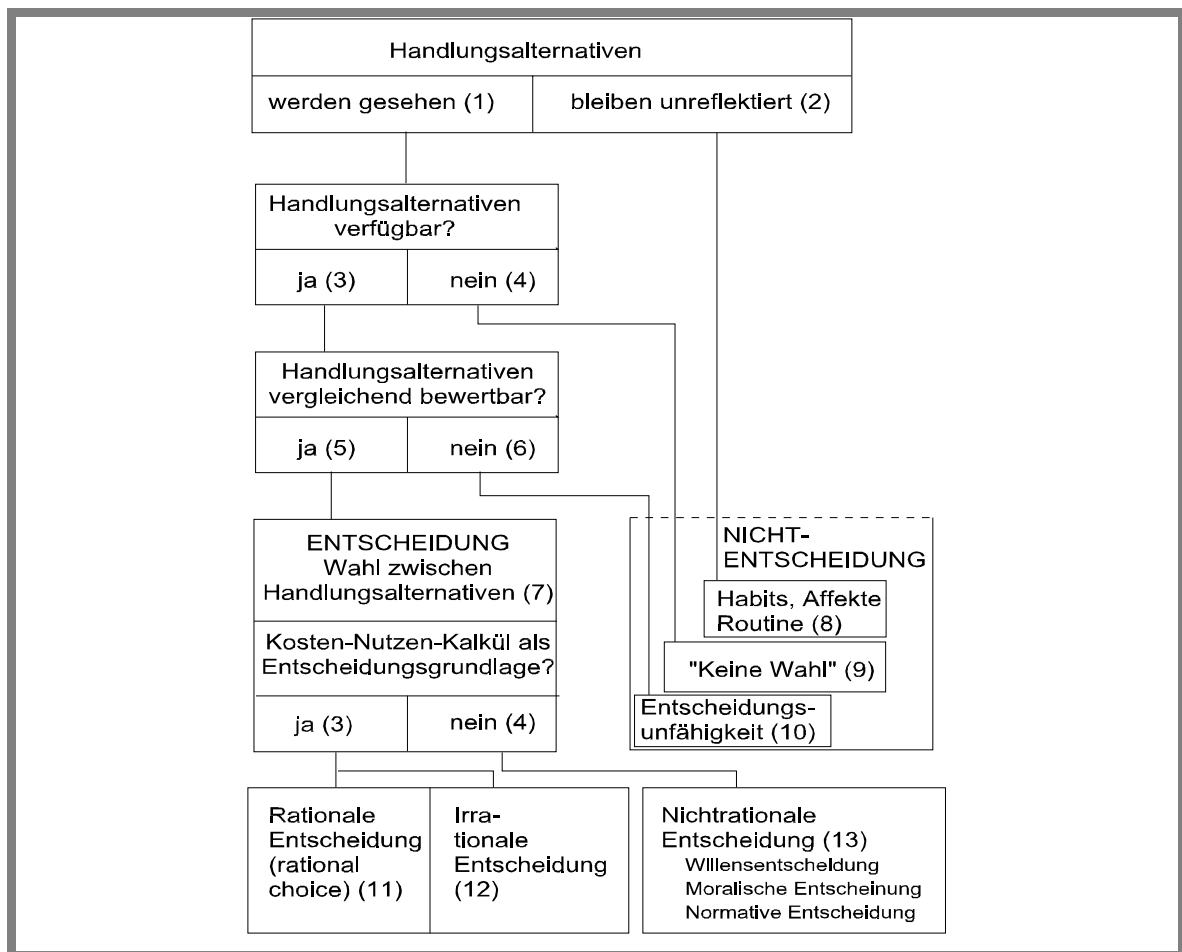


Abbildung 27: Entscheidungstypen nach Burkart

Es ergeben sich 6 Entscheidungsmuster, von denen nur eines als nutzenmaximierend einzuordnen ist. Burkart beschreibt die Entscheidung 8 im Text als „z.B. (unreflektiert) normgeleitet: Mutterschaft ist eine kulturelle Selbstverständlichkeit“ (Burkart 1994a: 85). Dies ist aber mit den von Burkart gewählten Begriffen Habits oder Routine nicht adäquat zu umschreiben. Eine Frau wird kaum „routinemäßig“ schwanger. Der beschriebene normative Filter trifft es viel eher: eine bestimmte Option ist so zwingend vorgegeben, dass Handlungsalternativen nicht erwogen werden. Damit ergibt sich

Entscheidungstyp II: Kind als Selbstverständlichkeit

Bei diesem Entscheidungstyp wird ein „kinderloses“ Leben nicht erwogen. Auch über die Kinderzahl wird hier nicht rational entschieden. Allerdings muss eine Entscheidung zum Timing getroffen werden, die mit den als notwendig erachteten Rahmenbedingungen in Zusammenhang steht.

Nummer 13 wird von Burkart relativiert, indem er schreibt, hier gehe „eine Art Entscheidung voraus, sich an einer bestimmten Norm zu orientieren“. Nach welchen Kriterien dies geschieht, gibt er nicht an. Nutzenmaximierung wäre geeignet. Dagegen ist eine „Willensentscheidung“ sicher anders zu interpretieren. Ein Kind wird persönlich als besonders wichtig empfunden:

Entscheidungstyp III: Kind als Lebenssinn/Glück

Bei diesem Typ wird die Lebensplanung zentral auf Kind(er) ausgerichtet. Allerdings sind Entscheidungen über Zahl und Timing der Kinder nötig.

Keine Probleme hat die RC-Theorie mit Nummer 9. Wo es objektiv keine Alternativen gibt, kann eben nicht entschieden werden. Dafür nennt Burkart ebensowenig ein Beispiel wie für Nummer 12 „Irrationale Entscheidung“, von der er selbst sagt, dass sie „empirisch unwahrscheinlich“ ist (Burkart 1994a: 86). Das eigentliche Problem bildet Nummer 10. „Entscheidungsunfähigkeit“ aufgrund zu komplexer Zusammenhänge ist sicher realistisch. Es drängt sich die Frage auf, ob es sich bei Kindern überhaupt um „Güter“ im ökonomischen Sinn handelt.

„Parents are, at best, guessing about the possible costs of children, weighting these against a set of preferences that are shaped by social norms. Their guesses have long-run implications. Unlike other investments, children are not fungible; they cannot be bought or sold, traded or exchanged.“ (Folbre 1994a: 111)

D.h. die Situation ist zu komplex, langfristige Folgen sind weder abschätz- noch kontrollierbar, bei Mißfallen kann nicht umgetauscht oder verkauft werden. Die Probleme der „bounded rationality“ und Unsicherheit sind wie oben beschrieben in der SEU-Modellierung weitgehend gelöst (vgl. Kapitel 3.2.2). Die Rückgabe ist zwar mit hohen Kosten verbunden, aber natürlich möglich als Freigabe zur Adoption. Dass dies in den wenigsten Fällen geschieht, hat mit Restriktionen in Form von Normen und Werten zu tun. Unter zu hoher Komplexität gelten auch die Entscheidungsregeln Minimax oder Zufall als nutzenmaximierende Wahl. Damit ergibt sich:

Entscheidungstyp IV: Kind als Nutzenmaximierung

Bei diesem Entscheidungstyp wird das Leben mit Kind als eine Option unter anderen gesehen und damit nicht nur über Zahl und Timing der Kinder, sondern auch darüber, ob überhaupt Kinder gewünscht sind, rational entschieden.

Diese Entscheidungstypen decken sich recht gut mit den Weberschen Handlungstypen:

	Kinder als ...	Handlungstypen nach Weber	Entscheidung zu ...
I:	Nebenprodukt:	affektuell	Abtreibung
II:	Selbstverständlichkeit	traditional	wann
III:	Lebenssinn / Glück	wertrational	wann, wieviel
IV:	Nutzen-Kosten: Option unter anderem	zweckrational	ob, wann, wieviel

Abbildung 28: 4 Entscheidungstypen und die Weberschen Handlungstypen

3.4.4 Entscheidungsträger: ein 1-Personen-Modell

In die Entscheidung zum Kind sind in den meisten Fällen zwei Personen einbezogen. Dies wirft Probleme auf. Werden ins Modell beide Partner einbezogen, reicht es nicht aus, einen zu befragen. So

„[...] zeigt die Sekundäranalyse einer Befragung von Schweizer Ehepaaren (Höpflinger 1980), daß sich sowohl die ideale Kinderzahl als auch die Wahrnehmung familiärer Strukturen und Prozesse bei Mann und Frau unterscheiden, was somit eine Beschränkung von Studien zum generativen Verhalten allein auf die Ehefrauen nicht rechtfertigt.“ (Oppitz et al. 1983: 391, vgl. Oppitz 1985: 39)

Es ist eben nicht so, dass ein Partner genau weiss, welche Vorstellungen der andere bezüglich der gewünschten Kinderzahl hat.⁵² D.h. entweder es müssen beide Partner auch befragt werden oder das Modell muss auf eine Person reduziert werden. Modelle, die beide Partner berücksichtigen, sind sehr komplex und schwer zu operationalisieren.

Oppitz schlägt die Rollentheorie als Ergänzung vor (Oppitz 1985: 22). Dabei wird aber die Paarbeziehung analytisch auf einige typische Rollenkonstellationen reduziert und genau dies ist durchaus in die ökonomische Theorie integrierbar. Die jeweilige Beziehung ist dann als Ressource oder Constraint abbildbar. Hierbei bietet sich an, die Frau als Entscheidungsträger zu wählen, schon deshalb, weil sowohl die Statistiken von Müttern ausgehen, als auch in einigen Fällen die Entscheidung tatsächlich nur von den Frauen getroffen wird.⁵³ Den Vorschlag, andere

⁵² Vgl. Seiver and Cymrot 1988: 21ff. Leider stehen keine aktuelleren Studien zur Verfügung.

⁵³ Zur gegenteiligen Meinung siehe bspw. Seccombe 1991: 201, zur allgemeinen Diskussion siehe Beckman 1982: 73ff; Rosen and Benson 1982: 97ff.

Personen als Rahmenbedingungen ins Modell zu integrieren macht auch Meeker, allerdings für dritte Personen (Grosseltern, Freunde etc.):

„The other person becomes part of nature rather than a player in the game.“ (Meeker 1980: 35)

Es müßte allerdings wohl eher *structure als nature* heißen. Dann ist irrelevant, ob die Reaktionen vorhersagbar sind, also wirklich gewußt wird, was der Partner meint, es gehen die antizipierten Reaktionen und der vermutete Grad ihrer Sicherheit ein. Allerdings spielt die Treffsicherheit dieser Antizipationen in der Entscheidung zum nächsten Kind natürlich eine Rolle. Sie gehen als Erfahrung in die Grundbedingungen ein. Insgesamt sind aber sowohl die Ansichten und Wünsche der Männer als auch die Vorstellungen der Frauen von den Meinungen der Männer viel zu wenig erforscht. Das rationale Modell eignet sich besonders gut, um in einem Ein-Personen-Modell andere Akteure berücksichtigen zu können: spieltheoretische Modellierungen zeigen die Abhängigkeit des Entscheidenden von den antizipierten Entscheidungen Alters. Austauschtheoretische Überlegungen modellieren Drohpunkte etc., die ebenfalls entscheidungsrelevant sind (Esser 2000c: 325). Damit ist nicht gemeint, dass Akteure einsam und gefühlsarm entscheiden:

„Missing is any consideration of love as a basis for marriage, companionship as a basis for living together, or *shared* parenthood. These scholars do not consider that a relationship can provide benefits, such as closeness and companionship, comfort in difficulty, and sharing of happy times, beyond the exchange of goods and services.“ (Goldscheider and Waite 1991: 3)

Sehr einfache ökonomische Modelle übersehen dies sicher und kommen dann auch selten zu bestätigten Ergebnissen. Über Identität und Verlässlichkeit (die eben lohnt) lassen sich diese Faktoren aber auch in einem Rational Choice-Modell auffangen.

3.4.5 Kinder als „Primäre Zwischengüter“

Die klassische Nutzentheorie muss eine einheitliche Währung für alle Güter unterstellen. Dies ist Kinder betreffend sicher eine eher ungewohnte Vorstellung (vgl. Leibenstein 1980: 38). Dennoch lässt sich letztlich jede „Entscheidung“ so interpretieren: wenn keine Vergleichbarkeit gegeben wäre, wäre ja auch nichts zu entscheiden. Indifferenzkurven setzen unter anderem Transitivität voraus und dafür muss eine einheitliche Währung zugrundegelegt werden (vgl. Kapitel 3.1.2).

„There is, lastly, one cloud over the promise of a utility model. This is that utilities are extremely difficult to measure [...] Indifference curve models are a device to avoid the direct and knotty problem of measuring utilities, but they can only do so by making certain assumptions about the ranking of preferences.“ (Hawthorne 1970: 65)

Für Indifferenz-Kurven muss aber der Nutzen nicht berechnet werden. Dafür ist eben auch mit diesen Modellen keine Quantifizierung der Ergebnisse möglich. M.E. ist dies aber für eine Frage wie die der Fertilität ohnehin ein zu hoher Anspruch. Indifferenz-Kurven sagen etwas über resultierende Änderungen bei Verschiebung einer oder mehrerer Bedingungen aus, können

hier aber nur Trendaussagen liefern. Damit sind sie für Fertilität sicher eine gute Analyse­möglichkeit (vgl. Heath 1976: 92). Ein Versuch findet sich bei Cochrane 1975, die 4 Modelle in Indifferenz-Kurven übersetzt und miteinander vergleicht (Cochrane 1975: 373ff; vgl. hierzu auch Andorka 1978: 28ff). Ansonsten hat diese vereinfachte Darstellung von Entscheidungen in der Untersuchung der Fertilität außerhalb der Mikroökonomie bisher keine Verwendung gefunden. Grund ist wohl die für Sozialwissenschaftler gewöhnungsbedürftige sehr abstrakte Form.⁵⁴

Kinder nehmen im Modell den Platz eines „primären“ Zwischenguts ein.

„Nicht zuletzt gehören Kinder als für viele Eltern außerordentlich ‘primäres’ Zwischengut zu den ‘Erzeugnissen’, die nur dann Wertschätzung und Wohlbefinden erzeugen, wenn man sich sehr viel um sie kümmert.“ (Esser 2000c: 62)

Auch dies allerdings ist ein Status, den Kinder mit anderen primären Zwischengütern teilen: Klavierspielen schafft auch nur dann Anerkennung und Wohlbefinden, wenn Zeit und Energie investiert wird. Zu den „Grundbedürfnissen“ gehören Kinder nicht.

„There may be others, but the list will be short and ‘children’ are very likely not on it.“ (Lindenberg 1991a: 34)

Wie beschrieben wird davon ausgegangen, dass primäre Zwischengüter nur zu einem Teil sozial determiniert sind. D.h. bei einer durch die Strukturvariablen nicht zu erklärenden Varianz ist von „revealed preferences“ für Kinder auszugehen.

3.4.6 Brückenhypothesen und Transformationsregeln

Eine recht übersichtliche Aufstellung von Randbedingungen findet sich bei Kiefl und Schmid 1985, der hier teilweise gefolgt wird (Kiefl und Schmid 1985: 58).⁵⁵

„Die Sozialwissenschaftler, Demographen und Soziologen können bisher nur einen deskriptiven Rahmen liefern und ad-hoc-Erklärungen zu Fruchtbarkeitsniveaus und –differenzen. Was großsprecherisch als ‘Fruchtbarkeitstheorie’ erscheint, entpuppt sich als eklektizistisches Ragout, das böswillig schon als ‘Schande der Disziplin’ und wohlwollend dagegen als getreue Widerspiegelung der Komplexität des Gegenstandes bezeichnet wurde.“ (Schmid 1984: 102)

Die Aufarbeitung der einzelnen Ansätze und Datenmengen innerhalb eines Rational-Choice Modells kann sicher hilfreich zur Klärung der gestellten Fragen sein. Dabei sollte im Sinne der

⁵⁴ So ist bpsw. Samuelson besonders angetan von Easterlins Modell, weil dieser ohne Indifferenzkurven arbeitet: „The Easterlin Theory is all the more valuable for its scarcity among economic theories, standing out in welcome relief from the rather sterile verbalizations by which economists have tended to describe fertility decisions in terms of the jargon of indifference curves, thereby tending to intimidate non-economists who have not misspent their youth in mastering the intricacies of modern utility theory.“ (Samuelson 1976: 244) Richtig ist sicher, dass Indifferenzkurven der Interpretation und Umsetzung in Worte bedürfen und nicht einfach so stehenbleiben sollen. Tatsächlich aber könnte auch Easterlins Modell in Indifferenz-Kurven übersetzt werden. Im übrigen bergen viele soziologische Theorien (man denke an Parsons AGIL-Schema) ähnliche Abstraktionsgerade.

⁵⁵ Dabei unterscheiden Kiefl und Schmid ökonomische, soziologische und psychologische Faktoren. Wenn Schmid in einer anderen Arbeit allerdings das „materielle Anspruchsniveau“ als wichtigsten materiellen Faktor nennt (Schmid 1985: 27), kann dies hier nicht unter materiellen Hypothesen, sondern unter sozialen eingeordnet werden, da ein

abnehmenden Abstraktion von sehr einfachen Modellen zu komplexeren Zusammenhängen übergegangen werden.

„Leider findet sich keine Untersuchung, die alle Argumente gemeinsam empirisch testet und eine Aussage über die relative Größenordnung der einzelnen Effekte erlaubt.“ (Hill und Kopp 1995: 64)

Wegen der Komplexität der zu untersuchenden Zusammenhänge wird dies auch in Zukunft so bleiben. Umgehbar wäre das Problem, indem einzelne Faktoren isoliert und unter konstant gehaltenen Randbedingungen getestet, die Ergebnisse dann wieder in ein umfassenderes Modell integriert werden. Dies ist nicht möglich, da davon ausgegangen werden muss, dass die Variablen sich gegenseitig beeinflussen bzw. gemeinsam von dritten Faktoren beeinflusst werden

Die Produktionsfunktionen stellen sich für Fertilität folgendermaßen dar:

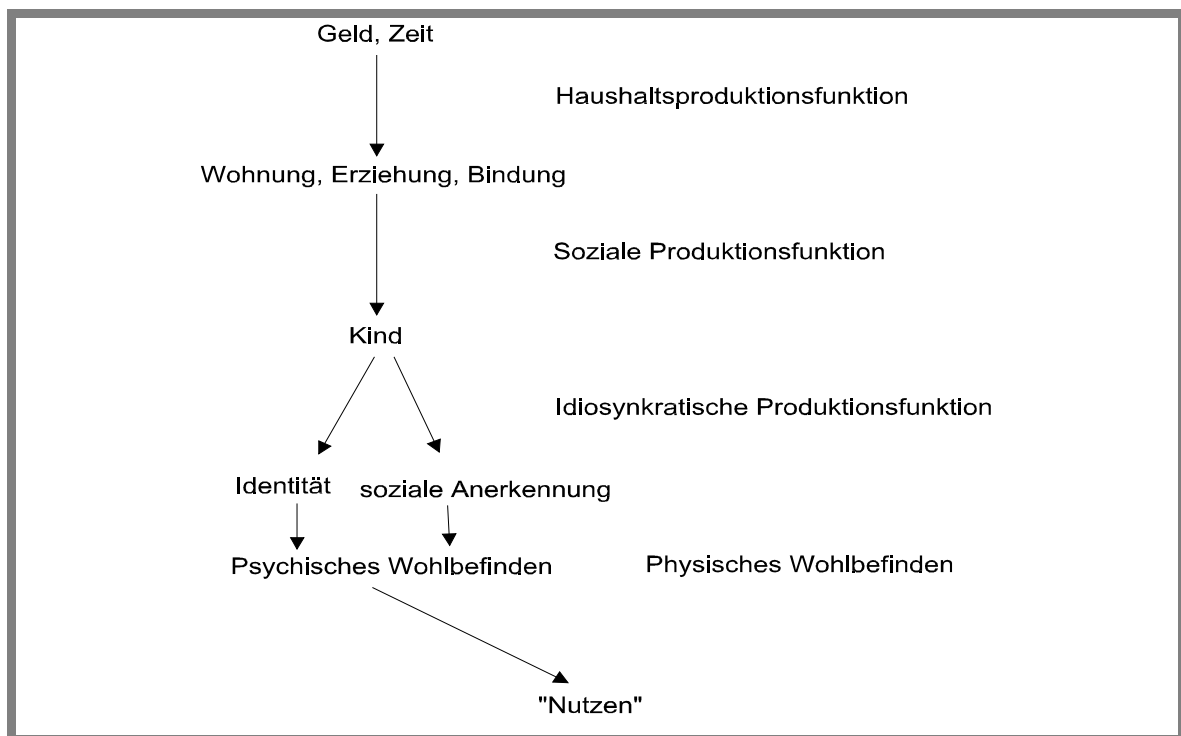


Abbildung 29: Die drei Produktionsfunktionen in der Entscheidung zum „Kind“

Damit wird unterstellt, dass über Kinder nur psychisches Wohlbefinden produzierbar ist, allerdings treten Kinder damit in Konkurrenz zur Produktion physischen Wohlbefindens über andere Güter. Aber nicht die Geburt eines Kindes führt bereits zum „psychischen Wohlbefinden“, es ist als „Produktion des Kindesnutzens“ ein Minimum an Erziehung und Bindung vorauszusetzen.

Grundsätzlich spielen folgende Faktoren-Gruppen für die Brückenhypothesen eine Rolle:

Anspruchsniveau Referenzgruppen unterstellt (ein ausführliches Modell findet sich auch bei Namboodiri 1972: 201ff).

Situationslogik			
	materiell	institutionell	kulturell
Ressourcen/ Constraints	Einkommen Zeit Gesundheit Wohnraum	Relatives Eink. Betreuungsmögl. Normen	Werte Religion Partnerschaft
Alternativen	Opportunität Humankapital	Rollen Optionen	Freizeit Partnerschaft
Preis	“Qualität” Kinder	“Verantwortete” Eltern- schaft	“Identität”

Abbildung 30: Faktoren der Situationslogik „Entscheidung zum Kind“

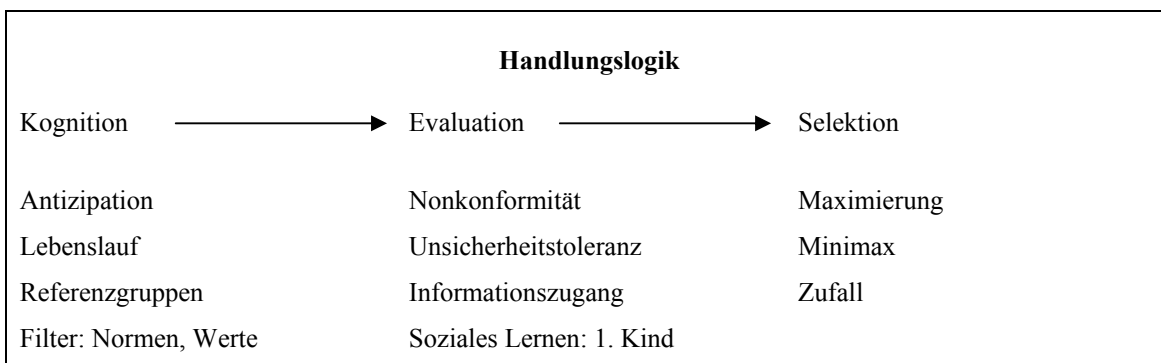


Abbildung 31: Faktoren der Selektionslogik „Entscheidung zum Kind“

Dabei ist auch auf den Konfliktbereich unterschiedlicher Wertsphären und Dysfunktionalitäten zu achten (vgl. Kapitel 3.3.4.).

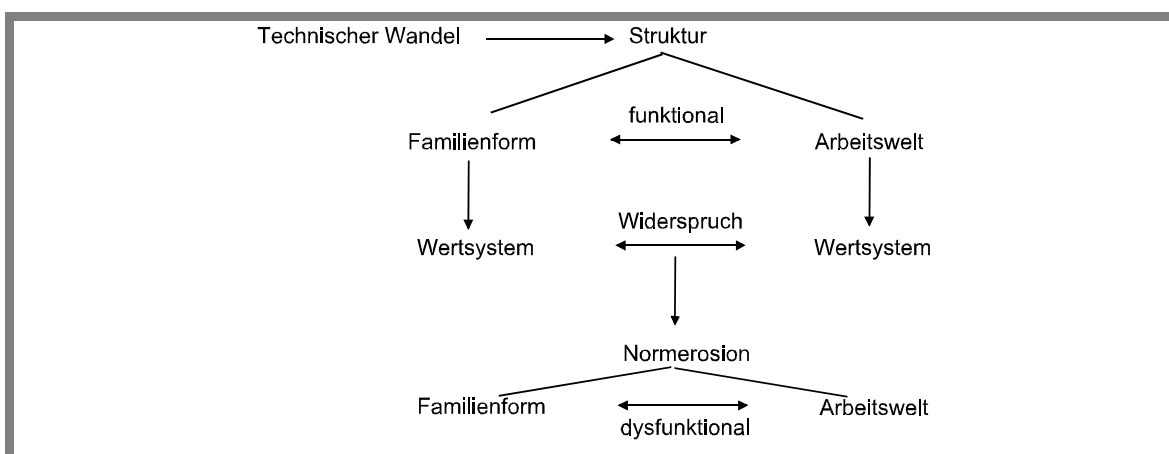


Abbildung 32: Differenzierung und Konflikt: Familie und Arbeitswelt

Generatives Verhalten spielt für alle Bereiche der Aggregation eine wichtige Rolle. Für die behandelte Thematik findet sich „Soziale Ordnung“ als einfache Summierung der

Einzelentscheidungen in Form der Geburtenraten, die zu ableitbaren Veränderungen der demografischen Struktur führen. Dieser Bereich der statistischen Aggregation ist recht einfach. Als „Soziale Differenzierung“ sind die Folgen der generativen Entscheidung für die Struktur der Gesellschaft zu betrachten. Dabei müssen neben statistischen auch institutionelle Regeln Beachtung finden. Im weiteren muss gefragt werden, ob diese neue Differenzierung auch zu neuen Ungleichheiten führt. Allein die Tatsache, dass Kinder geboren werden können, hat für verschiedene Gruppen unterschiedliche Folgen. Dies muss als „Soziale Ungleichheit“ thematisiert werden. Auch hierfür spielen institutionelle Regeln eine maßgebliche Rolle. Die gesamtgesellschaftlichen Folgen dieser Einzelentscheidung werden zum Teil sehr scharf und kontrovers diskutiert. Auch innerhalb der Familienforschung herrscht über Prognosen sowohl der Geburtenentwicklung als auch ihrer strukturellen und sozialen Folgen keine Einigkeit. Als letzter Aspekt ist zu fragen, inwieweit die generative Entwicklung als „Sozialer Wandel“ zu sehen ist. Ist eine Anpassung der Strukturen an die neuen Differenzierungen zu erkennen? Sind Auseinandersetzungen über die sich ergebende soziale Ungleichheit zu erwarten? Ist davon auszugehen, dass dieser soziale Wandel (zumindest vorübergehend) zu einer neuen sozialen Ordnung führt? Zur Beantwortung dieser Frage muss auf formale Modelle zurückgegriffen werden, die Spekulation bleiben. Hierbei ist auch zu fragen, ob die generative Entwicklung eine der Ursachen eines allgemeinen Wandels der Gesellschaft ist oder umgekehrt „nur“ als ein Symptom des Wandels moderner Gesellschaften zu sehen ist.

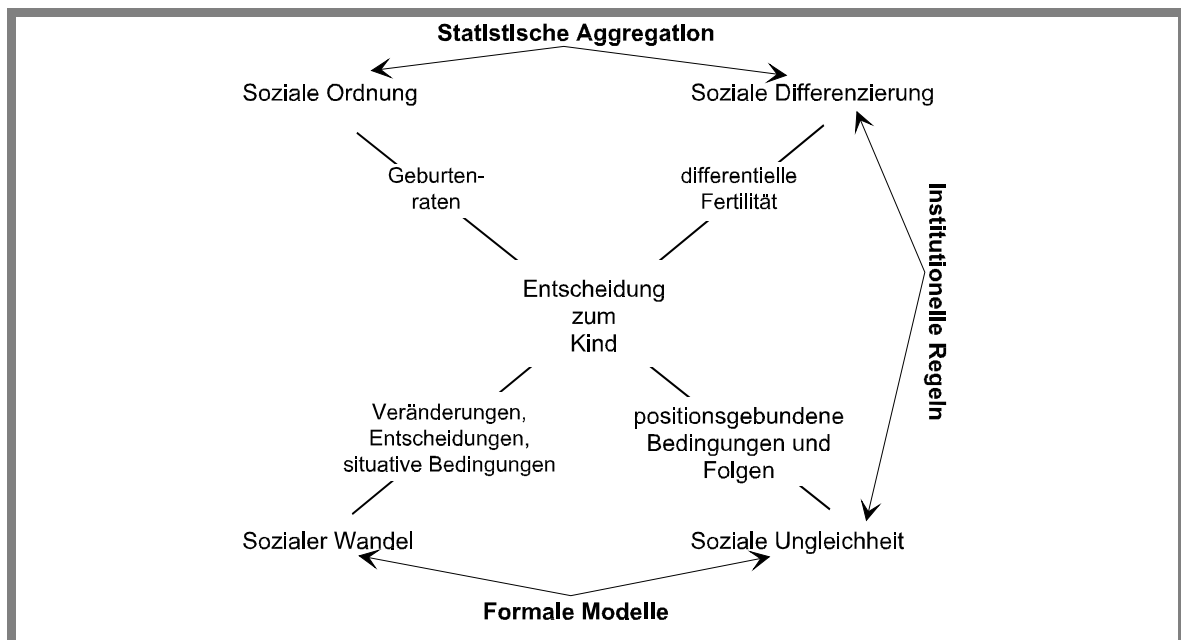


Abbildung 33: Aggregationslogik in der „Entscheidung zum Kind“

4. Generatives Verhalten: Daten und Theorien

4.1 Logik der Situation

4.1.1. Materielle Bedingungen

4.1.1.1 Gesundheit und Lebenserwartung der Frau: Kinder als „Teil“ des Lebens

Zu den materiellen Rahmenbedingungen der Entscheidung zum Kind gehören auch Gesundheit und Lebenserwartung der Eltern. Während im 18. Jahrhundert eine Phase des „empty nest“ für die meisten Frauen gar nicht vorkam, umspannt diese heute zwei bis drei Jahrzehnte des Lebens (Tophoven-Tritsch 1987: 126). Die Entwicklung der Lebenserwartung ist eine Ressourcensteigerung:

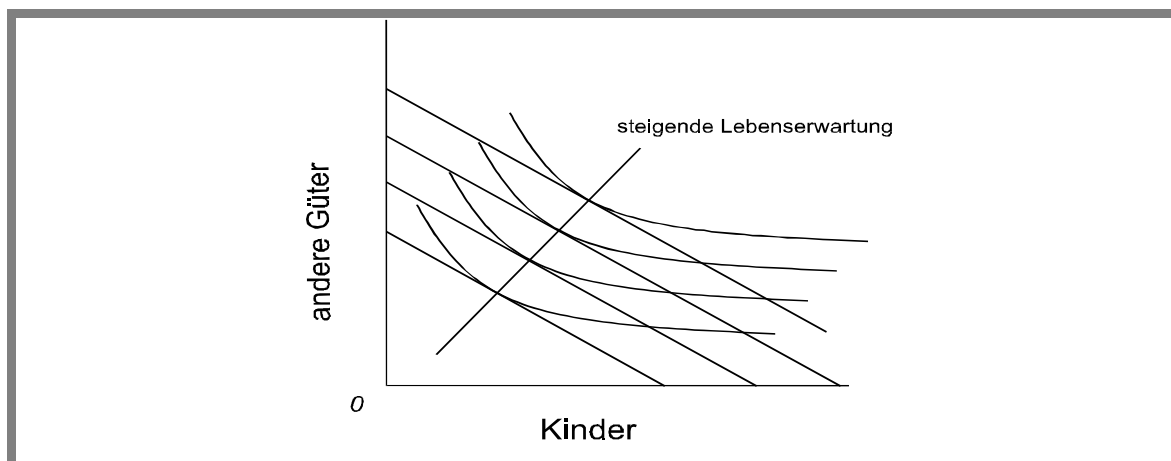


Abbildung 34: Lebenserwartung und Kinderzahl

Es wäre eine geburtensteigernde Wirkung anzunehmen. Da die gestiegene Lebenserwartungen aber zu mehr Optionen im Lebenslauf führt, sind die Auswirkungen komplexer. Die gestiegene Lebenserwartung der Frauen ist eine Tatsache,

„[...] die familiensoziologisch bisher weitgehend unthematisiert blieb, obwohl sie eine soziale Dimension nachzeichnet, die lebensweltlich einen Perspektivenwechsel im weiblichen Lebenszusammenhang und damit auch für Ehe und Familie geradezu herausfordert.“ (Mühlfeld 1995: 19)

Nicht nur führt die gestiegene Lebenserwartung dazu, dass Kinder nicht alleiniger „Lebensinhalt“ sind, sondern verändert auch die Beziehung zwischen den Partnern.

„Die Rückwirkungen auf das familiäre Verhalten reichen von einer möglichen Verringerung der Kinderzahl über die engere Aufeinanderfolge der Geburten bis hin zu einem geänderte Rollenverhalten.“ (Schilp 1984: 79)

Gesundheit ist in der sozialwissenschaftlichen Forschung wenig erfaßt (Hanesch et al. 1994: 169). Die Gesundheit der Frau spielt aber für Fertilität eine wichtige Rolle. Hier ist nicht nur an

Sterilität zu denken, sondern auch an Fehlgeburten und Krankheiten, die eine Schwangerschaft zum Risiko werden lassen (Gloger-Tippelt 1993: 63). Die gestiegene Lebenserwartung unterstützt eine Personalisierung der Beziehung zwischen den Partnern. Damit wird die Gesundheit der Frau zum Faktor im Fertilitätsverhalten (vgl. Rosenbaum 1982: 352). Auch deshalb, weil Frauen nun mehr Einfluß auf diese Entscheidungen nehmen können.⁵⁶ Möglich wäre aber auch, dass die Bedeutung von Kindern mit steigender Lebenserwartung zunimmt:

„Die Menschen leben länger, es besteht ein erhöhtes Risiko der Pflegebedürftigkeit. Unter immateriellen Aspekten scheint der Nutzen von Kindern im Alter sogar gestiegen zu sein.“ (Tophoven-Triltsch 1987: 89)

Dies hängt aber von bestehenden Normen zu Unterstützungsleistungen ab.

Wie ist die Bedeutung dieser Faktoren nun für die Fragestellungen:

Zum Geburtenrückgang:

Hier spielt die gestiegene Lebenserwartung sicher eine Rolle. Sie verändert den Lebenshorizont, und bietet eine Basis, auf der Optionen sichtbar werden. Die damit Entscheidungsfaktor werdende Gesundheit trägt zum Geburtenrückgang bei.

Zur differentiellen Fertilität:

Da die Lebenserwartung für soziale Schichten zwar durchaus noch nicht gleich, aber für alle hoch ist, kann sie nur im Hinblick auf die unterschiedliche Verfügbarkeit oder Wahrnehmung der Optionenvielfalt zu differentieller Fertilität führen. Die Gesundheit der Frau erzeugt nicht nur bei Sterilität Unterschiede im generativen Verhalten.

Prognose?

Ein weiterer Anstieg der Lebenserwartung dürfte die Fertilität kaum beeinflussen, da die Lebenserwartung ohnehin schon weit über die Reproduktionszeit hinaus angestiegen ist. Veränderungen der Gesundheit können in beide Richtungen wirken: weniger Sterilität und Risikoschwangerschaften durch bessere medizinische Möglichkeiten, aber auch mehr chronische Krankheiten durch Umweltbelastungen etc. Beides dürfte auf die Fertilität eher geringfügige Auswirkungen haben.

4.1.1.2 Produktionsweise: Kinder als „Produktionsgut“

Dass Familienstrukturen in wechselseitiger Abhängigkeit mit wirtschaftlichen Produktionsformen stehen, ist in der Familiensoziologie seit langem bekannt. Für die

⁵⁶ Shorter geht davon aus, dass Frauen auch wegen Schwangerschaften bis Ende des 19. Jahrhunderts nicht an Emanzipation denken konnten (Shorter 1983: XIII): „Most of these children were unwelcome to her, for if one single theme may be said to hold my story together, it is the danger to every aspect of her health, that this ceaseless child-bearing meant.“ (Shorter 1983: 3)

Kinderzahl spielt die ökonomische Struktur der Gesellschaft sicher eine Rolle. Eine der Erklärungen des Geburtenrückgangs thematisiert Kinder als Produktionsgut. Beispielhaft für diese Auffassung ist die sogenannte „Wealth-Flow“-Theorie von Caldwell (vgl. Höpflinger 1997: 66ff und Cromm 1988: 185):

„[...] there are only two types of fertility regime, with the exception of the situation at the time of transition: one where there is no economic gain to individuals from restricting fertility; and the second where there is often or eventually economic gain from such restriction. In both situations behaviour is not only rational but economically rational. [...] only two situations, the first where the economically rational response is an indefinitely large number of children and the second where it is to be childless.“ (Caldwell 1982: 115f)

Kinder als Produktionsgut bzw. „nutzloses“ Gut sind folgendermaßen darstellbar:

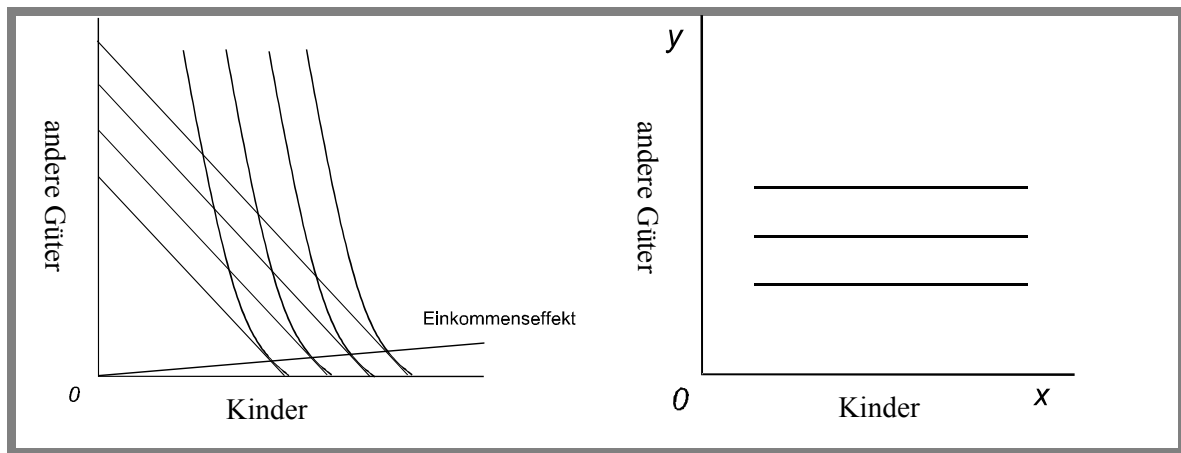


Abbildung 35: Kinder als Produktionsgut und als „nutzloses“ Gut

D.h. andere Güter werden historisch nur insoweit nachgefragt, dass das Existenminimum befriedigt wird, ansonsten wird die höchstmögliche Kinderzahl realisiert. In modernen Gesellschaften dagegen sind Kinder nutzlos. Beide Szenarien kommen so nicht vor. Als Idealtypus unterstellt der erste Fall Kinder als Produktionsgut mit Nettonutzen, im zweiten Fall produzieren Kinder keinen materiellen Nutzen. Der Demografische Übergang ergibt sich aus einer Änderung der „Wealth-Flow“-Richtung:

„The key issues here, and, I will argue, the fundamental issue in demograhic transition, is the direction and magnitude of intergenerational wealth flows or the net balance of the two flows – one from parents to children and the other from children to parents – over the period from when people become parents until they die.“ (Caldwell 1982: 140)

Damit ist erklärt, warum auch in manchen urbanen Zentren die Kinderzahlen noch hoch sind: der wealth-flow geht immer noch von den Kindern zu den Eltern (Caldwell 1982: 145ff). Wenn in modernen westlichen Gesellschaften kostspielige Investitionen in Kinder getätigt werden müssen, im Alter dagegen kaum materielle Unterstützung von ihnen erwartet wird, müsste die

Kinderzahl gegen Null gehen.⁵⁷ Dass dies nicht der Fall ist, bedeutet, dass Kinder vom Produktions- zum Konsumgut geworden sind.

„What causes this emotional nucleation of the family whereby parents spend increasingly on their children; while demanding – and receiving – very little in return? [...] The factor is undoubtedly the impact of a different culture; it is Westernization.“ (Caldwell 1982: 148f)

Umgekehrt gesteht Caldwell auch zu, dass „pre-divide“ Bevölkerungen durchaus nicht die höchstmögliche Kinderzahl erreichten und führt dafür „social, psychological, and physiological“ Gründe an (Caldwell 1982: 152). Dagegen spielen nach Tophoven-Triltsch Investitionsüberlegungen für frühere Zeiten in den meisten Bevölkerungsgruppen keine Rolle:

„Obwohl die Eltern ihre Kinder zur Arbeit heranzogen, waren ihnen sowohl im handwerklichen wie im bäuerlichen Bereich ein Kosten-Nutzen-Denken fremd. Die Mitarbeit aller Haushaltsmitglieder war schlicht selbstverständlich. [...] Mit dem sinkenden Produktionsnutzen der Kinder ist die in der Mitte des 19. Jahrhunderts sinkende Kinderzahl nicht erklärt.“ (Tophoven-Triltsch 1987: 85)

Kinder als Alterssicherung waren für viele Gruppen schon deshalb kein Faktor, weil die Lebenserwartung so gering war (Tophoven-Triltsch 1987: 88). Dennoch ist davon auszugehen, dass die Mitarbeit der Kinder ihre Kosten gesenkt hat, und damit einen Einfluß auf die Gesamtkinderzahl gehabt hat: Es gab keinen existentiellen Grund, sie stark einzuschränken. Damit sind nur grobe Erklärungen für den Geburtenrückgang möglich. Die feineren Abweichungen werden nicht erfasst. Handwerker sieht eine Ergänzung des Modells mit Wert- und Verhaltensveränderungen vor, die selbst durch ökonomische Veränderungen bewirkt werden (Handwerker 1986: 14). Umgekehrt sucht Willis nach Gründen für den Richtungswechsel des Vermögenstransfers.

„[...] I (1982) argued that the underlying cause of both declining fertility and the changing patterns of intergenerational transfers may be improved technology which increases income and raises the return of investment in human capital by shifting the skill and locational distribution of labor demand.“ (Willis 1987: 77)

Die Wealth-Flow-Theorie ist dann rückführbar auf Human-Capital-Ansätze.

Zum Geburtenrückgang:

Der Geburtenrückgang hat einen Grund darin, dass Kinder keine Produktionsgüter mehr sind.

Zur differentiellen Fertilität:

Die differentielle Fertilität kann damit aber nicht erklärt werden, weil Kinder heute in allen Bevölkerungsgruppen kein Produktionsgut mehr sind. Selbst für Bauern, die die höchsten Fruchtbarkeitsraten aufweisen, ist diese Auffassung problematisch, da auch hier die Kosten für Kinder ihren (materiellen) Nutzen übersteigen.

⁵⁷ Entsprechend sehen viele Ökonomen die Einführung der Sozialversicherung als Hauptgrund für den Geburtenrückgang (z.B. Suntum 2001: 274).

Prognose?

Caldwell äußert sich in seiner Theorie selbst zur Zukunft (Caldwell 1982: 264ff). Er geht nicht davon aus, dass der Geburtenrückgang abgeschlossen ist (Caldwell 1982: 265). Dagegen nimmt Kleinewefers an, dass nun die Zahlen konstant bleiben, gerade weil Kinder kein Produktionsgut mehr sind. Der materielle Nutzen sei zu Ende abgebaut, der immaterielle aber bleibe „konstant“ (Kleinewefers 1987: 24).

4.1.1.3 Ressource Einkommen: Kinder als „Konsumgut“

„It is Malthus who conventionally and rightly provides the starting point for any discussion of how to explain levels of childbearing. His work marks a turning point in the history of man’s ideas about demographic processes [...]“ (Busfield and Paddon 1977: 21)

Malthus formuliert zuerst 1798⁵⁸ seine These, dass sich auch beim Menschen, „the constant tendency in all animated life to increase beyond the nourishment prepared for it“ zeige (Malthus 1952: 5). Während die Nahrungsmittelproduktion nur linear zunähme, vermehre sich die Bevölkerung geometrisch und nur Hungersnöte reduzierten die Bevölkerung auf ein tragbares Maß (Malthus 1952: 8ff; vgl. Becker 1992: 186ff). Malthus sieht aber auch die Möglichkeit sogenannter „positive checks“ (Malthus 1952: 13f):

„The preventive check, as far as it is voluntary, is peculiar to man, and arises from that distinctive superiority in his reasoning faculties which enables him to calculate distant consequences.“ (Malthus 1952: 12)

Damit wird von einer möglichen Anpassung der Kinderzahl an die vorhandenen Ressourcen ausgegangen, die Malthus als „moralisch“ bezeichnet. Prinzipiell jedoch haftet der Theorie ein pessimistischer Grundton an: Sie geht davon aus, dass Menschen so viele Kinder wie möglich bekommen. Diese Prognose hat sich nicht erfüllt.

Die klassische Verbindung zwischen Ressourcen und Fertilität aber blieb (vgl. hierzu Busfield and Paddon 1977: 23). Neuere Berücksichtigung hat die Malthussche Theorie bei den Mikroökonomien gefunden: Grundlegender Unterschied ist die bei den Ökonomen als perfekt angenommene Trennung zwischen Sexualität und Fortpflanzung. Waren bei Malthus Kinder noch ein Nebenprodukt sexuellen Verhaltens, so legen die modernen Ökonomen unter der Annahme perfekter Geburtenkontrolle ein reines Demand-Modell zugrunde.

Die Diskussion beginnt mit einem Artikel von Leibenstein 1957 und wird besonders angeregt durch Beckers Schrift von 1960 „An economic analysis of fertility“. Nachdem Psychologie und Soziologie mit ihren Erklärungen zur Fertilität nicht recht weitergekommen seien, sieht Becker in der Ökonomie einen sinnvollen Ansatz (Becker 1976: 171). Er nimmt an, daß Eltern perfekte

⁵⁸ Vgl. zu Malthus Andorka 1978: 13f und Cromm 1988: 144ff und Smith 1986: 188ff).

Kontrolle sowohl über Zahl als auch Timing ihrer Kinder haben und ihre Kinder damit aus reinen Nutzenerwägungen planen:

„This classification does not imply, however, that the satisfactions or costs associated with children are morally the same as those associated with other durables.“ (Becker 1976: 172f)

Becker ist der Ansicht, dass es keinen „guten“ Ersatz für Kinder gibt, allerdings Kinder durchaus in Konkurrenz zu anderen Konsumgütern zu sehen sind, deshalb werden alle anderen zusammengenommen und Kindern gegenübergestellt (Becker 1991: 137). Dann gilt das Gesetz der Nachfrage: Je höher das Einkommen, desto höher die Kinderzahl.

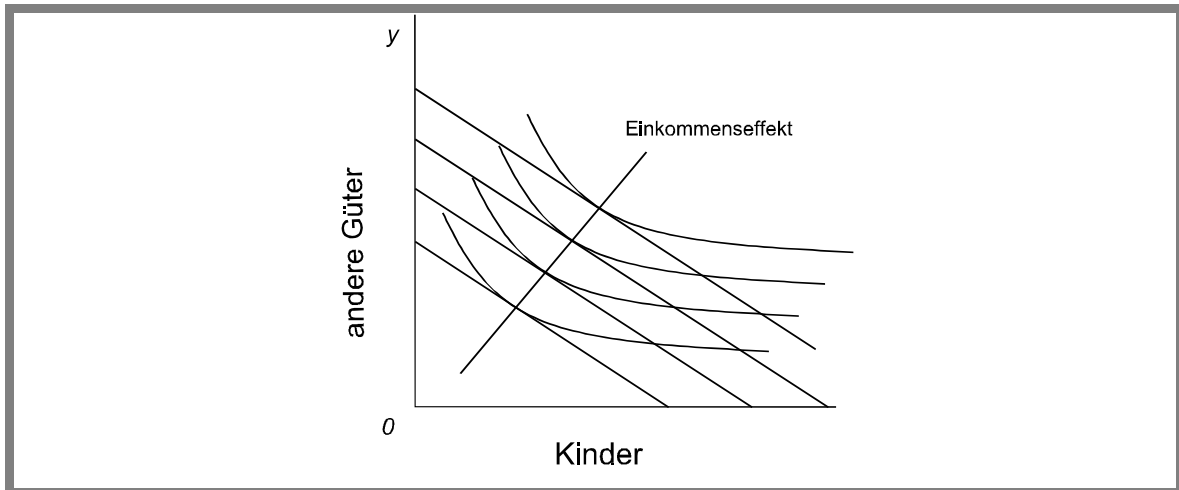


Abbildung 36: Kinderzahl und Einkommen

Über die Stärke des Zusammenhangs ist aus der Theorie allerdings nichts ableitbar. Damit kann die Gerade, die den Einkommenseffekt nachzeichnet, theoretisch auch nahezu horizontal verlaufen, dann läge eine sehr geringe Einkommenselastizität vor. Becker sieht den Einkommenseffekt für das 19. Jahrhundert bestätigt (Becker 1991: 14). Nach Tophoven-Triltsch führt auch Beckers Konfrontation des Modells mit Daten der Indeanapolis-Studie zum Nachweis „daß zwischen geplanter Kinderzahl und Einkommen ein eindeutiger positiver Zusammenhang besteht.“ (Tophoven-Triltsch 1987: 28). Für tatsächliche Kinderzahlen findet Becker aber u-förmige Zusammenhänge: mittlere Einkommen weisen die geringsten Kinderzahlen auf.⁵⁹ Hierzu muß Becker bestimmte Zusatzannahmen einführen, die post-hoc gemacht werden und damit nicht zu einer Bestätigung der Einkommens-Hypothese herangezogen werden können.

„Becker and his colleagues have devoted more of their time to formalizing this model than they have to its empirical confirmation.“ (Crosbie 1986: 32; ähnlich auch Turchi 1975: 118)

Insgesamt wirft die Annahme, Kinder unterlägen als Konsumgut einer hohen Einkommenselastizität diverse Probleme auf:

1.) Die Theorie der Konsumgüter unterstellt prinzipiell, dass die Acquisition rückgängig gemacht werden kann. Kritiker sind der Ansicht, dass dies bei Kindern nicht der Fall ist (vgl. Blake 1968: 15f und Kiefl und Schmid 1985: 35). Wie oben bereits angesprochen, ist eine „Rückgabe“ in Form der Adoptionsfreigabe sicherlich möglich. Dass dies in den meisten Fällen nicht als Option aufgefaßt wird, liegt an normativen Zwängen, auf die im weiteren noch eingegangen werden soll.

2.) Der erwartete Nutzen liegt nicht in der Kontrolle der Eltern, sondern enthält einen hohen Unsicherheitsfaktor.

„But the acquisition of children of a particular quality or type is, for any individual parent, beyond his control and quite unpredictable. The potential consumer is thus by way of acquiring an item that he can only *hope* will bring whatever utilities he seeks, [...]“ (Blake 1968: 17)

Dies trifft zwar auf viele andere „Güter“ auch zu. Für eine Analyse, die sich nur auf statistische Zusammenhänge bezieht, reicht normalerweise, dass gewisse Nutzenerwartungen mit der Produktion verbunden sind (vgl. Kap. 3.2.2.). Da aber für die einzelne Familie ein statistischer Ausgleich der Unsicherheit aufgrund der geringen Kinderzahl nicht zu erwarten ist, spielt die Unsicherheitstoleranz der Betroffenen eine wichtige Rolle bei der Entscheidung.

3.) Einkommenseffekte stehen in einem komplexen Zusammenhang mit anderen Faktoren (z.B. Berufstätigkeit der Frau, Ausbildung), die zu Überlagerungen führen. Der reine Einkommenseffekt kann empirisch nicht isoliert werden (vgl. Andorka 1978: 234ff und 367 und Klein 1990: 60). Damit sind vor allem Versuche, nachträglich doch einen Einkommenseffekt nachzuweisen, arbiträr. Es handelt sich um eine Immunisierung des Modells, die plausible Erklärungen zu Überlagerungen des Einkommenseffekts nachschiebt, aber nicht in Betracht zieht, dass ein solcher Effekt eventuell überhaupt nicht vorliegt. Das Einkommen wird auch subjektiv kaum als Einflußfaktor genannt:

„Wo finanzielle Bedenken genannt werden, da oft *neben* und *nach* anderen Überlegungen.“ (Beck-Gernsheim 1988: 120)

Es muß aber natürlich davon ausgegangen werden, dass die ökonomischen Verhältnisse auf die Gestaltung des Familienlebens und damit auch auf die Kinderzahl wirken.

„So wird beispielsweise die ökonomische Bedeutung der Frauenerwerbstätigkeit für den Wohlstand der Familie häufig nur am Rande beachtet. Dieser Punkt ist vor allem bei geringem Familieneinkommen u.U. nicht unbedeutend [...]“ (Klein 1990: 77; zur Bedeutung der Frauenerwerbstätigkeit vgl. Schulze 1996: 124f)

Zum Geburtenrückgang:

Die Einkommenshypothese hat sich als Erklärung für den historischen Geburtenrückgang nicht bewährt.

⁵⁹ Ähnliche Verteilungen finden wir in der Bundesrepublik: Kiefl und Schmid 1985: 265.

Zur differentiellen Fertilität:

Der U-förmige Zusammenhang der Kinderzahl mit dem Einkommen kann sicher plausibel erklärt werden, indem andere Faktoren herangezogen werden. Diese können aber nicht unter „ceteris paribus“-Bedingungen analysiert werden. Beim Stand der Forschung ist ein positiver Einkommenseffekt nicht anzunehmen.

Prognose?

„Most significant, a new upswing in the rate of growth in real wages could cause a new ‘baby-boom’ as relative wages increased and offset the drag on fertility of the increasing cost of children.“
(Wachter 1975: 623)

Da aber Einkommenseffekte, wenn überhaupt vorhanden, von anderen Faktoren überlagert werden, kann hier nicht zugestimmt werden.

4.1.1.4 „Perfect contraceptive society“ = Verhütung ohne Kosten?

Menschliche Fruchtbarkeit war auch in der Vergangenheit im Vergleich zur biologisch möglichen Kinderzahl eher moderat. Dies wurde nicht nur durch die schlechtere Gesundheit der Frau und die geringere Lebenserwartung verursacht:

„The answer seems to be that the hominides were exploiting a unique evolutionary niche by relying on culture, learning, and social organization as their mode of adaptation. To do this, they had to invest heavily in prolonged care and training of offspring.“ (Davis 1986: 49)

Entscheidend ist, dass es sich hierbei historisch nicht um individuelle Entscheidungen sondern kulturelle Festlegungen handelt. Durch Heiratsregeln, Tabus etc. wurde Fruchtbarkeit in Gesellschaften immer schon eingeschränkt. Es handelt sich um Variablen, die die biologische Fruchtbarkeit auf die „natürliche“ Fruchtbarkeit („supply“) reduzieren. Mit natürlicher Fruchtbarkeit wird die Fertilität bezeichnet, die eine Gesellschaft erreichen würde, wenn keine individuelle Verhütung betrieben würde. Das bedeutendste Supply-Modell der Fertilität ist von Davis und Blake:

„Der wichtigste Fortschritt in der Demographie ereignete sich 1956, als Davis und Blake eine begrenzte Liste von elf intermediären Variablen der Fertilität vorlegten, von denen alle Variablen eine Rolle in der Ereigniskette spielen, die das Risiko einer Empfängnis und das Ergebnis einer Schwangerschaft bestimmen.“ (van de Kaa 1997: 19; vgl. Fawcett and Arnold 1973: 24)

Zu diesen Faktoren gehören bspw. das Eheschließungsalter, die Häufigkeit von Geschlechtsverkehr, die Stilldauer, die Gesundheit der Frauen. Kulturelle Variablen wie Bildung oder Individualisierung wirken sich nur über diese intermediären Variablen auf die Kinderzahl aus (Davis and Blake 1956: 211, zu diesem Modell vgl. Burr 1979: 261ff). Eine besondere Bedeutung kommt für die Vergangenheit der sogenannten nachgeburtlichen Fruchtbarkeitskontrolle zu:

„Der Kampf gegen die Kindstötung und Kindesaussetzung, und hierbei handelt es sich um zumindest regional durchaus gebräuchliche Formen der Regulierung der Familiengröße, dauerte

mancherorts bis in dieses Jahrhundert. Die Entwicklung eigener Kindesrechte ist im wesentlichen eine Frucht der von der Aufklärung übernommenen christlichen Naturrechts und seiner Fortentwicklung zur Doktrin allgemeiner Menschenrechte.“ (Kaufmann 1995: 18)

Allerdings handelte es sich bei diesen historischen Möglichkeiten wohl eher um die Reduktion einer sonst existenzbedrohenden Kinderzahl als um „Familienplanung“ im Sinne einer als optimal erachteten Kinderzahl (vgl. Linde 1984: 112). Die intermediären Faktoren spielen für die Analyse des Fruchtbarkeitsverhaltens in Entwicklungsländern weiterhin eine wichtige Rolle, in den Industriestaaten aber wird die supply-side der Fertilität vernachlässigbar.

„Ein individueller Kinderwunsch ist ein historisch neues Phänomen. Erst seit kurzem können breite Bevölkerungskreise eine bewußte Entscheidung für oder gegen ein Kind fällen.“ (Gloger-Tippelt 1993: 7)

Über verlässlichere Verhütungsmittel wird die Kontrolle der Fertilität in den privaten Bereich verlagert. Bedeutung auf der Supply-Seite haben nur noch Sterilität und die Dauer von Partnerschaften (vgl. Burr 1979: 263). Dabei unterliegt letzteres gesellschaftlichen Einflüssen und wird als „kultureller Sinn“ noch thematisiert. Sterilität ist zum Teil entscheidungsabhängig, nämlich vom Alter, in dem ein Kind gewünscht wird. Genau das, was in vormoderner Zeit zur Reduktion des Supply geführt hat (Beziehungslosigkeit und Körper), reduziert nun auch in der Postmoderne die Geburtenzahlen. Allerdings als Folge privater Entscheidungen. Damit könnte bei immer perfekterer Verhütung die Zahl der Geburten doch wieder unter den Demand sinken.

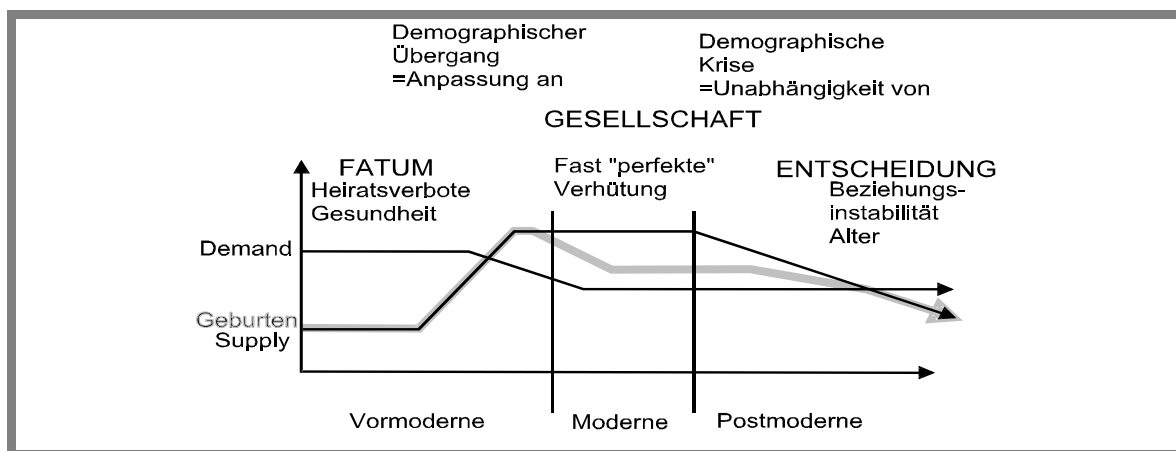


Abbildung 37: Historischer Wandel von Demand und Supply

Somit könnte der „Demografische Übergang“⁶⁰ als Übergang von einem Supply- zu einem Demand-Modell gesehen werden. Der neuere Rückgang der Geburten (oft als 2. demografischer Übergang bezeichnet) kann dann entweder als Durchsetzung des Demand-Modells gesehen werden („perfekt contraceptive society“) oder es kann von einem Rückgang der gewünschten Kinderzahl selbst ausgegangen werden.

⁶⁰ Vgl. hierzu Schmid 1984: 28ff, von Rosenstiel et al. 1986: 31f und Kaufmann 1995: 90f, van de Kaa 1997: 21ff.

Die Annahme der „perfect contraceptive society“ geht auf Westoff and Ryder (1977) zurück. In den Daten des National Fertility Survey von 1970 finden sie kaum Paare ohne Kinderwunsch, die keine Verhütung betreiben (Westoff and Ryder 1977: 16f). Vor allem die Zunahme des Anteils an jüngeren Frauen, die die Pille verwenden (1970 49%) ist für sie ein „amazing phenomenon, considering the various side-effects“ (Westoff and Ryder 1977: 21). Damit ist schon angesprochen, dass Verhütung durchaus nicht kostenfrei zu haben ist, dennoch gehen die Autoren davon aus, dass effektivere Verhütungsmethoden die entscheidende Rolle beim Geburtenrückgang spielen (Westoff and Ryder 1977: 29): Sie sprechen von einer „Revolution“ (Westoff 1986, 165 und Westoff and Ryder 1977: 219)

„We are fast approaching the perfect contraceptive society in which unwanted births will become nonexistent, although teenage childbearing will still be a major problem.“ (Westoff 1978: 80)⁶¹

Zwar findet Westoff in den achtziger Jahren immer noch 30% aller Schwangerschaften als ungeplant, die Zahl der ungewollten Kinder aber ist von 1961-65 20% auf 1978-82 7% deutlich zurückgegangen (Westoff 1986: 165).⁶² Allerdings hatten Westoff und Ryder schon 1977 ähnliche Ergebnisse relativiert, indem sie darauf hinwiesen, dass ungewollte Kinder im nachhinein eventuell nicht so bezeichnet werden (Westoff and Ryder 1977: 184).⁶³ Daraus folgt nicht nur ein allgemeiner Geburtenrückgang, sondern Westoff sagt auch stärkere Schwankungen der Periodenfertilität voraus:

„For one thing, annual fertility rates should become more volatile, more responsive to short-term fluctuations in the economy.“ (Westoff 1978: 80)

Allerdings kommt den oralen Verhütungsmitteln wohl eine geringere Bedeutung zu als von Westoff und Ryder angenommen.

„Another simply solution – in a sense partly correct – is that contraception improved. Technically it did not really do so until the 1960s; the low birth rate of the 1930s were achieved with basically the

⁶¹ Eine inhaltlich fast identische Prognose findet sich bei Westoff 1986: 165f.

⁶² Verhütungsmittel dürfen nicht nur im Hinblick auf Verfügbarkeit und Information gesehen werden, sondern auch in Zusammenhang mit den physischen und psychischen Kosten, die sie verursachen. Bei der Beurteilung der Kosten von Verhütung oder Verzicht auf Sex auf der einen Seite und den möglichen Kosten einer eventuell eintretenden ungewollten Schwangerschaft ist auch an den Effekt des „Discounting“ zu denken, der dazu führt, dass in der Zukunft liegende Kosten eher niedriger in die Entscheidung einbezogen werden. „One difference is that conception costs nothing and payment only comes later. Another is that the costs of children are generally more variable and have to be met over a longer period than those of most other goods. Furthermore as far as conventional economic goods are concerned a decision has to be made if a good is to be acquired, whereas children may be born unless some action is taken.“ (Busfield and Paddon 1977: 41) Da es sich um einen sehr sensiblen Bereich handelt, ist die Untersuchung dieser Fragestellungen schwierig. Den Betroffenen „unbewußte“ Kinderwünsche zu unterstellen, ist sicher zu einfach (so auch Oeter 1982: 195; vgl. Gloger-Tippelt 1985: 69).

⁶³ Problematisch in der Abschätzung von Demand und Verhütungseffektivität ist vor allem der Unterschied zwischen „ungeplant“ und „ungewollt“. So gehen Rost und Schneider, davon aus, daß jede 2.- 3. Schwangerschaft ungeplant ist (Rost und Schneider 1994: 35). Schneider nennt eine Zahl von 10% der Frauen, die zwar keinen aktuellen Kinderwunsch haben und sexuell aktiv sind, aber keine Verhütung anwenden (Schneider 1994: 224). Damit wird nicht klar, inwieweit die Frauen, die verhüten, sich von jenen, die dies nicht tun, dahingehend unterscheiden, ob sie prinzipiell keine (weiteren) Kinder wünschen, oder nur im Moment nicht. Die klassische Ökonomie unterstellt einen Zusammenhang: „An unwanted birth occurs, it might be argued, because the/marginal costs of employing a more effective means of contraception exceed the marginal benefits to be gained from the reduction in the probability of an unwanted conception [...] Fertility studies have long shown that the efficiency of contraceptive behavior increases drastically as desired family size is approached [...]“ (Turchi 1975: 30).

methods available in the 1880s [...]“ (Caldwell 1982: 239; ähnlich von Rosenstiel et al. 1986: 100; vgl. auch Mühlfeld 1995: 20ff)

Heute ist allgemein anerkannt, dass die Erfindung der „Pille“ eventuell den Geburtenrückgang beschleunigte, aber keine entscheidende Rolle spielte (vgl. z.B. Imhof 1986: 39 und Tophoven-Triltsch 1987: 72f). Das Beispiel des modernen Japan, in dem orale Verhütungsmittel nicht zugänglich sind, zeigt, dass auch ohne diese eine Geburtenrate unter dem Bestandserhaltungsniveau erreichbar ist (Komo 1986 in Westoff 1986: 171). Entscheidendere Bedeutung kommt den modernen Verhütungsmitteln für den strukturellen Wandel zu. Sie sind Voraussetzung der „Entkoppelung von Sexualität und Fortpflanzung“ (Schneider 1994: 223). Damit kommt es zur „normativen Selbstverständlichkeit individuell autonomer Familienplanung“ (Huinink 1989: 83). Es handelt sich um Verstärkungsprozesse zwischen verhütungstechnischen Möglichkeiten, deren Verbreitung, aber auch ihrer Akzeptanz und der Zuschreibung von Planbarkeit. Es entsteht eine „Einscheidungszumutung“ (Kaufmann 1990: 120)

Dabei kommt es zu der paradoxen Situation, dass allgemein rationale Verhütung vorausgesetzt wird, Informationen (auch der erwachsenen Bevölkerung) aber oft unzureichend sind (vgl. Gloger-Tippelt 1993: 77f) oder nicht genutzt werden:

„Die Antworten auf die Frage, ob derzeit eine Methode zur Empfängnisverhütung verwandt wird, stehen nur in geringem Zusammenhang zu den Antworten auf die Frage, ob noch ein weiteres Kind gewünscht wird. [...] Das bedeutet, daß der prozentuale Anteil von Personen, die gegenwärtig Kontrazeptive verwenden, nahezu unabhängig ist von ihrem Kinderwunsch [...]“ (Pohl 1999: 204)⁶⁴

Becker sieht im Informationsdefizit eine Erklärungsmöglichkeit dafür, dass ein Einkommenseffekt nicht nachweisbar ist. Er unterstellt, dass Verhütungsmittel für höhere Einkommenschichten aufgrund besserer Information billiger sind (vgl. auch Klein 1990: 26). Solange die Zusammenhänge zwischen Informationszugang, Verhütungsmittelwahl und Einkommen nicht geklärt werden, führt diese Annahme nicht weiter.

Auch das Abtreibungsverhalten hat Einfluß auf die Fertilität. Dabei zeigt eine Untersuchung bei Frauen, die eine Abtreibung vornehmen liessen, dass 43,3% Verhütungsmittel benutzt hatten (Rausch 1996: 47), allerdings 23,6% angaben, die Pille aus gesundheitlichen Gründen bzw. Angst vor Nebenwirkungen nicht zu nehmen (Rausch 1996: 53). Insgesamt ist die Abtreibungsbereitschaft im Osten (36%) wesentlich höher als im Westen (13%) (Roloff 1999: 206) und zeigt mit dem Einkommen einen u-förmigen Zusammenhang: niedrige und hohe Einkommensgruppen zeigen eine höhere Abtreibungsbereitschaft (Roloff 1999: 212), d.h. genau die Gruppen, die auch die höchsten Kinderzahlen aufweisen. Ansonsten haben Menschen, die

⁶⁴ Hier allerdings fehlt die Frage nach Sterilisation, die bei vollendeter Kinderwunschzahl eventuell das Verhütungsmittel der Wahl ist. Ob Personen, die keine weiteren Kinder wünschen, rationaler verhüten wird nicht eindeutig beantwortet.

regelmäßig die Kirche besuchen erwartungsgemäß eine geringere Abtreibungsbereitschaft (Roloff 1999: 214ff). Da verschiedene Bevölkerungsgruppen durchaus unterschiedliche Positionen zur Abtreibung haben, stellt sich

„[...] bei schwachen Zusammenhängen [...] daher die Frage, ob sie nicht überhaupt durch unterschiedliches Abtreibungsverhalten zustande kommen.“ (Klein 1990: 104)

Problematisch ist, dass auch diese Einflüsse kaum isoliert zu betrachten sind. Die Abtreibungsbereitschaft selbst kann eventuell Rückwirkungen auf die Verhütungspraxis haben: und zwar positive (es wird bei hoher Abtreibungsbereitschaft sicherer verhütet, weil insgesamt eine progressive Einstellung zu Sexualität besteht) oder auch negative (weil bei hoher Abtreibungsbereitschaft Verhütung nicht so wichtig genommen wird).

Zum Geburtenrückgang:

Sicher kommt den verlässlicheren Verhütungsmitteln eine Rolle im historischen Geburtenrückgang zu. Sie sind aber nicht nur als „Ursache“, sondern auch als „Effekt“ einer veränderten Einstellung zu sehen.

Zur differentiellen Fertilität

Zwar zeigt sich entsprechend Beckers Vermutung ein unterschiedlicher Zugang zu Verhütungsmitteln, dieser dürfte aber nicht in der Lage sein, einen Einkommenseffekt so deutlich zu überlagern, dass er unsichtbar wird. Unterschiedliches Verhütungsverhalten hat andererseits mit der spezifischen Lebenssituation zu tun, wird durch unterschiedliches Abtreibungsverhalten selbst wieder überlagert und ist insgesamt nur schwer erfassbar. Der Umgang mit Verhütungsmitteln führt aber eventuell zu differentieller Fertilität.

Prognose?

„Thus there is a substantial component of recent fertility that could be drastically reduced in the future. I think that we will continue to move toward a 'perfect' fertility-control society of the sort Westoff and I reflected on 20 years ago (Bumpass and Westoff 1970).“ (Bumpass 1990: 489)

Ob das aber wirklich heisst, dass die Kinderzahlen weiter sinken, sei dahingestellt. Besseres Timing könnte auch dazu führen, dass die Gesamtkinderzahl steigt. Allerdings zeigt die Entwicklung in den neuen Bundesländern, dass mit verstärkten Periodenschwankungen zu rechnen ist, wie von Westoff vorausgesagt. Dies hat natürlich strukturell ungünstige Auswirkungen.

4.1.1.5 Die „Konkurrenz der Genüsse“: Kinder als „inferior good“

Eine weitere Erklärung, warum bei steigendem Einkommen nicht mehr Kinder geboren werden, bietet die Auffassung, Kinder seien „inferiore“ Güter. Mit steigendem Einkommen werden Ausgaben auf Güter verlagert, die vorher nicht erschwinglich waren. Kinder werden durch diese teilweise ersetzt.

“Es ist vermutlich so, daß die Einkommenssteigerungen der Wachstumsepoche erstmalig eine große Zahl von bisher der obersten Einkommensschicht vorbehaltenen oder überhaupt ganz neuen Gütern in die Reichweite der Masse der Bevölkerung gebracht haben, die durchaus als attraktive Alternativen zur ‘Anschaffung’ von Kindern empfunden werden.“ (Kleinewefers 1987: 20)

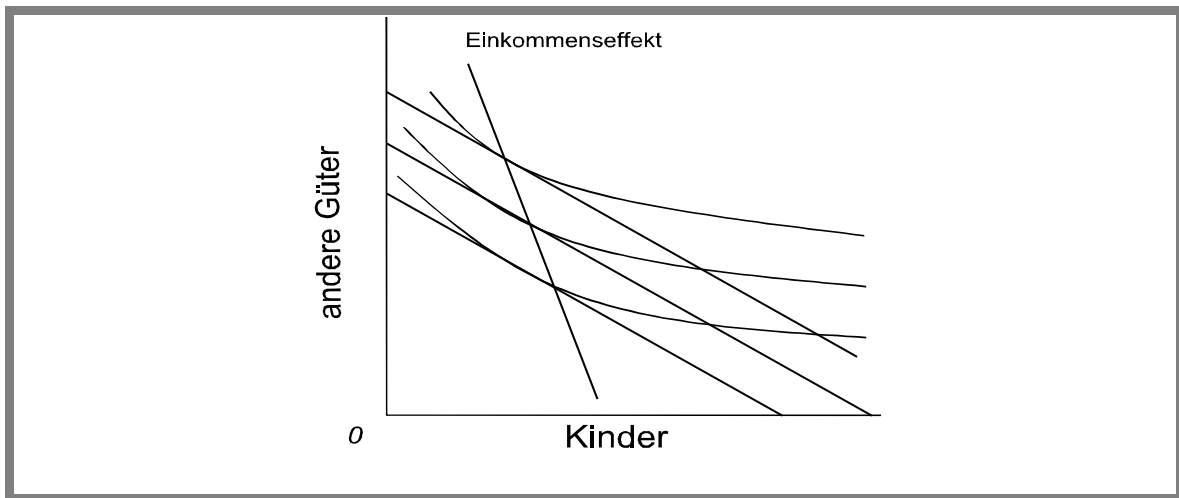


Abbildung 38: Kinder als „Inferior Good“

Ein früher Ansatz ist die sogenannte „Wohlstandstheorie“ von Brentano.⁶⁵ Brentano geht davon aus, daß es beim Menschen keinen „Fortpflanzungstrieb“ gibt (Brentano 1909: 579). Im Gegensatz zu Malthus unterstellt er damit eine prinzipielle Trennung von Fortpflanzung und Sexualität. Daraus folgert er, dass es sich bei der Fertilität um ein reines Demand-Problem handelt. Brentano sieht in seiner Zeit „steigende Ansprüche“ an die Ausbildung des Mannes (Brentano 1909: 585) und „größere Schwierigkeit, bei den steigenden gesellschaftlichen Ansprüchen eine Familie zu erhalten.“ (Brentano 1909: 588). Eine Beschränkung der Kinderzahl ist die rationale Folge (vgl. Zimmermann 1989: 472). Entscheidende Bedeutung haben dabei aber nicht Veränderungen in Preis oder Nutzen von Kindern, sondern eine Vermehrung der Optionen:

„Das aber, was die Abnahme des Zeugungswillens hervorgerufen hat, sind die Zunahme der Konkurrenz der Genüsse und eine Verfeinerung im Gefühle der Kinderliebe.“ (Brentano 1909: 602)

Damit werden Kinder einerseits zu „inferioren“ Gütern, da ihre Zahl reduziert wird, wenn mit steigenden Möglichkeiten andere Konsumoptionen offenstehen, gleichzeitig gewinnen sie an Wert. Zimmermann weist zu Recht darauf hin, dass „Kinderliebe“ bei Brentano genau der Qualität bei Becker entspricht (Zimmermann 1989: 472). Brentano formuliert ein halbes Jahrhundert vor Becker, was Grundlage jeden ökonomischen Fertilitätsmodells ist:

⁶⁵ Vgl. hierzu Cromm 1988: 154ff und Zimmermann 1989: 468ff, der unverständlich findet, dass Brentano so wenig Beachtung gefunden hat.

„Der Mensch bricht mit der Kindererzeugung da ab, wo die Mehrung der Kinderzahl ihm geringere Befriedigung schafft, als andere Genüsse des Lebens, die ihm sonst unzugänglich würden [...]“ (Brentano 1909: 606)⁶⁶

In den westlichen Gesellschaften fällt steigendes Einkommen mit „an expansion of competing items of expenditure“ zusammen (Blake 1968: 21). Dies kann bewirken, dass sich auf die historische Entwicklung der Fertilität steigende Einkommen nicht auswirken. Für differentielle Fertilität ist diese Erklärung nicht einleuchtend:

„Wieso sollten jene Bevölkerungsgruppen, die sich am ehesten viele Kinder leisten können, am ehesten dazu tendieren, wenig Kinder zu haben?“ (Höpflinger 1997: 64f)

Brentanos Erklärung wären unterschiedliche Standards an Konsum und Ausbildung in verschiedenen Bevölkerungsschichten. Damit wird die Theorie um soziale Faktoren ergänzt, die im weiteren unter Normen und Aspirationsniveaus nähere Beachtung finden müssen. Brentano sieht aber durchaus auch ergänzende Faktoren wie Gesundheit der Frau, Ausbildung der Kinder etc. (Brentano 1909: 606).⁶⁷ Die Theorie postuliert einen Rückgang der Geburten zuerst in den Schichten, denen mehr Optionen offenstehen. Dies ist durch die Daten weit besser gedeckt als die Einkommenshypothese.⁶⁸

Zum Geburtenrückgang:

Hier ist Brentanos Interpretation sicher höchst plausibel, die allerdings weder über Tempo noch Endpunkt der Entwicklung etwas aussagt.

Zur differentiellen Fertilität:

Brentanos Theorie liefert hier keine Ergebnisse, da auch sie Einkommenseffekte unterstellt.

Prognose?

Kleinewefers geht im Anschluß an die Wohlfahrtstheoretiker von einem bleibend niedrigen Fertilitätsniveau aus, sieht aber auch andere Entwicklungsmöglichkeiten:

„Erst eine relative Sättigung mit den neuen Konsumgütern, wie sie in den obersten Einkommensschichten zu beobachten ist und sich als ‚Wertwandel‘ vielleicht einmal in weiteren Schichten der Bevölkerung ergeben könnte, würde die Nachfrage möglicherweise wieder auf Kinder konzentrieren und zu einer hohen Einkommenselastizität führen.“ (Kleinewefers 1987: 20)

Damit bleibt die Prognose vage, weil „neue“ Güter denkbar sind, die die Lücke füllen.

2.1.1.6. Quantität versus Qualität: Der „Preis“ eines Kindes

⁶⁶ „So stellt die Wohlstandstheorie von Brentano (1909) und Mombert (1907) klar die vorweggenommene Becker'sche Fertilitätstheorie dar.“ (Zimmermann und DeNew 1991: 2).

⁶⁷ Insofern trifft Höpflingers Kritik nicht, der behauptet: „Kritisiert wird an den (frühen) Wohlstandstheorien aber vor allem, dass sie die Veränderungen der Familienstrukturen und die Wandlungen in der Stellung von Kindern bzw. Nachkommen unberücksichtigt lassen.“ (Höpflinger 1997: 65)

⁶⁸ Turchi, der das Modell auf seine Geltung für differentielle Fertilität überprüft, kommt dagegen zu dem Schluß, dass es nicht zutrifft (Turchi 1975: 218ff).

Becker ist nicht der Ansicht, Kinder könnten „inferiore“ Güter sein.⁶⁹ Zwar konnte keine gesteigerte „Nachfrage“ nach Kindern bei steigendem Einkommen festgestellt werden, dennoch widerspricht dies nicht dem ökonomischen Nachfrage-Gesetz, da ja die Ausgaben für Kinder steigen können (Becker 1976: 173ff; Becker 1989: 5).

„Economic theory does not guarantee that the quantity of children would increase at all, although a decrease in quantity would be an exception to the usual case.“ (Becker 1976: 174)⁷⁰

Familien entscheiden nicht nur über die Zahl ihrer Kindern, sondern auch darüber, wie viel Ressourcen für sie eingesetzt werden (Becker 1976: 173). Als Maß für die Ressourcenverwendung führt Becker den Begriff der „Qualität“ in die Diskussion ein.⁷¹ Dieser ist nicht wertend gemeint (Becker 1976: 173), sondern bezeichnet die Konzentration von Ressourcen auf Kinder (vgl. Willis 1973: S19). Dass es damit zu Zirkelschlüssen kommt, wie Kleinewefers behauptet, weil der output (Nutzen) über den input (Ressourcen) definiert wird (Kleinewefers 1987: 21), ist nicht richtig. Die Definition führt im Gegenteil dazu, dass das Problem operationalisiert werden kann. Bei steigendem Einkommen muss entweder die Kinderzahl oder die Qualität (d.h. eben die Ressourcen pro Kind) steigen.

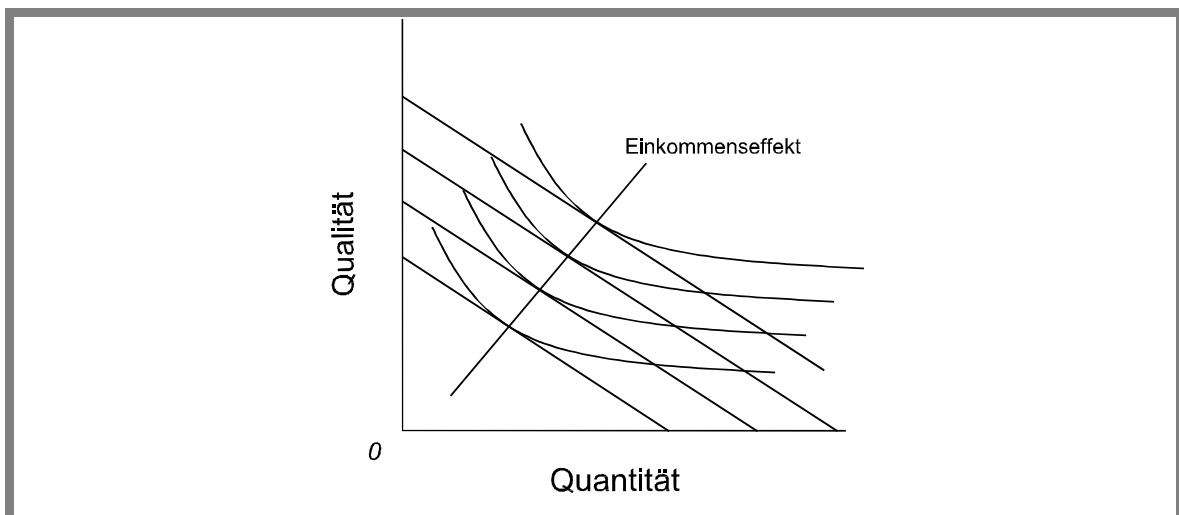


Abbildung 39: „Quantität“ und „Qualität“ von Kindern

„I believe, however, that the interaction between the quantity and quality of children is the most important reason why the effective price of children rises with income.“ (Becker 1991: 144; vgl. hierzu Klein 1990: 53)

Damit kann zwischen exogenen Preissteigerungen und durch höhere Ausgaben bewirkter Veränderung des Nutzens unterschieden werden:

⁶⁹ Schwarz-Miller lehnt genau wie Becker die Annahme, Kinder seien ein „inferior good“ völlig ab. Dabei unterscheidet sie allerdings nicht zwischen Erklärungsmöglichkeiten zum Geburtenrückgang und zu aktuellen Situation (Schwarz-Miller 1981: 388).

⁷⁰ Vgl. McKenzie und Tullock 1978: 140, die völlig mit Recht davon ausgehen, dass auch ein Rückgang der Kinderzahl möglich ist.

⁷¹ Der maßgebliche Artikel ist Becker and Lewis 1973 „On the Interaction between the Quantity and Quality of Children“.

„A change in the cost of children is a change in the cost of children of given *quality*, perhaps due to a change in the price of food or education. It is well to dwell a little on this definition for it is widely misunderstood. One would not say that the price of cars has risen over time merely because more people now buy Cadillacs and other expensive cars.“ (Becker 1976: 176; vgl. Schilp 1984: 154)

Das heisst der „Preis“ von Kindern ist nicht unabhängig von ihrer „Qualität“, er ist aber auch nicht unabhängig von den „Kosten“ bestimmter Güter, die für Kinder benötigt werden. Beides kann mit Hilfe des neuen Modells analytisch getrennt werden. Damit kann ein Rückgang der Kinderzahl entweder durch „changes in tastes“ oder „income elasticities of child quality relative to child quantity“ erklärt werden (Cochran 1975: 388). Becker glaubt, dass die Einkommenselastizität für Qualität größer ist als für Quantität:

„We think that it is plausible to assume that the true income elasticity with respect to quality [...] is substantially larger than that with respect to quantity [...]“ (Becker and Lewis 1973: S281; vgl. Krüsselberg et al. 1986: 72f)

Außerdem unterstellt Becker, dass alle Kinder einer Familie gleiche „Qualität“ haben (Becker 1991: 145; Becker 1992: 188f). Willis weist darauf hin, dass dies eventuell nicht der Realität entspricht, aber aus Operationalisierungsgründen eine sinnvolle Annahme ist (Willis 1973: 20f), damit ist eine multiplikative Verknüpfung von Qualität und Quantität möglich (Becker 1991: 147).⁷² Dabei treten einige Probleme auf:

Der Zusammenhang zwischen Qualität und Quantität ist empirisch bisher nur sehr ungenügend überprüft worden (vgl. Siegers 1991: 268ff), da zu komplexe Zusatzannahmen nötig sind. Problematisch ist, dass Becker nicht klar macht, aus welchen Gründen er beispielsweise die größere Einkommenselastizität der Qualität annimmt. Scheinbar wird die Theorie nur an bekannte Daten angepasst. Quality-Quantity ist bei Becker nach Lindenberg die wichtigste Brückenhypothese, aber „it is not really an assumption connecting the model to reality“ (Lindenberg 1991: 32f, vgl. Witt 1987: 78).

Problematisch ist auch die Annahme, der freien Wählbarkeit der „Qualität“. Der Preis eines Kindes ist von der Position der Eltern abhängig. Gleiche Ausgaben erzeugen nicht für alle gleichen Nutzen.

„The actual cost of a child will depend on exactly how much the parents want to spend, and all costs will vary with the economic status and location of the parents.“ (McKenzie and Tullock 1978: 135).

Aber nicht nur Preise sind positionsabhängig. Auch der Gedanke, Qualität sei frei wählbar, ist nicht haltbar und hat auch von Ökonomen Kritik erfahren (vgl. Turchi 1975: 112f; vgl. Kleinewefers 1987: 22). Namboodiri geht hier von „Child-quality standards“ aus, die von der Schicht abhängen (Namboodiri 1972: 191). Auf den Punkt bringt es Duesenbery, der meint

⁷² Spätere Diskussionen führten zu einer Erweiterung des Qualitätsbegriffs, der eine Annäherung an den „tatsächlichen“ Nutzen der Eltern bringen soll. Damit soll auch Persönlichkeit, Intelligenz, Gesundheit des Kindes berücksichtigt werden (vgl. Willis 1987: 75). Becker möchte dies über den Wohlstand operationalisieren, den das Kind als Erwachsener erreicht (Becker 1991: 180, vgl. Becker 1992: 189). Der Versuch den Begriff der Quantität inhaltlich besser zu füllen, macht die Theorie dann tatsächlich zirkulär.

„[...] that there is no area in which the sociological limitations of freedom of choice apply more strongly than to behavior in regard to bringing up children.“ (Duesenbery 1960: 233)

Nicht nur gibt es normative Vorschriften minimaler Qualität (Blake 1968: 18), sondern diese variieren ebenfalls nach Position der Eltern.

„On the other hand, the social forces demanding quality control in children may impinge more harshly and immediately on the affluent than on the poor, the rich are, therefore, likely on these grounds alone to inhibit their family-size desires.“ (Blake 1968: 19)

Auch ist der Standard der Kinder mit dem Lebensstandard der Eltern verbunden (Duesenbery 1960: 234). Tatsächlich ist dies für Heranwachsende sogar einklagbar. Becker wehrt sich zwar gegen diese Vorstellungen:

„It is sometimes argued, that social pressures 'force' richer families to spend more on children. [...] However since the cost of different goods is given in the market place, social pressure cannot change this, but can only change the basket of goods selected.“ (Becker 1976: 176f; siehe auch Krüsselberg et al 1986: 71)

Diese Argumentation übersieht, dass bestimmte Ressourcen (vor allem Zeit) für bestimmte Personen teurer oder billiger ist. Aber selbst wenn der Preis pro Qualitätseinheit nicht schwanken würde, könnte die Wahl bestimmter Qualitätsstufen einer „sozio-kulturellen Determination“ unterliegen (Schilp 1984: 155; vgl. auch Ben-Porath 1974: 309)

Zum Geburtenrückgang:

Oft wird dieser durch den gestiegenen Preis von Kindern erklärt. Die neue Theorie führt einen interessanten Faktor ein, indem Preiserhöhungen nun analytisch von nutzensteigernden Ausgaben getrennt werden. Damit wäre „Kindernutzen“ nicht zurückgegangen. Die Theorie bedarf aber einer dringenden soziologischen Ergänzung, da sowohl „Preisentwicklung“ als auch „Qualität“ normativen Einflüssen unterliegen.

Zu differentiellen Fertilität

Hier bietet das Modell sicherlich eine einleuchtende Erklärung. Es macht plausibel, warum höhere Einkommensgruppen nicht mehr Kinder haben als andere. Es ist aber bisher kaum empirischen Tests unterworfen worden.

Prognose?

Eine Prognose ist nicht möglich, da nicht klar ist, in welchem Zusammenhang Quantität und Qualität miteinander stehen.

4.1.1.6 Opportunitätskosten: „Schattenpreis“ eines Kindes

Der nicht nachweisbare Einkommenseffekt hat in der Ökonomie die Modellbildung zur Fertilität stark angeregt. In der Neuen Haushaltsökonomie gerät Zeit als Kostenfaktor in den Mittelpunkt der Diskussion:

„But perhaps the most significant contribution from recognizing the importance of cost is its help in explaining the fall in fertility as countries develop. Economic growth not only raises income, but also increases the cost of children, partly because time spent on child care becomes more valuable as an economy develops [...] the induced substitution effect against children could outweigh a positive income effect from development to produce a strong negative relation between per capita income and the demand for children.“ (Becker 1992: 187f)

Sobald die im Haushalt zur Produktion bestimmter Güter aufgewandte Zeit nicht mehr als kostenfrei betrachtet wird, entstehen sogenannte „Schattenkosten“. Diese umfassen sämtliche Aufwendungen.

„Von zentraler Bedeutung ist, dass durch diese konzeptuelle Erweiterung nicht-monetarisierte und indirekte Aufwendungen für Kinder (‘Schattenkosten’ bzw. ‘Opportunitätskosten’) explizit berücksichtigt werden.“ (Höpflinger 1997: 77)

Dabei ist vor allem zu beachten, dass die Opportunitätskosten als Nettokosten nicht nur den Aufwand berücksichtigen, sondern auch den durch die nächstbeste Alternative entgangenen Nutzen. Der Überschuss an Nutzen in Relation zu den entstehenden Kosten ist dann der Nettonutzen.

Einkommen selbst wird unter Zeitaufwendung produziert: Es muss also bei der Allokation von Zeit ein Trade-Off zwischen Einkommen und Kinderzahl stattfinden. Zentral zur Endogenisierung der Zeitkosten ist Mincers Artikel von 1962, in dem auch Freizeit zum erstenmal als „Gut“ behandelt wurde. Damit wird erklärbar, warum steigendes Einkommen nicht immer zu verstärktem Angebot an Arbeitszeit führt (Mincer 1962: 65).⁷³ Für Frauen ist Zeitverteilung komplizierter, hier müssen Erwerbs-, Hausarbeits- und Freizeit berücksichtigt werden: damit wird die Vorhersage noch problematischer (Mincer 1962: 65):

„Mincer has shown that the wage of women is behind the inverse cross-section association of fertility and income, and he thereby directed attention to the value of the wife’s time as the origin of the redistribution effect.“ (Ben-Porath 1974: 310)

Die individuellen Zeitallokationen unterliegt Abstimmungsprozessen im Haushalt (Mincer und Plachek 1974: 397). Dabei kann es durchaus zu einer über das Einkommen stabilen Nachfrage nach Kindern kommen:

⁷³ Problematisch ist, dass nicht angegeben werden kann, wann die durch erhöhtes Einkommen gestiegene Nachfrage nach Freizeit (Einkommenseffekt) das erhöhte Angebot an Arbeitskraft (Substitutionseffekt) übersteigt (Mincer 1962: 65).

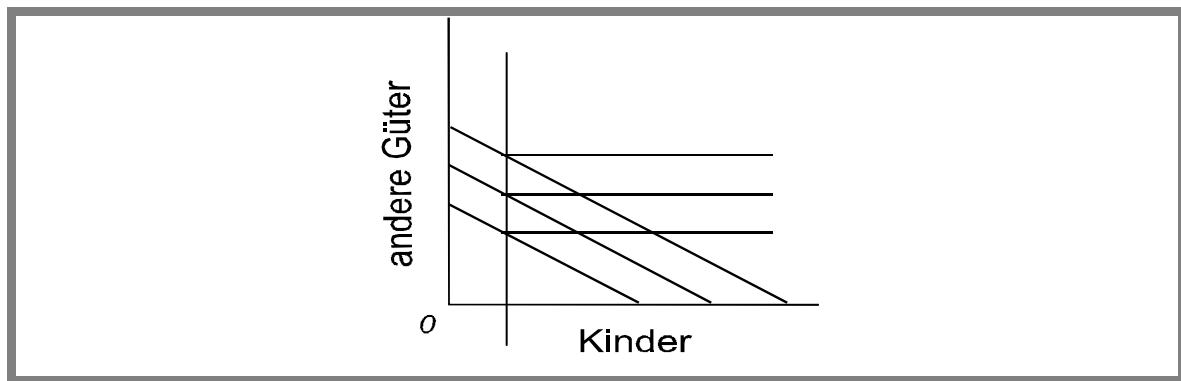


Abbildung 40: Einkommensstabile „Nachfrage“ nach Kindern

„Der Beitrag von Mincer 1963, obwohl von familienökonomischen Surveys normalerweise vernachlässigt, ist deshalb so wichtig, weil er zwei wesentliche Elemente der modernen Familienökonomik enthält, die bei Becker (1960) fehlen: (a) die Zeitkosten der Kindererziehung, heute das Herzstück der Fertilitätsökonomie. (b) das Verständnis, daß das Arbeitsangebot der Frau und der Kinderwunsch gemeinsam endogen im familialen Entscheidungsprozess sind.“ (Zimmermann 1989: 46)

Umso „normaler“ weibliche Erwerbstätigkeit wird, um so eher werden Zeitkosten von Frauen in Relation zum erreichbaren Einkommen auf dem Markt gesehen. Neuere Ansätze berechnen so Opportunitätskosten von Frauen als entgangenes Erwerbseinkommen (vgl. Esser 2000c: 68ff):

„Moreover the model implies that a woman who works will choose her hours of work so that her reservation wages evaluated at her actual hours of work equals her offered wage.“ (Nakamura and Nakamura 1991: 195)

Es wird damit kein Zusammenhang mehr mit dem Einkommen des Ehemannes unterstellt (vgl. bereits Ben-Porath 1974: 310). Es ist aber davon auszugehen, dass dies durchaus Einfluß hat. Erschwerend kommt hinzu, dass die Einkommenshöhe der Frau mit anderen Faktoren stark korreliert. Oft wird von einer besonderen Bindung an den Beruf ausgegangen, die über das höhere Einkommen hinausgeht:

„Nun haben vermutlich Frauen mit größerem Einkommenspotential auch einen ausgeprägteren Berufsehrgeiz und stärkere Bindungen zu ihrer Beschäftigung als andere Frauen. Deshalb könnte das, was als Einkommensfunktion interpretiert wurde, genauso als eine in die umgekehrte Richtung verlaufende Kausalität gelesen werden – als Arbeitsangebotsfunktion.“ (Krüsselberg et al. 1986: 95)

Andererseits nehmen manche Autoren bei Frauen mit potentiell besseren Verdienstchancen auch höhere Effizienz in der Kindererziehung an, d.h. der Nutzen pro Zeiteinheit ist größer:

„Even with a higher opportunity of wage rate, greater efficiency can make a unit of ‘child quality’ however defined by the parent, cheaper to the more educated person.“ (McKenzie and Tullock 1978: 145; ähnlich Schilp 1984: 149)

Umgekehrt machen vorhandene Kinder die Zeit der Mutter wertvoller (Krüsselberg et al. 1986: 99). Dies deshalb, weil die für Kinder aufgewandte Zeit nicht nur einen Kostenfaktor darstellt. In qualitativen Interviews kommt Blain zu dem überzeugenden Schluß:

„From these mothers' words, it is evident that being a mother and doing childcare cannot be discussed only as work.“ (Blain 1991: 98)⁷⁴

Die ökonomische Analyse stößt da an Grenzen, wo zu Hause Güter produziert werden, die – bei Einberechnung der Zeitkosten – wesentlich teurer sind als am Markt nachgefragt.

„Vielleicht ist die monetäre Ausschließlichkeit des Marktes gar ein Grund, weshalb Frauen ihre familial verausgabte Zeit wertmäßig derart minimal veranschlagen, wenngleich sie nicht unbedingt auch danach handeln. Denn in ihrer Entscheidung zum Beispiel die Erziehung der Kinder nicht in fremde Hände zu geben, bewerten sie ihre häusliche Anwesenheit in praxi als 'wertvoller'.“ (Schilp 1984: 85)

Fraglich ist also auch, inwieweit Frauen ihre Zeit als Mütter durch Dienste anderer als substituierbar ansehen.

„If child care duties can be transferred to the market without loss of parental satisfaction, then the link between the opportunity value of the parents' time and the shadow price of children would be partially broken.“ (Schultz 1986: 102)

D.h. die Kosten entsprächen dann den Kosten, die Kinderbetreuung auf dem Markt verursachen würde.

Dann wäre der u-förmige Zusammenhang zwischen Einkommen und Kinderzahl erklärbar: Zuerst greift der über die Zeitkosten verursachte Kostenanstieg durch, bei sehr hohem Einkommen kommt es dann durch Substitution zu einem Einkommenseffekt (Schilp 1984: 146). Das Einkommen der Frau hat also dann einen positiven Effekt auf die Kinderzahl, wenn es hoch genug ist, zur Kinderbetreuung Personal einzustellen (Klein 1990: 54). Knappheit von Zeit im Zusammenhang mit Einkommenssteigerungen ist aber auch im Hinblick auf Optionsvielfalt zu sehen:

„Tatsächlich ist es denkbar, daß im Zeitablauf eintretende Einkommensverbesserungen gerade unter solchen Umständen stattfinden, die auch eine starke Erhöhung des Wertes der zum Kind alternativen Verwendung der Ressourcen einer Familie bewirken, daß mit anderen Worten, der ökonomische Preis für Kinder mit dem Einkommen stark steigt; Einkommens- und (Schatten)-Preisänderungen wären dann nicht unabhängig.“ (Meyer 1992: 41)⁷⁵

Zu den Opportunitätskosten von Kindern gehört eben auch die entgangene Freizeit (Klein 1990: 53). Und bei höherem Einkommen stehen mehr Freizeitoptionen offen.

Zum Geburtenrückgang:

Die historisch wachsende Problematik, ausreichend Zeit für Kinder aufzubringen, ist sicher eine der entscheidenden Komponenten im Geburtenrückgang. Ob aber wirklich von einem „Knapperwerden“ von Zeit ausgegangen werden kann, muss aus sozialhistorischer Sicht in Frage gestellt werden. Frühere Generationen mussten einen sehr großen Teil ihrer Zeit zur Existenzsicherung aufwenden, insofern war Zeit immer knapp, auch wenn Freizeit wenig Bedeutung hatte: es gab sie für viele gar nicht.

⁷⁴ Vgl. Krüsselberg et al. 1986: 101, der hier von einer „psychischen Einkommenskomponenten“ spricht.

⁷⁵ Vgl. schon Nerlove 1974: S214, der eine Hinwendung zu weniger zeitintensiven Optionen vermutet.

Zur differentiellen Fertilität:

Zumindest kann hier plausibel erklärt werden, warum keine Einkommenseffekte gefunden werden. Allerdings ist die gegenseitige Beeinflussung der einzelnen Faktoren zu komplex um eine empirische Analyse zuzulassen.

Prognose?

Es handelt sich um Prozesse, die, einmal begonnen, zu einer weiteren Verschärfung führen: Das heisst der Geburtenrückgang beschleunigt sich:

„I tentatively suggest that threshold effects of increased female earning power on labor force participation rate, fertility, and divorce rates are responsible for much of the acceleration.“ (Becker 1991: 55)

Dabei ist m.E. davon auszugehen, dass diese Entwicklung irreversibel ist. Frauenerwerbstätigkeit wird sich nicht dadurch reduzieren, dass die Löhne sinken (vgl. Ott und Rolf 1987: 5). Inwieweit sie mit einer sehr niedrigen Geburtenrate verbunden sein muss, ist nicht klar. Meyers Vorstellungen, durch „eine allgemeine Einkommensenkung“ die Fruchtbarkeit anregen zu können (Meyer 1992: 41), ist m.E schon deshalb unrealistisch, weil dann das Einkommen der Frauen mehr benötigt würde.

4.1.1.7 Human Capital: Investitionen in Kinder versus Investitionen in Karriere?

Bereits bei den Klassikern der Ökonomie spielte neben materiellen Produktionsmitteln auch das sogenannte „Humanvermögen“ eine Rolle. Vor allem von Becker und Schultz wurde dies in die neuere Modellbildung wieder eingebracht. Der Familie kommt für das Humanvermögen eine zentrale Stellung zu:

„Indeed, a major function of the family as a social institution ist the building of human capital of children – a lengthy ‘gestation’ process made even longer by growing demands of technology.“ (Mincer und Plachek 1974: 398)

Gleichzeitig muss aber in der Familie eine Allokation der Zeitverwendung der Individuen vorgenommen werden, die unter Berücksichtigung des von diesen bereits erworbenen und noch zu erwerbenden Humankapitals langfristig Nutzen maximiert.

„[...] while the current distribution of human capital influences the current allocation of time within the family, the prospective allocation of time influences current investments in human capital.“ (Mincer und Polachek 1974: 398)

Die damit mögliche Verteilung der Zeit in Freizeit, Investition in Humankapital, Hauszeit und Erwerbszeit führt zu recht komplexen Modellen (bspw. Mincer und Polachek 1974: 398ff). Dabei steht Humankapital mit Wirtschaftswachstum und –entwicklung in einem zirkulären Prozess. Die immer schnellere Entwicklung führt zu einem immer mehr steigenden Bedarf an Humankapital. Für den Geburtenrückgang kommt diesen Sachverhalten hohe Bedeutung zu (vgl. Becker 1992. 198).

„Geburtenrückgang und Aufschub setzen außerdem zu einer Zeit ein, als die wirtschaftliche Prosperität noch lange nicht zu Ende war, die Bildungsexpansion jedoch bereits in breiterem Umfang zu greifen begann. Die Frage nach dem Einfluß der Bildungsexpansion liegt somit nahe.“ (Klein 1993: 289)⁷⁶

Insgesamt ist das Humankapital in der Vergangenheit immer mehr angestiegen und hat immer weitere Kreise der Bevölkerung erfasst. Dieser Gedanke tauchte schon in Brentantos Überlegungen auf. Dabei ist für Männer über den hiermit verbundenen Einkommenseffekt eine Steigerung der Geburtenzahlen zu erwarten, für Frauen aber wegen der steigenden Opportunitätskosten ein Rückgang (Klein 1993: 291). Verstärkt wird der Effekt dadurch, dass besser ausgebildete Frauen oft auch weniger traditionellen Rollen zuneigen (Klein 1993: 292) und eventuell „Nachteile von Kindern besser antizipieren“ (Klein 1993: 292).

„Im Hinblick auf das Bildungsniveau der Frau postulieren somit alle Theorieansätze eine geringere Kinderneigung der besser gebildeten Frauen.“ (Klein 1993: 292)

Tatsächlich handelt es sich gerade wegen der Vermischung dieser Dimensionen bei der Ausbildung der Frau um eine so komplexe Frage, dass es nicht möglich ist, Hypothesen zu entwickeln, die eindeutig empirisch getestet werden können. Aus dem gleichen Grund kann hier auch kein „typischer“ Verlauf für Indifferenz-Kurven angenommen werden.

„Es gibt keine geeignete Datenbasis, die es erlauben würde, die verschiedenen Effekte, die von einer Verbesserung der Frauenausbildung ausgehen, zu isolieren.“ (Schwarz-Miller 1981: 390; ähnlich Huinink 1987: 23)⁷⁷

Klein unterstellt hohe Opportunitätskosten vor allem beim 1. Kind. Bei weiteren Kindern kann dann das Einkommen des Mannes zum wichtigen Faktor werden.

„Auf dieser Grundlage läßt sich die Hypothese formulieren, daß insbesondere die Entscheidung über das erste Kind vom Bildungsniveau der Frau (negativ) beeinflusst wird, während besonders die Entscheidung über weitere Kinder vermutlich (positiv) mit dem Bildungsniveau des Mannes verknüpft ist.“ (Klein 1993: 292f)

Diese These findet Klein im weiteren durch die Daten bestätigt (Klein 1993: 302). Er errechnet einen Anstieg der Kinderlosigkeit zwischen den Kohorten 1931-40 und 1951-60 um 6,2%, und sieht die Hälfte dieses Anstiegs durch die Bildungsstrukturveränderungen erklärt (Klein 1993: 303)

„Nicht zuletzt durch die einander entgegengerichteten Effekte bedingt, hat sich somit die Bildungsexpansion in erster Linie auf die Kinderlosigkeit ausgewirkt, kaum dagegen auf die Kinderzahl in den Familien mit Kindern.“ (Klein 1993: 305)

Dabei spielt nicht nur die Ausbildungszeit eine Rolle, die für die meisten Abschlüsse nicht bis in das Alter hineinreicht, in dem Frauen Mutter werden, sondern auch die erste Phase der Berufstätigkeit (Klein 1993: 293). Schwarz-Miller nimmt als Untersuchungseinheit „Erwartete Kinder“, um damit Unfruchtbarkeit und Verhütungsprobleme zu eliminieren (Schwarz-Miller

⁷⁶ Dagegen sieht Huinink im „enormen Bedarf an Arbeitskräften“, der ab 1967 zu einem hohen Zuwachs an Frauenerwerbstätigkeit geführt hat, einen Grund für den Aufschub von Geburten (Huinink 1989: 85)

1981: 391) und findet unter diesen Bedingungen keinen Zusammenhang zwischen Kinderzahl und Bildung der Frau (Schwarz-Miller 1981: 393). Eventuell liegt die Begründung hierfür darin, dass gerade die Differenz zwischen tatsächlicher und erwarteter Kinderzahl vom Bildungsniveau der Frauen bestimmt wird. Diese Erklärung würde sich gut in das Modell von Blossfeld und Huinink (1991: 146ff) einfügen. Die Autoren weisen darauf hin, dass der Effekt der geringeren Kinderzahl nach Ausbildungshöhe der Frau nicht nur durch die Opportunitätskosten geklärt werden kann. Eine Erklärung ist auch möglich

„[...] stemming from educational expansion. Participation in the educational system takes time and affects women's ability to marry and to have a first child.“ (Blossfeld and Huinink 1991: 146; vgl. Blossfeld et al. 1993: 216ff)

Es zeigt sich nach Analyse der Daten, daß der Abschluß keinen Einfluß hat, sondern die Verweildauer in der Ausbildung (Blossfeld and Huinink 1991: 160), je länger die Ausbildung, je mehr Kinderlose und je höher das Alter bei der ersten Geburt (Blossfeld and Huinink 1991: 162; Blossfeld and Rohweder 1995: 73). Brüderl und Klein (1993) wehren sich gegen den Versuch von Blossfeld und Huinink, das ökonomische Modell der Opportunitätskosten widerlegen zu wollen und einen reinen Institutioneneffekt nachzuweisen (Brüderl und Klein 1993: 194ff). Sie zeigen, dass ein Opportunitätskosteneffekt nachweisbar ist (Brüderl und Klein 1993: 204) und auch der ebenfalls bestehende Institutioneneffekt nicht auf Normen sondern ökonomische Bedingungen rückführbar sei:

„Wenn Frauen während der Ausbildung eine Familie gründen, bedeutet das für sie wegen des traditionellen Musters der Arbeitsteilung, daß sie ihre Ausbildung abbrechen müssen [...] Infolgedessen sind ihre Opportunitätskosten einer Familiengründung während der Ausbildung sehr hoch, weil sie dadurch während ihres gesamten späteren Lebens ein geringeres Markteinkommen zu erwarten haben (wenn sie später wieder erwerbstätig werden).“ (Brüderl und Klein 1993: 197)

Damit zeigt sich aber, dass die ökonomischen Einflüsse des „Abbrechens“ auch auf institutionelle und normative Effekte (die ja das Abbrechen erst nötig machen) zurückzuführen sind. Dass es auch anderes möglich ist, zeigt das Beispiel DDR:

„In Westdeutschland ist zwischen den Bildungsgruppen eine zunehmende Diskrepanz im Timing und in der Prävalenz von Ehe und Familiengründung entstanden (vgl. Huinink 1993). In der ehemaligen DDR haben sich die Bildungsgruppen dagegen zunehmend angeglichen.“ (Huinink 1997: 312)

So wurden in der DDR 20% der Frauen noch während der Ausbildung Mutter (Sackmann et al. 1996: 29). Fünf Jahre nach Ausbildungsabschluß, also noch in der „sensiblen Erstplatzierungsphase“ waren bereits 70% Mütter, 1990 waren es vier Jahre nach Abschluß nur 33% (Sackmann et al. 1996: 30f).

Bei Universitätsabschlüssen zeigt sich eine besondere Problematik. Hier kommt es nach dem Abschluß, wenn überhaupt eine Familie gegründet wird, recht schnell zur Mutterschaft.

⁷⁷ Damit sind diese Zusammenhänge auch nicht durch Indifferenzkurven darstellbar. Es wäre von einer Überlagerung

Maßgeblich ist hierfür das bei Abschluß bereits recht hohe Alter der Frauen, das eine Entscheidung drängender macht (vgl. Blossfeld et al. 1993: 218f). Damit kommt es abhängig vom Bildungsabschluss in der Bundesrepublik zu einer zunehmenden Streuung des Alters der Erstmütter (vgl. Schneider 1994: 185ff).

Die Gruppe der Hochschulabsolventinnen polarisiert sich in einen nicht-berufstätigen Teil mit oft mehreren Kindern rasch hintereinander und einen karriereorientierten, häufig kinderlos bleibenden. Insgesamt sind die Diskussionen über den Institutioneneffekt noch längst nicht geklärt (vgl. Hill und Kopp 1995: 175). Die Komplexität des Faktors Bildung in seiner Verbindung mit anderen Faktoren wird eine genaue Analyse auch weiterhin unmöglich machen:

„Dabei kann davon ausgegangen werden, daß die Bildungsexpansion eine Schlüsselgröße für unterschiedliche Bereiche des gesellschaftlichen Wandels wie den Berufsstrukturwandel, den Wertwandel, die Veränderungen der gesellschaftlichen Vorstellungen über die Rolle der Frau und vieles andere darstellt, diese initiiert hat, mitgestaltet oder im weitesten Sinne repräsentiert.“ (Klein 1993: 286)

Problematisch ist, dass es in einer Gesellschaft mit erhöhtem Bedarf an Humankapital zu einem Konflikt zwischen der Ausnutzung des Humankapitals der Mütter und Investitionen in das Humankapital der zukünftigen Generation kommt. Dies führt gerade in den bildungsnahen Schichten zu Problemen,

„[...] wo die ökonomischen Opportunitätsstrukturen weniger als Gelegenheit, als angesichts der neuen gesellschaftlichen Standards als Anforderung an die individuelle Lebensplanung im Sinne von Selbstbehauptung und der Aufwand für die Kinder als Input zu deren Existenzsicherung zu verstehen ist.“ (Huinink 1989: 87)

Zum Geburtenrückgang:

Der Humankapitaleffekt ist sicher eine bedeutende Komponente gerade des jüngsten Geburtenrückgangs. Dabei spielt die Unvereinbarkeit von Ausbildung und beruflicher Plazierung und Mutterschaft sicher eine wichtige Rolle. Gab es im ersten Geburtenrückgang weniger Kinder, damit in diese investiert werden kann, so gibt es im jüngsten Geburtenrückgang vielleicht auch deshalb weniger, weil die prospektiven Eltern die Investitionen der eigenen Eltern ausnutzen wollen. Diese Elterngeneration ist die erste Generation, die (und zwar auch die Frauen) im Hinblick auf Selbstverwirklichung und gute Ausbildung sozialisiert wurde.

Zur differentiellen Fertilität:

Der ausbildungsbedingte Aufschub des Kinderwunsches führt zu einer Polarisierung in Kinderlose und Familien mit mehreren Kindern.

Prognose?

verschiedener Kurven auszugehen, die die Voraussage eines typischen Verlaufs nicht mehr möglich macht.

Wird diese Polarisierung weiter voranschreiten? Denkbar ist auch, dass über bessere Vereinbarkeitsoptionen von Mutterschaft und Beruf die Opportunitätskosten für das erste Kind sinken und es doch vermehrt zu Einzelkindern als Kompromiß zwischen Mutterschaft und Beruf kommt, wie dies in anderen europäischen Ländern der Fall ist. Entscheidend ist, inwieweit der „Institutioneneffekt“ zurückgeschraubt werden kann. Das Beispiel DDR, in dem so ein Effekt nicht vorhanden war, zeigt, dass dies prinzipiell möglich ist. Allerdings unterscheidet sich die Struktur der DDR in so vielen Punkten von der der Bundesrepublik, dass eine einfache Übertragung nicht möglich ist. Höpflinger sagt eine eventuell glockenförmige Verteilung voraus (als Gegenteil zur früheren u-förmigen), sollten niedrige Statusgruppen Probleme bei der Familiengründung haben und höhere aus Gründen wie Ausbildung etc. immer mehr auf Kinder verzichten (vgl. Höpflinger 1997: 59)

4.1.1.8 Wohnraum: Platz für Kinder?

Schon von Ermisch 1979 wurde der Hinweis gemacht, dass auch der Wohnraum als Ressource Eingang in die ökonomische Modellbildung finden müsste (Ermisch 1979: 42). Normalerweise wird davon ausgegangen, dass dieser mit dem Einkommen genügend berücksichtigt ist. Tatsächlich aber unterliegt er Struktureffekten, die nicht allein über Einkommen abbildbar sind:

„Obwohl man kaum unterstellen kann, daß das generative Verhalten letztlich durch die Wohnsituation bestimmt wird, so ist doch nicht unplausibel, daß u.U. ein knappes Wohnungsangebot den Familienbildungsprozeß verzögert.“ (Klein 1990: 96)

Zwar finden Scheewind et al. in einer Untersuchung junger Ehepaare keine größeren Probleme der Betroffenen im Hinblick auf Wohnraum, es muss aber auch davon ausgegangen werden, dass die Eheschließung selbst eventuell ohne geeignete Wohnung gar nicht erfolgt wäre:

„Insgesamt scheint die Wohnung für den Großteil der Befragten kein gravierendes Hindernis für eine Familiengründung zu bilden: Ca 50% meinen, sie könnten in der gegenwärtigen Wohnung auch mit einem Kind problemlos wohnen bleiben, der Rest hält einen Umzug für notwendig. 20% (aller jungen Paare) rechnet dabei mit großen Schwierigkeiten. Vor allem für diese Ehepaare könnte die Lösung des Wohnungsproblems eine subjektive Hürde bei der Familiengründung bedeuten.“ (Schneewind und Vaskovics 1992: 79)

Allerdings sind einkommensschwache Gruppen von Wohnungsproblemen besonders betroffen und hier kann von einer weiteren Polarisierung ausgegangen werden:

„Mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung haben die sozialstrukturellen Umwandlungsprozesse, die im Beschäftigungssektor als Spaltung des Arbeitsmarktes schon seit längerer Zeit sichtbar sind, Ende der achtziger Jahre bundesweit den Wohnungsmarkt erreicht und scheinen sich ähnlich der Dauerarbeitslosigkeit als langfristige Wohnungslosigkeit und Unterversorgung mit Wohnraum zu stabilisieren. Die Spaltung im Wohnungsmarkt zeigt sich z.B. darin, daß einerseits die durchschnittliche Wohnfläche pro Person steigt und sich andererseits die Haushalte mit Niedrigeinkommen immer weniger eine angemessen große Wohnung leisten können.“ (Specht 1993: 227f)

Über von Obdachlosigkeit bedrohte Familien liegen keine Zahlen vor (BMFS 1994: 136), aber 1990 waren 32% der in Obdachlosenunterkünften untergebrachten Haushalte solche mit

Kindern unter 18 Jahren (BMFS 1994: 136). Gleichzeitig ging die Zahl der im sozialen Wohnungsbau geförderten Wohnungen von 1995 143.363 auf 1997 107.490 zurück (Statistisches Jahrbuch 1999: 237)

Problematisch ist die Versorgung mit Wohnraum vor allem in den neuen Bundesländern, hier sind nach den Kölner Empfehlungen (20 m² pro Person) 44-53% unterversorgt, in den westlichen nur 17% (vgl. Weidacher 1992: 324). Für Familien mit 3 und mehr Kindern errechnen Hanesch et al. für 1992 eine Unterversorgung mit Wohnraum im Osten von 61,7% und im Westen immerhin auch von 44,7% (Hanesch et al. 1994: 166).

„Ein bedeutender Anteil von Familien mit Kindern in den neuen Bundesländern hat kein Kinderzimmer bzw. weniger Kinderzimmer als Kinder im Haushalt.“ (Weidacher 1992: 327f)

Die östlichen Bundesländer wurden durch die Wende sehr unvermittelt getroffen. Vorher war durch die beinahe vollständige Integration der Bevölkerung ins Erwerbsleben und der Kinder in die institutionelle Kinderbetreuung kaum jemand zu Hause. Der Bedarf nach Wohnraum ist also sehr kurzfristig stark angestiegen.

Zum Geburtenrückgang:

Hierzu kommt der Wohnraumversorgung wohl kaum erklärende Wirkung zu. Die schlechte Versorgung mit grösseren Wohnungen unterstützt aber eine Stabilisierung der Fertilität auf niedrigem Niveau. Der Rückgang kinderreicher Familien kann aber sicher auch über die Normierung des Wohnraums für „typische“ Familien mit ein-bis-zwei Kindern miterklärt werden.

Zur differentiellen Fertilität:

Hier trägt der Wohnraum als Erklärungsfaktor nicht bei. Es ist aber zu beachten, dass ein nicht zu vernachlässigender Teil der Kinder in Deutschland unter sehr ungünstigen Wohnraumbedingungen aufwächst.

Prognose?

Die Unterversorgung kinderreicher Familien und einkommensschwacher Gruppen mit Wohnraum ist ein Symptom einer sich verschärfenden Ungleichheit in Deutschland, die ein ernstzunehmendes soziales Problem ist.

4.1.1.9 Zusammenfassung: ökonomische Faktoren in der Entscheidung zum Kind

Insgesamt bietet die ökonomische Theorie gute Erklärungsmöglichkeiten für den Geburtenrückgang. Auch wenn Kinder nie reine Produktionsgüter waren, führt die Entwicklung zum reinen Konsumgut automatisch dazu, dass Kinder bestimmter Parität zu inferioren Gütern werden. Verantwortlich hierfür sind die Veränderungen der Lebensoptionen durch die

gestiegene Lebenserwartung und die gewandelten Produktionsverhältnisse, die bei steigendem Wohlstand neue Konsummöglichkeiten schaffen, aber auch über Arbeitsangebote und –zwänge Opportunitätskosten erzeugen und über neue Anforderungen in Investitionen in Kinder deren Preis erhöhen.

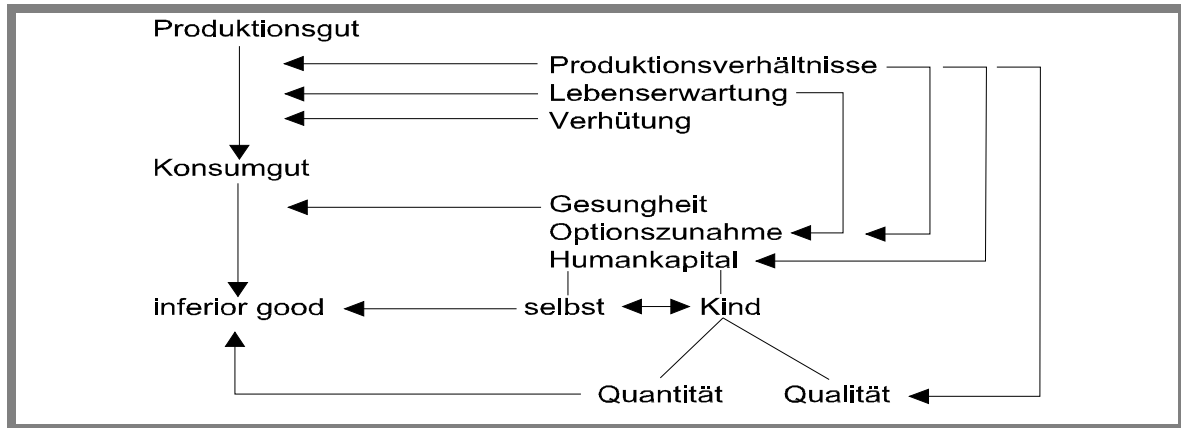


Abbildung 41: Materielle Faktoren des Geburtenrückgangs

Für die differentielle Fertilität muss die Erklärung durch materielle Faktoren als gescheitert angesehen werden. Sie spielen hier keine Rolle oder werden so deutlich von anderen Faktoren überlagert, dass sie verschwinden. Dies gilt auch für die Erwerbstätigkeit der Frauen. Hier liegen so komplexe Zusammenhänge vor, dass Krüsselberg nicht zuzustimmen ist:

„Insbesondere ist die unterstellte Beziehung zwischen Erwerbsbeteiligung von Müttern und ihrer Kinderzahl statistisch recht deutlich ausgewiesen. Vor diesem Hintergrund scheint die Ökonomik der Familie nicht nur auf theoretischer Ebene zu überzeugen, sondern sich gleichzeitig im empirischen Test auszuzeichnen.“ (Krüsselberg et al. 1986: 121)

Es zeigt sich, dass diese „deutliche“ Beziehung verschwindet, wenn Faktoren wie Humankapital mit einbezogen werden. Es ist nicht klar, ob hierdurch über das Alter der Frau nur die Kinderzahl, oder tatsächlich der Kinderwunsch geändert wird. Zur weiteren Klärung ist die Einbeziehung sozialer Faktoren nötig.

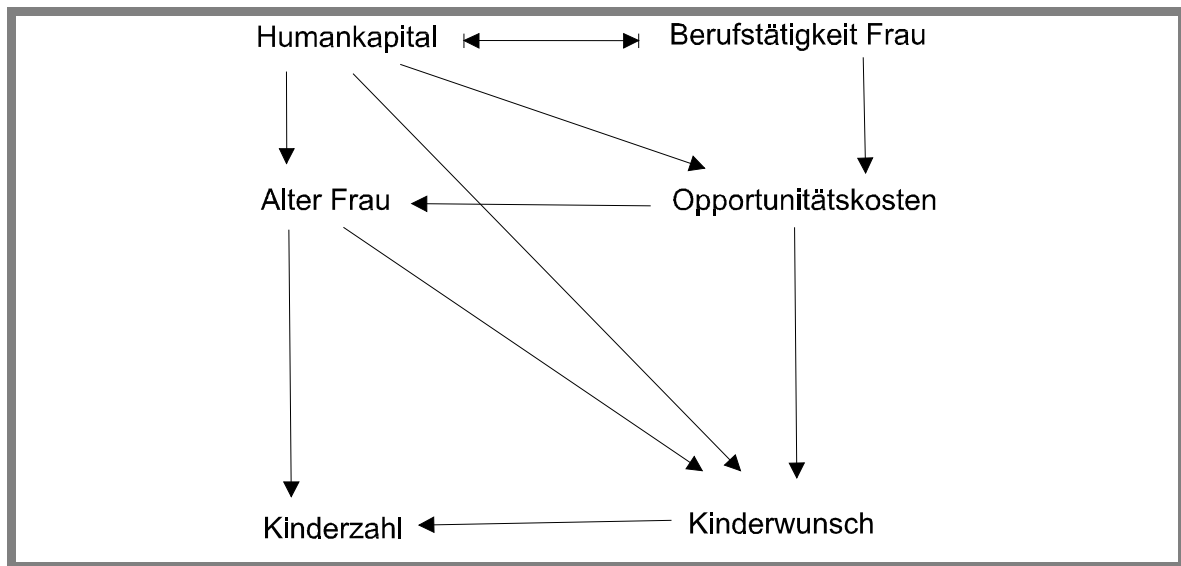


Abbildung 42: Materielle Faktoren der differentiellen Fertilität

Die Ergebnisse sind bisher eher negativ: sie zeigen, welche Faktoren für die differentielle Fertilität keine Rolle spielen. Damit eignen sie sich auch nur bedingt zur Prognose, da von einer Fortschreibung des Geburtenrückgangs nicht einfach ausgegangen werden kann. Zuverlässigere Verhütungsmittel, gestiegene „Qualität“ von Kindern und bessere Verdienstmöglichkeiten für Frauen ließen ein weiteres Absinken der Geburtenzahlen langfristig vermuten.

Die durchbrochenen Pfeile zeigen an, bei welchen Zusammenhängen für die Zukunft Änderungen eintreten können, die einen weiteren Rückgang der Geburten verzögern oder aufhalten. Hier ist vor allem der Effekt der längeren Akkumulation von Humankapital zu nennen, der als Institutioneneffekt das Alter der Frau erhöht; andererseits der Einfluss des Alters auf die Fruchtbarkeit, der durch Verbesserungen in der Reproduktionsmedizin teilweise aufgehoben werden kann. Wichtig ist auch der Einfluss der Opportunitätskosten der Frau, auf den vor allem die außerfamiliären Kinderbetreuungsmöglichkeiten wirken. Letztlich ist auch nicht klar, ob Optionssteigerungen im Konsum- und Freizeitbereich immer weiter zu einer Reduktion der Kinderzahl führen oder ob hier auch von Sättigungseffekten und eventuell einem kulturellen Wertewandel in Richtung Familie ausgegangen werden kann. Dies wird in den folgenden Kapiteln noch näher zu betrachten sein.

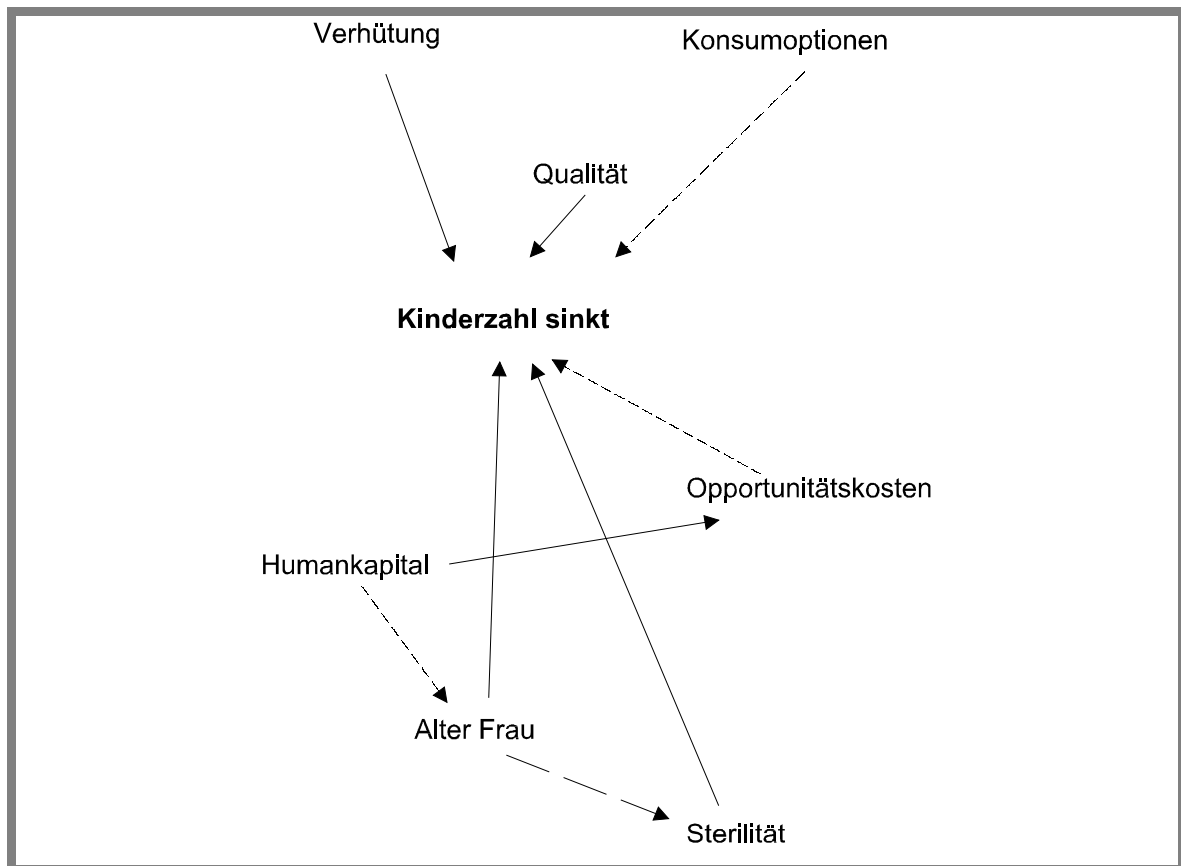


Abbildung 43: Materielle Faktoren einer Prognose der Fertilität

4.1.2 Institutionelle Regeln

Vor den institutionellen Bedingungen werden zwei Erklärungsmöglichkeiten diskutiert, die soziologische Anknüpfungspunkte darstellen, aber keinen entscheidungstheoretischen Kern benötigen: Struktureffekte und Diffusion.

4.1.2.1 Wandel der Bevölkerungsstruktur

Wandel der Fertilität einer Gesellschaft kann auch durch deren Zusammensetzung erklärt werden. Wenn Gruppen mit niedriger Fertilität in einer Gesellschaft zunehmen, geht die Gesamtfruchtbarkeit zurück. Für die westlichen Ländern wird diese Argumentation im Hinblick auf Schichten, Einkommens- und Bildungsgruppen, sowie Urbanisierungsgrad vertreten (so z.B. Klein 1990: 95; vgl. Hill und Kopp 1995: 170). Diese Faktoren bilden aber keine vollständige Erklärung. Es stellt sich die Frage, durch welche Veränderungen es zu einer Verschiebung der Gruppenstärken im sozialen System kommt.

Ein reiner Struktureffekt liegt sicher im Einfluß der Geschwisterzahl vor. Viele Studien weisen darauf hin, dass die Geschwisterzahl mit der Zahl eigener Kinder korreliert (Kiefl und Schmid 1985: 326 und Klein 1990: 88). Damit kann zwar nicht das In-Gang-Kommen des

Geburtenrückgangs erklärt werden, aber einmal begonnen führt diese Tatsache zu einer Trendverstärkung.

Zum Geburtenrückgang

Hier kommt der Bevölkerungszusammensetzung nur symptomatische Bedeutung zu.

Zur differentiellen Fertilität

Die Bevölkerungszusammensetzung kann hierfür keine Erklärung liefern, da sie ja gerade über die differentielle die Gesamtfruchtbarkeit erklären soll.

Prognose?

Es ist wegen der Bedeutung der Geschwisterzahlen von einem weiteren Absinken der Geburtenzahlen auszugehen. Die Bedeutung von Faktoren wie Urbanisierung etc. muss aber intensiver an anderer Stelle abgehandelt werden. Sie müssen als Rahmenbedingung für Entscheidungen untersucht werden, nicht als reiner Struktureffekt.

4.1.2.2 Diffusionsprozesse

Der historische Geburtenrückgang begann im Bürgertum. Damit liegt die Annahme der Diffusion nahe. Tatsächlich wird in der Familienforschung oft eine Verbreitung bürgerlicher Familienideale angenommen. Inwieweit dies der Realität nahekommt, ist recht fraglich:

„Für die Arbeiterfamilie als der am meisten verbreiteten Lebensform galten im 19. Jahrhundert andere Bedingungen, ihre spätere Annäherung an das idealisierte Bild der bürgerlichen Familie zählt zu den Illusionen der Sozialwissenschaften, denn der bürgerlich-traditionale Familientypus ist losgelöst von der Sozialordnung der bürgerlichen Gesellschaft mit ihren wirtschaftlichen und sozialen Verkehrsformen nicht lebensfähig.“ (Mühlfeld 1995: 67)

Es ist eher davon auszugehen, dass durch geänderte Rahmenbedingungen verschiedene Bevölkerungsgruppen unterschiedlich rasch erfasst wurden, dies stellt aber keinen Diffusionseffekt dar. Burkart und Kohli finden in ihren milieuspezifischen Untersuchungen allerdings immer noch Unterschiede in der differentiellen Fertilität je nach Zugehörigkeit zu diversen Milieus (Burkart und Kohli 1992: 243ff). Dies wird auf unterschiedliche Wertstrukturen zurückgeführt, wobei nicht klar wird, ob die Wertstruktur vorgelagert ist, d.h. die „Wahl“ des Milieus bestimmt, oder sich aus der Milieuzugehörigkeit erst ergibt. Auf diese Fragen wird im Zusammenhang mit der Betrachtung der Werte näher eingegangen.

Auch die These, der Fertilitätsrückgang habe in den urbanen Zentren seinen Ausgang genommen und sich über Diffusion auf das Land ausgebreitet, ist so nicht haltbar. Zwar bestehen immer noch deutliche Unterschiede in der Kinderzahl der Stadt- und Landbevölkerung (z.B. Bertram und Dannebek 1991: 102), aber die Erklärung liegt hier bei der „selektiven Migration“ (Nauck 1993: 50 und Nauck 1995: 173). Je nach Familienintentionen wird nach

„passenden“ Wohnumgebungen gesucht. So findet Strohmeier die höchste Kinderzahl bei denen, die von der Stadt aufs Land ziehen; sie ist höher als die derjenigen, die immer schon auf dem Land lebten (Strohmeier 1989: 176)

Zum Geburtenrückgang:

Der Geburtenrückgang kann somit durch Diffusion nicht erklärt werden. Ob es in neuerer Zeit zu einer „Diffusion von Werten“ im Sinne einer Verbreitung hedonistischer Wertmuster gekommen ist, wird an anderer Stelle untersucht.

Zur differentiellen Fertilität

Die differentielle Fertilität kann ebenfalls nicht durch Diffusion erklärt werden. Geringe Unterschiede, die noch zu finden sind, sind nicht auf unterschiedliche „Modernitätsgrade“ etc. zurückzuführen. In der Betrachtung der Landbevölkerung zeigt sich, dass hier selektive Migration die entscheidende Rolle spielt.

Prognose?

Diffusionsprozesse werden auch in der weiteren Entwicklung der Fertilität kaum eine Rolle spielen. Allerdings können bestimmte Verhaltensweisen wie gerade Kinderlosigkeit Schwellenwerte überschreiten, die zur Erosion bestehender Normen führen und damit einen Prozess in Gang setzen, der zu einer beschleunigten Verbreitung dieser Handlungsmuster führt. Dies geschieht aber dadurch, dass der Rückgang der normativen Gebundenheit Optionen überhaupt erst sozial „erschwinglich“ und damit wählbar macht und kann nicht als Diffusion betrachtet werden.

4.1.2.3 „Einkommen“ als soziale Wirklichkeit

Einkommen ist nicht nur eine materielle Kategorie, sondern enthält jenseits seiner faktischen Höhe eine soziale Komponente. Dabei sind das Aspirationsniveau, die Referenzgruppen und die Statuskonsistenz wichtig.

In Anlehnung an den Begriff der „relativen Deprivation“ bei Merton (Easterlin 1993: 69) versucht Easterlin die Bedeutung des relativen Einkommens aufzugreifen.⁷⁸ Um die Randbedingungen stabil zu halten, geht Easterlin von perfekter Verhütung aus (Easterlin et al. 1976: 102) und unterstellt, dass Mütter bei ihren Kindern zu Hause bleiben (Easterlin 1980: 13). Damit spielt für das Einkommen der Familie nur das des Mannes eine Rolle. Dieses wird in Easterlins Modell nicht absolut als Lebensstandard gewertet, sondern im Vergleich zum Aspirationsniveau, dass sich aus dem materiellen Standard der Herkunftsfamilie (gemessen als

⁷⁸ Allg. zum Modell von Easterlin: vgl. Ermisch 1979: 39ff; Samuelson 1976: 243ff; Nambodiri 1972: 186ff.

Einkommen des Vaters des Ehemannes) zur Zeit der Jugend der Betroffenen ergibt (Easterlin 1980: 39ff). Easterlin findet ähnliche Verläufe für diesen Quotienten und für Fertilitätsraten (Easterlin 1980: 49ff), kann aber nicht feststellen, ob dies auch im Einzelfall gilt (Easterlin 1980: 51f)⁷⁹. Ausgehend hiervon vermutet er zyklische Zusammenhänge zwischen wirtschaftlicher Entwicklung, Generationenstärke und Fruchtbarkeit (Easterlin 1968: 4ff).

„In this chapter, I shall argue that *both* the postwar baby boom and the subsequent baby bust were in large part the products of swings in generation size that affected the economic circumstances of young adults.“ (Easterlin 1980: 38)

Dies führt dazu, dass geburtenstarke Jahrgänge aufgrund schlechterer Einkommenschancen selbst eher geringere Kinderzahlen aufweisen, geburtenschwache eher hohe. Easterlin sieht diese Annahmen durch die Daten bestätigt (Easterlin 1971: 407). Damit sieht er aber auch ein „potential [...] for a drastic reversal“ (Easterlin 1980: 135) und erwartet für die Zukunft Fertilitätsraten „well above replacement fertility levels“ (Easterlin 1980: 156).

Dies hat sich nicht bestätigt und damit ist auch Easterlins Meinung, er habe gezeigt, dass baby-boom und baby-bust auf veränderte Kohortenstärken zurückzuführen seien (Easterlin 1980: 38), vorsichtig zu sehen. Seiner Ansicht nach hat die Generation der Baby-Boomer nur deshalb ökonomisch Erfolg gehabt, weil sie ihre Geburtenzahlen reduziert hat (Easterlin et al. 1990: 287). So weist er zwischen 1965 und 1988 für alle Altersgruppen gleiche Einkommenszuwächse aus, die durch unterschiedliche demografische Entscheidungen entstanden seien (Easterlin 1993: 73).

Tatsächlich haben Kiefl und Schmid recht, die anmerken, zu einer Bestätigung der Easterlin-Hypothese seien mindestens drei oder vier Generationen nötig (Kiefl und Schmid 1985: 38). Wichtigster Einwand ist sicher, dass Easterlin den Wandel der Frauenrolle nicht beachtet hat (z.B. Kritik bei Westoff 1978: 79, Meyer 1992: 34f). Von Rosenstiel sieht relatives Einkommen nur ungenügend operationalisiert (von Rosenstiel et al. 1986: 28, ähnlich Meyer 1987: 32).

Von Hawthorne und Smith kommt ein wichtiger Hinweis. Beide Autoren gehen in ihrer Kritik an Easterlin davon aus, dass der plötzliche Anstieg der Kaufkraft für den Baby-Boom verantwortlich zu machen sei (Smith 1981: 256 und Hawthorne 1980: 293). D.h. es kommt bei den Aspirationen nicht (nur) auf die Herkunftsfamilie, sondern auch auf den Wandel der eigenen Einkommensverhältnisse an.

„Positive Einkommensänderungen, *optimistische Erwartungen* hinsichtlich des zukünftigen Einkommens und das Niveau des Einkommens korrelieren in allen Datenmengen *positiv* mit der Fruchtbarkeit.“ (Meyer 1992:34)

Außerdem ist anzunehmen, dass unabhängig vom eigenen Aspirationsniveau vor allem der Vergleich mit „signifikanten Anderen“ eine Rolle spielt (vgl. bspw. Bagozzi and VanLoo 1978:

⁷⁹ Es kann außerdem sein, dass nur die Periodenfertilität schwankt, die Familiengröße aber gar nicht beeinflusst wird.

208). Wichtig erscheint hier historisch vor allem der Lebensstandard der Familien, die zur Berufsgruppe des Mannes gehören (Cochrane 1975: 383). Heute allerdings muss dies differenzierter gesehen werden und damit wird die Analyse deutlich schwieriger. Auch das Einkommen der Frau spielt für den Lebensstandard der Familie eine Rolle und bestimmt die Kinderzahl, die Verdienstmöglichkeiten von Frauen hängen umgekehrt aber auch von der Kinderzahl ab.

So geben in der Bamberger Panel-Studie sowohl die Familien, die von Anfang an nur ein Kind wollen, als auch die, die sich nach der Geburt des ersten Kindes für eine Ein-Kind-Familie entscheiden, deutlich häufiger an, dass ein hoher Lebensstandard wichtig für sie ist:

„Diese Haltung sollte nicht als besonders ausgeprägter Materialismus mißverstanden werden. Der Kontext legt vielmehr nahe, daß derartige Einstellungen dazu motivieren sollen, den Standard zu erreichen, den andere Paare bereits erreicht haben.“
(Schneewind et al. 1992: 249/250)

Dabei ist vor allem interessant, ob Familien sich nur mit Familien vergleichen oder auch mit Kinderlosen der eigenen Schicht oder Berufsgruppe. Es ist davon auszugehen, dass solche Vergleiche zumindest dann, wenn Kinderlose keine Randgruppe, sondern ein relativ grosser Teil der Bevölkerung sind, zunehmen werden. Dabei kann die „Referenzgruppe Kinderlose“ allein durch ihre Anwesenheit zu einer weiteren Absenkung des Fertilitätsniveaus aufgrund bestimmter „Konsumnormen“ führen.

So hält Mayer, die Wohlstandstheoretiker „sowohl für treffend als auch für nicht ausreichend“ (Mayer 1999: 229). Wie schon Mackenroth betont er die Bedeutung der Konsumnorm „als kulturkonformer Lebensführung“ (Mayer 1999: 231ff). Den Rückgang der Geburtenrate im Osten Deutschlands interpretiert er als Anpassung an im Westen herrschendes Konkurrenzdenken (Mayer 1999: 232). Schmid spricht von „Konsumzwang“ (Schmid 1980: 29f) und einem „sozialen Druck zu einem ‚gehobenen‘ Lebensstil“ (Kiefl und Schmid 1985: 22). Besondere Bedeutung kommt auch der sozialen Mobilität zu. Das von Dumont 1890 zuerst genannte Prinzip der „sozialen Kapillarität“ unterstellt einen Zusammenhang zwischen wachsendem Wohlstand und sinkender Kinderzahl vermittelt über den Aufstiegs willen (van de Kaa 1977: 14 und Fux 1994: 135). In der Indianapolis-Studie wurden bei sozialer Mobilität kleinere Kinderzahlen gefunden. Aber in der Princeton Studie konnte dieser Zusammenhang nicht bestätigt werden (Andorka 1978: 268ff). Historisch ist aber nicht nur Aufstiegs willie bedeutsam, sondern auch das Bestreben Abstieg zu vermeiden. Für den niederen Adel war dies oft nur durch Geburtenbeschränkung möglich (vgl. Höpflinger 1997: 58). Ähnliches traf dann im 19. Jahrhundert für das Bürgertum zu:

„Die Anfänge der planmäßigen Geburtenbeschränkung im städtischen Bürgertum haben etwa vor allem damit zu tun, daß die Familien nur bei reduzierter Kinderzahl ihren sozialen Status halten konnten. Bewahrung der erreichten sozialen Position bzw. Hoffnung auf sozialen Aufstieg in der nächsten Generation werden dann auch in

anderen Bevölkerungsgruppen wichtige Motive der Geburtenbeschränkung.“
(Mitterauer 1997: 19)

Damit kommt es zu schichtspezifisch betrachtet u-förmigen Fruchtbarkeitsverteilungen: in den unteren Schichten sind Verhütungsmittel weniger zugänglich und in den höchsten werden viele Kinder aus dynastischen Gründen gewünscht (Höpflinger 1997: 58). Dies u-förmige Verteilung findet sich abgeschwächt bis in die 70er Jahre (Höpflinger 1997: 58).

Eine wichtige Studie ist Banks 1954: „Prosperity and Parenthood A Study of Family Planning among the Victorian Middle Classes“. Banks sieht eine deutliche Reduktion der Geburtenzahlen seit dem Ende des 19. Jahrhunderts (Banks 1954: 3) und folgert hieraus geänderte „attitudes toward parenthood“ (Banks 1954: 4). Der Rückgang beginnt in den 60er und 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts in den oberen Schichten und setzt sich dann auch in anderen fort (Banks 1954: 5). Damit beginnt er zu Zeiten, in denen Wohlstand herrscht. Dass dieser Wohlstand aber relativ zu betrachten ist, zeigen Banks folgende Worte:

„[...] it is possible for the concept of the rising standard of living to entail two quite logically distinct ideas: (a) an increase in the actual material well-being of people; and (b) an expansion in the range of satisfactions considered appropriate for a civilized existence.“ (Banks 1954: 10)

D.h. nicht der „actual level of comfort“ ist allein entscheidend, es kommt auch auf den „change in aspirations“ an (Banks 1954: 10). Banks sucht nun nach Gründen, die die Schichten, in denen der Rückgang zuerst erfolgte, nämlich die „professionals“, hierzu veranlasste (Banks 1954: 10). Als Grund sieht er wirtschaftliche Probleme nach Zeiten hohen Wohlstands. Damit wird es für das Bürgertum problematisch, den Standard zu halten, den sie sich angewöhnt hatten und der rasant gestiegen war (Banks 1954: 85). Gleichzeitig steigt der Anspruch an die Kindererziehung (Banks 1954: 137f). Es muss auch den Kindern ermöglicht werden, den gleichen Status zu erreichen. Damit steigen die Kosten:

„The most important item, however, in the upbringing of the child was the cost of fitting it for a future career.“ (Banks 1954: 173)

Allerdings ist damit nicht Mobilität, sondern Stuserhalt gemeint. Ähnliches findet sich auch heute, wenn Dorbritz und Schwarz schreiben, es ginge nicht um Einkommensprobleme, sondern bei mittleren und höheren Einkommen eher um „Furcht vor Einbußen am bisherigen Standard“ (Dorbritz und Schwarz 1996: 252)

Zum Geburtenrückgang:

Die Annahmen der Wohlfahrtstheoretiker werden hier sinnvoll durch Annahmen über Status ergänzt. Der Geburtenrückgang ist sicherlich durch das Bemühen Status zu halten oder aufwärts-mobil zu sein verstärkt worden; auf der anderen Seite haben geringere Kinderzahlen soziale Mobilität oft erst ermöglicht.

Zur differentiellen Fertilität:

Status und Referenzgruppen können erklären, warum es bezogen auf Einkommensgruppen gerade nicht zu einer differentiellen Fertilität kommt. Die Orientierung innerhalb der eigenen Einkommensgruppe und Berufsgruppe führt dazu, dass Standards einzuhalten sind, die mit überdurchschnittlichen Kinderzahlen eben nicht haltbar wären.

Prognose?

Bei weiterer Ausbreitung der Kinderlosigkeit aber auch der Ein-Kind-Familien werden diese als Referenzgruppen stärker ins Bewußtsein treten und damit über Status und Vergleich zu weiteren Geburtensenkungen führen.

4.1.2.4 Die Norm Kinder zu haben: Kinder als „Selbstverständlichkeit“ I

Burkart kommt in seiner Habilitationsschrift zur Elternschaft zum Ergebnis, dass von einer Entscheidung zum Kind

„nur in einem schwachen Sinn gesprochen werden kann, da der Übergang in die Elternschaft von der Mehrheit immer noch als selbstverständlich angesehen wird.“ (Burkart 1994: 269)

Anders ausgedrückt: Kinder zu haben stellt in der Bundesrepublik eine Norm dar, die unhinterfragt erfüllt wird. Es kommt zu keiner Kalkulation von Nutzen und Kosten, da die Option keine Kinder zu haben überhaupt nicht auftaucht. Tatsächlich gibt es aber Kinderlose, die Norm scheint also zumindest nicht für alle zu gelten. Selbst jene, für die Kinder ohne Frage zum Leben gehören, denken aber über die Zahl der Kinder nach:

„That having children is a moral choice, but it is so at different parities for different couples.“ (Pope 1972: 169)

Oft wird davon ausgegangen,

„[...] daß die Entscheidung über zweite und dritte Kinder weitgehend denselben Einflüssen unterliegt, während die Entscheidung über das erste Kind zum Teil von gänzlich anderen Mechanismen beherrscht wird als die über jedes weitere Kind.“ (Klein 1990: 229)

Im Hinblick auf Normen ist dies wenig plausibel. Gerade das starke Vorherrschen der Zwei-Kinder-Norm lässt fragen, warum manche Menschen über diese Norm hinausgehen.

Damit stellen sich bezüglich der „Norm zum Kinderhaben“ zwei Fragen:

- welche Normen herrschen insgesamt in dieser Gesellschaft?
- wie bestimmt sich die Normkonformität einzelner?

Während Normkonformität zur Handlungslogik gehört, bestimmen die „geltenden“ Normen die soziale Rahmung der Situation. Leider ist hierzu immer noch nicht sehr viel Literatur zu finden, wie Udry bereits 1982 beklagt (Udry 1982: 109ff). Er kommt zum Schluß,

„[...] normative pressures have their strongest effects at parity zero and decline with subsequent parity, as predicted.“ (Udry 1982: 115)

Keine Einigkeit herrscht darüber, inwieweit Normen sich letztendlich auf sozio-ökonomische Randbedingungen und psychische Wertmuster reduzieren lassen.⁸⁰ Im methodologischen Individualismus werden natürlich auch Normen letztendlich auf Einzelentscheidungen und deren Interdependenz zurückgeführt. Genau aber wie die sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen (deren Struktur eben prinzipiell auch auf diese Einzelentscheidungen zurückzuführen ist) kommt den Normen der Rang einer objektiven Wirklichkeit zu, die (egal wo sie herkommt) handlungsleitend ist.

Freedman geht 1959 noch davon aus, dass Normen für alle Filterwirkung haben; Verhütung setzt oft erst ein, wenn die Norm erfüllt ist, wobei Freedman aber nicht erklären kann, wo innerhalb der normativen Vorgaben (1-3 Kinder) die einzelne Familie sich befindet (Freedman et al. 1959: 136; ähnlich Ory 1978: 538). Heute ist fraglich, wie hoch die Norm nun eigentlich ausfällt. Fragen nach der „idealen“ Kinderzahl führen in den östlichen Bundesländern zur Antwort 1-2, in den westlichen 2-3 Kinder (Pohl 1999: 181). Damit entspricht die 1-Kind-Familie im Westen wohl eher nicht der Norm. Dies trifft auch auf die Kinder selbst zu: in einer Studie an Schulkindern waren 41% der Befragten Einzelkinder, als „typische“ Familie haben aber nur 23% eine Familie mit einem Kind genannt (Ulich und Oberhuemer 1993: 125). Oft wird berichtet, dass Eltern gar nicht überlegen, ob sie ein 2. Kind wollen (Gelles 1995: 270). Es scheint als selbstverständlich, dass ein Kind mit mindestens einem Geschwister aufwachsen soll. Manche Autoren gehen davon aus, dass das negative Image der Einzelkinder sich verändert (z.B. Rollin 1993: 142) und damit diese Familienform normativ zugelassen und zunehmen wird, d.h. die Geburtenzahlen weiter zurückgehen werden. Tatsächlich scheinen Einzelkinder in manchen Aspekten des Sozialverhaltens anderen Kindern überlegen, auch wenn diese Familienform spezifische Probleme mit sich bringen kann (vgl. Textor 1993: 23).

Denkbar ist aber auch, dass eine stärkere Anerkennung der Ein-Kind-Familie zu einem Anstieg der Kinderzahlen führt. Da Kinderlosigkeit immer mehr akzeptiert wird⁸¹ könnte die normative Festlegung: „wenn Kinder, dann mindestens zwei“ zu niedrigeren Kinderzahlen führen, als die normative Anerkennung der Ein-Kind-Familie. Die Verbreitung von Kinderlosigkeit und 1-Kind-Familien nahm ihren Ausgang allerdings vor Änderung der normativen Strukturen (vgl. Westoff 1986: 164). Es handelt sich also nicht um einen unter allen Umständen und für alle geltenden „Filter“. Es kann aber auch nicht davon ausgegangen werden, dass diese Normen wirkungslos sind. Insofern ist bei einer weiteren Erosion der Norm „Elternschaft“ auch mit einem weiteren Rückgang der Geburtenraten zu rechnen.

⁸⁰ So z.B. bei Nauck und Kohlmann 1999: 64, die von einem „Mitnahmeeffekt“ sprechen; ähnlich Klein 1990: 65f.

⁸¹ Vgl. Burkart 1994: 129, der Elternschaft als „Leitwert“, also eben nicht mehr als „Norm“ bezeichnet

„Anpassungsdruck“ geht aber nicht nur von übergreifenden Normen, sondern auch von Erwartungen des persönlichen Umfeldes aus. Dabei werden in Nachbarschaft und Kollegenkreisen die Erwartungen durch die Verbreitung der Kinderlosigkeit immer schwächer. Der Druck, der in manchen Fällen von den potentiellen Großeltern ausgeht, wird dadurch weniger beeinflusst. Diese haben sich ja im eigenen Leben für Kind(er) entschieden und erwarten oft ein ähnliches Verhalten von ihren Kindern (Schmitz-Köster 1987: 41).

Zum Geburtenrückgang:

Bei den meisten Normen ist nicht klar, ob die Normentwicklung den gesellschaftlichen Veränderungen nachhinkt oder vorausgeht. In diesem Fall ist zu vermuten, dass die Verhaltensänderung nicht durch gewandelte Normen zum „Kinderhaben“ verursacht wurde, sondern diese Normen sich erst dem geänderten generativen Verhalten anpassten. D.h. nicht, dass die Verhaltensänderung normunabhängig war: Es muss auch der Einfluss der Normen zu den Aufgaben von Eltern und den Rollen der Frau thematisiert werden.

Zur differentiellen Fertilität:

Normen gelten in unserer Gesellschaft weitgehend für alle und Konformität mit ihnen hängt von den Persönlichkeitsmerkmalen ab. Damit trägt der hier besprochene Normkomplex nicht zur Erklärung differentieller Fertilität bei. Eine Ausnahme dürfte die auf dem Land herrschende größere Bedeutung der Norm zum Kinderhaben sein. Selektive Migration führt dazu, dass gerade jene aufs Land ziehen, die sich ohnehin schon zur Erfüllung dieser Norm entschieden haben. Damit wird eine Erosion der Norm zum Kinderhaben auf dem Land wenig wahrscheinlich.

Prognose?

Bei einer weiteren Erosion von Normen ist nicht unbedingt mit einem weiteren Rückgang von Geburten zu rechnen. Gerade die Anerkennung der Ein-Kind-Familie kann eventuell zu einem Anstieg führen. Ansonsten ist auch hier maßgeblich, wie sich Normen und Strukturen bezüglich der Frauenrolle und der normativen Gestaltung der Elternverantwortung entwickeln. Ein Anstieg über die 2-Kind-Norm aber kann kaum angenommen werden (vgl. Rausch 1996: 70). Damit hängt die Gesamtentwicklung vor allem davon ab, inwieweit sich Kinderlosigkeit als Option ausbreitet. Die Unterschiede normativer Geltung auf dem Land und in den Städten könnte sich dagegen weiter verstärken.

4.1.2.5 Status Elternschaft: Kinder als Investitionsgut

Der Erwachsenenstatus der Frau war historisch stark mit Mutterschaft verknüpft. Ähnliches finden Urdze und Rerrich noch in den 80er Jahren:

„Unsere Studie hat gezeigt, daß eine Frau heute *ein* Kind bekommen 'muß', ein weiteres jedoch ihrem Belieben überlassen bleibt.“ (Urdze und Rerrich 1981: 96; ähnlich auch Schmitz-Köstner 1987: 115)

Der Status der Mutterschaft ist eben mit einem Kind bereits erreicht (Preston 1986: 199). Allerdings berichten viele der Befragten von sozialem Druck, mindestens ein zweites Kind zu haben, um die Hausfrauenrolle rechtfertigen zu können (Urdze und Rerrich 1981: 90). Und noch in den 90er Jahren berichtet eine Studie über kinderlose Frauen, dass keine der Befragten ein positives Image der Kinderlosigkeit in den Medien nennen konnte (Bartlett 1994: 65).

In der Moderne ist allerdings nicht allein die Tatsache, Mutter zu sein, wichtig. Die Mutterrolle selbst wird ausgeweitet und aufgewertet. Toppe datiert die Entstehung der Norm „Mutterliebe“ ins 18. Jahrhundert (Toppe 1993: 44ff). Zu ähnlichen Ergebnissen kommt Badinter in ihrem Werk „Die Mutterliebe“ (Badinter 1981; vgl. auch Beck-Gernsheim 1988: 27ff). In der Folge wird Muttersein immer mehr zu einer Ganztagsbeschäftigung (Badinter 1981: 167ff; zur Auffüllung der Mutterrolle Ehrenreich und English 1978: 177). Dienstboten können die Mutter nicht ersetzen (vgl. Beck-Gernsheim 1988: 29). Es werden Ratgeber für Mütter geschrieben (Ehrenreich und English 1978: 177ff). Die Mutter wird nicht nur zur wichtigsten, sondern zur einzig maßgeblichen Bezugsperson; damit wird die Rolle der Frau aufgewertet, aber die Verantwortung für ein Mißlingen liegt auch bei ihr: es kommt zu Schuldzuweisungen (Badinter 1981: 216ff; vgl. Toppe 1993: 58f). So entstehen:

„[...] neue Belastungen und ebenso neue Belohnungen. Welches Set größeres Gewicht erhält, hängt ab von den Lebensumständen der Frau, ihrem Lebenswandel, aber auch vom Blickwinkel des jeweiligen Betrachters, von seiner wissenschaftlichen Position, und seinen politischen Interessen.“ (Toppe 1993: 264)

Die Primärsozialisation wird nun „konkurrenzlos und monopolistisch der Kernfamilie“ zugewiesen (Nave-Herz 1999: 33). Innerhalb dieser Familie liegt die Hauptverantwortung bei der Mutter. In den letzten Jahren wird zwar auch zunehmend über die Rolle des Vaters geforscht (vgl. Fthenakis 1993: 101ff), tatsächlich aber gilt, was Parsons für die Kernfamilie schon 1949 feststellte, die Mütter sind weitgehend alleinverantwortlich für die alltägliche Erziehung und Betreuung der Kinder (Parsons 1949: 185; vgl. Pieper 1994: 30ff und LaRossa 1997).

Auch die Schule fordert die Mitarbeit der Eltern. Nave-Herz spricht mit Recht in der neueren Zeit von einer „Rückverlagerung von Funktionen an die Familie“ (Nave-Herz 1999: 34; vgl. auch Meyenberg 1996: 44). Mütter werden zu Hilfslehrern, ohne deren Mitarbeit Kinder benachteiligt sind, sie werden aber auch zum Vertreter ihrer Kinder, der deren Interessen gegenüber Institutionen durchsetzt (vgl. Kaufmann 1995: 134). Damit wird die Vorstellung der „Machbarkeit“, der Omnipotenz der Mütter, aber auch ihrer Allverantwortung zum eigentlichen Problem der postmodernen Erziehung.

Zum Geburtenrückgang:

Die Aufwertung und Auffüllung der Mutterrolle hat sicher auch einen Anteil an der Beschränkung der durchschnittlichen Geburtenzahlen in den Familien.

Zur differentiellen Fertilität:

Hierzu kann der „Status Elternschaft“ erklären, warum gerade hochqualifizierte Frauen häufiger keine Kinder haben. Sie haben andere Möglichkeiten, den Erwachsenenstatus zu gewinnen und die Ausschließlichkeit der Mutterrolle fordert zu hohe Opportunitätskosten.

Prognose?

Bei einer zunehmenden Verbreitung von Kinderlosigkeit dürfte die Verbindung von Erwachsenenstatus mit Mutterschaft immer weiter aufgelöst werden. Kinder werden damit zu einer Option unter anderen.

4.1.2.6 Verantwortete Elternschaft und „Qualität“ als Norm

Der Einfluß der Norm zum Kinderhaben wird aber vor allem durch eine andere Norm gebrochen: Kinderhaben ist zwar immer noch für viele „selbstverständlich“, gewisse Grundbedingungen aber müssen gegeben sein. Aufgrund der prinzipiellen Planbarkeit von Kindern wird eine bewußte Entscheidung normativ eingefordert:

„Die sehr private Wahlmöglichkeit schafft eine neue Norm zu einem verantwortungsbewußten Ja bei der Entscheidung für Kinder.“ (Gloger-Tippelt 1993: 7)

Bedenklich ist, dass prospektive Eltern oft nur mangelnde Informationen darüber haben, was Elternschaft bedeutet. Belastungen werden durch Mythen wie Kinder seien Spaß und gute Eltern hätten auch sich gut entwickelnde Kinder etc. heruntergespielt (LeMasters und DeFrain 1983: 21ff; ähnlich Gelles 1995: 280). Dem Kind wird eine Position zugesprochen, die es auf der einen Seite jenseits von Kosten-Nutzen-Überlegungen stellt⁸², auf der anderen Seite eine rationale Kalkulation gerade fordert.

„Die Entscheidung über die Zahl der Kinder gilt als höchst private Angelegenheit eines Paares oder einer Frau, und eben diese private Entscheidungsfreiheit ist eine verbindliche Norm [...]“ (Kaufmann 1995: 44)

Damit wird der Gebrauch von Verhütungsmitteln normativ vorgeschrieben (Burkart 1994: 239). Ist eine Schwangerschaft eingetreten, wird der Gang zur Pränataldiagnostik immer mehr normativ, vor allem wenn die werdende Mutter nicht mehr jung ist (Wichterich 1994: 17 und Köbsell 1994: 92). Gleichzeitig ist die Schwangere normativen Regelungen unterworfen, die das Gedeihen des Babys garantieren sollen. Damit werden Probleme auch immer mehr in den

⁸² Vgl. Nave-Herz 1994: 22, die damit die Ablehnung der Begriffe der ökonomischen Analysen des Kinderwunschs erklärt

Bereich von Schuld und Verantwortung abgedrängt. Eine ungewollte Schwangerschaft kann allenfalls durch Abtreibung von der Elternverantwortung befreien, Adoptionsfreigabe ist kaum anerkannt (vgl. Kaufmann 1995: 42). Eine Revision der Entscheidung zum Kind ist somit im Gegensatz zu vergangenen Zeiten (Aussetzung, Kindstötung, aber auch Weggabe) nur unter sehr hohen Kosten möglich und gerät damit zum Anachronismus, da gerade die Moderne (bzw. Postmoderne) ja durch die Revidierbarkeit von Lebensentscheidungen definiert ist (vgl. Nave-Herz 1999: 39f).

Damit wird klar, dass bevor diese Entscheidung getroffen werden kann, die Bedingungen möglichst perfekt sein sollen: die Ausbildung abgeschlossen, die Wohnung genügend gross, Einkommen und Zeit ausreichend zur Verfügung, die Partnerschaft stabil und außerdem persönliche „Reife“ und „Entscheidungsfähigkeit“:

„Für eine richtige, sprich verantwortliche Entscheidung [...] muß eine Frau vieles berücksichtigen [...] Aber nur in den eher seltenen Fällen passen irgendwann alle Faktoren zusammen [...]“ (Burkart 1993: 183)

Allein durch die normativen Erwartungen an die Entscheidung also kommt es zu Aufschub und bestimmt auch Kinderlosigkeit. Auf der anderen Seite ist zu fragen, ob nicht dieser normative Komplex auch den Anforderungen moderner Gesellschaften entspricht.

Der Normkomplex „verantwortete Elternschaft“ bezieht sich aber nicht nur darauf, dass eine bewußte Entscheidung zu treffen ist, sondern dass in der Kindererziehung diverse Standards eingehalten werden. Dabei ist der „Preis“ eines Kindes weder als Geld- noch als Zeitaufwendung frei wählbar. Der Lebensstandard eines Kindes ist unmittelbar an den der Eltern gebunden⁸³, es gibt aber auch Mindestanforderungen, die erfüllt werden sollen und die gerade für ärmere Bevölkerungskreise die Kinderkosten überproportional erhöhen. „Qualität“ ist eben nicht frei wählbar.

Die „Kosten“ von Kindern berechnen sich aber nicht nur über Ausgaben, sondern auch über aufzuwendende Zeit, die sowohl Energie kostet als auch die Einkommensmöglichkeiten der Eltern einschränkt. Und auch die Zeitverwendung für Kinder unterliegt normativen Vorschriften. Einigkeit herrscht in der Forschung darüber, dass der Zeitaufwand für die Kindererziehung historisch sehr stark angestiegen ist. Toppe beschreibt sehr ausführlich diesen Prozess (Toppe 1993), der zur oben beschriebenen Auffüllung der Mutterrolle führt.

„Es ist die weitgehende Überwachung der körperlichen, geistigen und sozialen Entwicklung und die damit zusammenhängenden frühen Korrekturversuche und Stigmatisierungen, die einen wichtigen Problembereich heutiger Familienkindheit ausmacht.“ (Engelbert 1993: 77)

⁸³ Mackenroth spricht ganz zu Recht von „schichtgebundenen Aufwandsnormen“ (Mackenroth 1953: 397, vgl. hierzu Cromm 1988: 163).

Diese Probleme sind aber nicht nur dem Expertentum der Ratgeber und den Wünschen der Eltern nach einem „perfekten“ Kind anzulasten, die sie in „ein (zum Teil schon fragwürdig) hohes Anspruchsniveau an die Versorgung und an die Lebensgestaltung der Kinder“ (Lampert 1996: 76) führt. Bereits seit dem ersten Geburtenrückgang ist die Sorge, seine Kinder in der Gesellschaft gut zu „plazieren“ eines der Hauptmotive, die Kinderzahl klein zu halten. Und „Plazierung“, die nicht einmal sozialen Aufstieg, sondern oft nur Stuserhalt meint, ist heute schwieriger denn je (vgl. Davis 1988: 77). Bereits Malthus sah diese Problematik, der Bürger sorge sich

„[...] will he not be unable to transmit to his children the same advantages of education and improvement that he had himself possessed?“ (Malthus 1952: 12f)

Damit ist die „Inszenierung der Kindheit“ eben keine „Laune der Eltern“:

„Sie haben vielmehr ihren objektiven Grund darin, daß unter den Bedingungen der mobilen Gesellschaft Erziehung und Förderung ein Teil der ‚Arbeit zum Stuserhalt‘ ist.“ (Beck-Gernsheim 1988: 97)

Die Eigenlogik, die sich hieraus entwickelt, hat Bernstam in seinem Artikel „Competitive Human Markets, Interfamily Transfers, and Below-Replacement Fertility“ (Bernstam 1986: 111ff) dargestellt. Er geht davon aus, dass die Chancen der Kinder von den Chancen aller anderen Kinder abhängen, also Konkurrenz im Zugang zu Status herrscht. Eltern sind bereit, viel in ihre Kinder zu investieren, um ihnen eine gute Ausgangsbasis zu schaffen (Bernstam 1986: 112). Da dies alle tun, kommt es zu immer größerem Ersatz von Quantität durch Qualität:

„One can surmise that fertility levels are inversely related to the intensity of competition.“ (Bernstam 1986: 113)

Damit werden nicht die höheren Einkommen, sondern der verschärfte Wettbewerb als Grund für den Rückgang der Geburten angesehen (Bernstam 1986: 113). Bernstam nennt sein Modell im Appendix „The model of race between children“ (Bernstam 1986: 130ff) und hat hier sicher einen wichtigen Anhaltspunkt für den beschleunigten jüngeren Geburtenrückgang gefunden (eine ganz ähnliche Argumentation findet sich bei Mühlfeld 1995: 38f).

Bisher viel zu wenig untersucht ist, inwieweit heutige Formen von Kindheit und Elternschaft der postmodernen Gesellschaft inhärent zuzuordnen sind, also ob es sich nicht um unumgängliche Reaktionen auf veränderte Rahmenbedingungen handelt (Kaufmann 1995: 133). Nave-Herz sieht hier mit Recht eine funktionale gegenseitige Abhängigkeit:

„Was aus der Sicht der Beteiligten als Privatsache erscheint, das ist also in höchstem gesellschaftspolitischen Interesse.“ (Nave-Herz 1999: 48)

Damit kommt eben dem Komplex „verantwortete Elternschaft“ eventuell eine Passung als Norm der Postmodernen Gesellschaft durchaus zu:

„In the course of modern economic growth, social values were reorganized to emphasize the importance of producing high-quality, well-educated children, even at the expense of reduced fertility [...]“ (Preston 1986: 178)

Diese Passung kann aber nur dadurch erreicht werden, dass das „Glück“ und Selbstbewußtsein der Mütter so untrennbar mit dem Erfolg des Kindes verknüpft wird, dass die Bereitschaft, enorme Kosten auf sich zu nehmen, gegeben ist. Mütter werden aber nicht nur für die soziale Plazierung, sondern allgemein für das „Glück“ ihres Kindes auch als Erwachsene verantwortlich gemacht (Blain 1991: 21). Ratgeber diverser Richtungen fordern von den Müttern alles für ihr Kind zu tun, sind sich aber über „richtiges“ Verhalten nicht einig. Die hohen Auflagenzahlen sprechen kaum für die Nützlichkeit dieser Ratgeber, eher für die Verunsicherung der Mütter.⁸⁴ „Hyperaktivität“ und „Verhaltensauffälligkeiten“ nehmen angeblich zu (Schwitalla 1992: 62ff; vgl. kritisch Neubauer und Hurrelmann 1993: 632ff). Die Schuld auch hieran wird den Eltern, meistens den Müttern, angelastet, die ihren Kinder einerseits eine ausgeglichene Kindheit ermöglichen, sie aber auch auf die Konkurrenz der Marktgesellschaft optimal vorbereiten sollen.

Zusammenfassend ist zu sagen, dass die Norm der „verantworteten Elternschaft“ von potentiellen Eltern fordert:

- 1.) eine „verantwortungsbewußte“ Entscheidung zu treffen, also nur „gewollte“ Kinder zu bekommen;
- 2.) dafür zu sorgen, dass (auch langfristig) gute Rahmenbedingungen für das Kind geschaffen werden; und
- 3.) die Verantwortung dafür zu übernehmen, wie das Kind sich entwickelt (eventuell bis hin zu seinem Erfolg und Glück als Erwachsener).

Zum Geburtenrückgang:

Der Normenkomplex „verantwortete Elternschaft“ hat sicher massgeblich zum Geburtenrückgang beigetragen (vgl. Gloger-Tippelt 1993: 36 und 47). Umgekehrt wäre verantwortete Elternschaft ohne Geburtenrückgang gar nicht möglich. Sie erhöht die Kosten eines Kindes für Männer materiell für Frauen vor allem als Zeit- oder Opportunitätskosten, fordert aber auch psychische Kosten.

Zur differentiellen Fertilität:

„Verantwortete Elternschaft“ kann einen Beitrag leisten, den u-förmigen Verlauf der Geburtenrate zu deuten: gerade in der Mittelschicht spielt die Schwierigkeit, den Kindern eine gute Ausbildung zu ermöglichen, damit sie den „Status“ halten können, sicher eine grosse Rolle.

⁸⁴ Zur Ratgeberliteratur vgl. Cornelißen 1982: 478ff; zu den Elternbriefen der Familienministerien vgl. Lüscher et al. 1984.

Prognose?

Folgt man Bernstams Modell (und vieles spricht dafür, diesem Modell zu folgen), so werden die Geburtenzahlen weiter zurückgehen. Allerdings wirkt sich die zunehmende Kinderlosigkeit hier nicht aus, eher spielt die Reduktion der durchschnittlichen Kinderzahlen in den Familien eine Rolle.

4.1.2.7 Struktur der Betreuungseinrichtungen

Die Struktur der Betreuungseinrichtungen gehört eigentlich zu den „materiellen“ Bedingungen. Dass sie an dieser Stelle auftaucht liegt daran, dass sie in einem hohen Maße von den Normen zur Elternschaft bestimmt ist. Das Angebot an Betreuungsplätzen für Kinder richtet sich eben nicht (nur) nach der Nachfrage, sondern nach den herrschenden Vorstellungen über Kinderbetreuung. Ein Einpendeln nach Angebot und Nachfrage wäre zu erwarten, wenn der Preis dem „Wert“ der Betreuung entspricht. Der Widerspruch zwischen geforderter hoher Qualität der Betreuung, der bei privater Bereitstellung zu sehr hohen Preisen führen würde, und den verfügbaren Mitteln der Familien führt dazu, dass sich Angebot und Nachfrage nicht entsprechen.⁸⁵

Dass institutionelle Kinderbetreuung dennoch zur Verfügung steht, liegt daran, dass sie subventioniert wird. Dies geschieht im Rahmen der Familienunterstützung, weil die Sozialisationsleistung als eine unterstützungswürdige Leistung für die Gesamtgesellschaft empfunden wird. Die komplexen Zusammenhänge zwischen wirtschaftlichen Gegebenheiten und Normsystemen führen in einzelnen Ländern zu unterschiedlichen Angeboten an Kinderbetreuung. In der jüngsten Gruppe, d.h. der der Kinder unter 3 Jahren, bestehen in der Bundesrepublik im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern kaum öffentliche Betreuungsmöglichkeiten.⁸⁶ Dies führt Garhammer auf das negative Bild der DDR-Krippen zurück (Garhammer 1996: 324).⁸⁷ Tatsächlich hat die Wiedervereinigung die Diskussion um Krippen wieder angeheizt (vgl. Nave-Herz 1992: 86 und Nave-Herz 1994: 35ff). Aber bereits seit Entstehen der ersten Krippen wurden diese eher als Notbehelf gedacht.⁸⁸ Auch heute herrscht keine Einigkeit darüber, ob und in welchem Ausmaß institutionelle Betreuung für Kinder unter 3 Jahren förderlich ist.

Angefangen hat die Diskussion mit den Untersuchungen zum „Hospitalismus“ von Spitz. In seiner Studie hat er Kinder im Alter von 18 Monaten bis 30 Monaten beobachtet, die in Heimen

⁸⁵ Merkle und Zimmermann fordern zur Lösung solcher Fragen mikroökonomische Studien, die Produktionskosten von Präferenzen trennen und die Nachfrage nach Kinderbetreuung analysieren (Merkle und Zimmermann 1992: 3ff).

⁸⁶ Ein Vergleich findet sich bei Tietze und Paterak 1993: 272ff; vgl. auch Oberhuemer und Ulich 1997: 17.

⁸⁷ Kritisch zu den Krippen in der DDR Kühn 1991: 7ff.

⁸⁸ Vgl. zur Geschichte der Krippen in Deutschland Nyssen 1991: 29ff und Beller 1992: 4ff und Reyer und Kleine 1997.

untergebracht waren und weder sprechen noch laufen konnten (Spitz 1945: 58f). Dagegen hat er in einem Gefängnis, in dem die Kinder bei der Mutter untergebracht waren, in einer Gruppe von 8-12 Monate alten Kindern eine fortgeschrittenere Entwicklung gefunden (Spitz 1945: 60). Spitz weist selbst darauf hin, dass diese Kinder ganz andere Anregungen hatten (Spitz 1945: 63ff), schließt aber dennoch, das Fehlen der Mutter sei die Ursache der schlechteren Entwicklung im Heim (Spitz 1945: 68ff). Er spricht von einer Notwendigkeit einer einzelnen Hauptbezugsperson im ersten Lebensjahr (Spitz 1945: 70).⁸⁹ Darauf aufbauend entwickelt Bowlby die sogenannte „Bindungstheorie“ (Bowlby 1958: 350ff).⁹⁰ Diese hat vor allem über die Operationalisierung als „Strange Situation“ große Wirkungen in der pädagogischen Forschung gehabt (vgl. Schedle 1994: 2f; eine kritische Diskussion findet sich bei Beller 1993: 538ff). Es wird unterstellt, eine einzige Bezugsperson sei für die Entwicklung eines Kleinkindes optimal. Eine Neuauflage hat die Diskussion unter dem Label „Infant Day Care Controversy“ in den USA erfahren (vgl. hierzu Richter and Zahn-Waxler 1988: 319ff). Ihren Anfang nahm diese Debatte mit einem Artikel von Belsky, der darin seine frühere Ansicht widerrief, auch jüngeren Kindern (unter 1 Jahr) schade außerhäusliche Betreuung nicht (Belsky 1988: 235ff).⁹¹ Daraus wurde dann auch in Deutschland gefolgert:

„[...] daß Kinder, die zumindest in den ersten Lebensjahren zu Hause aufwachsen, die besseren Entwicklungschancen haben – vorausgesetzt, daß die Familien intakt sind.“
(Kühn 1991: 20)

In zweierlei Hinsicht ist dies zu relativieren:

1. Tatsächlich bezieht sich Belsky nur auf Kinder, die bereits im ersten Lebensjahr mehr als 30 Stunden wöchentlich institutionell betreut werden. Dies wird in Deutschland oft auf die gesamte Vorkindergartenzeit ausgedehnt und pauschalisiert.
2. Ist die Voraussetzung einer „intakten“ Familie oft gar nicht gegeben. Und auch die Vorstellung von der Mutter als immer „besten“ Betreuung ist kritisch zu hinterfragen:

„The fantasy that mothers at home with young children provide the best possible care neglects the observation that some women at home full-time are lonely, depressed, and not functioning well [...]“ (Scarr 1990: 29)

Zwar sollen seit dem Kinder- und Jugendhilfegesetz von 1991 auch Krippenplätze „bedarfsgerecht“ zur Verfügung gestellt wird. Genauere Erläuterungen hierzu finden sich im Gesetz nicht (Reyer und Kleine 1997: 166). Aufrechterhalten wird die Altersgrenze von 3 Jahren zum Besuch eines Kindergartens. Dabei wurde von Lehr schon zu ihrer Zeit als Familienministerin der Gedanke aufgeworfen, auch jüngere Kinder in Kindergärten aufzunehmen (vgl. Sieverding 1990: 40).

⁸⁹ Vgl. zu Spitz Nyssen 1991: 40ff; eine kritische Diskussion zum „Hospitalismus“ findet sich bei Bartszyk 1984: 6ff und bei Sieverding 1990: 36ff.

Eine andere Möglichkeit sind Tagesmütter. Hierzu gab es in den 70er Jahren einen von der Bundesregierung geförderten Modellversuch (vgl. Münch 1990: 123ff), nach dem Regierungswechsel kam es dann mit der Einführung des Erziehungsgeldes zu einem Bruch in dieser Entwicklung (Münch 1990: 124f). Erwähnung verdient in dieser Hinsicht Dänemark: Hier haben 48% der Kinder unter 3 Jahren eine Tagesmutter (Tietze und Parnak 1993: 293ff): Allerdings setzt diese Betreuungsform ein positives Verhältnis zwischen Eltern und Tagesmutter voraus (Pettinger 1991: 31).⁹²

Heute wird gerade in der Bundesrepublik oft auf Betreuung durch „Omas“ zurückgegriffen. Mit zunehmender Berufstätigkeit von Frauen werden aber auch diese immer weniger zur Verfügung stehen (vgl. Garhammer 1996: 325, Spieß und Wagner 1997: 15f). In der ehemaligen DDR ist dies schon so (Meyer und Schulze 1992: 85).

Die Betreuung in Kindergärten dagegen stand seit ihrer Entstehung im 19. Jahrhundert auch unter pädagogische Ansprüchen (Tietze 1993: 98ff). In der Bildungsreform der 60er Jahre etablierte sich dann der Kindergartenbereich als eigenes pädagogisches Aufgabenfeld, dass mit Hilfe „kompensatorischer Erziehung“ „gleiche Startchancen“ aller Kinder ermöglichen sollte (Tietze 1993: 110). Dies wurde nicht erfüllt. Es herrscht aber heute Einigkeit, dass den Kindergärten eine pädagogische Funktion zukommt und sie grundsätzlich Leistungen erbringen, die ergänzend zur Familie als notwendig angesehen werden (vgl. Spieß und Wagner 1997: 11). Problematisch ist, dass gerade sozial Benachteiligte und Ausländer Kindergartenplätze weniger nachfragen und damit die Startchancen dieser Kinder als Grundschüler eingeschränkt sind.

Allerdings wurden die Öffnungszeiten mit zunehmender Pädagogisierung auch mehr an den normativen Vorstellungen als den Arbeitszeiten der Mütter orientiert (vgl. Höltershinken und Kasüschke 1996: 22ff). Dies hat sich auch durch den seit 1996 bestehenden Rechtsanspruch kaum geändert. Erforderlich ist eine Öffnung von 7 Stunden, von denen 5 Stunden am Stück sein sollen (Flehmig et al. 1995: 27). Das Kindeswohl aber habe bei den Öffnungszeiten im Vordergrund zu stehen (Flehmig et al. 1995: 28). Die Massgabe, für alle Kinder einen Platz zur Verfügung zu stellen, führt so in manchen Kommunen sogar zu einer Verringerung der Ganztagsplätze (Colberg-Schrader und Zehnbauer 1996: 11). Damit wird es für berufstätige Mütter nötig, weiter auf Grosseltern oder Tagesmütter zurückzugreifen. Kinder sind damit mehreren Betreuungswechseln ausgesetzt. Im Gegensatz dazu waren in der DDR „praktisch alle Kindergartenplätze Ganztagsplätze mit flexiblen Öffnungszeiten“ (Schneider 1994: 164).

⁹⁰ Vgl. Schedle 1994: 19f; kritisch hierzu Fthenakis 1993: 23ff; vgl. auch Tophoven-Triltsch 1987: 57ff.

⁹¹ Kritisch hierzu Scarr 1991: 1099f und Clarke-Stewart 1988: 293ff und Thompson 1990: 41ff.

⁹² Zu auftretenden typischen Problemen siehe Erler 1996: 301 und Atkinson 1992: 382.

Erweiterte Öffnungszeiten gibt es in den Phasen, in denen weibliche Arbeitskräfte begehrt sind (Höltershinken und Kasüschke 1996: 122 und 131). Vor allem Betriebskindergärten engagieren sich, wenn sie viele weibliche Arbeitskräfte brauchen: So gibt es in Krankenhäusern oft Betriebskindergärten mit langen Öffnungszeiten, weil dort viel weibliches Personal arbeitet (Höltershinken und Kasüschke 1996: 161).

Betreuungsprobleme tauchen aber auch für Eltern mit Schulkindern auf. In der Bundesrepublik sind Schulen im Gegensatz zu den meisten europäischen Ländern Halbtagschulen. Aber im Westen stehen nur für 8% der Grundschüler Horte zur Verfügung, im Osten sind es immerhin 34% (vgl. Spieß und Wagner 1997: 8). Neu sind in manchen Bundesländern Betreuungsschulen, die aber weder Mittagessen noch Ferienbetreuung anbieten (Miedamer und Permien 1993: 362). Hinzukommt, dass die Funktionsfähigkeit der Schulen oft die kostenlose Mitarbeit der Eltern (vor allem der Mütter) bei Hausaufgabenhilfe aber auch anderen Aktivitäten voraussetzt. Gleichzeitig beklagen sich Lehrer über immer mehr Kinder mit Konzentrationsmängeln oder Verhaltensauffälligkeiten etc. (Fölling-Albers 1995: 21ff).

Zwar warnt Hurrelmann auch davor, „die Selbstentfaltung der Eltern auf Kosten der Kinder zu betreiben“ (Hurrelmann 1993: 64), spricht aber von einem „Modernisierungsrückstand“ in der Bundesrepublik, der durchaus auch auf Kosten der Kinder geht (Hurrelmann 1993: 72). Indem eine „optimale“ Lösung angestrebt wird, wird auf die tatsächlichen Bedingungen, unter denen Kinder aufwachsen, keine Rücksicht genommen. Auch Nyssen, der prinzipiell kein Befürworter von Krippenerziehung ist, plädiert für einen rationaleren Umgang mit der Problematik: Ideologisierung familialer Funktionen führe „zu Fassadenbildungen“ (Nyssen 1991: 71). Er sieht bessere Möglichkeiten in Form von privaten Arrangements, Krabbelgruppen etc., die materiell unterstützt werden sollten (Nyssen 1991: 113ff).

Problematisch in allen Bereichen der Kinderbetreuung ist weiterhin, dass kleinere Kinder kaum mit Männern zusammenkommen (Höltershinken und Kasüschke 1996: 207, vgl. auch Tüllmann 1991: 178ff, der dies auch für Familienzentren feststellt).

Damit führt die Struktur der institutionellen Kinderbetreuung in der Bundesrepublik zu folgenden Ergebnissen:

1.) Die Betreuungssituation für unter 3jährige Kinder ist schlecht. Daraus resultiert für die meisten Frauen ein Aufschub der ersten Geburt zumindest bis die Ausbildung abgeschlossen ist und eine erste berufliche Positionierung erfolgt ist. Das bei Erstgeburten höhere Alter der Frauen im Westen ist sicher zum Teil auf die ungünstigen Betreuungsmöglichkeiten zurückzuführen. Eine Unterbrechung von Ausbildung oder erster beruflicher Konsolidierung für 3 oder mehr Jahre ist problematisch.

2.) Die Betreuungssituation für Kindergartenkinder und Grundschüler ist auf Grund der unangepassten Zeiten für viele Mütter entweder mit hohen Kosten (Tagesmütter, private Horte) oder einem längeren Verdienstaufschlag verbunden. Damit kommt es einerseits zu Geburten, die nah beieinander liegen und andererseits zu einem Rückgang der durchschnittlichen Kinderzahl pro Familie sowie bei hoher Berufsorientierung eventuell auch zu einem Anstieg der Kinderlosigkeit.

Zum Geburtenrückgang:

Dieser tritt in der Bundesrepublik hierdurch eventuell verschärft im Vergleich zu anderen Ländern auf.

Zur differentiellen Fertilität:

Die Betreuungssituation wird sich weniger schichtspezifisch auswirken, als „omaspezifisch“: Grosseltern sind die entscheidende Ressource um trotz einer relativ frühen Mutterschaft oder mehrerer Kinder eine einigermaßen geschlossene Berufslaufbahn vorweisen zu können.

Prognose?

Das Problem wird dadurch verstärkt, dass in den nächsten Generationen immer weniger Grossmütter für die Betreuung zur Verfügung stehen werden, es sei denn, diese sind schon in Rente, aber noch fit genug, sich die Betreuung eines Kleinkindes zuzumuten. Der Trend könnte sich nur umkehren, wenn die Ausschließlichkeit von Ausbildung/Beruflicher Etablierung und Mutterschaft aufgehoben würde. Ansonsten kann es auch zu einer Polarisierung zwischen jenen Frauen kommen, die sich private Kinderbetreuung leisten können und jenen, die diese für einen eher geringen Lohn zur Verfügung stellen.

4.1.2.8 Rollen der Frau: Mutterschaft versus Beruf?

Der soziale Rahmen einer Entscheidung zum Kind wird auch durch Rollen abgesteckt. Rollen sind gebündelte Erwartungen signifikanter Anderer. Sie korrespondieren mit Positionen in der gesellschaftlichen Struktur. Die weibliche Identität durch den Widerspruch der beiden Rollen Beruf und Mutterschaft beschreiben zu wollen, ist sicher reduktionistisch. Die Komplexität biographischer Entscheidungen lässt sich nicht allein über Rollenkonflikte beschreiben:

„ Die über Alter oder Geschlecht zugeschriebene soziale Identität bildet [...] den Brennpunkt so vieler Verhaltensaspekte, daß Beschreibungen mit Hilfe des Rollenbegriffs gleichermaßen irreführend und oberflächlich sind.“ (Giddens 1995: 139)

Dennoch wird hier auf den Rollenbegriff zurückgegriffen, da der zentrale Widerspruch der beiden Positionen Berufstätige Frau und Mutter für die Geburtenentwicklung wichtig ist. Dabei ist die Verkürzung auf den Interrollenkonflikt zu vermeiden. Die oft als Selbstverständlichkeit angenommene Mutterrolle führt nicht nur zu einem Interrollenkonflikt im Zusammenhang mit

der Berufsrolle, sondern beinhaltet auch gesellschaftlich angelegte Intrarollenkonflikte, die auf der privaten Ebene kaum lösbar sind.

Historisch bestanden Haushaltstätigkeit, Mutterschaft und Produktion für Frauen nicht in getrennten Rollen. Existenzsicherung beinhaltet die gleichzeitige Erfüllung der erforderlichen Tätigkeiten, soweit dies überhaupt möglich war. Dabei kam der Subsistenzsicherung eine hohe Priorität zu, sodass für Kinderbetreuung und reine Haushaltstätigkeiten kaum Zeit und Energie blieb. Das beschriebene Aufkommen der Normen zur „Mutterschaft“ seit dem 18. Jahrhundert ist auch durch die veränderten ökonomischen Bedingungen zu erklären. Erstmals ist es für eine grössere Gruppe von Frauen möglich, Zeit auf diese „Rolle“ zu verwenden. Nachdem durch die industrielle Revolution im 19. Jahrhundert Frauenerwerbstätigkeit immer weniger mit Säuglingspflege und Sozialisationsaufgaben vereinbar ist und damit Berufs- und Mutterrolle sich ausdifferenzieren, kommt es zu einer normativen Aufwertung der Mutterrolle (Mitterauer 1997: 29 und Herder-Dorneich 1986: 40; vgl. auch Rindfuss et al. 1996: 459). Mit der Verlagerung von Produktionstätigkeiten aus dem Haushalt heraus, kommt es aber auch zu einem Auffüllungsprozess der „Hausfrauenrolle“:

„Homemaking became an occupation in itself [...]“ (Hareven 1991: 261)

Damit entsteht das bürgerliche Bild der Frau als Hausfrau und Mutter, das sich als Leitbild für alle Schichten durchsetzt. Lebbar war es nie für alle Frauen. An der Vorstellung, die beiden Rollensegmente füllten eine Ganztagsbeschäftigung, wird seit dieser Zeit festgehalten. Cowan beschreibt in ihrer Studie „More Work for Mother“ (Cowan 1983) sehr überzeugend die Auffüllungsprozesse mit denen technologische Arbeitserleichterung im Haushalt durch Anhebung von Standards immer wieder ausgeglichen wurden. Damit wird die Rolle der sogenannten „Nur-Hausfrau“ legitimisiert. Diese Auffüllung der erforderlichen Tätigkeiten bis eine Vollzeitbeschäftigung erreicht ist, sind auch in neuerer Zeit noch zu beobachten (vgl. Tophoven-Triltsch 1987: 117; ähnlich Friedan 1984: 157).

In den letzten Jahrzehnten allerdings wird die Hausfrauenrolle immer unbedeutender, aber die Wichtigkeit der Mutterrolle stärker betont. Hausfrauentätigkeiten erscheinen nur dann als volle Beschäftigung, wenn sie mit der Mutterrolle verbunden sind.

„Mutterschaft kommt nicht zu den anderen Rollen der Frau einfach hinzu, sondern sie überformt alle anderen Handlungen.“ (Urdze und Rerrich 1981: 14)

D.h. bei Konflikten zwischen Rollen kommt der Mutterrolle ein Primat zu. In bezug auf die Hausfrauenrolle ist dies weitgehend unproblematisch. Ordnung, Sauberkeit etc. sind sekundär. Die Sozialisation der Kinder ist hier der wichtigere Aspekt. Damit ist Nave-Herz zuzustimmen, die in der Koppelung von Hausfrauen- und Mutterrolle einen Entdifferenzierungsprozeß sieht. Die Hausfrauenrolle wird nur noch als Verlängerung der Mutterrolle sozial akzeptiert. Dem entspricht, dass auch hochqualifizierte Frauen zwar Hausarbeit delegieren, aber Betreuung nicht

nachfragen, „da hier offensichtlich die verfügbaren Substitute keine adäquate Qualität der Kinderbetreuung liefern“ (Krüsselberg et al. 1986: 89). Dazu ist anzufügen, dass selbst „Karrierefrauen“ in der Phase früher Elternschaft meist nicht genug verdienen, um qualitativ hochwertige Kinderbetreuung auf einem privaten Markt erwerben zu können (Hullen 1998: 104). Kaufmann sieht die „Entleerung der Aufgabe der Haushaltsführung“ als Problem:

„Mit ihr schwindet das konstitutive Moment familialer Alltäglichkeit, also das Medium, das wahrscheinlich ein bedeutendes Bindungselement der Familie darstellt.“
(Kaufmann 1995: 56)

Dies ist ein anderer Aspekt der Kindzentriertheit postmoderner Familien. Haushalt ist nur noch mit Bezug auf Kinder wichtig und bildet keine wertschöpfende Arbeit an sich. Damit sieht Kaufmann einen für Kinder wichtigen Erfahrungsraum schwinden (Kaufmann 1995: 57). Tatsächlich ist es eher so, dass dieser natürliche Erfahrungsraum nun auch zu einem sozial konstruierten wird: Familienleben und Haushalt als von den Eltern zu schaffender sinnvoller Rahmen für die Sozialisation. Die Mutterrolle wird so aufgefüllt mit Erwartungen, dass es zu „masslosen Ansprüchen an die Mütter“ (Herzog et al. 1997: 356) kommt, die vor allem mit allgemeinen Vorstellungen von Identitätsentwicklung und Selbstbestimmung kollidieren (Nave-Herz 1992: 63). Verschärft wird dies dadurch, dass Mutterschaft nur noch einen geringen Teil des Lebens einer Frau bestimmt, diesen aber völlig (Nave-Herz 1994: 16).

„Mutterschaft wird zum Schritt aus der Moderne heraus [...]“ (Beck-Gernsheim 1989: 106)

Gleichzeitig kommt es auch zu Intrarollenkonflikten: Mütter sollen ihre Kinder zu Selbständigkeit erziehen, sie aber auch vor allem Gefahren schützen. Mütter sollen exklusiv und immer für ihre Kinder da sein, diesen aber günstige Rahmenbedingungen bieten, zu denen auch eine funktionierende Partnerschaft und eine stabile finanzielle Basis gehören. Beides wird ohne Zeitaufwand nicht zu garantieren sein. Eine Lösung in Form der traditionellen Aufgabenteilung zwischen den Geschlechtern, ist für viele Menschen aus materiellen Gründen nicht möglich und führt durchaus auch zu Problemen. Aufteilung der „mütterlichen“ Funktion auf mehrere Personen würde es relativieren, wenn jemand diese Rolle nicht gut spielt. Doch obwohl Studien zeigen, dass auch Väter „mütterliche“ Qualitäten haben (z.B. Hewlett 1991: 171ff), spielten Väter bis heute kaum diese Rolle.⁹³

Die Moderne mit der Betonung von Autonomie und Mündigkeit gerät so in Konflikt mit der Mutterrolle. Die Einlösung der Versprechungen der Moderne für die Frauen geht langsam und mit Widersprüchen vor sich. In der Bildungsreform der 60er Jahre kommt es zwar zu einem Bildungsschub für Frauen, dies geschieht aber ohne korrespondierende Änderungen der Mutterrolle. Es kommt zu einer Abspaltung der Ausbildung der Frau von ihren Aufgaben als

Mutter. Damit werden Werte für Frauen wichtig, die mit Mutterschaft schwer vereinbar sind. Parsons sieht in dieser Ambivalenz eine der entscheidenden Gründe für den Geburtenrückgang (Parsons 1949: 189). Durch die zeitliche Sequenzierung des Lebenslaufs und den Aufschub der Mutterschaft für die höher qualifizierten Frauen ist dies erst einmal lösbar. Die Nutzbarmachung der erreichten Ausbildung für eine eigene Berufslaufbahn aber gerät dann in Konflikt mit der Mutterrolle. Für eine Vereinbarkeit liegen keine institutionellen Lösungen vor. Es kommt zu einem „doppelten Leitbild der Frau“ (Rerrich 1988: 122; vgl. Rupp 1996: 274), das noch dadurch erschwert wird, dass für die beiden Bereiche ganz unterschiedliche Qualitäten erforderlich sind (Urdze und Rerrich 1981: 15).

„Für viele Frauen selbst dagegen ist die Doppelorientierung zum integralen Bestandteil ihres Lebensentwurfs geworden; Rollenambiguität ist vielfach die Folge. Es gibt für sie bisher – analog dem Label ‘neue Väter’ – keines, das ‘neue Mütter’ heißt. Statt dessen wurde die Forderung nach der ‘neuen Mütterlichkeit’ fermentiert, deren Einlösung jedoch alte Strukturen stabilisieren würde.“ (Nave-Herz 1994: 123)

Die Berufsrolle der Frau ist normativ vorgegeben, es dürfen aber „keine Konflikte mit den traditionellen Frauenrollen auftreten [...]“ (Allensbach 1993: 38). Zur Lösung müssen „individuell zu verantwortende Bewältigungsstrategien gefunden werden [...]“ (Rupp 1996: 274). Anders stellte sich dies in der DDR dar. Hier wurden Frauen als Arbeitskräfte mehr gebraucht und die Staatsideologie sorgte über die Vereinnahmung der Kinder auch zu einer Freistellung der Frau von Sozialisationsaufgaben (Meyer und Schulze 1992: 10).

Im Westen kommt es zu verschiedenen Lösungsansätzen, die auch von der Position der Frau, ihrer Bildung und ihrer Persönlichkeit abhängig sind (Papastefanou 1990: 15ff).

„Die eingeschränkte Geltung des rationalen Kalküls zeigt sich also darin, daß die Präferenzstruktur je nach sozialer Lage verschieden ausfällt. Hinzu kommt, daß der Entscheidungsprozeß selbst je nach sozialer Lage unterschiedliche Formen annehmen kann.“ (Papastefanou 1990: 23)

Diese Positionsabhängigkeit ist aber gerade rational. Dass es dabei zu Unvereinbarkeiten kommt, liegt an den strukturellen Widersprüchen, die als selbstverständlich voraussetzen, was kaum zu verwirklichen ist. Die Versuche der Vereinbarkeit bleiben damit Versuche, Berufstätigkeit in irgendeiner Form um die Mutterschaft herumzugruppieren. Zu nennen sind hier Formen wie das „Drei-Phasen-Modell“, Teilzeitmodelle, Job-Sharing und diverse Formen von Flexitime. Vor allem letztere sind kritisch daraufhin zu sehen, ob sie überhaupt die Optionsmöglichkeiten der Frauen erhöht oder nicht eher zu organisierter Überlastung führen.⁹⁴

⁹³ Von aktuellen Änderungen berichtet Pleck 1993: 217ff; ähnlich schon Busch et al. 1988: 13; die von einer weiteren Verbreitung der sogenannten „geteilten Elternschaft“ ausgehen. Dies hat sich nicht bestätigt; siehe bspw. Blain 1991: 214.

⁹⁴ Vgl. Jurczyk 1993: 369; eine Studie zu Arbeitszeitflexibilisierung im VW-Konzern von Jürgens 1999 bringt hierzu differenzierte Ergebnisse.

Einen erneuten Traditionalisierungsschub haben die Rollen der Frauen durch die Einführung des Erziehungsurlaubs erhalten. Damit wird das 3-Phasen-Modell wieder zur Norm. Die Einführung des Erziehungsurlaubs wird auch als durch die hohen Arbeitslosenzahlen motiviert gesehen (Schneider 1994: 64; Richter und Stackelbeck 1992: 12 und Münch 1990: 54). Dabei führt der temporäre Ausstieg aus dem Arbeitsleben wegen der ungenügenden Kinderbetreuungsmöglichkeiten oft zu einer längeren Pause (Richter und Stackelbeck 1992: 38). Vor allem das zweite Kind bedeutet nach Schneider hier eine Zäsur, die den langfristigen oder endgültigen Ausstieg aus dem Berufsleben markiert (Schneider 1994: 80).

Zwei große Probleme ergeben sich hieraus: Zum ersten ist der ökonomische Beitrag der Frauen zum Familieneinkommen nicht zu unterschätzen.

„Materielle Zwänge, die Notwendigkeit, zum eigenen bzw. dem Unterhalt der Familie beizutragen, spielen dagegen nur bei 23 Prozent der westdeutschen und 43 Prozent der ostdeutschen Frauen (mit) eine Rolle [...]“ (Allensbach 1993: 32)

D.h. fast die Hälfte der ostdeutschen und immerhin ein Viertel der westdeutschen Frauen, sehen sich gezwungen, zum Lebensunterhalt beizutragen und ein großer Teil der übrigen wird sicher nicht unerheblich zum Lebensstandard der Familie beitragen. Die meisten Frauen werden von der Inkompatibilität der Rollen Mutter und Berufstätige wahrscheinlich überrascht, insofern kann bei der Entscheidung zum Kind nicht davon ausgegangen werden, dass ein langfristiger Wegfall des Einkommens der Frau miteinberechnet wird. Hierdurch kann es zu durchaus ernstzunehmenden materiellen Schwierigkeiten kommen, von denen dann auch die Kinder betroffen sind.

Ein zweites Problem liegt im Leitbildcharakter beider Rollen. Dabei entwickelt sich die Bedeutung der Sphären für die betroffenen Frauen scheinbar unabhängig. Eine Abstimmung nach empfundener Wichtigkeit findet nicht statt. So berichtet Rupp von Frauen, die alles wollen, genau wie solchen, für die beide Bereiche nicht wichtig sind (Rupp 1996: 277f; ähnlich Habich und Berger-Schmitt 1999: 166). Über den Erhebungszeitraum kommt es dann zu einer Anpassung der Berufsorientierung an die Familienorientierung (Rupp 1996: 285). Auch in der Bamberger Studie ist man überrascht, keine Unterschiede in der Einstellung zum Beruf nach Kinderzahl zu finden (Schneewind und Vascovic 1992: 143). In einer Studie an Medizinstudentinnen zeigt sich, dass die Karriereorientierung bei den mütterorientierten Studentinnen nicht geringer ist (Sievering 1990: 176); wenn aber während des Studiums Mutterschaft eintritt, sinkt die Karriereorientierung (Sievering 1990: 181). Es ist also wohl so, dass beide Rollen unverbunden nebeneinander stehen und die Orientierung der Frauen an ihnen nicht komplementär ist. Erst wenn die Frau Mutter geworden ist, findet eine Anpassung der Berufsorientierung statt. Es ist aus den Daten nicht klar, ob es sich um eine Übergangsphase handelt oder eine langfristige Anpassung. Die Ambivalenz führt aber auch zu Unentscheidbarkeit (vgl. Beck-Gernsheim 1997: 62) und damit Aufschub (vg. Nave-Herz 1999:

41; ähnlich Kreher 1995: 259). Eine Lösung könnte nur ein „integriertes Leitbild“ geben, das aber auch strukturell lebbar sein müßte:

„Ein Mutterleitbild, das aus einer Kombination verschiedener Rollenerwartungen – traditioneller und moderner Art – besteht, wäre dagegen ebenso denkbar: z.B. die fürsorgliche, selbstbewußte, kindorientierte, aber auch außenweltorientierte, erwerbstätige Mutter. Ein solches oder ähnliches neues Mutterleitbild scheint jedoch nirgends in Sicht. Obwohl diese Rollenkombination in der Realität immer öfter praktiziert wird, gilt es nicht als neues Leitbild, wird es immer noch als begründende Ausnahme angesehen. Fehlende Leitbilder aber schaffen Verhaltensunsicherheit.“ (Nave-Herz 1992: 69)

Dieses Leitbild aber benötigt institutionelle Rahmenbedingungen zu seiner Umsetzung, die in der Bundesrepublik nicht gegeben sind.

Zum Geburtenrückgang:

Das veränderte Rollenbild der Frau wird oft für den Geburtenrückgang verantwortlich gemacht. Dies ist zu vereinfacht. Der Leitbildcharakter der berufstätigen Frau verbunden mit der Bildungsreform und der institutionellen Unvereinbarkeit mit Mutterschaft hat aber sicher

- 1.) zu einer Zunahme der Kinderlosigkeit (gerade in der Bundesrepublik) und
- 2.) über den Aufschub von Kindern zu einer geringen Kinderzahl pro Familie und
- 3.) zu einem Rückgang von 3. Kindern bei berufstätigen Müttern geführt.

Zur differentiellen Fertilität

Allerdings ist auch die Kinderzahl nicht-berufstätiger Frauen deutlich zurückgegangen (vgl. Höpflinger 1997: 61). Die Rollenstrukturen erklären damit differentielle Fertilität nur zum Teil.

Prognose?

Höpflinger folgert daraus, es handele sich bei der Korrelation zwischen Kinderzahl und weiblicher Erwerbstätigkeit eventuell nur um eine „Übergangsphase“ (Höpflinger 1997: 63). Er erwartet „post-moderne“ Berufs- und Familienstrukturen. Möglich wäre aber auch eine weitere Polarisierung in:

- 1.) einen Sektor der weniger qualifizierten Frauen, die nach einer kürzeren Ausbildungsphase und einem Einstieg in den Beruf eine „Babypause“ mit 1 oder 2 Kindern einlegen und danach (meist Teilzeit)-erwerbstätig sind und
- 2.) einen Sektor der hoch qualifizierten Frauen, bei denen es zu einer Polarisierung zwischen jenen kommt, die gar keine Kinder haben und jenen, die viele bekommen.⁹⁵

Eine anderes Szenario geht von einer Verbreitung der 1-Kind-Familie aus:

⁹⁵ Weede vermutet, dass die „intelligenteren“ Frauen immer weniger zu Reproduktionszwecken zur Verfügung stehen und sieht darin ein Problem, weil Intelligenz „erblich“ sei (Weede 1992: 142)

„Wenn die Frauen eine hohe Berufszufriedenheit aufweisen, steigt ihre Neigung, ein Kind zu bekommen [...] gleichzeitig sinkt damit allerdings die Bereitschaft und die Möglichkeit zu mehr als einem Kind drastisch.“ (Burkart und Kohli 1992: 43)

Burkart schreibt im gleichen Werk von einer Konzentration auf 1. und 2. Kinder und lehnt damit den Gedanken der Polarisierung ab (Burkart 1994: 158), behauptet aber an anderer Stelle, es käme zu Polarisierungstendenzen zwischen 2 oder gar keinen Kindern, weil ein Einzelkind nicht gewollt wird und Kosten für das zweite Kind „ungleich kleiner als für das erste Kind“ (Burkart 1994: 252) seien. Tatsächlich trifft dies nicht zu. Bezogen auf die Rollen der Frau ist das zweite Kind wohl der entscheidende Kostenfaktor, der die Vereinbarkeit aus dem sehr labilen Gleichgewicht bringt, in der sie mit einem Kind vielleicht zu verorten wäre.

4.1.2.9 Postmoderne Strukturen versus Industriegesellschaft?

Strukturtheoretische Ansätze gehen von einer Passung der Fruchtbarkeitsentwicklung und des gesellschaftlichen Wandels aus. Die „generative Struktur“ wird als Ausdruck der gesellschaftlichen Verhältnisse gesehen. Als Beispiel sei hier die Theorie von Mackenroth genannt. Für ihn ist der Zusammenhang mit der Industriegesellschaft klar:

„Der Rationalisierungsprozeß scheint mit in der Industriegesellschaft zu wurzeln, er ist mit ihr und ihren zahlreichen anderen Rationalisierungstendenzen in Wirtschaft und Gesellschaft strukturanalog. Rationalisierung auch des generativen Verhaltens ist in der Industriegesellschaft unabdingbar. Aber 'Rationalisierung' des Verhaltens ist ein lediglich formaler Begriff [...] Eine Festsetzung der Fortpflanzungsnorm unter Reproduktionsniveau ist nicht in dem Industrialismus und nicht in der neuen Bevölkerungsweise, sondern in den speziellen historischen Ordnungsformen des Industriekapitalismus verwurzelt.“ (Mackenroth 1953: 410)

Damit ist der Geburtenrückgang zwar direkt aus den historisch-materiellen Verhältnissen ableitbar, aber nicht funktional. Hier wird die Vorstellung aufgegeben, Veränderungen der Geburtenzahlen führten zu einem funktionalen Gleichgewicht, wie von Theorien des demografischen Übergangs noch unterstellt wurde.

Grundlegend hierfür ist, dass Fertilität von Individuen bestimmt wird, d.h. strukturelle Bedingungen wirken intermediär über Entscheidungen der Betroffenen. Dies ist eine grundlegende Bedingung für den Geburtenrückgang. Nach Notestein 1964 sinkt Fertilität erst, „wenn die Faktoren, die die Fertilität bestimmen, der rationalen Entscheidung der Ehepaare selbst unterliegen“ (van de Kaa 1997: 30). Gerade dies aber bedingt, dass von einer funktionalen Passung nicht mehr ausgegangen werden kann.

Eine Berücksichtigung dieser Problematik findet sich bei Linde.⁹⁶ Er sieht drei Ebenen, die zu untersuchen sind: die statistische, die der Individuen und die der Struktur (vgl. Linde 1984: 19f). Dabei zeigt die ähnliche Entwicklung in den Industrienationen für Linde, dass sich statistisch

⁹⁶ Kaufmann hält dies für „den bisher überzeugendsten Versuch [...], den langfristigen Fertilitätsrückgang in Europa zu erklären.“ (Kaufmann 1990: 105).

abbildet, was auf der Individualebene entschieden wird, vermutet aber „eine systemimmanent fortwirkende allgemeine Tendenz auf der dritten Aggregatebene“ (Linde 1984: 21). D.h. die Entscheidungen (zumindest im Aggregat) sind durch die sozialstrukturellen Voraussetzungen bestimmt. Dabei nennt Linde materielle Voraussetzungen (Produktionsfunktion der Familie fällt weg und Ausweitung der Konsumoptionen) (Linde 1984: 144), rechtliche (Sozialversicherung) (Linde 1984: 159), aber auch kulturelle (Mutterrolle) (Linde 1984: 173).⁹⁷ Linde geht hier nicht von Diffusionsprozessen aus wie Mackenroth, sondern sieht in den einzelnen Schichten unabhängige Entwicklungen (Linde 1984: 51; vgl. hierzu Fux 1994: 155).

Fux kritisiert, dass diese Faktoren sicher mit der Industrialisierung zusammenhängen, „doch reicht das zur Erklärung des Gesamtprozesses nicht aus.“ (Fux 1994: 154). Linde glaubt, dass beim „Nutzen“ von Kindern idiosynkratische Muster vorliegen, die sich einer Analyse entziehen (Linde 1984: 186): Damit wird der Geburtenrückgang über den strukturellen Wandel erklärt, die differentielle Fertilität wird nicht erklärt, da hier psychologische Faktoren vorherrschen (vgl. zu Linde: Höpflinger 1997: 70f und ausführlich Fux 1994: 154ff).

Eine neuere Weiterentwicklung des Ansatzes von Linde findet sich bei Fux 1994. Fux sieht eine drei-stufige Entwicklung von Denkstilen, bei denen nacheinander Staat, Familie und Individuum im Mittelpunkt stehen (Fux 1994: 204). Er beschreibt mit Hilfe dieser Denkstile einen Kreislauf (Fux 1994: 208ff), der zu diversen Hypothesen führt (Fux 1994: 213ff). Dabei wird deutlich, dass Fux von einem funktionalistischen Gleichgewicht ausgeht und damit eigentlich hinter Linde zurückfällt. Für Fux kommt den kulturellen Faktoren Priorität zu (Fux 1994: 213). Allerdings werden diese in Umbruchphasen durch strukturelle überlagert. Erst wenn ein neues Gleichgewicht eingetreten ist, kommen die kulturellen wieder zum Vorschein (Fux 1994: 225). Analytisch muss hier bemerkt werden, dass damit den strukturellen Variablen die entscheidende Bedeutung zukommt. Sie definieren sozialen Wandel, während kulturelle keine eigenständige Varianz erzeugen und auch nicht klar wird, wo sie überhaupt herkommen. Logisch wäre, dass sie nur ein Ausfluss struktureller Voraussetzungen sind. In neuer Zeit sieht Fux wieder eine Phase der „Sättigung“:

„Mit anderen Worten: der jüngere Geburtenrückgang kommt anfangs der 80er Jahre an ein Ende respektive geht in eine neue Normalphase (neues generatives Regime) über.“
(Fux 1994: 242)

In dieser neuesten Entwicklung sieht er eine zweite Kontraktion der Familie, die nach ihrer Besetzung nun auch in ihrer Dauer eingeschränkt ist (Fux 1994: 199). Nachdem die Industrialisierung über erhöhte Konsumoptionen und neue Sicherungssysteme zuerst zu einer Anpassung der Geburten geführt hat, findet Fux bei der jüngsten Generation eine „Erosion“ von

⁹⁷ vgl. zu diesen Faktoren bei Linde: Höpflinger 1997: 70f und Fux 1994: 154.

„Normen und Wertvorstellungen“, die für ihn Zeichen sind für „die Genese eines neues demographischen Regimes“ (Fux 1994: 259).

Hier ist zu fragen, ob nicht eher eine Anpassung der Normen an das geänderte Verhalten vorliegt. Außerdem ist nicht klar, ob das Ende dieser Entwicklung absehbar ist. In modernisierungstheoretischen Versuchen sieht Fux das Gegenstück zu mikrosoziologisch orientierten rational-choice Ansätzen (Fux 19994: 151), findet aber, diese griffen zu kurz:

„Problematisch erscheint uns insbesondere der voreilige Transfer des Rationalitätsbegriffes von der idealtypischen und gesamtgesellschaftlichen Ebene auf jene der individuellen Kalküle.“ (Fux 1994: 152)

Tatsächlich kann aber davon ausgegangen werden, dass die Modernisierung erstens Rationalität des einzelnen einfordert und zweitens überhaupt durch gestiegene Optionen auch erst ermöglicht. Rationale Entscheidungen des Individuums aber führen nicht zu rationalen Entwicklungen auf der Gesellschaftsebene.

Problematisch ist, dass mit Modernisierung Entwicklungen zusammengefasst werden, die in ihrem Zusammenspiel die Strukturen der Industriegesellschaft ausmachen, bei denen aber weder ein kausaler noch ein Zeitzusammenhang hergestellt werden kann. Damit scheint es sich um eine komplexe Strukturveränderung zu handeln, für die viele Einzelveränderungen nötig waren, die in ihrem Zusammenspiel aber nicht zu isolieren sind. Damit ist sich Davis anzuschliessen, der dazu folgendes zu sagen hat:

„The best answer I can hazard is that there is an incompatibility, or tension, between the family on the one hand and the industrial economy on the other.“ (Davis 1986: 59)

Zum Geburtenrückgang:

Damit können die zwei Geburtenrückgänge folgendermaßen erläutert werden: Die Durchsetzung der industriellen Gesellschaft geht mit einer starken Verringerung der Geburtenzahlen einher. Dabei ist der Geburtenrückgang sicher auch eine Folge der industriellen Revolution, die Durchsetzung der Industriegesellschaft in der uns bekannten Form wäre aber ohne den Geburtenrückgang auch nicht möglich gewesen. Dabei kommt es durch Kontraktion zur Herausbildung einer phasenweise „funktionalen“ Familienform in den 50er und 60er Jahren. Der zweite Geburtenrückgang führt zu einem Auseinanderfallen gesellschaftlicher und individueller Rationalität. In der postindustriellen Gesellschaften wird die Familie zum Anachronismus.

Zur differentiellen Fertilität:

Hier kommt es zu einem Verschwinden der Unterschiede, da die Modernisierung auf verschiedenem Wege und zu verschiedenen Zeiten alle ergreift. Es kommt aber durch Konkurrenz unterschiedlicher Optionen zu einer neuen Differenzierung, die eine Polarisierung unserer Gesellschaft nach sich zieht.

Prognose?

Eine Prognose ist bei historischen so komplexen Entwicklungen kaum möglich. Inwieweit der Geburtenrückgang sich verschärft, hängt wohl vor allem davon ab, ob es gelingt, die anachronistische Komponente der Elternschaft aufzuheben. Von einem neuen „Fertilitätsregime“ kann aber kaum ausgegangen werden, insofern sind weitere Veränderungen zu erwarten.

4.1.2.10 Zusammenfassung

Institutionelle Faktoren sind sicher für den historischen Geburtenrückgang wichtig gewesen. Allerdings sind sie interdependent miteinander verknüpft und es kann keine Aussage darüber getroffen werden, welche Faktoren hier jeweils Ursache bzw. Wirkung darstellen. Beachtenswert ist, dass durch die Reduktion der Kinderzahl Standards für Investitionen in Kinder möglich werden, die zu Rückkopplungseffekten und damit weiterer Reduktion führen.

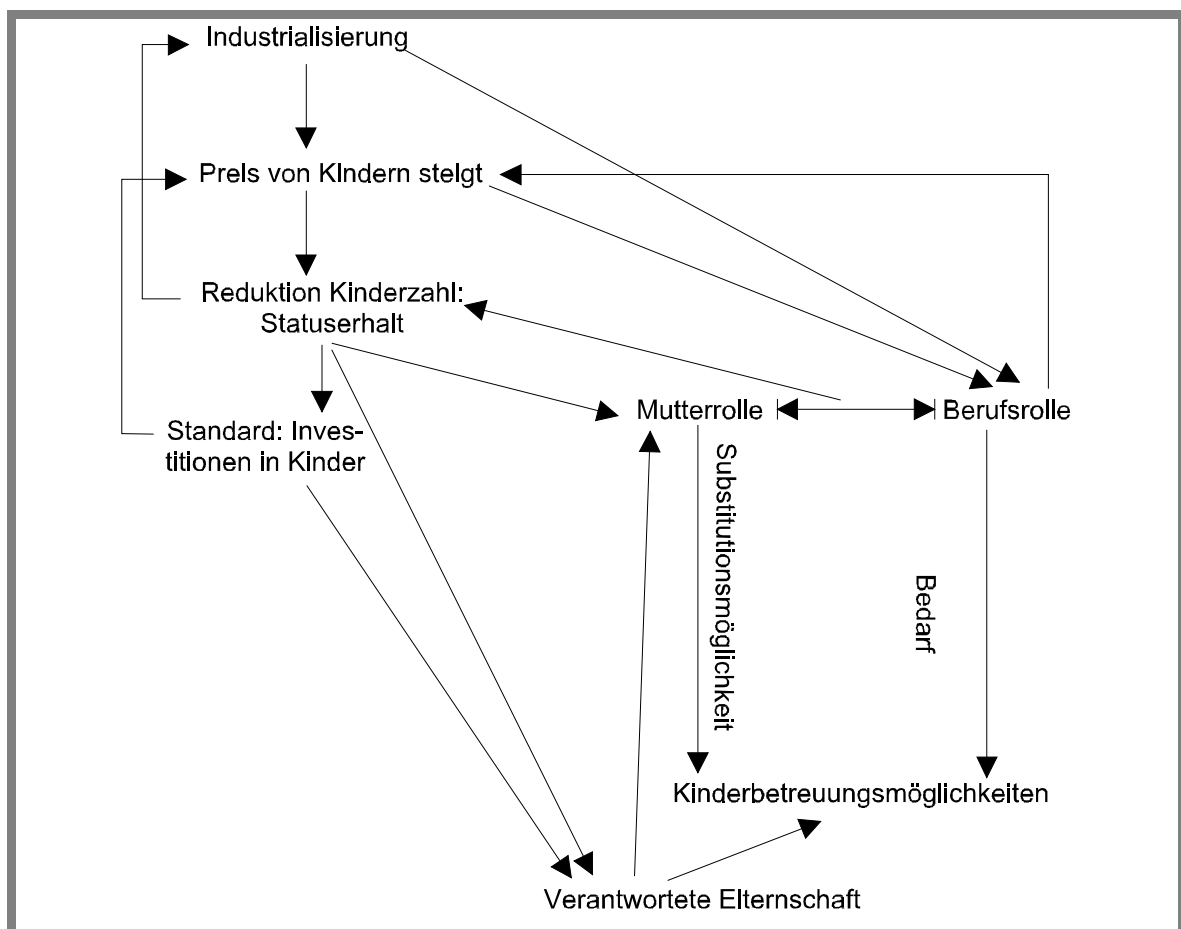


Abbildung 44: Institutionelle Faktoren des Geburtenrückgangs

Zur differentiellen Fertilität trägt besonders die Normerosion, die sich aus den Widersprüchen zwischen Berufs- und Mutterrolle einerseits und Kinder-haben und Verantworteter Elternschaft andererseits ergibt. Die Ausprägung der Kinderlosigkeit verschärft den Konflikt über neue Referenzgruppen:

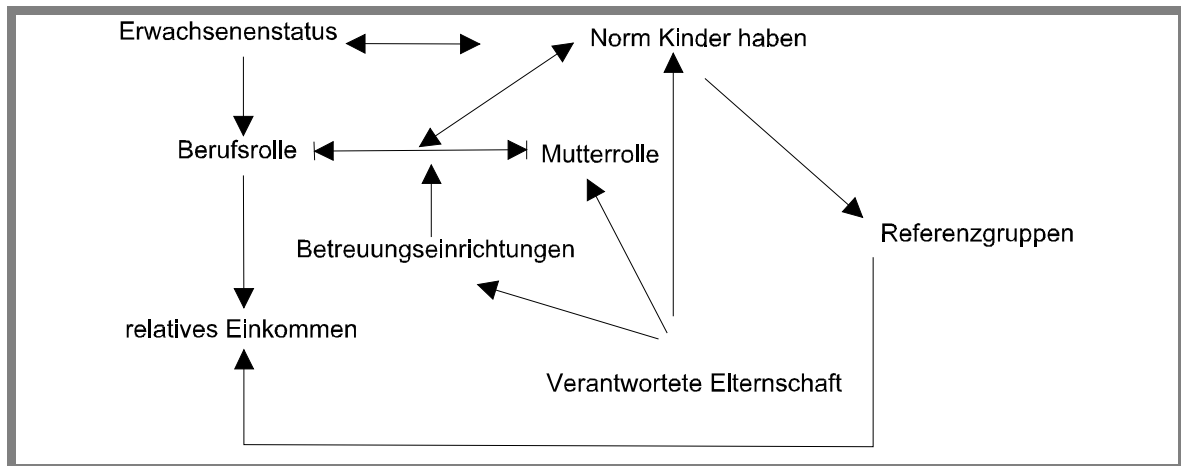


Abbildung 45: Institutionelle Faktoren der differentiellen Fertilität

Es ist anzunehmen, dass sowohl mit einem weiteren Sinken der Kinderzahlen als Einfluß des relativ geringen Einkommens von Familien gerechnet werden sollte als auch mit einer weiteren Erosion der Norm Kinder zu haben. Grundlegend hierfür ist der institutionelle Konflikt zwischen Mutter- und Berufsrolle. Der Komplex der Verantworteten Elternschaft führt in Deutschland einerseits dazu, dass dieser Konflikt in besonderer Schärfe auftritt, andererseits auch zu einem korrespondierenden Mangel an geeigneten Betreuungseinrichtungen. Dies bedingt zu einem Teil auch den relativen Einkommensverlust der Eltern. In diesem Bereich könnte ein Wandel eintreten.

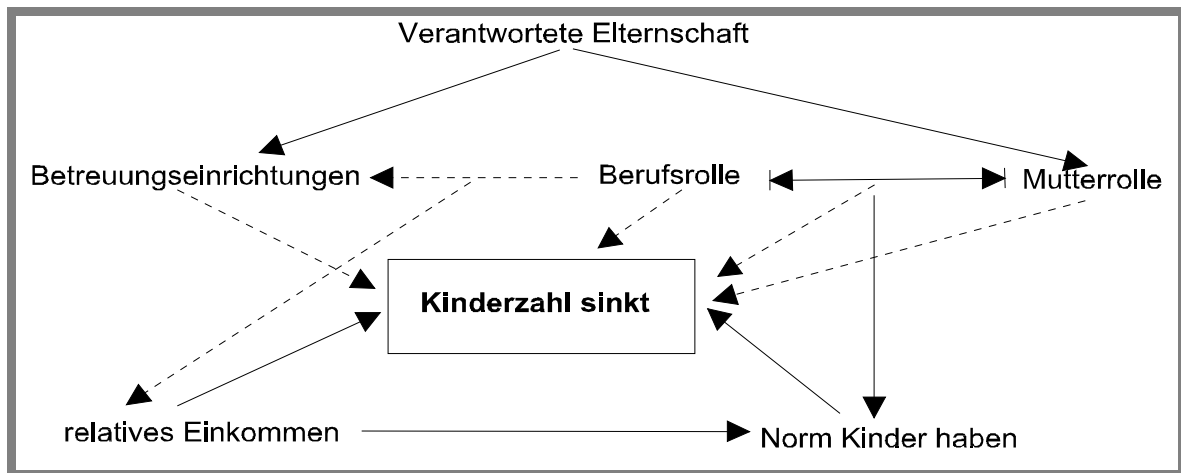


Abbildung 46: Institutionelle Faktoren einer Prognose der Fertilität

4.1.3 Kultureller Sinn

4.1.3.1 Der kulturelle Sinn der Zeit

In ökonomischen Modellen ist Zeit ein Kostenfaktor. Dabei kommt es zu Verzerrungen, da reine Uhrzeiten zugrundegelegt werden. Ähnliches kritisiert Lüscher aber auch für die Soziologie (Lüscher und Wehrspau 1986: 248). Tatsächlich ist die Relativität der Dimension Zeit in empirischer Forschung nur schwer operationalisierbar. Es sei hier nur auf folgende Probleme hingewiesen:

- Bei fast allen Aktivitäten sind Kosten- und Nutzelemente vermischt. Damit macht Zeitverwendung als Kostenfaktor oft wenig Sinn.
- Es kommt nicht nur darauf an, wie viel Zeit aufzuwenden ist, sondern auch darauf, wann dies zu geschehen hat. Die Flexibilität und Selbstbestimmbarkeit der Zeitverwendung ist ein ganz entscheidender Kostenfaktor.

Auch die für Kinderbetreuung aufzuwendenden Zeitanteile sind nicht als reine Kostenfaktoren zu verbuchen. Insofern hat die Zunahme dieser Zeit nicht unbedingt zu einer Verteuerung von Kindern geführt. Andererseits läßt sich Kindererziehung (aus normativen Gründen) immer weniger nebenbei erledigen (vgl. Münch 1990: 40). Wichtiger ist die Veränderung der Bewertung von Zeit innerhalb der Gesellschaft. Durch die Zunahme an Freizeit und die damit verbundenen neuen Aktivitäten wird Zeit auch im privaten Bereich 'wertvoller' (vgl. Schneider 1994: 240ff).

„For example, as new forms of leisure activity come into reach of many, the relative costs of spending this leisure time caring for others increases.“ (Lindenberg 1983: 464)

Dies betrifft vor allem jene Tätigkeiten, die nicht leicht substituierbar sind und damit nicht am Markt gehandelt werden können. So kann Haushaltstätigkeit teilweise durch bezahlte Hilfen

ersetzt werden, für Kinderbetreuung ist dies nicht so leicht möglich. Erschwerend kommt hinzu, dass Kinder eine langfristige Verpflichtung sind, bei denen auch das „wann“ und das Ausmaß der zeitlichen Einschränkung nicht von vornherein abzuschätzen sind. Weitreichende und nicht revidierbare Pflichten werden aber ungern eingegangen.

In den 80er Jahren wurde oft recht negativ von der „Freizeitgesellschaft“ gesprochen. Schwarz sah hier ein „Überangebot attraktiver Zerstreuungen für Erwachsene und ‚Spielzeugen für Erwachsene““ (Schwarz 1983: 408). Damit gerät Freizeit in Konkurrenz zu Kindern. Inwieweit hier von einem „Überangebot“ zu sprechen ist, kann die Soziologie nicht entscheiden. Tatsache ist, dass Freizeitoptionen in die Reichweite großer Bevölkerungsgruppen geraten und damit die individuelle Zeit allein durch diese Optionsvielfalt natürlich eine Verknappung erfährt. Auch Kiefl und Schmid nennen Freizeit als am häufigsten genannten Grund gegen Kinder (Kiefl und Schmid 1985: 296).

„Hinsichtlich der Aktualität des Kinderwunsches bestehen, bis auf eine Ausnahme, keine nennenswerten Unterschiede: Diejenigen, die kinderlos bleiben möchten, räumen der Freizeit den im Durchschnitt höchsten Stellenwert ein.“ (Schneewind und Vaskovics 1992: 91)

Ein Unterschied zeigt sich auch darin, dass potentielle Eltern glauben, diese Bereiche besser miteinander vereinbaren zu können – wohl auch auf Grund der geringen Ansprüche. Die Hälfte der Paare in der Bamberger Panel-Studie rechnet nicht mit Problemen (Schneewind und Vaskovics 1992: 88). Damit kommt den subjektiven Erwartungen zu diesem Problem sicher Bedeutung für die Entscheidung zum ersten Kind zu. Bei weiteren Kindern spielt dann wohl auch die Erfahrung mit der zeitlichen Belastung durch das erste Kind eine Rolle.

Dies sind allerdings nicht nur idiosynkratischen Unterschiede, da die Bedeutung der Freizeit für alle Bevölkerungsschichten nicht in gleicher Form gilt. Gerade auf dem Land z.B. sind noch andere Werte und Verhaltensmuster zu finden. Leider hat die Zeitallokationsstudie von Krüsselberg 1986 die ländliche Bevölkerung nicht berücksichtigt. Der Autor merkt an, dies habe wegen der Andersartigkeit getrennt zu erfolgen (Krüsselberg et al. 1986: 109). Dazu ist es aber leider nie gekommen. Krüsselberg erwartet sich von seiner Studie auch Aufschluß über Entscheidungen zum Kind, da allerdings die Studie nicht das Alter der vorhandenen Kinder kontrolliert, können viele Ergebnisse nicht interpretiert werden. Bei einigen Ergebnissen merkt der Autor selbst an, dies könne am Alter der Kinder liegen (Krüsselberg et al. 1986: 169).

„Weniger das gleichzeitige von Beruf und Familie, auch weniger die Mehrfachbelastungen der Eltern sind ausschlaggebend für Überforderung und Unzufriedenheit des Paares, sondern das Erleben individueller und familialer Ansprüche als Gegensatz und die Absicht, sie gleichzeitig und nebeneinander zu erfüllen.“ (Eggen 1994: 232)

Da der Tag aber eben nur 24 Stunden hat, ist auch von einer faktischen Knappheit der Ressource Zeit auszugehen. Ansprüche an Kinderbetreuung kollidieren somit sehr wohl einerseits mit Erwerbsätigkeit und Alltagsorganisation, aber auch mit der Partnerbeziehung. Auf

letzteres wird im folgenden Abschnitt noch näher eingegangen. Wie im vorigen Kapitel beschrieben, nehmen Eltern ihre Rolle heute sehr ernst. Besonders untersucht werden sollten deshalb Zeitentlastungen durch Grosseltern. Gerade Omas sind eine wichtige Ressource für Eltern.

Zum Geburtenrückgang:

Die Zunahme an Freizeit und damit Optionssteigerung hat sicher Einfluß auf den historischen Geburtenrückgang. Kinder sind in einer Welt, in der gerade Zeitverwendung nicht festgelegt sein soll, anachronistisch.

Zur differentiellen Fertilität:

Die Veränderung der Freizeit und Zeitbewertung hat sicher verschiedene sozioökonomische Gruppen zu unterschiedlichen Zeitpunkten erfaßt, sich aber heute wohl weitgehend durchgesetzt. Ausnahme sind eventuell Teile der Landbevölkerung. Unterschiedliche Einstellungen zu Zeit führen aber zu differentieller Fertilität

Prognose?

Eine Trendwende in diesem Bereich könnte durch neue Werte verursacht werden, die im folgenden Kapitel behandelt werden.

4.1.3.2 Partnerschaft: Qualität und Stabilität

Zwar werden in Deutschland viele Kinder außerhalb einer Ehe geboren, dennoch liegt auch hier in den meisten Fällen eine stabile Partnerschaft vor, die eine wichtige Voraussetzung für die Erfüllung des Kinderwunsches ist. Daneben kommt zwar auch das Phänomen der geplant alleinerziehenden Mutter vor, allerdings seltener als öffentliche Diskussionen dies vermuten lassen.

Nicht klar ist, ob das gestiegene Heiratsalter Lediger ein Indiz dafür ist, dass der Partner fürs Leben immer später gefunden wird (z.B. Mitterauer 1997: 14) oder dafür, dass die Eheschließung so lange aufgeschoben wird, bis ein konkreter Kinderwunsch vorliegt. Während Matthias-Bleck bei 46 untersuchten Eheschließungen nur 4 findet, die sie nicht als kindorientiert ansieht (Matthias-Bleck 1997: 12), finden sich im Bamberger Ehe-Panel „nur“ 56% kindorientierte Heiraten (Schneewind und Vaskovics 1992: 67). Es trifft wohl beides zu: Die Ansprüche an die Partnerwahl sind sehr hoch und damit wird eine Ehe unwahrscheinlicher und eher später eingegangen, aber auch diese Ansprüche haben etwas damit zu tun, ob man sich mit diesem Partner Kinder vorstellen kann.

„Wie sich herausstellte, ist das wichtigste Argument, das für oder gegen Kinder spricht, die Person des Partners und zwar – mit einer einzigen Ausnahme – für alle Untersuchungsgruppen und über alle Meßzeitpunkte.“ (Schneewind und Vaskovics 1992: 205)

Entsprechend verhält es sich mit der Zunahme der Scheidungen. Diese sind kein Beleg dafür, dass Beziehungen weniger wichtig geworden sind. Die Anforderungen an den Partner führen bei Enttäuschungen eben auch zum Abbruch der unbefriedigenden Beziehung. Hier soll die Scheidungsrate nicht näher untersucht werden, ihr kommt aber in bezug auf die Geburten zumindest in zwei Dimensionen eine wichtige Bedeutung zu:

- 1.) ist sie ein Symptom für die Verkürzung der in einer Beziehung verbrachten Dauer und senkt damit (zumindest für diejenigen, die eine stabile Partnerschaft als Voraussetzung einer Geburt ansehen) die Wahrscheinlichkeit einer Schwangerschaft (vgl. Klein 1990: 92); und
- 2.) führt sie zu Verunsicherungen, weil Stabilität durch die Ehe nicht mehr einfach vorausgesetzt werden kann, also durchaus auch das Scheidungsrisiko ins Kalkül der Familienplanung eingeht.

Ehe wird heute an sehr hohen emotionalen Ansprüchen gemessen (z.B. Nauck 1993: 47, Allensbach 1993: 79, deSingly 1994: 118ff). Schneider sieht sie vor allem in der DDR noch mehr hiermit „überfrachtet“ (Schneider 1994: 149). Neben dem romantischen Komplex „Liebe“ kommt der partnerschaftlichen Arbeitsteilung entscheidende Bedeutung für die Zufriedenheit mit der Beziehung zu (Allensbach 1993: 81). Dass beides durch die Anwesenheit von Kindern massiv gestört wird, dürfte zumindest für Familienforscher auf der Hand liegen. Die bei Shorter für die Postmoderne als zentral angesehene Sexualisierung der Paarbeziehung (vgl. Peuckert 1991: 174) wird durch Elternschaft entscheidend zurückgenommen. Aber auch andere Aspekte der Emotionalisierung (Kommunikation, gemeinsame Hobbys etc.) treten allein aus Zeitgründen in den Hintergrund. Um so wichtiger die eheliche Beziehung wird, um so mehr tritt das Kind in den Hintergrund und wird deshalb die Kinderzahl reduziert (vgl. Nerdinger et al. 1984: 479). So geht auch Lindenberg davon aus, dass die Bedienung des Bedürfnisses "affect" nun mehr über Partnerschaft gesucht und gefunden wird, und damit für Frauen eine Motivation zum Kind wegfällt (vgl. Lindenberg 1991: 47). Es kommt zu einer neuen Konkurrenzsituation: „Partnerschaft kontra Elternschaft“ (Herlth et al. 1994). Tyrell und Herlth sprechen mit Recht für die Systeme Familie und Partnerschaft von „zunehmender Dissonanz“ (Tyrell und Herlth 1994: 3).

„Daß diese Koppelung von vielen Familien in ihrem Alltag offenbar [...] 'geräuschlos' und 'unauffällig' praktiziert wird, daß diese Familien also nicht mit einem chronischen Differenz- oder Dissonanzbewußtsein von Partnerschaft und Elternschaft leben, trifft zu – und ist bemerkenswert.“ (Tyrell und Herlth 1994: 4)

Allerdings ist dies auch darauf zurückzuführen, dass Probleme in diesem Bereich nicht gern zugegeben werden (auch vor sich selbst nicht), weil die Individuen die strukturelle Bedingtheit nicht sehen und eine hohe Eigenverantwortung empfinden (vgl. Schneider 1994: 282). Kinder werden gewünscht, wenn sie nicht als Bedrohung der Partnerschaft empfunden werden:

„Am vorhersagekräftigsten für die realisierte Kinderzahl erwies sich der erwartete Nutzen für die Partnerschaft.“ (Gloger-Tippelt 1993: 35)

Aber auch die partnerschaftliche Arbeitsteilung verringert die Kinderzahlen. Widersprüche zwischen antizipiertem Verhalten und Wirklichkeit dürften hier vor allem bei der Entscheidung zum zweiten oder dritten Kind eine Rolle spielen. Es ist bekannt, dass Partnerschaften nach der Geburt eines Kindes zu einer Traditionalisierung der Aufgabenteilung tendieren.⁹⁸ Auch aufgrund dieser Erfahrung zeigen partnerschaftlich orientierte Paare eine „klare Tendenz zu lediglich einem Kind“ (Herzog et al. 1997: 345). Indem Herzog et al. hier eine Anpassung an die schlechte Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Kinderbetreuung sehen, verkürzen sie die Problematik. Auch die oben beschriebenen Probleme der Vereinbarkeit mit den hohen Ansprüchen an die Beziehung der Erwachsenen führt gerade bei „modernen“ Paaren zur Reduktion der Kinderzahl.⁹⁹ Allerdings dürfte auch die Einstellung zur Erwerbstätigkeit der Frau für Konflikt nach der ersten Geburt führen: In der Bamberger Studie wurden hierzu nur 44% Paare mit übereinstimmenden Vorstellungen gefunden (Schneewind und Vaskovics 1992: 117). Ob Kinder für Paare prinzipiell zu einer Krisensituation in ihrer Beziehung führen, ist sehr lange und kontrovers diskutiert worden (z.B. Cowan and Cowan 1988: 114ff). Sicher ist, dass die Zentrierung der Partner auf die Paarbeziehung durch ein Kind aufgebrochen wird.

Insgesamt führen die beschriebenen Entwicklungen zu folgenden Problemen in der Entscheidungssituation:

- Wenn Kinderlosigkeit immer mehr zur Option wird, kann leicht Uneinigkeit in der Frage auftauchen. Die antizipierten Intentionen des Partners spielen aber eine wichtige Rolle (vgl. Schoen et al. 1999: 798).¹⁰⁰
- Selbst Paare, die eine ganz „traditionelle“ Einstellung zu Ehe und Familie haben, werden durch die hohen Scheidungsraten verunsichert. Sich auf die Ehe als Versorgungsinstitution zu verlassen wird für Frauen riskant.¹⁰¹ Umgekehrt können Männer nicht davon ausgehen, ihre Kinder für immer zu haben. Letzteres Problem ist kaum erfaßt.

Diese Veränderungen führen dazu, dass es bei der Entscheidung zum Kind wohl immer häufiger zu einem ganz bewußten Kalkulieren der persönlichen Folgen kommt. Dabei ergibt sich das bekannte Kooperationsproblem strategischen Handelns: Jeder der Partner versucht, seinen Nutzen zu optimieren. Da Sorge für die Familie ein beziehungspezifisches Kapital ist, zahlt es sich bei Scheitern der Beziehung kaum aus (vgl. England and Farkas 1986: 55f). Da aber ein

⁹⁸ Wobei die Arbeitsteilung meist nur in den Einstellungen partnerschaftlich ist, faktisch jedoch kaum (Garhammer 1996: 328). Diese Diskrepanz dürfte bei der mit einem Kind anfallenden Arbeit recht deutlich werden.

⁹⁹ Habich und Berger-Schmitt sehen diese Problematik auch nicht, wenn sie Ehe/Partnerschaft und Familie gemeinsam mit anderen Lebenszielen korrelieren, aber nicht miteinander vergleichen (1999: 157f).

¹⁰⁰ Ein dyadisches Entscheidungsmodell findet sich bei von Rosenstiel et al. 1986: 62ff; Vorstudien hierzu Nerdinger et al. 1984: 464ff.

„Vertrag“ über bspw. Arbeitsteilung nach Geburt des Kindes nicht garantiert werden kann, kommt es zu suboptimalen Entscheidungen (vgl. Kohlmann und Kopp 1997: 264). Das Problem entspricht der Struktur eines Prisoner's Dilemma. Es kann auch zu einem Game of Chicken kommen, wenn keiner der Partner auch nur zugeben will, einen Kinderwunsch zu haben, aus Angst, dann auf die Versorgung des Kindes festgelegt zu werden.

„Die Ineffizienz familialer Entscheidungsprozesse ist also im wesentlichen auf den unzureichenden Schutz vor der Abschöpfung von Quasirenten zurückzuführen [...]“ (Ribhegge 1993: 80)

In ihrer Reaktion auf diese Probleme können verschiedene Typen gegenübergestellt werden, die eventuell bestimmten sozialen Gruppierungen zuzuordnen sind. Ein Versuch in dieser Richtung findet sich im Milieuvergleich bei Koppetsch und Burkart (Koppetsch und Burkart 1999). Dabei ist allerdings der ländliche Raum zu wenig untersucht. Herzog et al. z.B. untersuchen nur Städte, weil dies auf dem Land sehr schwierig wäre (Herzog et al. 1997: 6).

Es ist anzunehmen, dass es immer mehr zu einer Ausdifferenzierung kommt: die, die keine Kinder wünschen, heiraten immer seltener. Die, die „kindorientiert“ heiraten, nehmen die Beziehung zum Kind sehr wichtig, was eventuell zu einem Absinken der Scheidungszahlen führen könnte.¹⁰² Auf der anderen Seite entwickelt sich eventuell ein Modell der Mutterfamilien, die die genannten Probleme von Anfang an vermeiden oder Männer, die keine Verantwortung übernehmen, „sozusagen abstoßen“ (Tyrell und Herlth 1994: 9).

Zum Geburtenrückgang:

Der zweite Geburtenrückgang ist sicher auch auf stärkere Partnerzentrierung zurückzuführen. Im Sinne von Ariés ist innerhalb der Familie „König“ Kind damit entthront.

Zur differentiellen Fertilität:

Die unterschiedlichen Partnerschaftstypen sind eine Erklärung der differentiellen Fertilität. Leider ist diese Erklärung aber selbst erklärungsbedürftig.

Prognose?

Es sieht so aus, dass in bezug auf Partnerschaft, Arbeitsteilung und Rolle der Frau eine Art Schneeballeffekt eintreten könnte:

„Thus it seems that women's housework role has been institutionalized to the point that it has virtually taken on a life of its own, unresponsive to household variations in potential efficiency, male power, or ideology. This illustrates the 'lumpiness' of social change that we presented as a feature of the world of implicit contracts. Such contracts amalgamate packages of exchange between individuals into indivisible 'bundels' not fluidly responsive to changes occurring outside them. Yet this same 'lumpiness' implies that if change does get rolling within this sphere, it might pick up speed dramatically.“ (England and Farkas 1986: 99)

¹⁰¹ Fux beschreibt dies noch 1994 als Option (Fux 1994: 308)

¹⁰² So z.B. Babka von Gostomski 1998: 173; Dorbritz und Gärtner 1998 gehen von einem Einpendeln der Scheidungszahlen auf hohem Niveau aus: 458.

4.1.3.3 Wertewandel: Postmaterialismus und Individualisierung?

Kulturelle Werte überlagern strukturelle Aspekte. So zeigt sich in neueren Analysen, dass nicht mehr die Konfession, sondern nur noch die religiöse Bindung mit der Kinderzahl korreliert (vgl. Höpflinger 1997: 64 und von Rosenstiel et al. 1986: 156). Damit verlagert sich die Bedeutung der Religion in einen persönlichen Bereich. Interessant wird also, welche Bedeutung die Betroffenen bestimmten Werten und Lebensbereichen zumessen. Diese persönlichen Werte unterliegen aber auch kulturellen Mustern, die situationsdefinierend sind und deshalb nicht in der Handlungslogik selbst abgehandelt werden. Lässt sich nun ein grundlegender „Wertewandel“ in unserer Gesellschaft beobachten? Zwei größere Ansätze hierzu liegen vor:

- die Annahme einer Individualisierung, die im weitesten Sinne „eogistische“ Präferenzen in den Mittelpunkt stellt; und
- die These, die postmoderne Gesellschaft zeige eine Verstärkung „postmaterieller“ Wertmuster.

In den ersten Komplex lässt sich die These von Ariés, der zweite Geburtenrückgang sei auf eine Egozentrierung der Erwachsenen zurückzuführen, einordnen (vgl. van de Kaa 1997: 41).

„Die Geschichte des Zweiten Demographischen Übergangs ist der Darstellung ihrer Verfechter nach die Theorie des ideellen und kulturellen Wandels. Was den zweiten Übergang vom ersten unterscheidet, ist genau diese vorherrschende Beschäftigung mit Selbstverwirklichung, persönlicher Wahlfreiheit, persönlicher Entwicklung und Lebensstil, sowie Emanzipation, wie sie sich in der Familiengründung, Einstellungen gegenüber Geburtenbeschränkung und der Motivation zur Elternschaft darstellt.“ (van de Kaa 1997: 41)

Persönliche Einstellungen werden dabei von „gesellschafts“-dominierten Wertsystemen“ bestimmt, gemeinschaftliche Werte treten in den Hintergrund (vgl. van de Kaa 1997: 40). Zweck-Mittel-Kalkulationen und damit rationale Entscheidungen werden zur Norm. Andere Normen erodieren, da die Individualisierung auch mit einer „zunehmenden Toleranz gegenüber anderen Verhaltensformen“ einhergeht (van de Kaa 1997: 40).

Der zweite Ansatz ist mit dem Namen Inglehart verbunden. Er selbst sieht in seiner Theorie eine Erklärung für den „dramatischen Rückgang der Geburtenrate in Westeuropa“ (Inglehart 1995: 301). Inglehart postuliert einen Wandel von materialistischen zu postmaterialistischen Werten und damit im Gegensatz zur Individualisierungstheorie schwindende Bedeutung des „homo oeconomicus“ (Inglehart 1995: 497).¹⁰³ Modelltheoretisch aber können diese Werte natürlich durchaus in ein RC-Modell integriert werden. Sobald diese Werte soweit verbreitet sind, dass sie kulturbestimmend sind, verändern sie die sozialen Produktionsfunktionen. Da diese Werttypen sehr eng mit dem Bildungsstand korrelieren, geht Inglehart davon aus,

¹⁰³ Zu Inglehart vgl. Maag 1992: 622ff.

„[...] daß die Wertvorstellungen eines Menschen viel eher die Bedingungen widerspiegeln, die er vor vielleicht zehn oder zwanzig Jahren während seiner formativen Jahre erlebt hat, als seine jüngsten Erfahrungen.“ (Inglehart 1995: 215)

Inglehart nimmt an, dass der Wandel von den materiellen zu den postmateriellen Werten geht und es dabei zwar Durchgangsstadien gibt, die beiden Wertvorstellungen sich aber ausschließen. Für ihn spricht vieles

„[...] dafür, daß wir einen umfassenden kulturellen Wandel erleben, durch den eine Weltanschauung durch eine andere ersetzt wird. Ob sich dieser umfassende kulturelle Wandel tatsächlich vollzieht, ist empirisch noch nicht nachgewiesen.“ (Inglehart 1995: 489)

Der Ansatz hat viel Kritik erfahren. So fanden Klein und Pötschke starke Schwankungen (Klein und Pötschke 2000: 208). Sie gehen davon aus, dass diese Werte durchaus auch gleichzeitig wichtig sein können (Klein und Pötschke 2000: 204):

„Und tatsächlich läßt sich seit Mitte der achtziger Jahre die Entstehung einer neuen Wertdimension betrachten, die inhaltlich als Hedo-Materialismus interpretiert werden kann.“ (Klein und Pötschke 2000: 205)

Die Autoren führen dies darauf zurück, dass die materiellen Werte durch geänderte Strukturen nicht mehr an traditionelle Werte gebunden sind und mehr als Mittel zur „Selbstentfaltung“ gesehen werden (Klein und Pötschke 2000: 206). Gloger-Tippelt findet die höchsten Kinderwünsche und -zahlen bei Paaren, die beide postmaterialistische Orientierungen aufweisen (Gloger-Tippelt 1993: 38). Zu ähnlichen Ergebnissen kommt die Bamberger Studie:

„Die individuellen Präferenzsysteme sind so ausgerichtet, daß ein ausgeprägtes Wohlstandsstreben eine hohe Distanz zur Elternschaft bedingt und umgekehrt eine große Nähe zur Elternschaft ein geringes Wohlstandsstreben voraussetzt oder erfordert.“ (Schneewind und Vaskovics 1992: 90)

Bertram weist allerdings darauf hin, dass sich diese Einstellungen mit dem Familienstand verändern (Bertram 1992: 234; ähnlich Bien 1996: 257f). Damit könnten diese Werte kaum als „Ursache“ für Geburtenrückgang herangezogen werden.

„Personen mit postmaterieller Orientierung unterscheiden sich von anderen hinsichtlich ihres Kinderwunsches oder der Einstellung zu Kindern nicht. Wenn also der Wertewandel eine Bedeutung für die Ehe, die Familie, die beruflichen Orientierungen und auch die Einstellungen zur Erziehung hat, so hat er scheinbar weniger Bedeutung für die Einstellung zu Kindern. Hier müssen andere Faktoren eine Rolle spielen.“ (Bertram 1991: 443)

Der beste Ansatzpunkt für eine kulturelle Erklärung generativen Verhaltens scheint mir bei Lesthaeghe gegeben zu sein. Er geht von einer Verbindung von materiellen und postmateriellen Werten aus:

„Die Zunahme an Freiheitlichkeit (bzw. individueller Autonomie, 'Postmaterialismus'...) geschieht gleichzeitig mit der Zunahme der Ausrichtung auf den Markt, das Karrierestreben, den Konsum.“ (Lesthaeghe 1992: 326)

Die damit entstehende Veränderung des generativen Verhaltens führt er auf „gesellschaftliche Akzeptanz der Sexualität“, „größere moralische und individuelle Autonomie“, „Stärkung der Zweierbeziehung“ u.a. zurück. Dies bildet einen Wertkomplex, der für Lesthaeghe einen unumkehrbaren Rückgang der Geburten verursacht (Lesthaeghe 1992: 349f).

Wenn man von der Vorstellung der Produktion der Grundgüter ausgeht, kann man zu folgender Sicht kommen: Die Befriedigung physischen Wohlbefindens ist heute deutlich einfacher als früher, damit sind zwar auch die Ansprüche in diesem Bereich gestiegen, aber mit ihrer relativ einfachen Bedienung sinkt für viele die Bedeutung materieller Werte. Die Befriedigung des Bedürfnisses nach psychischem Wohlbefinden ist dafür komplizierter geworden. Sowohl Identität als auch soziale Anerkennung sind schwierig zu bekommen. Anerkennung finden Menschen kaum mehr als „Vollperson“, sondern jeweils in der Rolle, die sie gerade spielen. Die Ausdifferenzierung der modernen Gesellschaft führt dazu, dass Anerkennung komplexer und auch flüchtiger geworden ist. Damit geraten „Selbstverwirklichung“ (zur Befriedigung des Bedürfnisses: Identität) und „Karrierestreben“ (zur Befriedigung des Bedürfnisses: soziale Anerkennung) in Konkurrenz zu Kindern. Deshalb geht Lesthaeghe davon aus, dass Paare Geburten aufschieben und auch die Kinderlosigkeit noch zunimmt (Lesthaeghe und Meekers 1986: 262). Diese Konkurrenz kann verschieden gelöst werden.

Huinink nennt drei Typen: „traditionell“, „post-traditionell“ und „halb-traditionell“ orientierte Partnerschaften (Huinink 1989: 196ff). Dabei haben die ersten meist mehrere Kinder, die letzteren tendieren zu einem Kind, weil beide Wertsphären vereinbar sein sollen (Huinink 1989: 196). Dagegen kann in „post-traditionellen“ Partnerschaften sowohl Kinderlosigkeit als auch eine hohe Zahl von Kindern resultieren. Dies liegt daran, dass hier nicht anhand von Normen entschieden wird (Huinink 1989: 197). Bestätigt sieht Huinink diese These dadurch, dass in der jüngsten untersuchten Kohorte die Paare mit der höchsten Bildung (anhand deren er die Wertmuster operationalisiert) zwar eine hohe Kinderlosigkeit aufweisen, bei einem Kind aber auch die Wahrscheinlichkeit für ein zweites hoch ist (Huinink 1989: 198). Fraglich ist, ob dies nicht genauso gut auf die oben beschriebene schlechte Vereinbarkeit von Ausbildung, Beruf und Kinderbetreuung zurückzuführen ist.

Huinink geht insgesamt von einer weiteren Verbreitung der Kinderlosigkeit sowie „einer Dominanz der Ein-Kind-Familie“ aus (Huinink 1989: 192). Dies wäre natürlich gerade nicht zu erwarten, wenn seine Auffassung der „post-traditionellen“ Partnerschaft sich durchsetzen würde.

Zum Geburtenrückgang:

Der Wertewandel in der westlichen Welt ist wohl eher auf die gleichen Gründe zurückzuführen, auf denen auch der Geburtenrückgang beruht: die technisch-ökonomische Entwicklung. Dennoch kommt ihm natürlich als intermediärer Faktor Bedeutung zu.

Zur differentiellen Fertilität:

Die Postmaterialismus-These trägt kaum zu einer Erklärung bei, da diese Orientierung vom Familienstand mitbestimmt wird und die Ergebnisse ansonsten widersprüchlich sind. Der

Individualisierung im Sinne von Eigenverantwortlichkeit und Optionssteigerung kommt sicher mehr Bedeutung zu. Vor allem Vorstellungen von Selbstverwirklichung können mit Kindern in Konflikt geraten.

Prognose?

Mit einem Wertewandel, der eine Zunahme von Geburten verursacht, dürfte kaum zu rechnen sein. Auszuschließen ist er natürlich nicht. Er könnte als Retraditionalisierung eintreten, denkbar sind aber auch neuere progressive Formen von Familienbildung.

4.1.3.4 Zusammenfassung

Von den kulturellen Faktoren sind zum Geburtenrückgang die Bedeutung der Zeit und die Partnerschaftszentrierung hervorzuheben:

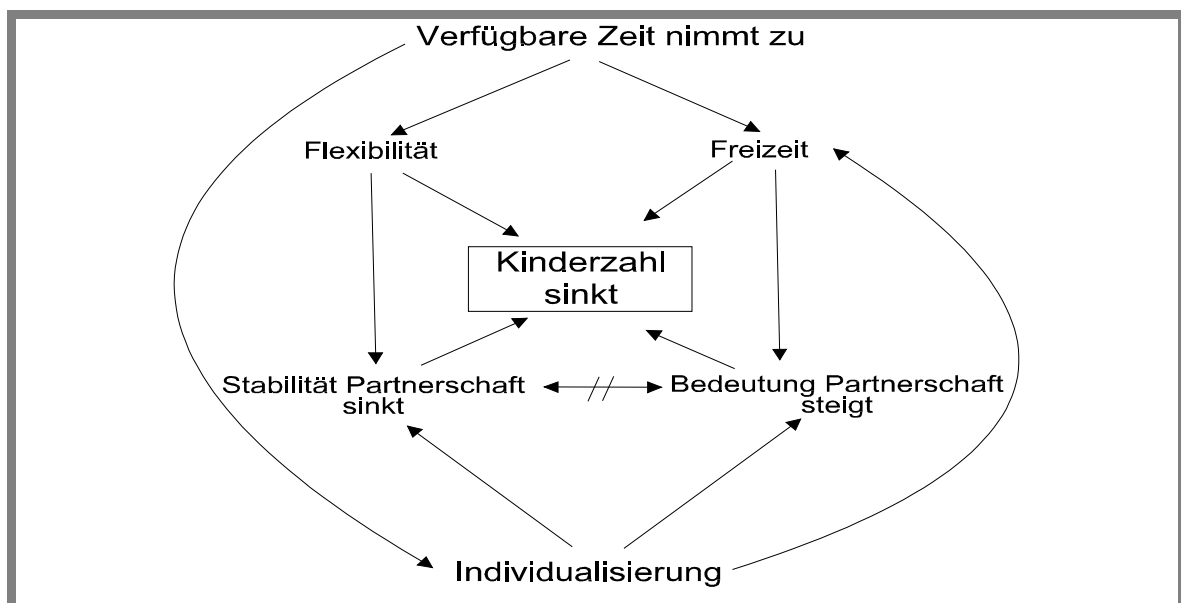


Abbildung 47: Kulturelle Faktoren des Geburtenrückgangs

Auch heute geraten Freizeit und Partnerschaft in Konflikt mit Elternschaft. Ihr Stellenwert für die Betroffenen wirkt sich als differentielle Fertilität aus.

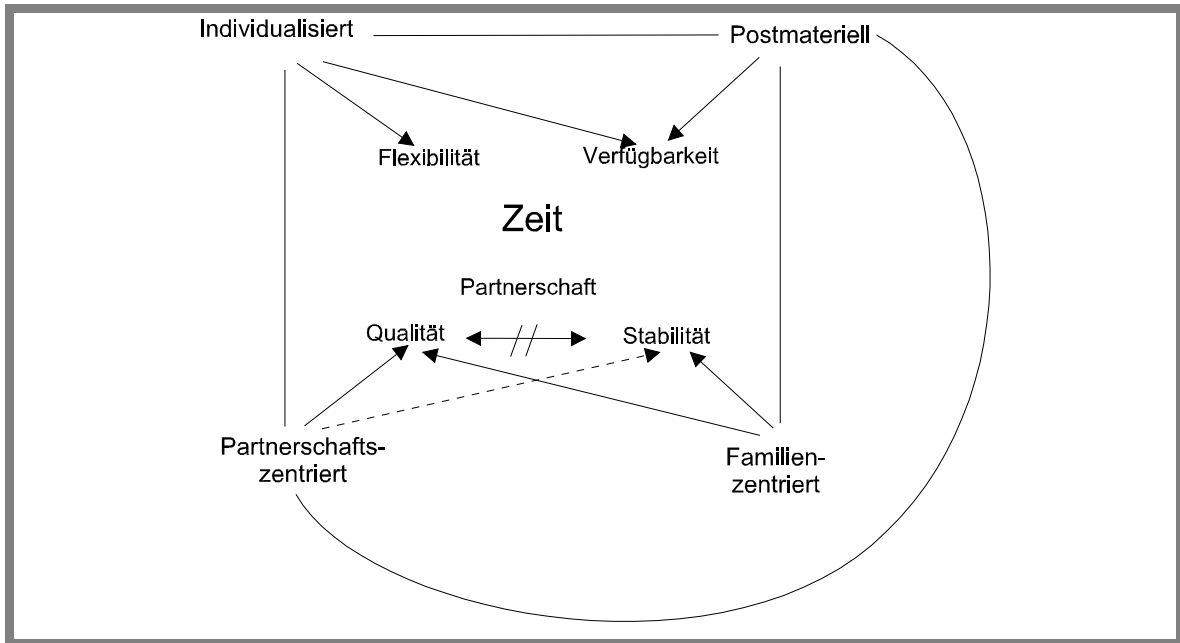


Abbildung 48: Kulturelle Faktoren der differentiellen Fertilität

Noch überdeckt der Mythos von „der“ Familie, die beides: Eltern-Kind-Beziehung und Partner-Beziehung umfasst, diesen Konflikt, es ist aber davon auszugehen, dass er langfristig immer mehr Menschen bewußt wird. Insgesamt sind die genannten Faktoren als Verschärfung der institutionellen Probleme zu sehen: fehlende Betreuungseinrichtungen, widersprüchliche Normen und hohe Anforderungen an Elternschaft werden bei hoher Bewertung von Freizeit, Partnerschaft und Selbstverwirklichung natürlich besonders negativ empfunden.

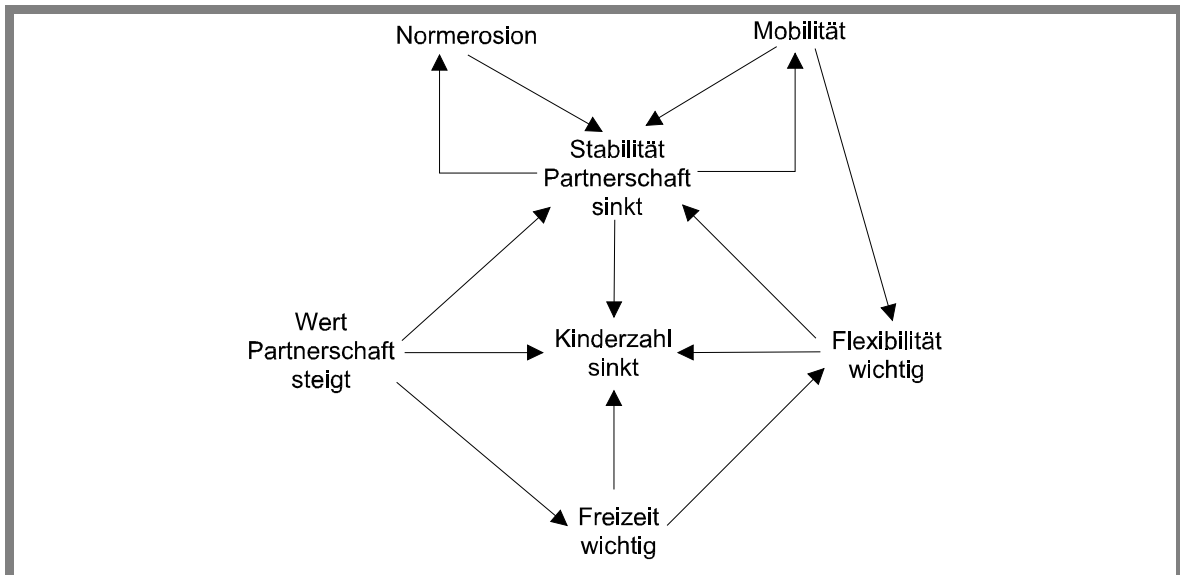


Abbildung 49: Kulturelle Faktoren einer Prognose der Fertilität

4.1.4 Logik der Situation generativer Entscheidungen

Die Betrachtung der Situationslogik hat zwar zu einigen plausiblen Erklärungen des Geburtenrückgangs geführt, die differentielle Fertilität allerdings ist durch diese Faktoren kaum zu erklären. Die Zusammenhänge zwischen den einzelnen Variablen sind so komplex, dass es zu Überlagerungen kommt, die nicht auflösbar sind. Gezeigt hat sich, dass sowohl Preise, als auch Ressourcen oder Optionen keine „Fakten“ an sich darstellen, sondern erst in ihrer normativen und kulturellen Bedeutung handlungsleitend werden.

4.2 Handlungstheoretischer Kern

4.2.1 Logik der Kognition

4.2.1.1 Normkonformität: Kinder als „Selbstverständlichkeit“ II

„The first stage determines whether or not a decision is made. If no decision is to be made than behaviour is based on some previously determined pattern, routine or rule.“
(Leibenstein 1980: 40)

Von gewohnheitsmäßigem Verhalten kann in der Entscheidung zum Kind nicht ausgegangen werden. Allerdings können soziale Muster vorliegen. Wenn die Verankerung der Muster so stark ist, dass ein Zuwiderhandeln harte Sanktionen nach sich zöge, kommt es zu normativen Vorgaben, die es sich gar nicht zu reflektieren lohnt. Dies geschieht erst, wenn die Kosten der Handlung stark steigen, oder neue Optionen sichtbar werden. Damit kann Normen wie beschrieben eine Filterfunktion zukommen, die nicht nur die prinzipielle Entscheidung zum Kind, sondern auch die Entscheidung der Kinderzahl bestimmt.

„How many kids to have? Rather than comparing the costs of children with the utility they expect to receive from them (as neoclassical orthodoxy suggests) couples might just have the same number as everybody else.“ (Folbre 1994a: 22).

Diese Konformität dürfte sich für verschiedene Bevölkerungsgruppen anders darstellen. Das soziale Umfeld der Nachbarschaft spielt bspw. auf dem Land eine größere Rolle als in der Stadt. Damit ist Peuckerts Aussage, Kinder seien nicht mehr „selbstverständlich“ (Peuckert 1991: 204) zu relativieren. Für manche Gruppen ist Elternschaft selbstverständlich: dies beschreiben Burkart und Kohli für das Arbeitermilieu (Burkart und Kohli 1992: 243). Am wenigsten normkonform verhält sich in dieser Hinsicht das Milieu der „technischen Vernunft“, hier gibt es die höchste Zahl an Kinderlosen (Burkart und Kohli 1992: 249).

Es ist somit Klein zuzustimmen, daß „nicht eine abnehmende Institutionenabhängigkeit, sondern eine zunehmende Unterschiedlichkeit individuell starker Institutionenabhängigkeiten“ vorliegt (Klein 1990a: 48). Diese hängt durchaus auch von sozialen Merkmalen ab und liegt nicht nur an der Persönlichkeitsstruktur. Allerdings ist der Komplex wenig erforscht:

„Jede einzelne Frau, jeder Mann und jedes Paar nehmen die dargestellten gesellschaftlichen Veränderungen und kulturellen Normen in Zusammenhang mit der Kinderfrage mehr oder weniger bewußt wahr und werden durch sie beeinflusst. Welche direkte oder vermittelnde Rolle gesellschaftliche Normen jedoch für den ‚Entwurf eines eigenen Lebenskonzeptes‘ und für die Planung von konkreten Handlungen in Zusammenhang mit dem Kinderwunsch auch für deren Realisierung spielen, ist schwer zu bestimmen.“ (Gloger-Tippelt 1993: 49)

Für diejenigen, für die die Norm Kinder zu haben, nicht als Filter auftritt, bilden Normen sehr komplexe Entscheidungsfaktoren. Beachtet werden muß eben auch die Konkurrenz zwischen den Normen. Ausbildung und Beruf für Frauen ist nicht nur eine Option, die die Entscheidung für Kinder erschwert, sondern selbst eine normative Vorgabe. Konflikt zwischen Normen muß aber erstens notwendig zur Schwächung ihrer Geltung führen, aber auch zu konfliktvermeidendem Verhalten, d.h. Aufschub. Dieser ist für die Familiengründung leichter als für Ausbildung und Beruf. Damit läßt sich die Problematik nicht auf zunehmende „Egozentrierung“ reduzieren wie bei Ariés (vgl. zu Ariés van de Kaa 1997: 41). Es handelt sich weniger um ein Normvakuum, in dem nun die persönlichen Vorlieben in den Mittelpunkt rücken, als um ein umstrukturiertes Nebeneinander bestimmter Normkomplexe. Durch die Norm Verantworteter Elternschaft wird die Norm Kinder zu haben außerdem erodiert. Damit muss auch starke Normkonformität nicht mehr unbedingt zur Selbstverständlichkeit des Kinderhabens führen. Während der Typ „Kinder als Selbstverständlichkeit“ „nur“ über das Timing der Kinder entscheiden muss, kann ein allgemein normorientiertes Verhalten zu durchaus unterschiedlichen Entscheidungen in der Familienplanung führen.

Insgesamt ist davon auszugehen, dass traditionales Verhalten als kulturelles Muster eher unwichtiger wird. Dies auch deshalb, weil über die Verantwortungszuweisung gewisse Bedingungen der Elternschaft kalkuliert werden müssen.

„Das Individuum erfährt dabei, daß es für sich selbst verantwortlich ist, die Konsequenzen selbst tragen und später vor sich selbst (ggf. den Kindern) rechtfertigen muß.“ (Lüscher und Engstler 1990: 413; vgl. Herzog et al. 1997: 26)

Die „Entkoppelung“ der Komplexe Sexualität-Fortpflanzung führt dazu, dass Kinder den Eltern als Folge einer bewußten Entscheidung verantwortlich zugerechnet werden.

„Der gesamte Normenkomplex Elternschaft-Partnerschaft zerfiel dabei in eine Reihe möglicher Kombinationen von Teilkomplexen, deren Wahl für den individuellen Lebensweg einen immer stärkeren Gestaltungsraum für den einzelnen Handelnden erlaubt. Dies gilt insbesondere für die weiblichen Lebenswege. Sinnzusammenhänge und normative Vorgaben haben zunehmend nur noch partikuläre Bedeutung und sind kombinierbar.“ (Gerlach 1996: 37, vgl. Hettlage 1992: 91)

Damit ist die Entscheidung zum Kind nicht mehr als selbstverständliches Muster vorgegeben, sondern soll in einer individuellen Abwägung erfolgen:

„Die Vorstellung einer Planungs- und Entscheidungsmöglichkeit hat nachhaltige Folgen für die Biographie von Frauen. Sie bringt nicht nur den Zwang zur

Entscheidung hervor, sondern auch neue Verantwortlichkeiten für die Folgen der Entscheidung.“ (Pieper 1994: 27)¹⁰⁴

Einmal in Gang gekommen, gewinnt die Rationalisierung aller Lebensbereiche dabei eine Zwangsläufigkeit, die sie irreversibel macht (vgl. schon Schmid 1984: 63). Die genaue Planung des Lebenslaufs wird selbst zur Norm.

Zum Geburtenrückgang:

Der Geburtenrückgang ist auch durch Rationalisierung von Entscheidungen zu erklären. Diese steht mit der Optionszunahme in einem interdependenten Verhältnis und führt dadurch zu Verstärkereffekten. Das Auseinanderfallen von Normen hat für Frauen sicher zu einer geringeren Normorientierung geführt. Damit verliert die Norm Kinder zu haben ihre Funktion als „baseline“, jenseits derer erst individuelle Motivation greift (vgl. von Rosenstiel 1978: 169).

Zur differentiellen Fertilität:

Die differentielle Fertilität kann durch mehr oder weniger normorientiertes Verhalten vielleicht beschrieben werden, der Zusammenhang mit Strukturvariablen ist aber so komplex, dass er (bisher) nicht klärbar ist.

Prognose:

Der Erosion von Normen kommt sicher eine Eigendynamik zu, die einmal in Gang gesetzt zu Verstärkereffekten führt. Ob sich eine neue „passende“ Norm zu Lebenslauf, Beruf, Familienplanung herausbildet, ist noch nicht klar, aber doch (zumindest kurzfristig) eher unwahrscheinlich.

4.2.1.2 Einstellungen und Lebenslauf: Kinder als „Sinn“

Kritik an rationalen Modellen kommt vor allem von jenen Soziologen, die biographischen Bedingungen und Identität einen höheren Stellenwert einräumen:

„Wäre es nicht besser, die Vernünftigkeit einer Entscheidung daran zu messen, ob sie in Einklang mit meinem Selbstbild ist, in Einklang mit meinen moralischen Prinzipien, in Einklang mit emotionalen Bedürfnissen?“ (Burkart 1994a: 74)

Da aber die Faktoren Moral, Emotionen und Selbstbild sich durchaus auch widersprechen können, bzw. über verschiedene Optionen realisierbar sind, muss es auch hier zu einer Prioritätensetzung kommen. So geht Engstler davon aus, dass in Zukunft das Abwägen sowohl

¹⁰⁴ Ähnliche Überlegungen finden sich schon bei Schumpeter (1946), der eine „Auflösung der bürgerlichen Familie“ beobachtet (Schumpeter 1993: 253), die er in Zusammenhang sieht mit „der Rationalisierung des gesamten Lebens“ als einer „Wirkung der kapitalistischen Entwicklungen“ (Schumpeter 1993: 254). Durch diese Kalkulationen wird erst klar, mit welchen „persönlichen Opfern“ Elternschaft verbunden ist, erst jetzt wird Elternschaft bewußt mit anderen Optionen verglichen (Schumpeter 1993: 254f): „Was den Lebensstil anlangt, so vermindert die kapitalistische Entwicklung die Wünschbarkeit der bürgerlichen Häuslichkeit und bietet dafür andere Möglichkeiten.“ (Schumpeter 1993: 256)

materieller, als auch psychischer Vor- und Nachteile weiterhin zunehmen wird (Engstler et al. 1992:66).

Ist die Entscheidung allerdings einmal gefallen, erfolgt ein „commitment“, damit wird eine Revision nicht mehr erwogen (Bagozzi and VanLoo 1991: 120). Da die Lebensplanung zentral auf Familie ausgelegt ist, kann es zu sunk-cost Effekten kommen.

„Der Skriptansatz würde in diesem Fall nahelegen, daß Akteure zu einem bestimmten Zeitpunkt eine grundsätzliche Entscheidung zugunsten oder gegen eine Familie treffen und daran ihre weitere Lebensplanung orientieren.“ (Huinink 1995b: 158)

Damit kann nicht kurzfristig auf geänderte sozio-ökonomische Bedingungen reagiert werden: die grundsätzliche Entscheidung führt zu Investitionen in den entsprechenden Partnerschaftstyp, deren Kapital dann verlorenginge. Außerdem wäre eine Änderung identitätsbedrohend.

Im Gegensatz zu Essers Modell spielt in den bisherigen Überlegungen die Identität als ein Grundbedürfnis eine wichtige Rolle. Es wird davon ausgegangen, dass Entscheidungen, die nicht in Einklang mit Biographie und Selbstbild stehen, Dissonanzen und damit Kosten verursachen. Umgekehrt kann die Biographie zu selbstverständlichen Mustern führen, die Komplexität reduzieren und damit Kosten sparen. Ähnliches gilt für die Zugehörigkeit zu bestimmten Milieus.

Identität und Werteinstellungen spielen aber auch bei den Entscheidungen über Abtreibung und Reproduktionsmedizin eine wichtige Rolle. Dies ist weitgehend unerforscht.

Zum Geburtenrückgang:

Der Geburtenrückgang führt zur Optionssteigerung und damit dem Nebeneinander unterschiedlicher Skripte. Diese Skripte wirken damit verstärkend zurück auf den Geburtenrückgang.

Zur differentiellen Fertilität:

Hier sind gerade milieu- und lebenslaufspezifische Untersuchungen sehr vielversprechend. Eine Rückführbarkeit auf Strukturdaten ist unwahrscheinlich.

Prognose?

Eine weitere Differenzierung kann natürlich auch zu einem erneuten Ansteigen der Geburtenzahlen führen, indem sich Milieus herausbilden, in denen Kindern ein sehr hoher Wert zugesprochen wird.

4.2.1.3 Antizipierte Aufgaben: Kinder als Verantwortung

Von den normativen Aufgaben, die heute mit dem Begriff „Verantwortete Elternschaft“ beschrieben werden, war schon die Rede. Bei der Entscheidung zur Elternschaft kommt es hier

auf die Erwartungen der Betroffenen an, d.h. einerseits die subjektive Wahrnehmung der mit diesen Normen verbundenen Aufgaben, andererseits die Bereitschaft, diesen Normen auch zu folgen. Letzteres wurde an anderer Stelle besprochen.

Elternschaft ist nach Schülein „heute [...] (fast) ein lebensfüllendes Programm“ (Schülein 1990: 35). Damit ist die erste Besonderheit dieses Aufgabenkomplexes angesprochen. Er setzt einen zeitlich sehr langen Rahmen. Dabei verändern sich die Aufgaben ständig, d.h. es sind immer neue Anpassungsprozesse der Eltern nötig (vgl. Kreppner 2000: 178). Die meisten Eltern nehmen heute ihre Aufgabe sehr ernst:

„Was früher nur ein Nebenprodukt eines gesellschaftlichen Prozesses war, der das Weiterleben sicherte, nimmt heute bei den Eltern die erste Stelle ein. Sie neigen zu der Ansicht, ihre Hauptaufgabe bestehe darin, für das seelische Wohlbefinden der Familie zu sorgen.“ (Bettelheim 1987: 318)

Der Rückgang existentieller Sorgen macht damit auch den Weg frei für neue Aufgaben, die dann wieder zu Zwängen werden (können). So wird berichtet, dass das Erziehungsverhalten heute weit weniger autoritär als noch vor einer Generation ist (Schneewind und Ruppert 1995: 141ff). Das macht Erziehung sicher nicht einfacher. Damit ist allerdings noch nichts darüber ausgesagt, ob Eltern diese Aufgaben auch korrekt antizipieren:

„Especially if we are interested in families, we need to know not only what parents think children will be like, but also what they think life with a child will be like. Such expectations have been neglected as research topics, even though they are widespread and seem to have effects both on people's actions and on their sense of satisfaction or discontent.“ (Goodnow and Collins 1990: 23)

Goodnow und Collins weisen auf die großen kulturellen Unterschiede in Umfang, Aufteilung und Wichtigkeit dieser Aufgaben hin (Goodnow and Collins 1990: 33ff). Ähnlich unerforscht und wohl noch schwieriger zu fassen ist die Frage, inwieweit diese Aufgaben einfach als Kosten und nicht doch als Nutzen zu modellieren sind und wie das dann zu gewichten ist. Hierüber sind sich die meisten Eltern wohl selbst nicht klar:

„I have no data on the distastefulness of the activities of childrearing in comparison with office work, say, or with serving hamburgers. Yet if we are to know why people have tended to give up having children in favor of these and other activities, we need some knowledge of this kind: how do people perceive the actual notions, hour after hour, of preparing food for a child, dressing the child, entertaining the child compared with the other things they might be doing in that time?“ (Keyfitz 1986: 144)

Allerdings ist in neuer Zeit das „Tabu“ Mutterschaft in Autobiographien und Ratgebern durchbrochen worden. Es wird jetzt auch von den negativen Aspekten der Mutterschaft ausführlich berichtet.

Zum historischen Geburenrückgang:

Zum neueren Geburtenrückgang dürfte eine Enttabuisierung des Komplexes Elternschaft durchaus auch eine Rolle spielen.

Zur differentiellen Fertilität:

Die Erwartungen, die Eltern mit den Aufgaben der Elternschaft verbinden, hat sicher Einfluß auf unterschiedliche Kinderzahlen. Wie hier die kausale Richtung verläuft, ist aber nicht klärbar. Eine Rückführung auf strukturelle Variablen scheint nicht möglich.

Prognose?

Elternschaft hat restriktive Komponenten. Diese werden in jüngster Zeit diskutiert und damit könnte sich der Geburtenrückgang weiter beschleunigen (vgl. z.B.Preston 1986: 185).

4.2.1.4 Zusammenfassung

Historisch nimmt Normkonformität sicher immer mehr ab. Dies ist allerdings u.a. auf die in der Situationslogik besprochenen situativen Bedingungen zurückzuführen. Vor allem die zunehmende Widersprüchlichkeit von Normen führt bei den Betroffenen zu mehr Abwägungsprozessen und macht andere Optionen erst sichtbar.

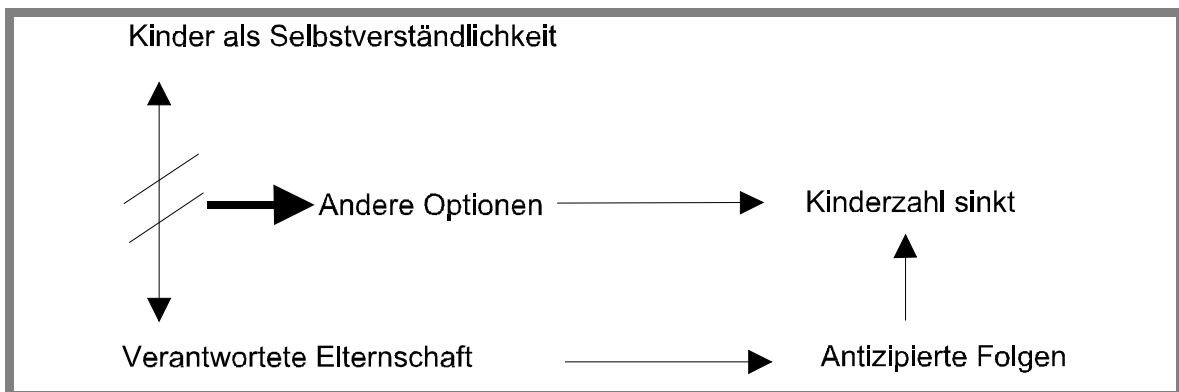


Abbildung 50: Kognition und Geburtenrückgang

Damit erklärt sich differentielle Fertilität auch aus der unterschiedlichen Wahrnehmung der Situation aufgrund Normkonformität und Antizipation der Folgen einer Entscheidung zum Kind.

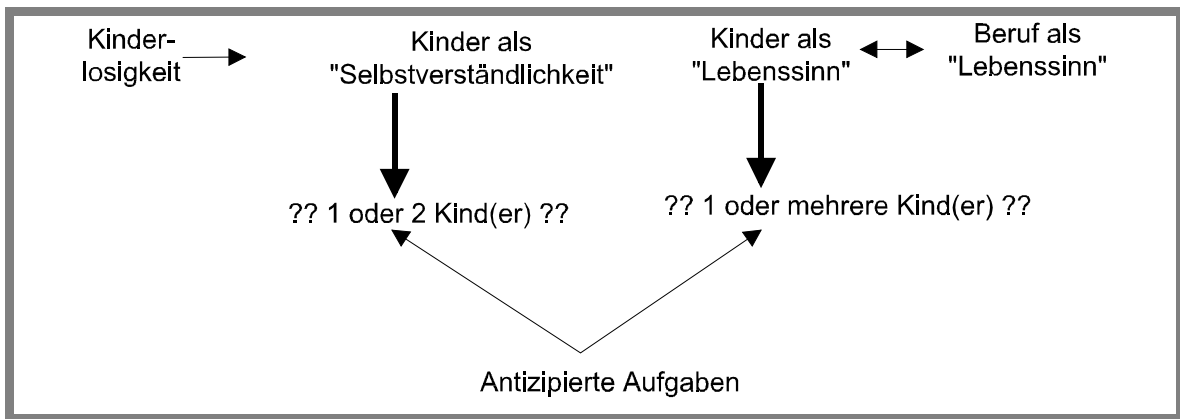


Abbildung 51: Kognition und differentielle Fertilität

Eine weitere Abnahme der Normkonformität (vor allem zugunsten der 1-Kind-Familie) ist denkbar. Damit würden Geburten weiter sinken. Auch die Enttabuisierung des Komplexes Mutterschaft kann hier noch weiter voranschreiten und mit der Vorstellung „verantworteter Elternschaft“ kollidieren.

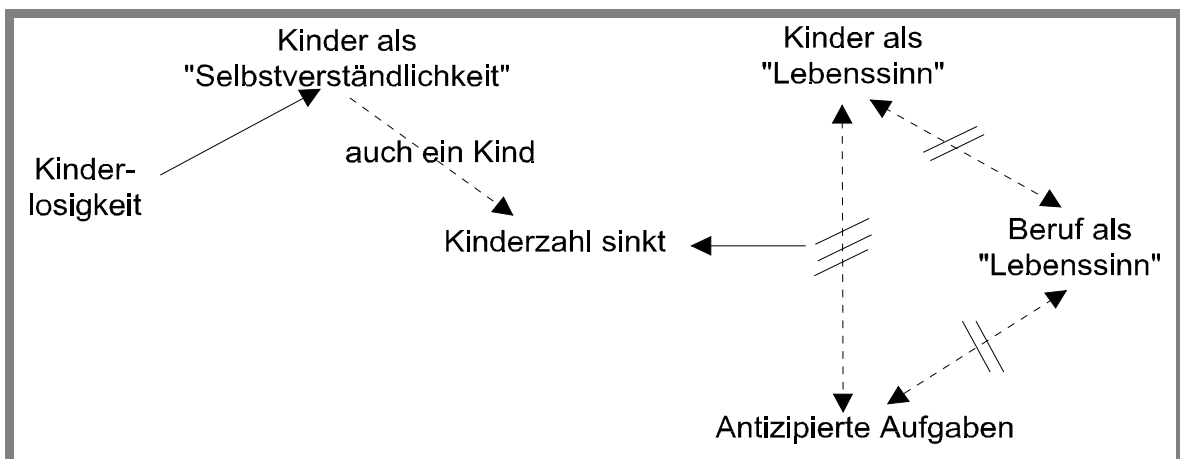


Abbildung 52: Kognition und Prognose der Fertilität

4.2.2 Logik der Evaluation

4.2.2.1 Unsicherheitstoleranz: Kinder als „Risiko“

Zweckrationale Entscheidung setzt voraus, dass zumindest subjektive Risiken angebbar sind. Unter hoher Komplexität, die zu kognitiver Überforderung führt, sind andere Entscheidungsregeln denkbar. Eine Reduktion von Entscheidungen unter Unsicherheit auf solche unter Risiko ist bei der Entscheidung für ein Kind nicht möglich, da der einzelne nicht von einem stochastischen Ausgleich der einzelnen Entscheidungsoptionen ausgehen kann. Deshalb kommt es auf die Toleranz für Unsicherheit an. Insgesamt ist die „abwartende

Minimierung von Risiken unter Unsicherheit eine ganz und gar rationale Strategie.“ (Esser 1994: 458)

In früheren Zeiten hat keine Sicherheit geherrscht. Bei Familiengründung konnte historisch kaum davon ausgegangen werden, dass überhaupt alle Beteiligten bis zum Erwachsenwerden der Kinder überleben.

„Die gegenwärtige gesellschaftliche Situation ist gekennzeichnet durch eine breite soziale Sicherheit, verlängerte Lebens- und Fruchtbarkeitszeiten, eine länger andauernde Interaktion von Eltern und Kindern sowie verstärkte staatliche und institutionelle Regulationen im Bildungs- und Berufsbereich. Hierdurch wird ein stabiler Orientierungsrahmen für die individuelle Planung des Lebens getroffen.“ (Papastefanou 1990: 39f)

Damit wird aber übersehen, dass in früheren Zeiten eine solche „individuelle Planung“ weder möglich noch normativ gefordert war. Heute soll entschieden werden, die Strukturen sind aber nicht so, dass eindeutige Planungen und Zuordnungen möglich sind.

„Das hat nichts mehr zu tun mit einer Existenzangst früherer Perioden, wohl aber mit der Angst, die gesteckten Ziele und Ansprüche nicht erreichen zu können?!“ (Schmid 1980: 30)

Tatsächlich handelt es sich nicht um hedonistisches Anspruchsdenken, sondern normativ vorgegebene Ziele (Beruf, Status), die in der Postmoderne ohnehin mit Risiken und Brüchen verbunden sind, die durch Kinder noch gesteigert werden:

„Nicht Einheitlichkeit und Gleichartigkeit der Menschen und ihrer Lebensführung, sondern betonte Unterschiedlichkeit und Vielfalt kennzeichnen moderne Gesellschaften. Dies erfordert Strukturflexibilität und auf individueller Ebene Konfliktfähigkeit, Toleranzbereitschaft und ein Mindestmaß an Unsicherheitstoleranz.“ (Schneider 1994: 30)

Dabei lässt sich fragen, inwieweit „Unsicherheitstoleranz“ auf psychische Merkmale rückführbar ist oder selbst durch die Position in der Gesellschaft bestimmt ist. Risiken treffen Familie heute in unterschiedlichen Bereichen:

1.) Materiell: Schon die Indianapolis-Studie stellte fest, dass nicht das Einkommen erklärende Kraft bezüglich des Kinderwunschs hat, sondern die Einkommenssicherheit (Andorka 1978: 242f und ähnlich Turchi 1975b: 118). In Deutschland findet sich bei hohen Arbeitslosenraten der Männer ein Aufschub von Kindern, bei Frauen eher mehr Kinder (Papastefanou 1990: 160).

Unsicherheit trifft besonders die Bürger der neuen Bundesländer: sie stehen vor „bislang kaum gekannten Entscheidungszwängen“ (Dorbritz 1993: 355) und gleichzeitig vor besonders hoher Unsicherheit:

„Entscheidungen mit weitreichenden Konsequenzen wie die über die Geburt eines Kindes werden vertagt [...]“ (Dorbritz 1993: 358)

Frauen sind hier „überdurchschnittlich kinderorientiert“, dennoch sinken die Geburten. Dies steht sicher mit den Unsicherheiten in Zusammenhang (Allensbach 1993: 74ff). Auf den

Erfahrungen mit der Wende gründet damit auch nach Schneider das „weit verbreitete Sicherheitsstreben in den neuen Bundesländern“ (Schneider 1994: 57). D.h. eben nicht die Persönlichkeit ist risikoavers, die Umstände führen zu einem erhöhten Sicherheitsdenken.

„Gerade eine langfristige Perspektivensicherung ist aber eine wichtige Voraussetzung für Lebensentscheidungen, die dauerhafte Bindungen zur Folge haben.“ (Huinink 1997: 308)

In den neuen Bundesländern wirkt sich die Arbeitslosigkeit beider Partner negativ auf die Geburten aus (Sackmann et al. 1996: 3). Dabei spielt nicht nur die persönliche Betroffenheit, sondern die Antizipation einer möglichen Arbeitslosigkeit eine Rolle. Ähnliche Ergebnisse fanden Pinnelli und DeRose auch für Italien (Pinnelli and DeRose 1995: 185ff). Vergleichbare Auswirkungen kann die Wohnungsknappheit für jene haben, die nicht wissen, ob sie eventuell umziehen müssen.

2.) Beziehungssicherheit: Die hohen Scheidungsraten führen zu weiteren Unsicherheiten. Wie oben beschrieben, sehen viele Mütter eine intakte Beziehung als notwendige Grundlage für eine Schwangerschaft an. Damit kann unter steigenden Trennungszahlen

„[...] der Verzicht oder die Zurückstellung des Kinderwunsches als eine Form ‚risikodiskriminierender Verhaltensstrategien‘ interpretier[t werden], wird doch so faktisch die Möglichkeit länger offen gehalten, die Ehe leichter und im Vergleich mit der Ehe mit Kindern zu erträglicheren Kosten beenden zu können [...]“ (Meyer 1992: 102)

Ähnliches gilt sicher auch für Partner, die nicht verheiratet sind. Dies insbesondere, da zwar einerseits die Vorstellung herrscht, Kinder litten sehr stark unter der Trennung der Eltern, andererseits aber auch die Norm, unglückliche Beziehungen zu beenden. Gerade für Frauen bedeutet eine Scheidung oft auch ökonomische Probleme. Die mit Kindern so schwer vereinbare Berufstätigkeit wird so noch wichtiger (vgl. Ott und Rolf 1987: 24). Deshalb bergen Schwangerschaften unter den gestiegenen Scheidungsraten für Frauen ein erhöhtes Risiko (Mayer 1999: 67). Damit kann man „Unsicherheit als Charakteristikum weiblicher Biographien“ bezeichnen (Wohlrab-Sahr 1992a: 220ff). Inwieweit in dieser Situation auf Kinder verzichtet wird, hängt sicher auch von sozialen Merkmalen ab, ist aber aufgrund der Interdependenz der einzelnen Faktoren schwer theoretisch fassbar und empirisch nicht erforscht.

3.) Bei der Entscheidung für Kinder ist prinzipiell Unsicherheit im Spiel. Sie sind nicht genau auf den Zeitpunkt planbar, sie treten eventuell zu mehreren auf, sind vielleicht krank oder behindert. Diese Fälle sind eher selten, aber auch wie Kinder sich entwickeln und wieviel „Nutzen“ Eltern von ihnen haben, ist nicht antizipierbar. Dies ist zwar kein Problem für die Modellbildung, weil hier ohnehin vom subjektiv erwarteten Nutzen ausgegangen wird, es ist aber anzunehmen, dass Menschen sich danach unterscheiden, wie sie mit Unsicherheit umgehen. Neben der „rationalen“ Gewichtung des Nutzens nach der Wahrscheinlichkeit des Eintretens, können auch Formen der Risikovermeidung (Minimax) vorkommen.

4.) Die von Beck beobachtete Zunahme von „Modernisierungsrisiken“ betrifft Eltern doppelt. Sie fühlen sich für das Wohl ihrer Kinder verantwortlich, obwohl sie bei Umweltverschmutzung oder BSE keine Kontrollmöglichkeiten haben (Beck 1986: 81f). Dies betrifft vor allem die Zunahme an zivilisationsspezifischen Krankheiten wie Allergien, die bei Kindern häufig auftreten und für die Eltern sich verantwortlich fühlen.

5.) Prinzipielle Unsicherheit entsteht auch dadurch, dass von der Entscheidung zum Kind zwei Personen betroffen sind.

„Unsicherheiten oder unausgesprochene Konflikte zwischen den Ehepartnern können dazu führen, dass die Entscheidung verschoben wird bzw. dass die Geburt eines Kindes als ungeplante Überraschung erlebt wird.“ (Höpflinger 1997a: 87).

Insgesamt ergibt sich aus diesen Unsicherheiten oft ein diffuses Vorgehen, der Kinderwunsch wird eher zum „geplanten Zufall“ als zur geplanten Schwangerschaft (Lüscher und Wehrspaun 1986: 252). Dabei kann es auch zum besprochenen „Game of Chicken“ kommen, wenn keiner der Partner einen Kinderwunsch zugeben oder stark in die Beziehung investieren will, aus Angst, damit ausnutzbar zu werden. Viele Autoren gehen davon aus, dass zweckrationale Kalkulationen im Familienbereich zunehmen (z.B. Meyer 1992: 122). Da aber auch die Komplexität der Randbedingungen zunimmt, wird dieser Anspruch immer weniger einlösbar.

Ein Versuch, die Risiken biographischer Entscheidungen zu modellieren, liegt in der sogenannten „Biographischen Theorie“ von Birg vor. In der Entscheidung zum Kind sieht Birg eine „gravierende Reduktion von sonst möglichen Lebensläufen“ (Birg et al. 1991: 13). Diese „virtuelle Biographie“ ist historisch durch die Zunahme der Lebensbausteine und den Wegfall von Restriktionen angewachsen (Birg et al. 1991: 15, vgl. Birg 1987: 12). In einem Permutationsmodell werden aus diesen Bausteinen rechnerisch alle möglichen Kombinationen gebildet (Birg et al. 1991: 61f). Daraufhin werden normativ nicht zugelassene oder unlogische Sequenzen ausgeschlossen (Birg et al. 1991: 58f). Birg geht davon aus, dass je größer das biographische Universum ist, desto weniger Kinder geboren werden (Birg et al. 1991: 58f).¹⁰⁵ Entscheidend wäre aber zu wissen, durch welche Festlegungen bestimmte Optionen nicht mehr verwirklicht werden können. Diese inhaltliche Frage kann aber nur empirisch beantwortet werden. Das Permutationsmodell kann dies nicht leisten.

Zum Geburtenrückgang:

Hier bildet Unsicherheitstoleranz die andere Seite einer Optionssteigerung ab, die strukturelle Widersprüche enthält.

Zur differentiellen Fertilität:

¹⁰⁵ Vgl. zu Birg auch Höpflinger 1997a: 90ff.

Die positionsspezifische Unsicherheitstoleranz trägt sicher zur Klärung bei. Sie könnte eventuell auch verantwortlich dafür sein, dass kein Einkommenseffekt vorliegt. Wichtig ist Sicherheit – auch im materiellen Bereich – gerade für langfristige Entscheidungen. Leider liegen hier abgesehen von Studien zur Arbeitslosigkeit kaum empirische Ergebnisse vor.

Prognose?

Insgesamt scheint das Sicherheitsstreben in der Gesellschaft zu steigen. Damit werden Kinder immer mehr zum „Risiko“. Wie dies sich aber zukünftig entwickelt, ist schwer abzuschätzen.

4.2.2.2 Systematische Verzerrungen: Discounting und Sunk Costs

„Discounting“ spielt nicht nur die entscheidende Rolle beim affektuellen Typ, bei dem Kinder als „Nebenprodukt“ entstehen. Bei der bewußten Entscheidung für ein Kind ist im Sinne des „Discounting“ davon auszugehen, dass die Aufgaben der ersten Jahre für die Entscheidung am wichtigsten sind (vgl. Keyfitz 1986: 144). Der Preis hierfür sind auch mögliche langfristige Überforderungen. Verstärkt wird dieser Effekt einmal durch die immer noch herrschende Tabuisierung von Mutterschaft und durch eine Überbetonung der Bedeutung der Mutter (bzw. Eltern) für die ersten „maßgeblichen“ Jahre. Betreuungsprobleme im Schulalter und in der Pubertät werden ausgeblendet. Auch öffentliche und politische Diskussionen über Familienhilfen und –lastenausgleich konzentrieren sich sowohl materiell, als auch in der Unterstützung der Betreuung und Erziehung, stark auf die ersten Lebensjahre. Auch dies kann zu einer Fehleinschätzung bei den prospektiven Eltern führen.

Der „sunk cost“-Effekt beschreibt die Tendenz, bei großen Investitionen in eine gewählte Option, diese weiterzuverfolgen, auch wenn die noch entstehenden Kosten den zu erwartenden Nutzen übersteigen. In bezug auf Fertilität ist dies bei jenen Paaren zu beobachten, die bestimmte subjektiv kostenintensive Techniken der Reproduktionsmedizin in Anspruch nehmen, weil dies der „nächste“ Schritt ist, obwohl bei der initialen Entscheidung für ein Kind angegeben wurde, dass bestimmte Möglichkeiten der Behandlung nicht in Frage kämen.

Wichtiger ist sicher, dass auch bei der Investition in den Beruf von einem „sunk cost“- Effekt auszugehen ist. Selbst wenn Frauen eine „ausgewogene“ Berufs- und Familienplanung anstreben, können Investitionen in die Ausbildung dazu führen, dass beruflich immer genau der nächste Schritt noch erreicht sein muss, bevor die Familienplanung anfangen kann. Damit kann es zu einem Aufschub bis hin zum Aufgeben des Kinderwunschs kommen oder zu einer altersbedingten Sterilität.

Zum Geburtenrückgang:

Hier tragen diese Faktoren zur Erklärung wohl nur über die Berufsinvestitionen bei.

Zur differentiellen Fertilität:

Der Umgang mit lang- und kurzfristigen Zielen trägt zur Erklärung der differentiellen Fertilität bei, ist allerdings nicht auf Struktureffekte rückführbar.

Prognose?

Auch hier ist die Prognose schwierig. Die im Moment sehr ausführlichen Diskussionen über Kinder könnten zu einer objektiveren Einschätzung auch langfristiger Effekte führen. Ein Rückgang des „discounting“ in diesem Bereich würde die Geburtenrate weiter senken.

4.2.2.3 Soziales Lernen: Das erste Kind

Zum „sozialen Lernen“ gehört die Erfahrung mit bereits vorhandenen Kindern. Auch das zweite Kind fügt natürlich wichtige Erfahrungen hinzu (vgl. Kreppner 2000: 180), ist aber so wenig erforscht, dass hier die Erfahrungen mit dem ersten Kind im Vordergrund stehen.

Insgesamt sehen Menschen, die bereits Kinder haben, mehr Nachteile in der Elternposition, als solche, die noch keine haben (vgl. Klein 1990a: 72). Dennoch steigt nach der ersten Geburt der Kinderwunsch entgegen der „Baby-Schock“-These an (von Rosenstiel et al. 1986: 142; ähnlich Schneewind et al. 1992: 244f). Die in der Literatur lange vorherrschende Vorstellung von Elternschaft als „Krise“ muss revidiert werden.¹⁰⁶ Zwar können im Übergang Probleme auftauchen, diese entsprechen aber durchaus den subjektiven Erwartungen. Ob der gestiegene Kinderwunsch allerdings nur der ersten Euphorie entspricht oder langfristige Planung ist und dann auch verwirklicht wird, ist fraglich. Immerhin haben am Ende sehr viel mehr Paare nur ein Kind, als dies anfänglich so geplant hatten (Schneewind et al. 1996: 52).

Die Zufriedenheit mit der Partnerschaft ist nach 4 Ehejahren gesunken, allerdings auch bei den Kinderlosen (Rost und Schneider 1994: 44). Dabei hatten die, die nach 4 Jahren ein Kind haben, am Anfang die höchste Ehezufriedenheit, dies scheint eine Voraussetzung für die Familiengründung zu sein (Rost und Schneider 1995: 183). So sind auch diejenigen, die nach dem 1. Kind nicht so zufrieden sind, eher unsicher, was die weitere Familienplanung angeht (Schneewind et al. 1992: 251f). Nach 6 Jahren Ehe geben die, die keine Kinder mehr wollen zu 38% eine Verschlechterung ihrer Ehe an, bei den anderen sind es nur 21%. Sie berichten doppelt so häufig von Auseinandersetzungen wegen des Kindes, und häufiger von weniger Zeit für die Partnerschaft und geringerem sexuellen Interesse (Schneewind et al. 1996: 48ff). Betschart-Schelbert berichtet sogar davon, dass die Hälfte der befragten Paare nach 1,5 Jahren Elternschaft „sexuelle Störungen“ aufweist (Betschart-Schelbert 1992: 210). Mangelnde Zeit für den Partner wird als Grund gegen ein zweites Kind genannt und die Paare, die dies angeben,

haben auch tatsächlich weniger Kinder (Schneewind et al. 1996: 51ff). Außerdem läßt sich ein Zusammenhang zwischen Ehezufriedenheit und Arbeitsteilung nachweisen – und die wird durch die Geburt eines Kindes deutlich verändert (Schneewind et al. 1996: 71ff). Allerdings sind Eltern mit der Arbeitsteilung genauso zufrieden bzw. unzufrieden wie Kinderlose (Schneewind et al. 1996: 81). Damit scheinen Frauen die recht geringe Mitarbeit der Männer bereits zu antizipieren. Bei Familien mit zwei Kindern hat allerdings nur die Hälfte jener Frauen, die den Großteil der Arbeit zu Hause übernehmen, mit einer solchen Aufteilung gerechnet (Schneewind et al. 1996: 141). Auch Petzold berichtet von weitgehender Zufriedenheit im ersten Jahr, aber nicht mehr im sechsten Jahr nach der Geburt (Petzold 1991: 81).

Die Bamberger Studie kommt zu dem Ergebnis, dass die materielle Zufriedenheit von Eltern genauso groß ist wie die der Kinderlosen, obwohl sie natürlich weniger materielle Möglichkeiten haben (Schneewind et al. 1994: 19 und 1996: 91ff). Allerdings waren hier die Paare auch in einer guten Ausgangssituation: Sie waren bei der Eheschließung zum großen Teil fest ins Berufsleben integriert.

„Trotz der eingetretenen finanziellen Einbußen sind drei von vier jungen Eltern mit ihrem Lebensstandard zufrieden, obwohl sie dessen Verschlechterung im Vergleich zur Zeit vor der Geburt deutlich wahrnehmen. Offensichtlich verändert sich das an Konsummöglichkeiten und Lebensstandard gerichtete Aspirationsniveau, indem es subjektiv an die gewandelte Situation adaptiert wird.“ (Rost und Schneider 1995: 192)

Ähnliche Ergebnisse finden sich zu Einschränkungen der Freizeit (Rost und Schneider 1995: 185ff). Die Zufriedenheit in diesen Bereichen ist wohl vor allem darauf zurückzuführen, dass Eltern sich nicht mit Kinderlosen vergleichen.

Recht unerforscht sind die Zusammenhänge zwischen Gesundheit und Schwangerschaft und Geburt. Immerhin hatten 70% der befragten Frauen Angst vor der Entbindung und tatsächlich traten hier bei 50% Probleme auf (Schneewind et al. 1992: 240). So ist nicht erstaunlich, dass die Hälfte der Frauen, die kein zweites Kind wollen, u.a. auch gesundheitliche Gründe angeben (Schneewind et al. 1996: 51).

Insgesamt ist zu sehen, dass die Erfahrungen mit dem ersten Kind für die Entscheidung zum zweiten Kind kaum zum Tragen kommen. Zur Zeit beträgt der durchschnittliche Altersabstand zwischen den ersten beiden Geburten weniger als drei Jahre. Damit können materielle Probleme, die vor allem der langfristige Ausstieg der Frau aus dem Berufsleben erzeugen kann, noch nicht in die Entscheidung eingehen. Da der Erziehungsurlaub in den meisten Fällen bei der Geburt des zweiten Kindes noch nicht abgeschlossen ist, können Frauen nicht beurteilen, wie sich der Wiedereinstieg gestalten wird.

¹⁰⁶ Der maßgebliche Artikel ist LeMasters 1957: 352ff; erste Kritik Hobbs 1968:413ff; später vgl. Belsky 1983: 567ff

Zum Geburtenrückgang:

Hier können die Erfahrungen mit dem 1. Kind nur indirekt beitragen, indem sie die veränderten strukturellen Bedingungen den Eltern deutlich machen.

Zur differentiellen Fertilität:

Hierzu tragen diese Erfahrungen teilweise bei. Die Einschätzung scheint aber nicht auf strukturelle Einflüsse rückführbar, sondern durch persönliche Faktoren wie gesundheitliche und Partnerschaftsprobleme bestimmt.

Prognose?

Es ist fraglich, ob es für alle Zeiten so bleibt, dass ein zweites Kind quasi selbstverständlich in sehr kurzem Abstand auch geboren wird und Eltern sich mit Kinderlosen nicht vergleichen. Änderungen in diesen beiden Bereichen könnten zu einem weiteren Absinken der Geburtenraten führen.

4.2.2.4 Zusammenfassung

Historisch kann nicht von einer Zunahme von Unsicherheiten im Lebenslauf ausgegangen werden. Dennoch spielt die Zunahme der Bedeutung von Unsicherheitstoleranz auch eine Rolle beim Geburtenrückgang.

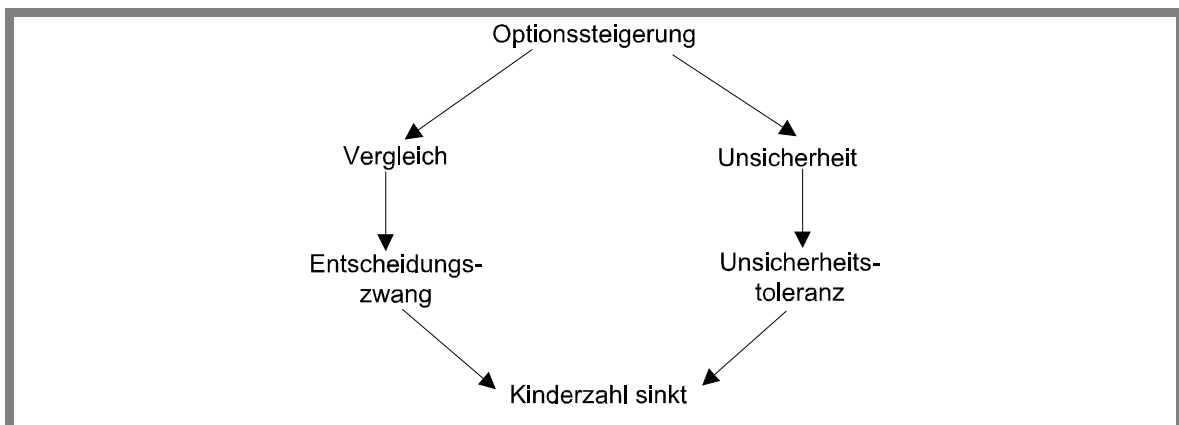


Abbildung 53: Evaluation und Geburtenrückgang

Unsicherheitstoleranz führt zu differentieller Fertilität, verschiebt aber das eigentliche Erkenntnisproblem natürlich nur.

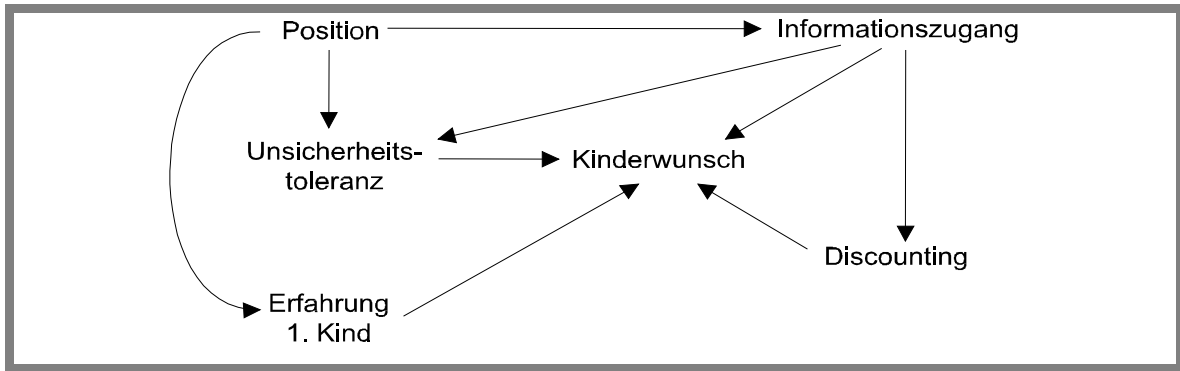


Abbildung 54: Evaluation und differentielle Fertilität

Als Prognose wäre beim Stand der Forschung eher von einem weiteren Rückgang der Geburten auszugehen:

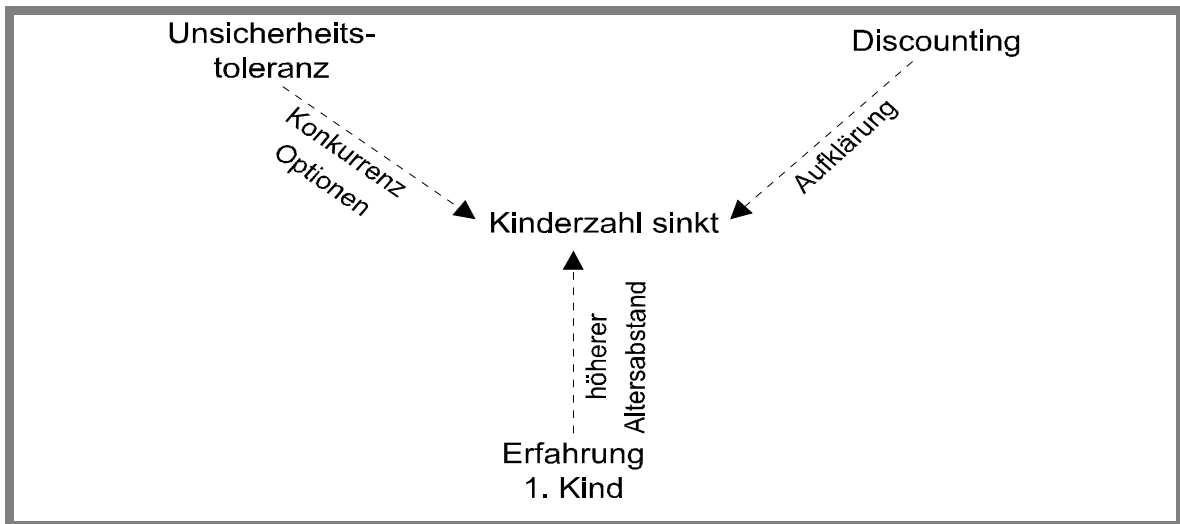


Abbildung 55: Evaluation und Prognose der Fertilität

4.2.3 Logik der Selektion

4.2.3.1 Entscheidungstyp I: Kind als „Nebenprodukt“

Bei diesem Entscheidungstyp wird keine Entscheidung für ein Kind getroffen. Es werden allerdings Entscheidungen über Aufnahme von Sexualität und Verhütungspraxis getroffen, die das Risiko einer Schwangerschaft bestimmen. Ein deutlicher Zusammenhang zwischen Strukturvariablen und diesen Entscheidungen konnte allerdings nicht gefunden werden. Nach Eintreten der Schwangerschaft muss eine Entscheidung über eine mögliche Abtreibung stattfinden, die wertrational oder zweckrational erfolgen kann, sowie eine Entscheidung über die mögliche Freigabe zur Adoption, die wohl weitgehend aus traditionellen Gründen abgelehnt wird. Das „Behalten“ eines „ungewollten“ Kindes hat dann Auswirkungen auf die weitere Familienplanung: möglicherweise soll dieses Kind nicht allein aufwachsen, möglicherweise

verändern sich aber auch die Lebensbedingungen der Eltern durch die Geburt so negativ, dass weitere Kinder nicht gewünscht werden. Entgegen häufiger Ansichten, handelt es sich bei „ungewollten“ Kindern oft nicht um junge Mütter, sondern um Frauen, deren Familienplanung eigentlich bereits abgeschlossen war. Nach der Geburt des einen Kindes „zu viel“ werden dann effektivere Verhütungsmittel gewählt.

4.2.3.2 Entscheidungstyp II: Kind als „Selbstverständlichkeit“

Hier ist eine Entscheidung nicht nötig, solange das Leben in einigermaßen „normalen“ Bahnen verläuft, d.h. im entsprechenden Alter ein fester Partner vorhanden ist und eine gewisse materielle Sicherheit. Wie hoch diese Sicherheit angesetzt wird, ist wohl unterschiedlich. Zweckrationalität greift hier also nur beim Timing und eventuell bei der Frage, wo im normativen Bereich die Anzahl der Kinder angesetzt wird. Zur Zeit scheint dies im Westen bei 2 Kindern zu sein, im Osten bei 1 bis 2 Kindern.

4.2.3.3 Entscheidungstyp III: Kind als „Sinn“

Bei diesem Typ ist die gesamte Lebensplanung auf eine Familiengründung ausgerichtet. Die Rahmenbedingungen (Partnerschaft, Wohnung etc.) werden ganz bewußt als Priorität geschaffen. Wenn dies gelingt, dürfte dieser Familientyp zum Teil auch recht hohe Kinderzahlen aufweisen. Die andere Möglichkeit ist, dass ein Kind als unbedingt nötig zu Selbstverwirklichung etc. empfunden wird, dann reicht aber eines auch. Dieser Typ wird auch am ehesten bereits sein, Reproduktionsmedizin voll auszuschöpfen.

4.2.3.4 Entscheidungstyp IV: Kind als „Option“

Hier wird eine zweckrationale Entscheidung für ein Kind getroffen, für die bezeichnend ist, dass die Familiengründung als eine Form der Lebensgestaltung unter anderen aufgefasst wird. Der Lebenslauf wird gerade nicht zentral darauf ausgerichtet und es kann dann neben gewünschter Kinderlosigkeit auch zu risikominimierendem Verhalten kommen, dass über Aufschub in Kinderlosigkeit führt.

4.2.3.5 Zusammenfassung

Der Geburtenrückgang kann damit als Rationalisierungs und Individualisierungsprozess beschrieben werden, der die genannten Typen wie folgt verschiebt und die Entscheidung zum Kind damit stärker abhängig von den strukturellen Bedingungen macht.

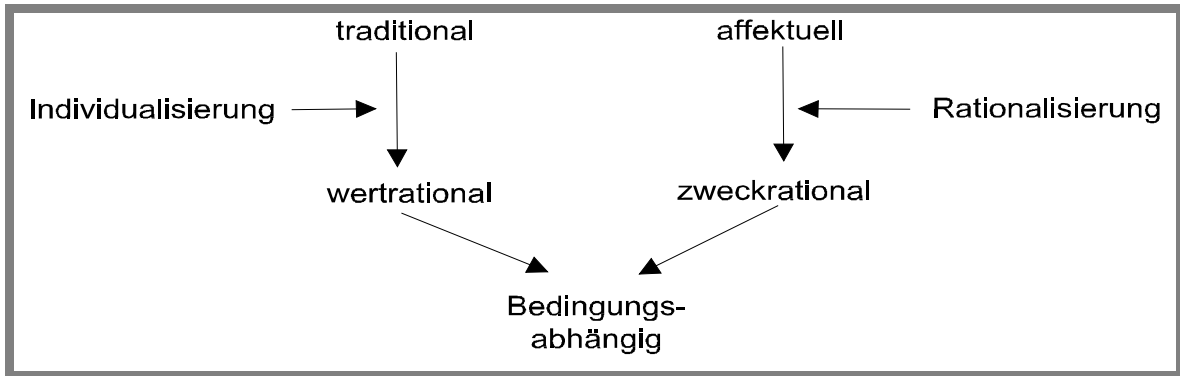


Abbildung 56: Logik der Selektion und Geburtenrückgang

Differentielle Fertilität wird hierdurch nicht erklärt, sondern nur beschrieben:

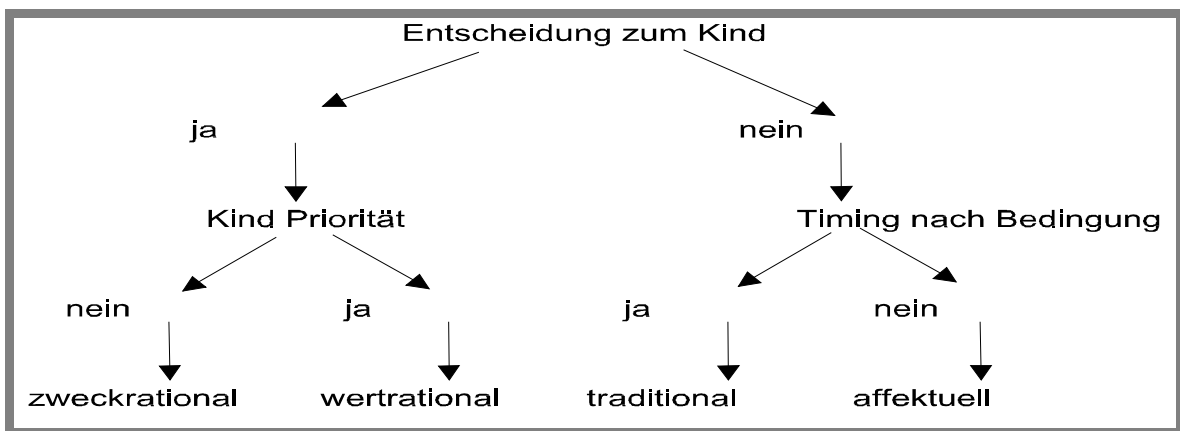


Abbildung 57: Logik der Selektion und differentielle Fertilität

Eine weitere Verschiebung der Entscheidungstypen wird eher zu einem weiteren Rückgang der Geburten und einer stärkeren Differenzierung führen:

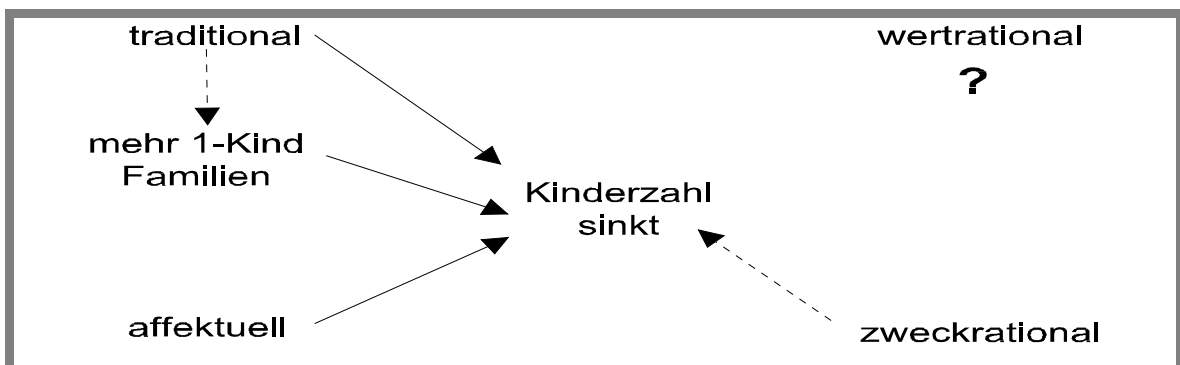


Abbildung 58: Logik der Selektion und Prognose der Fertilität

4.2.4 Zusammenfassung: der intrinsische Wert von Kindern

Die sozio-ökonomischen Randbedingungen bieten plausible Interpretationen für den Geburtenrückgang, können aber die differentielle Fertilität nicht erklären. Eine Rückführung der

Entscheidung für Kinder auf die Situationslogik muss als gescheitert bezeichnet werden. Natürlich orientieren sich die Akteure an den herrschenden Rahmenbedingungen: daher auch der dieser Logik entsprechende historische Geburtenrückgang. Die heute zu beobachtende Ausdifferenzierung des Fertilitätsverhaltens aber ist durch strukturelle Positionierung nicht erklärbar.

In den letzten beiden Jahrzehnten findet sich deshalb eine Hinwendung zu sozialpsychologischer Forschung (vgl. Gloger-Tippelt 1993: 8ff). Hiermit soll erforscht werden, welche Motive Elternschaft zugrundeliegen:

„Faßt man die genannten Motive für Kinder zusammen, überwiegen die emotionalen Aspekte [...] Dabei steht jedoch der funktionale Charakter des Kinderwunsches mit Abstand im Vordergrund, d.h. Kinder sollen vor allem Wünsche und Bedürfnisse der Eltern erfüllen.“ (Gloger-Tippelt 1993: 57; vgl. auch bereits Gloger-Tippelt 1985: 53ff)

Damit kann auch diese Forschung in das bekannte SEU-Modell eingeordnet werden. Zu nennen sind hier auch die Value-of-Children (VOC)-Studien¹⁰⁷ und die Arbeiten der Gruppe um von Rosenstiel.¹⁰⁸ Bewertungen spielen in diesen Studien eine intervenierende Rolle:

„The ‘value’ of children refers to the functions they serve for parents, or the needs they fulfill. The specific values, as we conceptualized them, are anchored in particular psychological needs; they are also tied to the social structure and thus subject to cultural variation and social change.“ (Hoffman 1972: 27)

Damit ist noch nichts über den Stellenwert der jeweiligen Faktoren ausgesagt. Deren Gewichtung kann selbst sowohl von persönlichen als auch gesellschaftlichen und kulturellen Werten bestimmt sein. Eine Klärung scheint weder theoretisch noch empirisch möglich.¹⁰⁹ So ist Höpflinger zuzustimmen, der kritisch anmerkt, dass weder eine analytische Trennung von Normen, kulturellen Werten und Motiven möglich ist, noch Vorteile und Kosten von Kindern aufgerechnet werden können (Höpflinger 1997a: 84). Um zu Ergebnissen über den Einfluß persönlichkeitspezifischer Merkmale zu kommen, müssten diese unabhängig erfaßt und mit der Kinderzahl korreliert werden: bisher ist dies nicht geschehen. Ein anderes Problem ist, dass auch die psychologischen Ansätze oft auf post-hoc Rationalisierungen zurückgreifen:

„There is no apparent embarresment in arguing, for example, both that the sharp rise in fertility during the late 1940s and early 1950s resulted from a renewed desire for large families, and that the prolonged decline starting just a few years later resulted from a reluctance to be tied down with many children.“ (Becker 1976: 13)

Im Esserschen Modell nehmen Kindern den Status Primärer Zwischengüter ein. Damit zeigt sich in der sozialen Produktionsfunktion, welche Möglichkeiten zur Produktion von „Nutzen“ Kindern zukommt. Dieser wird gegen die Opportunitätskosten abgewogen. Somit werden

¹⁰⁷ Bulatao 1980: 97ff; Hoffman 1972: 27ff; Hoffman and Manis 1979: 583ff; Fawcett 1988: 12ff; vgl. dazu auch van de Kaa 1997: 34ff.

¹⁰⁸ von Rosenstiel 1978: 161ff; Spieß et al 1984: 153ff; von Rosenstiel et al. 1986: 39ff; vgl. hierzu Höpflinger 1997a: 80.

Kinder natürlich „instrumentalisiert“ (wie alle anderen Güter auch). Das heißt aber nur, dass Menschen Kinder nicht wegen der Kinder (die es ja auch sonst gar nicht gäbe), sondern deshalb in die Welt setzen, weil sie glauben, mit dieser Entscheidung selbst glücklicher zu werden. Diese Instrumentalisierung wird allerdings von einigen Autoren sehr scharf kritisiert (z.B. Piwonka 1995: 10ff, Kloman 1994: 37ff).

Im hier vorliegenden Modell kommt Kindern ebenfalls der Status eines Primären Zwischenguts zu. Allerdings wird es durch die tautologische Fassung der Nutzenmaximierung möglich, in diesem Bereich von „revealed preferences“ auszugehen. Damit ergibt sich durch die mangelnde Rückführbarkeit der differentiellen Fertilität auf die erwarteten Einflußfaktoren als maßgeblicher Unterschied zwischen Eltern und Kinderlosen der Kinderwunsch. Anders ausgedrückt: Menschen planen Kinder, weil sie Kinder wollen. Das heißt nicht, dass es zu keiner Abwägung kommt, es bedeutet nur, dass die Nutzenkalkulation bei Eltern anders ausfällt als bei Kinderlosen und dies eben nicht auf die Situation reduzierbar ist. Damit handelt es sich um einen Einfluß von „tastes“. Ob „tastes“ für Kinder dann auf Persönlichkeitsmerkmale, Zufall, Biographie oder doch letztlich wieder auf Struktur zurückzuführen sind, kann nicht geklärt werden. Es handelt sich also entweder um eine innerpsychische Motivation oder einen beim Stand der Forschung nicht entdeckten Struktureffekt.

Hier wird davon ausgegangen, dass die Motivation der wichtigste Gesichtspunkt ist. Dabei scheint über die Kosten des Kinderhabens weitgehend Einigkeit zu herrschen, der Nutzen aber wird unterschiedlich bewertet. Und dies liegt daran, dass der Stellenwert des Zwischengutes Kind für die Grundbedürfnisse Identität und soziale Anerkennung je nach innerer Wertstruktur des Befragten unterschiedlich ausfällt. Eine prinzipielle Vergleichbarkeit mit anderen Zielen ist aber sicherlich gegeben:

„Elternschaft befriedigt Bedürfnisse wie z.B. sinnerfülltes Leben, Selbstachtung usw. Diese Bedürfnisse lassen sich prinzipiell auch durch andere Lebenspläne befriedigen.“
(Herder-Dorneich 1986: 37)

D.h. Kinder stehen in Konkurrenz zu anderen primären Zwischengütern, je nach Werthaltung kann aber auch eine so hohe Zuordnung erfolgen, dass Kinder für die Betroffenen zu nicht ersetzbaren Gütern werden:

„Though some people may have put children and other goods in the same calculus, most did not. They did not regard the consumption of resources on children as an alternative to their consumption elsewhere, and to have suggested that buying a television might have been an alternative to having another child would have been regarded by them as not only materialistic and selfish, but probably somewhat bizarre.“ (Busfield and Paddon 1977: 42; vgl. 139)

¹⁰⁹ Ein sehr komplexes Modell liegt zum Beispiel bei Beckman 1982: 77ff vor, ein anderes bei Turchi 1991: 237ff: diese Modelle sind nicht operationalisierbar.

Damit rückt die Entscheidung für Kinder für manche Betroffene in die Nähe einer normativen oder wertrationalen Entscheidung, in Form einer „alle übrigen Erwägungen ausstechende Ziel- oder Wertvorstellung“ (Hollis 1995: 199).

„One can become a ‘parent’, ‘have a family’, be a ‘mother’ or ‘father’, only by acquiring children. That one should derive these statuses is the final result of complex institutional control, but *given this desire*, children and only children can satisfy it.“ (Blake 1968: 23)

Die Anzahl wird dann bei nicht rein traditionalem Verhalten sicher auch zum Teil durch die Situation bestimmt (vgl. Rost und Schneider 1994: 38). Die subjektive Interpretation überlagert aber diese situativ Bedingtheit, sodaß für die differentielle Fertilität tatsächlich keine relevante Bedeutung der Strukturvariablen gefunden werden kann. Am stärksten greift Rationalität im Timing. Dies ist auch dafür verantwortlich, dass Kinderlosigkeit teilweise über die Situation ableitbar ist.

Und worin liegt der Nutzen von Kindern? Von den Befragten wird meist von „Glück“ „Erfüllung“ oder „Sinn“ gesprochen (z.B. Klein 1999: 72; ähnlich Beck-Gernsheim 1989: 29). Damit wird die Argumentation auch der Akteure tautologisch. Becker spricht von „psychischem Einkommen“ (Becker 1976: 175) und ist nicht in der Lage, dieses näher zu spezifizieren. Die Vorstellung der Mikroökonomien (und auch der RC-Theoretiker in der Soziologie) dieses sei für alle Handelnden entweder gleich oder situationsspezifisch unterschiedlich, muss als unrealistisch zurückgewiesen werden, denn sonst müßte sich die differentielle Fertilität ja doch auf Strukturvariablen zurückführen lassen. Hier wird also von einem in erster Linie „intrinsischen“ Nutzen von Kindern ausgegangen. Hierfür finden sich in der Literatur folgende Typen:

Kinder als „Erlebnis“:

Verschiedentlich wird davon berichtet, dass Frauen Kinder bekommen, weil sie sich davon Erfahrungen versprechen, die sie sonst nicht machen könnten. Teilweise wird dies sogar auf die körperliche Erfahrung von Schwangerschaft und Geburt bezogen:

„Wenn man aber Kinder als Mittel zum Geburtserlebnis und zur körperlichen Selbstverwirklichung sieht, braucht man im Leben nur ein Kind zu bekommen. Das ist der Kern der Postmoderne.“ (Shorter 1989: 229)

Andererseits werden aber auch Kinder selbst als „Erlebnis“ gesehen. In einer Welt der Optionsvielfalt „erhält der ‘Erlebnis- und Freizeitcharakter’ von Kindern eine stärkere Relevanz“ (Höpflinger 1997b: 179).

Kinder als „Identität“:

Kinder werden aber auch als Teil der „Identitätsbildung“ von Erwachsenen gesehen. Menschen seien ohne diese spezifische Erfahrung noch keine vollständigen, reifen Persönlichkeiten:

„In dem Wunsch, vom Kind zu lernen, durch das Kind spontaner, offener, direkter zu werden, steckt eine ähnliche Funktionalisierung. Auch hier wird das Kind zum Mittel [...]“ (Schmitz-Köstner 1987: 114)

Umgekehrt treten somit auch andere Optionen von „Lebenssinn“ in Konkurrenz zu Kindern (vgl. Rost und Schneider 1996: 256).

Kinder als „Glück“:

„Glück“ ist eine sehr vage Bezeichnung und zeigt, dass der Nutzen von Kindern für die Betroffenen sehr schwer beschreibbar ist (Pohl 1999a: 184, ähnlich Herzog et al. 1997: 230).

„It is becoming clear that the investment in children is in many ways akin to the investment in home-grown trees for their beauty and fruit.“ (Schultz 1973: S5)

Kinder als „Heil“:

Teilweise werden Kinder aber auch nicht nur als „Glück“, sondern geradezu im Gegenzug zu einer entmenschlichten Welt als Rettung gesehen:

„Kinder mit der in ihnen enthaltenen, jetzt anachronistisch werdenden Bindungsintensität werden zu den letzten Partnern, die nicht gehen.“ (Beck 1986: 180, ähnlich Rerrich 1988: 144)

Dies kann natürlich zu überhöhten Glückserwartungen in bezug auf Kinder und dann auch vorprogrammierten Enttäuschungen führen. Diese werden von Klomann als „hauptsächliche Ursache für die Mißhandlung von Kindern“ gesehen (Kloman 1994: 77). Seltsamerweise werden gerade der Wegfall anderer Nutzenbereiche und die Konzentration auf emotionalen Nutzen besonders häufig angegriffen als „Gefahr der Instrumentalisierung und Überforderung“ (Engelbert 1993: 74). Dabei muss gerade die stärkere emotionale Bindung an Kinder eben auch als Chance für Empathie und gegen Mißhandlung gesehen werden. In neueren Kritiken wird oft sehr ahistorisch argumentiert, und nicht beachtet, dass Kindsmißhandlung und –tötung in früheren Zeiten gang und gäbe war. Ähnlich absurd ist die Kritik an rationaler Planung. Indem Kinder wählbar werden, ist ihre Bedeutung sicher eher gestiegen.

Auffällig ist, dass die angegebenen Gründe alle dem Typ „wertrationale Entscheidung“ entsprechen. Da bei normativem Verhalten aber auch gar nicht davon ausgegangen wird, dass Gründe angebar sind, ist dies einsichtig. Auch diejenigen, für die Kinder „selbstverständlich“ sind, übernehmen diese Gründe, da sie sozial akzeptiert sind. Es wird quasi zur Norm Kinder nicht aus normativen Gründen zu haben.

Insgesamt ist festzuhalten, dass intrinsischer Nutzen mit sehr geringen Kinderzahlen erreichbar ist. Als „Erlebnis“ kann ein Kind dienen, ähnliches gilt für „Identität“. Bei „Glück“ werden es vielleicht zwei sein, aber wahrscheinlich nicht viel mehr:

„Wenn psychologische Konsequenzen des Besitzes von Kindern hoch bewertet werden, dann ist es keineswegs rational, viele Kinder zu haben, da *psychologischer Nutzen* nicht in gleicher Weise kumuliert werden kann: ein oder zwei Kinder können genausoviel psychische Befriedigung schaffen wie vier oder mehr Kinder: gleichzeitig

steigen aber die absoluten (ökonomischen – und wahrscheinlich auch: psychologischen) Kosten, so daß die psychologische Ratio bei *niedriger Kinderzahl* günstig, dagegen ungünstig bei Kinderlosigkeit und bei hoher Kinderzahl ist.“ (Nauck und Kohlmann 1999: 65; ähnlich Nave-Herz 1994: 22f)

Dieser psychologische Nutzen ist aber eben nicht gleichverteilt: sonst hätten ja alle ein bis zwei Kinder. Tatsächlich haben viele keine Kinder, aber auch einige recht viele Kinder (vgl. Mayer 1999: 225). Auch dies ist leider durch strukturelle Bedingungen nicht erklärt:

„Die Familiengröße davon unabhängig allein mit dem elterlichen Wunsch nach Kindern zu erklären, kommt einer tautologischen Begründung gleich und erübrigt zudem jede wissenschaftliche Auseinandersetzung über diese Thematik.“ (Schilp 1984: 66f)

Dies entspricht aber wohl einfach der Realität und damit entzieht sich das Phänomen Elternschaft zwar nicht, wie die Autorin behauptet, jeder wissenschaftlichen Auseinandersetzung, aber zumindest einer soziologischen Kausalanalyse.

Zum Geburtenrückgang:

Die Veränderung der sozio-ökonomischen Verhältnisse, die zu einem Wegfall anderer als intrinsischer Motivationen geführt hat, bildet die entscheidende Variable für den Geburtenrückgang. Die Komplexität dieser Zusammenhänge kann aber nicht sinnvoll reduziert werden.

Zur differentiellen Fertilität:

Die unterschiedliche Einstellung zu Kindern als geeigneten primären Zwischengütern ist hier entscheidend. Damit ist sie einer soziologischen Analyse weitgehend entzogen, es sei denn, man ginge davon aus, diese sei doch wieder auf strukturelle Faktoren rückführbar. Allerdings sollte der Aufschub von Kindern in Zusammenhang mit sozialen Kategorien genauer erforscht werden.

Prognose?

Sollte der intrinsische Wert von Kindern wieder für größere Bevölkerungsgruppen wichtig werden, könnte auch eine Steigerung der Kinderzahl resultieren.

4.3 Logik der Aggregation

Nachdem also Fertilität nicht auf die Logik der Situation reduzierbar ist, stellt sich die Frage, wie sich die Auswirkungen dieser Entscheidungen auf der Aggregationsebene darstellen. Fertilität strukturiert Gesellschaft auch dann, wenn die Einzelentscheidungen nicht durch die Struktur determiniert sind. Dies ist eine Lücke in Essers Modell, der davon ausgeht, es handele sich hier um irrelevante Idiosynkrasien. Individuelle Abweichungen können bei

strukturelevanten Entscheidungen gerade dann strukturellen Wandel erzeugen, wenn sie strukturunabhängig verteilt sind.

4.3.1 Soziale Ordnung: Das „Fertilitätsregime“ der Postmoderne?

Schon Brentano vertrat die Vorstellung, jede Gesellschaftsform und historische Epoche habe die ihr entsprechende Geburtenrate. Ähnliche Positionen finden sich auch bei Mackenroth oder Linde. Dabei kann die unterstellte Stabilität entweder funktionalistisch als eine immanente Eigenschaft des gesellschaftlichen Systems beschrieben werden oder handlungstheoretisch als Folge der herrschenden Rahmenbedingungen. Es ist in bezug auf Fertilität aber gar nicht geklärt, ob überhaupt von einer „sozialen Ordnung“ ausgegangen werden kann oder nicht vielmehr von einem Wandel, der weder stetig noch kontinuierlich ist. Wie oben beschrieben ist die Entscheidung zum Kind (soweit sie überhaupt geplant ist) eher durch bestimmte Präferenzmuster erklärbar. Insofern wäre ein neues „Fertilitätsregime“ durch geänderte Werte in der Gesellschaft zu begründen, wie dies in kulturtheoretischen Überlegungen versucht wird. Da aber über den allgemeinen „Wertwandel“ keine schlüssigen Ergebnisse vorliegen und auch letztlich nicht klar ist, wie sich dieser auf Fertilität auswirkt, ist die neue „soziale Ordnung“ in ihren komplexen Zusammenhängen nicht erforscht. Rein deskriptiv könnte Fertilität als soziale Ordnung in zwei Formen angenommen werden:

- 1.) Es wird davon ausgegangen, dass die jetzt erreichte Geburtenrate stabil bleibt (und in den neuen Bundesländern eine Anpassung an das Westniveau stattfindet).
- 2.) Es wird angenommen, dass es zu einem weiteren Rückgang kommt, der sich aber als lineare Fortschreibung der Vergangenheit darstellen lässt.

Beide Szenarien führen allerdings nicht zu eindeutigen Ergebnissen:

liegt für die jüngeren Kohorten noch gar keine abgeschlossene Fertilität vor und damit ist das heute herrschende Niveau aus den vorhandenen Daten nur sehr schwer zu bestimmen.

ist bei einer linearen Fortschreibung nicht klar, von wie lang- oder kurzfristigen Entwicklungen ausgegangen wird. Es ist ja nicht so, dass schon über einen längeren Zeitraum eine lineare Entwicklung vorliegt. Je nach gewähltem Zeitrahmen wird man also zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen kommen.

Damit können beide Grundszenerien zu durchaus verschiedenen Prognosen führen. Insofern kann hier unter „sozialer Ordnung“ auch nur eine Momentaufnahme der herrschenden Bevölkerungsstruktur vorgenommen werden. Dabei sind zwei Teilaspekte von besonderer Bedeutung: Die Verschiebung der Generationenstärken und der geringere Anteil an Kindern in der Gesellschaft.

4.3.1.1 Generationenvertrag in Gefahr? Ein n-Personen-Prisoners-Dilemma

Als Folgen der veränderten Altersstruktur werden in der Öffentlichkeit, aber auch im wissenschaftlichen Diskurs vor allem die „Überalterung“ diskutiert. Diese ergibt sich auf der einen Seite durch die steigende Lebenserwartung auf der anderen durch die geringen Geburtenzahlen. Zwei Probleme lassen sich ableiten:

- 1.) Die seit der Rentenreform von 1957 im Umlageverfahren organisierte Rentenversicherung kann ihre Solvenz nur behalten, wenn entweder Beiträge erhöht oder Bezüge vermindert werden. Beides stösst auf geringe Akzeptanz.
- 2.) Mehr alte Menschen bedeutet (eventuell) mehr Pflegefälle. Dagegen stehen weniger Pflegende zur Verfügung. Die Rede ist von einem drohenden „Pflegenotstand“.

Das erste Problem wird meist als Veränderung des Altersquotienten dargestellt. Er gibt das Verhältnis der 20-60jährigen zu den über 60jährigen an. Damit wird die tatsächliche Lage allerdings verkürzt. Eine Verkürzung liegt in den willkürlichen Altersgrenzen. Denkbar wäre eine Heraufsetzung des Rentenalters. Umgekehrt ist unter den über 20jährigen ein wachsender Anteil von Personen zu verzeichnen, die noch nicht dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Eine weitere Verkürzung besteht darin, dass die Rentenproblematik nur ein Ausschnitt eines allgemeinen Verteilungsproblems ist: Die Erwerbstätigen müssen für die Nicht-Erwerbstätigen aufkommen. Dazu gehören neben Rentnern auch Kinder, Kranke, Hausfrauen (oder -männer), und Arbeitslose. Dies geschieht über verschiedene Teile des sozialen Systems: Krankenversicherung, Rentenversicherung, Arbeitslosenversicherung, Sozialhilfe, Steuerrechtliche Regelungen, aber auch das kostenlose Schulsystem u.ä. Ein anderer Teil ist privat geregelt: dies gilt vor allem für den größten Teil des Unterhalts der Hausfrauen und einen grossen Teil der Unterhaltskosten von Kindern.

Historisch waren die Leistungen der Haushalte umfassender. Moderne heisst auch, Auslagerung von Funktionen aus den privaten Haushalten. Über die Rentenversicherung betrifft dies auch die finanzielle Sorge für die ältere Generation. Die Argumentation zur heute konstatierten Bedrohung der Renten verläuft meist folgendermaßen:

Indem der persönliche Generationenvertrag zwischen Eltern und Kindern in den öffentlichen Bereich verlagert wurde, komme es zu einem „n-Personen-Prisoner's-Dilemma“ (vgl. Kaufmann 1990b: 107). Alle Rentner profitierten von den Einzahlungen der erwerbstätigen Generation, können sich aber eines Teils der Kosten entziehen, indem sie keine Kinder aufziehen, also nicht in die nachwachsende Generation investieren. Diese demografische „Blindheit“ wurde von Anfang an kritisiert und deshalb ein 3-Generationen-Vertrag diskutiert (vgl. Leisering 1992: 234 und Nullmeier und Rüb 1993: 376ff). Das Umlageverfahren führt bei

sinkenden Geburtenzahlen zu ähnlichen Effekten wie Spiele, die mit Schneeballsystem arbeiten, es ist nach Wallace nichts anderes als „gigantic Ponzi schemes“ (Wallace 1999: 150):

Dazu ist folgendes zu bemerken:

1. Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass die Rentenversicherung dieses Problem selbst erzeugt habe (z.B. so Kaufmann 1990b: 117; Schwarz 1999: 249). Der Anreiz der Alterssicherung dürfte weder in früheren Zeiten der wichtigste Grund für Kinder gewesen sein, noch kann davon ausgegangen werden, dass Menschen heute kinderlos bleiben, weil sie Kinder zur Alterssicherung nicht benötigen. Herder-Dorneich spricht hier für historische Zeiten zu Recht von einem „Mythos“ (Herder-Dorneich 1986: 35ff).
2. Die heute anstehenden Probleme der sozialen Sicherung liegen auf verschiedenen Ebenen:
 - a) Einem Problem der Ungleichheit zwischen Kinderlosen und Familien: Dabei wird einerseits von einer Milderung der geringeren Möglichkeiten, Einkommen und Vermögen zu erwirtschaften, ausgegangen. Hier geht es um Aspekte des sog. „Familienlastenausgleichs“. Neuerdings wird auch verstärkt ein „Familienleistungsausgleich“ gefordert, d.h. eine Honorierung der Leistungen, die Familien für die Gesellschaft erbringen. Hierauf ist in der Diskussion über Soziale Differenzierung noch einzugehen.
 - b) Einem Problem des Ausgleichs zwischen den Generationen und der Umverteilungen im Lebenslauf: Hierbei geht es vor allem um die Investitionen in die nachwachsende Generation und die Finanzierung der Renten. Dazu kommen aber auch Aspekte der Krankenversicherung u.ä. Dabei unterliegt die Investition in die kommenden Generationen weit geringer der öffentlichen Hand als die Finanzierung der Alten (vgl. Kohli 1997: 281).

Argumente zu Ungleichheit zwischen Männern und Frauen werden im folgenden Kapitel diskutiert; zur Verteilung im Lebenslauf finden sich folgende Überlegungen in der Diskussion, die an verschiedenen Stellen ansetzen: Manche Politiker (und auch Wissenschaftler) wollen die „Ursache“ des Problems in Angriff nehmen, d.h. die Geburtenrate steigern. Andere wünschen die Bilanz der Rentenversicherungen zu verbessern: entweder durch Erhöhung der Beiträge oder Kürzung der Bezüge. Mit der jüngsten Rentenreform wird ein teilweiser Ausstieg aus dem Umlageverfahren vorgenommen. Die Diskussion um die Rentenproblematik verdeckt allerdings, dass die Verteilung der Einkommen im Lebenslauf ohnehin Probleme aufwerfen:

„Insbesondere beim Staat ist es so, dass vor der Pensionierung die Lohn- und Lohnnebenkosten am höchsten sind. Dabei ist es nicht die Lebensspanne zwischen 55 und 65, während der für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die höchsten Lebenskosten anfallen, sondern die Lebensspanne, während der sie für Kinder aufzukommen haben. Ich bin der Meinung, dass die 'Lohnkurve' geändert werden müsste. Diese Kurve sollte in einem Alter von etwa 55 ihren Kulminationspunkt erreichen.“ (Möckli 1999: 143)

Inwieweit ein „Pflegerotstand“ droht, ist nicht ausdiskutiert. Dies ist davon abhängig, wie sich der Gesundheitszustand älterer Menschen entwickelt: werden nur alle immer älter, oder auch gesünder – oder eben kränker, weil mehr lebensverlängernde Möglichkeiten zur Verfügung stehen (vgl. Deutscher Bundestag 1994: 340ff)?

4.3.1.2 Verschwinden der „Kindheit“

Fasst man Institutionen als durch Recht oder Sitte garantierte Regelmässigkeit von Handlungserwartungen auf, kann Kindheit als Institution gesehen werden. Damit kann mit dem „Verschwinden der Kindheit“ zweierlei gemeint sein: der Rückgang der Bedeutung von Kindheit durch die geringere Anzahl von Kindern in der Gesellschaft und die schwindende Bedeutung der Institution „Kindheit“. Es handelt sich um einen quantitativen und einen qualitativen Schwund. Dass ein quantitativer Rückgang stattgefunden hat, ist klar. Beides muss aber nicht in kausalem Zusammenhang miteinander stehen. Sinkende Kinderzahlen können auch mit einer Zunahme der Bedeutung von Kindheit als Institution verbunden sein. Die Diskussion um das Verschwinden der Kindheit geht vor allem auf den Text von Neil Postman zurück, der behauptet

„[...] daß die Idee der Kindheit verschwindet, und zwar in einem erschreckenden Tempo.“ (Postman 1993: 8).

Dies bezieht sich nicht auf den Rückgang der Kinderzahlen, sondern auf das Verschwinden der institutionalisierten Differenz zwischen Kindern und Erwachsenen, die Postman vor allem auf die Medien (Fernsehen) zurückführt (Postman 1993: 13ff und 94f). Dieses Verschwinden sieht er als ein großes Problem, für das er allerdings keine Lösung anzubieten hat (Postman 1993: 9).

Dabei ist zuerst darauf hinzuweisen, dass es sich bei der Institution Kindheit um eine historisch recht neue Erscheinung handelt. Hier sind sich die beiden bedeutenden Kindheitsforscher Aries und DeMause durchaus einig (vgl. Aries 1975 und DeMause 1992). Allerdings geht Aries ähnlich wie Postman von einem erneuten Schwinden der Bedeutung von Kindheit und Kindern aus, DeMause dagegen sieht eine heute noch nicht abgeschlossene evolutionäre Entwicklung hin zu mehr Empathie und damit auch einer verstärkten Wahrnehmung von Kindern als von Erwachsenen unterschieden (DeMause 1992: 14ff).

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass „Kindheit“ als eigene Phase spezifischer Bedürfnisse sich erst entwickeln konnte, als die Reduzierung der Kindersterblichkeit und die relative Sicherheit der blanken Existenz weiten Kreisen die Möglichkeit hierzu gab. Inwiefern heute Kindheit wieder „verschwindet“, ist fraglich. Die Reduktion der Kinderzahlen führt sicher zu einer häufigen „Entkindlichung“ bestimmter Räume. So leben zwar die meisten Menschen nicht nur als Kinder in Familien mit Kindern sondern auch als Erwachsene, da immer noch die meisten in ihrem Leben Eltern werden. Diese Zeiten sind aber im Gesamtlebenslauf so eingeschränkt, dass

Familien mit Kindern im Querschnitt der Bevölkerung nicht mehr die häufigste Form des Zusammenlebens bilden (vgl. Nave-Herz 1994: 17). Damit kommt es natürlich zu geringeren Kinderzahlen auch in der Wohnumwelt der Kinder (vgl. Peek 1995: 59ff). Unmittelbare Kontaktmöglichkeiten zwischen Kindern (Geschwister, Verwandtschaft und Nachbarschaft) gehen zurück. Der gleichzeitige Ausbau von Freizeitoptionen für Kinder, der zum Teil mit diesem Phänomen in Zusammenhang steht, führt damit zu einer „Verinselung“ von Kindheit (vgl. Zeiher und Zeiher 1994: 28). Dies führt dazu, dass auch Kinder immer mehr zwischen verschiedenen Rollen wechseln müssen. Inwieweit sich dies auch auf die Persönlichkeitsentwicklung der nachwachsenden Generation auswirkt, ist wissenschaftlich nicht untersucht (vgl. Nave-Herz 1994: 29), führt aber zumindest zu einer „neuen massiven Einmischung professionell mit Kindern befaßter Erwachsener in den Kinderalltag“ (Zeiher und Zeiher 1994: 24). Es kommt also wenn nicht zu einem Bedeutungsrückgang von Kindheit, so zumindest zu einem Wandel. Diesem Wandel korrespondieren neue Erwartungen an die Eltern (siehe die Diskussion zu „verantworteter“ Elternschaft). Hier ist auch zu fragen, ob

„[...] die Ansprüche an die Elternrolle nicht derart gestiegen sind, daß die Gefahr besteht, daß diese Leistungsanforderungen an die Eltern immer stärker zu einer Leistungsüberforderung wird.“ (Nave-Herz 1994: 124)

Nave-Herz beobachtet gleichzeitig mit der Professionalisierung der Kindererziehung auch eine Rückverlagerung schulischer Funktionen an die Familie, die „die sozialen Ungleichheiten verstärkt“ (Nave-Herz 1994: 71f).

„Dabei sind die pädagogischen Absichten sowohl in den öffentlichen wie in der privaten Erziehung ohne Frage mehrheitlich gut gemeint. Viele sind sogar erforderlich in Anbetracht der immer komplizierteren und komplexeren Welt, in der Kinder heute aufwachsen. Aber sie lenken und kontrollieren kindliche Entwicklung heute nachhaltig, verändern Kindheit zu jenem sozialen Feld, das sich offensichtlich immer drängender als vielfältiger Problembereich, als wissenschaftlicher Untersuchungsgegenstand, ja als pädagogisches Risikopotential darstellt [...]“ (Kübler 1993: 58f)

Kindheit muss also auch in Abhängigkeit von der Gesamtgesellschaft gesehen werden. Es ist sicher richtig, dass Kindheit per se keine Vorgaben liefert, wie das Leben der Kinder zeitlos passend zu organisieren sei. Damit kommt auch Ausdrücken wie „kindgerecht“ etc. nur eine relative Bedeutung zu. Hier muss immer gefragt werden, Kindern „gerecht“ im Hinblick auf welche Entwicklungschancen in welcher Gesellschaft? Damit ist Kübler zuzustimmen, dass Kindheit als „Konstrukt“ aufzufassen ist (Kübler 1993: 62; vgl. Luhmann 1995: 210). Dies liegt schon daran, dass Forscher (aber auch Lobbyisten) natürlich selbst keine Kinder sind, insofern der Zugang immer nur ein sehr indirekter sein kann. Erschwerend kommt hinzu, dass Kindheit als solche wenig erforscht ist und auch in der Soziologie eher ein „Randthema“ darstellt (vgl. Krappmann 1999: 455).

„Eine elementare Voraussetzung hierfür wäre, daß Kinder zu einer selbstverständlichen Zielpopulation für sozialwissenschaftliche Analysen von

Lebensqualität werden und ihnen ein Grundrecht auf Gehör in Bevölkerungsumfragen zugestanden wird. Von der Verwirklichung solcher Rahmenbedingungen ist die Bundesrepublik Deutschland weit entfernt.“ (Nauck 1993b: 145)

Im Endeffekt werden damit die Eltern als Alleinvertreter kindlicher Interessen wahrgenommen, was ebenfalls soziale Ungleichheiten verstärken kann. Allerdings haben Kinder neuerdings auch selbst mehr Rechte, so auf Beratung durch das Jugendamt, ohne dass die Erziehungsberechtigten informiert werden (Ramm 1994: 44f).

Insgesamt ist es schwierig, Aussagen darüber zu treffen, ob „Kindheit“ verschwindet. Kindheit als soziales Konstrukt, das einer gesellschaftlichen Bedeutungszuschreibung unterliegt, befindet sich sicher wie diese im stetigen Wandel. Dabei handelt es sich um Anpassungsprozesse (Leistungssteigerung, Früherziehung etc.), aber durchaus auch um gegenläufige Tendenzen (gerade einer „kindgerechten“ und weniger leistungsorientierten Pädagogik: Walldorf-Bewegung etc.). Inwiefern Kindern hiermit „genutzt“ wird, ist eine Wertentscheidung, die sich der wissenschaftlichen Analyse entziehen dürfte.

Als prinzipiell neu aufgetretene Probleme seien aber folgende angesprochen:

- 1.) Der Rückgang der Kinderzahlen führt zusammen mit der geringeren Integration von Kindern in das Leben der Erwachsenen zu einer „Verinselung“ von Kindheit, die Eltern vor allem vor logistische Probleme stellt.
- 2.) Sollte Kinderlosigkeit weiter zunehmen, kann es tatsächlich zu einer „Entwöhnung“ breiter Kreise der Bevölkerung von Kindern kommen.
- 3.) Institutionalisierte Vorstellungen von der Rolle von Kindern und Eltern sind relativ unflexibel und damit in vielen Fällen an die tatsächlichen Lebensmöglichkeiten von Eltern und Kindern nicht angepaßt. Wie dies von den Betroffenen verarbeitet wird, ist ungenügend erforscht. Von Stieffamilien und Alleinerziehenden weiß man, dass der Versuch, der „Norm“ zu entsprechen zu massiven Problemen auch für die betroffenen Kinder führen kann (vgl. Nave-Herz 1994: 109). Die Zunahme von Alleinerziehenden und Stieffamilien in den vergangenen Jahrzehnten geht nicht mit einer Weiterentwicklung der Leitbilder einher. „Kindheit“ als solche hat sich kaum ausdifferenziert (vgl. Peuckert 1991: 103 und 126).
- 4.) Die besonders in der Kleinkindphase auftretenden Koordinationsprobleme zwischen Beruf und Familie führen sowohl in Wissenschaft als auch Öffentlichkeit zu einer Konzentration auf Probleme dieser Phase. Dabei wird übersehen, dass gerade Jugendliche (Pubertät) ebenfalls zu spezifischen Problemlagen für Familie führen:

„Eine dynamische Sicht der Familie hat also nicht nur nach dem Wohlergehen des (Klein-)Kindes zu fragen, sondern auch nach dem Wohlergehen des Heranwachsenden, Erwachsenen und älteren Menschen. Ein mütterliches und väterliches Verhalten, das heute dem Kleinkind (vielleicht) gut tut, ihm morgen als

Heranwachsendem aber schadet, sollte man ebensowenig fördern wie ein mütterliches oder väterliches Verhalten, das die Persönlichkeitsentwicklung der Eltern selbst in mittleren oder hohen Erwachsenenalter negativ beeinflusst und im Grenzfall zu einer frühzeitigen Hilfs- und Pflegebedürftigkeit führt [...]“ (Lehr 1986: 96)

- 5.) Der prinzipielle Widerspruch zwischen „kinderfeindlicher“ Gesellschaft und Kindern als „priceless“ Gut (Zelizer 1994) ist auflösbar, wenn man den unterschiedlichen Status von Kindern als privatem und öffentlichem Gut berücksichtigt. Eigenen Kindern kommt ein sehr hoher Wert zu, der sich nach Zelizer aber nicht auf Kinder anderer bezieht (Zelizer 1994: 216). Allerdings zeigen auch kinderlose Befragte prinzipiell eine positive Einstellung zu Kindern (Allensbach 1993: 67). Das Problem liegt in der Differenz zwischen privatem Wert und öffentlicher Struktur. Kindheit ist in die Moderne nur schwer integrierbar und dies führt zu einer Indifferenz gegenüber Kindern und Familien.

Der Aussage von Postman, Kindheit verliere an Bedeutung, kann nicht zugestimmt werden. Selbst eine Übertragung von Aspekten der Lebenswirklichkeit Erwachsener wie Leistungsbewußtsein und Medienkonsum auf Kinder heißt nicht, dass die Differenz zwischen Erwachsenen und Kindern abgenommen hat. Gesellschaftliche Veränderungen wie Globalisierung und eine Durchdringung des Alltags mit Medien wirken sich eben auch auf Kindheit aus. Kindheit als Schutzraum hat es nie gegeben, zumindest nicht für die Mehrheit der Kinder.

4.3.1.3 Zusammenfassung:

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass es schwer ist, von einer neuen „sozialen Ordnung“ zu sprechen. Merkmale postmoderner Gesellschaften sind aber sicher ein Rückgang der Bevölkerung,¹¹⁰ eine Verschiebung der Altersstruktur und eine Verinselung der Kindheit. Inwieweit es sich um Übergangsphänomene handelt, bleibt abzuwarten. Die aus den Strukturveränderungen ableitbaren Probleme führen in der Vertikalen zu Fragen des Ausgleichs zwischen den Generationen. Für die sozialverträgliche Gestaltung des Versicherungssystems ist aber auch die Betrachtung der „sozialen Differenzierung“ wichtig.

„Die statistische Sozillast pro Kopf der erwerbstätigen Bevölkerung steigt mit der Kopflastigkeit der Altersstruktur – wie auch immer sie finanziert wird. Dies wirft zunächst die Frage nach den – dann latenten – interpersonellen Verteilungsformen auf.“ (Leisering 1992: 274)

4.3.2 Soziale Differenzierung: Funktionale Arbeitsteilung der Reproduktion?

Soziale Differenzierung wird seit Durkheim mit funktionaler Arbeitsteilung verbunden. Dabei wird angenommen, dass Arbeitsteilung die Effizienz eines Systems zur Selbsterhaltung erhöht. Bei der Komplexität moderner Gesellschaften ist aber nicht davon auszugehen, dass bestimmte

Arbeitsteilungsmuster jeweils für alle Subsysteme sinnvoll sind. Auch eine Passung der Subsysteme Familie und Wirtschaft, wie sie noch Parsons annahm, kann nicht einfach unterstellt werden. Hier kann auch nicht einem der Systeme mangelnde „Anpassung“ vorgeworfen werden, da ein Vorrang eines Bereiches wissenschaftlich nicht begründbar ist. Beide sind als Rahmenbedingungen menschlicher Handlungen zu sehen (vgl. Kap. 3.3.4.).

Die Zunahme der Kinderlosigkeit differenziert die Bevölkerung in Eltern und Kinderlose. Diese Differenzierung ist nicht auf Strukturdaten oder Ressourcenverteilung rückführbar. Neben unterschiedlichen Verhütungs- und Abtreibungsverhalten (vgl. Kapitel 4.1.1.4.) spielen hier die persönlichen Präferenzen die entscheidende Rolle. Frauen trifft die Differenzierung besonders: Sie werden über ihre Mutterrolle mehr definiert als Männer über die Vaterrolle. Außerdem differenzieren sich Frauen nicht nur in Mütter und Kinderlose, sondern auch noch in jene, die Aufgaben von Müttern für andere Frauen erfüllen. Selektive Migration führt zu einer Verstärkung der Unterschiede zwischen Land- und Stadtbevölkerung gerade in generativen Hinsicht und damit zu einer regionalen Differenzierung.

4.3.2.1 *Kinderlose versus Familien: Kinder als Öffentliches Gut?*

In den Familienwissenschaften ist häufig die Rede von der Ausdifferenzierung privater Lebensformen. Dabei wird oft noch eine „funktionale“ Arbeitsteilung unterstellt. So unterscheidet bspw. Meyer idealtypisch drei „funktional spezialisierte Privatheitstypen“ (Meyer 1992: 103): „individualistische“, „partnerschaftsorientierte“ und „kindorientierte“ (Meyer 1992: 89). Dass Kinder sowohl mit individualistischer als auch partnerschaftlicher Orientierung schwer zu verbinden sind, wurde bereits angesprochen. Für Meyer lässt sich damit die Bevölkerung funktional in reproduktive und nicht-reproduktive Bevölkerungsgruppen einteilen (Meyer 1992: 119ff). Wie besprochen, kann aber nicht jede „Differenzierung“ als funktional gesehen werden.

Die Differenzierung beschäftigt auch Politik und Medien. Die Gegenüberstellung von Familien und Kinderlosen ist jedoch problematisch. Es ist fraglich, wann jemand als „kinderlos“ gelten soll. Die in der Haushaltsstatistik ausgewiesenen älteren kinderlosen Paare können sich genauso gut bereits in einer „nachelterlichen“ Phase befinden.¹¹¹ Kinderlosigkeit findet viel Beachtung, weil sie im Moment zunimmt. Während dies im Westen schon seit einiger Zeit so ist, war Kinderlosigkeit in der DDR praktisch nicht vorhanden (Schneider 1994: 139). Seit der Wiedervereinigung hat sie hier ebenfalls deutlich zugenommen. Diese Veränderung führt bei

¹¹⁰ Es sei denn, dies wird durch Immigration stärker ausgeglichen als in den letzten Jahren.

¹¹¹ Vor allem der Vergleich mit der östlichen Bundesländern wird hier zum Problem. Dort kann nicht davon ausgegangen werden, dass eine 45jährige Frau ohne Kinder im Haushalt „kinderlos“ ist. Ihre Kinder leben eventuell bereits im eigenen Haushalt.

vielen Autoren vor allem im Zusammenhang mit der Renten- und Pflegediskussion zu folgender Argumentation: Kinder seien ein Nutzen für die Gesamtgesellschaft, mithin ein öffentliches Gut und damit jene, die keine Kindern haben „free-rider“:

„It follows that people who do not devote time and energy to childrearing are free riding on other people’s labor.“ (Folbre 1994a: 123)

Das ist aus verschiedenen Gründen zu problematisieren:

- 1.) Nicht alle Familien haben gleich viele Kinder: sind dann auch diejenigen mit einem Kind „free-rider“?
- 2.) Stellt allein die biologische Tatsache der Geburt eines Kindes ein öffentliches Gut dar oder wird ein Kind erst durch Enkulturation und Sozialisation zu einem „nützlichen“ Gesellschaftsmitglied? Und gibt es hierzu nicht alternativ andere Möglichkeiten, gesellschaftlichen Nutzen zu produzieren, die ebenfalls nicht (vollständig) „entlohnt“ werden?
- 3.) Handelt es sich beim gesellschaftlichen Nutzen nicht um einen externen Effekt, der im Vergleich zum zumindest erwarteten individuellen Nutzen vernachlässigbar ist, d.h. von einer „Ausnutzung“ kann keine Rede sein?¹¹²

Der erste Aspekt zeigt sehr deutlich, dass die öffentliche und auch wissenschaftliche Debatte zu schematisch auf den Gegensatz Kinderlose – Familien abstellt. Geht es um die Möglichkeiten der Partizipation an Beruf, Öffentlichkeit etc. so ist dies eventuell richtig, obwohl auch hier Studien zeigen, dass das zweite Kind der entscheidendere Faktor für geringe Teilhabemöglichkeiten ist. Für den Vorwurf des „free-ridings“ aber ist eine Dichotomisierung unsinnig, da der unterstellte gesellschaftliche Nutzen von Kindern natürlich steigt, je mehr Kinder vorhanden sind.

Zum zweiten Punkt ist anzumerken, dass auch Kinder geboren werden, die für eine Gesellschaft hohe Kosten verursachen. Nicht alle Faktoren liegen hierbei in der Macht der Eltern. Sicher ist aber festzuhalten, dass ohne Sozialisationsleistungen ein gesellschaftlicher Nutzen nicht entstehen wird. Investitionen von Eltern in Kinder sind aber kaum zu kontrollieren oder garantieren. Coleman sieht gerade darin das Problem der Zukunft:

„This means that children are no longer, to parents, a private good to be enjoyed in one’s old age. They are a public good, and as with every public good, the fundamental question arises, who will pay the cost for the public good? That is, who will take the responsibility for rearing children and for investing resources in them? The question must increasingly be answered, ‘no one’, as parents see it less and less in their interest

¹¹² Dieser Gedanke findet sich beispielsweise bei von Suntum, der deshalb staatliche Förderung von Familien ablehnt (von Suntum 2001: 278). Es entsteht ein Effekt, der analog der bekannten „Ausbeutung Großer durch Kleiner“ funktioniert: das Eigeninteresse der Eltern ist gross genug, dass exterene Effekte entstehen, ohne dass diese abgegolten werden müssen.

to make such investments, and there is no actor at a level below the state other than the family in whose interests such an investment lies.“ (Coleman 1982: 127; ähnlich z.B. Kaufmann 1995: 152)

Außerdem ist nicht klar, was gesellschaftlich „nützlich“ sein soll.

„If the ideal is to induce parents to invest energy in rearing children who are ‘useful to society’, the unasked question remains, who defines usefulness and by what standards?“ (Risman and Ferree 1995: 780)

Der dritte Aspekt ist schwierig einzuschätzen: Geht man von einer Mehrheit „geplanter“ Kinder aus, so wäre sicher anzunehmen, dass diese Kinder geboren werden, weil die Eltern sich einen individuellen Nutzen hiervon versprechen. Tatsächlich aber spielen Normen, Zu- und Unfälle ebenfalls eine Rolle beim generativen Verhalten. Ob dies die Gesellschaft zu einer Kompensation zwingt, ist eine politische Entscheidung.

Damit wird aber auch deutlich, dass das System „Gesamtgesellschaft“ mit dem Subsystem „Familie“, dem unter anderem die Aufgabe der Reproduktion und (teilweisen) Sozialisation zukommt, nicht (mehr) in Einklang steht. Wer sich „reproduziert“ hat in der Moderne weniger gute Chancen, Positionen zu erreichen, die mit materiellen Möglichkeiten oder Status ausgestattet sind. Galt dies bisher nur für Mütter, wird auch für es nun auch für Väter problematischer. Während dies von manchen Autoren und vor allem Politikern wegen der geringen Geburtenzahlen mit Sorge betrachtet wird, sehen andere hier vor allem die Benachteiligung der Familien als problematisch. Diese entsteht nicht aus Familienfeindlichkeit, sondern einer Indifferenz der Systeme Gesellschaft, Wirtschaft, Politik etc.:

„Genau diese strukturelle ‘Familienblindheit’ der Rechtsordnung, die Familien mit Nichtfamilien eben im Regelfall in der horizontalen Ebene formal gleichbehandelt, ist aber der Ausgangspunkt der den Familien auferlegten Belastungen. Diese prinzipielle Gleichbehandlung von ungleichen Sachverhalten anstelle unterschiedsadäquater Verschiedenbehandlung ist die Verweigerung von Familiengerechtigkeit.“ (Pechstein 1998: 26)

Besonders ausgearbeitet findet sich diese Argumentationslinie bei Kaufmann (z.B. Kaufmann 1995: 174).¹¹³ Bei den Forderungen, diesem Mißstand abzuhelpfen, wird oft nicht klar, ob damit Leistungen der Familien honoriert werden sollen (im Sinne externer Effekte) oder ob die geringeren Chancen am Arbeitsmarkt etc. ausgeglichen werden sollen. Oder soll der soziale Friede bewahrt werden, der sonst bedroht ist?

- 1.) Eine Leistungshonorierung ist schwierig, da nicht klar ist, wer wann was überhaupt leistet. Eine „Kontrolle“ ist in einem demokratischen Staat nicht denkbar.

¹¹³ Kap. „Die mangelnde Rücksichtnahme der Wirtschaft auf die Familie“ (Kaufmann 1995: 175ff); „Die mangelnde Rücksichtnahme des Staates gegenüber der Familie“ (Kaufmann 1995: 178ff) und „Die mangelnde Rücksichtnahme des Bildungswesens und der sozialen Dienste auf die Familie“ (Kaufmann 1995: 183ff)

- 2.) Auf dem Prinzip des Ausgleichs beruht der Familienlastenausgleich. Hier sind allerdings verschiedene Formen möglich: Verbesserung der Zugangschancen durch mehr Kinderbetreuung etc. oder materieller Ausgleich.

Der soziale Friede scheint in neuerer Zeit tatsächlich etwas angegriffen:

„Neid und Mißgunst bringen Familien und Kinderlose gegeneinander in Stellung [...] Nicht die Rentner leben auf Kosten der Jugendlichen; die meisten Alten haben durch das Großziehen von Kindern ihr gesellschaftliches Soll erfüllt. Es sind die Kinderlosen, ob allein oder als Paar lebend, die sich von den Familien aushalten lassen.“ (Brüning und Krumrey 1996: 157)

Es fragt sich aber, ob nicht manche Autoren die beklagten Unzufriedenheiten überhaupt erst herbeireden. Entscheidend ist, ob tatsächlich von einer „Polarisierung“ auszugehen ist. Teilweise wird hier selbst von neuen „Klassenlagen“ ausgegangen:

„[...] daß die überkommenen 'Klassengegensätze' deutlich zurücktreten. Aber noch ehe sie als wirklich überwunden angesehen werden können, zeichnen sich, wie oben als Befund gesellschaftswissenschaftlicher Analyse festgehalten wurde, Tendenzen einer neuen Polarisierung in der Gesellschaft zwischen einem 'Familiensektor' und einem 'Nicht-Familiensektor' ab. Sie lassen sich unschwer in den 'modernen sozialen Konflikt' (Ralf Dahrendorf) einordnen, bei dem es gerade auch um den Kampf und um den Wunsch zur Vergrößerung von Lebenschancen geht. Diese Problemlage ist familienpolitisch auch deshalb so relevant, weil mit diesem Sachverhalt eine (weitere) Differenzierung der Werthaltungen in der Gesellschaft verbunden sein dürfte.“ (Wingen 1997: 349)

Ähnlich argumentiert Lampert, der davon ausgeht, dass diese Polarisierung entscheidende Schubkraft bekommen wird, wenn die Zahl der Kinderlosen weiter zunimmt (Lampert 1996: 131). Die Argumentation ist einsichtig: solange Kinderlosigkeit als „Randphänomen“ abgetan werden kann, vergleichen sich Familien nicht mit Kinderlosen. Wird sie zu einem Normalfall unter anderen, wird auch diese Lebensform natürlich zu Vergleichen mit dem eigenen Lebensstandard herangezogen. Gerade die Ähnlichkeit der sonstigen Einstellungen, Vorlieben und Lebensumstände kann dann zu Unzufriedenheit führen. Insofern ist Schneider nicht zuzustimmen:

„Von einer Polarisierung der Gesellschaft in einen schrumpfenden Familiensektor und einen wachsenden Nicht-Familiensektor zu sprechen (vgl. z.B. Strohmeier 1993), scheint uns angesichts dieser Entwicklungen nicht ganz zutreffend. Zweifellos wächst der Anteil derer, die niemals eine Familie gründen, aber die Lebensbedingungen der Kinderlosen unterscheiden sich nicht in so grundsätzlicher Form von denen der 'Familiennmenschen', daß von einer Polarisierung auszugehen wäre.“ (Schneider et al. 1998: 206)

Es wird übersehen, dass Familien auch bei ähnlichen Lebenslagen, in ihrem Alltag mit anderen Problemen konfrontiert sind. Kinder kosten nicht nur Zeit und Geld, sondern haben Auswirkungen auf Einkommenschancen, Mobilität, und Flexibilität. Dass Kinderlose „auf andere Weise zum Gemeinwohl bei[tragen]“ (Rost und Schneider 1996: 258) muss noch nicht einmal bestritten werden. Dass diese „andere Weise“ aber zu mehr Wohlstand und Status führt (oder zumindest führen kann), kann die Polarisierung verschärfen.

„Die Polarisierungsphänomene in der Familienentwicklung sind die fast logische Folge einer widersprüchlichen Entscheidungssituation unter den gesellschaftlichen Bedingungen der Bundesrepublik Deutschland, welche die Vereinbarkeit der berechtigten Ansprüche auf Befriedigung instrumenteller und nicht-instrumenteller Bedürfnisdimensionen der einzelnen in Frage stellt. Fehlende Vereinbarkeit heißt, die Verfolgung individueller Interessen gemäß der dominanten Bedürfnisdimension verursacht erhebliche Kosten bezogen auf die andere oder umgekehrt.“ (Huinink 1995b: 355f)

Dabei kommt es tatsächlich zu ersten Anzeichen einer „Stigmatisierung von Kinderlosigkeit“ (Rost und Schneider 1996: 246), aber auch von Familien mit einem Kind und Familien mit vielen Kindern.

„Der aus der Polarisierung der Gesellschaft erwachsende soziale Konflikt kann noch dadurch verschärft und verhärtet werden, daß hinter den unterschiedlichen Entscheidungen für ein Leben mit einer eigenen Familie oder für ein Leben ohne Kinder unterschiedliche Wertsysteme stehen.“ (Lampert 1996: 132)

Hinzu kommt, dass die Kontakte zwischen Familien und Kinderlosen meist nur oberflächlicher Natur sind. Freundschaften junger Eltern mit Kinderlosen gehen bald nach der Geburt zurück (Cowan and Cowan 1994: 196ff).

Übersehen wird bei der ganzen Diskussion die Vermischung sehr komplexer Zusammenhänge: Probleme der ökonomischen Schlechterstellungen treffen jene entscheidend, die ohnehin keine großen Ressourcen haben. Es gibt aber sicher auch viele Menschen, die sich das „Luxusgut“ Kind tatsächlich ohne große Probleme – wenn auch nicht ohne Einschränkungen – leisten können: und Einschränkungen müssen schließlich für viele private Entscheidungen in Kauf genommen werden. Damit greift die Diskussion über Differenzierung, Polarisierung und Kinderlosigkeit entscheidend zu kurz.

4.3.2.2 *Kinderlose Frauen versus Mütter*

Ähnlich schematisch werden auch kinderlose Frauen und Mütter gegenübergestellt:

„In der Soziologie ist schon seit einiger Zeit die Polarisierungsthese anerkannt, nach der sich in Frauenjahrgängen zwei Gruppen gegenüberstehen: diejenigen der Kinderhabenden und diejenigen der größer werdenden Gruppe der Kinderlosen.“ (Mayer 1999: 240)

Dabei ist diese Feststellung sicher richtig, verkürzt aber wie oben komplexe Strukturen. Tatsächlich ist die Dichotomisierung auch eine politisch und medientechnisch erzeugte. Die Frauenbewegung ist seit einigen Jahren gespalten: Schon um die Jahrhundertwende spielte der Gedanke, Frauen könnten in die Öffentlichkeit ein „mütterliches“ Element einbringen, eine Rolle für die Emanzipationsbewegung. Frauen erschienen nicht nur als gleichwertig, sondern eher noch als die „eigentlich“ höherwertigen Wesen (vgl. hierzu Frohnhaus 1994:96). In den letzten Jahrzehnten hat die Bemühung der Frauenbewegung um bessere Chancen für Mütter auch zu einer Difamierung kinderloser Frauen geführt:

„Problematisch ist dabei weniger das Hervorbrechen von Emotionen oder die Auseinandersetzung zwischen der jüngeren und der älteren Frauengeneration, sondern die Fraktionierung in Mütter und Nichtmütter als falsche Benennung dessen, worum es eigentlich geht. So droht das wichtige Anliegen der Mütterpolitikerinnen als dem Kampf um die Verbesserung der Lebensbedingungen im Alltag mit kleinen Kindern und die Anerkennung der von Müttern geleisteten Arbeit daran zu scheitern, daß sie sich als Mütter von anderen Frauen und deren Lebensumständen abgrenzen.“ (Frohnhaus 1994: 187)

Dabei werden mit kinderlosen Frauen weit negativere Stereotype verbunden als mit kinderlosen Männern. Umgekehrt können aber auch Mütter, die „nur“ ein Kind haben, Ablehnung von anderen Müttern erfahren. Hier greifen manche soziale Sanktionen sicher noch schärfer, da Frauen die keine Kinder haben, weniger Kontakt mit Kindergärten, Schulen, Kinderärzten und anderen Müttern haben.

Kinderlosen Frauen wird oft „Egoismus“ unterstellt. Dies trifft viele auch deshalb, weil Kinderlosigkeit oft nicht langfristig geplant, sondern Folge eines mehrfachen Hinausschiebens ist (Dorbritz und Roloff 1999: 247). Die oft sehr emotionale Auseinandersetzung ist wohl auch dadurch bedingt, dass die Entscheidung für viele Frauen sehr ambivalent ist:

„Sich in diesem Dilemma zu entscheiden, ist eigentlich gar nicht möglich. Überdies wirkt jede andere Frau, die anders entschieden hat als man selbst, verunsichernd, greift die eigenen Überlegungen an, stellt sie oft genug erneut zur Disposition. Meine Interviewpartnerinnen haben alle mehr oder weniger massive Angriffe von außen erlebt, sie berichten aber auch, daß sie ihrerseits Frauen mit Kindern massiv kritisiert haben.“ (Schmitz-Köster 1987: 26)

Andererseits könnte die beschriebene Ambivalenz ja eigentlich auch zu Verständnis genutzt werden: der jeweils andere Weg liegt den Frauen gar nicht so fern.

Zu wenig beachtet wird, wie differenziert die Lage der einzelnen Frauen in den beiden Gruppen ist. Kinderlose Frauen sind sicher nicht alle Karrierefrauen, aber auch Mütter haben nicht alle identische Probleme. Grob betrachtet ist eines der Hauptprobleme die Vereinbarung von Familie und Beruf. Dieser wird von den einzelnen Frauen je nach Werthaltung schon unterschiedliche Bedeutung zugemessen. Die praktische Umsetzung aber hängt vor allem von den vorhandenen Ressourcen ab. Als wichtigste Ressourcen sind hier zu nennen:

- 1.) finanzielle, wobei es durchaus einen Unterschied macht, ob ein Partner vorhanden ist, der viel verdient, oder die Frau selbst gute finanzielle Möglichkeiten hat.
- 2.) private Kinderbetreuung – spricht: in den meisten Fällen eine Oma in erreichbarer Nähe.
- 3.) eine funktionierende Partnerschaft, wobei diese einerseits dazu führen kann, dass die finanzielle Absicherung über den Partner nicht als bedrohlich empfunden wird oder dass Hilfe bei der Hausarbeit und Kinderbetreuung die Frau freistellen für berufliche Tätigkeit.

Sprach Beck-Gernsheim noch 1989 von einer „Demokratisierung der Hausarbeit“, die die Schichtunterschiede zwischen Frauen aufhebe (Beck-Gernsheim 1989: 55), so verstärken sich

heute Schichtunterschiede zwischen Müttern wieder. Dabei ist vor allem eine Rückkehr zu bezahlten Dienstleistungen bei der Kleinkindbetreuung zu verzeichnen. Diese wird ebenfalls fast ausschließlich von Frauen verrichtet:

„Aus einer unbezahlten soziale Dienstleistung von Frauen wird sozusagen eine schlecht bezahlte soziale Dienstleistung von Frauen.“ (Höpflinger 1997b: 183)

Die Betreuer kommen aus unteren sozialen Schichten, damit entsteht ein „neues Muster von Arbeitsteilung zwischen den sozialen Schichten“ (Burkart und Kohli 1992: 43). Dies ist in der Forschung bisher noch nicht ausreichend untersucht.¹¹⁴ Damit wird aber auch klar, warum höher ausgebildete Frauen meist entweder gar kein oder mehrere Kinder haben, d.h. diese Polarisierung hier besonders deutlich ist. Dass dies über Diffusion sich auch in anderen Schichten ausbreitet, vermutet beispielsweise Schütze:

„Dies könnte bedeuten, daß die erwähnte Polarisierung – entweder kein Kind oder mehrere Kinder zu haben – sich in der Zukunft auch in den Kreisen der weniger gebildeten Frauen durchsetzt.“ (Schütze 1992: 185f)

Dem kann hier nicht zugestimmt werden. Die Polarisierung bei den höher gebildeten Frauen ergibt sich daraus, dass diese

- 1.) entweder: ihre Bildungsinvestitionen voll ausnutzen, d.h. kinderlos bleiben
- 2.) oder: einen gut verdienenden Partner haben und sich auf die Hausfrauenrolle verlegen (können)
- 3.) oder: sich Kinderbetreuung privat leisten können, weil sie selbst und/oder der Partner gut genug verdienen.

In den beiden letzteren Fällen sind mehrere Kinder dann eben auch kein Problem, vor allem, wenn man die Ressourcen hat, sich auch den entsprechenden Wohnraum leisten zu können. Dies wird sich auf andere Schichten kaum ausdehnen können.

Vermutungen über Diffusion werden der sozialen Wirklichkeit der Schichtung nicht gerecht:

„They miss what seems to me the most vital aspect of a macrostructural perspective – the conflicts and complementarities between different structures of inequality that reflect contradictory collective interests. Class differences divide women, just as gender differences divide classes.“ (Folbre 1993b: 328)

Im folgenden Kapitel werden die sozialen Ungleichheiten Geschlecht und Schicht in bezug auf das generative Verhalten noch näher betrachtet.

¹¹⁴ Rerrich schätzte 1993, dass 1-2,4 Millionen als Hauspersonal in Deutschland „schwarz“ arbeiten (Rerrich 1993: 332).

4.3.2.3 *Stadt versus Land*

Gerade in bezug auf das generative Verhalten liegt in der Bundesrepublik auch eine regionale Differenzierung vor. Auf dem Land werden signifikant mehr Kinder geboren als in der Stadt. Dies kommt durch das traditionellere Verhalten der Landbevölkerung, zu einem größeren Teil aber durch selektive Migration zustande.

Leider muss gesagt werden, dass diese Zusammenhänge schlecht untersucht sind. Insgesamt gilt, dass Landbewohner in der Soziologie ein sehr vernachlässigtes Thema darstellen. Dies kann nicht damit entschuldigt werden, dass die quantitative Bedeutung der Bevölkerung auf dem Land nicht groß wäre. 1997 gab es nur 12 Gemeinden mit über 500.000 Einwohnern in der Bundesrepublik, aber immerhin mehr als 5000 Gemeinden unter 1000 Einwohnern (Statistisches Bundesamt 1999:58).¹¹⁵ Die Vernachlässigung der Landbevölkerung findet sich in allen möglichen Teilbereichen der Soziologie, auch in der Familiensoziologie (vgl. Lenz 1990: 55).

Teilweise herrscht die Meinung vor, Landbevölkerung sei nur etwas weniger modernisiert, werde aber durch Diffusion von Modernisierungsprozessen langfristig ebenfalls erfasst. Sie scheint der Entwicklung nur hinterherzuhinken. Tatsächlich ist dies nicht erforscht oder belegt. Es kann sich bei den „traditionelleren“ Lebensformen auf dem Land durchaus um eine Lebensweise handeln, die keinen Anpassungsprozessen an Verhältnisse in den Städten unterliegt. So ist kaum zu erwarten, dass ähnliche Formen von Anonymität auftreten. Dorfbevölkerung begegnet sich in jeweils unterschiedlichen Rollen. Die Vernetzung ist eng.

„Auf dem Land sind die sozialen Netzwerke im allgemeinen einmalig und dicht, wie die Netzwerkanalyse ergab, sind die Landbewohner eingebunden in ein eng geknüpft Netz von Verwandten, Freunden, Nachbarn und Bekannten. In den ausgeprägten lokalbezogenen, meist sogar über Generationen gewachsenen Strukturen, herrscht ein Gefühl der Zusammengehörigkeit und gegenseitiger verbindlicher Verpflichtung aber auch ein hoher Grad an sozialer Kontrolle.“ (Lenz 1990: 123)

Dies führt zu besonderen Formen von Hilfe und Unterstützung, aber auch sozialer Kontrolle, besonders für Mütter, da diese sich mehr im Dorf aufhalten (vgl. Marx 1999: 251):

„Soziale Kontrolle in Dörfern tendiert dazu, gewisse Inhalte der von Frauen zu spielenden Rolle vor- und festzuschreiben.“ (Hainz 1999: 205)

Dabei führt die Dorfnähe auch zu „Kollektive Tabus“: Wenn man weiss, dass man den anderen auch in den kommenden Jahrzehnten täglich begegnet, wird man mit Konflikten eher vermeidend umgehen:

¹¹⁵ Dabei werden Dörfer in der Statistik ohnehin systematisch unterschätzt, da viele kleine Ortschaften kommunalpolitisch zu „Großgemeinden“ zusammengefasst sind. So kann der Bewohner eines 200 Personen-Dorfs durchaus statistisch als Bewohner von „Städten über 10.000 Einwohner“ gelten. Insgesamt wohnen in Gemeinden über 100.000 Einwohnern nicht mehr Bürger als in solchen unter 10.000.

„Problemlagen, die in der dörflichen Normalität nicht vorkommen dürfen, werden auf die einzelnen Individuen abgewälzt, die damit allein gelassen werden. [...] In den Dörfern herrscht zwar ein Bewußtsein über diese Problemlagen, es gibt aber keine Öffentlichkeit, um sie zu thematisieren, denn es fehlt eine gewisse Anonymität und Distanz, die notwendig wäre, um sie bearbeiten zu können.“ (Marx 1999: 253)

Der Zuzug von Familien, die nicht im Dorf aufgewachsen sind, führt sicher zu einer Lockerung dieser Kontrolle. Es ist allerdings nicht erforscht, in welcher Form dies passiert, inwieweit sich eventuell zwei „Welten“ nebeneinander entwickeln oder ob es Schwellenwerte gibt, die bei Überschreiten zu einer allgemeinen Normerosion führen. Hainz geht davon aus, dass

„heutige Dörfer sich zu Teillebensräumen für ihre Bewohner entwickelt haben [...] Die Lebensvollzüge der Dorfbewohner haben sich ausdifferenziert [...] können sich heutige Dorfbewohner von der ehemals stark kontrollierenden 'Rücksicht auf eigene Rollen in anderen Interaktionszusammenhängen' in hohem Maß freimachen.“ (Hainz 1999: 178).

Dies trifft sicher gerade für Mütter junger Kinder oft nicht zu. Hainz selbst schränkt auch ein:

„Es ist freilich davon auszugehen, daß den wenigsten Befragten die eigene Anpassung an die vom jeweiligen sozialen Umfeld ausgeübte soziale Kontrolle bewußt ist. Zudem brauchen Befragte Selbstbewußtsein, um einem womöglich als freiheitlich eingeschätzten, unbekanntem Interviewer etwas von einer möglicherweise am Ort herrschenden sozialen Gängelung zu offenbaren.“ (Hainz 1999: 181)

Damit ist ein Hauptproblem empirischer Forschung angesprochen, dass sicher in vielen Bereichen zutrifft, gerade bei Befragungen auf dem Dorf aber eine besondere Rolle spielen kann. Die Dorfbewohner werden den Interviewer kaum als einen der ihren empfinden. Vielleicht rührt daher auch die mangelnde Bereitschaft vieler Sozialforscher, sich mit dem ländlichen Raum auseinanderzusetzen.

Welche Auswirkungen es auf die kommende Generation hat, wenn ein größerer Anteil in Dörfern aufwächst, ist nicht klar. Einerseits ist die Erziehung auf dem Dorf immer noch patriarchalischer als in der Stadt (vgl. Lenz 1990: 64ff), andererseits könnte es sein, dass gerade eher unkonventionellere Eltern mit zwar vielen Kindern, aber progressiven Erziehungsvorstellungen, aufs Land ziehen. Auch dies ist nicht erforscht. Aber auch Kinder, die auf dem Land aufwachsen, sind von der Modernisierung der Kindheit betroffen. Sie können ebenfalls nicht mehr in ihrer unmittelbaren Umgebung an Arbeitsprozessen teilnehmen:

„Die meisten Landkinder erleben heute ihre Eltern nicht mehr an deren Arbeitsplatz, wissen über Abläufe in der Natur etwas diffus Bescheid wie ihre Altersgenossen in den Städten, und sind gleich ihnen zum 'Inseln springen' zwischen verschiedenen 'kindgerechten' Umgebungen und Arrangements gezwungen.“ (Berger und Krug 1993: 263)

Wobei dies für die Eltern eventuell mit mehr Logistik und Chauffeurdiensten verbunden ist als in der Stadt, in der eine bessere Infrastruktur herrscht. Was dies alles langfristig für die Entwicklung unserer Gesellschaft bedeutet, ist offen:

„Die Ausdifferenzierung individualisierter Lebensstile mit den daran geknüpften Erwartungen an Optionsvielfalt (einschließlich Kinderlosigkeit) und regionaler und sozialer Mobilität in den urbanen Ballungszentren wird auch begünstigt durch eine Ausdifferenzierung der Reproduktionsaufgaben und deren Verlagerung in regionale Milieus 'jenseits von Individualisierung und Wahlbiographie'. Verschärft werden diese Differenzierungsprozesse durch die deutlich geringeren Reproduktionssalden in den urbanen Ballungszentren und den sich damit für jede Generation neu bietenden Opportunitäten für Statusmobilität und ihre Attraktivität für die Absorption und Verarbeitung abweichender Muster der privaten Lebensführung, was sie beides zum Ziel selektiver Migration prädestiniert. Regionale Wanderungssalden indizieren somit zugleich auch immer eine regionale Arbeitsteilung in den Reproduktionsaufgaben. Da dies die Sozialisation von Kindern genauso wie die Pflege älterer Menschen betrifft, wird durch die ungleiche Belastung der sozialen Räume mit den Reproduktionsaufgaben die Modernisierungsdifferenz und die soziale Ungleichheit weiter verstärkt.“ (Nauck 1993a: 80)

Dabei kommt es durch die regionale Differenzierung einerseits zu einer Verstärkung von Unverständnis, da sich Begegnungen zwischen den einzelnen Gruppen einschränken, auf der anderen Seite auch zu geringeren Reibungen, da weniger Kontakt herrscht. Persönlich wird Polarisierung also weniger erfahren, dies kann aber gerade durch diese Anonymisierung die öffentliche Diskussion weiter verschärfen.

4.3.2.4 Zusammenfassung

So ist am generativen Verhalten zu sehen, dass Differenzierung nicht immer gleich „Funktionalität“ bedeutet. Handlungsmuster differenzieren sich situationsspezifisch, aber eben auch aufgrund innerer Werte aus. Typische Handlungsmuster führen so über Differenzierung auch zu Ungleichheit.

4.3.3 Soziale Ungleichheit: Luxusgut Kind?

Für die großen Gruppen, die durch soziale Ungleichheit betroffen sind – Geschlecht und Schicht – hat auch das generative Verhalten ungleiche Auswirkungen. Nicht nur die Folgen einer Geburt treffen Männer und Frauen sehr unterschiedlich, auch die Tatsache, dass Menschen Eltern werden können, betrifft beide Geschlechter verschieden. Damit trägt generatives Verhalten entscheidend zur sozialen Ungleichheit von Mann und Frau bei. Reproduktion verschärft aber auch schichtspezifische Ungleichheiten. Für alle Eltern bedeuten Kinder auch finanzielle Kosten. Aber diese sind von den Betroffenen je nach Ressourcenausstattung unterschiedlich gut zu verkraften. Dies ist auch vor dem Hintergrund gestiegener Anforderung (sowohl materieller als auch zeitlicher Art) an Eltern zu sehen. Welche Folgen entstehen für Kinder, deren Eltern hier nicht „mithalten“ können? Die Pauschalisierung von Kindern als „Armutsfaktor“ sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass viele Eltern ausreichende Ressourcen haben, ein recht großer Teil der Kinder aber tatsächlich in zumindest relativer Armut aufwächst. Eine dritte Form sozialer Ungleichheit betrifft den Osten Deutschlands. Hier werden Menschen, deren

generatives Verhalten an einem ganz anderen gesellschaftlichen System orientiert war, plötzlich mit neuen Strukturen konfrontiert.

4.3.3.1 Frauen versus Männer

Frauen werden von den Folgen ihres generativen Verhaltens wesentlich stärker getroffen als Männer: Sie sind fast immer hauptverantwortlich für das Kind, werden aber auch bei Kinderlosigkeit mehr stigmatisiert. Insofern ist es nicht verwunderlich, dass Kinderwünschen von Frauen eine höhere Bedeutung zugemessen wird:

„Dieser ist für die befragten Frauen in den neuen wie in den alten Bundesländern wesentlich wichtiger als für ihre Partner. Während jeweils nur ein Drittel der Männer die Realisierung der Elternschaft für 'sehr wichtig' hält, äußert dies fast die Hälfte aller Frauen.“ (Vaskovics und Rost 1995: 146)

Die Entscheidung zum Kind kann für das Paar auch zu einem Prisoner's Dilemma werden: Wer zugibt, sich ein Kind mehr zu wünschen, dem wird noch eher die Verantwortung hierfür zugeschoben (vgl. Hollis 1991: 52). Schlecht ausgebaute Kinderbetreuungsmöglichkeiten sorgen dafür, dass Eltern sich quasi in einem Null-Summen-Spiel befinden. Da ein Kind gleichzeitig oft den Verzicht auf eigene ökonomische Absicherung bedeutet, ist es für Frauen ein großes Risiko.

Frauen werden von schwer zu vereinbarenden Rollenerwartungen härter getroffen: Mutterschaft und finanzielle Selbständigkeit lassen sich weit schwerer verbinden als Vaterschaft und finanzielle Selbständigkeit. Männer müssen sich nicht früh für eine Elternschaft entscheiden – zur Not geht das auch noch mit sechzig – und wenn sie dann Vater werden, heisst das nicht unbedingt, sich für 20 Jahre Verantwortung aufzubürden – man muss allenfalls zahlen. Alle Frauen sind von den Problemen der anachronistischen Merkmale von Mutterschaft getroffen. Auch die, die gar keine Kinder wünschen, müssen sich legitimieren und haben eventuell schlechte Chancen bei Beförderungen etc. Männer, die sich ernsthaft an den Familienaufgaben beteiligen wollen, dürften dabei allerdings im Berufsleben mit erheblichen Schwierigkeiten rechnen müssen (vgl. Schneider 1994: 148f).

Verschärft wird die Ungleichheit der Geschlechter in Deutschland durch:

- 1.) die mangelnden Kinderbetreuungsmöglichkeiten,
- 2.) das Abtreibungsrecht (siehe hierzu Bundesverfassungsgericht 1993: Urteil 21 vom 28.05.1993: S.203ff), das zwar durch flankierende Massnahmen ergänzt wurde, die den Frauen nach der Geburt helfen sollen, hier aber nur sehr unzureichend ausgefallen ist, und
- 3.) der Erziehungsurlaub, der Mütter weiter in die Alleinverantwortung und finanzielle Abhängigkeit drängt (im Gegensatz bspw. zu Österreich, wo sechs Monate Erziehungsurlaub vom Mann genommen werden müssen – sie verfallen sonst).

Die damit von Staats wegen vorgegebene Verantwortung der Frauen für die Familie führt über „Unterstützungsleistungen“ für Familien gerade zu einer weiteren Verschärfung der durch die biologischen Tatsachen ohnehin schon angelegten sozialen Ungleichheit der Geschlechter.

„Ähnlich wie das Beispiel einer Kombination aus Erziehungsurlaub einerseits und Qualifizierungsmaßnahmen andererseits, das im Grunde ein 3-Phasenmodell als weibliches Lebensmuster vorgibt, haben auch andere familienpolitische Maßnahmen der konservativ-liberalen Bundesregierung den Nachteil, daß sie zwar vordergründig das Ziel der Gleichberechtigung postulieren, im Grunde aber die alterhergebrachte familiäre Arbeitsteilung festschreiben.“ (Münch 1990: 173f)

Daran hat sich durch die Regierungsübernahme durch die Sozialdemokraten aber auch nicht viel geändert. Betreuung zu Hause ist eben meist qualitativ besser und natürlich für den Gesetzgeber (zumindest kurzfristig) billiger. Unser politisches System zeichnet sich außerdem dadurch aus, dass Frauenförderung und Familienförderung oft als zusammengehörig empfunden werden. Dies führt zu einer ungünstigen Vermischung von Zielen:

„Denn [...] die in der Sozialpolitik traditionelle Zuordnung der Frauenprobleme zu Aufgaben der Familienpolitik und damit die selbstverständliche Ineinssetzung von Frauen- und Familienpolitik bleibt blind, mehr noch, ist vielfach die systematische Ursache geschlechtsspezifischer Unterversorgung in Vergangenheit und Gegenwart.“ (Gerhard 1993: 311)

Dies trifft aber auch umgekehrt: Frauenförderung per se ist noch keine Familienförderung. Quotenregelungen führen nicht dazu, dass Frauen Mutterschaft besser mit Beruf verbinden können, sondern eher dazu, dass kinderlose Frauen Eltern aus bestimmten Berufen verdrängen. Eltern können nur dann konkurrieren, wenn einer den anderen freistellt für die Konkurrenz am Arbeitsmarkt. Insofern würde es auch nichts nutzen, die Aufgaben zwischen den Eltern einfach neu zu verteilen, wie oft vorgeschlagen:

„Darum ist bei allen sozialpolitischen Weichenstellungen auf die Folgen für die Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen zu achten. Denn die Gleichberechtigung der Frauen ist nur zu verwirklichen, wenn Frauen nicht nur ein gleiches Recht auf Erwerb, sondern auch Männer die gleiche Pflicht zu Haus- und Familienarbeit übernehmen. Aus diesen Grund darf Familienpolitik nicht mehr nur Frauenpolitik, sondern sollte – zumindest für eine Übergangszeit – vorrangig Männerpolitik sein.“ (Gerhard 1993: 329)

Tatsächlich sind hier Lösungen gefordert, die die Probleme der Familien eben nicht im familiären Binnenraum belassen. Damit würde auch einer der großen Konfliktbereiche in Partnerschaften gemildert. Denn meistens lasten sich die Betroffenen ihre Partnerschaftsprobleme persönlich an, obwohl diese auf strukturelle Unvereinbarkeiten zurückzuführen sind:

„Problems between husbands and wives, problems which seem ‘individual’ and ‘marital’, are often individual experiences of powerful economic and cultural shock waves that are not caused by one person or two.“ (Hochschild 1989: 11; ähnlich Beck und Beck-Gernsheim 1990: 37)

4.3.3.2 „Reiche“ versus „arme“ Kinder

Wie dargestellt handelt es sich bei der Entscheidung für ein Kind nur um eine bedingt rationale Entscheidung. Verschiedene Faktoren stehen dem entgegen:

- 1.) handelt es sich selbst bei einem geplanten Kind nicht so sehr um ein Abwägen in Anbetracht der Lebenssituation als um eine Wertentscheidung. Insofern kommt einem Kind ein Wert zu, der eben nicht gegen alle anderen Güter aufgerechnet wird.
- 2.) wird dies dadurch verschärft, dass die langfristigen Kosten eines Kindes (auch durch Verlust an Qualifikation der Mutter etc.) überhaupt nicht abschätzbar sind und damit einer rationalen Planung kaum zugänglich.
- 3.) führt discounting nicht nur zu ungeplanten Schwangerschaften, sondern tragen auch politische Verlautbarungen zu einer systematischen Unterschätzung langfristiger Folgen bei.
- 4.) verhindert das Abtreibungsrecht sowie die Einstellung vieler Frauen zur Abtreibung eine bessere Planbarkeit.
- 5.) wird die Entscheidung für ein Kind in den meisten Fällen in einer relativ intakten Partnerschaft getroffen. Es gibt aber keine Garantie, dass diese auch anhält.
- 6.) können selbst intakte Beziehungen durch Arbeitslosigkeit, längere Krankheit und ähnliches in materielle Bedrängnis geraten.
- 7.) können Kinder nicht „zurückgegeben“ werden, wenn die langfristigen Erwartungen sich nicht erfüllen. Wobei hier auch starke normative Bindungen den Weg beispielsweise der Adoptionsfreigabe quasi unmöglich machen.

All dies führt dazu, dass Kinder eben nicht nur dann geboren werden, wenn ohne größere Probleme adäquat für sie gesorgt werden kann. Da Kinder aber sehr hohe Kosten verursachen, auf der anderen Seite die finanziellen Erwerbsmöglichkeiten der Eltern beschränken, sind Kinder ein Armutsfaktor.

Zwar weist die Bundesregierung in ihrer Stellungnahme zum fünften Familienbericht darauf hin, es gäbe kein erhöhtes Armutsrisiko für Familien. So habe die Zahl der deutschen Sozialhilfeempfänger unter 18 Jahren abgenommen (BMFS 1994: XII). Absolut ist dies richtig. Setzt man die Zahl aber ins Verhältnis zu den unter 18jährigen insgesamt, so sieht man, dass dies nur so ist, weil die Zahl der Minderjährigen in der Bevölkerung rückläufig ist. Relativ gesehen, hat der Anteil tatsächlich zugenommen.

„Hier kann nur festgestellt werden, daß zur Zeit die Einkommensarmut als wesentlicher Faktor der Lebenslage einer Familie bei Familien mit Kindern überproportional zunimmt.“ (BMFS 1994: 131; vgl. hierzu auch Nauck und Joos 1996: 168ff)

1999 weist das Statistische Jahrbuch immerhin 481.000 Sozialhilfeempfänger bis 7 Jahre aus, insgesamt sind es 1.078.000 minderjährige Sozialhilfeempfänger (Statistisches Bundesamt 1999: 463). Armut findet als Thema wenig öffentliche Resonanz, weil neue Armut einen „heterogenen Zusammenhang“ darstellt und damit keine gemeinsame Interessenvertretung hat (vgl. Hanesch et al. 1994: 20f). Zwei der besonders betroffenen Gruppen sind Alleinerziehende und kinderreiche Familien (vgl. Podzuweit 1994: 46). Dies ist auch im Osten so (Hanesch et al. 1994: 141). Bei Familien mit fünf und mehr Kindern liegt das Nettodurchschnittseinkommen bereits unter dem soziokulturellen Existenzminimum (Netzler 1996: 35f). Zwar gibt es nicht viele Familien mit fünf Kindern, aber in jeder dieser Familie sind eben auch gleich fünf Kinder von den schlechten materiellen Verhältnissen betroffen.

Armut ist meist ein kurzfristiges Phänomen, mit 29 Monaten dauert sie bei Familien aber im Schnitt doppelt so lang wie bei Kinderlosen (Paare mit Kindern 27 Monate; Alleinerziehende 33) (Buhr 1998: 80).

„Kinder sind hiervon besonders betroffen, weil (1) das Risiko, in Armut zu geraten, für Kinder höher ist als für Erwachsene und (2) Kinder Armut auf spezifische Weise erfahren, indem sie vor allem ihren negativen psycho-sozialen Folgeerscheinungen in der Familie ausgesetzt sind. Dennoch erscheinen Kinder in der hiesigen Armutsforschung fast nur am Rande, d.h. als Mitglieder im Haushalt der befragten Erwachsenen. Wieviele Kinder von Armut, Arbeitslosigkeit der Eltern, schlechter Wohnraumversorgung etc. betroffen sind, läßt sich bislang nur schätzen, und über ihre Alltagserfahrungen, Belastungen und Zukunftsperspektiven wissen wir entsprechend wenig.“ (Walper 1993: 267)

Klar ist: durch diese relative Armut kommt es zu mangelnden Investitionen in Kinder. Dabei spielen für die Produktion von Humankapital neben materiellen Kosten vor allem Zeit und Wissen der Eltern die entscheidende Rolle.

Materielle Ressourcen sind nicht nur vorhandenes Geld, sondern auch die Wohnung, die in der Wohngegend herrschende Infrastruktur etc. Armut als mehrdimensionales Phänomen im Zusammenhang von Bildungszugang, Gesundheit, Wohnen etc. ist „unbefriedigend“ erforscht (Hanesch et al. 1994: 25). So führt regionale Verslumung in Städten wie z.B. Hamburg zu sehr ungünstigen Bedingungen für Kinder bestimmter Stadtteile (Podzuweit 1994: 47). Auch im Osten kumulieren oft Armutsfaktoren bei Kindern:

„Die Armut im ostdeutschen Umbruch ist vor allem eine Armut der Kinder und Jugendlichen. Die Quote der mehrfach Unterversorgten betrug bei Personen mit zwei Kindern 15,9 und bei Paaren mit drei und mehr Kindern sogar 40,2 Prozent!“ (Hanesch et al. 1994: 38)

Massgeblich für Sozialisation von Kindern ist auch die verfügbare Zeit der Eltern. Dabei ist elterliche Sorge durch Verwandte und Angehörige ersetzbar oder durch bezahlte Kinderbetreuung (teilweise) substituierbar. In den letzten Jahrzehnten sind zwar geringe Fortschritte in der Kleinkindbetreuung im Westen der Bundesrepublik zu sehen, Schulkinder, die nicht in Privatschulen lernen, brauchen aber wieder mehr Betreuung und Hilfe. Nachdem in

den 60er und 70er Jahren versucht wurde, über Schulbildung Chancengleichheit zu schaffen und Herkunftsunterschiede abzuschwächen, wird heute von einer „Schattenschule“ gesprochen, die die Mütter zu Hause organisieren müssen (Hebenstreit-Müller 1991: 44).

„Die zunehmende Bedeutung des Schulerfolges für die Zukunft heutiger Kinder und die ebenfalls zunehmende Bedeutung der Familie für den effektiven Schulerfolg stellen sich als neue Hürde der Veränderung traditioneller familialer Strukturen in den Weg. Die Verbesserung der Schulqualität macht sichtbar, wie wichtig die familiäre Unterstützung für schulischen Erfolg ist.“ (Herzog et al. 1997: 380)

Was auch dazu führt, dass viele Frauen ihren Beruf dann aufgeben, wenn Probleme in der Schule auftreten bzw. ein Kind eingeschult wird (vgl. Streckeisen 1991: 177). Eltern übernehmen gezwungenermaßen „Hilfslehrerfunktionen“ (Herzog et al. 1997: 380). Umso mehr Eltern aber Schulfunktionen zumindest unterstützend wahrnehmen, umso eher geraten die ins Abseits, die dies nicht leisten können oder wollen. So werden auch Einrichtungen im Vorschulalter eher von besser gestellten Eltern genutzt (vgl. Binder 1995: 110) und auch die „Chancen zu spielen“ sind von der Familiensituation abhängig (vgl. Herlth 1986: 87ff).

Dabei greift die ökonomische Berechnung von Zeitkosten zu kurz. So schreibt Meyer über Schlüsselkinder:

„ÖKFAM [ökonomisches Familienmodell] läßt keine negative Vermutungen zu: Die Möglichkeit, durch einen anderen Einsatz der Familienressourcen allgemein mehr Güter zu erzielen, führt nur bei inferioren Erzeugnissen zu einer Mindernachfrage. Alle anderen Güter werden mehr nachgefragt. Daß der Charakter oder das soziale Wohlverhalten der eigenen Kinder ein inferiorer Güteraspekt sein sollten, ist z.B. aus ökonomischen Gründen, nicht anzunehmen. Folglich sollte auch der Aufwand, der zur Erziehung und Betreuung *erforderlich* ist, nicht abnehmen, wenn das volle Einkommen der Familie steigt. Das impliziert nicht, daß der Zeitaufwand der Mütter für ihre Kinder unverändert bleiben müßte.“ (Meyer 1992: 36)

Dies übersieht, dass manche Mütter Geld verdienen müssen, um das Existenzminimum garantieren zu können. Außerdem muss die Entwicklung der Kinder nicht unbedingt ein superiores Gut sein, vor allem, weil es sich hier um langfristige Förderung handelt, deren „Nutzen“ von den Betroffenen eventuell unterbewertet wird. Dies führt zum nächsten Punkt: Es kommt entscheidend auch auf das Wissen der Eltern über Entwicklungsbedingungen von Kindern und ihren Zugang zu Information an.

Der Bildungsabschluß der Eltern hat Einfluß auf die Bildungschancen. Man spricht in der Sozialforschung von der Reproduktion sozialer Ungleichheit.¹¹⁶ Diese ist auch durch die Bildungsreform nicht beseitigt worden. Zwar besuchen auch mehr Arbeiterkinder nun das Gymnasium, der Abstand zwischen den Schichten hat sich aber noch vergrößert (vgl. Kraus 1996: 135f). Da der Hauptschulabschluß dadurch stark an Wert verloren hat, sieht Kraus sogar die Gefahr, daß hier eine Bevölkerungsgruppe quasi „abgekoppelt“ wird (Kraus 1996: 144).

¹¹⁶ Eine kritische Diskussion zur Vererbung sozialer Ungleichheit findet sich bei Bertram 1991a: 236ff.

„Die schichtspezifische Sozialisationsforschung hatte den Blick vor allem auf die Familie gerichtet; es wäre an der Zeit, daß die Forschung den Blick wieder verstärkt auf die Schule richtet.“ (Krais 1996: 146)

Tatsächlich begünstigt das Bildungswesen durch seine „nahezu völlig Unentgeltlichkeit“ nicht nur den Mittelstand, der es mehr in Anspruch nimmt (Kaufmann 1995: 181), sondern verstärkt durch die Erwartungen des Schulsystems die sozialen Unterschiede:

„Die Familienwelten, denen Schüler entstammen, repräsentieren eine große kulturelle Vielfalt. Im Unterschied dazu bildet die Schule in der Mehrzahl der Fälle eine mittelschichtorientierte eurozentrische Monokultur ab.“ (Garlichs und Leuzinger-Bohleber 1999: 181)

Hier spielt vor allem die „Übereinstimmung von Familien- und Schulkultur“, die sich u.a. im „Sprachmilieu“ auswirkt, eine Rolle (Nave-Herz 1994: 72f). Dies trifft nicht nur ärmere Schüler, sondern auch Ausländer und Schüler aus nicht-„Normfamilien“, obwohl diese in vielen Klassen in der Mehrzahl sein dürften:

„In die Einschätzung der zu erwartenden Lernschwierigkeiten oder Lernvorteile der Kinder spielt auch mit hinein, wie Lehrerinnen und Lehrer das soziale Milieu beurteilen, aus dem die Kinder stammen. [...] Zum Beispiel hängen die Folgen von Scheidung und Trennung der Eltern für die Bildungsentwicklung der Kinder von der gesellschaftlichen Akzeptanz für diese familiale Situation ab.“ (BMFS 1994: 228)

Die Mittelschichtzentriertheit unseres Bildungssystems führt mehr oder weniger automatisch dazu, dass die „passenden“ Kinder hier leichter durchkommen:

„[...] es [das Ausbildungssystem] transformiert bei aller scheinbaren Neutralität gesellschaftliche Klassifizierungen in solche des Ausbildungserfolgs und etabliert danach Hierarchien, die nicht mehr als rein technische, also partielle und einseitig empfunden werden, sondern als umfassende, in der Natur begründete [...]“ (Bourdieu 1982: 605; vgl. Bourdieu und Passeron 1971: 207ff)

Gleichzeitig reichen Bildungszertifikate allein immer weniger aus. In seinem Essay „Jenseits von Klasse und Schicht“ (Beck 1986: 121ff) beschreibt Beck eindringlich, wie die Öffnung der Bildungschancen auch für weniger Privilegierte eben nicht zu Chancengleichheit geführt hat, sondern dazu, dass neben den Bildungsabschlüssen immer mehr „extrafunktionale Hintergrundkriterien“ erforderlich sind, um bestimmte Positionen besetzen zu können (Beck 1986: 139, 143, 238). Dazu gehört, schon in der Kindheit auch ein bestimmtes Maß an Selbstbewußtsein zu gewinnen. Es fällt auf,

„[...] daß fast alle Kinder mit einer hochmodernen-individualisierten kinder-kulturellen Praxis aus Familien mit einem hohen sozialen Status kommen. Ihr positives Selbstbild gewinnen diese Kinder in Abgrenzung zu weniger selbständigen und selbstverantwortlichen Kindern mit weniger unterstützenden Elternhäusern mit möglicherweise geringeren materiellen und immateriellen Ressourcen.“ (Büchner et al. 1994: 124)

Der bessere Zugang höherer Schichten zu höheren Schulen aber auch ergänzenden Einrichtungen und zusätzlichen Bildungskomponenten ist eben nicht nur durch höhere Zeit- und Geldaufwendungen zu erklären, sondern auch durch das höhere kulturelle Kapital jener Familien. Vorgeschlagen wird, dies durch Beratung zu verbessern (z.B. Hahlweg 2000: 264ff).

Dabei sollen Eltern, die keine Beratung wünschen, durch Fernsehen oder Internet erreicht werden (Hahlweg 2000: 266ff). Ohne Unterstützungsmaßnahmen auch materieller Form scheint der Erfolg solcher Maßnahmen mehr als fraglich.

Die Faktoren materielle Möglichkeiten, Zeit für Kinder und Wissen um kindliche Entwicklungschancen kumulieren häufig. Eine zukünftige Verschärfung der Ungleichheit durch homogene Partnerwahl und Erbschaften ist abzusehen (vgl. z.B. Szydlik 1999: 81ff).

Oft wird es als „gesellschaftspolitische“ Aufgabe angesehen, für Kinder, die negativen Umständen ausgesetzt sind, einen Ausgleich zu schaffen (z.B. Oerter 1993: 88, vgl. auch Wingen 1997:21). Hierbei werden verschiedene Aspekte vermischt:

Soziale Gerechtigkeit soll ermöglichen, dass Kinder gute Startchancen in der Gesellschaft haben – möglichst unabhängig von ihrer Herkunft. Es gibt aber auch ökonomische Argumente, die eine Förderung von Kindern unterstützen. Investitionen in Kinder führen zu einer Erhöhung des Humankapitals der kommenden Generation und erzeugen damit einen gesamtgesellschaftlichen Nutzen – oder vermeiden Kosten (vgl. bspw. Hanesch et al. 1994: 176), da

„[...] der Einsatz des Faktors Arbeit einen höheren Beitrag zum Sozialprodukt beisteuert als das Sachvermögen. Da aber die Qualität des Faktors Arbeit wiederum im wesentlichen durch die Qualität familialer Investitionen in die Kinder bestimmt wird [...]“ (Krüsselberg 1995: 77)

In der ökonomischen Humankapitaltheorie werden Investitionen in das Humankapital von Kindern modelliert. Becker geht davon aus, dass Eltern in ihre Kinder mehr investieren würden, wenn sie sich sicher wären, dafür auch im Alter unterstützt zu werden, womit Kinder wieder zu einem „private good“ würden. Eltern würden dann eben weniger Rücklagen bilden.

„Capital constrained parents could finance expenditures on children by reducing their life-cycle savings if children could be counted on to care for elderly parents.“ (Becker 1993a: 274)

Dies funktioniert nicht, weil sich der Ertrag ja in keiner Form garantieren lässt. Becker sieht aber auch, dass viele Familien gar nicht die Möglichkeit haben, in ihre Kinder zu investieren:

„Marginal rates of return on human capital invested in children from poorer families exceed the market rate of return on nonhuman capital because poorer families cannot readily borrow to finance their investments. Public (or private) policies that improve access to the capital market by poorer families – [...] would increase the efficiency of society's investments in human capital while equalizing opportunity and reducing inequality [...]“ (Becker 1991: 188)

Da es damit zu suboptimalen Investitionen in Humankapital kommt, wird eine Ergänzung durch die öffentliche Hand gefordert. Wingen spricht hier von einer „Art qualitativ orientierter Bevölkerungspolitik“ (Wingen 1997: 25). Investitionen in Kinder werden als öffentliches Gut aufgefaßt. Dies ist sicher einsichtiger als die oben beschriebene Auffassung, Kinder per se als öffentliches Gut anzusehen.

„While it seems safe to say that education has strong characteristics of a public good, the absence of a fully developed theory of externalities precludes any attempt to define optional levels [...]“ (Stubblebine 1972: 183f)

Die Frage ist, ob Bildungsinvestitionen zu externen Effekten führen. Nach Helmes ist dies nicht so, da sie völlig über den Markt internalisiert würden (Helmes 1995: 74). Einzig charakterliche Bildung wie Verantwortungsbewußtsein und Entscheidungsfähigkeit lässt Helmes als externe Effekte gelten, stellt aber in Frage, ob solche zu subventionieren seien (Helmes 1995: 79ff). Der Verfasser verneint dies (Helmes 1995: 265). Bei einer rein ökonomischen Betrachtung müsste natürlich nicht nur ein externer Nutzen nachgewiesen werden, sondern die Kosten der Erzeugung dieses Nutzens müssten geringer als der erwartete Nutzen ausfallen. Da ein Nutzen, der aus bspw. Verantwortungsgefühl besteht, nicht zu beziffern ist, kann hier ökonomisch keine Entscheidung vorgegeben werden. Da Eltern ohnehin ein Eigeninteresse an Investitionen in Kinder haben, wäre im Gegenteil eine Abschöpfung des entstehenden gesellschaftlichen Nutzens möglicherweise kostengünstiger bei Inkaufnahme geringer Investitionen wenig Privilegierter. Da aber ohnehin in einem demokratischen Staat auch Überlegungen zu sozialer Gerechtigkeit ins Kalkül zu ziehen sind, wird einer Förderung von Investitionen in Humankapital von beinahe allen Seiten zugestimmt.

Dabei ist einer Subjektförderung mit Betreuungs- und Förderungsgutscheinen aus ökonomischer Sicht der Vorrang zu geben. Bei Objektförderung (wie über weitgehende Lehrmittelfreiheit oder kostenlosen Zugang zu Universitäten) profitieren untere Schichten weniger und wird außerdem der Wettbewerb zwischen den Bildungsinstituten beschränkt (vgl. Spieß und Wagner 1997: 19).

„Schließlich würde es ein Gutscheinsystem ermöglichen Eltern für die fiskalischen Effekte, die ihre Kinder verursachen, zu entschädigen und verteilungspolitische Ziele zu verfolgen. Wenn eine qualitativ gute Betreuung von Kindern fiskalische (Netto-)effekte für eine Volkswirtschaft verursacht, dann sollte Kinderbetreuung für alle Eltern subventioniert werden, d.h. daß der Preis der Gutscheine, den Eltern für den Erwerb zahlen müssen, niedriger sein muß als der Einlöse-Wert der Gutscheine, den der Anbieter von Kinderbetreuung erhält. Darüber hinaus können einkommensschwache Familien Gutscheine nochmals verbilligt bekommen.“ (Spieß und Wagner 1997: 26)

Ähnlich möchte Coleman, dass der Staat an Eltern „bounties“ zahlt je nach Schwierigkeit ein Kind zu erziehen und auch danach, wie sich dieses Kind dann als Erwachsener entwickelt (Coleman 1993b: 13f). Zwar würde Rational Choice vorschreiben, das Geld den Familien selbst zu geben, die dann entscheiden, wie sie es einsetzen. Da Bildung aber ein „public good“ sei, müsse dies anders geschehen (Coleman 1990: 62), da Eltern sonst zu wenig investieren.

„Economists in the human capital tradition will argue that the evidence is otherwise: that parents invest increasingly in the quality of their children, having made a trade off of quantity for quality. But only the decrease in quantity is clear. The apparent increase in investment in quality (e.g., investing in more education) is an increase in absolute levels of investment, but may be a decrease in investment relative to consumption expenditures by parents themselves.“ (Coleman 1982: 127)

Andere Autoren widersprechen mit Recht im Hinblick auf historische Verhältnisse.

„Coleman assumes inaccurately that the time mothers devote to each child has declined. Previous generations of mothers did not have the time to invest in each child's development according to modern standards.“ (Risman and Ferree 1995: 776)

Relativ zu anderen Aufwendungen in unserer Wohlstandsgesellschaft kann Coleman aber durchaus zugestimmt werden. Tatsächlich ist bei nicht gebundener Förderung an die Eltern eben nicht auszuschließen, dass sie diese Kinder eventuell eben gar nicht erreicht. Die Förderung muss aber auch an die einzelnen Subjekte gebunden werden. Werden dagegen Eltern Mittel für die Gesamtheit ihrer Kinder zur Verfügung gestellt, kommt es wieder zu suboptimalen Investitionen, da Eltern normalerweise an Vorstellungen von Gerechtigkeit orientiert sind, die nicht ökonomischer Effizienz entsprechen:

„If parents cannot enforce transfers among their siblings, then an egalitarian attitude toward children may lead to inefficient investment in human and non-human capital.“ (Nerlove et al. 1989: 25)

Aber auch von Seiten der öffentlichen Hand sind Investitionen natürlich auch im Hinblick auf ihre soziale Gerechtigkeit zu sehen. Hier sind politische Entscheidungen nötig.

Ein stärkeres öffentliches Engagement in der Bildung von Kindern kann aber nicht nur die suboptimalen Investitionen unterer Schichten in das Humankapital von Kindern verbessern, sondern eventuell auch einer ineffizienten Überinvestition auf Seiten höherer Schichten vorbeugen. Wie oben bereits beschrieben, führt die starke Abhängigkeit des erreichbaren Status von Bildung zu einem „race of children“. Gerade Eltern höherer Schichten wollen den Stuserhalt ihrer Kinder dadurch garantieren, dass immer mehr in Bildung investiert wird, wobei es zu inflationären Entwicklungen kommen kann, und auch negative Auswirkungen auf die soziale Entwicklung der Kinder in Kauf genommen wird.

„An interesting use of the logic of counterfinality and suboptimality is found in the recent work of Raymond Boudon on the sociology of education. In contrast to the classical approach to education as a public good that makes for a free-rider problem in that everyone wants to have the benefits (through increased productivity of the others' education [...]) Boudon argues that in modern industrial societies there is a tendency towards too much education, in that everyone wants to have more education than the others in order to enjoy an income differential [...]" (Elster 1978: 125)

Dies führt zu dem bekannten Prisoners' Dilemma, in dem keine Möglichkeit für einen Ausstieg gesehen wird, da nicht garantiert werden kann, dass auch andere von höheren Investitionen absehen. Öffentliche Erziehung reduziert dieses Problem (Stubblebine 1972: 196).

Die Lösung von Elster dagegen dürfte kaum praktikabel sein:

„It has been suggested that randomly switching babies among families at birth, although undesirable because of the implied violation of family autonomy, would have the good effect of ensuring equality of opportunity.“ (Elster 1989a: 65)

Dies erinnert an den Schleier des Nichtwissens bei Rawls. Wüssten die Eltern jeweils nicht, welches Kind wo aufwächst, würden nicht nur auch weniger privilegierte in „bessere“ Familien kommen, sondern auch alle Eltern ein Interesse daran haben, dass alle Kinder gefördert werden.

4.3.3.3 *Osten versus Westen*

Soziale Ungleichheit ergibt sich aus einer Stellung in der sozialen Struktur, die nicht aus der freien Entscheidung der Betroffenen resultiert. Deshalb wurden Kinderlose versus Familien auch nicht unter sozialer Ungleichheit abgehandelt, da es sich hier doch (mit Einschränkungen) um die freie Entscheidung für eine bestimmte Lebensform handelt. Dagegen befinden sich die Betroffenen in den neuen Bundesländern nicht nur in einer anderen Lage, ohne dies so gewählt zu haben, die generativen Entscheidungen, die im Osten getroffen wurden, sind durch die Wiedervereinigung in ihren Folgen so verändert, dass es zu Problemen kommt.

Die (potentiellen) Eltern in den neuen Bundesländern sind betroffen von

- 1.) einem relativ geringeren und unsichereren Einkommen,
- 2.) Wohnraumproblemen,
- 3.) gegenüber DDR-Zeiten schlechteren Betreuungsmöglichkeiten,
- 4.) gegenüber DDR-Zeiten mehr Sozialisationsaufgaben,
- 5.) gegenüber DDR-Zeiten schlechteren Berufsmöglichkeiten für Frauen,
- 6.) einer Berufsorientierung der Frauen, die nicht in die neuen Strukturen „paßt“ und
- 7.) veränderten Rahmenbedingungen für Partnerschaften.

Zu DDR-Zeiten trug der Staat ca. 85% der gesamten Kinderkosten. Damit mussten finanziellen Erwägungen für die Entscheidung nur eine geringe Rolle spielen (vgl. Gysi und Meyer 1993: 155). Zwar standen sich kinderlose Doppelverdiener etwas besser, die Unterschiede waren aber gering, weil auch bei Eltern normalerweise beide arbeiteten (vgl. Gysi und Meyer 1993: 154, vgl. Schneider 1994: 88). Zu den sehr homogenen Einkommensverhältnissen nach Alter, Geschlecht und Familienstand (Meyer und Schulze 1992: 25) kam, dass die Bürger keine Angst vor Arbeitslosigkeit haben mußten.

„Für die Menschen in den neuen Bundesländern dagegen war die Erfahrung, ein Sozialhilfeempfänger oder ein Arbeitsloser zu sein, völlig neu. Ereignisse dieser Art wirken dort in hohem Maße deprimierend und deklassierend.“ (BMFS 1994: 113)

Damit kommt es zu „Verarbeitungsproblemen“ wegen sozialer Ungleichheit, die vorher kaum vorhanden waren (Meyer und Schulze 1992: 118). Ähnlich gab es zwar im Osten eine „kollektive Mangelversorgung“ mit Wohnraum, aber nicht die „Ungleichheit der Wohnraumversorgung“, die wir aus dem Westen kennen (Schneider 1994: 99).

„Während die Wohnverhältnisse in der DDR insgesamt kein gutes Niveau erreichten, orientierte sich die Wohnungspolitik vergleichsweise stärker am Leitbild des familiengerechten Wohnens als in der Bundesrepublik.“ (Schneider 1994:102)

Im Osten stehen einer Person im Schnitt 19,0 m² zur Verfügung, im Westen sind es 36,5m² pro Person (Roloff 1999a: 46). Obwohl die Verhältnisse sich seit der Wiedervereinigung nicht

verschlechtert haben, hat die Zufriedenheit in den neuen Bundesländern abgenommen (Sächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Familie 1997: 71). Es war allerdings in der DDR auch so, dass Geschwister sich normalerweise ein Zimmer teilten (Meyer und Schulze 1992: 36). Unzufriedenheit kann aber nicht einfach auf gewachsene Ansprüche reduziert werden. Tatsächlich haben sich Familien in DDR-Zeiten auch wesentlich weniger zu Hause aufgehalten:

„Wohnungen und Wohngebiete wurden als Orte der Nicht-Erwerbsarbeit, des Ausruhens und des Konsums konzipiert. Heute müssen Wohnungen jedoch zunehmend mehr Freizeitaktivitäten von Kindern und Erwachsenen Platz bieten. Phasen der außerhäuslichen und häuslichen Erwerbstätigkeit und Weiterbildung lösen sich ab.“ (Sächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Familie 1997: 67)

Die Betroffenen wurden aber so plötzlich mit Lebensveränderungen konfrontiert, dass der Wohnungsbau hier nicht Schritt halten konnte. Dass der Lebensraum von Kindern sich mehr in den häuslichen Bereich verlagert hat, liegt daran, dass Kinderbetreuungsmöglichkeiten seit der Wende wesentlich weniger gegeben sind. In der DDR übernahmen Familien einen weit geringeren Teil der Sozialisationsfunktion.

„Mit Blick auf das Zeitbudget der Eltern und die für die Kinder verfügbare Zeit und mit Blick auf die ideologische Festlegung der Betreuungseinrichtungen ist hier ein Erziehungsmodell entstanden, das nicht mehr nur familienergänzenden Charakter hatte, sondern sich faktisch einer familienzersetzenden öffentlichen/staatlichen Erziehung annäherte.“ (Bundesminister für Familie und Senioren 1991: 36)

Durch diese zum Teil wohl berechnete Einschätzung der Betreuungseinrichtungen in der ehemaligen DDR hat die ideologische Diskussion um Krippenbetreuung und Ganztagskindergärten auch im Westen neue Schubkraft bekommen. Dabei wird über qualitative Verbesserungen zu wenig nachgedacht, auch hier sind Dichotomisierungen leider an der Tagesordnung. In den neuen Bundesländern ist die Lage besonders bedenklich, da wegen des Geburtentiefs viele Schließungen erfolgen mußten. Sollten in einigen Jahren wieder mehr Kinder geboren werden, wird es zu Engpässen kommen. Die Verkürzung der Öffnungszeiten von Kindergärten und Schließung von Krippen hat dazu geführt,

„[...] daß es zu einer (Rück-)Verlagerung von Funktionen in die Familie kommen wird, die für die Eltern in den neuen Bundesländern ungewohnte Aufgaben mit sich bringen.“ (Meyer und Schulze 1992: 120)

Im Zusammenhang mit den beschriebenen Wohnproblemen und Unsicherheiten und Überforderungen, denen die Eltern ohnehin ausgesetzt sind, ist dies durchaus kritisch zu sehen.

„Neben materiellen und beruflichen Problemen verlangt die Funktionserweiterung, die die Familie in den neuen Bundesländern hinsichtlich der Sozialisations- und der Haushaltsfunktion erfahren hat, weiter Anpassungsleistungen ab, die kurzfristig kaum zu bewältigen sind. Vor allem Eltern mit kleinen Kindern und Alleinerziehende sind mit einer besonderen Problemkumulation konfrontiert und gehören daher, neben Frauen, häufig zu den Verlierern der Wende.“ (Schneider 1994: 308f; vgl. auch BMFS 1994: 95f)

Da die Eltern durch die geänderten Bedingungen die Zukunft ihrer Kinder ohnehin als unsicherer einschätzen (vgl. Weiss und Uhlendorff 1995: 196), dürfte dies zu großen psychischen Belastungen führen. Diente die institutionalisierte Kinderbetreuung in der ehemaligen DDR der „doppelten Zielsetzung die Erwerbsbeteiligung von Müttern zu steigern und die öffentliche Kontrolle über den Erziehungsprozeß auszuweiten“ (Schneider 1994: 68), so ergibt sich daraus für die Mütter in den neuen Bundesländern eine größere Betroffenheit durch die schwere Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Die hohen Arbeitslosenzahlen im Osten Deutschlands treffen Frauen besonders. Gleichzeitig gehört Berufstätigkeit für Frauen aus der ehemaligen DDR sehr viel selbstverständlicher zu ihrem Leben als für Frauen in den alten Bundesländern. Dabei sollte auch nicht unterschätzt werden, dass Familien in den neuen Bundesländern das Einkommen der Mütter häufiger zur Existenzsicherung benötigen. Nichtbeschäftigte Frauen in Ostdeutschland wollen zu 75% im nächsten Jahr wieder arbeiten, im Westen sind es nur 20% (Holst und Schupp 1995: 57). Jede dritte kinderlose Frau im Osten möchte keine Kinder, weil sie befürchtet, dann ihren Beruf aufgeben zu müssen. 41% der Mütter mit einem Kind wollen aus dem gleichen Grund keine weiteren Kinder (Strohmeier und Schulze 1999: 191). Dem entspricht, dass 1994 2/3 der Frauen im Osten angaben, die berufliche Arbeit sei die „wichtigste Tätigkeit des Menschen“. Im Westen waren es nur 1/3 (Henze und Klar 1996: 164). Damit ist Witte und Wagner zuzustimmen, die zwar von einer „unification of lifestyles“ in Deutschland ausgehen (Witte und Wagner 1995: 393), aber glauben, dass die andere Einstellung der Frauen zur Erwerbstätigkeit eine komplette Angleichung verhindern wird (Witte und Wagner 1995: 395).

„Insbesondere die Lebensverläufe von Frauen werden eine erhebliche Ausdifferenzierung erfahren und möglicherweise droht aufgrund der Arbeitsmarktsituation eine Polarisierung der weiblichen Lebensverläufe in Berufskarrieren ohne Familie und in Familienkarrieren ohne Erwerbstätigkeit. Trotz der in vieler Hinsicht zu erwartenden Angleichungsprozesse sprechen Kohorten-, Struktur- und Kompositionseffekte für die Annahme, daß Ost-West-Unterschiede in den Verlaufs- und Gestaltungsmustern der privaten Lebensführung fortbestehen, möglicherweise sich auch neu ausbilden werden [...]“ (Schneider et al. 1995: 15)

Dazu gehört auch, dass die Quote an nicht-ehelichen Geburten in den östlichen Bundesländern keine Anpassungsprozesse zeigt: sie steigt weiter (Schneider et al. 1995: 13). Damit ist die Entwicklung weiter fortgeschritten als im Westen. Gleichzeitig ist Verantwortung für Kinder hier weniger an leibliche Vaterschaft gebunden, d.h. Familienformierungen reagieren flexibler auf sukzessive Partnerschaften.

„Vor allem die ‘soziale Vaterschaft’ und die ‘soziale Großelternschaft’ waren in der DDR weit verbreitet. Männer nahmen im Zusammenhang mit neu entstehenden Partnerschaften die soziale Vaterrolle zumeist selbstverständlich an und empfanden die daraus entstehenden Verpflichtungen im allgemeinen nicht als belastend [...]“ (Schneider 1994: 197)

Insgesamt ist zu sehen, dass die veränderten Rahmenbedingungen die Entscheidung zum Kind hoch problematisch werden lassen:

„[...] hier wird in Art eines sozialhistorischen Experiments drastisch vor Augen geführt, wie der selbstverständliche Kinderwunsch plötzlich zur 'Kinderfrage' gerät, zu einem Thema, das bewußter Berücksichtigung, individueller Planung und Abwägung bedarf.“ (Beck-Gernsheim 1997: 67)

Wie bereits im Datenüberblick gezeigt, ist es schwierig zu allgemeinen Aussagen zu kommen, da Perioden- und Kohortenfertilität schwierig einzuschätzen sind (vgl. Sackmann 1999: 190f). Damit ist nicht klar, inwieweit es sich um Timing-Effekte handelt (vgl. hierzu Cromm 1998: 539ff). Da bisher nur für wenige Jahre Daten vorliegen und es sich um sehr komplexe und vielschichtige Veränderungen handelt, ist es auch nicht möglich, eindeutige Erklärungen zu finden.

„Vom jetzigen Standpunkt aus könnten wir für die genannten Einbrüche einerseits die 'Konkurrenz der Genüsse', die Vielzahl der Offerten oder andererseits Unsicherheit des Einkommensbezuges, Desorientierung, Zukunftsängste oder das Krisenerleben behaupten. Die Bedingungen haben sich dahingehend geändert, daß, welche Theorie man auch immer annimmt, ein starkes Absinken zumindest der Eheschließung und Fruchtbarkeit auf jeden Fall absehbar war, oder umgekehrt: es bestätigen sich zunächst alle Theorien.“ (Cromm 1998: 580f)

Tatsächlich hat die radikale Änderung der Rahmenbedingungen zu einem drastischen Rückgang geführt.

„[...] wobei die Menschen versuchen, alle Entscheidungen mit langfristiger Verbindlichkeit und schwer kalkulierbaren Folgen im privaten Bereich soweit als möglich aufzuschieben oder völlig auszusetzen, bis ihre Lebensverhältnisse konsolidiert und die Unsicherheiten mit den neuen Rechtsverhältnissen überwunden sind.“ (Schneider 1994: 305)

Damit nimmt der „Stellenwert ökonomischer Rationalität im Entscheidungsprozeß für oder gegen Kinder“ zu (Schneider 1994: 308). Dagegen war die Entscheidung zu DDR-Zeiten wegen „fehlender Alternativen“ recht einfach (Huinink und Wagner 1995: 147). Auffällig ist, dass in der Literatur sehr häufig davon ausgegangen wird, dass eine Anpassung an Westverhältnisse stattfinden wird (z.B. BMFS 1994: VII).

„Beiden Annahmen ist mit Vorsicht zu begegnen. Weder lassen sich Bevölkerungsweise und Familienleben in der DDR im Vergleich zur Bundesrepublik generell als 'weniger modernisiert' betrachten, noch sind die gegenwärtigen demographischen Einbrüche auf die gleichen Ursachenkonstellationen zurückzuführen.“ (Schneider et al. 1995: 12)

Neben der unterschiedlichen Sozialisation der potentiellen Eltern ist hier auch an die starke Verunsicherung zu denken, die teilweise durch die sehr einseitigen Anpassungserwartungen durch westliche Strukturen und Recht verschärft wurden:

„Mit dem Einigungsvertrag haben die neuen Bundesländer ihr bisheriges Familienrecht und Arbeitsrecht verloren. Es ist ihnen damit die Umstellung des Rechts in allen den Bürger unmittelbar betreffenden und insofern wichtigsten Rechtsgebieten zugemutet worden.“ (Ramm 1994: 15)

Dabei hätte die Wiedervereinigung gerade auch im Familienrecht zum Anlaß genommen werden können, für mehr Übersichtlichkeit und weniger Stückwerk zu sorgen:

„Die Rechtsentwicklung der Alt-BRD endet in Rechtsunübersichtlichkeit und damit in Rechtsunkenntnis des Bürgers. Wenn zum selbstverständlichen Inhalt des demokratischen Rechtsstaats Rechtsübersichtlichkeit und Rechtskenntnis gehört, dann ist das Recht der Alt-BRD undemokratisches Recht. Es ist Juristenrecht [...]“ (Ramm 1994: 49)

4.3.3.4 Zusammenfassung

Die beiden wichtigsten Aspekte sozialer Ungleichheit – Geschlecht und Schicht – spielen eine zentrale Rolle, wenn generatives Verhalten untersucht wird. Soziale Ungleichheit qua Geschlecht ist vor allem eine Folge der unterschiedlichen Betroffenheit der Geschlechter im Reproduktionsprozess. Die verschiedenen Schichten dagegen werden durch generatives Verhalten nicht gebildet, sie werden aber von seinen Folgen sehr unterschiedlich getroffen. Die in der Öffentlichkeit dominierenden Diskussionen über eine Polarisierung in Kinderlose und Familien verdeckt diese bedeutendere Problematik.

Auch die Gegenüberstellung der neuen und alten Bundesländer ist durchaus unter „sozialer Ungleichheit“ abzuhandeln. Die Veränderung der Rahmenbedingungen in der ehemaligen DDR schafft eben nicht durch gleiche Umstände Gleichheit, sondern gerade durch die abrupte und recht rücksichtslose Forderung nach Anpassung extreme Ungleichheit.

4.3.4 Sozialer Wandel: Neue Lebensformen und Neue Zwänge

Lebensformen unterliegen einem ständigen Wandel. Ob hierbei eher von Übergangsprozessen zwischen verschiedenen Stadien sozialer Ordnung oder einem ständigen Wandel ausgegangen wird, ist eine Standpunktfrage. Auch Ansätze, die Moderne als eine Zeit beschleunigten Wandels beschreiben, bleiben ohne genaue Referenzpunkte seltsam vage. Dabei werden die Bedeutung moderner Individualisierungs- und Technologisierungsentwicklungen im Vergleich zu Revolutionen, Kriegen und Seuchen vergangener Zeiten systematisch überschätzt. Dies gilt ganz besonders für jene, die in jedem Funktionswandel von Familie gleich eine „Krise“ sehen. Auch die Beziehung der Systeme Familie und Gesellschaft unterliegen einem stetigen Wandel.

Sowohl der Wandel von Familie und Gesellschaft als auch die Dynamik ihrer Interdependenz sind nicht als systemimmanente Prozesse zu verstehen, sondern Ausdruck der Veränderung menschlicher Entscheidungen. Dass es dabei natürlich auch zu sozialem Wandel kommt, der von den Individuen nicht beabsichtigt war, ist unbestritten und in den Handlungstheorien als „nichtintendierte“ Handlungsfolgen bekannt. Die Ausdifferenzierung typischer Handlungsmuster führt auf gesellschaftlicher und familialer Ebene zu Anpassungsprozessen, die

allerdings keiner funktionalen Ordnung entsprechen. Gleichzeitig kommt es zu Ungleichheit, die ebenfalls dynamische Prozesse freisetzt.

4.3.4.1 Der Wandel des Zusammenhangs von Familie und Gesellschaft

Funktionalistische Vorstellungen von Familie sehen diese als Subsystem der Gesellschaft. Murdock vertritt die These von der „Universalität“ der Kernfamilie, weil er der Ansicht ist, Familie werde von jeder Gesellschaft unbedingt benötigt, da die Funktion der Reproduktion und Sozialisation sonst nicht garantiert werden könne (Murdock 1960: 35ff):

„No society, in short, has succeeded in finding an adequate substitute for the nuclear family, to which it might transfer these functions. It is highly doubtful whether any society will ever succeed in such an attempt [...]“ (Murdock 1960: 44)

Die systemtheoretische Vorstellung von Subsystemen, die funktional am Gesamtsystem ausgerichtet sind, wird bei Parsons so formuliert:

„The family has, in this process, been coming to be more sharply differentiated from other units and agencies of the society, and hence coming to be more specialized in its functions than has been true of the family in our own part and in other known societies. In its structural aspect, this process of differentiation has resulted in accentuation of the isolation of the nuclear family from other kinship units.“ (Parsons and Bales 1964: 353f)

Dabei muss gesehen werden, dass eine Entwicklung der Familie in Abhängigkeit von den gesellschaftlichen Umständen nicht gleichbedeutend mit Effizienz ist. Nicht die Gesellschaft „wählt“ eine Familienform, sondern die Akteure versuchen aus den situativen gesellschaftlichen Bedingungen Sinn zu machen und ihre Entscheidungen an diesen zu orientieren. Dass dies in der kapitalistischen Gesellschaft zur Isolation von Kernfamilien geführt hat (was auch nicht unumstritten ist), heisst nicht, dass es sich hier um eine besonders funktionale Familienform handelt. Ähnliches gilt für die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung. Gerade diese beiden Aspekte sind für die Reproduktionsleistungen von Familien eher ungünstig, da sie keine Flexibilität bieten. Die Feststellung, dass die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen natürlich auch die Familienbildung bestimmen, bleibt dabei unbestritten. So kann Parsons auch aus akteurstheoretischer Sicht zugestimmt werden:

„Furthermore, from a practical point of view it would seem that Americans have little choice. By their commitment to a particular type of general society they are automatically committed in broad terms to the appropriate family type.“ (Parsons 1949: 201)

Was hier „paßt“ oder machbar ist, hängt von der Einschätzung der Individuen ab und kann in der Folge über unintendierte Handlungsfolgen und Interdependenzen in der Aggregation zu Ergebnissen führen, die sowohl für die Gesamtgesellschaft nicht funktional sind als auch (u.a.

wegen der dadurch hervorgerufenen Änderungen der Rahmenbedingungen) für die betroffenen Individuen nicht nutzenmaximierend.¹¹⁷

Während viele Autoren die Gesellschaft als bedroht sehen, weil Familien ihren Funktionen angeblich nicht mehr adäquat nachkommen, erscheint Familie anderen bedroht durch eine Funktionsentleerung. So schreibt Eggen:

„Gilt die Familie bereits in ihren gesellschaftlichen Funktionen nicht mehr als unbestritten, so ist sie erst recht in ihren Leistungen zunehmend austauschbar geworden durch andere Funktionssysteme. So übernimmt die Medizin die quantitative Nachwuchssicherung und das Erziehungssystem die Sozialisation der Kinder.“ (Eggen 1994: 43)

Letztendlich räumt allerdings auch dieser Autor eine Art „Funktionsrest“ ein, der Familie weiterhin nötig macht:

„[...] die soziale Umfassendheit der Erziehung in der Familie unterscheidet sich [...] von der spezifischen Sozialisation des Erziehungssystems und kann grundsätzlich nicht von diesem funktional äquivalent ersetzt werden.“ (Eggen 1994: 280)

Ein anderer Argumentationsstrang geht von der Familie als stabiler Einheit aus, die umgekehrt durch Krisenerscheinungen in der Gesamtgesellschaft bedroht sei. Schelsky spricht in der Nachkriegszeit von der Familie „als Stabilitätsrest in unserer Gesellschaftskrise“ (Schelsky 1949: 255; vgl. auch Schelsky 1967: 13). Er sieht in der Familie einen Widerstand gegen Krisenerscheinungen, die durch die moderne Gesellschaft verursacht wurden. Er glaubt

„[...] daß die moderne Familie Züge einer Stabilität entwickelt hat, die sie sich nicht in Form der sich assimilierenden Anpassung, sondern der sich behauptenden Auseinandersetzung mit den Zerfallserscheinungen der modernen Wirtschaftsgesellschaft erworben hat, kurz gesagt, daß sie im Zuge der Entwicklung zu neuen und dauerhaften Ordnungs- und Stabilitätsverhältnissen der Gesellschaft nicht nachhinkt, sondern an der Spitze marschiert.“ (Schelsky 1949: 225f)

Schelsky geht davon aus, dass sich ein neuer einheitlicher Familientyp herausbildet (Schelsky 1949: 227). Dies hat sich nicht bewahrheitet. Dagegen sieht bspw. Popenoe die Familie durch die Krisenerscheinungen in der Gesellschaft als massiv bedroht an. Bereits 1988 hat er den Untergang der Familie befürchtet (Popenoe 1988). Alarmierend findet er, dass neuerdings nicht nur die erweiterte, sondern auch die Kernfamilie zusammenbreche und damit die nicht-auslagerbare Sozialisationsfunktion bedroht sei (Popenoe 1993: 539).

„Adults can perhaps live much of their lives, with some success, apart from families. The problem is that children, if we wish them to become successful adults, cannot. (In fact, most young children, other things equal, would probably prefer to live in the large, complex families of old).“ (Popenoe 1993: 540)

¹¹⁷ In der kritischen Theorie wird Familie ebenfalls als funktional für die Gesellschaft gesehen, allerdings in einem negativen Sinne: „Vor allem dient sie als eine Agentur der Gesellschaft, der Aufgabe jener schwierigen Vermittlung, die beim Schein der Freiheit die strenge Einhaltung der gesellschaftlich notwendigen Forderungen dennoch herstellt.“ (Habermas 1981: 64f)

Tatsächlich ist weder davon auszugehen, dass die Sozialisationsbedingungen der tatsächlich vorhandenen Kinder sich verschlechtert hätten, noch, dass die Familie hier Funktionen an die Öffentlichkeit abgegeben habe. Im Gegenteil ist zu sehen, dass Familien Funktionen zugeschrieben werden, die sie kaum erfüllen können – und die sie auch früher nicht erfüllt haben.

„Für viele in unserer Gesellschaft und Volkswirtschaft scheint das Argument in hohem Maße attraktiv zu sein, daß man in vielen Bereichen der sozialen Dienste Kosten spare, wenn man diese Leistungen ohne reguläres Entgelt über die Privathaushalte erstellen lassen kann. Politisch sind Neigungen zu registrieren, solche von den Familien getragenen Lasten im Privatbereich zu belassen oder gar noch stärker als bisher in ihn zurückzuverlagern, ohne Rücksicht, ob Individuen und Familien diese Leistungen überhaupt erbringen können.“ (BMFS 1994: 139)

Insgesamt ist zu bemerken, dass weder bestimmte Familienformen noch bestimmte Gesellschaftsformen per se schützenswert sind. Das Entscheidende ist, welche Lebensmöglichkeiten sie den betroffenen Individuen bieten. Die technischen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte treffen Gesellschaft und Familie je unterschiedlich. Die unkoordinierte Entwicklung dieser beiden Bereiche stellt die Akteure vor die schwierige Aufgabe, Lebensformen zu finden, die beides verbinden.

„Staat und Gesellschaft halten sich dabei vornehm zurück und erklären gerade die Abstimmung von Berufstätigkeit und Elternschaft zu einem je individuell zu lösenden Problem, obgleich es sich um einen zutiefst gesellschaftlich vermittelten Konfliktbereich handelt.“ (Rost und Schneider 1994: 35)

Einfachste Lösung ist, gar nicht erst eine Familie zu gründen. Andere Möglichkeiten werden im Folgenden als Wandel der Familie diskutiert. Festzuhalten bleibt, dass der Akteur in seinen privaten Entscheidungen natürlich abhängig ist von gesellschaftlichen Entwicklungen:

„The family is a social institution which is no more primary or private than any other institution. Individuals cannot engage in their family roles as if other social commitments and experiences are nonexistent. The family cannot operate as a haven from the outside world.“ (Callaghan 1991: 145)

Die Betonung der Privatheit von Familie erschwert die Lösung dieser Probleme. Private Lösungsversuche führen zwar zu einer Anpassung an die herrschenden Widersprüche, aber als Summe der Einzelentscheidung zu Ergebnissen, die mit Sicherheit eines nicht sein werden – nämlich funktional für die Allgemeinheit.

4.3.4.2 Wandel der Familie

Zwar lebt auch heute noch der größte Teil der Bevölkerung in „intakten“ Familien, dennoch ist davon auszugehen, dass Familie sich (wieder) in einem dynamischen Prozess befindet.

„Demgegenüber möchten wir die Auffassung vertreten, empirische Evidenzen und theoretische Überlegungen sprächen deutlicher für die Annahme, die Familie befinde sich im Zentrum eines vielschichtigen Wandlungsprozesses (dessen Ausgang offen ist) als für die gegenteilige Ansicht ihrer ungebrochenen Stabilität.“ (Lüscher und Lange 1996: 23)

Im Zusammenhang mit den oben beschriebenen Widersprüchen gesellschaftlicher Rahmenbedingungen und normativer Familienvorstellungen ist Lüscher und Lange zuzustimmen, die hier nicht nur von „mehr Pluralität“ ausgehen, sondern von „Ambivalenz“ und „Brüchen“, die durch „Basteln“ nicht gut beschrieben sind (Lüscher und Lange 1996: 31). Tatsächlich verstellt die Vorstellung von der freien Wähl- und Kombinierbarkeit der Lebensformen den Blick für die Probleme generativen Verhaltens, das sich ja gerade durch die weitgehende Unrevidierbarkeit der Entscheidung auszeichnet. Nicht nur sind die strukturellen Gegebenheiten für Eltern und Kinder nicht passend, sondern es ist auch zu fragen

„[...] ob die Statuspassage zur Elternschaft nicht gekennzeichnet ist durch eine Diskrepanz von Wertorientierungen, die einerseits bisher das Handeln der – noch nicht-Eltern bestimmten und die nunmehr mit der Elternrolle verbunden sind.“ (Nave-Herz 1994: 60)

Dabei ist aber nicht von der Entscheidung zu einem Wechsel der „Wertorientierungen“ auszugehen, der schwierig genug wäre. Eltern sind in ihren Rollen als Bürger und vor allem Berufstätige weiterhin mit Werten verbunden, die mit den neuen Wertorientierungen der Elternrolle kollidieren.

Wandel der Familie in der Moderne ist gekennzeichnet durch die Erosion verbindlicher Normen. Lebensformen sind wählbar – solange keine Kinder vorhanden sind. In dem Moment, in dem minderjährige Kinder da sind, ist zumindest die Mutter Normen sehr wohl unterworfen. Die Entscheidung für ein Kind aber ist durch die Normerosion teurer geworden:

Familie ist nicht mehr selbstverständliche Option, damit wird die Entscheidung rationaler und wegen anderer Optionen auch teurer. Langfristige Planungen sind in Zeiten von hohen Scheidungsziffern und Arbeitslosigkeit risikoreicher – auch das erhöht die Kosten. Eine Vorbildfunktion der eigenen Eltern ist nicht mehr gegeben. Da auch Peergroups weitgehend wählbar sind und durch selektive Migration auch die Nachbarschaft „passend“ zur eigenen Entscheidung gewählt werden kann, ist mit weniger Sanktionen zu rechnen, wenn die Familiengründung unterbleibt. Damit werden andere Optionen kostengünstiger. Verstärkt wird dies durch die allgemeine Zunahme von gewählter Kinderlosigkeit; es handelt sich hier nicht mehr um eine soziale Randerscheinung.

Die Betonung individueller Entscheidungsfreiheit läßt die Mutterrolle anachronistisch erscheinen. Ist die Entscheidung für das Kind einmal gefallen, wird von einer Mutter erwartet, ihr eigenes Leben zuallererst und sehr langfristig an dieser Rolle auszurichten. Und die meisten Mütter verhalten sich auch so:

„[...] it is the bond between men and women that have weakened, whereas the bonds between women and children have not weakened to any great extent.“ (Rossi 1993: 205)

Bei Scheidungen bleiben Kinder in den allermeisten Fällen bei ihren Müttern. Die öffentliche Aufmerksamkeit, die Väter bekommen, wenn sie um das Sorgerecht kämpfen, verbirgt, dass dies erstens nur ein geringer Anteil der Väter ist und zweitens Kinder, die Vätern zugesprochen werden, teilweise schnell wieder bei der Mutter landen.

Konservative Ängste, Familien alleinerziehender Mütter seien verantwortlich für den Anstieg an Verbrechen und Drogenkonsum (z.B. Davidson 1990: 40) lassen sich nicht bestätigen, wenn das Einkommen bei Vergleichen kontrolliert wird. Problematisch scheint eher die Überforderung alleinerziehender Mütter. Da hier langfristig sicher von einer weiteren Zunahme auszugehen ist, ist dringend notwendig, dass staatliche Entscheidungen sich nicht weiter an überholten Vorstellungen von „Normfamilie“ orientieren.

Fraglich ist, ob Väter zu Investitionen materieller und immaterieller Art in Kinder weiter bereit sein werden, wenn das Risiko sehr hoch ist, langfristig nicht mit diesen Kindern zusammenzuleben. Hier scheint das Modell sukzessiver sozialer Vaterschaft, dass in der DDR häufiger war, das vielversprechendste Modell der Familie der Zukunft.

Bleiben wird den Familien der näheren Zukunft die Geschlechterproblematik (vgl. bspw. Hoffmann-Nowotny 1995: 334)

„Die bürgerliche Form der Familie erweist sich für die Frau als Emanzipationshindernis, da sie beansprucht, ‚Gemeinschaft‘ zu sein, und dort einen Gegensatz zum Leben in der ‚Gesellschaft‘ schafft. Unser Ausgangspunkt ist die These, dass die Gleichstellung der Geschlechter nur über den Weg der Vergesellschaftung der Familie führt. Diesen Weg haben wir als Prozeß der Differenzierung der Familie in die Subsysteme Partnerschaft und Elternschaft beschrieben.“ (Herzog et al. 1997: 338)

Dabei ist aber auch zu sehen, dass Partnerschaft auch historisch nicht in erster Linie „Gemeinschaft“ sondern „Gesellschaft“ sprich vertragsmässig festgelegt Arbeitsteilung war. Gleichberechtigung der Frau und damit Aufhebung dieser „funktionalen“ Arbeitsteilung könnte erst die Grundlage für eine „gemeinschaftliche“ Beziehung bieten. Gerade aber der moderne Anspruch, eine Ehe habe in erster Linie „Gemeinschaft“ zu sein, führt dann wohl auch zu den hohen Scheidungsraten.

Ein anderes Problem der Familien ist der Bruch zwischen Abstammungs- und Herkunftsfamilien, der sich wieder besonders bei Frauen zeigt. Viele Töchter leben heute sehr viel anders als ihre Mütter (Bartlett 1994: 109f).

„Viele Großeltern empfinden den Versuch der Kinder, die Familienrollen gerechter zu verteilen als Bedrohung oder als stumme Kritik an der ‚alten Form‘ des Familienlebens. Dieser Generationenkonflikt errichtet ein unauffälliges, aber wirksames Hindernis gegen den Versuch der Väter, sich an der Erziehung der Kinder so intensiv zu beteiligen, wie sie es gerne täten.“ (Cowan und Cowan 1994: 152; vgl. Allensbach 1993: 16ff)

Sollte kein massiver Wandel der Werte einsetzen oder eine Änderung der sozioökonomischen Rahmenbedingungen, so wäre davon auszugehen, dass

- 1.) die Zahl der Kinderlosen weiter zunehmen wird;
- 2.) der Alleinerziehendenanteil an allen Familien ebenfalls weiter zunehmen wird; und
- 3.) es nicht zu einer Stabilisierung von Partnerschaften kommen wird.

Dabei ist die Diagnose einer Krise der Familie voreilig. Historisch waren Familien mit ganz anderen Problemen konfrontiert als heute. Dass Menschen, die unter ihren Lebensumständen keine Familie wünschen, eben auch keine gründen, ist ein positiver Effekt besserer Aufklärung.

Beachtet werden muss aber auch, dass individualisierte Verhaltensbedingungen nicht für alle in unserer Gesellschaft gegeben sind. Religiöse Bindungen, mangelnde Ressourcen, Arbeitsmarktanforderungen und Sanktionen durch Familie und Nachbarn schränken eigenverantwortliche Entscheidungen für bestimmte Bevölkerungsgruppen stärker ein. So hat die neuere Forschung gezeigt, dass gerade die „hochmodernen“ Lebensformen des „living-apart-together“¹¹⁸ und der Singles in den meisten Fällen durch äußere Zwänge zustandekommen – was einer rationalen Handlungstheorie überhaupt nicht widerspricht, Individualisierungstheorien aber in Frage stellt.

„ Solange aber in der gegenwärtigen Theoriediskussion überhaupt nicht geklärt ist, welche Bedeutung der Individualismus für die Lebensentscheidungen von Individuen in einer freien Gesellschaft hat, in welcher Weise sich Entscheidungen für einen Partner oder für Kinder theoretisch stringent mit einer individualistischen Hypothese begründen lassen, solange scheint es mir erforderlich, das Verhältnis von Individualisierungsprozessen, Ehe und Familie und Kinderzahl theoretisch angemessen zu erklären. In der gegenwärtigen Theoriediskussion ist eine solche Debatte, inwieweit moderne Formen des Zusammenlebens, von der Liebesheirat bis zur sequentiellen Treue in nacheinander liegenden Partnerschaften, individualistischer oder traditionaler sind, jedoch nicht zu erkennen.“ (Bertram 1997: 373f)

4.3.4.3 Wandel der Gesellschaft

Was bedeutet das veränderte generative Verhalten nun für die Gesellschaft? Neben den offensichtlichen Ergebnissen: Rückgang der Bevölkerung und Verschiebung der Altersstruktur mit den daraus resultierenden Problemen für Rentenkassen und Pflege, wird dieser Wandel beschrieben als Entwicklung von Gemeinschaft zu Gesellschaft.

Der Ursprung der Diskussion findet sich bei Ferdinand Tönnies. In der Durchsetzung der Marktwirtschaft und Anonymisierung des Lebens sieht er den Verlust gemeinschaftlicher

¹¹⁸ Hoffmann-Nowotny sieht gerade diesen Familientyp als die Familienform der Zukunft (Hoffmann-Nowotny 1995: 340). Fraglich ist aber, wer dann wohl die Arbeit mit den Kindern hat? Zu großer Zufriedenheit mit der Partnerschaft wird hier Ungleichheit sicher nicht führen. Geeignet ist diese Lebensform eher für Partnerschaften ohne Kinder. Das größere Problem aber ist, dass eine Mehrheit der Bevölkerung sich einen solch kostenintensiven Lebensstil sicher in absehbarer Zeit nicht leisten kann.

Lebensweisen, deren Basis für ihn die Familie ist (vgl. Tönnies 1991: 212). Dabei unterscheidet sich Gesellschaft von Gemeinschaft gerade durch die bestimmenden Handlungsgründe. In der Gesellschaft wird nach einem rationalen Nutzen-Kalkül entschieden. In der Gemeinschaft herrscht Altruismus. Entscheidungen basieren auf Solidarität. Dagegen setzt Durkheim,

„[...] daß die Arbeitsteilung die, wenn nicht einzige, doch hauptsächlichste Quelle der sozialen Solidarität ist.“ (Durkheim 1999: 109)

Für Durkheim begründet die Tatsache, dass Menschen in einer Gesellschaft aufeinander angewiesen sind, Solidarität (zu Durkheims Kritik an Tönnies vgl. Fux 1994: 95).

„Die Gesellschaft wird fähiger, sich als Ganzes zu bewegen, während zugleich jedes ihrer Elemente mehr Eigenbewegungen hat.“ (Durkheim 1999: 183)

Dabei wird übersehen, dass natürlich auch in „gemeinschaftlichen“ Zusammenhängen Arbeitsteilung besteht. Schwerwiegender ist die Unterschätzung der Anonymisierung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung durch die Geldwirtschaft, die durch Aufhebung der face-to-face Beziehungen free-rider erst möglich macht. Für Durkheim ist dies kein Problem, weil für ihn Gesellschaft eine Entität eigener Ordnung darstellt:

„Je mehr Menschen sich assoziieren, und je mehr sie aufeinander reagieren, um so mehr überschreitet das Ergebnis dieser Reaktion den Organismus. So steht der Mensch unter der Herrschaft von Ursachen sui generis, deren relativer Anteil an der Konstitution der menschlichen Natur immer bedeutender wird.“ (Durkheim 1999: 411)

Wenn er dann weiter schreibt, die Gesellschaft „schaffe“ sich selbst (Durkheim 1999: 416), so kann ihm hier aus der handlungstheoretischen Perspektive nicht zugestimmt werden. Seine Erklärung menschlicher Solidarität erklärt aber gut, warum free-rider weit seltener vorkommen als rational anzunehmen wäre – und damit dann doch letztlich der Gesamtnutzen steigt:

„Wenn der Mensch, um eine klassische Definition aufzugreifen, ein vernünftiges Tier ist, so deshalb, weil er ein geselliges Tier ist, oder zum mindesten, weil er unendlich viel geselliger ist als die anderen Tiere.“ (Durkheim 1999: 413)

In den letzten hundert Jahren wurde weitgehend davon ausgegangen, dass sich zwar im gesellschaftlichen System gemeinschaftliche Aspekte nicht konservieren konnten, die Familie aber weiterhin ein gemeinschaftliches System darstelle. Dies ist historisch sicher nicht zutreffend:

„Der europäische Sonderweg der Gesellschaftsentwicklung hat auch für die Familienentwicklung schon seit dem Mittelalter spezifische Rahmenbedingungen geschaffen. Vereinfachend wird man sie auf die Formel einer relativ frühen Vergesellschaftung überlebensnotwendiger Funktionen bringen dürfen.“ (Mitterauer 1997: 48)

Heutige Krisenargumentationen finden aber oft vor der Schablone einer historisch gemeinschaftlich funktionierenden Familie statt. Coleman argumentiert hier mit einem Kulturpessimismus der sich beinahe wörtlich bei Tönnies finden könnte. In seinem Werk „Asymmetric Society“ beschreibt er die Zunahme sogenannter „corporate actors“ (Coleman 1982: 14), die mit der Tendenz zu immer mehr Arbeitsteilung die Welt entmenschlichen:

„[...] the person is not only free: he is irrelevant in a fundamental sense. The person is merely an occupant of a position in the structure and can at any time be replaced.“
(Coleman 1982: 26)

Auch für Coleman ist die Familie eine der wenigen Institutionen, in denen dies anders ist. Dazu ist historisch zu bemerken, dass dies ein neuer Anspruch an Familie ist. Vergangene Zeiten zeichnen sich gerade dadurch aus, dass hier Familienmitglieder einfach ersetzbar waren – und wegen der Sterblichkeit in allen Altersgruppen auch sein mußten. Coleman sieht allerdings, dass die Vorstellung, Familien hätten immer gemeinschaftlich Altruismus gezeigt, zu einfach ist:

„The family has not always cared well for its dependent members, but it is the only entity, in either its extended or contracted form, to have done so consistently and effectively.“ (Coleman 1982: 126)

Das eigentliche Problem sind nicht sinkende Bevölkerungszahlen, sondern Solidarität zu garantieren. Auch eine größere Zahl von Alten kann eine Gesellschaft verkraften, die Frage ist, wie die Lasten verteilt werden können, ohne dass es zu größeren sozialen Problemen kommt. Mit dem Rückgang der Kinderzahlen sollte man sich abfinden:

„In another way as well children were a private good in the old social structure; they were useful to the household even as children. [...] It is perhaps a sad commentary on mankind that as the exploitability of children went down, so did the interest in having children.“ (Coleman 1982: 128)

Man könnte es auch so sagen, früher waren viele Kinder (eventuell) nützlich, heute sind sie es nicht mehr, da Ausbeutung von Kindern verboten ist und vernünftigerweise werden nun eben auch weniger Kinder geboren. Dem Gedanken jedoch, dass in diese Kinder von Seiten der Eltern immer weniger investiert werde, ist nicht zuzustimmen (vgl. Huinink 1999: 126f):

„Coleman neigt denn auch zu einer schiefen Vorstellung vormoderner Familienstrukturen. Ihnen kann eben (noch) kein Primärgruppencharakter zugestanden werden, da ökonomische Interessen und die Erfordernisse der Haushaltsproduktion hier das Familienverhalten bestimmen (Crenshaw 1989): Die familieninterne, intergenerationale Vermittlung von Humankapital und das hohe Ausmaß an gemeinsam verbrachter Zeit ist vor diesem Hintergrund zu bewerten. Erst der Wandel der Familie im Zuge der Industrialisierung bringt die Stärkung des Vergemeinschaftungscharakters der innerfamilialen Struktur mit sich, die den Charakter der intergenerationalen Beziehungen entscheidend verändert.“ (Huinink 1999: 127)

Investitionen von Eltern in Kinder übersteigen heute in den meisten Fällen das, was „rational“ erklärbar wäre.

„If Coleman recognized the extent of nurturing work currently going on for minimal economic return in families that are raising healthy and socially productive children, he could neither explain it 'rationally' now, nor hope to pay a bounty adequate to induce someone else to do it.“ (Risman and Ferree 1995: 778)

Auch die Zunahme von Trennungen sollte nicht als Krisenphänomen aufgefasst werden. Familie war nie gemeinschaftliche Idylle, dann schon eher „Zwangsgemeinschaft“ und das kann in einer modernen Demokratie eben nicht mehr so sein:

„Die Familie wird von einer Institution, die auf der Basis von Gemeinschaft funktionierte, zu einem gesellschaftlichen Gebilde. Wenn wir diesen Prozess vom Standpunkt des Individuums aus als Emanzipation wahrnehmen, dann stellt sich in pädagogischer Perspektive die Frage, ob er nicht eine Gefahr für das Aufwachsen in unserer Gesellschaft darstellt. Ist (auch) eine radikal moderne Familie erzieherisch noch funktionstüchtig?“ (Herzog et al. 1997: 297)

Damit wird aber auch klar, dass hier die Öffentlichkeit gefragt ist. Klagen über erzieherische Mängel der Familien helfen nicht weiter, wenn es zu Überforderungen kommt, die gerade durch das gesellschaftliche System hervorgerufen werden.

Dass der Rückgang von dauerhaften Beziehungen zu Problemen führt, liegt auf einer ganz anderen Ebene. Im Gegensatz zu formellen Beziehungen und anonymen Gruppen sind Familien in der Lage durch Vertrauen und Kontinuität die Situation des Prisoners' Dilemmas zu überwinden:

„The family exists as an institution because, given altruism and the nonmarket mechanisms by which it is able to allocate commodities and welfare among its members, it has both the incentive and the capacity to resolve allocative problems involving public goods, externalities, and the like that in impersonal markets inevitably lead to market imperfections.“ (Willis 1973: S19)

D.h. das Leben in der Familie ist nicht irrational. Da es Anlaß gibt, tatsächlich auf die Solidarität und Hilfe der Familienangehörigen und des Partners zu vertrauen, kann in die Beziehungen investiert werden. Damit fallen Verhandlungskosten und Sanktionskosten weg oder werden zumindest stark reduziert. Insofern bietet das Familienleben für alle Betroffenen eine Wohlstandssteigerung. Es ist also rational, sich in der Familie sozial zu verhalten. Ähnliches gilt für sehr enge Nachbarschaftsbeziehungen oder Dorfgemeinschaften. Im Moment aber, in dem die soziale Kontrolle und Normierung dieser Beziehung soweit zurückgeht, dass dieses Vertrauen mit einem Risiko behaftet ist, kommt es zu weniger Hilfe im Dorf, höheren Scheidungsraten, geringeren Geburtenzahlen. Die heutige Entwicklung ist hier noch nicht sehr weit fortgeschritten. Noch hat Mühlfeld Recht:

„Weiterhin ist zu fragen, ob die Prämisse von Coleman den Bedingungen von Bindung entspricht, wenn er davon ausgeht, daß es oft nicht rational ist, einen Treuebruch zu begehen, weil Individuen dadurch die Gewinne zukünftiger Vereinbarungen verlieren. Diese Sichtweise von Vertrauen würde dann Marktbedingungen für familiäre Lebensformen unterstellen und Bindung auf Nutzenmaximierung reduzieren. Die entscheidungstheoretischen Kalküle sind jedoch nur bedingt auf familiäre Lebenswelten übertragbar.“ (Mühlfeld 1996: 102)

Ob dies aber immer so bleiben wird, ist fraglich. Durkheim (und auch Adam Smith) gingen davon aus, dass Menschen eine Bereitschaft haben, sich sozial zu verhalten. Damit wäre unsolidarisches Verhalten mit inneren Kosten verbunden, unabhängig davon, ob es sanktioniert wird oder nicht. In Anlehnung an Durkheim geht Bertram davon aus, dass Individualismus eben nicht zu Nicht-Kooperation führen muss:

„Diese Differenzierung zwischen utilitaristischem Individualismus und kooperativen Individualismus findet sich in der gegenwärtigen Diskussion um moralische

Verpflichtungen innerhalb der Familie und zwischen den Generationen überhaupt nicht.“ (Bertram 1995: 196)

Bereitschaft zu Hilfe in Familie besteht weiter, und zwar unabhängig von der Einordnung der Betroffenen auf Einstellungsskalen wie Postmodernität etc. (Bertram 1995: 204ff)

„Die andere Interpretation scheint überzeugender zu sein. Sie führt zu dem Schluß, daß auch ein genereller Wertewandel in einer Gesellschaft, bei dem die Verbindlichkeit gesellschaftlicher Erwartungen und institutioneller Regelungen zugunsten größerer Freiheitsspielräume der Individuen zurückgeht und die normativen Vorgaben für die Individuen abnehmen, nicht notwendigerweise zur Verantwortungslosigkeit der Individuen führt. Möglicherweise wird allenfalls die Außensteuerung gesellschaftlicher Vorgegebenheiten durch eine subjektbezogene Innensteuerung ersetzt [...]“ (Bertram 1995: 207)

Aber auch wenn alle Menschen eine Neigung zu kooperativem Verhalten haben und Solidarität unabhängig vom Handlungsergebnis Belohnungscharakter hat, ist Vertrauen nötig. Steigt das Risiko der Ausnutzung, sinkt die Bereitschaft zu Solidarität auch unter diesen Bedingungen. Es genügt nicht, darauf hinzuweisen, dass

„[...] moderne arbeitsteilige Gesellschaften darauf angewiesen sind, daß die Individuen unabhängig von Tradition und Herkunft auch auf der Basis der Erkenntnis, von anderen abhängig zu sein und nur mit anderen gemeinsam durch Zusammenarbeit Ziele erreichen zu können, die Bereitschaft entwickeln, mit anderen zu kooperieren.“ (Bertram 1997: 374)

Dass Gesellschaften auf Kooperation angewiesen sind, erzeugt noch nicht Kooperation. Dass Menschen Vertrauen in Beziehungen wünschen, führt nicht dazu, dass sie vertrauen können.

Ist diese Form der Emanzipation der Individuen von normativen Bindungen erst einmal im Gang, wird eine Rückkehr kaum möglich sein. Bestimmte Gruppierungen religiöser Art, Jugendgruppen u.ä. zeigen zwar Merkmale von Gemeinschaft, schaffen funktionierende Solidarität aber nur mit scharfen Sanktionen und Hierarchien. Zwar scheint es bei vielen Menschen auch ein Bedürfnis nach dieser Form von Beziehungen zu geben, es dürfte aber kaum wünschenswert sein, dass Familien wieder zu diesen traditionellen Formen zurückkehren:

„Eine Retraditionalisierung der Familienverhältnisse zur Stärkung persönlicher Netzwerke erscheint aber nicht als sinnvoll, da sich wesentliche gesellschaftliche Randparameter unwiderruflich verändert haben.“ (Huinink 1999: 131)

Damit sind Arbeiten der „Sorge“ um andere, die bisher zu einem großen Teil von Frauen in Familien erbracht wurden, in naher Zukunft immer mehr in anderer Form sicherzustellen.

4.3.4.4 Zusammenfassung

Der soziale Wandel kann vereinfachend durch drei Entwicklungen beschrieben werden, die in postmodernen Gesellschaften zu Problemen führen:

- 1.) Der Wandel des Zusammenhangs von Familie und Gesellschaft kann als „Desintegration“ bezeichnet werden und führt über eine Herauslösung des Subsystems Familie aus gesamtgesellschaftlichen Zusammenhängen zu Familienindifferenz anderer Subsysteme. Es

stellt sich die Frage, wie die Integration der differenzierten Bevölkerungsgruppen möglich wird, ohne dass es zu sozialem Unfrieden kommt.

- 2.) Der Wandel der Familie wird von manchen Autoren als „Desorganisation“ beschrieben. Dies wird der Ausdifferenzierung der Lebensformen kaum gerecht. Es muss aber gefragt werden, wie postmoderne Gesellschaften garantieren können, dass Arme, Kranke, Alte und Kinder menschlich versorgt werden.
- 3.) Der Wandel der Gesellschaft führt in vielen Bereichen zu einer „Deinstitutionalisierung“. Über den Mangel an lebhaften Leitbildern führt dies zu der Frage, wie die Individuen Möglichkeiten finden, Entscheidungen zu treffen und Identität zu entwickeln.

5. Ergebnisse

Die Ergebnisse können in Beantwortung der drei „kantischen Fragen“ dargestellt werden:

Der erste Teil beschäftigt sich also mit dem Erkenntnisgewinn, in diesem Fall den Gründen für Geburtenrückgang und differentielle Fertilität, aber auch der Beschreibung der durch generatives Verhalten beeinflussten sozialen Strukturen (entsprechend 1.-3. in Abbildung 8). Im zweiten Teil geht es um die Bereitstellung von Entscheidungsgrundlagen (entsprechend 4. in Abbildung 8). Dabei ist nicht nur an Politikberatung zu denken. Der Soziologie als empirischer Wissenschaft kommt auch ein Aufklärungsauftrag zu, der über Deskription und Analyse hinausgeht. Im dritten Teil wird geklärt, inwieweit Prognosen möglich sind und welche Entwicklungen unter welchen Bedingungen zu erwarten sind (entsprechend 5. in Abbildung 8). Aus der Beantwortung dieser drei Fragen kann dann im vierten Teil eine Stellungnahme zur Reichweite des RC-Ansatzes vorgenommen werden (entsprechend 6. in Abbildung 8).

5.1 Was können wir wissen?

Bezogen auf die Frage nach Entscheidungsgründen für Kinder muss die Antwort leider heissen: nicht viel! Die Auseinandersetzung mit den diversen Erklärungsansätzen und Daten hat gezeigt, dass die Situation komplex und (noch) ungeklärt ist. Das Beispiel des vermuteten, aber nicht nachweisbaren Einkommenseffekts und der Versuche, diesen doch noch zu belegen, zeigt, dass einzelne Faktoren nicht zu isolieren sind (vgl. Kap. 4.1.1.). Verantwortlich hierfür ist, dass es sich beim generativen Verhalten nicht nur um eine Vielzahl von relevanten Faktoren handelt, sondern auch um eine Sequenz sukzessiver Entscheidungen, die

- 1.) interdependent miteinander vernetzt sind,
- 2.) zeitlich in keine Reihenfolge zu bringen sind und
- 3.) häufig post-hoc Rationalisierungen der Betroffenen unterliegen.

Damit ist eine kausale Zuordnung von Gründen nicht möglich. Den Betroffenen ist selbst nicht klar, welche Gründe zu welchen Entscheidungen führen. Von einer zeitlichen Zuordnung von Ursache und Wirkung kann nicht ausgegangen werden, weil Entscheidungen, die später getroffen werden, durchaus bereits in ihrer Antizipation im Lebenslauf vorgelagerte Entscheidungen beeinflussen. Das Bemühen der Betroffenen, ihren gesamten Lebenslauf als „Sinn“ zu interpretieren, führt dann im Nachhinein zu den bekannten Rationalisierungen.

Die historische Entwicklung kann somit nur mehr oder weniger plausibel nachvollzogen werden. Eine soziologische „Erklärung“ kann nicht vorgenommen werden, da hierfür unabhängige Tests oder wenigstens ein komparatives Vorgehen nötig wäre. Die Entwicklung in verschiedenen Ländern unterscheidet sich aber immer auf so vielfältige Weise, dass eine Suche

nach eindeutigen Gründen für den Geburtenrückgang vergeblich bleibt. Klar ist, dass die industrialisierten Staaten alle einen deutlichen Geburtenrückgang zu verzeichnen hatten. Das erreichte Niveau, dessen Stabilität, die zeitliche Verortung des Rückgangs sowie die differentielle Fertilität sind allerdings unterschiedlich und da die Länder auch hinsichtlich ihrer Strukturen, Kultur und Normen differieren, ist eine komparative Analyse nicht möglich.

Einsichtig ist, dass die Industrialisierung über Auslagerung der Produktion aus den Haushalten die Lebensbedingungen von Familien stark verändert hat. Ob dies tatsächlich zur Herausbildung der Kernfamilie geführt hat oder diese umgekehrt Voraussetzung für Industrialisierung war, ist eine Diskussion, die ähnlich müßig ist wie die Frage, ob der Kapitalismus die Rationalisierung hervorgerufen hat oder umgekehrt. Inwieweit Prozesse auf der Familienebene gesellschaftliche Dynamik bedingen oder individuelle Wertmuster die materiellen Verhältnisse ändern können, wäre zwar höchst interessant zu wissen, ist aber aufgrund der hochgradigen Vernetztheit menschlicher Handlungen mit materiellen Bedingungen, kulturellen Mustern und sozialen Strukturen nicht beantwortbar. Insofern erinnert das Problem stark an die bekannte Frage nach der Herkunft von Henne und Ei. Glücklicherweise können aber auch Aussagen über Hennen und Eier und ihre funktionale Beziehung gemacht werden, ohne dieses Problem zu lösen.

Festzuhalten ist, dass Kapitalismus und Industrialisierung über die Verstärkung ausserhäuslicher Produktion Kinderbetreuung aus dem normalen Arbeitsprozess für viele Menschen herauslösen. Gleichzeitig steigt der Bedarf an Humankapital. Damit wird Ausbildung und Erziehung der Kinder wichtig. Beides verteuert Kinder. Andererseits steigen auch die Opportunitätskosten der Frauen. Langfristig führt die technische Entwicklung zu einer Verlängerung der Lebenserwartung und über Optionssteigerungen zu einer Verknappung von Zeit. Einmal in Gang gekommen, verstärken sich diese Entwicklungen gegenseitig und führen im Zusammenhang mit der durch Normerosion und Widersprüche notwendig gewordenen Rationalisierung zum bekannten Rückgang der Kinderzahlen.

Die beschriebene Komplexität der (eventuell) entscheidungsrelevanten Komponenten führt zur Ausbildung einer spezifischen Form differentieller Fertilität. Diese stellt sich als das unterschiedliche „Sinn“-Machen der Betroffenen aus den komplexen Strukturen dar. Dass sich einkommens- und schichtspezifisch keine differentielle Fertilität herausbildet, ist teilweise durch die unterschiedlichen Standards von kindbezogenen Aufwendungen in den jeweiligen Schichten zu erklären (vgl. Kap. 4.1.1.5.). Aufgrund der interdependenten Verquickung der Faktoren ist nicht angebar, wie hoch der Anteil der durch Strukturdaten erklärbaren Varianz letztlich ist. Es muss davon ausgegangen werden, dass Struktureinflüsse durch post-hoc-Rationalisierung verborgen, von Zufällen verzerrt und durch persönliche Präferenzen überlagert werden. Problematisch ist dies, weil die Norm der „verantworteten Elternschaft“ eine rationale und an den Bedingungen orientierte Entscheidung vorschreibt und die Folgen dieser

Entscheidung dann auch der privaten Verantwortung anlastet. Die Faktoren, die eine Rolle spielen, wie Gesundheit der Frau, Stabilität der Partnerschaft, Bewertung von Freizeit etc. verursachen zwar differentielle Fertilität zum Teil, sind aber selbst ebenfalls nicht auf Strukturdaten rückführbar und unterstreichen nur, dass die Betroffenen durchaus subjektive Gründe für ihr Verhalten haben. Anders ausgedrückt: es lassen sich für einzelne Subgruppen keine gemeinsamen Produktionsfunktionen finden, und damit ist die Frage nach den Gründen des Kinderwunschs zumindest mit den klassischen Strukturvariablen nicht beantwortbar (vgl. Kap. 3.2.5.). Somit ist Linde zuzustimmen, der den historischen Geburtenrückgang durch Veränderungen der Struktur (mit)bedingt sieht, in der differentiellen Fertilität aber von Idiosynkrasien ausgeht (vgl. Kap. 4.1.2.9.). Bei gleichen Bedingungen ist bei ungleichen Entscheidungen damit von „revealed preferences“ auszugehen. Je nach Präferenzordnung und Entscheidungssequenz können Kinder dann folgenden Status haben:

- 1.) Kinder können als „Nebenprodukt“ entstehen, wobei hier eine „Entscheidung“ zur Aufnahme sexueller Beziehungen vorausgeht, die einer zweckrationalen Entscheidung entsprechen kann, aber häufig als „affektiv“ beschrieben werden muss. Zweckrationale Elemente sind eine Abschätzung des Risikos einer Schwangerschaft und deren Kosten. Nach Eintreten der Schwangerschaft wird eine (ebenfalls mehr oder weniger zweckrationale) Entscheidung über eine Abtreibung getroffen, wobei die Abtreibungsbereitschaft bereits die Inkaufnahme des Risikos einer Schwangerschaft mitbestimmen kann.
- 2.) In einer Übernahme „normaler“ Lebensmuster ist für die Betroffenen klar, dass die Gründung einer Familie „dazu“ gehört. Kinder sind „selbstverständlich“ oder so unmittelbar mit dem Erwachsenenstatus verknüpft, dass andere Optionen nicht erwogen werden. Das Kind hat den Status eines „Investitionsguts“ und die Entscheidung kann am ehesten mit „traditional“ beschrieben werden. Zweckrational an diesem Typ ist, dass bestimmte „thresholds“ anzunehmen sind, bei deren Unterschreiten die Familiengründung ausbleibt: Dies betrifft materielle Voraussetzungen und eine stabile Partnerschaft.
- 3.) Für Menschen, die mit Kindern einen besonderen „Sinn“ verbinden, der durch andere Optionen nicht erreicht werden kann, sind Kinder ein „superior good“. Da dieses Ziel zwar mit rationalen Mitteln angestrebt wird, selbst aber nicht einem zweckrationalen Vergleich unterliegt, kann diese Entscheidung am ehesten mit „wertrational“ umschrieben werden. Weil Kinder hier besonders „wichtig“ sind, müssen möglichst perfekte Rahmenbedingungen geschaffen werden und hierfür sind (zumindest subjektiv) rationale Entscheidungen nötig, die außerdem timing und Zahl der Kinder betreffen. Superior sind nämlich nur Kinder bestimmter Parität.

- 4.) Fällt nach einer „zweckrationalen“ Abwägung eine bewußte Entscheidung für ein Kind, ist dieses als „Konsumgut“ zu verstehen, das optional in einer Abwägung gegen andere Güter gewählt wird. Als „inferiores“ Gut werden andere Optionen einem (weiteren) Kind vorgezogen. Zweckrational kann aber bei hoher Komplexität der Entscheidung auch ein Aufschub (Risikominimierung) oder die Wahl sein, die Entscheidung dem Zufall zu überlassen.

Ab einer gewissen Parität sind natürlich für alle Betroffenen Kinder inferiore Güter, nämlich dann, wenn die Kinderzahl hoch genug ist, den Status oder Sinn zu erreichen, der mit Kindern verbunden wird. Gemeinsam ist allen Typen, dass die jeweiligen Präferenzen (für Kinder oder für Sex) erst aus den Handlungen selbst ersichtlich werden und selbst stochastisch nicht aus den Rahmenbedingungen abgeleitet werden können. Jeder dieser Typen führt dabei zu je spezifischen Problemen.

Kinder, die ungeplant als Nebenprodukt der Produktion von Sexualität entstehen, sind durchaus nicht immer Kinder alleinerziehender oder besonders junger Mütter. Häufig handelt es sich um das eine Kind „zu viel“, nach dem dann effektivere Verhütungsmethoden gewählt werden. Ebenfalls sind es nicht immer die wenig konservativen Frauen, die ungeplant Mutter werden. Gerade bei konservativen Frauen kommt eine Abtreibung oft nicht in Frage. Gemeinsam ist den Fällen des Typ Eins, dass nicht davon ausgegangen werden kann, dass die Rahmenbedingungen (zumindest subjektiv) den Erfordernissen der Elternschaft entsprechen.

Bei Typ Zwei wird dies der Fall sein: Die traditionale Vorstellung, die den Erwachsenenstatus unhinterfragt mit Familiengründung verbindet, wird voraussetzen, dass bestimmte Standards (Beziehung, Einkommen, Wohnung) erfüllt sind. Es wird eine Kernfamilie gebildet, bei der die Mutter entweder Hausfrau ist oder nach der Familienphase einer (meist) Teilzeitbeschäftigung nachgeht. Diese Familien werden eher nicht viele Kinder haben. Es kann aber hier gerade aufgrund der „Normalität“ der Entscheidung zu einer Unterschätzung langfristiger Kosten im Sinne des „discounting“ kommen.

Für Typ Drei dagegen sind Kinder ein ganz zentrales persönliches Lebensziel. Einerseits ist hier an Frauen zu denken, die auch berufliche Ziele verfolgen und (eventuell auch ohne Partner) nach einer beruflichen Konsolidierung wenige Kinder haben sowie an Frauen, die als „Berufsmütter“ viele Kinder haben und ihr Leben zentral hieran ausrichten. Qualität der Kinderbetreuung wird für beide wichtig sein und das Timing eher eng, wobei die berufstätigen Mütter hohe Qualität der Kinderbetreuung nachfragen, die Berufsmütter sie selbst leisten. Die einen benötigen also ein hohes Einkommen, die anderen eine finanzielle Absicherung über einen gut verdienenden Mann. Beides ist in Zeiten von hohen Arbeitslosenzahlen und hohen Scheidungs- bzw. Trennungsraten langfristig nicht zu garantieren.

Bei Typ Vier ist die Entscheidung für ein Kind eine Option unter anderen. Durch die Komplexität der Rahmenbedingungen erweisen sich hier das „dem-Zufall-Überlassen“ oder der risikominimierende Aufschub als die eigentlich rationalen Entscheidungen. Da dieser Typ auch flexibel auf geänderte Umstände reagiert, kommt es hier zu sehr unterschiedlichen Lebensformen. Die Flexibilität stösst aber bei der Entscheidung für ein Kind an Grenzen: bei ungünstiger Änderung der Lebensumstände ist hier eine Verpflichtung eingegangen worden, die nicht einfach reversibel ist.

Damit ist auch gewollte Kinderlosigkeit durchaus differenziert zu sehen. Bei Typ Zwei kann es zu Kinderlosigkeit kommen, weil die Norm Kinder zu haben immer mehr erodiert und auch Referenzgruppen möglich sind, die selbst kinderlos sind. Bei Typ Drei können die qualitativen Anforderungen an Bedingungen so hoch gesteckt sein, dass auf ein Kind verzichtet wird, wobei dies auch tatsächlich als „Verzicht“ empfunden wird. Typ Vier kommt in Abwägung der Umstände zu der Entscheidung, dass Kinder zu hohe Opportunitätskosten verursachen, bzw. bleibt eventuell „zufällig“ kinderlos oder schiebt als Minimierung der Risiken einen bestehenden Kinderwunsch so lange auf, bis die Bedingungen gar nicht mehr gegeben sind oder Sterilität eingetreten ist.

Für den historischen Geburtenrückgang kann die Verschiebung der Typen eine Ergänzung der Erklärung bieten, bleibt allerdings selbst erklärungsbedürftig. Es ist anzunehmen, dass die Typen Eins und Zwei zurückgegangen sind und die Typen Drei und Vier zugenommen haben. Für jeden Typ aber gehen die Kinderzahlen historisch zurück:

- für Typ 1 (Affektuell) wegen der besseren Verhütung (und neuerdings wegen der Norm, nur gewollte Kinder zu bekommen)
- für Typ 2 (Traditional) weil die Norm schwächer und die normativ vorgesehene Kinderzahl geringer wird (und neuerdings weil Referenzgruppen wählbar werden)
- für Typ 3 (Wertrational) weil das Timing problematischer wird (und neuerdings weil die Anforderungen an Elternschaft gestiegen sind und sich nur noch für wenige Kinder einlösen lassen)
- für Typ 4 (Zweckrational) weil andere Optionen zunehmen (und dies neuerdings über den Konsum und Berufsbereich hinaus auch für die Optionen Freizeit, Partnerschaft und Selbstverwirklichung gilt).

Die Zunahme der Typen Drei und Vier in der Moderne ist durch die zunehmende Bedeutung persönlicher Präferenzen bei generativen Entscheidungen bedingt. Dabei gibt es Hinweise auf unterschiedliche Typ-Zusammensetzungen bestimmter Bevölkerungsgruppen, bspw. das Vorherrschen des Typs Zwei im Arbeitermilieu und auf dem Land (vgl. Kap. 4.2.1.1.). Das

häufigere traditionale Verhalten bei geringem Einkommen könnte auch erklären, warum keine Einkommenselastizität des Kinderwunschs gefunden werden konnte. Eventuell können Einflüsse dieser Art aber auch auf unterschiedliches Verhütungs- und Abtreibungsverhalten zurückgeführt werden.

Mit der Typenbildung kann auch die Entwicklung in den neuen Bundesländern beschrieben werden. Typ Zwei und Drei sind hier bis zur Wiedervereinigung mehr vertreten, wegen der problematischen Veränderungen gehen diese zurück. Die anderen Typen sind dort weniger vorgekommen, weil einerseits der Zugang zu Abtreibung leichter war und andererseits weniger konkurrierende Optionen zur Verfügung standen. Was zunimmt ist die zweckrationale Entscheidung und die schreibt unter hoher Unsicherheit erst einmal Aufschub vor.

Dass es in der Moderne zur Ausprägung vielfältiger Familien- und Lebensformen kommt, ist nicht neu. Historisch war die Einheitlichkeit der Familienbildungsprozesse in den fünfziger und sechziger Jahren die Ausnahme. Pluralität der Lebensformen in historischen Zeiten war aber bedingt durch die Position in der Gesellschaft und das Schicksal. Die „Wählbarkeit“ von Lebensformen ist eine neue Erscheinung. Diese unterliegt aber weiterhin weitreichenden ökonomischen und sozialen Zwängen. Insofern bedeutet die Tatsache, dass Entscheidungen nicht sozial determiniert, sondern durch Präferenzen mitbestimmt sind, eben nicht, dass die Betroffenen bei gleicher Präferenzstruktur die gleiche Lebensform wählen. Damit sind Präferenzen aus den Entscheidungen nur ableitbar, wenn auch die entsprechenden Produktionsfunktionen bekannt sind, d.h. die materiellen, institutionellen und kulturellen Bedingungen. Anders ausgedrückt: Auch wenn sich Eltern und Kinderlose eben gerade durch den recht unspezifischen „Kinderwunsch“ unterscheiden, ist dieser natürlich auch situationsabhängig, d.h. es nicht davon auszugehen, dass für Kinderlose Kinder weniger wichtig sind, eventuell sind hier nur die Umstände weniger passend. Persönliche Präferenzen sind nicht allein entscheidungsrelevant, sondern nur in ihrer Einbettung in die Einschätzung der Situation.

Die situativen Bedingungen generativer Entscheidungen sind am besten als „Widersprüche“ zu beschreiben. Widersprüche gewinnen besondere Bedeutung, weil in der Moderne durch die Normerosion und Auflösung des „Normallebenslaufs“ Entscheidungen verlangt werden. Die Ergebnisse dieser Entscheidungen werden dann auch der Verantwortung der Akteure zugerechnet. Insofern werden Entscheidungen durch den Mangel an zwingenden Leitbildern nötig, aber gerade durch diesen Mangel auch mehr oder weniger unmöglich. Gleichzeitig wird Flexibilität wichtig, die besonders in Widerspruch zu Familie und Kindern gerät (vgl. Kap. 4.1.3.1.). Zumindest für die vorliegenden Fragen kann insofern Giddens zugestimmt werden, der als ein Merkmal der Moderne die Zunahme struktureller Widersprüche beschreibt (Giddens 1995: 248ff). Dabei sind neben Widersprüchen zwischen Arbeitswelt und Familie als bekannter Folge der gesellschaftlichen Differenzierungsprozesse, die auch zu den Widersprüchen der

Frauenrollen führt, an widersprüchliche Entwicklungen auf der Familienebene selbst zu denken. Während das private Leben immer stärker auf einen Partner zentriert wird und hier findet eine rollenspezifische Entdifferenzierung statt (Hill 1999: 46), gerät gerade die Beziehungen zwischen den Eltern in Konkurrenz zu Kindern. Dies dürfte eine weitere Erklärung sowohl für den historischen Geburtenrückgang als auch die differentielle Fertilität sein. Damit tritt neben die bekannten Entkoppelungsprozesse Ehe und Sexualität und Sexualität und Fortpflanzung auch eine Trennung von Partnerschaft und Elternschaft (vgl. Kap. 4.1.3.2.).

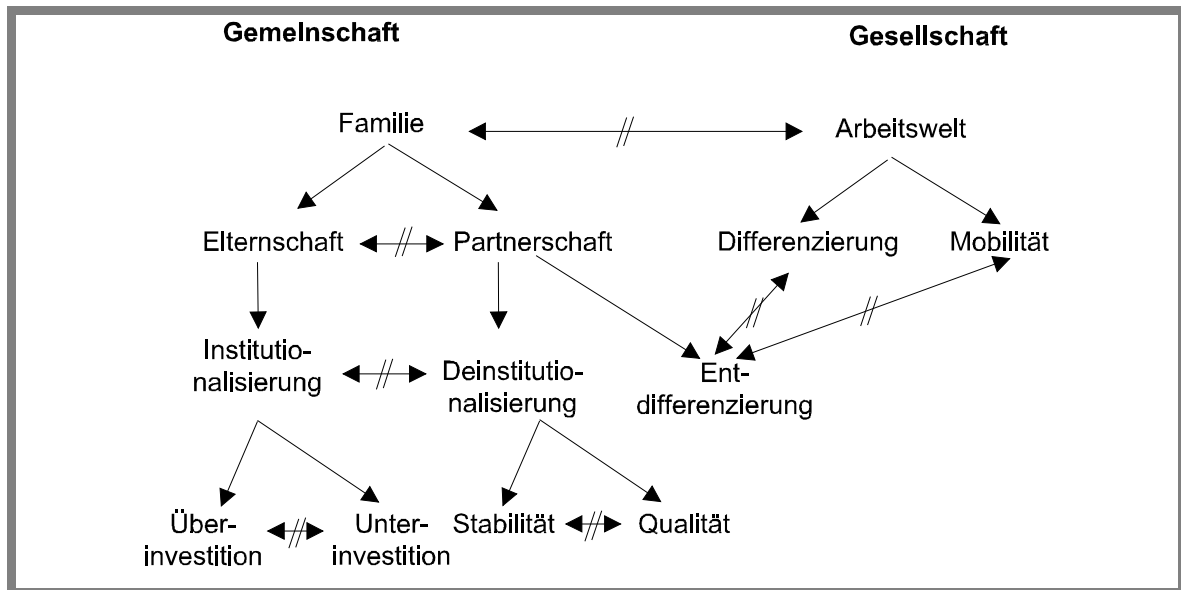


Abbildung 59: Widersprüche in den Rahmenbedingungen generativer Entscheidungen

Von einer neuen „sozialen Ordnung“ kann insofern auch nicht ausgegangen werden. Die Veränderung der Altersstruktur schafft Probleme in den Bereichen Rentensicherheit (1) und Pflege (2). Der These, dass gleichzeitig auch eine Deinstitutionalisierung von Kindheit zu beobachten ist, kann nicht zugestimmt werden. Hier ist eher von einer Stärkung der Institutionalisierung auszugehen: Diese betrifft die Ausweitung der Kindesrechts (auch gegenüber den Eltern) und den Normenkomplex „verantwortete Elternschaft“. Differenzen zwischen faktischen Bedingungen und normativ-leitbildhaften Ansprüchen führen hier allerdings zu Unsicherheiten im Hinblick auf den Status von Kindern (3) in der modernen Gesellschaft.

Dass die Rahmenbedingungen der Entscheidung so widersprüchlich sind, trägt zur Differenzierung bei. Da bei der Entscheidung für ein Kind die Orientierung an den objektiven Lebensumständen eine eher unbedeutende Rolle spielt, kann von einer „funktionalen“ Arbeitsteilung zwischen Kinderlosen und Familien nicht ausgegangen werden. Die durch generatives Verhalten hervorgerufene Differenzierung ist aber als Thematisierung horizontaler Gerechtigkeit (4) zu pauschal. Auch Familien differenzieren sich aus, nicht nur im Hinblick auf

Timing und Kinderzahl, sondern auch in ihrer Motivation. Inwieweit sich Eltern der einzelnen Entscheidungstypen akzeptieren oder ablehnen ist unklar. Es ist aber anzunehmen, dass wegen der grossen Wichtigkeit der „verantworteten“ Elternschaft, unterschiedliche Auffassungen durchaus zu Problemen führen. Eine teilweise Konfliktvermeidung durch Wahl der Referenzgruppen ist möglich.

Dabei kommt es zeitgleich auch zu Entdifferenzierungsprozessen. Während landesweit damit die Differenzierung zwischen Land und Stadt (5) zugenommen hat, ist es regional durch selektive Migration zu einer Entdifferenzierung gekommen. Welche Folgen dies für Akzeptanz anderer Lebensformen hat, ist nicht klar.

Differenzierungen sind per se nicht als Ungleichheit zu sehen. Auch wenn Eltern eingeschränktere Möglichkeiten in unserer Gesellschaft haben, kann dies als Preis des Kinderhabens begriffen werden, der bei freier Wahl eben akzeptabel ist. Generative Entscheidungen sind aber auch Missverständnissen, geänderten Umständen und Zufällen unterworfen, die die Freiheit stark einschränken. Einmal betreffen generative Entscheidungen (unabhängig davon, ob überhaupt eine Entscheidung für ein Kind getroffen wird) Männer und Frauen (6) in unterschiedlicher Weise, aber auch die Angehörigen der einzelnen Schichten je spezifisch. Dies wird normalerweise als vertikale Gerechtigkeit (7) thematisiert. Ähnliches gilt für den Gegensatz Ost-West (8). Von Deprivation besonders betroffen sind sehr junge Eltern, Alleinerziehende und Kinderreiche, wobei im letzten Fall auch bei geringem Vorkommen relativ zu allen Familien, recht viele Kinder betroffen sind, da in den jeweiligen Familien ja viele Kinder leben. Inwieweit relative Armut als solche empfunden wird, hängt von den jeweiligen Referenzgruppen und der Wertstruktur der Eltern ab. Problematisch für Eltern sind auch unkontrollierbare Dinge, wie ein behindertes Kind oder eine gescheiterte Beziehung.

Zu beachten sind neben der Differenzierung und sozialen Ungleichheit auch die periodischen Schwankungen der Geburtenraten (9). Diese nehmen bei besser kontrollierbarem generativem Verhalten zu und führen zu strukturellen Problemen, da einzelne Jahrgänge sehr unterschiedlich besetzt sein können. Ähnliche Effekte hatten Kriegsausfälle. Heute führen Schwankungen der Konjunktur und des Arbeitsmarkts sowie Veränderungen in Ausbildungszeiten zu Geburtenverschiebungen. Besonders deutlich ist dies in den neuen Bundesländern zu beobachten. Bildungs- und Versicherungssysteme stellt dies vor logistische Probleme.

Fraglich ist, ob es sich jeweils um Perioden- oder Kohorteneffekten handelt (vgl. Kapitel 2.1.1.). Führen strukturelle Veränderungen zu einem bestimmten Zeitpunkt dazu, dass Personen in der generativen Phase ihr generatives Verhalten tatsächlich verändern (wobei unterschiedliche Kohorten eben in unterschiedlichem Alter und eventuell zu unterschiedlicher Parität erfasst werden) oder verändert sich nur das Timing der Betroffenen und führt bei insgesamt ähnlichen

Kinderzahlen der Kohorten zu Geburtenbergen und -tälern. Der Baby-Boom der sechziger Jahre scheint wohl weitgehend auf letzteres, mithin einen Periodeneffekt rückführbar. Die neue Fertilität zeichnet sich allerdings durch eine massive Zunahme an Kinderlosigkeit aus, die einen Kohorteneffekt darstellt. Inwieweit die Entwicklung in den neuen Bundesländern (auch) durch Periodeneffekte beeinflusst ist, d.h. die Gesamtfruchtbarkeit nicht verändert, ist weiterhin unklar. Bereinigt von Periodeneffekten dürfte allerdings der Rückgang nicht so dramatisch ausfallen, wie oft dargestellt. Dass die Fluktuation in den Geburtenzahlen dennoch massive Probleme mit sich bringt, sollte aber nicht unterschätzt werden. Die strukturellen Veränderungen beeinflussen das Timing weit deutlicher als die Zahl der Kinder, reduzieren aber über Tempo-Verschiebungen aufgrund auseinanderbrechender Beziehungen und höherem Alter der Mütter auch die Kinderzahl.

Zum sozialen Wandel kann deskriptiv nicht viel gesagt werden: Es ist nicht absehbar, ob die Dynamik der Gesellschaft in eine neue „soziale Ordnung“ übergeht, ob es sich nur um Anpassungsprozesse handelt und von welchem Start- bzw. Endpunkt der Entwicklung auszugehen ist. Insofern sind auch Beschreibungen der neueren Entwicklung vor dem Hintergrund einer scheinbar intakten und funktionalen Vergangenheit kritisch zu hinterfragen.

Für viele Autoren ist die Desintegration (10) des Subsystems Familie verantwortlich für einen Großteil der genannten Probleme. Das Auseinanderfallen von Entwicklungen auf der Familien- und Gesellschaftsebene führt zur Unangepasstheit gesellschaftlicher Strukturen an familiäre Notwendigkeiten, d.h. zu Familienindifferenz bzw. -feindlichkeit. Dies wird einerseits als Grund für die genannten Probleme der Rentensicherheit, andererseits auch als Ursache der mangelnden Bereitschaft oder Möglichkeit der Familien zur Reproduktion der Bevölkerung und Produktion von Humankapital gesehen. In Zusammenhang hiermit wird auch von einem Prozess der Deinstitutionalisierung (11) ausgegangen, der kein integriertes Leitbild von Geschlechts- und Familienrollen mehr zulässt und damit die Entscheidungen für Familie erschwert.

Andere Autoren sehen ein Funktionsdefizit, das von den Familien selbst ausgeht. Problematisch ist, wenn von der bürgerlichen Kernfamilie abweichende Familienformen als Desorganisation (12) beschrieben und immer noch als defizitär empfunden werden. So zeigen Studien, dass jene Stieffamilien am besten funktionieren, die gerade nicht versuchen, sich am Ideal „intakter“ Familien zu orientieren (Kelley 1992: 586). Ähnliches gilt für Alleinerziehende (vgl. Kissman and Allen 1993: 14 und Fishman and Hamel 1991: 436ff). Noch heute schreiben Hahlweg et al., dass Erwachsene, die aus Scheidungsfamilien stammen, mehr Eheprobleme haben und schlechter mit Stress umgehen können als „Erwachsene aus intakten Familien“ (Hahlweg et al. 2000: 250f). Dabei bleibt fraglich, ob „intakte“ Familien so „intakt“ sind. LeMasters und DeFrain bescheinigen Zwei-Eltern-Familien ihre „own pathology“: Streit über

Erziehungsmaßstäbe, ein inkompetenter Partner, kaputte Beziehungen etc. (vgl. LeMasters and DeFrain 1983: 181), die gerade in der Sozialisation zu Schwächen führen.

Es ergeben sich also folgende „Problemfelder“, die zusätzlich den „sozialen Frieden“ bedrohen und die ausreichende Herstellung von „Humankapital“ fraglich erscheinen lassen:

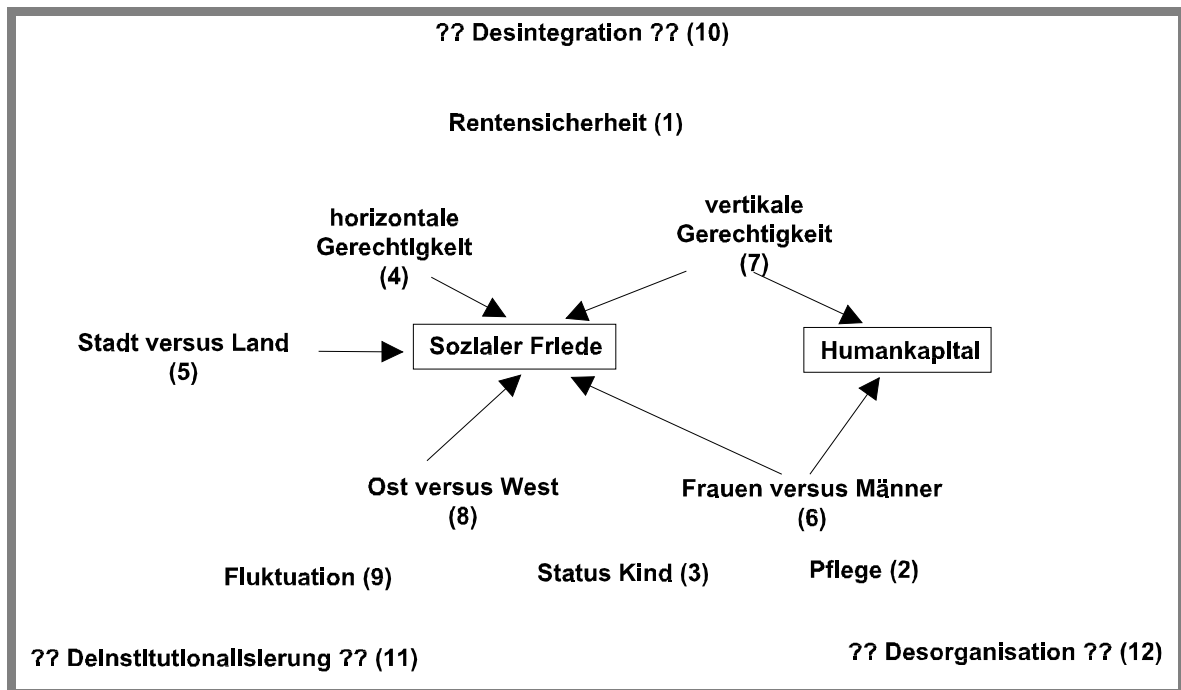


Abbildung 60: Problemfelder der generativen Entwicklung

5.2 Was sollen wir tun?

Merton beschrieb das Auseinanderklaffen kulturell vorgegebener Ziele und strukturierter Mittel noch als Anomie. Heute muss davon ausgegangen werden, dass diese Widersprüche inhärent zur Komplexität moderner Gesellschaften dazugehören und nicht als Auflösungsprozess zu verstehen sind, obwohl sie natürlich zu Problemen führen. In bezug auf das generative Verhalten geraten vor allem die Anforderungen an „verantwortete Elternschaft“ in Konflikt mit den Mitteln und übrigen Anforderungen, die die gesellschaftliche Struktur zur Verfügung stellt. Ausweichmöglichkeit wird immer mehr Kinderlosigkeit. Diese ist normativ eher toleriert als Elternschaft, die die vorgegebenen Erwartungen nicht erfüllt.

Dass die normativen Vorstellungen, was für Kinder gut und nötig ist, nicht den situativen Bedingungen entspricht, kann verschiedene Gründe haben. Im Sinne eines cultural lag könnte davon ausgegangen werden, dass die ehemals passenden Wertvorstellungen über notwendige Leistungen und/oder Aufteilung auf Institutionen nicht der veränderten sozialen Wirklichkeit entsprechen. M.E. ist allerdings eher anzunehmen, dass der Aufgabenkomplex Kind in neuerer

Zeit wesentlich zugenommen hat, die Rahmenbedingungen hierbei aber nicht Schritt halten konnten und damit die entstehenden Probleme in den privaten Bereich abgedrängt wurden. Dabei ist der Mythos entstanden, diese Leistungen seien früher nahezu ausschließlich von den Familien (sprich den Müttern) erbracht worden. Auch wenn die gestiegenen Anforderungen und Standards bezüglich Kinderbetreuung und Sozialisation für moderne Gesellschaften sinnvoll sind (was selbst zu bezweifeln ist), kann eine andere Aufteilung eventuell angemessener sein. Dies wird mit Rückgriff auf pseudo-historische Vorstellungen von der Natürlichkeit der Mutterschaft verhindert. Ergebnis ist nicht nur ein überhöhter Preis für Kinder, der zu den niedrigen Geburtenzahlen und der in Deutschland hohen Rate an Kinderlosigkeit beiträgt, sondern Verunsicherung und Überforderung der Mütter.

Elster bemerkt, dass zur Lösung struktureller Widersprüche „collective action“ (Elster 1978: 134ff) nötig ist, hierfür aber zuerst die Widersprüche analysiert werden müssen (Elster 1978: 138). Dies ist sicher Aufgabe der Soziologie. Allerdings erzeugt Aufklärung noch keine Veränderung. Sozialtechnologische Vorstellungen, wie sie im vorigen Jahrhundert weitgehend üblich waren, und heute beispielsweise noch von Coleman vertreten werden, vertrauen auf die Einsicht der verantwortlichen Entscheidungsträger zum allgemeinen Wohl. Da aber die politisch Verantwortlichen auch andere Ziele verfolgen, ist eine langfristig verlässliche und koordinierte Familienpolitik, wie sie immer wieder gefordert wird (z.B. Wingen 1997: 331ff und 346f), nur wahrscheinlich, wenn sie kostengünstig ist. Zu klären, welche Lösungen hier über welchen Zeitraum welche Kosten-Nutzen-Relationen ergeben ist eine soziologisch anzugehende Aufgabe.

Zu den genannten Problemfeldern (Abbildung 63) wird folgendes diskutiert:

1. Rentensicherheit

Das deutsche Rentensystem beruht seit 1957 auf einem Umlageverfahren, d.h. die erwerbstätige Generation bedient über ihre Beiträge zur Rentenversicherung die Ansprüche der Rentner. Der „Generationenvertrag“ zwischen Eltern und Kindern sollte damit quasi aus den einzelnen Familien herausgelöst werden; alle Kinder sollten gemeinsam für alle Eltern aufkommen.

„Das ursprüngliche Rentensystem hat zu einer Zeit, in der fast jeder, der verheiratet war, auch Kinder hatte, durchaus funktioniert. Durch die neuere Entwicklung, daß Ehepaare sich bewußt gegen Kinder entscheiden, hat sich ein zunächst verfassungsmäßiges Gesetz zu einem verfassungsrechtlich höchst bedenklichen Gesetz fortentwickelt.“ (Herzog 1993: 56)

Damit werden zwei Aspekte vermischt: Die Frage der horizontalen Gerechtigkeit, die im folgenden noch näher besprochen wird, und die der Solvenz der gesetzlichen Rentenversicherung. Die Sicherheit der Renten wird allerdings erst in dreissig Jahren wirklich zu einem Problem. Im Moment herrscht demografisch (trotz aller Krisenbehauptungen) immer noch eine „Schönwetter-Periode“. Dies wird verstärkt durch die geringen Kinderzahlen, da

relativ wenig Kosten für die nachwachsende Generation aufzubringen sind. Wie sich der Altersaufbau verändert, wenn keine wesentliche Steigerung der Lebenserwartung mehr eintritt, kann bis 2030 problemlos ausgerechnet werden. Insofern ist die neueste Rentenreform, die ein Stabilhalten des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung auf höchstens 22% bei Absenken des Rentenniveaus auf höchstens 64% vorsieht (Riester 2000: 6) durchaus realistisch. Ein Problem ist, dass viele Versicherte eben nicht mehr dem „Eckrentner“ entsprechen: 45 Versicherungsjahre (Riester 2000: 10) werden häufig nicht mehr erreicht. Die gleichzeitige Verringerung der Anrechnungszeiten für Ausbildungsjahre etc. führt zu Rentenminderung.

Die Bundesregierung hat versucht „eine Brücke“ zu bauen und damit für „Generationengerechtigkeit“ (Riester 2000: 4) zu sorgen, indem die gesetzliche Rentenversicherung durch staatliche Förderung privater Vorsorge ergänzt wird. Den Jüngeren wird zugemutet, mehr zahlen zu müssen, den Ältern zumindest auf ein Weiterwachsen ihrer Renten teilweise zu verzichten. Dennoch sollen nun alle zufrieden sein, da die Regierung allen hilft:

„Sie wird die Jüngeren großzügig beim Aufbau eines Altersvermögens unterstützen, und die Älteren vor einer Minderung ihrer erworbenen Rentenansprüche bewahren.“
(Riester 2000: 5)

Wobei unklar bleibt, wo die Mittel herkommen sollen, die beiden zugute kommen. Umverteilungen können ja nur funktionieren, wenn auf einer Seite etwas weggenommen wird. Bei demografisch bedingten Steigerungen der Belastungen ist das noch problematischer. 2030 wird der Altenquotient beinahe doppelt so hoch sein wie heute und damit das Umlageverfahren nicht mehr funktionieren. Dann werden die von Riester vorgegebenen Eckwerte nicht mehr einhaltbar sein und damit muss erneut „nachgebessert“ werden. Erzeugt werden diese halbherzigen Reformen dadurch,

„[...] daß es im kurzfristigen Interesse nicht nur der Politiker, sondern auch der heute stimmberechtigten Bevölkerungsgruppen liegt, die zu erwartenden demographisch bedingten Belastungen vor sich herzuschieben und sie dadurch noch mehr zu verschlimmern.“ (Kaufmann 1990b: 117)

Mehrheitsfähige Lösungen stehen kaum zur Verfügung. Solange eine Erhöhung von Beiträgen mit erhöhten Leistungsansprüchen verbunden ist, kommt es nur zu einer kurzfristigen Verbesserung der Solvenz (zum prinzipiellen Problem sogenannter „Erweiterungsgewinne“ siehe Quest 1998: 55ff). Dies gilt auch für die Gewinnung höher Beiträge durch eine höhere Erwerbstätigkeitsquote der Frauen, weniger Teilzeitarbeit oder einer Heraufsetzung der Lebensarbeitszeit, eventuell mit „Teilzeitrente“ als Übergangsphase (vgl. Möckli 1999: 144f). Der Blick auf die Arbeitslosenstatistik zeigt außerdem, dass dieser Weg in naher Zukunft nicht offensteht. Auch eine Erweiterung auf bisher nicht-versicherungspflichtige Berufsgruppen wird langfristig die gesetzliche Rentenversicherung nicht entlasten, da auch hier neue Ansprüche entstehen.

Eine Verjüngung durch Einwanderer, die gleichzeitig auch Arbeitsplätze schaffen kann, scheint vielversprechender. Nachdem Einwanderung in der Bundesrepublik lange ein Tabu-Thema war, wird im Moment sehr stark darüber diskutiert, wie sie sinnvoll gestaltet werden kann (vgl. z.B. Birg 1998: 243ff). Vor allem ausländische Arbeitskräfte, die nicht für immer bleiben, entlasten die Rentenkassen stark, da sie weit mehr einzahlen als sie erhalten (vgl. Höpflinger 1997b: 181). So zahlten Ausländer 1995 20 Milliarden in die Rentenversicherung ein, es wurden aber nur 8 Milliarden an Ausländer ausgezahlt (Loeffelholz und Köpp 1998: 99).

Ebenfalls vielversprechend ist der Gedanke, Investitionen in Ausbildung zu verstärken. Dahinter steckt die Idee, dass es nicht auf die Qualität der Erwerbstätigen, sondern die Produktivität ankommt:

„Zur langfristigen Bewältigung des demographischen Wandels dürften sich Einsparungen im Bildungsbereich – auch bei reduzierten Schüler- und Studentenzahlen – als verhängnisvoll erweisen. Die erhöhte demographische Alterung erfordert allerdings einen Wechsel von quantitativer zur qualitativen Ausweitung des Bildungssektors (auch in Richtung permanenter Weiterbildung und lebenslangem Lernen).“ (Höpflinger 1997a: 194)

Womit dann auch eine Flexibilisierung der Altersgrenzen nach oben leichter möglich würde. Kurzfristig allerdings erhöhen sich natürlich auch hier erst einmal die öffentlichen Ausgaben.

Eine andere Möglichkeit ist, systemfremde Einnahmen den Rentenkassen zuzuführen. Der Gedanke von Erich von Weizsäcker, Erträge aus der Ökosteuer zu einer Finanzierung der Renten zu verwenden, ist naheliegend und überzeugend. Damit würde Arbeit billiger (durch niedrigere Abgaben), Energie aber teurer (Weizsäcker et al. 1997; vgl. auch Biswanger et al. 1988). Zu erwarten wäre damit eine Verlagerung zu mehr arbeitsintensiver und weniger energieintensiver Produktion (vgl. Möckli 1999: 128), was vor allem bei hohen Arbeitslosenzahlen sinnvoll erscheint. Eventuell wäre hiermit auch das Problem lösbar, dass immer weniger Arbeitsplätze für gering Qualifizierte zur Verfügung stehen. Damit wäre für zwei öffentliche Güter eine Internalisierung von Kosten möglich: die Ökosteuer schützt das öffentliche Gut Umwelt, die Zuführung der Erträge in die Rentenkassen sorgt für einen Ausgleich zwischen den Generationen.

Es sieht zur Zeit allerdings so aus, als wäre das System der sozialen Sicherung so nicht weiter haltbar. Eine weitere Privatisierung der Altersvorsorge ist zu erwarten. Dabei entsteht das Problem, dass die Kinderlosen auch zu dieser Art Vorsorge leichter in der Lage sind (vgl. Pechstein 1998: 19), weshalb schon jetzt diverse Steuervergünstigungen und Familienzuschläge eingeführt wurden. Diese allerdings führen zu einer weiteren Undurchschaubarkeit des Familienlastenausgleichs. Außerdem müssen natürlich die Ansprüche der bereits vorhandenen Rentner weiter bedient werden, womit die heute Erwerbstätigen (wie bei den meisten Reformvorschlägen) natürlich einer Doppelbelastung ausgesetzt sind. Gleiches gilt für die

Einführung eines Kapitalstockverfahrens: Die Erwerbstätigen müssen einerseits alte Ansprüche bedienen, andererseits diesen Kapitalstock überhaupt erst aufbauen (Vgl. Wallace 1999: 167).

„The difficulty in switching to a fully funded scheme is that today’s workers have to shell out twice over, paying for today’s retirees and building up funds for their own pensions when they retire.“ (Wallace 1999: 167)

Ein anderer immer wiederkehrender Vorschlag ist, die Versicherungsbeiträge nach der Kinderzahl zu staffeln. Diskussionen hierzu gibt es bereits seit der Rentenreform von 1957 (vgl. Nullmeier und Rüb 1993: 368ff und Krüsselberg et al. 1986: 1ff). Allerdings gibt es auch einleuchtende Gegenargumente:

„[...] so müßte man eigentlich auch berücksichtigen, daß Kinderlose durch größere Aktivität im Beruf sowie durch Zweitverdiener u.U. mehr zum Wirtschaftswachstum und damit zur finanziellen Basis der GRV beitragen.“ (Leisering 1992: 246)

Das gleiche gilt für die Idee der „Elternrente“. Der Vorschlag von Borchert führt zu einem „dualen System“. Neben eine Halbierung der Rentenleistungen tritt ein „Elternrentensystem“. Die Eltern erhalten für jedes Kind, die von einem Kind durchschnittlich gezahlten Beiträge (vgl. Pechstein 1998: 29ff). Da aber Kinder nicht unbedingt Beitragszahler werden und Eltern auch nicht kontrollier- oder vergleichbar in ihre Kinder investieren,

„[...] scheint die Idee regelgebundener Selbststeuerung aus dem begrenzten organisatorischen Bereich der Sozialversicherung zu weit in gesellschaftliche Zusammenhänge auszugreifen.“ (Leisering 1992: 269)

2. Pflege

Der oft diskutierte „Pflegenotstand“ entsteht aus zwei Faktoren: Einerseits führt die gestiegene Lebenserwartung der Alten bei gleichzeitiger Zunahme des relativen Anteils älterer Menschen an der Bevölkerung zu einem erhöhten Pflegebedarf, andererseits sinkt durch zunehmende Kinderlosigkeit die Zahl der zur Pflege zur Verfügung stehenden Personen, sowie durch geänderte Opportunitätsstrukturen und Wandel der Frauenrolle deren Bereitschaft bzw. Möglichkeit zu Pflege.

„Vorsorgendes Arbeiten ist kooperativ, außerdem bezieht es sorgendes Arbeiten ein. Dieses ‘Sorgen’ ist eine ‘vergessene Arbeitswirklichkeit’. Sie war und ist historisch den Frauen zugewiesen.“ (Bisecker und von Winterfeld 2000: 284)

Insofern handelt es sich um ein öffentliches Gut, dessen Bereitstellung in der modernen Gesellschaft problematisch geworden ist, da die Normen brüchig geworden sind und eine Zuweisung an bestimmte Personen nicht (mehr) zwingend stattfinden kann.

Ein Ausgleich aber ist schwer zu garantieren. Damit ist eine Revitalisierung sorgender Tätigkeiten durch ein Modell der „Bürgerarbeit“ wie von Beck vorgeschlagen, schwierig (Beck 2000: 416ff). Von ihm kommt der Vorschlag einer Bürger-Gesellschaft, in der alle ermutigt werden, Auszeiten von Berufstätigkeit zu nehmen, um sich zu engagieren.

„Es muß ein Recht auf diskontinuierliche Arbeit geschaffen werden, das es Frauen wie Männern erlaubt, zwischen den verschiedenen Praxisfeldern – Erwerbsarbeit, Familienarbeit, Bürgerarbeit – in eigener Regie zu wechseln.“ (Beck 1999: 92)

Dabei ist eine finanzielle Grundsicherung sowie eine versicherungsrechtliche Abdeckung dieser Phasen vorgesehen. Auch dieses Modell orientiert sich damit an der Wiederherstellung ehemals gemeinschaftlich garantierter Sorge. Dabei wird übersehen, dass es auch in vergangenen Jahrhunderten durchaus ein Pflegeproblem gab, das nicht uneigennützig durch die Familien abgefangen wurde. Das Hospiz-System des Mittelalters und die sehr elaborierten Übernahmeverträge der Bauern sprechen eine deutlich andere Sprache; ganz zu Schweigen von Altenmisshandlungen bis hin zu -tötung. Für unsere heutige Wohlstandsgesellschaft, in der die Bereitstellung von vielerlei Luxusgütern kein Problem ist, handelt es sich „nur“ um ein Verteilungsproblem. Der Pflegenotstand als mangelnde Bereitwilligkeit zur Betreuung Pflegebedürftiger wirft die Frage auf, wie wertvoll adäquate Betreuung ist und inwieweit sich die Bezahlung dieser Betreuung an ihrem Wert orientieren sollte. Dass der Luxus langes Leben Kosten verursacht, sollte klar sein. Dabei ist auch darüber nachzudenken, ob Pflege in Institutionen und in der Familie (wo sie in den allermeisten Fällen stattfindet) überhaupt als exklusive Möglichkeiten betrachtet werden müssen. Ambulante Pflege, Tagesheime oder zumindest „Urlaub“ für die Betreuer in den Familien sind in anderen Ländern üblich und sicher auch in Deutschland möglich.

3. Status Kind?

Von einer Deinstitutionalisierung von Kindheit kann nicht ausgegangen werden (vgl. Kap. 4.3.1.2.). Auch wenn in mancher Hinsicht die institutionelle Differenz zwischen Kindern und Erwachsenen abnimmt, gibt es zunehmend spezifische Unterschiede. Rechte von Kindern räumen diesen zwar einen Status ein, der an Erwachsene erinnert, garantieren aber die Besonderheit von Kindheit auch gegen die betroffenen Erwachsenen. Das neue Kinder- und Jugendhilferecht definiert Unterstützung von öffentlicher Seite zwar neuerdings als Dienstleistung, gibt aber das „Wächteramt“ des Staates nicht auf. Die Diskussion, wie dies im einzelnen zu handhaben ist, ist noch offen (vgl. Barabas und Erler 2002: 217). Dabei werden Kinderrechte durchaus noch als ausbaubar gesehen (Barabas und Erler 2002: 222):

„Um die rechtliche Autonomie von Kindern, um die Einführung eigener, gegebenenfalls einklagbarer Rechte findet ein permanentes Dauergefecht statt.“
(Barabas und Erler 2002: 209)

Seit 2000 werden per Gesetz körperliche Bestrafungen, seelische Verletzungen und „andere entwürdigende Maßnahmen“ geächtet (Barabas und Erler 2002: 169). Gleichzeitig werden Eingriffe des Jugendamts bis hin zu Sorgerechtsentzug auch bei „überfürsorglichem Verhalten“ (Barabas und Erler 2002: 179ff), der „überwiegend bei allein erziehenden Elternteilen“ beobachtet wird vorgesehen (Barabas und Erler 2002: 180). Dies zeigt nicht nur das Problem,

dass die Rechtsprechung immer noch mit nicht-traditionalen Familienformen hat, sondern führt auch zu der Frage, wie denn Kinder überhaupt erzogen werden können. Vor allem Familien, die ungenügend mit Ressourcen materieller und sozialer Art ausgestattet sind, werden in der Erziehung ohne repressive Maßnahmen kaum auskommen.

4. Horizontale Gerechtigkeit

Da Kinder für Eltern Kosten verursachen und gleichzeitig die Einkommenschancen verringern, wird politisch ein „Familienlastenausgleich“ als notwendig angenommen. Horizontale Gerechtigkeit meint dabei, die Unterschiede zwischen Eltern unterschiedlicher Kinderzahl und Kinderlosen der gleichen Einkommenschicht zu mildern. Dies geschieht in erster Linie durch Kinderfreibeträge. Das deutsche Steuersystem fördert außerdem Familien durch das Ehegattensplitting. Andere Länder (bspw. Schweden oder Österreich) kennen kein Ehegattensplitting, dagegen splittet Frankreich das Einkommen auf alle Familienmitglieder (vgl. Fux 1994: 359). Eine Abschaffung des Ehegattensplitting wäre nach dem jetzigen Stand nicht mit dem Grundgesetz vereinbar, das auch die Ehe unter den „besonderen Schutz“ stellt (vgl. Herzog 1993: 59).

Während einige Autoren davon ausgehen, dass die Steuerfreibeträge Gutverdienende zu stark begünstigen und damit einen sogenannten „vertikalen“ Ausgleich fordern, sehen andere den Familienlastenausgleich „primär“ als horizontalen (Lampert 1996: 275, ähnlich Herzog 1993: 55). Auch die Riester-Rente bevorzugt in den Zuschüssen Höherverdienende, die statt direkter Förderung Steuervorteile erhalten, die höher als die Zuschüsse sind (Riester 2000: 9).

Als Familienlastenausgleich sind aber auch kostenlose Mitversicherung von Ehefrauen ohne eigenes Einkommen und Kinder in der Krankenkasse sowie die Subventionierung von Kinderbetreuungseinrichtungen und Bildungsinstituten zu sehen.

In der Familienpolitik gibt es neuerdings eine Diskussion über den richtigen Terminus für Familienförderung. Während diese bisher noch unter dem Titel „Familienlastenausgleich“ läuft, wird nun auch über einen „Familienleistungsausgleich“ gesprochen.

„Schon der Begriff Familienlastenausgleich ist unzulänglich. Es sollte eigentlich nach Inhalt und Volumen ein Familienleistungsausgleich sein.“ (BMFS 1994: 273)

Während es bei ersterem nur darum geht, die Eltern (teilweise) für die entstandenen Kosten zu entschädigen, wird beim letzteren angestrebt, die Leistung der Eltern für die Gesellschaft zu honorieren, d.h. die Kosten des öffentlichen Gutes „Sozialisation“ teilweise zu internalisieren.

Dieser Leistungsausgleich wird in neuer Zeit als sogenannte „bezahlte Elternschaft“ (Opielka 1997; vgl. Leipert und Opielka 1997 und Leipert und Opielka 1998) thematisiert. Zur Absetzung vom Erziehungsgeld sprechen die Autoren von „Elterngeld“. Eine andere Möglichkeit wäre der Begriff „Elternrente“ (vgl. Opielka 1998: 102). Rente würde dabei eher

eine Freistellung von Erwerbstätigkeit suggerieren (entsprechend Becks Vorstellungen von der Bürgergesellschaft), während Gehalt eher eine Orientierung am Wert der Zeit meint und im Sinne der horizontalen Gerechtigkeit für Frauen mit besserer Ausbildung höher ausfallen müsste, da deren Opportunitätskosten höher sind. Dies ist allerdings nicht vorgesehen, und deshalb soll dieser Vorschlag unter „vertikaler Gerechtigkeit“ weiterdiskutiert werden.

5. Stadt versus Land

Über den Gegensatz Stadt – Land im Hinblick auf Familiengründung wird wenig geforscht und auch im politischen und öffentlichen Diskurs spielt er nur eine Randrolle. Durch selektive Migration aber verstärken sich die Gegensätze immer weiter und es fragt sich

„[...] wie sinnvoll eine zunehmende gesellschaftliche Arbeitsteilung ist, bei der sich ein Teil der Bevölkerung auf die produktiven und ein anderer Teil auf reproduktive Aufgaben spezialisiert (insbesondere wenn dies mit nachhaltiger sozialer und regionaler Ungleichheit verbunden ist).“ (Nauck 1995a: 33)

Dabei ist unklar, ob die regionale Entdifferenzierung über Kontaktvermeidung zu geringerer Problemwahrnehmung bei den Betroffenen führt oder umgekehrt auf dem Land quasi „2 Welten“ durch die selektive Migration entstehen (vgl. Kap. 4.3.2.3.).

6. Frauen versus Männer

Frauen werden von generativen Entscheidungen anders getroffen als Männer. Nicht nur führt Mutterschaft zu Interrollenkonflikten, auch Intrarollenkonflikte sind in den Aufgaben einer Mutter vorprogrammiert (vgl. Kap. 4.1.2.8.). Für Väter gilt dies bisher noch nicht, mit zunehmender Beteiligung von Vätern an Familienaufgaben könnte sich dies allerdings ändern.

Teurer wird die Entscheidung für ein Kind für Frauen in neuer Zeit durch als Opportunitätskosten wahrgenommene Einkommensverluste (vgl. Kap. 4.1.1.6.) und entgangene Freizeitmöglichkeiten (vgl. Kap. 4.1.1.7.). Da die Sozialisation auch von Töchtern aber auch im Hinblick auf Beruf und Selbstverwirklichung stattfindet, kommt es hier nicht nur zu Preiserhöhungen, sondern werden auch die beschriebenen Rollenkonflikte verstärkt. Eine Lösung wird zwar immer wieder gefordert, neuere Entwicklungen in der Familienförderung (Erziehungsgeld) führen aber eher zu einer weiteren Festschreibung der traditionellen Mutterrolle. Dass Frauen bei hohem Trennungsrisiko weniger bereit sind, diese Rolle zu übernehmen, ist einsehbar.

Emanzipation der Frau wird zwar seit Jahrzehnten auch gesetzlich eingefordert und soll über Quotenregelungen und sprachliche Neutralität etc. vorangetrieben werden, die ungenügende Berücksichtigung der familialen Lebensformen in der Thematisierung der Gleichberechtigung der Geschlechter steht dem aber entgegen. Vor allem die häufige Annahme, das Problem sei

durch eine stärkere Beteiligung der Männer zu lösen, führt zur Uminterpretation struktureller Widersprüche als private Probleme.

Politische Orientierung an traditionellen Lebensformen führt auch dazu, dass im Humankapitalbereich die Frauen zu wenig berücksichtigt werden. Sowohl die Akkumulation als auch die Ausnutzung weiblichen Humankapitals ist durch generative Entscheidungen und deren Folgen maßgeblich beeinflusst. Bessere Akkumulationsmöglichkeiten wären durch eine bessere Vereinbarkeit von Ausbildung und Kinderbetreuung (vgl. BMFS 1994: 207ff), bessere Ausnutzung von weiblichem Humankapital durch Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Mutterschaft möglich.

7. Vertikale Gerechtigkeit

Soziale Ungleichheit wird auch erzeugt durch die unterschiedliche Betroffenheit der Eltern von den Folgen ihrer generativen Entscheidungen in Abhängigkeit von ihrer Einkommensgruppe. Während sicher viele Menschen in Deutschland sich das „Luxusgut“ Kind weitgehend problemlos leisten können, trifft dies auf einkommensschwache Gruppen bzw. kinderreiche Familien nicht zu. Zur Lösung wird „vertikale Gerechtigkeit“ gefordert, d.h. ein Familienlastenausgleich, der sich am Einkommen orientiert und im Gegensatz zum horizontalen Ausgleich die Ärmere stärker oder zumindest gleich stark fördert. Erreicht werden soll dies in Deutschland über die Ergänzung der Steuerfreibeträge durch ein Kindergeld, das dafür sorgt, dass alle Eltern gleich viel bekommen, abgesehen von jenen, bei denen die Steuerbefreiung höher als das Kindergeld ausfällt. Dagegen schlägt Wolff vor, den Freibetrag nicht von der Spitze sondern dem Sockel des Einkommens abzuziehen, womit alle, die überhaupt Steuern in dieser Höhe zahlen, gleich viel profitieren würden (Wolff 1994: 198 und 122ff).

Ebenfalls als vertikale Gerechtigkeit ist das bereits erwähnte Elterngeld von Leipert und Opielka konzipiert. Da in Deutschland ein Konsens darüber herrsche, dass es (auch) sinnvoll ist, wenn ein Elternteil in den ersten drei Lebensjahren des Kindes zu Hause bleibt, soll diese Phase „höchste Priorität“ erhalten (Leipert und Opielka 1998: 30f) und in dieser Zeit „geklotzt“ werden (Leipert und Opielka 1998: 124). Langfristig aber soll das Elterngeld soweit ausgebaut werden, dass für Personen, die Kinder erzogen haben auch nach Volljährigkeit des Kindes bis zum Erreichen der Rente eine Grundsicherung in Höhe von 1400 DM bezahlt wird (Leipert und Opielka 1998: 95). Das Elterngeld soll nicht einkommensabhängig gestaltet werden, aber versteuert werden, womit höhere Einkommen aufgrund der Progression weniger erhalten (Leipert und Opielka 1998: 35f). Die Autoren erhoffen sich durch den Anreiz, für einige Jahre nicht zu arbeiten, einen Rückgang der Arbeitslosigkeit (Leipert und Opielka 1998: 141), wehren sich aber gegen den Vorwurf, Frauen aus der Erwerbstätigkeit drängen zu wollen (Leipert und Opielka 1998: 40, vgl. Opielka 1998: 100). Außerdem soll zur Finanzierung das Splitting

abgeschafft werden (Leipert und Opielka 1998: 36 und 117), die Autoren wissen aber, dass dies gar nicht völlig geht (Leipert und Opielka 1998: 144). Eine andere Möglichkeit ist die Erhöhung der Erbschaftssteuer (Leipert und Opielka 1998: 149ff). Außerdem erhoffen sich Leipert und Opielka, dass die Jugendkriminalität sinkt und damit der Gesellschaft Kosten erspart werden (Leipert und Opielka 1998: 136), der Konsum der Familie erhöht wird und neue Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden (Leipert und Opielka 1998: 138f).

Es handelt sich bei den Vorschlägen zum „Elterngeld“ tatsächlich mehr um eine Form von Rente. Eine qualitative Kontrolle findet nicht statt und kann auch nicht angestrebt werden. Ein horizontaler Ausgleich ist nicht Zielvorgabe. Vor allem bei einkommensschwachen Schichten wird die Herausdrängen der Frauen aus dem Arbeitsmarkt kritisch zu bewerten sein. Besonders bei kurzfristig hohen Zahlungen wird hier ein Verhalten gefördert, dass langfristig im Hinblick auf mit dem Alter eher steigende Kinderkosten und die hohe Trennungswahrscheinlichkeit für die betroffenen Mütter schnell in Armut führen kann. Finanzierungsprobleme sind nicht über Konsum oder Arbeitsmarktentlastung zu lösen. Für eine Finanzierung über steuerrechtliche Änderungen im Hinblick auf das Ehegattensplitting wäre an eine Verfassungsänderung zu denken, die den geänderten Lebensumständen gerecht würde.

Sollten keine gesetzlichen Änderungen vorgenommen werden, verschärft das Problem „Erbschaften“ (vgl. Szydlik 1999: 80f und Schneider 1994: 212) die vertikale Ungleichheit noch. Hinzukommt, dass jene mit vielen Geschwistern doppelt Pech haben: Die Eltern können weniger Rücklagen bilden und die Erbschaft wird geteilt. Wer dagegen eventuell Erbtanten ohne Kinder und selbst keine Geschwister hat, erbt doppelt und dreifach. Auch die Förderung von Wohneigentum verstärkt soziale Ungleichheit: Wer sich Eigentum nicht leisten kann, weil er wenig verdient und/oder viele Kinder hat, wird eben auch nicht gefördert. Es kommt zu einer Kumulation von Armutsfaktoren.

8. Ost versus West

Die Ungleichheit Ost versus West wird durch die abrupte Zwangsübernahme von Gesetzen und Strukturen erzeugt. Dabei wird der Osten besonders von Problemen der Kinderbetreuung (vgl. Kap. 4.1.2.7.), der Vereinbarkeit im Hinblick auf Beruf und Ausbildung (vgl. Kap. 4.1.1.7.) und der Wohnraumproblematik (vgl. Kap. 4.1.1.8) betroffen. Insofern spielen hier die besprochenen horizontalen, vertikalen und geschlechtsspezifischen Ungleichheiten eine noch wichtigere Rolle.

Eine einfache Angleichung ist nicht zu erwarten, da die Menschen ihre Lebenspläne an ganz anderen Inhalten vor allem zu Frauenrolle und Partnerschaft orientierten und nicht einzusehen ist, warum hier eine Umorientierung problemlos stattfinden soll, besonders im Hinblick auf Entwicklungen in der ehemaligen DDR, die für die Familienrechts- und –politikgestaltung der Bundesrepublik zumindest erwägenswert gewesen wäre.

9. Fluktuation

Die Schwankungen in den Besetzungen der einzelnen Jahrgänge werden unverständlicherweise in Öffentlichkeit und Politik kaum diskutiert. Dabei handelt es sich gerade hier um Probleme, die berechenbar sind. Im Hinblick auf die Veränderungen in den neuen Bundesländern wäre hier frühzeitig an strukturelle Anpassung zu denken. In den alten Bundesländern kam die Einführung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz just zu dem Zeitpunkt als die geburtenstarken Jahrgänge der achtziger und frühen neunziger Jahre den Kindergarten verließen – d.h. Fluktuation scheint den Verantwortlichen durchaus bewußt, wenn ausnutzbar.

10. Desintegration

Mangelnde Desintegration des Subsystems Familie stellt diverse Funktionen in Frage. Zu nennen sind hier in erster Linie die oben bereits diskutierte Rentensicherheit und die Produktion von Humankapital, die unter anderem auch für die Finanzierung der Renten nötig ist.

Das Humankapitalproblem wird oft auf die Aussage reduziert, Kinder seien öffentliche Güter:

„Economists need to analyse the contributions of nonmarket labor to the development of human capital: as children become increasingly public goods, parenting becomes an increasingly public service.“ (Folbre 1994b: 86)

Damit ist hier schon angedeutet, dass es nicht die „Produktion“ von Kindern als solche bereits ist, die ein öffentliches Gut darstellt, sondern die Investitionen in Kinder, die später gesellschaftlich nützlich sind. Dieser Nutzen entsteht damit auch für jene, die keine Kinder haben oder „die es sich mit der Erziehung leicht gemacht haben“ (Esser 2000d: 122):

„Eigentlich, so sollte man meinen, müßte die Sozialisation also unterbleiben: Sie ist ein Öffentliches Gut, das stets etwas kostet [...]“ (Esser 2000d: 120)

Da aber natürlich auch ein privates Interesse der Eltern an der Entwicklung ihrer Kinder besteht, wird dieses Gut freiwillig zur Verfügung gestellt. In der Klassifikation öffentlicher Güter entspricht dies der „Ausbeutung Großer durch Kleine“. Daraus kann aber nicht gefolgert werden, dass es sich um rein private Güter handelt (wie z.B. Suntum 2001: 278). Nach Lewandowski ist somit die private Bereitstellung

„aus Sicht der Gesellschaft als funktional zu interpretieren.“ (Lewandowski 1996: 45)

Seiner Ansicht nach entsteht die Indifferenz des öffentlichen Systems gegenüber den Familien nicht aus strukturellen Gründen, sondern weil es so „billiger“ ist (Lewandowski 1996: 48). Dass dies so ist, kann bezweifelt werden. Strukturen bilden sich nicht nur im Hinblick auf Effizienz aus und was hier „billiger“ wäre ist gar nicht klar, sondern je nach Zielsetzung unterschiedlich. Probleme sieht Lewandowski nur bei „mangelhafter Produktion“ und fordert deshalb eine „Grenznutzenbestimmung“ (Lewandowski 1996: 46):

„Oder anders formuliert: Wenn das Subsystem Familie(n) seine Funktionen so mangelhaft erfüllt, daß die Stabilität des gesellschaftlichen Gesamtsystems als gefährdet erscheint.“ (Lewandowski 1996: 47)

Für eine Grenznutzenbestimmung reicht aber schon, dass die Kosten für eine Verbesserung geringer sind als der zu erwartende Nutzen, d.h. die Stabilität der Gesellschaft muss noch lange nicht in Frage gestellt sein. Außerdem werden zwei Aspekte hier vermischt: der Nutzen der Akkumulation von Humankapital für die Gesellschaft und die Stabilität der Gesellschaft als eigener Nutzenbereich. Beide sind sicher durch suboptimale Investitionen bildungsferner Schichten bedroht. Außerdem greift hier auch die Fürsorgepflicht des Staates, der nach der „Reform“ des Paragraphen 218 die Rechte der Kinder ausgebaut hat. Dass dies für ausländische Kinder nur bedingt gilt und die Bundesrepublik auch die UN-Kinderkonvention nur mit dem Vorbehalt unterzeichnet hat, ihre Forderungen für ausländische Mitbürger eben nicht zu erfüllen, ist hochproblematisch.

Neuere (vor allem durch die Ergebnisse der Pisa-Studie ausgelöste) Diskussionen betonen die Wichtigkeit der Frühförderung leistungsschwacher Kinder schon im Kindergarten und die Sprachförderung von Kindern mit nicht-deutscher Muttersprache. Regionale Differenzierung in einkommensschwache und einkommensstarke Stadtteile führt aber zu einem qualitativ unterschiedlichen Angebot, das gerade jene benachteiligt, die ohnehin schlechtere Startchancen haben. Brüning und Krumrey nennen bspw. einen Kindergarten, in dem eine Staffelung der Gebühr nach dem Einkommen vorgenommen wurde. Die einkommensstarken Eltern haben daraufhin einen eigenen Kindergarten gegründet um bei gleichen Kosten eine höhere Qualität fordern zu können (vgl. Brüning und Krumrey 1996: 114). Deshalb fordern viele Autoren eine Objektsubventionierung, um Qualität und Effizienz durchsetzen zu können und schlagen vor, hierzu an die Eltern Gutscheine zu vergeben (z.B. Spieß und Wagner 1997: 19ff). Während Leipert und Opielka im Zusammenhang mit dem Elterngeld ebenfalls Erziehungsgutscheine fordern, dies allerdings als „Subjektförderung“ bezeichnen (Leipert und Opielka 1998: 45ff und 113ff). Da sie aber wollen, dass diese Gutscheine obligatorisch für Betreuung außer Haus genutzt werden müssen (Leipert und Opielka 1998: 104), handelt es sich letztlich auch um eine Objektförderung.

Hauptergebnis der Pisa-Studie ist, dass Deutschland im Bereich Lesekompetenz „besonders ausgeprägte Schwächen im unteren Leistungsbereich“ zeigt, aber „auch im oberen Bereich keine überdurchschnittlichen Ergebnisse.“ (Artelt et al. 2001: 108f) Während also die oberen Leistungsgruppen im internationalen Vergleich im Mittelfeld liegen, befinden sich die schlechteren deutlich unter dem internationalen Durchschnitt. Dies gilt insbesondere (aber nicht nur) für die ausländischen Kinder (Artelt et al. 2001: 116ff). Dadurch wird soziale Ungleichheit reproduziert (vgl. Becker 2000: 450ff), da die Lesekompetenz in Deutschland besonders

abhängig von der Herkunftsfamilie ist und gleichzeitig entscheidend für den Übergang auf weiterführende Schulen (Artelt et al. 2001: 74ff, vgl. Baumert und Schümer 2001: 351f).

Ähnliches zeigt sich auch bei den mathematischen Fähigkeiten (Klieme et al. 2001: 141ff) und den naturwissenschaftlichen (Prenzel et al. 2001: 192ff). Damit ist der Abstand zwischen leistungsstarken und leistungsschwachen Schülern in Deutschland mit Abstand am größten (Artelt et al. 2001: 102); anders ausgedrückt: die Reproduktion sozialer Ungleichheit durch das Bildungssystem scheint in Deutschland besonders effizient zu funktionieren. Zwar sehen Baumert und Schümer hier einen langsamen Entkoppelungsprozeß (Baumert und Schümer 2001: 353), aber immer noch gehen bei gleicher Leistung Kinder aus bildungsfernen Schichten weniger häufig auf weiterführende Schulen. Dies ist zwar auch bei den Empfehlungen der Grundschulen so, diese verfahren hier aber weniger schichtgebunden als die Eltern selbst (Baumert und Schümer 2001: 353). Vielleicht liegt hier auch bei Lehrern und Eltern eine durchaus realistische Einschätzung dessen vor, was Eltern heutzutage an „Hilfelehrer“-Leistungen zu erbringen haben und eventuell nicht können oder wollen (vgl. Kap. 4.1.2.6.).

Von einer Bildungsinflation wie von Beck betont, kann nach Baumert und Schümer nicht ausgegangen werden (Baumert und Schümer 2001: 325). Sie fordern einen öffentlichen Diskurs zur Vereinbarkeit von Gleichheit und Freiheit, der auf den empirischen Ergebnissen aufbauen und rational geführt werden soll (Baumert und Schümer 2001: 323ff). Um Chancengleichheit zu schaffen, sei dabei vor allem auch eine Förderung kulturellen und sozialen Kapitals nötig (Baumert und Schümer 2001: 326ff). Neben der Unterinvestition in Kinder kann es aber auch zu einer „Überinvestition“ kommen, die ebenfalls soziale Ungleichheit verstärkt. Der bessere Zugang zu Bildungschancen schafft die (scheinbare) Notwendigkeit zusätzlicher Qualifikationen, die damit die Besetzung statushoher Positionen ermöglichen sollen. Es kommt zu einem „Race of children“ bei dem Eltern immer mehr investieren, und zwar nicht nur in Bildung, sondern vor allem in kulturelles Kapital (vgl. Kap. 4.1.2.6.). Hier würde das Beenden der Überinvestition ein öffentliches Gut darstellen. Da diese Probleme durch Aufklärung nicht zu lösen sind, kann nur eine stärkere (Re-)Institutionalisierung von Bildung hilfreich sein.

Als Schlußbemerkung nennen Baumert und Schümer die beiden wichtigsten Ergebnisse der Studie:

- 1.) Habe es sich gezeigt, dass weniger Disparität eben nicht gleichbedeutend mit einem Absinken des Leistungsniveaus ist, und
- 2.) In Deutschland vor allem die Lesekompetenz der schwächeren Schüler gestärkt werden muss (Baumert und Schümer 2001: 389)

Andere Autoren der Pisa-Studie sehen allerdings in der Schule für die Vermittlung zu Hause nicht gelernter Lesefähigkeit nur eine kompensatorische Rolle (Artelt et al. 2001: 77). Dies ist eine problematische Auffassung von Aufgabenteilung zwischen Schule und Elternhaus.

11. Deinstitutionalisierung

Die neuere Entwicklung der Familie als Deinstitutionalisierung zu beschreiben, greift entschieden zu kurz. Gerade im Bereich Elternschaft ist von einer zunehmenden Institutionalisierung auszugehen, deren Vorgaben allerdings für die Individuen aufgrund struktureller Widersprüche und unrealistischer Leitbilder schwer einzulösen sind. Es scheint aber kaum Bereitschaft zu bestehen, über neue Leitbilder nachzudenken.

12. Desorganisation

Die in den letzten Jahrzehnten wieder entstehende Formenvielfalt im Bereich Familie stößt in Deutschland in Öffentlichkeit und Politik nur langsam auf Akzeptanz. So hat auch die Einführung des sogenannten „Erziehungsurlaubs“ eher zu einer Retraditionalisierung geführt, da hier eine Orientierung an der klassischen Kernfamilie mit geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung stattgefunden hat und damit wurde die:

„[...] (Re-)Stabilisierung traditionaler Muster der Arbeitsteilung in der Familie in besonderer Weise begünstigt und die differentiellen Auswirkungen der Elternschaft für Männer und Frauen in besonderer Weise verstärkt.“ (Rost und Schneider 1995: 178)

Dagegen müssen in anderen Ländern (Österreich, Schweden, Norwegen) Väter einen Teil der Erziehungszeit übernehmen, damit der Anspruch nicht verfällt (vgl. Lohkamp-Himmighofen 1999: 56). Dadurch wird allerdings auch in das Recht persönlich adäquate Entscheidungen zu treffen eingegriffen. Wesentlich weitreichendere Eingriffe allerdings sieht der Vorschlag vor, im Hinblick auf die Rechte des Kindes das Scheidungsrecht der Eltern zu beschneiden:

„Die Scheidungsfreiheit wird insoweit durch die Elternverantwortung eingeschränkt.“ (Ramm 1994: 122)

Es ist zwar sehr unwahrscheinlich, dass dies durchgesetzt werden kann, der Anspruch zeigt aber, wie deutlich die Orientierung heute hin zum Kindeswohl geht und damit Pflichten der Eltern immer mehr betont und eingefordert werden. Problematisch ist, dass eine teilweise Übernahme der Pflichten und Aufgaben durch andere Institutionen als zumindest in jungen Jahren problematisch angesehen wird. Dies muss kritisch hinterfragt werden:

„Selbst wenn die immer wieder vorgetragene Behauptung zutrifft, daß Kinder in Kinderkrippen Entwicklungsverzögerungen und Persönlichkeitsstörungen erleiden können, muß das nicht bedeuten, daß Kinderkrippen abzuschaffen sind. Es kann auch bedeuten, daß die Betreuungseinrichtungen für Kleinkinder qualitativ verbessert werden müssen. Doch hierzu fehlt es in der Bundesrepublik an politischem Willen und vielfach an öffentlichem Verständnis.“ (Schneider 1994: 162)

Die Orientierung an der bürgerlichen Kernfamilie führt dazu, dass andere Formen als inadäquat empfunden werden. So schlägt Lampert zwar vor, Männer mehr an den Familienpflichten zu beteiligen, fordert aber, den Ausdruck „unvollständig“ für Alleinerziehende beizubehalten, da es sonst zu einer „Suggestion einer Gleichwertigkeit verschiedener Familienformen“ käme (Lampert 1996: 43).

Auch neuere Änderungen im Familienrecht behandeln Ehen und Lebensgemeinschaften noch unterschiedlich: So erhalten Ehepartner seit 1998 automatisch ein gemeinsames Sorgerecht, nicht verheiratete Eltern brauchen hierfür eine Erklärung der Mutter (Barabas und Erler 2002: 173ff). Gleichzeitig wird die biologische Elternschaft höher bewertet als die soziale. Zwar erhalten auch Stiefeltern nach längerer Beziehungsdauer ein Umgangsrecht (allerdings nur, wenn sie mit dem biologischen Elternteil verheiratet waren) (Barabas und Erler: 206), die *Umgangspflicht* des leiblichen Vaters aber wird als so notwendig für das Kind erachtet, dass sogar eine Therapie des Kindes für nötig gehalten wird, wenn es keinen Kontakt zum Vater wünscht. Auch eine neue Beziehung der Mutter darf hier nicht im Wege stehen:

„Das Umgangsrecht des Erzeugers hat Vorrang vor einer störungsfreien Eingliederung des Kindes in eine neue Familiengemeinschaft.“ (Barabas und Erler 2002: 205)

Richtig ist damit Lewandowskis Diagnose, dass auch heute Familienpolitik immer noch mit wertrationalen Vorstellungen von der bürgerliche Familie arbeitet und deshalb andere mögliche Formen kaum beachtet (Lewandowski 1996: 49):

„Selbst wenn es jedoch zutrifft, daß die bürgerliche (Kern-)Familie für die Gesellschaft funktional ist, so ist daraus keineswegs zu folgern, daß dies unter allen Bedingungen gilt. Es ist vielmehr die Frage zu stellen, inwieweit die Fixierung auf ein bestimmtes Familienmodell seitens Politik und Gesellschaft gerade die beklagten strukturellen Rücksichtslosigkeiten bzw. funktionalen Indifferenzen notwendig zur Folge hat.“ (Lewandowski 1996: 49f)

Die genannten Probleme bedürfen dringend einer rationalen, unvoreingenommenen Diskussion, sowie einer vorurteilsfreien politischen Behandlung, die sich nicht von Wunschvorstellungen und Mythen sondern differenzierten Analysen leiten lässt. Politische (und auch wissenschaftliche) Vorstellungen vom Umgang mit demografischen Problemen konzentrieren sich aber auch heute noch häufig auf den Wunsch, die Geburtenzahlen zu erhöhen. Dabei reichen die Vorschläge von Aufklärung der Bevölkerung über negative Folgen, über Änderung der Rahmenbedingungen zum Ermöglichen tatsächlicher Kinderwünsche bis zu einer VerÄnderung der Wertstruktur der Gesellschaft.

Die erste Position glaubt über „Aufklärung“ der Bevölkerung (z.B. Birg 1998: 247) klarmachen zu können, dass es allen schadet, wenn wenig Kinder geboren werden, und unter Betonung der negativen Folgen eine Verhaltensänderung hervorrufen zu können:

„Von daher ließe sich mit der Bevölkerung ein Dialog über die Bevölkerungsfrage führen.“ (Mayer 1999: 428)

Auch den Medien bescheinigt Mayer hier eine „enorme Verantwortung“ (Mayer 1999: 433). Andere Autoren bauen auf die aus Befragungen bekannten höheren „Kinderwünsche“ der Familien und fordern deshalb eine familienfreundliche Änderung der strukturellen Bedingungen. Beispielsweise fordert Krüsselberg eine steuerliche Freistellung des Existenzminimums, bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und eine vernünftige soziale Absicherung:

„Nur unter diesen Voraussetzungen jedoch dürften Eltern in der Gegenwart bereit sein, sich für jene Zahl von Kindern zu entscheiden, die ihren Meinungsäußerungen entspricht und die deutlich über dem heutigen Stand der Geburtenrate liegt.“ (Krüsselberg 1995: 80)

Ähnliche Hoffnungen verbinden Leipert und Opielka auch mit dem oben erwähnten „Erziehungsgehalt“. Und auch Politiker gehen routinemässig aus von einer

„Diskrepanz zwischen den geäußerten Kinderwünschen einerseits und deren Realisierung.“ (Deutscher Bundestag 1994: 132)

Eine andere Position sieht in den Präferenzen der prospektiven Eltern das Problem und fordert ein „Gegensteuern“ der politischen „Elite“ um die Geburtenzahlen zu erhöhen

„[...] und die Gesellschaft davor zu bewahren, sich durch die Konsequenzen eines extremen Individualismus zu zerstören.“ (Lampert 1996: 265)

Da dies für Geburten höherer Parität nicht erfolversprechend scheint, fordert Dorbritz der „Kinderlosigkeit entgegenzuwirken“ (Dorbritz 1999: 252).

Die erste Position erwartet, dass Menschen einsehen, dass es für alle besser ist, wenn alle mehr Kinder haben. Damit handelt es sich um ein Problem öffentlicher Güter, in diesem Fall ein klassisches Prisoner's Dilemma (vgl. Demeny 1990: 11ff). Eine Lösung ist allein durch Aufklärung nicht zu erwarten. Auch hier müsste letztendlich ein Wertewandel stattfinden:

„Wir sollten uns hinter einem Rawls'schen Schleier der Unwissenheit verbergen und versuchen, mutigere Fragen zu stellen und zu beantworten, als die Fragen, zu denen uns die neoklassische Wirtschaftslehre inspiriert. Zu welcher Art von Gesellschaft möchten wir gern gehören, und welcher Art sollte diese Gesellschaft in demographischer Hinsicht sein?“ (Demeny 1990: 29)

Auch die Vorstellung aber, gezielt einen Wertewandel hervorrufen zu können, ist illusorisch. Werte verändern sich abhängig von situativen Bedingungen. Zu unterstellen, es gäbe einen eigentlich höheren Kinderwunsch und bei Veränderung eben dieser situativen Bedingungen würde er verwirklicht, ist sicher auch zu kurz gegriffen. Der „ideale“ Kinderwunsch unter „idealen“ Bedingungen ist auch durch Familienpolitik und familienfreundliche Arbeitswelt etc. nicht zu erreichen. Hier spielen komplexe und zu einem großen Teil nicht steuerbare Handlungsbedingungen eine Rolle. So zeigt auch das Beispiel Frankreich, dass Bevölkerungspolitik nur geringen Einfluß auf das generative Verhalten hat (vgl. Schultheis 1990: 303ff). Ähnliches lässt sich für die NS-Zeit in Deutschland nachweisen (vgl. Mühlfeld und Schönweiss 1989: 65, 221f und 286).

Insofern sollte sowohl die wissenschaftliche Beschäftigung als auch politische Problembetrachtungen weg vom Geburtenrückgang und hin zu den Folgen der generativen Verhaltens gelenkt werden. Bedauerlicherweise ist der von Mayer befürchtete Zustand aber noch nicht erreicht:

„Es ist leider üblich geworden, daß viele Experten und in ihrem Gefolge viele Politiker nur noch Anpassungsstrategien für eine alternde Gesellschaft entwerfen, grundlegende Alternativen aber nicht mehr aufzuzeigen wagen.“ (Mayer 1999: 15)

Anstelle von frommen Wünschen und Apellen sollte eine problembezogene Diskussion in der Familienpolitik und angrenzenden Politikfeldern geführt werden. Zwar kann eine wissenschaftliche Analyse nicht politische Handlungsziele vorgeben, in einer demokratischen Ordnung kann aber durchaus wissenschaftlich darüber diskutiert werden, welcher Einsatz der vorhandenen Ressourcen den Individuen am ehesten zugutekommt – und auch eine Förderung von Familien oder Gesellschaft muss sich letztlich durch ihre Wirkung für die Individuen legitimisieren. Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Familienpolitik in Deutschland ist allerdings schwierig. Familienpolitik ist in diesen Land

„[...] unübersichtlich und läßt angesichts eines unkoordinierten Nebeneinanders kein konsistentes System erkennen. Eine wissenschaftliche Betrachtung, die über eine reine Beschreibung hinausgeht, erscheint nicht möglich.“ (Wolff 1994: 11)

Daraus folgt, dass auch die Betroffenen Familien kaum überblicken, welche Möglichkeiten überhaupt bestehen. Umgekehrt ist durch die Komplexität bereits vorprogrammiert, dass Änderungen in verschiedenen Politikfeldern Familie je unterschiedlich tangieren und damit die inhärenten Widersprüche in der Gesellschaft eventuell nicht mildern, sondern verstärken. Damit wird auf politischer Ebene mehr Koordination nötig (vgl. Wingen 1997: 331ff). Die häufig geforderte Langfristigkeit der Familienpolitik (z.B. Wingen 1997: 346) allerdings wird nicht leicht zu verwirklichen sein: erstens haben daran Politiker kein Interesse, zweitens kann bei wechselnder Regierung kaum garantiert werden, dass keine Änderungen eintreten und drittens wandelt sich natürlich auch Familie und werden damit Anpassungen auf Gesetzes- und Infrastrukturebene geradezu nötig. Diese müssen schon aus Kostengründen an einzelnen Punkten ansetzen und gefährden damit wieder die Konsistenz der gesetzlichen und strukturellen Bedingungen. Erschwerend kommt hinzu, dass es auch auf Europäischer Ebene zu einer Koordination und Vereinheitlichung der Familienpolitik kommen muss und soll:

„In der Europäischen Gemeinschaft bzw. in der Europäischen Union nimmt die Familienpolitik bisher eine Randrolle ein. Man kann zur Beschreibung der familienpolitisch relevanten und familienpolitischen Aktivitäten der Gemeinschaft am ehesten von einer 'punktuellen Familienmitgliederpolitik' sprechen [...]“ (Lampert 1996: 223)

Eine Anpassung an die in vielen anderen europäischen Ländern weit weniger konventionellen Vorstellungen von Familien wäre für die Bundesrepublik Deutschland sicher förderlich. Dass es dabei zu einer stärkeren Orientierung an den Familienmitgliedern kommt, ist kein Nachteil. Das

Nebeneinander sehr unterschiedlicher Lebensformen, die durchaus nicht immer lebenslang gewählt werden, legt dies ohnehin nahe. Damit kann als grundlegendes Ziel jeder modernen „Familien“-politik formuliert werden:

Politik sollte die Chancen und Rechte von Individuen stützen – unabhängig von der gewählten Lebensform. D.h. nicht bestimmte Familienformen sind zu subventionieren, sondern den Menschen ist die Möglichkeit zu geben, ihr Leben nach eigenem Ermessen zu gestalten. Dabei ist auch auf Chancengleichheit für Einkommensarme, Kinderreiche, Frauen und die Bewohner der neuen Bundesländer zu achten. Soweit Individuen in ihrem Leben Verantwortung für andere (Kranke, Alte, Kinder) übernehmen, ist dafür zu sorgen, dass die Partizipationsmöglichkeit an anderen Optionen nicht zu stark eingeschränkt wird. Dabei sind die Rechte der Betroffenen abhängigen Individuen natürlich mitzuberücksichtigen. Eine Orientierung an der Wunschvorstellung einer heilen, funktionierenden und funktionalen Familie aber führt sicher zu suboptimalen Ergebnissen. Ausrichtung von Entscheidungen an einer „besten Welt“ (die in diesem Fall auch historisch ein Mythos war) führt dazu, dass in einer „zweitbesten Welt“ mit den vorhandenen Ressourcen sehr viel weniger erreicht wird als bei einem vorurteilsfreien Umgang mit den Problemen möglich wäre (vgl. Kap. 3.2.5.).

Vorbild für eine rationale und am Individuum orientierte Familienpolitik bieten die Vorschläge, die Myrdal bereits 1938 in seiner Vorlesung „Population. A Problem for Democracy“ entwickelte (vgl. allgemein hierzu Andorka 1978: 348ff und Carlson 1990). Ziel ist für ihn nicht die Bevölkerungssteigerung, sondern die Lebensqualität (Myrdal 1962: 214), obwohl auch Myrdal bei Umsetzung seiner Vorschläge eine Erhöhung der Kinderzahl auf die seiner Ansicht nach gewünscht von vier Kindern pro Familie für wahrscheinlich hält (Myrdal 1962: 218). Die Industrialisierung hat für Myrdal die Rahmenbedingungen der Familien so verändert, dass sich der Preis für Kinder sehr erhöht hat:

„This development has constantly increased the relative cost of having children for the individual family and decreased the burden of supporting the aged, and thus, as we have shown, has widened the conflict between collective and individual interests in childbearing. It seems probable at the outset that no social change could modify these attitudes in a direction favorable to childrearing more successfully than distributional reforms restoring the lower differential costs of having children that prevailed in preindustrial society. [...] I am, then, assuming that on the whole it is not possible, or in any case not desirable, to make people less rationally deliberate [...]“ (Myrdal 1962: 219)

Im Gegenteil möchte Myrdal durch Informationen erreichen, die Zahl ungewollter Kinder zu reduzieren. Es gibt für ihn keine moralische „Pflicht“ eine Familie zu gründen (Myrdal 1962: 222).

„They emphasized that the central cause of the decline in births was economic, not moral.“ (Carlson 1990: 86)

Durch Aufklärung sollen aber die positiven Effekte wie für Myrdal eine Stabilisierung der Ehen hervorgehoben werden (Myrdal 1962: 223). Zur Kostensenkung fordert Myrdal horizontale

Steuerreformen (Carlson 1990: 137) und kollektive Formen des Wohnens, Wirtschaftens und der Kinderbetreuung (vgl. Carlson 1990: 61). Dies ist mit emanzipatorischen Gedanken verbunden, die eine Befreiung der Kinder von den Eltern vorsieht, da Erziehung eben keine Privatsache sei (Carlson 1990: 794). Als die drei massgeblichen Ziele der Reformen werden genannt: die Gleichberechtigung von Mann und Frau; dass alle Kinder gewollt sind und dass alle Kinder einen guten Lebensstandard haben (Hoem 1995: 37).

Trotz mancher Schwächen muten diese Vorschläge weit moderner und pragmatischer an als viele Verlautbarungen zeitgenössischer Politiker oder Wissenschaftler. Desintegration, Desorganisation und Deinstitutionalisierung sind keine Krise, und erneute Integration, Organisation und Institutionalisierung sollte mitnichten eine Rückkehrversuch zur scheinbar „heilen Vergangenheit“ sein.

Eine Integration nicht des Subsystems Familie als spezifischer Ausformung der bürgerlichen Kernfamilie mit geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung, sondern der Rollen und Funktionen, die mit Sorge für Andere verbunden sind, würde die Überlastung der Gesellschaft weit sicherer vermindern. Gesellschaftliche Rahmenbedingungen zur Organisation verschiedenster Lebensformen würde eine Überforderung der Familien und die Institutionalisierung des Rechts auf Selbstbestimmung und Identität jenseits spezifischer Lebensformen eine Überforderung der Individuen verhindern.

Konkret bieten sich Lösungen für die in Abbildung 63 genannten Probleme wie folgt an:

Am wenigsten beachten und am einfachsten zu lösen, sind die Probleme, die aus der Fluktuation (9) und der regionalen Differenzierung (5) entstehen. Hier sind Anpassungsprozesse auf der Ebene der Infrastruktur vorzunehmen, die vor allem die Mittelverteilung in der Zeit und im Raum betreffen, die sich an den jeweiligen Kinderzahlen zu orientieren hat.

Schwierig ist die Garantie horizontaler (4) und vertikaler (7) Gerechtigkeit. Horizontale Gerechtigkeit kann dabei am leichtesten über Steuerfreibeträge, vertikale durch ein Kindergeld erreicht werden. Eine Kombination beider Komponenten hat in Deutschland zum sogenannten dualen System des Familienlastenausgleichs geführt, wobei die CDU/CSU den horizontalen, die SPD den vertikalen favorisiert (vgl. Münch 1990: 74). Dabei stellt die Freistellung des Existenzminimums für Kinder nach neueren Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts noch keinen Familienlastenausgleich dar, sondern ist als Steuergerechtigkeit ohnehin vorgegeben (vgl. Wingen 1997: 184). Da das Existenzminimum aber nur deshalb freigestellt sein soll, um die Betroffenen nicht zu Sozialhilfeempfängern zu machen, muss es für diejenigen, die auch bei seiner Besteuerung noch genug Mittel übrig haben, eben gerade nicht freigestellt sein:

„Das heißt aber natürlich nicht, daß bei jedermann das Existenzminimum steuerfrei bleiben muß.“ (Herzog 1993: 55)

D.h. dann wird keine horizontale Gerechtigkeit mehr angestrebt, sondern Kinderkosten werden bei genügend hohem Einkommen als private Kosten einer privaten Entscheidung als zumutbar angesehen. Dann handelt es sich allerdings auch nicht um eine vertikale Gerechtigkeit, sondern eine Subventionierung der Kinderkosten für jene, die sich Kinder nicht leisten könnten.

Die ganze Diskussion über die respektiven Vorteile vertikaler oder horizontaler „Gerechtigkeit“ ist politisch überfrachtet und in ihrer Gegenüberstellung unsinnig, weil in beiden ganz unterschiedliche Aspekte von Verteilungsgerechtigkeit berührt werden. In einem Versuch mit seinen Studenten hat Schelling das Problem in zwei Richtungen formuliert und bei beiden große Empörung ausgelöst: einmal zu dem Gedanken, dass die Wohlhabenderen mehr Steuererleichterung bekommen und einmal zu der Idee, den besser verdienenden Kinderlosen relativ gesehen ein geringeres mehr an Steuern zuzumuten als ärmeren Kinderlosen (Schelling 1984: 18ff). Je nach Formulierung wird damit sowohl horizontale als auch vertikale Gerechtigkeit abgelehnt. Die Lösung liegt auf der Hand: Es handelt sich um zwei Aspekte, die getrennt zu behandeln sind:

„We have a two-dimensional tax-schedule. One dimension is income, the other is family size. We can manipulate them independently.“ (Schelling 1984a: 20)

So soll horizontale Gerechtigkeit einen Ausgleich zwischen Kinderlosen und Familien (je nach Parität) in einer Einkommensgruppe schaffen, d.h hier dürfte die Höhe des Einkommens keine Rolle spielen. Wie oben angedeutet, kann natürlich darüber nachgedacht werden, ob Besserverdienende einen solchen Ausgleich brauchen oder eher davon auszugehen ist, dass sie sich ihre Kinder eben „leisten können“. Ansonsten ist der horizontale Ausgleich am einfachsten im Sinne der „Steuergerechtigkeit“ zu lösen. Das Ehegattensplitting ist allerdings abzuschaffen, die dazu nötig Verfassungsänderung, die den „besonderen Schutz“ der Ehe streicht, ist ohnehin mehr als überfällig. Es ist aber darauf zu achten ist, dass Niedrigverdiener, bei denen die Steuerbefreiung nicht greift, entsprechend gefördert werden. Durch die aktuellen Regelungen zur Kombination von Kindergeld und Kinderfreibetrag geschieht dies in dieser Form. Dies sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, das Einkommensschwache über Subventionierung von Universitäten, Wohneigentum und privater Altersvorsorge ebenfalls überproportional benachteiligt sind und das eben nicht mit einem „horizontalen“ Ausgleich zu entschuldigen ist.

Umgekehrt spielt bei der vertikalen Gerechtigkeit, die ja einen Ausgleich zwischen den Einkommensschichten schaffen soll, der Familienstand überhaupt keine Rolle. Es kann wohl nicht davon ausgegangen werden, dass soziale Ungleichheit nur für Eltern entschärft werden soll. Dass aber gering Verdienende überproportional von Kinderkosten betroffen sind, auch wenn die Aufwandsnorm geringer ist (vgl. Kap. 4.1.2.6.), ist nicht zu bezweifeln. Auch werden diese Familien von Arbeitslosigkeit und Trennung schwerwiegender getroffen. Dies sollte aber

nicht als Familienlastenausgleich thematisiert werden, sondern als Chancengleichheit für Kinder. In einer „Leistungsgesellschaft“ ist Gerechtigkeit ohnehin nur über Chancengleichheit für Kinder zu garantieren, d.h. durch ein Aufbrechen der oben beschriebenen Reproduktion sozialer Ungleichheit. Damit heisst die Lösung aber auch nicht, als vertikale Gerechtigkeit titulierte Subventionierung der familialen Sozialisation, sondern im Gegenteil familienunabhängige Förderung von Kindern durch eine stärkere öffentliche Institutionalisierung von Betreuung und Bildung. Noch scheint es billiger, die Investitionen in das Humankapital der kommenden Generationen den privaten Haushalten zuzumuten; die Pisa-Studie sollte ein erster Hinweis darauf sein, dass hier eine Fehleinschätzung vorliegt. Dabei kann neben der Beseitigung von Unterinvestitionen auch über die Minderung von Überinvestitionen seitens einkommensstarker Eltern nachgedacht werden. Ein Wettlauf um immer bessere zusätzliche ergänzende Bildungsteile schadet letztlich allen und überfordert Kinder und Mütter. Die neue Institutionalisierung von Kindheit (3) ist an die geänderte Lebenswirklichkeit anzupassen und nicht immer wieder im Hinblick auf vollständige, intakte Vater-Mutter-Kinder-Familien zu interpretieren. Dazu ist ein wissenschaftlicher Diskurs nötig, der sowohl die Standards der verantworteten Elternschaft als auch die funktionale Aufgabenteilung bezüglich Sozialisation sehr kritisch hinterfragt. Dabei sind die Rechte von Kindern gegenüber denen der Eltern abzuwägen, allerdings die der ausländischen Kinder mitzubersichtigen und die der geborenen Kinder weit höher einzuschätzen als die ungeborener.

Die stärkere Übernahme der Sozialisations- und Bildungsfunktion durch öffentliche Institutionen sorgt gleichzeitig für eine Verringerung der Gegensätze zwischen neuen und alten Bundesländern (8) und zwischen Frauen und Männern (6). Für beide ist aber auch eine Flexibilisierung der Arbeitswelt erforderlich, die nicht nur die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, sondern auch von Ausbildung und Familiengründung erleichtert und die Konzentration von beruflicher Etablierung und Familienphase auf die gleichen wenigen Jahre optionaler gestaltet. Neben einer phasen- und eventuell teilweisen Freistellung ist hierzu ein Wertewandel erforderlich, der zugesteht, dass auch Menschen jenseit der 35 durchaus kreativ und beruflich einsatz- und lernfähig sind. Ähnlich den Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen vor einigen Jahrzehnten ist hier am Anfang eine Familienquote für bestimmte berufliche Positionen vielleicht hilfreich.

Das Sozialversicherungssystem ist grundlegend zu einer familienunabhängigen Institution umzuwandeln, d.h. die Privatisierung der Renten (1) ist voranzutreiben und Krankenversicherung ist nicht als Familienmitgliederversicherung zu gestalten. Absicherung für einkommensschwache Familien ist hier über Subventionierung von Staatsseiten zu garantieren. Beitragsfreie Zeiten für Erziehende oder Pflegende Personen dürfen aber nicht den jeweiligen

Versicherungen als Beitragsausfälle zugemutet werden, sondern müssen über staatliche Ersatzzahlungen abgedeckt werden. Nur dann können die Versicherungssysteme familienunabhängig gestaltet werden.

Auch Pflege (2) sollte zumindest als Option familienunabhängig zur Verfügung stehen. Dabei sind beide Formen nicht als ausschliessend zu konzipieren. Die Pflegeversicherung ist hier ein Schritt in die richtige Richtung, allerdings ist die Bindung der Beitragshöhe an die Kinderzahl wieder ein Aspekt, der auch hier Familienförderung mit versicherungsrechtlichen Bestimmungen vermischt und damit zu Unklarheit und Vermischung verschiedener Aspekte führt.

Durch stärkere Funktionsentlastung der Familien von Pflege und Sozialisation wird nicht nur für mehr Gerechtigkeit, Wahlfreiheit und Chancengleichheit gesorgt, sondern auch das Problem der Desintegration (10) entschärft. Die entstehenden Kosten dürften durchaus auf Akzeptanz stoßen. Auch jene, die keine Kinder haben, haben Eltern und meist auch Verständnis für Familienförderung. Dass fremden Kindern (und zwar nicht nur bei Kinderlosen) kein hoher Wert zukommt ist eher auf Angst vor Ausnutzung zurückzuführen (vgl. Kap. 4.3.1.2.). Hier kommt es zur Lösung ganz entscheidend auf die rationale Gestaltung und politische Vermittlung der verteilungsbezogenen Entscheidungen an.

Familialer Wandel kann nicht als Desorganisation (11) beschrieben werden, um aber den Interessen der Individuen in den von ihnen gewählten Lebensformen besser gerecht zu werden, sollte soziale Elternschaft höher bewertet werden als die biologische, womit Stief- und Adoptiveltern stärker zu schützen sind. Gleichzeitig würde hierdurch die Möglichkeit gegeben, besser mit den Problemen der Reproduktionsmedizin (Samenspenden etc.) umgehen zu können.

Die Deinstitutionalisierung (12) von Ehe macht die oben erwähnte Verfassungsänderung sinnvoll. Ein neue, nicht an der bürgerlichen Kernfamilie orientierte, Institutionalisierung von Geschlechts- und Altersrollen ist ebenfalls überfällig, allerdings müssen auch Übergangsfristen für jene eingeplant werden, die ihr Leben an den traditionellen Mustern ausgerichtet haben.

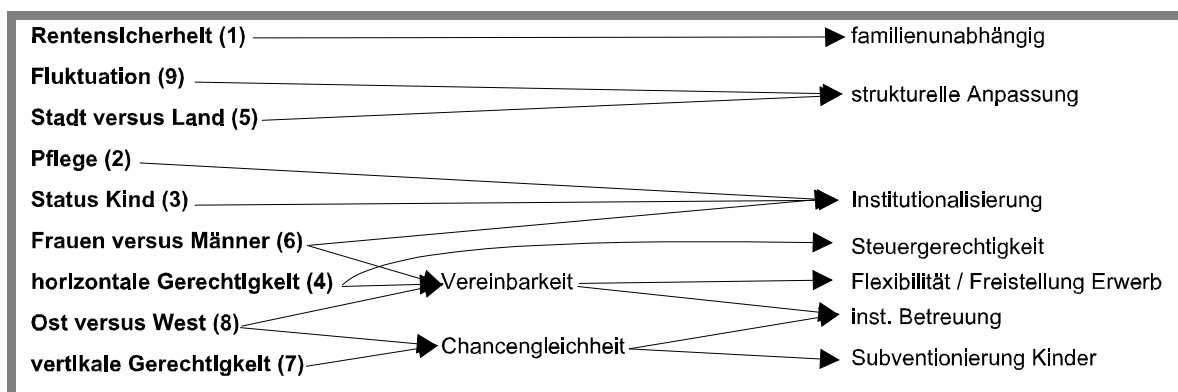


Abbildung 61: Zur Lösung der durch generatives Verhalten entstandenen Probleme

Wichtig ist die Dynamik der Gesellschaft zu berücksichtigen. Familiäre Lebensformen stehen in einem interdependenten Verhältnis zu dieser und sind nicht nur als Anpassung oder funktionales Subsystem zu thematisieren. Ständige Anpassungsprozesse zwischen den sich ausdifferenzierenden Subsystemen (z.B. Arbeitswelt, Familie und Bildungsinstitutionen) führt zu immer neuem Wandel der Rahmenbedingungen, unter denen Individuen ihre Entscheidungen treffen müssen. Da aber die gesetzlichen Vorgaben, Infrastruktur und Leitbilder zu Familie, Kindheit und Pädagogik sich nicht im gleichen Tempo wandeln können, kommt es zu Ungleichzeitigkeiten. Der Anspruch einer verlässlichen Familienpolitik muss notgedrungen mit den Anforderungen an Anpassung der politischen Maßnahmen an sich wandelnde Verhältnisse kollidieren. Da die Anpassungsleistungen schon aus Kostengründen nur symptomatisch an Einzelbereichen vorgenommen werden, kommt es zwangsläufig zu einem Nebeneinander nicht aufeinander abgestimmter gesetzlicher Vorgaben, normativer Muster und strukturellen Möglichkeiten. Die Wiedervereinigung hätte einen Punkt geboten, an dem ein grundsätzliches Umdenken und Neu-Strukturieren sich geradezu aufgedrängt hätte.

5.3 Was dürfen wir hoffen?

Voraussagen sind in den Sozialwissenschaften schwierig. Eine vernünftige Prognose setzt voraus, dass die Zusammenhänge zwischen einzelnen Entwicklungen bekannt sind und sich an den Rahmenbedingungen nichts ändert, was nicht selbst aus den Antezedenzen ableitbar ist. Tatsächlich sind aber soziale Sachverhalte so komplex und interdependent verwoben, dass nie alle Bedingungen erfasst werden können, mithin eine Prognose allenfalls stochastisch möglich ist (vgl. Esser 1993: 319). Schon Merton hat dazu bemerkt, dass es dann ökonomisch sehr unklug ist, viel Zeit und Energie auf Auseinandersetzungen über die weitere Entwicklung zu verwenden (Merton 1936: 900):

„Although no formula for the exact amount of knowledge necessary for forknowledge is presented, one may say in general that consequences are fortuitous when an exact knowledge of many details and facts [...] is needed for even a highly approximate prediction.“ (Merton 1936: 899)

Die mangelnde Prognosefähigkeit der Soziologie wird für das Fach aber zum Problem, wenn es um die Legitimisierung der auf soziologische Fragestellung verwandten Energien geht. Sollten die Ergebnisse nur deskriptiver Natur sein, ist von einer Wirkung auf gesellschaftliche Prozesse nur noch bedingt auszugehen:

„Der Verzicht auf die Diagnose müßte zugleich den Verzicht auf die Fragestellung und den Verzicht auf die gewollte gesellschaftspolitische Wirksamkeit nach sich ziehen.“ (Friedrichs et al. 1998: 16)

Friedrichs et al. bemerken dies im Hinblick auf die Entwicklungen, die zur Wiedervereinigung geführt haben. Die Nicht-Vorhersage dieser Ereignisse ist oft als „Versagen“ der Soziologie angesehen worden (vgl. Friedrichs et al. 1998: 11ff). Zwar kann dazu bemerkt werden, dass die

Wahrscheinlichkeit der Wiedervereinigung tatsächlich nach den strukturellen Bedingungen gering war, d.h. eine probalistische Voraussage hier eben ein unwahrscheinliches Eintreten angegeben hätte, dies aber durch das Eintreten in der Realität natürlich nicht „widerlegt“ ist, die Voraussage also nicht „falsch“ war. Dennoch bleibt dies unbefriedigend. Sinnvoller wäre anzunehmen, dass die Überkomplexität vieler sozialer Entwicklungen eben weitreichende Prognosen außerhalb engumgrenzter Zusammenhänge nicht zulässt.

„Diagnosen dienen also eher einer illusionären Pseudoerkenntnis als dem wissenschaftlichen Fortschritt. Sie befriedigen eher das Bedürfnis der Gesellschaft nach Selbstbeobachtung. Das theoretische Defizit jedoch führt zu einer Unterdefinition sozialer Sachverhalte und Probleme.“ (Friedrichs et al. 1998: 20)

Daraus folgern Friedrichs et al., dass Prognosen nicht nur probalistisch bleiben müssen, sondern dies auch nur unter Reduktion der Rahmenbedingungen auf ceteris paribus Effekte sein können, d.h. es können nur Szenarien mit variierten Randbedingungen entwickelt werden (Friedrichs et al. 1998: 21ff). Die Darstellung einer mittleren „durchschnittlichen“ Entwicklung ist meist sinnlos, da abweichende Entwicklungen in verschiedenen Richtungen wesentlich wahrscheinlicher sein können.

Damit ist für familiensoziologische Diagnosen eine differenzierte und vorurteilsfreie Analyse unabdingbar, die aber immer auch unterschiedliche Erklärungsmöglichkeiten zulassen und damit verschiedene Entwicklungsszenarien ableitbar machen muss:

„Selbst wenn wir uns über den Zustand der Familie einig sind, ihn aber unterschiedlich erklären, dann wird auch die Prognose über deren Zukunft sehr wahrscheinlich unterschiedlich ausfallen, und entsprechend werden auch Handlungsempfehlungen variieren.“ (Hoffmann-Nowotny 1995: 327)

Voraussagen zur Geburtenentwicklung basieren noch nicht einmal auf der Annahme gleicher Wirkungszusammenhänge. So sagen manche Theorien bei steigendem Durchschnittseinkommen mehr Geburten voraus (vgl. Kap. 4.1.1.3.), andere glauben, die Geburten würden erhöht, wenn das Durchschnittseinkommen sinkt (vgl. Kap. 4.1.1.6.). Ähnlich unterschiedlich können Auswirkungen des Arbeitsmarkts konzeptualisiert werden: ein Überangebot an Arbeitskräften kann die Geburtenrate senken, da die Menschen Angst vor Arbeitslosigkeit haben und außerdem die Arbeitgeber weniger Rücksicht auf Familien nehmen müssen. Umgekehrt kann auch ein Überangebot an Arbeitsplätzen die Geburtenrate senken, da Frauen dann über verbesserte Beschäftigungschancen höhere Opportunitätskosten haben. Eine sinnvolle Prognose muss damit den sehr komplexen Zusammenhang zwischen Rollen, Normen, Infrastruktur und Ökonomie beachten. Damit sind auch Vermutung nicht so leicht nachzuvollziehen, die davon ausgehen, „[...] daß sich der Rückgang der Geburten noch weiter beschleunigen könnte“, weil soziale Gruppen, die wenig Kinder haben, zunehmen (erwerbstätige Frauen, bessere Ausbildung, wenig Geschwister) (Löhr 1991: 494), dies setzt voraus, dass sich die strukturellen Bedingungen eben nicht wandeln. Da aber das generative

Verhalten (geringe Geburtenzahlen und differentielle Fertilität) selbst Rückwirkungen auf die Strukturen haben, können diese nicht als stabil vorausgesetzt werden. Selbst eine weitere Reduktion aufgrund des Zusammenhangs zwischen Geschwister- und eigener Kinderzahl (z.B. Nave-Herz 1992a: 64) ist nicht sicher. Ähnlich verhält es sich mit der Vermutung, die Kinderzahlen würden bei Deinstitutionalisierung der Ehe weiter sinken, da in Deutschland eine deutliche Verbindung von Ehe und Kindern herrsche (Dorbritz 1998: 197). Der Deinstitutionalisierungsprozess der Ehe wird gerade durch die Entkoppelung von Elternschaft und Partnerschaft vorangetrieben und damit schwächt sich dieser Zusammenhang gleichzeitig eben auch ab. Eine Studie von Ott

„[...] zeigte, wie schon kleinere Modifikationen in den Fortschreibungshypothesen zu erheblichen und nicht immer im voraus erwarteten Abweichungen führen können. [...] Dies zeigt aber auch, wie wichtig die Analyse der strukturellen Veränderungen ist, da diese aus den globalen Größen nicht ohne weiteres ableitbar sind.“ (Ott 1986: 42)

Bevölkerungsvorausschätzungen arbeiten deshalb mit Fortschreibungen aktueller Daten. (Zu den Problemen, die dies wegen des mangelnden Bezugsrahmens aufwirft vgl. Kap. 2.). Die UN-Vorausschätzung von 1996 unterstellt für Deutschland gleichbleibende oder zunehmende Geburtenraten. Dabei geht die sogenannte hohe Variante von 2,4 Kindern pro Frau für das Jahr 2050 aus (vgl. Dorbritz 1998: 180). Diese Zahlen sind immer noch an einem Konzept der „optimalen Bevölkerung“, d. h. eines Equilibriums orientiert. Solche Vorstellungen sind aus akteurstheoretischer Sicht abzulehnen. Dorbritz geht in einer Kritik der UN-Schätzung von einer Polarisierung und Stabilisierung auf niedrigem Niveau aus oder einem Absinken, wenn die Kinderlosigkeit weiter ansteigen sollte (Dorbritz 1998: 196, vgl. Dorbritz und Schwarz 1996: 255).

Er entwickelt drei unterschiedliche Szenarien, die zu je unterschiedlichen Geburtenraten führen. Das erste impliziert als „These vom Zerfall der Familie“ ähnlich Beck, die „vollmobile Single-Gesellschaft“ (Dorbritz 1998: 197), die wenn nicht eine „kinderlose Gesellschaft“ (Beck 1986: 191), doch zumindest mit einem weiteren Rückgang verbunden ist (Dorbritz 1998: 198). In der „These von der Reduktion der institutionellen Qualität“ wird von einer Lockerung der Zusammenhänge zwischen Ehe und Familiengründung ausgegangen und eine Stabilisierung der Raten angenommen (Dorbritz 1998: 197f). Die „These vom institutionellen Wandel“ dagegen unterstellt eine Spezialisierung auf intime Funktionen, in der Partnerschaften gerade im Hinblick auf den Kinderwunsch eingegangen werden und ein Anstieg der Geburtenraten unter günstigen strukturellen Bedingungen möglich erscheint (Dorbritz 1998: 198). Dabei geht Dorbritz im Moment davon aus, dass das zweite Szenario am wahrscheinlichsten ist (Dorbritz 1998: 205ff).

Huinink sieht auch eine „pathologische Variante“. So könnte sich in Bezug auf die Kinderkosten eine „pathologische Verzerrung der Wahrnehmung dieser Kosten“ verstärken und

dann selbst zum Problem werden, dass die Kinderzahlen weiter senkt (Huinink 1995b: 358ff). Dies ist eine Argumentation, die dem Thomas-Theorem entspricht. Fraglich ist, ob nicht eher die verstärkte Wahrnehmung und Sensibilisierung gegenüber den Kosten von Kindern durch das Wegfallen diverser Tabus verursacht ist und damit nicht als „pathologisch“ bezeichnet werden kann.

Insofern ist der Geburtenrückgang durchaus positiv zu sehen und auch ein weiterer Rückgang wäre bei unveränderten Rahmenbedingungen zu begrüßen, wenn er dazu führt, dass weniger „ungewollte“ Kinder geboren werden. Hierbei ist nicht nur an bessere Verhütungsmittel oder einen rationaleren Umgang mit ihnen zu denken (im Sinne der „perfect contraceptive society – vgl. Kap. 4.1.1.4.), sondern auch an eine weniger an vermeintlicher Normalität orientierte Entscheidung und an einer nicht durch Mythen und ahistorische Argumentationen verzerrte Antizipation der Folgen des Kinderhabens sowie Aufklärung über die ungünstigen Folgen der Unterschätzung langfristiger Verpflichtungen („discounting“). Eine Gesellschaft, in der es nur „gewollte“ (und zwar realistisch an den Lebensbedingungen orientiert gewollte) Kinder gibt, ist wünschenswert.

Bei unveränderten Rahmenbedingungen und Werten ist von einer weiteren Zunahme von Kinderlosigkeit auszugehen, weil bei Abnahme normativer Orientierungen und Zunahme der Referenzgruppe Kinderlose, der Konflikt zwischen Kindern und Konsumnormen, beruflichen Optionen, Partnerschaft und Freizeit zugunsten der anderen Optionen leichter wird. Aber auch in den Familien ist ein Rückgang der Kinderzahl wahrscheinlich: Nicht nur orientiert sich die Infrastruktur, bspw. im Wohnungsbau, schon jetzt an kleinen Familien und sind natürlich die genannten konkurrierenden Optionen mit weniger Kindern leichter zu verwirklichen als mit vielen, auch im Hinblick auf die Kinder selbst liegt eine Beschränkung der Kinderzahl nahe: Aufwandsnormen zu Sozialisation und Ausbildung sind stark angestiegen und bei dem hohen Wert, der Kindern zugemessen wird, von den meisten Eltern als besonders wichtig eingeschätzt.

Die Vermutung bei gleichbleibendem intrinsischen Nutzen komme der Geburtenrückgang automatisch zu einem Stillstand (vgl. Kap. 4.1.1.2.), ist damit zu relativieren: Auch wenn der Nutzen von Kindern nicht abnimmt, kann eine Änderung der Kosten oder auch nur eine verstärkte Wahrnehmung dieser Kosten zu einem weiteren Rückgang führen. Hier ist Aufklärungsbedarf auch als Aufforderung an Sozialwissenschaftler zu verstehen, nicht weitere Appelle an potentielle Eltern zu richten, sondern eine realistischere Einschätzung der langfristigen Kosten des Kinderhabens zu ermöglichen.

Die einfache Fortschreibung bestehender Entwicklungen unterschätzt aber das dynamische Potential von Lebensformen familialer und nicht-familialer Art. Auf Familienebene herrscht

weitgehend Einigkeit darüber, dass die Familie einem Deinstitutionalisierungsprozess ausgesetzt ist (z.B. Dorbritz 1999: 251):

„Eine neue Institutionalisierung von Familie zeichnet sich nicht ab [...]“ (Hoffmann-Nowotny 1995: 329)

Dagegen betont Schneider zu Recht, die deutliche Orientierung der Menschen an sukzessiv monogamen gegengeschlechtlichen Paarbeziehungen (Schneider 1997: 20). Andere Lebensformen (Alleinleben, gleichgeschlechtliche Beziehungen, Mehrfachbeziehungen oder Beziehungen von mehr als zwei Personen) werden kaum gelebt oder angestrebt. Ähnlich ist auch eine sehr starke Normierung und Institutionalisierung dessen, was Kindheit ausmacht und für Kinder nötig ist, zu beobachten. Dies hat den positiven Effekt, dass es heute bei allen Klagen sehr viel weniger Not und Mißhandlungen von Kindern gibt als in vergangenen Zeiten (Nauck 1995a 28ff). Moderne Partnerschaften sind aber gerade mit den herrschenden Vorstellungen von Elternschaft schwer zu verbinden: danach sollten sie zwar monogam und heterosexuell sein, aber möglichst nicht sukzessiv und auch nicht von zentraler Bedeutung für die Eltern.

Im Hinblick auf diese Entwicklungen können neben dem bekannten Szenario der „vollmobilen Single-Gesellschaft“ weitere plausible Szenarien entwickelt werden:

Modell „Vaterlose Gesellschaft“:

Schon Mitscherlich sah die Position des Vaters in der bürgerlichen Kernfamilie eher durch seine Abwesenheit gekennzeichnet. Lange galt das für die Familienforschung als große Katastrophe (vgl. Davidson 1990: 40ff). In jüngster Zeit wird auf den „neuen Vater“ gehofft, der Windeln wechselt und sich den Zwängen des Marktes teilweise entzieht, um seiner Familie gerecht zu werden:

„Wenn seine Freisetzung zum Vater nicht gelingt, erreichen wir auf dem Weg in die vaterlose Gesellschaft schließlich doch noch konsequent den Weg in die kinderlose Gesellschaft.“ (Wingen 1994: 343)

Damit wird unterstellt, dass die früher übliche Konstellation des Vaters als Ernährer heute nicht mehr ausreicht. Frauen sind nicht mehr bereit, Kinder zu bekommen, wenn sie nicht vom Vater Unterstützung in deren Betreuung und Erziehung erwarten können. M.E. trifft dies nur einen Teil der Wirklichkeit. Es gibt auch Frauen, die in Kindern einen wichtigen Teil ihres Lebens sehen, der nicht von der Beziehungsqualität zu einem Mann abhängig ist:

„[...] it is the bonds between men and women that have weakened, whereas the bonds between women and children have not weakened to any great extent.“ (Rossi 193: 205)

Eine stabile Partnerschaft ist nicht mehr unbedingt Voraussetzung für ein Kind. Im Gegenteil bietet die Form der Mutterfamilie der Frau die Gelegenheit, ihre Lebens- und Erziehungsvorstellungen zu verwirklichen. Erleichternd kann bei einem höheren Alter der Mütter hinzukommen, dass die Großmütter bereits in Rente sind und bei der Kinderbetreuung

eine weitere Bezugsperson stellen. Als wie belastend oder befreiend das Alleinerziehen empfunden wird, hängt massgeblich nicht nur von den Einstellungen, sondern auch den vorhandenen Ressourcen ab. Ob sich auch die bisher sehr seltene Form „alleinerziehender Vater“ ausbreitet, ist schwierig abzuschätzen.

Modell: „sukzessive Vaterschaft“

Viele Frauen wollen ihre Kinder nicht allein erziehen. Die Bindung zwischen Männern und Frauen wird aber zumindest langfristig immer brüchiger. Es mehren sich die Zeichen, dass die Beziehungen zwischen Mann und Frau konfliktbelasteter und gerade für Frauen wenig befriedigend sind. Sie sind es, die den grösseren Teil der Scheidungen beantragen. D.h. aber nicht, dass diese Frauen nun auf Partnerschaften verzichten wollen. Die Kombination lebenslanger Mutterschaft mit sukzessiver Monogamie führt zu Stiefvaterschaft, die eventuell Züge von Normalität bekommt. Die neuen Bundesländer zeigen, wie die Entwicklung in Gesamtdeutschland vielleicht aussehen kann: Hohe Nichtehelichenquoten bei den Geburten neben ebenfalls hohen Scheidungs- und Wiederverheiratungsziffern.

„Vor allem die ‘soziale Vaterschaft’ und die ‘soziale Großelternschaft’ waren in der DDR weit verbreitet. Männer nahmen im Zusammenhang mit neu entstehenden Partnerschaften die soziale Vaterrolle zumeist selbstverständlich an und empfanden die daraus entstehenden Verpflichtungen im allgemeinen nicht als belastend.“ (Schneider 1994: 197)

Den Vätern bleibt in der sukzessiven Monogamie dann in den meisten Fällen wohl nur eine soziale Vaterschaft. Während die leiblichen Kinder in der neuen Beziehung der Mutter einen neuen sozialen Vater bekommen, werden die leiblichen Kinder der neuen Partnerin des Mannes dessen soziale Kinder. Dem steht die Organisation des Rechts in der Bundesrepublik wie oben beschrieben entgegen.

Modell: Kinder als „Luxusgut“

Diskussionen um Kinder als Armutsfaktor sollten nicht darüber hinwegtäuschen, dass es natürlich in Deutschland Eltern gibt, die sich ihre Kinder leisten können. Zwar sind Kinder gerade für höhere Schichten teuer (obwohl relativ natürlich billiger); sie sind aber nicht weniger erschwinglich als ein grosses Haus oder alle zwei Jahre ein neues Auto. Nachdem für den oberen Bereich der Einkommensskala inzwischen eine so hohe Sättigung mit Konsumgütern eingetreten ist, dass ständig neue Produkte entwickelt und neue Bedürfnisse geschaffen werden müssen, könnte durchaus eine Verlagerung zu neuen „Luxusgütern“ stattfinden (vgl. Kap. 4.1.1.5.). Umgekehrt zur „Konkurrenz der Genüsse“, die für den Geburtenrückgang mitverantwortlich war, könnte es zu einer erneuten Konkurrenz kommen: der von Kindern im Gegensatz zu anderen Konsumgütern, aber auch zu Freizeit, Sexualität und Selbstverwirklichung. Dazu passt die Neubewertung des „Freizeitcharakters“ von Kindern oder

der „Selbstverwirklichung“ durch Elternschaft. Letztlich ist sogar das Kind als „Statussymbol“ denkbar, wobei sich damit die Überinvestitionen in Kinder verstärken würden. Entwicklung dieser Art könnten zu einer neuen Form differentieller Fertilität führen, bei der der vielgesuchte Einkommenseffekt dann endlich nachweisbar wäre.

Modell: „Segregation privater Lebensformen“

Wahrscheinlich wird sich keines der beschriebenen Modelle durchsetzen. Die Differenzierung der Lebensformen wird im Gegenteil weiter voranschreiten. Die Frage ist, in welcher Form sich ihr Mischungsverhältnis gestalten wird.

Differenzierungstheoretiker gehen davon aus, dass modernere Gesellschaften Effizienz durch Arbeitsteilung erreichen. Mobile Singles stellen ihre Arbeitskraft in Bereichen zur Verfügung, in denen Familienbande hinderlich wären; Familien sorgen für die Reproduktion der Gesellschaft. Es bildet sich ein sogenannter „Familiensektor“ und ein „Nichtfamiliensektor“ heraus (Dorbritz 1998: 196; vgl. Birg et al. 1991: 335). Dabei könnte die Polarisierung sogar zu einer Senkung der Scheidungsraten führen: die, die keine Familie wollen, heiraten gar nicht erst und die Familienzentrierten, die heiraten und Kinder haben, lassen sich weniger häufig scheiden (Dorbritz und Gärtner 1998: 453ff). Damit unterstellt das Differenzierungsmodell zwei Grundtypen. Die Wirklichkeit ist etwas farbiger und vielfältiger. Von einem harmonischen Nebeneinander kann aber kaum ausgegangen werden und von „Effizienz“ in der Arbeitsteilung auch nicht.

Solange der „Nichtfamiliensektor“ nur eine kleine Gruppe umfasste, haben die Familien ihn eventuell nicht als Vergleichsbasis herangezogen. Sobald aber Familien auf immer mehr Kinderlose in ihrer Umgebung stoßen, werden sie sich hinsichtlich ihrer Ressourcen sicher mit jenen vergleichen.

„Der aus der Polarisierung der Gesellschaft erwachsende soziale Konflikt kann noch dadurch verschärft und verhärtet werden, daß hinter den unterschiedlichen Erwartungen für ein Leben mit einer eigenen Familie oder für ein Leben ohne Kinder unterschiedliche Wertsysteme stehen.“ (Lampert 1996: 132)

Dabei wird unterschätzt, dass auch die Familien in ihren Werten und Lebensformen durchaus sehr unterschiedlich sind. Je widersprüchlicher die Rahmenbedingungen für familiäre Lebensformen, desto individueller die Lösungen. Da es sich dabei meist um recht schwierige und ambivalente Entscheidungen handelt, reagieren die Betroffenen auf andere Lebensformen möglicherweise ungünstig. Der Vergleich mit Kinderlosen sorgt in bezug auf materielle Möglichkeiten wohl zu Unzufriedenheit bei Eltern, der Vergleich mit anderen Eltern besitzt aber eine andere Dimension. Wenn für Kinder möglichst optimal gesorgt werden soll und man selbst diese optimale Sorge unter grossen Anstrengungen versucht umzusetzen, sind Reaktionen auf andere Lösungen entsprechend defensiv aggressiv.

Die Berührungen zwischen Kinderlosen und Familien reduzieren sich durch selektive Bekanntenwahl und Migration auf Beruf und öffentliche Räume. Eltern begegnen sich in der Nachbarschaft, in Kindergarten und Schule und durch Freunde der Kinder. Ob hier durch mehr Formenvielfalt auch mehr Toleranz erzeugt wird, ist fraglich. Was gut für Kinder ist, ist heute viel stärker institutionalisiert als beispielsweise Sexualität. Welche Praktiken der Nachbar mit wem, wann, wo und wie oft ausübt, mag dem postmodernen Menschen ziemlich egal sein, zu den Erziehungsmethoden anderer Eltern hat er eher eine Meinung. Sexualität anderer Menschen tangiert das Individuum aber auch nicht; wie andere Eltern ihre Kinder erziehen, hat über Schule und Freunde natürlich Auswirkungen auf die eigenen Kinder und ist schon deshalb schwerer zu tolerieren. Hier ist eine gesellschaftliche Vermittlung jenseits von Schuldzuweisungen und überhöhten Ansprüchen an Erziehung notwendig.

Während wie oben beschrieben Deinstitutionalisierung und Desorganisation als solche kein Problem sind, stellt sich durchaus die Frage, wie moderne Gesellschaften für die eigene Integration sorgen können. Esser beschreibt in seinen früheren Werken drei Integrationsmechanismen: den Markt als „unsichtbare Hand“, Orientierungen als gemeinsame Muster und Werte und Organisation durch politische Regelungen. Das erstere in modernen Gesellschaften nicht ausreicht, ist klar. Das zweite wird bei zunehmender Differenzierung auch nur noch für Subpopulationen funktionieren und damit den sozialen Frieden gefährden. Insofern kommt es entscheidend auf die politische Vermittlung an. Zwar lassen sich nicht alle Widersprüche postmoderner Gesellschaften aufheben: Da partielle Zugehörigkeiten dazu führen, dass Akteure kaum mehr in rollenfreien Bezügen agieren, umgekehrt aber die Rollen auch nicht aufeinander abgestimmt sind, sind die Handelnden vor die schwierige Aufgabe gestellt, über alle Rollen eine Identität zu entwickeln. Kinder kommt für dieses Identitätsbedürfnis entweder eine zentrale Rolle zu, in dem gerade in der Beziehung zum Kind unmittelbar die eigene Identität erlebt wird, oder eine große Bedrohung, indem identitätsstiftende Handlungsfelder wie Beruf, Partnerschaft oder gar „Selbstverwirklichung“ eingeschränkt werden. Der Gegensatz von Partnerschaft und Elternschaft oder Beruf und Elternschaft erfordert eine Balance, die von jedem einzelnen neu zu finden ist. Die im vorigen Kapitel beschriebenen Möglichkeiten, erleichtern aber nicht nur die Gestaltung des eigenen Lebenslaufs, sondern auch die Toleranz gegenüber anderen Entscheidungsmustern.

Dazu gehört auch, sich von der Illusion der „Gemeinschaft“ zu verabschieden. Historisch ist nicht davon auszugehen, dass Familien nur „gemeinschaftlich“ organisiert waren. Der Typ der „Zweierbeziehung“, der nach Lenz der „Prototyp der Vergemeinschaftung“ (Lenz 1998: 8) gewesen ist, wird dies allenfalls in neuester Zeit. Gerade Partnerschaft zeichnete sich immer durch vertragsmäßige Vereinbarungen und Arbeitsteilung aus und war damit durchaus gesellschaftlich organisiert. Die Anforderung an Partnerschaft heute, Gemeinschaft und damit

nicht berechenbar und unersetzbar zu sein, ist schwer lebbar und sorgt gerade für die beklagte Brüchigkeit von Beziehungen. Der Versuch, in einer exklusiven Beziehung Differenzierung aufzuheben und eine Person zu finden, die diverse Funktionen optimal erfüllt, verurteilt diese oft zum Scheitern.

Für die Sorge für Schwache, Kinder, Kranke und Alte muss die Differenzierung der Gesellschaft aber nicht bedrohlich sein. Die Arbeitsteilung hat auch zu sehr großen Wohlstand geführt und insofern können solche Tätigkeiten oft jetzt erst ermöglicht werden. Damit ist der vor einigen Jahren gestartete Versuch des Bundesfamilienministerium im Jahr der Freiwilligen für ehrenamtliche Tätigkeiten mit dem Slogan „Was ich kann, ist unbezahlbar“ zu werben, nicht richtig. In der reichsten Gesellschaft, die wir je hatten, wären diese Dinge bezahlbar, wenn die Prioritäten etwas anders gesetzt würden oder weniger Angst vor Ausnutzung herrschen würde. Tätigkeiten, die mit Sorge für andere verbunden sind, sorgen für den Luxus an Lebensqualität, den frühere Zeiten nicht kannten, und sind als solche sicher wertvoll genug, auch honoriert zu werden. Andererseits ist der mündige Bürger einer Demokratie nicht egoistisch und hedonistischer als andere Menschen auch. Das Prinzip der freien Wahl und Eigenverantwortung führt aber dazu, dass er nicht bereit ist, sich ausnutzen zu lassen. Sorge als öffentliches Gut kann entweder zu Ausnutzungsbereitschaft oder Angst, ausgenutzt zu werden, führen (vgl. Kap. 3.2.4.). Nach den empirischen Ergebnissen zur Kooperationsbereitschaft ist letzteres wesentlich wahrscheinlicher und deshalb lösbar. In Gemeinschaften funktioniert dies, weil bei einer überschaubaren Menge von Menschen Tausch nicht zwischen zwei Personen stattfinden muss, sondern ein über längere Zeit zwischen vielen einigermaßen ausgewogenes Tauschverhältnis von Leistungen angestrebt werden kann (vgl. Kap. 4.3.4.3.). Dies ist auch heute noch in Gruppen problemlos. Strukturen, die über vertragliche Regelungen dafür sorgen, dass ein Ausgleich von Sorge auch in grösseren Zusammenhängen stattfindet, ermöglichen Engagement, das nicht Aufopferung bedeutet.

„A more fruitful approach may lie in permitting the possibility that the person is *more* sophisticated than the theory allows and that he has asked himself what type of preference he would like the other player to have, and on somewhat Kantian grounds has considered the case for himself having those preferences, or behaving *as if* he had them.“ (Sen 1977: 341)

Erleichternd kommt hinzu, dass der Mensch ein Bedürfnis nach Beziehungen hat und sich bei Kooperation (in den meisten Fällen) wohler fühlt. Nach Durkheim ist er ein Doppelwesen und hat neben einer physischen eben auch eine soziale Natur.

„And so, to close on the most pessimistic of notes, the main grounds for hope that the human species will escape voluntary, utility-maximizing extinction would not seem to reside in faster technological process, but may rest with the possibility that altruism is a heritable trait. In that case, it would be purged from the gene pool through natural selection.“ (David 1986: 85)

Dies ist aber eben gerade kein Anlass für Pessimismus. Die Spezies Mensch hätte ohne eine gewisse angeborene Kooperationsbereitschaft gar nicht überleben können. Da aber Gene sich nicht kurzfristig aufgrund geänderter struktureller Bedingungen ändern können, bleibt die Kooperationsbereitschaft. Sie ist nur schwerer lebbar und braucht deshalb etwas politische Unterstützung.

5.4 Zur Reichweite des Rational Choice-Ansatzes

Der Rational Choice-Ansatz kann weder den historischen Geburtenrückgang noch die differentielle Fertilität endgültig klären. Dies können andere Ansätze aber auch nicht. Erklärungsversuche historischer Veränderungen bleiben immer spekulativ, die Aufarbeitung diverser Ansätze hat aber gezeigt, dass implizit immer Veränderungen der Kosten-Nutzen-Struktur unterstellt werden, mithin jene Ansätze, die nicht zum Rational Choice-Paradigma gehören, dennoch meist eine Orientierung menschlichen Verhaltens an Opportunitätsstrukturen und damit zumindest eingeschränkte Rationalität unterstellt. Eine Ausnahme bilden nur Versuche, die gesellschaftliche Prozesse direkt über Systemveränderungen beschreiben und den Akteur völlig ausblenden. Gerade der Geburtenrückgang zeigt aber, dass gesellschaftliche Dynamik nicht auf funktionale Differenzierung reduzierbar ist und zu ihrem Verständnis die Wahrnehmung der situativen Bedingungen durch die Handelnden unabdingbar ist.

Deutlicher wird dies noch in der Bearbeitung differentieller Fertilität. Die Differenzierung generativen Verhaltens ist gerade nicht direkt aus den strukturellen Veränderungen ableitbar. Damit stößt aber auch der strukturdeterministische Aufbau einer an klassischen Nutzenargumenten orientierten Entscheidungstheorie an Grenzen. Ökonomische Nutzenmaximierung setzt ja gerade voraus, dass Entscheidungen vollständig auf die Rahmenbedingungen rückführbar, damit zumindest stochastisch voraussagbar und so erklärbar ist, ohne dass ein „Verstehen“ nötig wird. Dem kann nach der Beschäftigung mit differentieller Fertilität (leider!) nicht zugestimmt werden. D.h. nicht, dass der Rationalitätsbegriff aufgegeben werden muss, die im Modell durchaus vorgesehene subjektive Einschätzung der Situation muss aber ernster genommen werden.

Nach Esser kommt es auch in der Entscheidung zum Kind zu einer Nutzenmaximierung. Dass hier auch traditionale oder zufallsbedingte Entscheidungen zustande kommen, ändert für ihn am Ergebnis nichts, da hier von einer Normalverteilung ausgegangen werden könne (Esser 2000c: 70). Damit wird der Geburtenrückgang aus den geänderten situationalen Faktoren ableitbar (Esser 2000c: 70f). Nicht persönliche Wertentscheidungen sind hier bestimmend, sondern die Werte passen sich der geänderten Situation an:

„Und wenn nicht in jedem Einzelfall, so doch wenigstens im Aggregat etwa der *Erwerbsquoten* von Frauen und der *Fertilitätsraten*.“ (Esser 2000c: 71)

Dieser Ansicht wird hier nicht gefolgt: Normen und Werte sind Filter, die für bestimmte Personen bestimmte Optionen überhaupt nicht erst ins Kalkül geraten lassen. Ob diese Filterfunktion selbst tatsächlich auf Strukturmerkmale rückführbar ist, bleibt selbst stochastisch fraglich. Es gibt m.E. keine Veranlassung, hier von einer Normalverteilung auszugehen. Dass auch jene, die aus traditionellen und wertrationalen Motiven eine „Entscheidung“ für ein Kind treffen, zweckrational handeln, liegt auf einer anderen Ebene. Das Wie, Wann, mit Wem und Wieviel dieser Entscheidung wird in einem Kosten-Nutzen-Kalkül unter persönlicher Abschätzung der situativen Bedingungen getroffen. Dagegen führt die Komplexität der Bedingungen gerade bei jenen, die prinzipiell zweckrational zwischen den Vorteilen eines Lebens mit bzw. ohne Kindern abwägen wollen, zu einer strukturellen Überforderung und zwar gerade weil die Reduktion von Komplexität durch Strukturen in der Postmoderne nicht mehr gelingt. Insofern ist die Strategie des "Zufalls“ bzw. des Minimax als Minimierung von Risiken die „rationalere“ Wahl.

Diese Überkomplexität im Zusammenhang mit den schwer abschätzbaren Folgen macht die Entscheidung zum Kind zu einer Entscheidung unter Unsicherheit. Ein statistischer Ausgleich kann aber bei Entscheidungen, die die Betroffenen in ihrem Leben mit Sicherheit nicht in einer hohen Zahl treffen werden, nicht erwartet werden (vgl. Kap. 3.2.2.). Damit kommt es ganz entscheidend auf die Unsicherheitstoleranz der Akteure an (vgl. Kap. 4.2.2.1.). Davon auszugehen, dass auch diese normalverteilt ist, führt zur Ignoranz gegenüber strukturell bedingter Probleme. Es ist anzunehmen, dass gerade die Unsicherheitstoleranz ganz entscheidend von der Position, dem Zugang zu Ressourcen und ihrer Wahrnehmung bestimmt ist. Damit stellt sie ein wichtiges Forschungsgebiet für die Sozialwissenschaften dar und sollte in den RC-Ansätzen mehr Berücksichtigung finden.

Der bei Esser zugrundegelegte Entscheidungsbegriff (vgl. Kap. 3.1.2.) hat den Vorteil, stringent logisch und handhabbar zu sein, erscheint aber für generative Entscheidungen zu streng. Auch der hier verwendete (sehr viel schwächere) Entscheidungsbegriff (vgl. Kap. 2.3.) beschreibt die Wirklichkeit nur unzulänglich. Entscheidung wurde definiert als eine Wahl nach angebbaren Kriterien, die nach einem nach angebbaren Kriterien erfolgten Vergleich zwischen angebbaren Optionen stattfindet. Bei den dargestellten „Entscheidungstypen“ fehlen beim affektuellen bereits die Optionen, beim traditionellen der Vergleich und beim wertrationalen die Wahl. Dies sollte nicht zur Ablehnung rationaler Modelle für komplexe Entscheidungssituationen führen. Es ist aber zu beachten, dass Entscheidungen meist in eine Sequenz eingebettet sind und eben nicht entsprechend ökonomischer Konsumententscheidungen (und selbst bei diesen ist dies fraglich) punktuell erfolgen. Prinzipiell findet auch beim affektuellen Typ an einer Stelle eine Entscheidung statt, die den genannten Kriterien genügt, nicht alle Folgen dieser Entscheidung aber sind gewollt – Schwangerschaft kann eben auch eine „nichtintendierte“ Handlungsfolge

sein. Zugang zu komplexen Entscheidungen kann im RC-Paradigma nur gewonnen werden, wenn auch die Verknüpfung von unterschiedlichen Handlungszielen beachtet wird.

Im Gegensatz zu vielen RC-Ansätzen wurde in der vorliegenden Arbeit von „revealed preferences“ ausgegangen, weil eine Ableitung auch der Präferenzstruktur aus den Rahmenbedingungen als ein zu hoher Anspruch angesehen wurde und außerdem häufig zur Immunisierung der Ergebnisse genutzt wird. Da zur differentiellen Fertilität keine maßgeblichen Struktureinflüsse gefunden werden können, ist in diesem Sinne davon auszugehen, dass Menschen sich eben wirklich hinsichtlich ihres „Kinderwunschs“ unterscheiden.

Wenn dann nicht nur der Wandel der Rahmenbedingungen bekannt ist, sondern auch inwieweit hierdurch ein Präferenzwandel in Gang gesetzt wird, ist bei bekannter Nutzenfunktion die Änderung der Präferenzen endogen, d.h. ableitbar und damit vollständig auf die Situation rückführbar (vgl. Kap. 3.2.1.). Werden aber Präferenzen als unabhängig wandelbar angenommen, sind Nutzenargumente empirisch nicht widerlegbar (Sen 1977: 325f). Das Problem ist eine Abwandlung der allgemeinen Frage nach Kausalität und Freiheit. Spekulativ muss von vollständiger Kausalität ausgegangen werden, alles andere führt zu logischen Widersprüchen. Damit muss für wissenschaftliche Analysen angenommen werden, dass Präferenzen tatsächlich nicht unabhängig wandelbar sind. Da die Betrachtung generativer Entscheidungen aber gezeigt hat, dass sie nicht durch die gängigen Strukturvariablen determiniert werden, ist eine Ergänzung soziologischer Erklärungsmuster mit psychologischen Ansätzen dringend erforderlich. Die Möglichkeit, dass Präferenzen letztlich auf neurophysiologische Stoffwechselprozesse rückführbar sind, würde eine materielle Determiniertheit begründen, die Struktur determinismus oder Marxismus noch übertrifft. Da die empirische Erfassung aller Handlungsgründe aber kaum möglich ist, kann praktisch weiterhin von Entscheidungsfreiheit ausgegangen werden.

Bezogen auf das generative Verhalten lassen sich zumindest die subjektiv genannten Gründe am ehesten als „wertrational“ beschreiben. Nach Esser handelt es sich beim „wertrationalen“ Typ um eine Form „zweckrationalen“ Handelns, bei der ein unbedingter „Frame“ gewählt wird, für dessen Wahl die Betroffenen subjektiv „gute Gründe“ haben (vgl. Kap. 3.1.3.). Das Beibehalten des Frames auch unter geänderten Bedingungen wird dann durch Identität begründet, wobei Esser den Identitätsbegriff an anderer Stelle ablehnt. Die Ergebnisse haben gezeigt, dass die Vernachlässigung von Identität und Lebenssinn eine der entscheidenden Schwachstellen des RC-Paradigmas ist. Dies führt auch dazu, dass die in der Kognitionsforschung belegten Effekte wie „Discounting“, „Dissonanzreduktion“ oder „sunk-costs“ nur ungenügend berücksichtigt und häufig als „noise“ abgetan werden. Nicht nur verhindert dies eine adäquate wissenschaftliche Analyse, auch die Aufklärung der Akteure über diese Effekte im Bezug auf bestimmte Handlungsfelder kann Aufgabe der Sozialwissenschaft sein.

Hat die RC-Analyse keine endgültige Klärung von historischem Geburtenrückgang oder differentieller Fertilität geliefert, ist dies kein Grund, die wissenschaftliche Beschäftigung mit generativem Verhalten aufzugeben. Allerdings sollte die Frage nach den *Gründen* des Kinderhabens zugunsten einer Beschäftigung mit seinen *Folgen* in den Hintergrund treten. Zwar bezeichnen auch die meisten RC-Anhänger die Aggregationslogik als eigentliche Aufgabe einer wissenschaftlichen Analyse, auf die Erstellung von Nutzenfunktionen und Indifferenzkurven wird aber meiste mehr Wert gelegt. Das Fehlurteil, nur die Entscheidungen hätten Rückwirkungen auf Struktur, die selbst auf Struktur rückführbar sind, führt zu einer Entschuldigung der endlosen Suche nach struktureller Bedingtheit.

Generative Entscheidungen haben, auch wenn nicht strukturdeterminiert, natürlich enormen Einfluss auf die soziale Wirklichkeit. Dies kann mit Hilfe einer rationalen Analyse dargestellt werden. Die RC-Analyse bietet dabei die Möglichkeit, strukturelle Widersprüche über ihre Wirkung auf die Entscheidungssituation der Akteure differenziert darzustellen. Dies kann aber nur gelingen, wenn auch die Dysfunktionalitäten sozialer Differenzierung berücksichtigt werden und das Bemühen der Betroffenen, zu einer einheitlichen „Identität“ zu gelangen ernst genommen wird.

RC-Ansätze neigen zu einer sozialkonservativen Stützung des status quo. Bestehende Machtverhältnisse gehen als Antezedenzen in die erfassten Nutzenfunktionen ein. Entscheidungen sind somit „nutzenmaximierend“ unter den bestehenden Umständen. Dies sind für RC-Theoretiker exogen, d.h. sie können nicht weiter hinterfragt werden. Gesellschaftliche Bedingungen können damit nur als reformbedürftig erkannt werden, wenn eine Verbesserung auf einem Gebiet oder für bestimmte Personen eintritt, ohne dass an irgendeiner anderen Stelle negative Veränderungen auftauchen (vgl. Kap. 3.2.5.). Dies liegt daran, dass Werte eben keinem wissenschaftlichen Vergleich unterworfen werden können und damit keine Orientierung für einen Vergleich allgemeiner Zustände gegeben ist. Zwar kann die Soziologie nicht entscheiden, welche Werte für eine Gesellschaft sinnvoll sind, der öffentliche Diskurs über Demokratie, Chancengleichheit und Freiheit, kann aber soziologisch umgesetzt werden. Es muss kritisch untersucht werden, inwieweit normative, kulturelle und politische Entwicklungen diesen Werten entsprechen. Aufklärung heisst auch, Hinweis auf die Diskrepanz zwischen angeblichen Zielen und tatsächlichen Entscheidungen. Im Bereich der Familienforschung ist hier besonders eine rationale Analyse der Differenz von Leitbildern und funktionalen Zuschreibungen zu faktischen Lebensbedingungen erforderlich.

Der Soziale Wandel kann allerdings bei Zugrundelegung von revealed preferences nur unter ceteris paribus-Bedingungen abgeleitet werden. Deshalb sind für Prognosen mit Hilfe veränderter Parameter Szenarien zu erstellen, die keinen Anspruch auf bestimmte Wahrscheinlichkeiten des Eintretens erheben können.

6. Ausblick

Die Veränderungen der demografischen Struktur führen zu vielschichtigen Prozessen und Problemen. Das „Aussterben der Deutschen“ dürfte dabei heute weniger bedrohlich sein als zu Zeiten von Kriegen und Seuchen. Neuere Dramatisierungen unterschätzen systematisch Probleme vergangener Zeiten.

Auch von einer „Krise der Familie“ ist nicht auszugehen. Dass die „bürgerliche Kernfamilie“ heute auch als Leitbild Auflösungstendenzen zeigt, nachdem sie faktisch nie die beherrschende Familienform war, ist zu begrüßen. Es ist nicht von „Desorganisation“ auszugehen, sondern es zeigt sich ein Umgang mit Struktur, der durchaus rational und sinnvoll ist. Widersprüchen und Dissonanzen auf der gesellschaftlichen Ebene aber führen für die Akteure zu Kosten materieller, emotionaler, psychischer und sozialer Art. Begriffe wie „Wahlverwandtschaften“ und „Bastelbiographien“ allerdings führen zu einer Unterdefinition struktureller Zwänge in der wissenschaftlichen Betrachtung. Auch der Begriff „nicht-traditionale Lebensformen“ verdeckt, dass hier eventuell neue Zwänge entstanden sind, die ein traditionales Verhalten gerade nicht erlauben. Illusionen des „anything-goes“ drängen Fragen nach sozialer Ungleichheit aus der Familienforschung, obwohl Ungleichheit die Lebenswirklichkeit von Familien massiv tangiert und gerade durch die Entscheidung für Kinder auch hervorgerufen werden kann.

Dabei sind die leitbildhaft mit Familie verbundenen Funktionszuweisungen neu zu hinterfragen. Leider berufen sich nicht nur Politiker und Journalisten hier oft auf die scheinbar funktionierende Vergangenheit, auch Wissenschaftler neigen zu einer Orientierung an vermuteter Normalität:

„[...] the accumulated evidence is sufficiently consistent to wonder whether we, as researchers, are asking the most important questions, or whether we, like the families we are trying to study, are more strongly influenced by traditional notions of family normality.“ (Demo 1992: 110)

Das Berufen auf frühere Zeiten wird der historischen Wirklichkeit meist nicht gerecht. Viele Probleme, die angeblich aus dem generativen Verhalten entstehen, sind Verteilungsfragen, die in einer Gesellschaft mit sehr hohem Lebensstandard lösbar sein sollten. Dass eine Gesellschaft nicht darauf vertrauen kann, teure und mit Mobilität und Flexibilität schwer vereinbare Funktionen kostenfrei auf ganz bestimmte Personengruppen abzuwälzen, sollte einsehbar sein.

„Die Grundfrage ist, inwiefern die vorindustrielle Gestaltung von Elternschaft in einer postindustriellen Dienstleistungsgesellschaft zum Anachronismus wird. Umgekehrt kann aber auch argumentiert werden, daß gerade die komplexe Koexistenz von traditionellen, unbezahlten Dienstleistungen – wie Elternschaft – und modernen, bezahlten Dienstleistungen zu den Grundmerkmalen der Postmoderne gehört.“ (Höpflinger 1997b: 168)

Ein Nebeneinander von unbezahlten Dienstleistungen (die Frauen und Eltern erbringen) und bezahlten Dienstleistungen aber bringt nicht zwangsläufig Harmonie in Familien, sondern sorgt

für erneute Abhängigkeit und Erpressbarkeit. Die grössere Gefahr ist, dass jene Menschen, die diese Leistungen nicht unentgeltlich zur Verfügung gestellt bekommen, sie gar nicht erhalten. Die ständigen Diskussionen über Kinder als „öffentliches Gut“ verstellen den Blick auf die drängenderen Probleme. Kinder, die nicht geboren werden, sind kein humanitäres Problem. Alte, die nicht versorgt, Kranke und Behinderte, die nicht gepflegt werden, sind ein humanitäres Problem.

7. Literaturverzeichnis

- Adler, Marina A. (1997): Social Change and Declines in Marriage and Fertility in Eastern Germany. *Journal of Marriage and the Family* 59: 37-49.
- Adorno, Theodor W. (1993): Zur Logik der Sozialwissenschaften. In Adorno, Theodor W. et al. (ed.) *Der Positivismusstreit in der deutschen Soziologie*. München. pp. 125-143.
- Andorka, Rudolf (1978): *Determinants of fertility in advanced societies*. London.
- Annen, Kurt (1998): Der Arme in der modernen Gesellschaft: eine verhaltenstheoretische Analyse im Rahmen eines erweiterten "Rational-Choice". Baden-Baden.
- Aretz, Hans-Jürgen (1997): Ökonomischer Imperialismus? Homo Oeconomicus und soziologische Theorie. *Zeitschrift für Soziologie* 26: 79-95.
- Ariès, Philippe (1975): *Geschichte der Kindheit*. München, Wien.
- Ariès, Philippe (1980): Two Successive Motivations for the Declining Birth Rate in the West. In Höhn, Charlotte and Rainer Mackensen (ed.) *Determinants of Fertility Trends: Theories Re-Examined*. Liège. pp. 123-130.
- Arnold, Volker (1992): *Theorie der Kollektivgüter*. München.
- Arrow, Kenneth J. (1970): *Social Choice and Individual Values*. New Haven, London.
- Artelt, Cordula et al. (2001): Lesekompetenz: Testkonzeption und Ergebnisse. In Baumert, Jürgen et al. (ed.) *Pisa 2000. Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich*. Opladen. pp. 69-137.
- Atkinson, Alice M. (1992): Stress Levels of Family Day Care Providers, Mothers Employed Outside the Home, and Mothers at Home. *Journal of Marriage and the Family* 54: 379-386.
- Babka von Gostomski, Christian (1998): Machen Kinder Ehen glücklich? Eine empirische Untersuchung mit der Mannheimer Scheidungsstudie zum Einfluß von Kindern auf das Ehescheidungsrisiko. *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 23: 151-177.
- Babka von Gostomski, Christian and Josef Hartmann (1997): Zur Problematik von Retrospektivbefragungen. In Kopp, Johannes (ed.) *Methodische Probleme der Familienforschung: zu den praktischen Schwierigkeiten bei der Durchführung einer empirischen Untersuchung*. Frankfurt. pp. 113-146.
- Badinter, Elisabeth (1981): *Die Mutterliebe. Geschichte eines Gefühls vom 17. Jahrhundert bis heute*. München, Zürich.
- Bagozzi, Richard P. and M. Frances van Loo (1978): Fertility as Consumption: Theories from the Behavioral Sciences. *Journal of Consumer Research* 4: 199-228.
- Bagozzi, Richard P. and M. Frances van Loo (1987): Individual and Couple Tastes for Children: Theoretical, Methodological, and Empirical Issues. *Journal of Economic Psychology* 8: 191-214.
- Bagozzi, Richard P. and M. Frances van Loo (1991): A Purposeful Behaviour Theory of Work and Family Size Decisions. In Siegers, Jacques et al. (ed.) *Female Labour Market Behaviour and Fertility. A Rational-Choice Approach*. Heidelberg et al. pp. 101-129.
- Banks, J. A. (1954): *Prosperity and Parenthood. A Study of Family Planning among the Victorian Middle Classes*. London.
- Barabas, Friedrich K. and Michael Erler (2002): *Die Familie. Lehr- und Arbeitsbuch für Familiensoziologie und Familienrecht*. Weinheim, München.
- Barro, Robert J. and Gary S. Becker (1989): Fertility Choice in a Model of Economic Growth. *Econometrica* 57: 481-501.

- Bartlett, Jane (1994): *Will You Be Mother? Women Who Choose to Say No*. London.
- Bartoszyk, Jutta (1984): *Vorbereitung auf die Elternschaft und die ersten drei Lebensmonate des Kindes*. Diss. Düsseldorf.
- Baumert, Jürgen and Gundel Schümer (2001): *Familiäre Lebensverhältnisse, Bildungsbeteiligung und Kompetenzerwerb*. In Baumert, Jürgen et al. (ed.) *Pisa 2000. Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich*. Opladen. pp. 323-407.
- Beck, Ulrich (1986): *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt.
- Beck, Ulrich (1999): *Modell Bürgerarbeit*. In Beck, Ulrich (ed.) *Schöne neue Arbeitswelt. Vision: Weltbürgergesellschaft*. Frankfurt und New York. pp. 7-189.
- Beck, Ulrich (2000): *Die Seele der Demokratie: Bezahlte Bürgerarbeit*. In Beck, Ulrich (ed.) *Die Zukunft von Arbeit und Demokratie*. Frankfurt. pp. 416-447.
- Beck, Ulrich and Elisabeth Beck-Gernsheim (1990): *Das ganz normale Chaos der Liebe*. Frankfurt.
- Becker, Gary S. (1960): *An Economic Analysis of Fertility*. In (ed.) *Demographic and Economic Change in Developed Countries*. Princeton. .
- Becker, Gary S. (1976): *The Economic Approach to Human Behavior*. Chicago, London.
- Becker, Gary S. (1985): *Human Capital, Effort, and the Sexual Division of Labor*. *Journal of Labor Economics* 3: S33-S58.
- Becker, Gary S. (1988): *Family Economics and Macro Behavior*. *The American Economic Review* 78: 1-13.
- Becker, Gary S. (1991): *A Treatise on the Family*. Cambridge/MA and London.
- Becker, Gary S. (1992): *Fertility and the economy*. *Journal of Population Economics* 5: 185-201.
- Becker, Gary S. (1993a): *Human Capital. A Theoretical and Empirical Analysis with Special Reference to Education*. Chicago and London.
- Becker, Gary S. (1993b): *Nobel Lecture: The Economic Way of Looking at Behavior*. *Journal of Political Economy* 101: 385-409.
- Becker, Gary S. (1996): *Accounting for Tastes*. Cambridge/MA, London.
- Becker, Gary S. and H. Gregg Lewis (1973): *On the Interaction between the Quantity and Quality of Children*. *Journal of Political Economy* 82: S279-S288.
- Becker, Rolf (2000): *Klassenlage und Bildungsentscheidungen. Eine empirische Anwendung der Wert-Erwartungstheorie*. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 52: 450-474.
- Beck-Gernsheim, Elisabeth (1988): *Die Kinderfrage. Frauen zwischen Kinderwunsch und Unabhängigkeit*. München.
- Beck-Gernsheim, Elisabeth (1989): *Mutterwerden - der Sprung in ein anderes Leben*. Frankfurt.
- Beck-Gernsheim, Elisabeth (1994): *Auf dem Weg in die postfamiliale Familie - Von der Notgemeinschaft zur Wahlverwandtschaft*. In Beck, Ulrich und Elisabeth Beck-Gernsheim (ed.) *Risikante Freiheiten. Individualisierung in modernen Gesellschaften*. Frankfurt. pp. 115-138.
- Beck-Gernsheim, Elisabeth (1997): *Geburtenrückgang und Kinderwunsch - die Erfahrung in Ostdeutschland*. *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 22: 59-71.

- Beckman, Linda J. (1979): Fertility Preferences and Social Exchange Theory. *Journal of Applied Social Psychology* 9: 147-169.
- Beckman, Linda J. (1982): Measuring the Process of Fertility Decision-Making. In Fox, Greer Litton (ed.) *The Childbearing Decision. Fertility Attitudes and Behavior*. Beverly Hills et al. pp. 73-96.
- Beller, E. Kuno (1992): Pädagogische Reformen in Kinderkrippen im 19. und 20. Jahrhundert. In Beller, E. Kuno (ed.) *Berlin und Pädagogische Reformen*. Berlin. pp. 3-42.
- Belsky, Jay (1988): The 'Effects' of Infant Day Care Reconsidered. *Early Childhood Research Quarterly* 3: 235-272.
- Belsky, Jay et al. (1983): Stability and Change in Marriage Across the Transition to Parenthood. *Journal of Marriage and the Family* 45: 567-577.
- Ben-Porath, Yoram (1974): Notes on the micro-economics of fertility. *International Social Science Journal* 26: 302-314.
- Ben-Porath, Yoram (1982): Economics and the Family - Match or Mismatch? A Review of Becker's *A Treatise on the Family*. *Journal of Economic Literature* 20: 52-64.
- Berger/Krug (1993): Zwischen Kirchturm und Doppelgarage. Kinder auf dem Land. In Jugendinstitut, Deutsches (ed.) *Was für Kinder. Aufwachsen in Deutschland*. München. pp. 261-266.
- Berk, Richard A. and Sarah Fenstermaker Berk (1983): Supply-Side Sociology of the Family: The Challenge of the New Home Economics. *Annual Review of Sociology* 9: 375-395.
- Berk, Sarah Fenstermaker (1985): *The Gender Factory. The Apportionment of Work in American Households*. New York, London.
- Bernstam, Mikhail S. (1986): Competitive Human Markets, Interfamily Transfers, and Below-Replacement Fertility. In Davis, Kingsley et al. (ed.) *Below-Replacement Fertility in Industrial Societies. Causes, Consequences, Policies* pp. 111-136.
- Bertram, Hans (1991a): Familie und soziale Ungleichheit. In Bertram, Hans (ed.) *Die Familie in Westdeutschland. Stabilität und Wandel familialer Lebensformen*. Opladen. pp. 235-273.
- Bertram, Hans (1991b): Einstellung zu Kindheit und Familie. In Bertram, Hans (ed.) *Die Familie in Westdeutschland. Stabilität und Wandel familialer Lebensformen*. Opladen. pp. 429-460.
- Bertram, Hans (1992): Selbstverwirklichung im Beruf - Kinder und Ehe als Lebenssinn. In Bertram, Hans (ed.) *Die Familie in den neuen Bundesländern. Stabilität und Wandel in der gesellschaftlichen Umbruchsituation*. Opladen. pp. 215-237.
- Bertram, Hans (1995): Regionale Vielfalt und Lebensform. In Bertram, Hans (ed.) *Das Individuum und seine Familie. Lebensformen, Familienbeziehungen und Lebensereignisse im Erwachsenenalter*. Opladen. pp. 156-195.
- Bertram, Hans (1997): Die Zukunft der Familie aus der Sicht der Familienforschung. In Vascovics, Laszlo A. (ed.) *Familienleitbilder und Familienrealitäten*. Opladen. pp. 370-381.
- Bertram, Hans and Clemens Dannenbeck (1991): Familien in städtischen und ländlichen Regionen. In Bertram, Hans (ed.) *Die Familie in Westdeutschland. Stabilität und Wandel familialer Lebensformen*. Opladen. pp. 79-110.
- Betschart-Schelbert, Martha (1992): *Vom Paar zur Elternschaft. Dynamik und Prozess*. Diss. Zürich.
- Bettelheim, Bruno (1987): *Ein Leben für Kinder. Erziehung in unserer Zeit*. Stuttgart.

- Bien, Walter (1996): Einstellungen, Werte und familiäre Ereignisse. In Bien, Walter (ed.) Familie an der Schwelle zum neuen Jahrtausend. Wandel und Entwicklung familialer Lebensformen. Opladen. pp. 253-267.
- Biesecker, Adelheid and Uta von Winterfeld (2000): Vergessene Arbeitswirklichkeiten. In Beck, Ulrich (ed.) Die Zukunft von Arbeit und Demokratie. Frankfurt. pp. 269-286.
- Binder, Marion (1995): Soziostrukturell differenzierte Inanspruchnahme außerhäuslicher Betreuung von Kindern im Vorschulalter. Zeitschrift für Familienforschung 2: 89-118.
- Birg, Herwig (1987): A Biography Approach to Theoretical Demography. Bielefeld.
- Birg, Herwig (1998): Demographisches Wissen und politische Verantwortung. Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 23: 221-251.
- Birg, Herwig et al. (1991): Biographische Theorie der demographischen Reproduktion. Frankfurt und New York.
- Birkelbach, Klaus W. (1998): Berufserfolg und Familiengründung. Lebensläufe zwischen institutionellen Bedingungen und individueller Konstruktion. Opladen.
- Biswanger, Hans C. et al. (1988): Arbeit ohne Umweltverschmutzung. Frankfurt.
- Blain, Jenny M. (1991): Gender, Class and Family: The Social Structuring of Mothers' and Fathers' Everyday Lives. Diss. Halifax.
- Blake, Judith (1968): Are Babies Consumer Durables? Population Studies 22: 5-25.
- Blau, Peter M. (1964): Exchange and Power in Social Life. New York et al.
- Blau, Peter M. (1990): Microprocess and Macrostructure. In Cook, Karen S. (ed.) Social Exchange Theory. Newbury Park et al. pp. 83-100.
- Blossfeld, Hans-Peter (1996): Macrosociology, Rational Choice Theory and Time. Bremen.
- Blossfeld, Hans-Peter and Johannes Huinink (1991): Human Capital Investments or Norms of Role Transition? How Women's Schooling and Career Affect the Process of Family Formation. American Journal of Sociology 97: 143-168.
- Blossfeld, Hans-Peter and Ralf Müller (1996): Sozialstrukturanalyse, Rational Choice-Theorie und die Rolle der Zeit. Soziale Welt 47: 382-400.
- Blossfeld, Hans-Peter and Götz Rohwer (1995): West Germany. In Blossfeld, Hans-Peter (ed.) The New Role of Women. Family Formation in Modern Societies. Boulder et al. pp. 56-76.
- Blossfeld, Hans-Peter et al. (1993): Wirkt sich das steigende Bildungsniveau der Frauen tatsächlich negativ auf den Prozeß der Familienbildung aus? In Diekmann, Andreas und Stefan Weick (ed.) Der Familienzyklus als sozialer Prozeß. Bevölkerungssoziologische Untersuchungen mit der Methode der Ereignisanalyse. Berlin. .
- BMFS (1994): Familien und Familienpolitik im geeinten Deutschland - Zukunft des Humanvermögens. In Fünfter Familienbericht.
- Bohman, James (1992): The Limits of Rational Choice Explanation. In Coleman, James S. and Thomas J. Fararo (ed.) Rational Choice Theory. Advocacy and Critique. Newbury Park et al. pp. 207-228.
- Boudon, Raymond (1998): Limitations of Rational Choice Theory. American Journal of Sociology 104: 817-828.
- Bourdieu, Pierre (1982): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt.
- Bourdieu, Pierre and Jean-Claude Passeron (1971): Die Illusion der Chancengleichheit. Untersuchungen zur Soziologie des Bildungswesens am Beispiel Frankreichs. Stuttgart.

- Bourgeois-Pichat (1986): The Unprecedented Shortage of Births in Europe. In Davis, Kingsley et al. (ed.) *Below-Replacement Fertility in Industrial Societies. Causes, Consequences, Policies* pp. 3-25.
- Bowlby, John (1958): The Nature of the Child's Tie to his Mother. *The International Journal of Psycho-Analysis* 39: 350-373.
- Brentano, Lujo (1909): Die Malthussche Lehre und die Bevölkerungsbewegung der letzten Dezennien. *Abhandlungen der Historischen Klasse der Königlich Bayerischen Akademie der Wissenschaften* 24: 567-625.
- Brüderl, Josef and Thomas Klein (1993): Bildung und Familiengründungsprozeß deutscher Frauen: Humankapital- und Institutioneneffekt. In Diekmann, Andreas und Stefan Weick (ed.) *Der Familienzyklus als sozialer Prozeß. Bevölkerungssoziologische Untersuchungen mit der Methode der Ereignisanalyse*. Berlin. pp. 194-215.
- Brüning, Nicola and Henning Krümrey (1996): *Kinder - ein Luxus? Zur Lage der Familie in Deutschland*. Berlin.
- Büchner, Peter et al. (1994): *Kindliche Lebenswelten, Bildung und innerfamiliäre Beziehungen*. München.
- Buhr, Petra (1998): Armut durch Kinder - zur Logik der Benachteiligung von Familienarbeit im Sozialstaat. In Netzler, Andreas und Michael Opielka (ed.) *Neubewertung der Familienarbeit in der Sozialpolitik*. Opladen. pp. 69-83.
- Bulatao, Rodolfo A. (1980): The Transition in the Value of Children and the Fertility Transition. In Höhn, Charlotte and Rainer Mackensen (ed.) *Determinants of Fertility Trends: Theories Re-Examined*. Liège. pp. 95-122.
- Bumpass, Larry L. (1990): What's Happening to the Family? Interactions between Demographic and Institutional Change. *Demography* 27: 483-498.
- Bundesverfassungsgericht (1993): *Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts*. Band 88.
- Burkart, Günter (1993): Individualisierung und Elternschaft - Das Beispiel USA. *Zeitschrift für Soziologie* 22: 159-177.
- Burkart, Günter (1994a): Die Entscheidung zur Elternschaft. Eine empirische Kritik von Individualisierungs- und Rational-Choice-Theorien. Stuttgart.
- Burkart, Günter (1994b): Replik zu Esser. In Vaskovics, Laszlo A. (ed.) *Soziologie familialer Lebenswelten*. Sonderheft 3 der *Soziologischen Revue* pp. 459-460.
- Burkart, Günter (1998): Individualisierung und Elternschaft. Eine empirische Überprüfung der Individualisierungsthese am Beispiel USA und ein Systematisierungsvorschlag. In Friedrichs, Jürgen (ed.) *Die Individualisierungsthese*. Opladen. pp. 107-141.
- Burkart, Günter und Martin Kohli (1992): *Liebe, Ehe, Elternschaft. Die Zukunft der Familie*. München.
- Burr, Wesley (1982): Families under Stress. In McCubbin, Hamilton I. et al. (ed.) *Family, Stress, Coping, and Social Support*. Springfield/Ill. pp. 5-25.
- Busch, Gabriele et al. (1988): Den Männern die Hälfte der Familie, den Frauen mehr Chancen im Beruf.
- Busfield, Joan and Michael Paddon (1977): Thinking about children. *Sociology and fertility in Post-War England*. Cambridge et al.
- Büttner, Thomas und Wolfgang Lutz (1990): Vergleichende Analyse der Fertilitätsentwicklungen in der BRD, DDR und Österreich. *Acta Demographica* 1: 27-45.
- Caldwell, John C. (1982): *Theory of Fertility Decline*. London et al.

- Callaghan, Karen A. (1991): Family Imagery and Social Intervention. *International Journal of Adolescence and Youth* 3: 137-146.
- Carlson, Allan (1990): *The Swedish Experiment in Family Politics. The Myrdals and the Inter-war Population Crisis*. New Brunswick and London.
- Chodorow, Nancy (1978): *The Reproduction of Mothering. Psychoanalysis and the Sociology of Gender*. Berkeley et al.
- Christensen, Kathleen E. and Graham L. Staines (1990): Flexitime: A Viable Solution to Work/Family Conflict? *Journal of Family Issues* 11: 455-476.
- Clark, Jon (1997): A New Sociology for a New Social Structure: The Legacy of James S. Coleman. *International Sociology* 12: 227-238.
- Clarke-Stewart, K. Alison (1988): "The 'Effects' of Infant Day Care Reconsidered". *Reconsidered: Risks for Parents, Children, and Researchers. Early Childhood Research Quarterly* 3: 293-318.
- Cochrane, Susan H. (1975): Children as By-products, Investment Goods and Consumer Goods: A Review of Some Micro-Economic Models of Fertility. *Population Studies* 29: 373-390.
- Colberg-Schrader, Hedi und Anne Zehnbauer (1996): *Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz. Bedarfsplanung - Notlösungen - alternative Angebote*. o.O.
- Coleman, James S. (1982): *The Asymmetric Society*. Syracuse and New York.
- Coleman, James S. (1984): Introducing Social Structure into Economic Analysis. *The American Economic Review* 74: 84-88.
- Coleman, James S. (1988): Social Capital in the Creation of Human Capital. *American Journal of Sociology* 94: S95-S120.
- Coleman, James S. (1990): *Foundations of Social Theory*. Cambridge/MA, London.
- Coleman, James S. (1993a): The Impact of Gary Becker's Work on Sociology. *Acta Sociologica* 36: 169-178.
- Coleman, James S. (1993b): The Rational Reconstruction of Society. *American Sociological Review* 58: 1-15.
- Coleman, James S. (1993c): The Role of Rights in a Theory of Social Action. *Journal of Institutional and Theoretical Economics* 149: 213-232.
- Conrad, Christoph et al. (1996): East German Fertility After Unification: Crisis or Adaptation? *Population and Development Review* 22: 331-358.
- Cornelißen, Waltraud (1982): *Zur Popularisierung sozialwissenschaftlichen Wissens in Erziehungszeitschriften*. Köln (Diss. Duisburg).
- Cowan, Carolyn P. and Philip A. Cowan (1994): *Wenn Partner Eltern werden. Der große Umbruch im Leben des Paares*. München und Zürich.
- Cowan, Philipp A. and Carolyn P. Cowan (1988): Changes in marriage during the transition to parenthood: must we blame the baby? In Michaels, Gerald Y. and Wendy A. Goldberg (ed.) *The Transition to Parenthood. Current Theory and Research*. Cambridge. pp. 114-154.
- Cowan, Ruth S. (1983): *More Work for Mother. The Ironies of Household Technology from the Open Hearth to the Microwave*. New York.
- Cromm, Jürgen (1988): *Bevölkerung - Individuum - Gesellschaft. Theorien und soziale Dimensionen der Fortpflanzung*. Opladen.
- Cromm, Jürgen (1998): *Familienbildung in Deutschland: soziodemographische Prozesse, Theorie, Recht und Politik unter besonderer Berücksichtigung der DDR*. Opladen.

- Crosbie, Paul V. (1986): Rationality and Models of Reproductive Decision-Making. In Handwerker, W. Penn (ed.) Culture and Reproduction. An Anthropological Critique of Demographic Transition Theory. Boulder and London. pp. 30-58.
- David, Paul A. (1986): Comment to Becker and Barro. In Davis, Kingsley et al. (ed.) Below-Replacement Fertility in Industrial Societies. Causes, Consequences, Policies pp. 69-86.
- Davidson, Nicholas (1990): Life Without Father. America's Greatest Social Catastrophe. Policy Review 51: 40-44.
- Davis, Kingsley (1986): Low Fertility in Evolutionary Perspective. In Davis, Kingsley et al. (ed.) Below-Replacement Fertility in Industrial Societies. Causes, Consequences, Policies pp. 48-65.
- Davis, Kingsley (1988): Wives and Work: A Theory of the Sex-Role Revolution and Its Consequences. In Dornbusch, Sanford M. and Myra H. Strober (ed.) Feminism, Children, and the New Families. New York, London. pp. 67-86.
- Davis, Kingsley and Judith Blake (1956): Social Structure and Fertility: An Analytic Framework. Economic Development and Cultural Change 4: 206-235.
- Dawson, Deborah A. et al. (1980): Fertility Control in the United States Before the Contraceptive Revolution. Family Planning Perspectives 12: 76-86.
- deMause, Lloyd (1992): Evolution der Kindheit. In deMause, Lloyd (ed.) Hört ihr die Kinder weinen? Eine psychogenetische Geschichte der Kindheit. Frankfurt. pp. 12-111.
- Demeny, Paul (1990): Der Einfluß von Maßnahmen der Regierungen auf Struktur und Verteilung der Bevölkerung. In Birg, Herwig und Rainer Mackensen (ed.) Demographische Wirkungen politischen Handelns. Frankfurt und New York. pp. 11-31.
- Demo, David H. (1992): Parent-Child Relations. Assessing Recent Changes. Journal of Marriage and the Family 54: 104-117.
- Demos, John (1982): The Changing Faces of Fatherhood: A New Exploration in American Family History. In Cath, Stanley H. et al. (ed.) Father and Child. Development and Clinical Perspectives. Boston. pp. 425-445.
- deSingly, Francois (1994): Die Familie der Moderne. Konstanz.
- DeTray, Dennis N. (1973): Child Quality and the Demand for Children. Journal of Political Economy 81: S70-S95.
- Deutscher Bundestag (1994): Zwischenbericht der Enquete-Kommission 'Demographischer Wandel' - Herausforderung unserer älter werdenden Gesellschaft an den einzelnen und die Politik.
- Dorbritz, Jürgen (1993): Sozialer Systemwandel und die Folgen für die Familienbildung. Berliner Journal für Soziologie 3: 355-368.
- Dorbritz, Jürgen (1998): Trends der Geburtenhäufigkeit in Niedrig-Fertilitäts-Ländern und Szenarien der Familienbildung in Deutschland. Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 23: 179-210.
- Dorbritz, Jürgen and Karla Gärtner (1998): Bericht 1998 über die demographische Lage in Deutschland mit dem Teil B "Ehescheidungen - Trends in Deutschland und im internationalen Vergleich". Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 23: 373-458.
- Dorbritz, Jürgen and Juliane Roloff (1999): Familienbildung in Deutschland in den 90er Jahren - Zusammenfassung und Ausblick. In Roloff, Juliane und Jürgen Dorbritz (ed.) Familienbildung in Deutschland Anfang der 90er Jahre. Opladen. pp. 243-253.

- Dorbritz, Jürgen and Karl Schwarz (1996): Kinderlosigkeit in Deutschland - ein Massenphänomen? Analysen zu Erscheinungsformen und Ursachen. *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 21: 231-261.
- Dreier, Volker (1996): Metatheoretische Reflexionen über Handlungs- und Entscheidungstheorie(n). In Kunz, Volker and Ulrich Druwe (ed.) *Handlungs- und Entscheidungstheorie in der Politikwissenschaft: Eine Einführung in Konzepte und Forschungsstand*. Opladen. pp. 56-82.
- Duesenberry, James S. 1960. Comment on Becker. *Demographic and Economic Change in Developed Countries*: 231-234.
- Durkheim, Emile ([1893] 1999): *Über die Teilung der sozialen Arbeit*. Frankfurt.
- Durkheim, Emile ([1897] 1983): *Der Selbstmord*. Frankfurt.
- Easterlin, Richard A. (1968): *Population, Labor Force, and Long Swings in Economic Growth. The American Experience*. New York and London.
- Easterlin, Richard A. (1971): Does Human Fertility Adjust to the Environment. *The American Economic Review* 61: 399-407.
- Easterlin, Richard A. (1980): *Birth and Fortune. The Impact of Numbers on Personal Welfare*. New York.
- Easterlin, Richard A. et al. (1976): Toward a More General Economic Model of Fertility Determination: Endogenous Preferences and Natural Fertility. In Easterlin, Richard A. (ed.) *Population and Economic Change in Developing Countries*. Chicago, London. pp. 81-149.
- Easterlin, Richard A. et al. (1990): How have American baby boomers fared? *Journal of Population Economics* 3: 277-290.
- Easterlin, Richard et al. (1993): Economic Status of the Young and Old in the Working-Age Population, 1964 and 1987. In Bengtson, Vern L. and W. Andrew Achenbaum (ed.) *The Changing Contract across Generations*. New York. pp. 67-85.
- Edwards, Ward (1954): The Theory of Decision Making. *Psychological Bulletin* 51: 380-417.
- Eggen, Bernd (1994): *Familie der Gesellschaft: Kontinuität im Wandel*. Berlin.
- Egger, Marianne and Alberto de Campo (1997): Was sie schon immer über das Verhalten in sinkenden U-Booten wissen wollten. Eine Replik zu Essers Aufsatz "Die Definition der Situation". *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 49: 306-317.
- Ehrenreich, Barbara and Deirdre English (1978): *For Her Own Good. 150 Years of the Experts' Advice to Women*. New York.
- Elias, Norbert (1987): *Die Gesellschaft der Individuen*. Frankfurt.
- Elster, Jon (1978): *Logic and Society. Contradictions and Possible Worlds*. Chichester et al.
- Elster, Jon (1989a): *Solomonic Judgements. Studies in the limitations of rationality*. Cambridge et al.
- Elster, Jon (1989b): *The Cement of Society. A Study of Social Order*. Cambridge et al.
- Elster, Jon (1991): Rationality and social norms. *Archives Europeae Sociologicae* 32: 109-129.
- Elster, Jon (1993): Some Unresolved Problems in the Theory of Rational Behavior. *Acta Sociologica* 36: 179-189.
- Engelbert, Angelika (1993): Wandel der Familie - Gefährdung für Kinder? In Graebner, Gernot et al. (ed.) *Gefährdungen von Kindern. Problemfelder und präventive Ansätze im Kinderschutz*. Opladen. pp. 59-80.

- Engelhard, Dorothee and Heide Michel (1993): Entwicklungen in den Tageseinrichtungen der östlichen Bundesländer seit 1990. In Tietze, Wolfgang and Hans-Günther Rossbach (ed.) *Erfahrungsfelder in der frühen Kindheit: Bestandsaufnahme, Perspektiven*. Freiburg. pp. 213-237.
- England, Paula and George Farkas (1986): *Households, Employment, and Gender. A Social, Economic, and Demographic View*. New York.
- England, Paula and Barbara S. Kilbourne (1990): *Feminist Critiques of the Separative Model of Self. Implications for Rational Choice Theory*. *Rationality and Society* 2: 156-171.
- Engstler, Heribert et al. (1992): *Formen der Familiengründung in Baden-Württemberg. Eine Analyse der Geburtenstatistik 1970 bis 1989*. Konstanz.
- Erler, Gisela (1996): *Tagesmütter und Eltern - eine Betreuungspartnerschaft mit Stolpersteinen*. In Bundesministerium für Frauen, Senioren, Familie und Jugend (ed.) *Kinderbetreuung in Tagespflege. Tagesmütter-Handbuch*. Stuttgart et al. pp. 301-322.
- Ermisch, John (1979): The Relevance of the 'Easterlin Hypothesis' and the 'New Home Economics' to Fertility Movements in Great Britain. *Population Studies* 33: 39-58.
- Ermisch, John F. (1980): Time Costs, Aspirations and the Effect of Economic Growth on German Fertility. *Oxford Bulletin of Economics and Statistics* 42: 125-143.
- Esser, Hartmut (1990): "Habits", "Frames" and "Rational Choice". Die Reichweite von Theorien der rationalen Wahl (am Beispiel der Erklärung des Befragtenverhaltens). *Zeitschrift für Soziologie* 19: 231-247.
- Esser, Hartmut (1991a): Verfällt die "soziologische Methode"? In Zapf, Wolfgang (ed.) *Die Modernisierung moderner Gesellschaften*. Frankfurt. pp. 743-769.
- Esser, Hartmut (1991b): "Rational Choice". *Berliner Journal für Soziologie* 1: 231-243.
- Esser, Hartmut (1992): 'Foundations of Social Theory' oder 'Foundations of Sociology'? *Analyse und Kritik* 14: 129-142.
- Esser, Hartmut (1993): Social Modernization and the Increase in the Divorce Rate. *Journal of Institutional and Theoretical Economics* 149: 252-277.
- Esser, Hartmut (1994): Rezension zu Burkart, Günter: "Die Entscheidung zur Elternschaft". Stuttgart, 1994. In Vaskovics, Laszlo A. (ed.) *Soziologie familialer Lebenswelten*. Sonderheft 3 der *Soziologischen Revue* pp. 456-459.
- Esser, Hartmut (1995): Die Objektivität der Situation. Das Thomas-Theorem und das Konzept der sozialen Produktionsfunktion. In Martinsen, Renate (ed.) *Das Auge der Wissenschaft. Zur Emergenz der Realität*. Baden-Baden. pp. 75-99.
- Esser, Hartmut (1996): Die Definition der Situation. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 48: 1-13.
- Esser, Hartmut (1997): Panik an Bord? Eine Antwort auf die Replik "Was Sie schon immer über das Verhalten in sinkenden U-Booten wissen wollten". *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 49: 318-326.
- Esser, Hartmut (1998): Why are Bridge Hypotheses Necessary? In Blossfeld, Hans-Peter und Gerald Prein (ed.) *Rational Choice Theory and Large-Scale Data Analysis*. Boulder. pp. 94-111.
- Esser, Hartmut (1999a): *Soziologie. Allgemeine Grundlagen*. Frankfurt, New York.
- Esser, Hartmut (1999b): *Soziologie. Spezielle Grundlagen. Band 1: Situationslogik und Handeln*. Frankfurt, New York.
- Esser, Hartmut (2000a): *Soziologie. Spezielle Grundlagen. Band 2: Die Konstruktion der Gesellschaft*. Frankfurt, New York.

- Esser, Hartmut (2000b): Soziologie. Spezielle Grundlagen. Band 3: Soziales Handeln. Frankfurt, New York.
- Esser, Hartmut (2000c): Soziologie. Spezielle Grundlagen. Band 4: Opportunitäten und Restriktionen.
- Esser, Hartmut (2000d): Soziologie. Spezielle Grundlagen. Band 5: Institutionen. Frankfurt, New York.
- Esser, Hartmut (2001): Soziologie. Spezielle Grundlagen. Band 6: Sinn und Kultur. Frankfurt, New York.
- Etzioni, Amitai (1967): Mixed-Scanning: A "Third" Approach To Decision Making. *Public Administration Review* 27: 385-392.
- Etzioni, Amitai (1994): Jenseits des Egoismus-Prinzips. Ein neues Bild von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Stuttgart.
- Fawcett, James T. (1988): The Value of Children and the Transition to Parenthood. *Marriage and Family Review* 12: 11-34.
- Fawcett, James T. and Fred S. Arnold (1973): The Value of Children: Theory and Method. *Representative Research in Social Psychology* 4: 23-36.
- Field, Alexander J. (1984): Microeconomics, Norms, and Rationality. *Economic Development and Cultural Change* 32: 683-711.
- Fishman, Barbara and Bernice Hamel (1991): From Nuclear to Stepfamily Ideology: A Stressful Change. In Edwards, John N. and David H. Demo (ed.) *Marriage and Family in Transition*. Boston et al. pp. 436-452.
- Flehmig, Susanne et al. (1995): Der "Markt" für vorschulische außerhäusige Kinderbetreuung in Westdeutschland. Bochum.
- Folbre, Nancy (1993a): Of Patriarchy Born: The Political Economy of Fertility Decisions. *Feminist Studies* 9: 261-284.
- Folbre, Nancy (1993b): Micro, Macro, Choice, and Structure. In England, Paula (ed.) *Theory on Gender. Feminism on Theory*. New York. pp. 323-342.
- Folbre, Nancy (1994a): Who Pays for the Kids? Gender and the structures of constraint. London and New York.
- Folbre, Nancy (1994b): Children as Public Goods. *American Economic* 84: 86-90.
- Fölling-Albers, Maria (1995): Schulkinder heute. Auswirkungen veränderter Kindheit auf Unterricht und Schulleben. Weinheim und Basel.
- Freedman, Ronald et al. (1959): Expected Family Size and Family Size Values in West Germany. *Population Studies* 13: 136-150.
- Frey, Bruno S. (1989): Möglichkeiten und Grenzen des ökonomischen Denkansatzes. In Schäfer, Hans-Bernd und Klaus Wehrt (ed.) *Die Ökonomisierung der Sozialwissenschaften*. Frankfurt und New York. pp. 69-103.
- Frey, Bruno S. (1990): *Ökonomie ist Sozialwissenschaft. Die Anwendung der Ökonomie auf neue Gebiete*. München.
- Friedan, Betty (1963): *The Feminine Mystique*. New York.
- Friedman, Debra (1990): Notes on 'Toward a Theory of Value in Social Exchange'. In Cook, Karen S. (ed.) *Social Exchange Theory*. Newbury Park et al. pp. 47-58.
- Friedrichs, Jürgen (1998): Die Individualisierungs-These. Eine Explikation im Rahmen der Rational-Choice-Theorie. In Friedrichs, Jürgen (ed.) *Die Individualisierungs-These*. Opladen. pp. 33-47.

- Friedrichs, Jürgen et al. (1998): Diagnose und Prognose in der Soziologie.
- Fröchling, Henrike (1998): Demokratie und Wahlen in westlichen Demokratien: eine vergleichende Rational-Choice-Analyse. (Diss. Berlin) Opladen.
- Frohnhaus, Gabriele (1994): Feminismus und Mutterschaft. Eine Analyse theoretischer Konzepte und der Mütterbewegung in Deutschland. Weinheim.
- Fthenakis, Wassilios E. (1993): Fünfzehn Jahre Vaterforschung im Überblick. In Jugendinstitut, Deutsches (ed.) Was für Kinder. Aufwachsen in Deutschland. München. pp. 101-105.
- Fux, Beat (1994): Der familienpolitische Diskurs. Eine theoretische und empirische Untersuchung über das Zusammenwirken und den Wandel von Familienpolitik, Fertilität und Familie. Berlin.
- Galler, Heinz P. and Notburga Ott (1993): Empirische Haushaltsforschung. Erhebungskonzepte und Analyseansätze angesichts neuer Lebensformen. Frankfurt und New York.
- Garhammer, Manfred (1996): Auf dem Weg zu egalitären Geschlechterrollen? Familiäre Arbeitsteilung im Wandel. In Buba, Hans P. und Norbert F. Schneider (ed.) Familie. Zwischen gesellschaftlicher Prägung und individuellem Design. Opladen. pp. 319-337.
- Garlichs, Ariane and Marianne Leuzinger-Bohleber (1999): Identität und Bindung. Die Entwicklung von Beziehungen in Familie, Schule und Gesellschaft. Weinheim und München.
- Gelles, Richard J. (1995): Contemporary Families. A Sociological View. Thousand Oaks et al.
- Gerhard, Ute (1993): Geschlechtsspezifische Sozialpolitik und die soziale Unsicherheit weiblicher Lebenslagen. In Döring, Dieter et al. (ed.) Armut im Wohlfahrtsstaat. Frankfurt. pp. 311-331.
- Gerlach, Irene (1996): Familie und staatliches Handeln. Ideologie und politische Praxis in Deutschland. Opladen.
- Gerson, Kathleen (1985): Hard Choices. How Women Decide about Work, Career, and Motherhood. Berkeley et al.
- Giddens, Anthony (1995): Die Konstitution der Gesellschaft. Grundzüge einer Theorie der Strukturierung. Frankfurt und New York.
- Gilleßen, Christoph and Peter Mühlau (1994): Grundzüge strukturell-individualistischer Theoriebildung. In Kunz, Volker und Ulrich Druwe (ed.) Rational Choice in der Politikwissenschaft. Grundlagen und Anwendungen. Opladen. pp. 26-52.
- Gloger-Tippelt, Gabriele (1985): Der Übergang zur Elternschaft. Eine entwicklungspsychologische Analyse. Zeitschrift für Entwicklungspsychologie und Pädagogische Psychologie 17: 53-92.
- Gloger-Tippelt, Gabriele et al. (1993): Der Kinderwunsch aus psychologischer Sicht. Opladen.
- Goldscheider, Frances K. and Linda J. Waite (1991): New Families, No Families? The Transformation of the American Home. Berkeley et al.
- Goodnow, Jacqueline J. and W. Andrew Collins (1990): Development According to Parents. The Nature, Sources, and Consequences of Parents' Ideas. Hove et al.
- Green, Donald P. and Ian Shapiro (1999): Rational Choice. Eine Kritik am Beispiel von Anwendungen in der Politischen Wissenschaft. München.
- Grundmann, Siegfried (1998): Bevölkerungsentwicklung in Ostdeutschland. Demographische Strukturen und räumliche Wandlungsprozesse auf dem Gebiet der neuen Bundesländer (1945 bis zur Gegenwart). Opladen.

- Gysi, Jutta and Dagmar Meyer (1993): Leitbild: berufstätige Mutter - DDR-Frauen in Familie, Partnerschaft und Ehe. In Helwig, Gisela und Hildegard M. Nickel (ed.) Frauen in Deutschland 1945 - 1992. Berlin. pp. 138-165.
- Habermas, Jürgen (1981): Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. Darmstadt und Neuwied.
- Habich, Roland and Regina Berger-Schmitt (1999): Familie - Wohlstand - Beruf - Selbstverwirklichung. Einstellungsmuster und -profile zur Konkurrenz von Lebensbereichen. In Roloff, Juliane und Jürgen Dorbritz (ed.) Familienbildung in Deutschland Anfang der 90er Jahre. Opladen. pp. 147-173.
- Hahlweg, Kurt et al. (2000): Prävention von Paar- und Familienproblemen: Eine nationale Aufgabe. In Schneewind, Klaus (ed.) Familienpsychologie im Aufwind. Brückenschläge zwischen Forschung und Praxis. Göttingen et al. .
- Hainz, Michael (1999): Dörfliches Sozialleben im Spannungsfeld der Individualisierung. Bonn.
- Handwerker, W. Penn (1986): Culture and Reproduction: Exploring Micro-Macro Linkages. In Handwerker, W. Penn (ed.) Culture and Reproduction. An Anthropological Critique of Demographic Transition Theory. Boulder and London. pp. 1-28.
- Hanesch, Walter et al. (1994): Armut in Deutschland. Reinbek bei Hamburg.
- Hareven, Tamara K. (1991): The Home and the Family in Historical Perspective. Social Research 58: 253-285.
- Hawthorn, Geoffrey (1970): The Sociology of Fertility. London.
- Hawthorn, Geoffrey (1980): The Paradox of the Modern: Determinants of Fertility in Northern and Western Europe since 1950. In Höhn, Charlotte und Rainer Mackensen (ed.) Determinants of Fertility Trends: Theories Re-Examined. Liège. pp. 281-296.
- Heath, Anthony (1976): Rational choice and social exchange. A critique of exchange theory. Cambridge et al.
- Heaton, Tim B. and Cardell K. Jacobsen (1999): Persistence and Change in Decisions to Remain Childless. Journal of Marriage and the Family 61: 531-539.
- Hebenstreit-Müller, Sabine (1991): Zur Konzeption von Familien- und Nachbarschaftszentren. In Hebenstreit-Müller, Sabine und Rudolf Pettinger (ed.) Miteinander lernen, leben, engagieren - Neue soziale Netze für Familien. Bielefeld. pp. 40-52.
- Hechter, Michael (1994): The Role of Values in Rational Choice Theory. Rationality and Society 6: 318-333.
- Heckerens, Hans-Peter (1986): Generatives Verhalten Wiederverheirateter. Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 12: 503-517.
- Helmes, Jürgen (1995): Humankapital als Zielvariable staatlicher Wirtschaftspolitik. Versuch einer Rechtfertigung bildungspolitischer Eingriffe aus dem Blickwinkel der Finanzwissenschaften. Bergisch Gladbach und Köln.
- Henze, Gudrun and Constanze Klar (1996): Einstellungen zur Erwerbstätigkeit und Vereinbarkeit mit der Familie. In Bien, Walter (ed.) Familie an der Schwelle zum neuen Jahrtausend. Wandel und Entwicklung familialer Lebensformen. Opladen. pp. 163-167.
- Herder-Dorneich, Philipp (1986): Die Entscheidung für Kinder als ordnungspolitisches Problem im Rahmen einer Mehrgenerationensolidarität. Stuttgart et al.
- Herlth, Alois (1986): Die Chancen zu spielen. Familiäre Bedingungen sozialer Benachteiligung von Kindern. Bielefeld.
- Herlth, Alois et al. (1994): Abschied von der Normalfamilie? Partnerschaft kontra Elternschaft.

- Herrnstein, R. J. (1990): Rational Choice Theory. Necessary but Not Sufficient. *American Psychologist* 45: 356-367.
- Herzog, Roman (1993): Familie und Familienpolitik in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts. In *Senioren, Bundesministerium für Familie und (ed.) 40 Jahre Familienpolitik in der Bundesrepublik Deutschland*. Stuttgart. pp. 53-62.
- Herzog, Walter et al. (1997): Partnerschaft und Elternschaft. Die Modernisierung der Familie. Bern et al.
- Hettlage, Robert (1992): Familienreport. Eine Lebensform im Umbruch. München.
- Hewlett, Barry S. (1991): *Intimate Fathers. The Nature and Context of Aka Pygmy Paternal Infant Care*. Ann Arbor.
- Hewlett, Sylvia A. (1992): *When the Bough Breaks. The Cost of Neglecting Our Children*. New York.
- Hicks, J. R. (1939): *Value and Capital. An Inquiry into some fundamental principles of economic theory*. Oxford.
- Hill, Paul B. (1999): Segmentäre Beziehungen in modernen Gesellschaften. Zum Bestand famialer Lebensformen unter dem Einfluß gesellschaftlicher Differenzierung. In *Busch, Friedrich W. et al. (ed.) Aktuelle Forschungsfelder der Familienwissenschaft*. Würzburg. pp. 33-51.
- Hill, Paul B. and Johannes Kopp (1995): *Familiensoziologie. Grundlagen und theoretische Perspektiven*. Stuttgart.
- Hirshman, Charles (1994): Why Fertility Changes. *Annual Review of Sociology* 20: 203-233.
- Hobbs, Daniel F. (1968): Transition to Parenthood. A Replication and an Extension. *Journal of Marriage and the Family* 30: 413-418.
- Hochschild, Arlie (1989): *The Second Shift. Working Parents and the Revolution at Home*. New York et al.
- Hoem, Britta (1995): Sweden. In *Blossfeld, Hans-Peter (ed.) The New Role of Women. Family Formation in Modern Societies*. Boulder et al. pp. 35-55.
- Hoffman, Lois W. (1972): A Psychological Perspective on the Value of Children to Parents: Concepts and Measures. In *Fawcett, James T. (ed.) The Satisfaction and Costs of Children: Theories, Concepts, Methods* pp. 27-56.
- Hoffman, Lois W. and Jean D. Manis (1979): The Value of Children in the United States: A New Approach to the Study of Fertility. *Journal of Marriage and the Family* 41: 583-596.
- Hoffmann-Nowotny, Hans J. (1995): Die Zukunft der Familie - Die Familie der Zukunft. In *Gerhardt, Uta et al. (ed.) Familie der Zukunft. Lebensbedingungen und Lebensformen*. Opladen. pp. 325-348.
- Höhn, Charlotte (1986): Einflußfaktoren des generativen Verhaltens. Zwischenbilanz zu den Gründen des Geburtenrückgangs. *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 12: 309-323.
- Höhn, Charlotte (1993): Kindheit in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft im Spiegel der Statistik. In *Jugendinstitut, Deutsches (ed.) Was für Kinder? Aufwachsen in Deutschland*. München. pp. 51-61.
- Hollis, Martin (1991): *Rationalität und soziales Verstehen. Wittgenstein-Vorlesungen der Universität Bayreuth*. Frankfurt.
- Hollis, Martin (1995): *Soziales Handeln. Eine Einführung in die Philosophie der Sozialwissenschaft*. Berlin.

- Holst, Elke and Jürgen Schupp (1995): Erwerbsbeteiligung von Frauen in West- und Ostdeutschland - zwischen Entmutigung und beruflichen Veränderungen. In Glatzer, Wolfgang und Heinz-Herbert Noll (ed.) *Getrennt vereint. Lebensverhältnisse in Deutschland seit der Wiedervereinigung*. Frankfurt und New York. pp. 49-70.
- Höltershinken, Dieter and Dagmar Kasüschke (1996): *Betriebliche Kinderbetreuung von 1875 bis heute. Kindergärten und Tageseinrichtungen in Deutschland*. Opladen.
- Homans, George C. (1961): *Social Behaviour. Its Elementary Forms*. London.
- Höpfinger, Francois (1997a): *Bevölkerungssoziologie. Eine Einführung in bevölkerungssoziologische Ansätze und demographische Prozesse*. Weinheim und München.
- Höpfinger, Francois (1997b): Entwicklung der Elternschaft in europäischen Ländern. In Vaskovics, Laszlo (ed.) *Familienleitbilder und Familienrealitäten*. Opladen. pp. 168-186.
- Hradil, Stefan (1995): *Die "Single-Gesellschaft"*. München.
- Huinink, Johannes (1987): Soziale Herkunft, Bildung und Eintritt in die Elternschaft. Erste Ergebnisse im Vergleich dreier Geburtsjahrgangskohorten. Frankfurt und Mannheim.
- Huinink, Johannes (1989): Das zweite Kind. Sind wir auf dem Weg zur Ein-Kind-Familie? *Zeitschrift für Soziologie* 18: 192-207.
- Huinink, Johannes (1989a): Kohortenanalyse der Geburtenentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. In Herlth, Alois und Klaus P. Strohmeier (ed.) *Lebenslauf und Familienentwicklung. Mikroanalysen des Wandels familialer Lebensformen*. Opladen. pp. 67-93.
- Huinink, Johannes (1995): *Warum noch Familie? Zur Attraktivität von Partnerschaft und Elternschaft in unserer Gesellschaft*. Frankfurt und New York.
- Huinink, Johannes (1995a): Education, Work, and Family Patterns of Men: The Case of West Germany. In Blossfeld, Hans-Peter (ed.) *The New Role of Women. Family Formation in Modern Societies*. Boulder. pp. 247-262.
- Huinink, Johannes (1997): Vergleichende Familienforschung: Ehe und Familie in der ehemaligen DDR und der Bundesrepublik Deutschland. In Vaskovics, Laszlo A. (ed.) *Familienleitbilder und Familienrealitäten*. Opladen. .
- Huinink, Johannes (1999): Kinder zwischen Öffentlichkeit und Familie. Zu den Folgen der Umverteilung von Leistungen und Verantwortlichkeiten für die nachwachsende Generation. In Busch, Friedrich W. et al. (ed.) *Aktuelle Forschungsfelder der Familienwissenschaft*. Würzburg. pp. 119-137.
- Huinink, Johannes and Wagner (1995): Partnerschaft, Ehe und Familie in der DDR. In Huinink, Johannes et al. (ed.) *Kollektiv und Eigensinn. Lebensverläufe in der DDR und danach*. Berlin. pp. 145-188.
- Hullen, Gert (1998): *Lebensverläufe in West- und Ostdeutschland*. Opladen.
- Hurrelmann, Klaus and Jürgen Mansel (1993): Individualisierung in der Freizeit? In *Jugendforschung, Zentrum für Kindheits- und (ed.) Wandlungen der Kindheit. Theoretische Überlegungen zum Strukturwandel der Kindheit heute* pp. 77-93.
- Hüttenmoser, Marco and Dorothee Degen-Zimmermann (1995): *Lebensräume für Kinder. Empirische Untersuchungen zur Bedeutung des Wohnumfeldes für den Alltag und die Entwicklung der Kinder*. Zürich.
- Imhof, Arthur E. (1986): Historische Demographie. In Schieder, Wolfgang und Volker Sellin (ed.) *Sozialgeschichte in Deutschland. Entwicklungen und Perspektiven im internationalen Zusammenhang, Vol. 2: Handlungsräume des Menschen in der Geschichte*. Göttingen. pp. 32-63.

- Inglehart, Ronald (1995): Kultureller Umbruch. Wertwandel in der westlichen Welt. Frankfurt und New York.
- Institut für Demoskopie Allensbach (1993): Frauen in Deutschland. Lebensverhältnisse, Lebensstile und Zukunftserwartungen. Die Schering-Frauenstudie '93.
- Jahnke, Angelika and Dietmar Weiß (1987): Zum Zusammenhang von Partnerschaft, Beruf und Kinderwunsch. Diss. Rostock.
- Jurczyk, Karin (1993): Flexibilisierung für wen? Zum Zusammenhang von Arbeitszeiten und Geschlechterverhältnissen. In Jurczyk, Karin und Maria S. Rerrich (ed.) Die Arbeit des Alltags. Beiträge zu einer Soziologie der alltäglichen Lebensführung pp. 346-374.
- Jürgens, Kerstin (1999): Familiäre Lebensführung im Kontext flexibilisierter Arbeitszeiten. Auswirkungen der 28,8-Stunden-Woche bei der VW AG auf die alltägliche Verknüpfung von Erwerbsarbeit, Partnerschaft und Elternschaft. Diss. Hannover.
- Kaa, Dirk J. van de (1997): Verankerte Geschichten: Ein halbes Jahrhundert Forschung über die Determinanten der Fertilität - Die Geschichte und Ergebnisse. Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 22: 3-57.
- Kahneman, Daniel et al. (1982): Judgement under uncertainty: Heuristics and biases.
- Kalter, Frank (1997): Wohnortwechsel in Deutschland: ein Beitrag zur Migrationstheorie und zur empirischen Anwendung von Rational-Choice-Modellen. (Diss. Mannheim) Opladen.
- Kant, Immanuel ([1878] 1989): Kritik der praktischen Vernunft. Stuttgart.
- Kaufmann, Franz-Xaver (1990a): Zukunft der Familie. Stabilität, Stabilitätsrisiken und Wandel der familialen Lebensformen sowie ihre gesellschaftlichen und politischen Bedingungen. München.
- Kaufmann, Franz-Xaver (1990b): Sozialpolitik und Bevölkerungsprozeß. In Birg, Herwig und Rainer Mackensen (ed.) Demographische Wirkungen politischen Handelns. Frankfurt und New York. pp. 103-124.
- Kaufmann, Franz-Xaver (1995): Zukunft der Familie im vereinten Deutschland. Gesellschaftliche und politische Bedingungen. München.
- Kaufmann, Franz-Xaver et al. (1992): Wirkungen politischen Handelns auf den Bevölkerungsprozess. Boppard.
- Kelle, Udo and Christian Lüdemann (1995): "Grau, teurer Freund, ist alle Theorie ..." Rational Choice und das Problem der Brückenannahmen. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 47: 249-267.
- Kelle, Udo and Christian Lüdemann (1996): Theoriereiche Brückenannahmen? Eine Erwiderung auf Siegwart Lindenberg. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 48: 542-545.
- Kelley, Patricia (1992): Healthy Stepfamily Functioning. Families in Society 73: 579-587.
- Keyfitz, Nathan (1986): The Family That Does Not Reproduce Itself. In Davis, Kingsley et al. (ed.) Below-Replacement Fertility in Industrial Societies. Causes, Consequences, Policies pp. 139-153.
- Kiefl, Walter and Josef Schmid (1985): Empirische Studien zum generativen Verhalten. Erklärungsbefunde und theoretische Relevanz. Wiesbaden.
- Kinderbetreuung in Frankfurt. 1992. Bestandsaufnahme, Herausforderung, Perspektiven. Dokumentation der Fachtagung am 14.09.1991.
- Kirchgässner, Gebhard (1991): Homo oeconomicus. Das ökonomische Modell individuellen Verhaltens und seine Anwendung in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Tübingen.

- Kirchgässner, Gebhard (1993): Hält sich der Homo oeconomicus an Regeln? Einige Bemerkungen zur Rolle von Normen und Regeln im Rahmen der Konzeption des ökonomischen Verhaltensmodells. In Herder-Dorneich, Philipp et al. (ed.) Jahrbuch für Neue Politische Ökonomie. 12. Band: Neue Politische Ökonomie von Normen und Institutionen. Tübingen. pp. 181-209.
- Kissman, Kris and Jo A. Allen (1993): Single-Parent Families. London and New Delhi.
- Klein, Markus and Manuela Pötschke (2000): Gibt es einen Wertewandel hin zum "reinen" Postmaterialismus? Eine Zeitreihenanalyse der Wertorientierungen der westdeutschen Bevölkerung zwischen 1970 und 1997. Zeitschrift für Soziologie 29: 202-216.
- Klein, Thomas (1990a): Soziale Determinanten des generativen Verhaltens und der Geburtenentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. Habil.-Schrift Karlsruhe.
- Klein, Thomas (1990b): Postmaterialismus und generatives Verhalten. Zeitschrift für Soziologie 19: 57-64.
- Klein, Thomas (1993): Bildungsexpansion und Geburtenrückgang. Eine kohortenbezogene Analyse zum Einfluß veränderter Bildungsbeteiligung auf die Geburt von Kindern im Lebensverlauf. In Diekmann, Andreas und Stefan Weick (ed.) Der Familienzyklus als sozialer Prozeß. Bevölkerungssoziologische Untersuchungen mit den Methoden der Ereignisanalyse. Berlin. pp. 285-307.
- Kleinewefers, Henner (1987): Der Geburtenrückgang aus ökonomischer Sicht. Folgen, Ursachen, Maßnahmen. Fribourg.
- Klieme, Eckhard et al. (2001): Mathematische Grundbildung: Testkonzeption und Ergebnisse. In Baumert, Jürgen et al. (ed.) Pisa 2000. Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich. Opladen. pp. 139-190.
- Kliemt, Hartmut (1996): Rational Choice-Erklärungen? In Kunz, Volker and Ulrich Druwe (ed.) Handlungs- und Entscheidungstheorie in der Politikwissenschaft: Eine Einführung in Konzepte und Forschungsstand. Opladen. pp. 83-105.
- Kloman, Annette (1994): Am Anfang war der Kinderwunsch. Diskussion der Auswirkungen von Kinderwunschmotiven auf die Lebensbedingungen der Kinder. In Kloman, Annette and Friedhelm Nyssen (ed.) Der Kinderwunsch. Gegenwart und Geschichte. Frankfurt et al. pp. 9-107.
- Köbsell, Swantje (1994): Die Guten ins Töpfchen, die Schlechten ...? Alte und neue Eugenik in Deutschland. In Wichterich, Christa (ed.) Menschen nach Maß. Bevölkerungspolitik in Nord und Süd. Göttingen. pp. 85-106.
- Kohli, Martin (1985): Die Institutionalisierung des Lebenslaufs. Historische Befunde und theoretische Argumente. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 37: 1-29.
- Kohli, Martin (1997): Beziehungen und Transfers zwischen den Generationen: Vom Staat zurück zur Familie? In Vaskovics, Laszlo A. (ed.) Familienleitbilder und Familienrealitäten. Opladen. pp. 278-288.
- Kohlmann, Annette and Johannes Kopp (1997): Verhandlungstheoretische Modellierung des Übergangs zu verschiedenen Kinderzahlen. Zeitschrift für Soziologie 26: 258-274.
- Koo, Helen P. and C. M. Suchindran (1982): Measuring the Impact of Marital Discord, Dissolution, and Remarriage on Fertility. In Fox, Greer L. (ed.) The Childbearing Decision. Fertility Attitudes and Behavior. Beverly Hills et al. pp. 219-246.
- Koppetsch, Cornelia and Günter Burkart (1999): Die Illusion der Emanzipation. Zur Wirksamkeit latenter Geschlechtnormen im Milieuvvergleich. Konstanz.

- Krais, Beate (1996): Bildungsexpansion und soziale Ungleichheit in der Bundesrepublik Deutschland. In (ed.) Die Wiederentdeckung der Arbeit. Jahrbuch '96 Bildung und Arbeit. Opladen. pp. 118-146.
- Krappmann, Lothar (1999): Die Rolle der Soziologie im "Kinderbericht" der Bundesregierung (Zehnter Kinder- und Jugendbericht). Berliner Journal für Soziologie 4: 455-465.
- Kreher, Simone (1995): Berufseinmündung und Familienbildung in der Generationenfolge. In Bertram, Hans (ed.) Das Individuum und seine Familie. Lebensformen, Familienbeziehungen und Lebensereignisse im Erwachsenenalter. Opladen. pp. 223-266.
- Kreppner, Kurt (2000): Entwicklung von Eltern-Kind Beziehungen: Normative Aspekte im Rahmen der Familienentwicklung. In Schneewind, Klaus A. (ed.) Familienpsychologie im Aufwind. Brückenschläge zwischen Forschung und Praxis. Göttingen et al. pp. 174-193.
- Krüsselberg, Hans-Günter (1995): Der familienpolitische Handlungsbedarf: Vom Familienlastenausgleich zum Familienleistungsausgleich? In Keil, Siegfried und Ingrid Langer (ed.) Familie morgen? Ertrag und Perspektiven des Internationalen Jahres der Familie. Marburg. pp. 75-91.
- Krüsselberg, Hans-Günter et al. (1986): Verhaltenshypothesen und Familienzeitbudgets - Die Ansatzpunkte der "Neuen Haushaltsökonomik" für Familienpolitik. Stuttgart et al.
- Kübler, Hans-Dieter (1993): Zwischen Imagination und Wirklichkeit. Strukturen und Tendenzen inszenierter Kindheit. In Tietze, Wolfgang and Hans-Günther Rossbach (ed.) Erfahrungsfelder in der frühen Kindheit: Bestandsaufnahme, Perspektiven. Freiburg. pp. 56-96.
- Kühn, Brigitte (1991): Gedanken zur Sozialgesetzgebung und der Krippenaufzucht in der DDR aus kinderärztlicher Sicht. In Nyssen, Friedhelm (ed.) Zur Diskussion über die Kinderkrippe. Frankfurt et al. pp. 7-27.
- Kunz, Volker (1996): Präferenzen, Wertorientierungen und Rational Choice. In Kunz, Volker and Ulrich Druwe (ed.) Handlungs- und Entscheidungstheorie in der Politikwissenschaft: Eine Einführung in Konzepte und Forschungsstand. Opladen. pp. 154-176.
- Lampert, Heinz (1996): Priorität für die Familie. Plädoyer für eine rationale Familienpolitik. Berlin.
- LaRossa, Ralph (1997): The Modernization of Fatherhood: A Social and Political History. Chicago.
- Lehr, Ursula M. (1986): Zur Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Arbeit in der Familie. In Geißler, Heiner (ed.) Abschied von der Männergesellschaft. Frankfurt und Berlin. pp. 96-110.
- Leibenstein, Harvey (1976a): Comment to Easterlin et al. 1976. In Easterlin, Richard A. (ed.) Population and Economic Change in Developing Countries. Chicago and London. pp. 135-140.
- Leibenstein, Harvey (1976b): The Problem of Characterizing Aspirations. Population and Development Review 2: 427-431.
- Leibenstein, Harvey (1976c): Beyond Economic Man. A New Foundation for Microeconomics. Cambridge/MA and London.
- Leibenstein, Harvey (1980): Relaxing the Maximization Assumption in the Economic Theory of Fertility. In Höhn, Charlotte and Rainer Mackensen (ed.) Determinants of Fertility Trends: Theories Re-Examined. Liège. pp. 35-48.
- Leipert, Christian and Michael Opielka (1997): Konzeption Erziehungsgeld 2000. Bonn.
- Leipert, Christian Michael Opielka (1998): Erziehungsgeld 2000. Ein Weg zur Aufwertung der Erziehungsarbeit. Bonn.

- Leipold, Helmut (1997): Die Lust am Niedergang - Eine logische Asymmetrie der Logik des kollektiven Handelns. In Pies, Ingo und Martin Leschke (ed.) Mancur Olsons Logik kollektiven Handelns. Tübingen. pp. 227-237.
- Leisering, Lutz (1992): Sozialstaat und demographischer Wandel. Wechselwirkungen, Generationenverhältnisse, politisch-institutionelle Steuerung. Frankfurt und New York.
- LeMasters, E. E. (1957): Parenthood as Crisis. *Marriage and Family Living* 19: 352-355.
- LeMasters, E. E. and John DeFrain (1983): Parents in contemporary America. A sympathetic view. *Homewood/III*.
- Lengsfeld, W. et al. (1985): Politische und prognostische Bedeutung der Panel-Untersuchung des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung zum generativen Verhalten deutscher Familien. In Schmid, Josef und Karl Schwarz (ed.) Politische und prognostische Tragweite von Forschungen zum generativen Verhalten. Berlin. pp. 255-287.
- Lenz, Albert (1990): Ländlicher Alltag und familiäre Probleme. Eine qualitative Studie über Bewältigungsstrategien bei Erziehungs- und Familienproblemen auf dem Land. München.
- Lenz, Karl (1998): Soziologie der Zweierbeziehungen. Eine Einführung. Opladen.
- Lesthaeghe, Ron (1992): Der zweite demographische Übergang in den westlichen Ländern: Eine Deutung. *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 18: 313-354.
- Lesthaeghe, Ron and Dominique Meekers (1986): Value Changes and the Dimensions of Familism in the European Community. *European Journal of Population* 1 2: 225-268.
- Levi, Isaac (1986): Hard choices. Decision making under unresolved conflict. Cambridge et al.
- Lewandowski, Sven (1996): Rational und defizitär? Zur Bestimmung eines familienpolitischen Grenznutzens - eine Kritik am 5. Familienbericht -. *Zeitschrift für Familienforschung* 8: 43-51.
- Linde, Hans (1984): Theorie der säkularen Nachwuchsbeschränkung 1800 bis 2000. Frankfurt und New York.
- Lindenberg, Siegwart (1983a): Utility and Morality. *Kyklos* 36: 450-468.
- Lindenberg, Siegwart (1983b): The New Political Economy: its potential and limitations for the social sciences in general and for sociology in particular. In Sodeur, Wolfgang (ed.) *Ökonomische Erklärungen sozialen Verhaltens. Berichte un Diskussionen*. Bad Homburg. pp. 7-67.
- Lindenberg, Siegwart (1991a): Social Approval, Fertility and Female Labour Market. In Siegers, Jacques et al. (ed.) *Female Labour Market Behaviour and Fertility. A Rational-Choice Approach*. Heidelberg et al. pp. 32-58.
- Lindenberg, Siegwart (1991b): Die Methode der abnehmenden Abstraktion: Theoriegesteuerte Analyse und empirischer Gehalt. In Esser, Hartmut und Klaus G. Troitzsch (ed.) *Modellierung sozialer Prozesse. Neuere Ansätze und Überlegungen zur soziologischen Theoriebildung*. Bonn. pp. 29-78.
- Lindenberg, Siegwart (1993): Framing, Empirical Evidence, and Applications. In Herder-Dorneich, Philipp et al. (ed.) *Jahrbuch für Neue Politische Ökonomie*. 12. Band. Neue Politische Ökonomie von Normen und Institutionen. Tübingen. pp. 11-38.
- Lindenberg, Siegwart (1996a): Die Relevanz theoriereicher Brückenannahmen. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 48: 126-140.
- Lindenberg, Siegwart (1996b): Theoriegesteuerte Konkretisierung der Nutzentheorie. Eine Replik auf Kelle/Lüdemann und Opp/Friedrichs. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 48: 560-565.

- Lindenberg, Siegwart and Bruno S. Frey (1993): Alternatives, Frames, and Relative Prices: A Broader View of Rational Choice Theory. *Acta Sociologica* 36: 191-205.
- Loeffelholz, Hans D. v. and Günter Köpp (1998): *Ökonomische Auswirkungen der Zuwanderung nach Deutschland*. Berlin.
- Lohkamp-Himmighofen, Marlene (1999): Familienpolitische Maßnahmen bei Mutterschaft und der Erziehung von Kleinkindern in den Mitgliedsstaaten der EU, Norwegen und der Schweiz. *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 24: 47-64.
- Löhr, Henrike (1991): Kinderwunsch und Kinderzahl. In Bertram, Hans (ed.) *Die Familie in Westdeutschland. Stabilität und Wandel familialer Lebensformen*. Opladen. pp. 461-496.
- Luckmann, Thomas (1992): *Theorie des sozialen Handelns*. Berlin und New York.
- Lüdemann, Christian (1997): *Rationalität und Umweltverhalten: die Beispiele Recycling und Verkehrsmittelwahl. (Habil-Schrift Bremen)* Wiesbaden.
- Lüdemann, Christian and Heinz Rothgang (1996): Der "eindimensionale" Akteur. Eine Kritik der Framing-Modelle von Siegwart Lindenberg und Hartmut Esser. *Zeitschrift für Soziologie* 25: 278-288.
- Luhmann, Niklas (1992): Das Moderne der modernen Gesellschaft. In Luhmann, Niklas (ed.) *Beobachtungen der Moderne*. Opladen. pp. 11-49.
- Luhmann, Niklas (1995): *Soziologische Aufklärung 6: Die Soziologie und der Mensch*. Opladen.
- Lüscher, Kurt and Heribert Engstler (1990): Pluralität in Grenzen. Eine sozio-demographische Typologie aktueller Formen der Familiengründung in der Schweiz. *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 16: 407-413.
- Lüscher, Kurt and Heriberg Engstler (1991): *Formen der Familiengründung in der Schweiz. Eine Analyse amtlicher Daten über die Geborenen 1979-1987*. Bern.
- Lüscher, Kurt and Andreas Lange (1996): Nach der "postmodernen" Familie. In Buba, Hans P. und Norbert F. Schneider (ed.) *Familie zwischen gesellschaftlicher Prägung und individuellem Design*. Opladen. pp. 23-36.
- Lüscher, Kurt and Michael Wehrspau (1986): Familie und Zeit. *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 12: 239-256.
- Lüscher, Kurt et al. (1984): Elternbildung durch Elternbriefe. Möglichkeiten und Grenzen einer akuten familienpolitischen Maßnahme. Konstanz.
- Maag, Gisela (1991): *Gesellschaftliche Werte. Strukturen, Stabilität und Funktion*. Köln.
- Maag, Gisela (1992): Zur Stabilität individueller Wertmuster. In Klages, Helmut et al. (ed.) *Werte und Wandel. Ergebnisse und Methoden einer Forschungstradition*. Frankfurt und New York. pp. 622-641.
- Machina, Mark J. (1987): Choice Under Uncertainty: Problems Solved and Unsolved. *Economic Perspectives* 1: 121-154.
- Mackenroth, Gerhard (1953): *Bevölkerungslehre. Theorie, Soziologie und Statistik der Bevölkerung*. Berlin et al.
- Malthus, Thomas R. ([1798] 1952): *An Essay on Population*. London and New York.
- Marx, Birgit (1999): Soziale Entwicklung in ländlichen Regionen: Ein theoretischer und empirischer Bezugsrahmen für ein Konzept sozialer Regionalentwicklung für die Zielgruppen Frauen und Jugend. Münster et al.
- Matthias-Bleck, Heike (1997): *Warum noch Ehe? Erklärungsversuche der kindorientierten Eheschließung*. Bielefeld (Diss. Oldenburg).

- Mayer, Karl U. (1991): Soziale Ungleichheit und die Differenzierung von Lebensverläufen. In Zapf, Wolfgang (ed.) Die Modernisierung moderner Gesellschaften. Frankfurt und New York. pp. 667-687.
- Mayer, Tilman (1999): Die demographische Krise. Eine integrative Theorie der Bevölkerungsentwicklung. Frankfurt.
- McKenzie, Richard B. and Gordon Tullock (1978): The New World of Economics. Explorations into the Human Experience. Homewood/Ill.
- Meeker, Barbara F. (1980): Rational Decision-making Models in Interpersonal Behavior. In Burch, Thomas K. (ed.) Demographic Behavior. Interdisciplinary Perspectives on Decision-making. Boulder. pp. 23-42.
- Meinefeld, Werner (1995): Realität und Konstruktion. Erkenntnistheoretische Grundlagen einer Methodologie der empirischen Sozialforschung. Opladen.
- Mensch, Kirsten (2000): Niedrigkostensituationen, Hochkostensituationen und andere Situationstypen: ihre Auswirkungen auf die Möglichkeit von Rational-Choice-Erklärungen. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 52: 246-263.
- Merkle, Lucie and Klaus F. Zimmermann (1992): Kinderbetreuung in familienökonomischer Sicht. München.
- Merton, Robert K. (1936): The Unanticipated Consequences of Purposive Social Action. American Sociological Review 1: 894-904.
- Messelken, Karlheinz (1993): Die Verhaltenstheorie. In Endruweit, Günter (ed.) Moderne Theorien der Soziologie. Strukturell-funktionale Theorie - Konflikttheorie - Verhaltenstheorie. Stuttgart. pp. 135-210.
- Meyenberg, Rüdiger (1996): Elternschaft und Schule. Handbuch für praktische Elternarbeit in Niedersachsen. Hannover.
- Meyer, Peter (1997): Stabilität versus Effizienz. Eine Theorie öffentlicher Güter. Diss. Dresden.
- Meyer, Sibylle and Eva Schulze (1992): Familie im Umbruch. Zur Lage der Familien in der ehemaligen DDR. Stuttgart et al.
- Meyer, Thomas (1992): Modernisierung der Privatheit. Differenzierungs- und Individualisierungsprozesse des familialen Zusammenlebens. Opladen.
- Meyer, Thomas (1993): Der Monopolverlust der Familie. Vom Teilsystem Familie zum Teilsystem privater Lebensformen. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 45: 23-40.
- Meyer, Willi (1987): Was leistet die ökonomische Theorie der Familie? In Todt, Horst (ed.) Die Familie als Gegenstand sozialwissenschaftlicher Forschung. Berlin. pp. 11-46.
- Miedaner, Lore and Hanna Permien (1993): Betreuungsangebote für Schulkinder: Nachfrage groß, Angebot dürftig. In Jugendinstitut, Deutsches (ed.) Was für Kinder? Aufwachsen in Deutschland. München. pp. 361-365.
- Mikl-Horke, Gertraude (1997): Soziologie. Historischer Kontext und soziologische Theorie-Entwürfe. München und Wien.
- Mincer, Jacob (1962): Labor force participation of married women: a study of labor supply. In National Bureau of Economic Research (ed.) Aspects of Labor Economics. Princeton. pp. 63-97.
- Mincer, Jacob and Solomon Polachek (1974): Family Investments in Human Capital: Earnings of Women. In Schultz, Theodore W. (ed.) Economics of the Family. Marriage, Children, and Human Capital. Chicago and London. pp. 397-429.

- Mitterauer, Michael (1997): "Das moderne Kind hat zwei Kinderzimmer und acht Großeltern" - Die Entwicklung in Europ. In Mitterauer, Michael und Norbert Ortmayr (ed.) Familie im 20. Jahrhundert. Traditionen, Probleme, Perspektiven. Wien. pp. 13-51.
- Möckli, Silvano (1999): Die demographische Herausforderung. Chancen und Gefahren einer Gesellschaft lang lebender Menschen. Bern et al.
- Mühlenfeld, Hans-Ullrich (1999): Kriminalität als rationale Wahlhandlung: eine empirische Überprüfung der Rational-Choice-Theorie anhand des Schwarzfahrens. Stuttgart.
- Mühlfeld, Claus (1995): Familiäre Lebensformen. Ehe - Familie - Partnerschaft. Augsburg.
- Mühlfeld, Claus (1996): Zur Normativität familialer Lebensformen. In Buba, Hans P. und Norbert F. Schneider (ed.) Familie. Zwischen gesellschaftlicher Prägung und individuellem Design. Opladen. pp. 95-104.
- Mühlfeld, Claus and Friedrich Schönweiss (1989): Nationalsozialistische Familienpolitik. Familiensoziologische Analyse der nationalsozialistischen Familienpolitik. Stuttgart.
- Münch, Richard (1988): Theorie des Handelns. Zur Rekonstruktion der Beiträge von Talcott Parsons, Emile Durkheim und Max Weber. Frankfurt.
- Münch, Ursula (1990): Familienpolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Maßnahmen, Defizite, Organisation familienpolitischer Staatstätigkeit. Freiburg.
- Murdock, G. P. (1960): The Universality of the Nuclear Family. In Bell, Norman W. and Ezra F. Vogel (ed.) A Modern Introduction to The Family. New York and London. pp. 37-44.
- Myrdal, Gunnar (1962): Population. A Problem for Democracy. Gloucester/MA.
- Nakamura, Alice and Masao Nakamura (1991): Models of Female Labour Supply, with Special References to the Effects of Children. In Siegers, Jacques et al. (ed.) Female Labour Market Behaviour and Fertility. A Rational-Choice Approach. Heidelberg et al. pp. 191-212.
- Namoodiri, N. Krishnan (1972): Some Observations on the Economic Framework for Fertility Analysis. Population Studies 26: 185-206.
- Namoodiri, N. Krishnan (1980a): Comment on "Fertility as Consumption". Journal of Consumer Research 5: 290-292.
- Namoodiri, N. Krishnan (1980b): A Look at Fertility Model-Building from Different Perspectives. In Burch, Thomas K. (ed.) Demographic Behavior. Interdisciplinary Perspectives on Decision-making. Boulder. pp. 71-90.
- Nauck, Bernhard (1991): Familien- und Betreuungssituationen im Lebenslauf von Kindern. In Bertram, Hans (ed.) Die Familie in Westdeutschland. Stabilität und Wandel familialer Lebensformen. Opladen. pp. 389-428.
- Nauck, Bernhard (1993a): Regionale und soziale Differenzierungen in Einstellungen zu Kindern, im generativen Verhalten und in den Kindschaftsverhältnissen. In Nauck, Bernhard (ed.) Lebensgestaltung von Frauen. Eine Regionalanalyse zur Integration von Familien- und Erwerbstätigkeit im Lebensverlauf. Weinheim und München. pp. 45-86.
- Nauck, Bernhard (1993b): Sozialstrukturelle Differenzierung der Lebensbedingungen von Kindern in West- und Ostdeutschland. In Markefka, Manfred and Bernhard Nauck (ed.) Handbuch der Kindheitsforschung. Neuwied und Frankfurt. pp. 143-163.
- Nauck, Bernhard (1995a): Familie im Kontext von Politik, Kulturkritik und Forschung: Das Internationale Jahr der Familie. In Gerhard, Ute et al. (ed.) Familie der Zukunft. Lebensbedingungen und Lebensformen. Opladen. pp. 21-36.
- Nauck, Bernhard (1995b): Sozialräumliche Differenzierung der Lebensverhältnisse von Kindern in Deutschland. In Glatzer, Wolfgang and Heinz-Herbert Noll (ed.) Getrennt vereint.

- Lebensverhältnisse in Deutschland seit der Wiedervereinigung. Frankfurt und New York. pp. 165-202.
- Nauck, Bernhard and Magdalena Joos (1996): Kinderarmut in Ostdeutschland. Zum Zusammenwirken von Institutionentransfer und familialer Lebensform im Transformationsprozeß. In Buba, Hans P. and Norbert F. Schneider (ed.) Familie. Zwischen gesellschaftlicher Prägung und individuellem Design. Opladen. pp. 165-181.
- Nauck, Bernhard and Annette Kohlmann (1999): Values of Children. Ein Forschungsprogramm zur Erklärung von generativem Verhalten und intergenerativen Beziehungen. In Busch, Friedrich et al. (ed.) Aktuelle Forschungsfelder der Familienforschung. Würzburg. pp. 53-73.
- Nave-Herz, Rosemarie (1992a): Kinder in der Familie. In Gernert, Wolfgang (ed.) Über die Rechte des Kindes. Impulse für die Jugendhilfe zum Schutz des Kindes durch Familie, Gesellschaft und Staat. Stuttgart et al. pp. 63-70.
- Nave-Herz, Rosemarie (1992b): Frauen zwischen Tradition und Moderne. Bielefeld.
- Nave-Herz, Rosemarie (1994): Familie heute. Wandel der Familienstrukturen und Folgen für die Erziehung. Darmstadt.
- Nave-Herz, Rosemarie (1999): Diskontinuitäten zwischen Familie und Moderne. In Friedrichs, Jürgen and Rosemarie Nave-Herz (ed.) Familiensoziologie. Oldenburg. pp. 31-51.
- Nerdinger, Friedemann W. et al. (1984): Kinderwunsch und generatives Verhalten - Ausgewählte Ergebnisse einer Längsschnittstudie an jungen Ehepaaren. Zeitschrift für experimentelle und angewandte Psychologie 31: 464-482.
- Nerlove, Marc (1974): Household and Economy: Toward a New Theory of Population and Economic Growth. Journal of Political Economy 82: S200-S218.
- Nerlove, Marc et al. (1989): Socially Optimal Population Size and Individual Choice. In Zimmermann, Klaus F. (ed.) Economic Theory of Optimal Population. Berlin et al. pp. 19-38.
- Netzler, Andreas (1996): Risiken und Risikoerfahrungen von Familien im Vergleich mit Kinderlosen. Bamberg.
- Neubauer, Georg and Klaus Hurrelmann (1993): "Schwierige" und sozial auffällige Kinder. In Marhefka, Manfred and Bernhard Nauck (ed.) Handbuch der Kindheitsforschung. Neuwied und Frankfurt. pp. 631-640.
- Neumann, John von and Oskar Morgenstern (1947): Theory of Games and Economic Behavior. Princeton.
- Nida-Rümelin, Julian (1995): Kritik des Konsequentialismus. München.
- Nida-Rümelin, Julian (1999): Demokratie als Kooperation. Frankfurt.
- Nullmeier, Frank and Friedbert W. Rüb (1993): Die Transformation der Sozialpolitik. Vom Sozialstaat zum Sicherheitsstaat. Frankfurt und New York.
- Nyssen, Friedhelm (1991): Kinderkrippe und "Evolution der Kindheit". In Nyssen, Friedhelm (ed.) Zur Diskussion über die Kinderkrippe. Frankfurt et al. pp. 29-138.
- Oberhuemer, Pamela and Michaela Ulich (1997): Kinderbetreuung in Europa. Tageseinrichtungen und pädagogisches Personal. Weinheim und Basel.
- Oerter, Rolf (1993): Ist Kindheit Schicksal? Kindheit und ihr Gewicht im Lebenslauf. In Deutsches Jugendinstitut (ed.) Was für Kinder? Aufwachsen in Deutschland. München. pp. 78-90.
- Oeter, Karl (1982): Zur Tragfähigkeit individualistisch-rationaler Entscheidungsmodelle. Eine Analyse der Entscheidungstheorie und ihrer soziologischen Folge-Theorien am Beispiel des Präventiven Verhaltens im Bereich der Empfängnisverhütung. Habil-Schrift Hannover.

- Ogburn, William F. (1933): *The Family and its Functions*. In (ed.) *Recent Social Trends in the United States*. New York and London. pp. 661-708.
- Olson, Mancur (1965): *The Logic of Collective Action. Public Goods and the Theory of Groups*. Cambridge.
- Opielka, Michael (1997): *Bezahlte Elternschaft. Voraussetzungen und Folgen einer monetären Anerkennung der Erziehungsarbeit durch ein Erziehungsgehalt*. Bonn.
- Opielka, Michael (1998): *Bezahlte Elternschaft. Voraussetzungen und Folgen einer monetären Anerkennung der Erziehungsarbeit durch ein Erziehungsgehalt*. In Netzler, Andreas and Michael Opielka (ed.) *Neubewertung der Familienarbeit in der Sozialpolitik*. Opladen. pp. 85-122.
- Opp, Karl-Dieter (1983): *Die Entstehung sozialer Normen. Ein Integrationsversuch soziologischer, sozialpsychologischer und ökonomischer Erklärungen*. Tübingen.
- Opp, Karl-Dieter (1991): *Die endogene Evolution von Kooperation. Ein empirischer Test einiger Hypothesen über den Verlauf von Kooperation in Situationen des Gefangenendilemmas*. In Esser, Hartmut and Klaus G. Troitzsch (ed.) *Modellierung sozialer Prozesse. Neuere Ansätze und Überlegungen zur soziologischen Theoriebildung*. Bonn. pp. 373-395.
- Opp, Karl-Dieter (1993): *Social Modernization and the Increase in the Divorce Rate*. *Journal of Institutional and Theoretical Economics* 149: 278-282.
- Opp, Karl-Dieter and Jürgen Friedrichs (1996): *Brückenannahmen, Produktionsfunktionen und die Messung von Präferenzen*. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 48: 546-559.
- Oppitz, Günther (1984): *Kind oder Konsum? Eine ökonomisch-psychologische Studie zur Verhaltensrelevanz von Werthaltungen junger Ehepaare*. Boppard.
- Oppitz, Günther et al. (1983): *Wertwandel und Kinderwunsch - Eine sozialpsychologische Analyse des generativen Verhaltens*. *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 9: 387-400.
- Ory, Marcia G. (1978): *The Decision to Parent or Not: Normative and Structural Components*. *Journal of Marriage and the Family* 40: 531-539.
- Ott, Notburga (1986): *Bevölkerungsentwicklung bis zum Jahr 2000 - Modellrechnungen mit der Version 86.0 des Mikrosimulationsmodells des Sfb 3*.
- Ott, Notburga (1993): *Zum Rationalverhalten familialer Entscheidungen*. In Born, Claudia und Helga Krüger (ed.) *Erwerbsverläufe von Ehepartnern und die Modernisierung weiblicher Lebensläufe*. Weinheim. pp. 25-51.
- Ott, Notburga and Gabriele Rolf (1987): *Zur Entwicklung von Frauenerwerbstätigkeit und Geburtenhäufigkeit*.
- Pampel, Fred C. (1993): *Relative Cohort Size and Fertility: The Socio-Political Context of the Easterlin Effect*. *American Sociological Review* 58: 496-514.
- Papastefanou, Georgios (1990): *Familiengründung im Lebensverlauf. Eine empirische Analyse sozialstruktureller Bedingungen der Familiengründung bei den Kohorten 1929-31, 1939-41 und 1949-51*. Stuttgart.
- Parsons, Talcott (1949): *The Social Structure of the Family*. In Anshen, Ruth N. (ed.) *The Family: It's Function and Destiny*. New York. pp. 173-201.
- Parsons, Talcott (1964): *The American Family: It's Relations to Personality and the Social Structure*. In Parsons, Talcott and Robert F. Bales (ed.) *Family, Socialization and Interaction Process*. London. pp. 3-33.

- Parsons, Talcott and Robert F. Bales (1964): Conclusion: Levels of Cultural Generality and the Process of Differentiation. In Parsons, Talcott and Robert F. Bales (ed.) *Family, Socialization and Interaction Process*. London. pp. 353-394.
- Parsons, Talcott and Edward A Shils (1951): Values, Motives, and Systems of Action. In Parsons, Talcott and Edward A. Shils (ed.) *Toward a General Theory of Action*. Cambridge/MA. pp. 47-277.
- Pechstein, Matthias (1998): Familiengerechtigkeit und Sozialstaatlichkeit. In Netzler, Andreas und Michael Opielka (ed.) *Neubewertung der Familienarbeit in der Sozialpolitik*. Opladen. pp. 15-32.
- Peek, Rainer (1995): *Kindliche Erfahrungsräume zwischen Familie und Öffentlichkeit. Eine empirische Untersuchung zum Stellenwert der Wohnumwelt im Alltag junger Kinder*. New York.
- Pettinger, Rudolf (1991): Wohin mit den Kindern? Tagesbetreuung und Kindergartenbesuch. *Diskurs 1*: 28-33.
- Petzold, Matthias (1991): *Paare werden Eltern. Eine familienentwicklungspsychologische Längsschnittstudie*. München.
- Peuckert, Rüdiger (1991): *Familienformen im sozialen Wandel*. Opladen.
- Pieper, Marianne (1994): Zwei Schritte vor - ein Schritt zurück: neue Wege ins "Familienglück". Elternschaft zwischen alten Leitbildern und neuen Lebensformen. In Pieper, Marianne (ed.) *Beziehungskisten und Kinderkram. Neue Formen der Elternschaft*. Frankfurt und New York. pp. 9-44.
- Pinnelli, Antonella and Alessandra de Rose (1995): Italy. In Blossfeld, Hans-Peter (ed.) *The New Role of Women. Family Formation in Modern Societies*. Boulder et al. pp. 174-190.
- Piwonka, Brigitte (1995): *Der Kinderwunsch - ein Egotrip? Warum Frauen und Männer sich für oder gegen Kinder entscheiden*. Frankfurt.
- Pleck, Joseph H. (1993): Are "Family-Supportive" Employer Policies Relevant to Men? In Hood, Jane C. (ed.) *Men, Work, and Family*. Newbury Park et al. pp. 217-237.
- Podzuweit, Ulrich (1994): Armut in der Großstadt. Das Beispiel Hamburg. In Kürner, Peter und Ralf Nafroth (ed.) *Die vergessenen Kinder. Vernachlässigung und Armut in Deutschland*. Köln. pp. 41-50.
- Pohl, Katharina (1999a): Einstellungen zu Kindern. In Roloff, Juliane and Jürgen Dorbritz (ed.) *Familienbildung in Deutschland Anfang der 90er Jahre*. Opladen. pp. 180-185.
- Pohl, Katharina (1999b): Einstellungen der Befragten zur Verwendung von Methoden der Familienplanung. In Roloff, Juliane and Jürgen Dorbritz (ed.) *Familienbildung in Deutschland Anfang der 90er Jahre*. Opladen. pp. 203-205.
- Pope, Hallowell (1972): Normative Choices: Problems of Conceptualization and Some Attempts at Measurement. In Fawcett, James T. (ed.) *The Satisfaction and Costs of Children: Theories, Concepts, Methods* pp. 142-169.
- Popenoe, David (1988): *Disturbing the Nest. Family Change and Decline in Modern Societies*. New York.
- Popenoe, David (1993): American Family Decline, 1960-1990: A Review and Appraisal. *Journal of Marriage and the Family* 55: 527-555.
- Popper, Karl R. ([1934] 1971): *Logik der Forschung*. Tübingen.
- Postman, Neil (1993): *Das Verschwinden der Kindheit*. Frankfurt.

- Prenzel, Manfred et al. (2001): Naturwissenschaftliche Grundbildung: Testkonzeption und Ergebnisse. In Baumert, Jürgen et al. (ed.) Pisa 2000. Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich. Opladen. pp. 191-248.
- Presser, Harriet (1986): Comment to Presser 1986. In Davis, Kingsley et al. (ed.) Below-Replacement Fertility in Industrial Societies. Causes, Consequences, Policies pp. 196-200.
- Preston, Samuel H. (1986): Changing Values and Falling Birth Rates. In Davis, Kingsley et al. (ed.) Below-Replacement Fertility in Industrial Societies. Causes, Consequences, Policies pp. 176-195.
- Quest, Karlheinz (1998): Der überforderte Generationenvertrag. Rentenpolitik auf dem Prüfstand. Landsberg.
- Ramb, Bernd-Thomas (1993): Der universale homo oeconomicus. In Ramb, Bernd-Thomas and Manfred Marckfeld (ed.) Ökonomische Verhaltenstheorie. München. pp. 1-31.
- Ramm, Thilo (1994): Wiedervereinigung und Familienrechtsreform. In Ramm, Thilo et al. (ed.) Familie und Recht. Zum Familienrecht im vereinten Deutschland und zur Bedeutung der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes für Wanderungsbewegungen. München. pp. 13-133.
- Rapoport, Anatol (1989): Decision Theory and Decision Behaviour. Normative and Descriptive Approaches. Dordrecht et al.
- Rapoport, Anatol and Albert M. Chammah (1965): Sex Differences in Factors Contributing to the Level of Cooperation in the Prisoner's Dilemma Game. *Journal of Personality and Social Psychology* 2: 831-838.
- Raub, Werner and Thomas Voss (1981): Individuelles Handeln und gesellschaftliche Folgen. Das individualistische Programm in den Sozialwissenschaften. Darmstadt und Neuwied.
- Rausch, Jens P. (1996): Untersuchungen zu Einstellungs- und Verhaltensänderungen der weiblichen Bevölkerung eines Territoriums hinsichtlich Familienplanung und Kinderwunsch. Diss. Dresden.
- Rawls, John (1979): Eine Theorie der Gerechtigkeit. Frankfurt.
- Rerrich, Maria S. (1988): Balanceact Familie. Zwischen alten Leitbildern und neuen Lebensformen. Freiburg.
- Rerrich, Maria S. (1993): Gemeinsame Lebensführung: Wie Berufstätige einen Alltag mit ihren Familien herstellen. In Jurczyk, Karin and Maria S. Rerrich (ed.) Die Arbeit des Alltags. Beiträge zu einer Soziologie der alltäglichen Lebensführung. Freiburg. pp. 310-333.
- Reyer, Jürgen and Heidrun Kleine (1997): Die Kinderkrippe in Deutschland. Sozialgeschichte einer umstrittenen Einrichtung. Freiburg.
- Ribhegge, Hermann (1993): Ökonomische Theorie der Familie. In Ramb, Bernd-Thomas and Manfred Tietzel (ed.) Ökonomische Verhaltenstheorie. München. pp. 63-87.
- Richter, Gudrun and Martina Stackelbeck (1992): Beruf und Familie. Arbeitszeitpolitik für Eltern kleiner Kinder. Köln.
- Richter, John E. and Carolyn Zahn-Waxler (1988): The Infant Day Care Controversy. Current Status and Future Directions. *Early Childhood Research Quarterly* 3: 319-336.
- Riester, Walter (2000): Rentenreform 2000: Ein mutiger Schritt zu mehr Sicherheit. Die Eckpunkte des Regierungskonzepts. Berlin.
- Rindfuss, Ronald R. et al. (1996): Women, Work, and Children: Behavioral and Attitudinal Change in the United States. *Population and Development Review* 22: 457-482.
- Risman, Barbara J. and Myra M. Ferree (1995): Comment on Coleman. *American Sociological Review* 60: 775-782.

- Rollin, Marion (1993): "Typisch Einzelkind". In Deutsches Jugendinstitut (ed.) Was für Kinder? Aufwachsen in Deutschland. München. pp. 142-148.
- Roloff, Juliane (1999a): Sozio-demographische und sozio-ökonomische Rahmenbedingungen generativer Verhaltensentscheidungen in Deutschland 1992. In Roloff, Juliane and Jürgen Dorbritz (ed.) Familienbildung in Deutschland Anfang der 90er Jahre. Opladen. pp. 32-46.
- Roloff, Juliane (1999b): Erwerbstätigkeit und Kinderwunsch. In Roloff, Juliane and Jürgen Dorbritz (ed.) Familienbildung in Deutschland Anfang der 90er Jahre. Opladen. pp. 186-189.
- Roloff, Juliane (1999c): Einkommenslage, subjektive Einschätzung der Einkommenslage und Kinderwunsch. In Roloff, Juliane and Jürgen Dorbritz (ed.) Familienbildung in Deutschland Anfang der 90er Jahre. Opladen. pp. 193-199.
- Roloff, Juliane (1999d): Wohnzufriedenheit und Kinderwunsch. In Roloff, Juliane and Jürgen Dorbritz (ed.) Familienbildung in Deutschland Anfang der 90er Jahre. Opladen. pp. 199-202.
- Roloff, Juliane (1999e): Verhaltensweisen bei ungewollter Schwangerschaft und Akzeptanz des Schwangerschaftsabbruchs. In Roloff, Juliane and Jürgen Dorbritz (ed.) Familienbildung in Deutschland Anfang der 90er Jahre. Opladen. pp. 205-225.
- Rosen, Raye H. and Twylah Benson (1982): The Second-Class Partner: The Male Role in Family-Planning Decisions. In Fox, Greer L. (ed.) The Childbearing Decision. Fertility Attitudes and Behavior. Beverly Hills. pp. 97-124.
- Rosenbaum, Heidi (1982): Formen der Familie. Untersuchungen zum Zusammenhang von Familienverhältnissen, Sozialstruktur und sozialem Wandel in der deutschen Gesellschaft des 19. Jahrhunderts. Frankfurt.
- Rosenberg, Alexander (1979): Can Economic Theory Explain Everything? *Philosophy of the Social Sciences* 9: 509-529.
- Rosenstiel, Lutz v. (1978): Zur Motivation des generativen Verhaltens. *Theoretische Konzepte und Untersuchungsansätze. Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 4: 161-175.
- Rosenstiel, Lutz v. et al. (1986): Einführung in die Bevölkerungspsychologie. Darmstadt.
- Rosenzweig, Mark R. and T. Paul Schultz (1985): The Demand for and Supply of Births: Fertility and its Life Cycle Consequences. *The American Economic Review* 75: 992-1015.
- Rosenzweig, Mark R. and Kenneth I. Wolpin (1980a): Testing the Quantity-Quality Fertility Model: The Use of Twins as a Natural Experiment. *Econometrica* 48: 227-240.
- Rosenzweig, Mark R. and Kenneth I. Wolpin (1980b): Life-Cycle Labor Supply and Fertility: Causal Inferences from Household Models. *Journal of Political Economy* 88: 328-348.
- Rossi, Alice S. (1993): Intergenerational Relations: Gender, Norms, and Behavior. In Bengtson, Vern L. and W. Andrew Achenbaum (ed.) *The Changing Contract across Generations*. New York. pp. 191-211.
- Rost, Harald and Norbert F. Schneider (1994): Familiengründung und Auswirkungen der Elternschaft. *Österreichische Zeitschrift für Soziologie* 19: 34-57.
- Rost, Harald and Norbert F. Schneider (1995): Differentielle Elternschaft - Auswirkungen der ersten Geburt auf Männer und Frauen. In Nauck, Bernhard und Corinna Ohnen-Isemann (ed.) *Familie im Brennpunkt von Wissenschaft und Forschung*. Neuwied et al. pp. 177-194.
- Rost, Harald and Norbert F. Schneider (1996): Gewollt kinderlose Ehen. In Buba, Hans P. and Norbert F. Schneider (ed.) *Familie. Zwischen gesellschaftlicher Prägung und individuellem Design*. Opladen. pp. 245-259.
- Rupp, Marina (1996): Zwischen Konkurrenz, Ambivalenz und Präferenz. Familie und Beruf im weiblichen Lebensentwurf. In Buba, Hans P. and Norbert F. Schneider (ed.) *Familie. Zwischen gesellschaftlicher Prägung und individuellem Design*. Opladen. pp. 273-286.

- Ryder, Norman B. (1990): What Is Going to Happen to American Fertility? *Population and Development Review* 16: 433-454.
- Sächsisches Staatsministerium and Gesundheit und Familie für Soziales (1997): Sächsischer Familienbericht. Dresden.
- Sackmann, Reinhold (1999): Ist ein Ende der Fertilitätskrise in Ostdeutschland absehbar? *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 24: 187-211.
- Sackmann, Reinhold et al. (1996): Die Dynamik von Erwerbslosigkeit und Geburtenrückgang bei jungen Erwachsenen im Transformationsprozeß. Bremen.
- Samuelson, Paul A. (1976): An Economist's Non-Linear Model of Self-Generated Fertility Waves. *Population Studies* 30: 243-247.
- Savage, Leonard J. (1954): *The Foundations of Statistics*. New York and London.
- Scarr, Sandra et al. (1990): Facts, Fantasies, and the Future of Child Care in the United States. *Psychological Science* 1: 26-35.
- Schäfer, Dieter (1996): Sind Kinder private oder öffentliche Güter? In Buba, Hans P. and Norbert F. Schneider (ed.) *Familie. Zwischen gesellschaftlicher Prägung und individuellem Design*. Opladen. pp. 195-208.
- Schedle, Andrea (1994): Mütterliche Belastungsverarbeitung und frühe Entwicklung des Kindes. Eine prospektive Längsschnittstudie während des ersten Lebensjahres. Hamburg.
- Schelling, Thomas C. (1984): *Choice and Consequence*. Cambridge /MA and London.
- Schelling, Thomas C. (1984): Self-Command in Practice, in Policy, and in a Theory of Rational Choice. *The American Economic Review* 74: 1-10.
- Schelsky, Helmut (1949): Die Aufgaben einer Familiensoziologie in Deutschland. *Kölner Zeitschrift für Soziologie* 2: 218-247.
- Schilp, Marie-Lore (1984): "Ökonomik der Familie" - Reichweite und Begrenzungen des ökonomischen Ansatzes zur Erklärung familialen Verhaltens. Krefeld.
- Schimank, Uwe (2000): *Handeln und Strukturen. Einführung in die akteurstheoretische Soziologie*. Weinheim und München.
- Schmid, Josef (1980): Der Kinderwunsch in der modernen Industriegesellschaft. In BMJFG (ed.) *Der Kinderwunsch in der modernen Industriegesellschaft*. Stuttgart et al. pp. 20-38.
- Schmid, Josef (1984): Bevölkerung und Soziale Entwicklung. Der demographische Übergang als soziologische und politische Konzeption. Wiesbaden.
- Schmid, Josef (1985): Scheitert die Wissenschaft am Menschlichen? In Schmid, Josef and Karl Schwarz (ed.) *Politische und prognostische Tragweite von Forderungen zum generativen Verhalten*. Berlin. pp. 23-38.
- Schmidt, Johannes (1994): Verteilungsprobleme und reine Verfahrensgerechtigkeit. In Kunz, Volker and Ulrich Druwe (ed.) *Rational Choice in der Politikwissenschaft. Grundlagen und Anwendungen*. Opladen. pp. 132-155.
- Schmitz-Köster, Dorothee (1987): *Frauen ohne Kinder. Motive, Konflikte, Argumente*. Reinbek.
- Schneewind, Klaus A. and Stefan Ruppert (1995): *Familien gestern und heute: ein Generationenvergleich über 16 Jahre*. München.
- Schneewind, Klaus A. et al. (1992): *Optionen der Lebensgestaltung junger Ehen und Kinderwunsch*. Stuttgart et al.
- Schneewind, Klaus A. et al. (1994): *Optionen der Lebensgestaltung junger Ehen und Kinderwunsch. Zweiter Projektbericht*. Stuttgart et al.

- Schneewind, Klaus A. et al. (1996): Optionen der Lebensgestaltung junger Ehen und Kinderwunsch. Stuttgart et al.
- Schneider, Norbert F. (1994): Familie und private Lebensführung in West- und Ostdeutschland. Eine vergleichende Analyse des Familienlebens 1970-1992. Stuttgart.
- Schneider, Norbert F. (1997): Nichtkonventionelle Lebensformen - Zwischen Individualisierung und Institutionalisierung. *Zeitschrift für Frauenforschung* 15: 12-23.
- Schneider, Norbert F. and Walter Bien (1998): Nichtehelelche Elternschaft - Formen, Entwicklung, rechtliche Situation. In Bien, Walter and Norbert F. Schneider (ed.) *Kind ja, Ehe nein? Status und Wandel der Lebensverhältnisse von nichtehelichen Kindern und Kindern in nichtehelichen Lebensgemeinschaften*. Opladen. pp. 1-40.
- Schneider, Norbert F. et al. (1995): Familie im gesellschaftlichen Umbruch - nachholende oder divergierende Modernisierung? In Nauck, Bernhard et al. (ed.) *Familie und Lebensverlauf im gesellschaftlichen Umbruch*. Stuttgart. pp. 1-25.
- Schneider, Norbert F. et al. (1998): Nichtkonventionelle Lebensformen. Entstehung, Entwicklung, Konsequenzen. Opladen.
- Schoen, Robert et al. (1999): Do Fertility Intentions Affect Fertility Behavior? *Journal of Marriage and the Family* 61: 790-799.
- Schüleln, Johann A. (1990): Die Geburt der Eltern. Über die Entstehung der modernen Elternposition und den Prozeß ihrer Aneignung und Vermittlung. Opladen.
- Schultheis, Franz (1990): Die Pronatalistische Bevölkerungspolitik in Frankreich. In Birg, Herwig and Rainer Mackensen (ed.) *Demographische Wirkungen politischen Handelns*. Frankfurt und New York. pp. 303-355.
- Schultz, Erika et al. (1993): Gegenwärtiger Geburtenrückgang in Ostdeutschland läßt mittelfristig einen "Babyboom" erwarten. Berlin.
- Schultz, T. Paul (1986): The Value and Allocation of Time in High-Income Countries: Implications for Fertility. In Davis, Kingsley et al. (ed.) *Below-Replacement Fertility in Industrial Societies. Causes, Consequences, Policies* pp. 87-110.
- Schultz, Theodore W. (1959): Investment in Man: An Economist's View. *Social Service Review* 33: 109-117.
- Schultz, Theodore W. (1973): The Value of Children: An Economic Perspective. *Political Economy* 81: S2-S13.
- Schultz, Theodore W. (1974): *Economics of the Family. Marriage, Children, and Human Capital*.
- Schumpeter, Joseph A. ([1946] 1993): *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*. Tübingen und Basel.
- Schüßler, Rudolf (1991): Threshold Effects and the Decline of Cooperation. In Esser, Hartmut and Klaus G. Troitzsch (ed.) *Modellierung sozialer Prozesse. Neuere Ansätze und Überlegungen zur soziologischen Theoriebildung*. Bonn. pp. 347-372.
- Schütz, Alfred ([1932] 1993): *Der sinnhafte Aufbau der sozialen Welt, Eine Einleitung in die verstehende Soziologie*. Frankfurt.
- Schütze, Yvonne (1992): Geburtenrückgang und Kinderwunsch. In Voland, Eckart (ed.) *Fortpflanzung: Natur und Kultur im Wechselspiel*. Frankfurt. pp. 170-188.
- Schwarz, Karl (1983): Zur Problematik der unerfüllten Kinderwünsche. *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 9: 401-411.

- Schwarz, Karl (1989): Die Anfänge der Modellrechnungen in der Deutschen Bevölkerungsstatistik. In Mackensen, Rainer et al. (ed.) *Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungstheorie in Geschichte und Gegenwart*. Frankfurt und New York. pp. 129-139.
- Schwarz, Karl (1999): Rückblick auf eine demographische Revolution. Überleben und Sterben, Kinderzahl, Verheiratung, Haushalte und Familien, Bildungsstand und Erwerbstätigkeit der Bevölkerung in Deutschland im 20. Jahrhundert im Spiegel der Bevölkerungsstatistik. *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 24: 229-279.
- Schwarz-Miller, Ann (1981): Humankapital und Geburtenhäufigkeit in der Bundesrepublik Deutschland. Eine empirische Überprüfung des mikroökonomischen Fruchtbarkeitsmodells. *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 7: 383-399.
- Schwinn, Thomas (1999): Gibt es eine "Zweite Moderne"? *Soziale Welt* 50: 423-432.
- Schwitalla, Ute (1992): Längsschnittstudie über Verhaltensauffälligkeiten bei Kindergartenkindern. Diss. Magdeburg.
- Secombe, Karen (1991): Assessing the Costs and Benefits of Children: Gender Comparisons among Childfree Husbands and Wives. *Journal of Marriage and the Family* 53: 191-202.
- Secombe, Wally (1993): *Weathering the Storm. Working-Class Families from the Industrial Revolution to the Fertility Decline*. London and New York.
- Seiver, Daniel A. and Donald J. Cymrot (1988): Misperceptions of Reproductive Ideals Among American Husbands and Wives. *Lifestyles* 9: 21-32.
- Sen, Amartya (1986): Foundations of social choice theory: an epilogue. In Elster, Jon and Aanund Hylland (ed.) *Foundations of Social Choice Theory*. London et al. pp. 213-248.
- Sen, Amartya K. (1977): Rational Fools: A Critique of the Behavioral Foundations of Economic Theory. *Philosophy and Public Affairs* 6: 317-344.
- Senioren, Bundesministerium für Familie und (1991): Leitsätze und Empfehlungen zur Familienpolitik im vereinigten Deutschland. Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats für Familienfragen.
- Sennett, Richard (1998): *Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus*. Berlin.
- Shorter, Edward (1983): *A History of Women's Bodies*. London.
- Shorter, Edward (1989): Einige demographische Auswirkungen des postmodernen Familienlebens. *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 15: 221-233.
- Siegers, Jacques (1991): Towards a Better Understanding of the Relationship between Female Labour Market Behaviour and Fertility. In Siegers, Jacques et al. (ed.) *Female Labour Market Behaviour and Fertility. A Rational-Choice Approach*. Heidelberg. pp. 265-274.
- Siegers, Jacques J. (1990): Towards the Construction of Interdisciplinary Theoretical Models to Explain Demographic Behaviour. In Hazeu, Cornelius A. and Gerard B. Frinking (ed.) *Emerging Issues in Demographic Research*. Amsterdam et al. pp. 181-196.
- Sieverding, Monika (1990): *Psychologische Barrieren in der beruflichen Entwicklung von Frauen*. Stuttgart (Diss. Berlin).
- Simon, Herbert A. (1955): A Behavioral Model of Rational Choice. *The Quarterly Journal of Economics* 69: 99-118.
- Simon, Herbert A. (1978): Rationality as Process and as Product of Thought. *The American Economic Review* 68: 1-16.
- Simon, Herbert A. et al. (1992): Decision Making and Problem Solving. In Zey, Mary (ed.) *Decision making. Alternatives to rational choice models*. Beverley Hills. pp. 32-53.
- Smith, Dorothy E. (1988): *The Everyday World as Problematic. A Feminist Sociology*. Oxford.

- Smith, D. P. (1981): A Reconsideration of Easterlin Cycles. *Population Studies* 35: 247-264.
- Smith, R. M. (1986): Transfer Incomes, Risk and Security: The Roles of the Family and the Collectivity in Recent Theories of Fertility Change. In Coleman, David and Roger Schofield (ed.) *The State of Population Theory. Forward from Malthus*. Oxford and New York. pp. 188-211.
- Specht, Thomas (1993): Spaltung im Wohnungsmarkt - Die unsichtbare Armut des Wohnens. In Döring, Diether et al. (ed.) *Armut im Wohlstand*. Frankfurt. pp. 227-243.
- Spieß, C. Katharina and Gert Wagner (1997): Ausserhäusige Kinderbetreuung in Deutschland - Institutionenanalyse des Status Quo und ein Reformvorschlag. Bochum.
- Spieß, Erika et al. (1984): Wertwandel und generatives Verhalten. Ergebnisse einer Längsschnittstudie an jungen Ehepaaren. *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 10: 153-168.
- Spitz, René A. (1945): Hospitalism. An Inquiry into the Genesis of Psychiatric Conditions in Early Childhood. *The Psychoanalytic Study of the Child* 1: 53-74.
- Srubar, Ilja (1992): Grenzen des "Rational Choice"-Ansatzes. *Zeitschrift für Soziologie* 21: 157-165.
- Stanat, Petra and Mareike Kunter (2001): Kooperation und Kommunikation. In Baumert, Jürgen et al. (ed.) *Pisa 2000. Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich*. Opladen. pp. 299-322.
- Statistisches Bundesamt (1998): *Im Blickpunkt: Die Bevölkerung der Europäischen Union heute und morgen mit besonderer Berücksichtigung der Entwicklung in Deutschland*.
- Statistisches Bundesamt (1999): *Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland*. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2000): *Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland*. Wiesbaden.
- Steinbruner, John D. (1974): *The Cybernetic Theory of Decision. New Dimensions of Political Analysis*. Princeton.
- Stierlin, Helm (1994): Normale versus gestörte Familien: Bedingungen für das Gelingen der Fusion von Partnerschaft und Elternschaft aus der Sicht der systemischen Praxis. In Herlth, Alois (ed.) *Abschied von der Normalfamilie. Partnerschaft kontra Elternschaft*. Berlin et al. pp. 175-187.
- Stigler, George J. (1961): The Economics of Information. *Journal of Political Economy* 69: 213-225.
- Stigler, George J. (1987): *The Theory of Price*. New York and London.
- Stigler, George J. and Gary S. Becker (1977): Des Gustibus Non Est Disputandum. *The American Economic Review* 67: 76-90.
- Streckeisen, Ursula (1991): *Statusübergänge im weiblichen Lebenslauf. Über Beruf, Familie und Macht in der Ehe*. Frankfurt und New York.
- Strohmeier, Klaus P. (1989): "Movers" und "Stayers". Räumliche Mobilität und Familienentwicklung. In Herlth, Alois and Klaus P. Strohmeier (ed.) *Lebenslauf und Familienentwicklung. Mikroanalysen des Wandels familialer Lebensformen*. Opladen. pp. 165-187.
- Strohmeier, Klaus P. and Hans-Joachim Schulze (1999): Erwerbstätige verheiratete Frauen und deren Wunsch nach einem (weiteren) Kind. In Roloff, Juliane and Jürgen Dorbritz (ed.) *Familienbildung in Deutschland Anfang der 90er Jahre*. Opladen. pp. 190-193.

- Stubblebine, William C. (1972): Institutional Elements in the Financing of Education. In Buchanan, James M. and Robert D. Tollison (ed.) *Theory of Public Choice. Political Applications of Economics*. Ann Arbor. pp. 183-212.
- Suntum, Ulrich v. (2001): *Die unsichtbare Hand. Ökonomisches Denken gestern und heute*. Berlin et al.
- Szydlik, Marc (1999): Erben in der Bundesrepublik Deutschland. Zum Verhältnis von familialer Solidarität und sozialer Ungleichheit. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 51: 80-104.
- Textor, Martin R. (1993): Die Familie als kindliche Erfahrungswelt. In Tietze, Wolfgang and Hans-Günther Rossbach (ed.) *Erfahrungsfelder in der frühen Kindheit: Bestandsaufnahme, Perspektiven*. Freiburg. pp. 16-34.
- Thompson, Ross A. (1990): The Effects of Infant Day Care Through the Prism of Attachment Theory: A Critical Appraisal. In Fox, Nathan and Greta G. Fein (ed.) *Infant Day Care: The Current Debate*. Norwood/NJ. pp. 41-50.
- Tietze, Wolfgang and Heike Parnak (1993): Hilfen für die Betreuung und Erziehung von Kindern im Vorschulalter in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft. In Tietze, Wolfgang and Hans-Günther Rossbach (ed.) *Erfahrungsfelder in der frühen Kindheit: Bestandsaufnahme, Perspektiven*. Freiburg. pp. 272-315.
- Tietzel, Manfred (1993): Kommentar zu Lindenberg 1993. In Herder-Dorneich, Philipp et al. (ed.) *Jahrbuch für Neue Politische Ökonomie*. 12. Band. *Neue Politische Ökonomie von Normen und Institutionen*. Tübingen. pp. 39-42.
- Tollison, Robert D. (1972): Involved Social Analysis. In Buchanan, James M. and Robert D. Tollison (ed.) *Theory of Public Choice. Political Applications of Economics*. Ann Arbor. pp. 3-7.
- Tönnies, Ferdinand ([1887] 1991): *Gemeinschaft und Gesellschaft. Grundbegriffe der reinen Soziologie*. Darmstadt.
- Tophoven-Triltsch, Christina (1987): *Familiengründung - Neue Entscheidungstheorien und ihre Kritik aus sozialpolitischer Sicht*. Köln.
- Toppe, Sabine (1993): *Die Erziehung zur guten Mutter. Medizinisch-pädagogische Anleitungen zur Mutterschaft im 18. Jahrhundert*. Oldenburg.
- Tüllmann, Greta (1991): Und wo bleiben die Männer? Zur Rolle von Männern als Väter in den Familien- und Nachbarschaftszentren. In Hebenstreit-Müller, Sabine and Rudolf Pettinger (ed.) *Miteinander lernen, leben, engagieren - Neue Netze für Familien*. Bielefeld. pp. 178-190.
- Turchi, Boone A. (1975a): *The Demand for Children: The Economics of Fertility in the United States*. Cambridge/MA.
- Turchi, Boone A. (1975b): Microeconomic Theories of Fertility: A Critique. *Social Forces* 54: 107-125.
- Turchi, Boone A. (1991): How Economics, Psychology, and Sociology might produce a Unified Theory of Fertility and Labour Force Participation. In Siegers, Jacques et al. (ed.) *Female Labour Market Behaviour and Fertility. A Rational Choice Approach*. Heidelberg et al. pp. 237-245.
- Turner, Ralph H. (1991): The use and misuse of rational models in collective behavior and social psychology. *Archives europeennes de sociologie* 32: 84-108.
- Tversky, Amos and Daniel Kahneman (1981): The Framing of Decisions and the Psychology of Choice. *Science* 211: 453-458.

- Tyrell, Hartmann (1988): Ehe und Familie - Institutionalisierung und Deinstitutionalisierung. In Lüscher, Kurt et al. (ed.) Die "postmoderne" Familie. Familiäre Strategien und Familienpolitik in einer Übergangszeit. Konstanz. pp. 145-156.
- Tyrell, Hartmann and Alois Herlth (1994): Partnerschaft versus Elternschaft. In Herlth, Alois et al. (ed.) Abschied von der Normalfamilie? Partnerschaft kontra Elternschaft. Berlin et al. pp. 1-15.
- Udry, J. Richard (1982): The Effect of Normative Pressures on Fertility. *Population and Environment* 5: 109-122.
- Ulich, Michaela and Pamela Oberhuemer (1993): Und sie machen sich ein Bild ... Familie aus der Sicht von Kindern. In Deutsches Jugendinstitut (ed.) Was für Kinder? Aufwachsen in Deutschland. München. pp. 120-126.
- Urdze, Andrejs and Maria S. Rerrich (1981): Frauenalltag und Kinderwunsch. Motive von Müttern für oder gegen ein zweites Kind. Frankfurt und New York.
- Voss, Thomas (1985): Rationale Akteure und soziale Institutionen. Beitrag zu einer endogenen Theorie des sozialen Tauschs. München.
- Wachter, Michael L. (1975): A Time-Series Fertility Equation: The Potential for a Baby-Boom in the 1980's. *International Economic Review* 16: 609-624.
- Wallace, Paul (1999): Agequake. Riding the Demographic Rollercoaster Shaking Business, Finance and Our World. London.
- Walper, Sabine (1993): Können wir uns das leisten? Kinder und Armut. In Deutsches Jugendinstitut (ed.) Was für Kinder? Aufwachsen in Deutschland. München. pp. 267-276.
- Walter-Smets, Lothar (1996): Zur Situation der Familientagespflege in der Bundesrepublik Deutschland. In BMFSFJ (ed.) Kinderbetreuung in Tagespflege. Tagesmütter-Handbuch. Stuttgart et al. pp. 79-127.
- Weber, Max Protestantische Ethik. .
- Weber, Max (1921): *Wirtschaft und Gesellschaft*. Tübingen.
- Weber-Kellermann, Ingeborg (1974): *Die deutsche Familie. Versuch einer Sozialgeschichte*. Frankfurt.
- Weede, Erich (1992): *Mensch und Gesellschaft. Soziologie aus der Perspektive des methodologischen Individualismus*. Tübingen.
- Weidacher, Alois (1992): Die Wohnsituation von Familien. In Bertram, Hans (ed.) *Die Familie in den neuen Bundesländern. Stabilität und Wandel in der gesellschaftlichen Umbruchsituation*. Opladen. pp. 313-341.
- Weiß, Jens (1998): *Subjektive Rationalität, Frames und Institutionen als Grundlagen moderner Rational-Choice-Theorie*.
- Weiss, Karin and Harald Uhlendorff (1995): Sozialer Wandel: Veränderung der familialen Lebensverhältnisse und die soziale Situation von Kindern. In Nauck, Bernhard et al. (ed.) *Familie und Lebensverlauf im gesellschaftlichen Umbruch*. Stuttgart. pp. 190-203.
- Weizsäcker, Ernst U. v. et al. (1997): *Faktor Vier. Doppelter Wohlstand - halbiertes Naturverbrauch*. München.
- Wendt, Claus (2000): Gesundheitsleistungen für Kinder in Deutschland, Österreich, Großbritannien und Dänemark. *Soziale Welt* 51: 45-66.
- Wendt, Hartmut (1991): Geburtenhäufigkeit in beiden deutschen Staaten - zwischen Konvergenz und Divergenz. *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 17: 251-280.

- West, Edwin G. and Michael McKee (1983): De Gustibus Est Disputandum: The Phenomenon of "Merit Wants" Revisited. *The American Economic Review* 73: 1110-1121.
- Westoff, Charles F. (1978): Some Speculations on the Future of Marriage and Fertility. *Family Planning Perspectives* 10: 79-83.
- Westoff, Charles F. (1986): Perspective on Nuptiality and Fertility. In Davis, Kingsley et al. (ed.) *Below-Replacement Fertility in Industrial Societies. Causes, Consequences, Policies* pp. 155-175.
- Westoff, Charles F. and Norman B. Ryder (1977): *The Contraceptive Revolution*. Princeton/NJ.
- Wichterich, Christa (1994): Menschen nach Maß - Bevölkerung nach Plan. Die neue Weltordnung der Fortpflanzung. In Wichterich, Christa (ed.) *Menschen nach Maß. Bevölkerungspolitik in Nord und Süd*. Göttingen. pp. 9-37.
- Wiesenthal, Helmut (1987): Rational Choice. Ein Überblick über Grundlinien, Theoriefelder und neuere Themenakquisition eines sozialwissenschaftlichen Paradigmas. *Zeitschrift für Soziologie* 16: 434-449.
- Willems, Ulrich (1996): Restriktionen und Chancen kollektiven Handelns. In Kunz, Volker and Ulrich Druwe (ed.) *Handlungs- und Entscheidungstheorie in der Politikwissenschaft: Eine Einführung in Konzepte und Forschungsstand*. Opladen. pp. 127-153.
- Willis, Robert J. (1973): A New Approach to the Economic Theory of Fertility Behavior. *Journal of Political Economy* 81: S14-S64.
- Willis, Robert J. (1987): What Have We Learned from the Economics of the Family? *American Economic Review* 77: 68-81.
- Wingen, Max (1994): *Zur Theorie und Praxis der Familienpolitik*. Frankfurt.
- Wingen, Max (1997): *Familienpolitik. Grundlagen und aktuelle Probleme*. Bonn.
- Witt, Ulrich (1987): Familienökonomik - Einige nicht-neoklassische Aspekte. In Todt, Horst (ed.) *Die Familie als Gegenstand sozialwissenschaftlicher Forschung*. Berlin. pp. 63-85.
- Witt, Ulrich (1993): Social Modernization and the Increase in the Divorce Rate. *Journal of Institutional and Theoretical Economics* 149: 283-285.
- Witte, James C. and Gert G. Wagner (1995): Declining Fertility in East Germany After Unification: A Demographic Response to Socioeconomic Change. *Population and Development Review* 21: 387-397.
- Wohlrab-Sahr, Monika (1992a): Über den Umgang mit biographischer Unsicherheit - Implikationen der "Modernisierung der Moderne". *Soziale Welt* 43: 217-236.
- Wohlrab-Sahr, Monika (1992b): Institutionalisierung oder Individualisierung des Lebenslaufs? Anmerkungen zu einer festgefahrenen Debatte. *Bios* 5: 1-19.
- Wolff, Reinhart (1994): Warum Kinder vernachlässigt werden. Zu Situation, Struktur und Dynamik von Vernachlässigungsfamilien. In Kürner, Peter and Ralf Nafroth (ed.) *Die vergessenen Kinder. Vernachlässigung und Armut in Deutschland*. Köln. pp. 81-88.
- Zeiger, Hartmut J. and Helga Zeiger (1994): *Orte und Zeiten der Kinder. Soziales Leben im Alltag von Großstadtkindern*. Weinheim und München.
- Zelizer, Viviana A. (1994): *Pricing the Priceless Child. The Changing Social Value of Children*. Princeton/NJ.
- Zimmermann, Klaus F. (1989): Die Konkurrenz der Genüsse: Ein Brentano-Modell des Geburtenrückgangs. *Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften* 109: 467-483.

- Zimmermann, Klaus F. and John P. DeNew (1991): Labour Market Restrictions and the Role of Preferences in Family Economics. In Siegers, Jacques et al. (ed.) Female Labour Market Behaviour and Fertility. A Rational-Choice Approach. Heidelberg et al. pp. 158-172.
- Zintl, Reinhard (1994): Kooperation kollektiver Akteure: Zum Informationsgehalt angewandter Spieltheorie. In Nida-Rümelin, Julian (ed.) Praktische Rationalität. Grundlagenprobleme und ethische Anwendungen des rational choice-Paradigmas. Berlin und New York. pp. 239-258.

Zusammenfassung

Die Arbeit befasst sich mit den Gründen und Folgen der Geburtenentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. Die demografische Entwicklung führt zu vielfältigen Problemen für die Gesellschaft; die Rentenproblematik ist hier an erster Stelle zu nennen, aber auch andere Teile des Sozialstruktur stehen vor erheblichen Schwierigkeiten.

Zur Geburtenentwicklung finden sich zahlreiche Studien und Erklärungsansätze. In der vorliegenden Arbeit wird eine ausführliche Diskussion dieser Materialien im Rahmen der Entscheidungstheorie vorgenommen. Aufbauend auf dem von Hartmut Esser vorgelegten Rational Choice-Modell wird nach einer kritischen Diskussion unter Einbeziehung anderer Ansätze eine modifizierte Fassung entwickelt, die als Grundlage eines Modells generativer Entscheidungen Verwendung findet. Als Ursachen der Geburtenentwicklung werden sowohl die Rahmenbedingungen (Logik der Situation), also auch die entscheidungsimmanenten Faktoren (Logik der Selektion) betrachtet. Im Anschluß werden die Folgen der Einzelentscheidungen für die Gesellschaft diskutiert (Logik der Aggregation).

Hauptergebnis der Arbeit ist, dass die Ursachen generativer Entscheidungen in einem sehr komplexen Zusammenspiel unterschiedlichster Faktoren zu sehen sind. Vor allem die Optionssteigerung, die Rolle der Frau, die Probleme der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und die steigenden Kosten der Kindererziehung sind hier zu nennen. Das Zusammenwirken der Faktoren führt aber im Einzelfall zu unterschiedlichen Entscheidungsmustern. Einzelne Einflußfaktoren lassen sich aus diesem Geflecht an Bedingungen nicht isolieren. Die Geburtenentwicklung entzieht sich somit auch weitgehend einer politischen Steuerung.

Selbst bei einer jetzt einsetzenden Steigerung der Geburten in Deutschland werden die Solvenzprobleme der Renten-, Pflege- und Krankenversicherung in Deutschland in den kommenden Jahrzehnten weiter zunehmen. Insofern ist eine Anpassung dieser Systeme an die geänderte Ausgangslage zwingend erforderlich. Eine rationale Betrachtung des Optionen, die hier zur Verfügung stehen, führt zu dem Ergebnis, dass eine Nachbesserung der Systeme hin zu mehr Familienfreundlichkeit nur bedingt sinnvoll ist. Langfristig tragfähiger wäre es, diese Systeme familienunabhängig zu gestalten und damit von der weiteren demografischen Entwicklung abzu-koppeln. Ein Ausgleich für Familien wäre dann auf dem Wege der Einkommensverteilung (Steuerfreibeträge, Splitting) zu schaffen. Damit würde die Vermischung von Ansprüchen in den sozialen Systemen und Einkommensgerechtigkeit aufgehoben und somit mehr Transparenz erzeugt.

Eine Förderung von Familien kann aber auch auf anderem Wege begründet werden. Es kann mit Hilfe der Spieltheorie gezeigt werden, dass eine familienfreundliche Gestaltung der Struktur der Gesellschaft auch zugute kommt, wenn sie die Zahl der Geburten nicht erhöht. Eine Entprivatisierung von Kinderkosten (nicht nur in monetärer Hinsicht) kann die Gesellschaft aus einer suboptimalen Investitionsstruktur in der Produktion von Humankapital hinausführen.